

Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Theorien im alten China¹⁾.

Von

Ginzo Uchida-Kioto.

I.

In den altchinesischen Klassikern begegnen wir häufig dem Gedanken staatlicher Eingriffe zum Schutze der Armen gegen die Reichen und um die Tendenz zu ungleicher Güterverteilung zu bekämpfen. Außerdem aber sehen wir solche Gedanken durch die altchinesische Staatsordnung bis zu einem gewissen Grade auch in die Praxis übergeführt. So mag denn wohl auch die Behauptung gerechtfertigt erscheinen, daß Staatssozialismus in Altchina existiert habe, wenn wir den Begriff „Staatssozialismus“ in dem weiten Sinne staatlicher Intervention und Regulierung mit dem Ziel einer Heilung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Übel auffassen. Vergleicht man die Lehren der altchinesischen Philosophen mit den modern-europäischen Sozialtheorien, so finden wir sie natürlich von diesen sowohl dem Geist als auch der Form nach sehr verschieden. Bei genauerem Zusehen jedoch zeigen sich manche Analogien. Es ist ja auch nicht verwunderlich, daß ähnliche Gesellschaftsverhältnisse auf dem Gebiete des sozialen Denkens und der Gesetzgebung Gleichartigkeit zeitigen; und wer anerkennt, daß geistige Entwicklung und ökonomischer Fortschritt im alten China eine bemerkenswerte Höhe erreicht haben, wird kaum erstaunt sein, daselbst schon vor dem Beginn der christlichen Zeitrechnung auf Staatssozialismus zu stoßen.

1) Aus dem englischen Manuskript übersetzt von H. G.
Archiv f. Geschichte d. Sozialismus III, hrsg. v. Grünberg.

Im alten China gab es schon so manche große Stadt, in der Gewerbe und Handel blühten. Fälle großzügiger Unternehmungen waren nicht selten. Oft kam es zu Anhäufung großer Vermögen. Die Güterverteilung, insbesondere die Verteilung des Grundbesitzes, bewegte sich in der Richtung wachsender Ungleichheit. Nichts natürlicher daher, als daß in einem solchen Milieu verschiedene soziale Theorien auftauchten, und darunter auch die staatssozialistische.

In der älteren Kan-(*Han*-) ¹⁾ Periode (206 v. Chr. bis 7 n. Chr.) wurden soziale Probleme sehr häufig erörtert und manchmal auch sozialistische Maßnahmen vorgeschlagen. Zuletzt finden wir, daß unter der Herrschaft des Usurpators Ō-Mō-(*Wang-Mang*, 8—23 n. Chr.) radikale Versuche sozialistischen Gepräges gemacht wurden, die aber fehlschlügen.

Mit allen diesen Fragen kann ich mich nun in den nachfolgenden Ausführungen nicht befassen. Wohl aber möchte ich einiges über die Wirtschaftsentwicklung im alten China mitteilen und eine vorläufige Übersicht bieten über die sozialen Theorien in der Vor-Shin-(*Ch'in*-) Periode, d. h. derjenigen, die der Vereinigung Chinas unter dem ersten Kaiser aus der Shin-(*Ch'in*-) Dynastie (221 v. Chr.) vorausging.

II.

Das Reich der Mitte hat ursprünglich keineswegs sämtliche Provinzen umfaßt, aus denen es sich gegenwärtig zusammensetzt, sondern seine heutige Ausdehnung erst im Laufe der Zeiten gewonnen. Es ist eine wohlbekannte Tatsache, daß die chinesische Zivilisation ihren Ausgang vom Nordwesten des Landes genommen und sich von da allmählich nach dem Osten und Süden aus-

1) Ich habe keine Sonderstudien über modern-chinesische Aussprache gemacht und bin natürlich gewöhnt, chinesische Schriftzeichen in japanischer Weise auszusprechen. So habe ich auch in diesem Aufsatz chinesische Schriftzeichen nach der japanischen Aussprache transskribiert. Ich füge jedoch auch — unter Zugrundelegung des chinesischen Wörterbuches von IWAMURA (Tōkyō 1905) — die moderne chinesische Aussprache unter Klammer in Kursivschrift bei.

gebreytet hat. So befand sich die zentrale Region, die das fruchtbare Kō-(*Chiang*-)Tal in sich schließt, in der Shū-(*Chou*- oder *Chow*-)Periode noch auf niederer Kulturstufe, so daß ein Teil als Landschaft der Keï (*Ching*) und Sō (*Ch'u*) bezeichnet wurde. Die Provinz Santō (*Shan Tung*) war auch ursprünglich Kolonialgebiet, und ihre Bewohner hießen Ī (*I*) oder „Barbaren“.

An Hypothesen und Theorien über die Entstehung der nützlichen Künste und über die Entwicklungsphasen des Wirtschaftslebens fehlt es in den klassischen Schriften Altchinas nicht. Merkwürdige Ausführungen hierüber sind in dem Buch des Verkehrs zu finden¹⁾. Unter den Werken späterer Schriftsteller ist die sehr weitläufige Darstellung in dem Biakko-Tsū (*P'ih hoò t'ung*)²⁾ hervorzuheben, einem philosophischen Traktat, der den großen Geschichtschreiber HANKO (*Pan Ku* oder *Pan Koo*) zum Verfasser hat. Im ersten Buch dieses Werkes wird berichtet: das Volk habe sich in den alten Zeiten vom Fleisch wilder Tiere und von Vogelwild genährt. In der Epoche des SHINNŌ (*Shen Nung* oder *Shän-näng*) aber sei infolge Anwachsens der Bevölkerung diese Nahrungsquelle zu karg geworden, worauf sodann SHINNŌ, „der übernatürliche oder geisterähnliche Landmann“, das Volk in der Kunst des Landbaues unterwiesen habe. Die Chronologie der alchinesischen Geschichte nun ist sehr unsicher. Genaue Bestimmung des Zeitpunktes, in dem erstmals der Ackerbau eingesetzt hat, ist demnach äußerst schwierig. Zweifellos aber reicht der Beginn der Bodenbeurbarung und des Getreidebaues im Nordwesten Chinas in Zeiten vorgeschichtlicher Dämmerung zurück.

Wie war nun die Grundeigentumsordnung im alten China beschaffen? Diese Frage führt von selbst zur Erörterung des sog. Seiden-(*Ching T'ien*-)Systems. Dessen wahre Natur ist völlig dunkel und äußerst schwer aufzuhellen. Wörtlich genommen

1) Vgl. „Sacred Books of the East“, edit. by F. MAX MÜLLER. Vol. XVI: „The Yi King“, transl. by JAMES LEGGE, Oxford 1882, S. 383—386.

2) Vgl. die bibliographische Notiz über diesen Traktat in der Neuausgabe von A. WYLIE, Notes on Chinese Literature, Shanghai 1901, S. 159.

bedeutet Seiden „Brunnen-Feld“, d. h. Feld in Form des chinesischen Zeichens 井 Seï (*Ching*) oder „Brunnen“ abgeteilt. Was aber seine soziale und ökonomische Bedeutung anbelangt, so ist vermutet worden, daß es ein Ausdruck sei für den Geist des ursprünglichen Kommunismus.

Wie dem nun aber immer sein mag, jedenfalls stand das Seiden-System bei den Chinesen in größter Verehrung und wurde von ihnen als die ideale, durch die Weisen des höchsten Altertums begründete Grundeigentumsordnung angesehen. Alt-japanische Gelehrte, welche die klassischen Schriften der Chinesen studierten und aus ihnen ihre Gedanken über Politik und Moral übernahmen, teilten ebenfalls diese Meinung. Folglich kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Idee des alten Seiden die Entwicklung des ökonomischen Denkens im fernen Osten bedeutendst beeinflußt hat¹⁾.

Die Hauptquellen, aus denen die Gelehrten ihre Kenntnis dieses alten Seiden-Systems schöpfen, sind in erster Linie: das *Shūkan* (*Chou Kuan* oder *Chow Kwan*), das sog. *Shurai* (*Chou li* oder *Chow lè*), d. h. das Chou-Ritual; zweitens die Werke

1) Das Seiden-Problem ist sowohl von chinesischen wie von japanischen Schriftstellern immer wieder erörtert worden. Die Literatur über dasselbe ist denn auch sehr reichhaltig. Unter den Werken japanischer Forscher aus der Tokugawa-Periode (1600—1867) möchte ich besonders hervorheben: „Gorui“ (Gespräche) von SOKŌ YAMAGA; „Moshi Kogi“ (ein Kommentar über MENCIVS) von JINSAI ITŌ; „Seidō-Tsū“ (eine allgemeine geschichtliche Skizze der Einrichtungen in China und Japan) von TŌGAI ITŌ; „Seiden-Shūran“ (Thesaurus der Meinungen und Auffassungen über das Seiden-System) von MASAHIDE KOMIYAMA. Das letztgenannte Werk ist bis jetzt nicht zur Veröffentlichung gelangt. Das Manuskript wird in der kaiserlichen Bibliothek zu Tōkyō aufbewahrt. Es stellt sich dar als sehr nützliche Kompilation aus zahlreichen chinesischen und japanischen Autoren mit gedankenreichen Bemerkungen von KOMIYAMA selbst. Von neueren Schriften seien genannt: SEIICHI TAKIMOTO, der in seinem *Nihon Keizai Gakusetsu no Yōryō* (Umriß d. japan. Volkswirtschaftslehre), Tōkyō 1908, S. 37—43, die Geschichte der Seiden-Theorien behandelt; Professor UNOKICHI HATTORI, *Seiden Shikō* (Abhandlg. üb. d. Seiden-System), i. d. Zeitschrift „Kangaku“, II. Bd., Tōkyō 1911; SHIGERU KATŌ, i. d. histor. Ztschr. „Shigaku Zasshi“, ebenda 1911.

des MENCIVS. Die im Shūkan mitgeteilten Vorschriften über das Seiden-System gehen bis in die kleinsten Einzelheiten. Sie erscheinen mir aber als völlig idealen und utopischen Gepräges und keineswegs urzuständlicher Natur. Diese Quelle ist nur äußerst vorsichtig zu benutzen. Was die Mitteilungen des MENCIVS anbelangt, so scheinen sie hauptsächlich auf der Tradition zu beruhen und sind nicht sehr klar. Ich glaube aber, daß man sich auf ihn mit größerer Sicherheit verlassen kann. Die Hauptquelle für die nachfolgende Darstellung des Seiden-Systems ist denn auch MENCIVS, und außerdem folge ich vornehmlich der Auffassung unserer beiden großen heimischen Sinologen JINSAI ITŌ und dessen Sohn TŌGAI.

Das Seiden ist in kurzen Worten Kulturland, das in neun Lose abgeteilt ist, wie die nachfolgende quadratische Figur zeigt.



Der mittlere dieser Anteile (A) ist öffentliches Land oder Land des Herrn, die übrigen ihn umgebenden acht Anteile dagegen sind an ebensoviele bäuerliche Wirte oder Familien ausgetan. Jede dieser Familien bebaut das ihr zugewiesene Los für sich allein; das mittlere — öffentliche — Feldstück aber bebauen sie gemeinsam. Der Anbau des öffentlichen Feldes ist also eine Last, die sämtliche acht Familien in Gemeinschaft zu tragen haben, und das Erzeugnis von demselben ist an den Herrn abzuführen¹⁾. Die Abgabe stellt sich also auf $\frac{1}{9}$ des ganzen Feldes, d. h. nahezu auf jenes $\frac{1}{10}$, das im alten China als das gerechteste Ausmaß der Grundsteuer angesehen wurde.

1) Im „Buch der Poesie“ heißt es:

„Mag der Regen herniederfallen auf unser öffentliches Feld
Und sodann auf unsere eigenen privaten Felder.“

Dies scheint das Vorhandensein öffentlichen und privaten Ackerlandes zu bestätigen und auf die Gefühle der Bauern hinzudeuten, die mehr um das öffentliche als um ihr eigenes Feld besorgt sind. MENCIVS beruft sich auch zugunsten dieser Auffassung auf die zitierte Stelle.

In einer ackerbautreibenden Gesellschaft, in der so geartete Grundbesitzverhältnisse vorherrschen, darf man logischerweise das Vorhandensein kommunistischen Geistes voraussetzen; und sicherlich muß in ihr unter den Nachbarn gegenseitiger Beistand und das Gefühl der Brüderlichkeit üblich gewesen sein. MENCIOUS meint denn auch, daß die denselben Feldervierecken Zugehörigen einander innerhalb und außerhalb des Dorfes alle Unterstützung liehen, miteinander Tag und Nacht zu gegenseitiger Wehr zusammenstanden, einander in Krankheitsfällen Hilfe leisteten, und so dahin gebracht werden, in Liebe und Eintracht zu leben¹⁾. Wir dürfen aber hieraus nicht voreilig den Schluß ziehen, dass dieses Seiden-System im Kollektivismus am Grund und Boden seinen Ursprung hat und von Anfang an kommunistischer Struktur war. Meines Bedünkens ist vielmehr der Ursprung eines solchen Systems in der Gemeinhaltung für die Grundsteuer zu suchen, und diese ihrerseits erst hat gegenseitige Hilfe und gemeinschaftliche Beurbarung des öffentlichen Landes gezeitigt. Dafür, daß im alten China von Anfang an Gemeineigentum am Ackerland allgemein bestanden habe, ist ein entscheidender Nachweis schwer. Berge und Sümpfe, Wälder und Dschungel wurden vielleicht gemeinsam genutzt. Daß aber auch in den ältesten Zeiten Kollektiveigentum am Kulturland vorgeherrscht habe, dafür fehlt es an ausreichenden Nachweisen. Von den späteren Schriftstellern meint TOYŪ (*Tu Yu* oder *Toò Yèw*, der Verfasser des Tsuten (*T'ung tien* oder *T'ung t'ien*), einer allgemeinen Geschichte der chinesischen Einrichtungen: Das Sei-System sei in der Zeit des KŌTEI (*Huang Ti*), des Nachfolgers von SHINNŌ (*Shënnung*) in der Herrschaft über China, entstanden²⁾; und SOJUN (*Su Hsün*) wieder glaubt, es sei zu Zeiten des GYŌ (*Yao* oder *Yaou*) und SHUN (*Shun*) ins Leben getreten. Beides ist jedoch ungewiß. MENCIOUS zufolge soll es seit der In-(*Yin*-)Periode zu überwiegender Übung gelangt und das Steuersystem sowie die Rechtsordnung des Grund-

1) Vgl. JAMES LEGGE, *The Chinese Classics* Vol. II (Hongkong und London 1861): *The works of MENCIOUS*, III. Buch, I. Teil, III. Kap., S. 121.

2) Tsuten, III. Buch.

besitzes in der der In-Periode vorangegangenen Ka-(*Hsia-* oder *Hea-*)Periode anders geartet gewesen sein, indem damals die Bauern dem Herrn einen fest bestimmten Abgaben betrag besonders zu bezahlen hatten.

Das Seiden-System verschwand allmählich gegen Ende der Shū-(*Chou-*) Dynastie. Zu MENCIOUS' Zeit scheint es keine praktische Bedeutung mehr gehabt zu haben; auch MENCIOUS, der sich für sein Wesen sehr interessierte, konnte es an der Hand eigener Beobachtungen nicht mehr erklären. Er berichtete dem Fürsten von Tō (*T'eng* oder *T'äng*) lediglich das, was durch Tradition überliefert war, sowie seinen eigenen Plan, das System im Fürstentum Tō einzuführen.

Die Aufhebung des Seiden ist häufig den von SHŌ-ō (*Shang Yang*) ins Werk gesetzten Reformen zugeschrieben worden. Allein es ist eher anzunehmen, daß der Verfall dieser Agrarverfassung allmählich eingetreten ist und daß SHŌ-ō lediglich ohnehin schon lebendige Auflösungsstendenzen beschleunigt hat.

Parallel zum Niedergang dieses Systems vollzog sich die Konzentration des Grundbesitzes, so daß sich eine an Zahl kleine Klasse von Landlords auf der einen und von landlosen Pächtern auf der anderen Seite bildete. Gleichzeitig begannen Handel und Gewerbe zu blühen und die Geldwirtschaft verallgemeinerte sich. In politischer Beziehung trat eine Abschwächung der Zentralgewalt ein. Die Einzelfürsten erlangten tatsächliche Unabhängigkeit und lagen — um der Erweiterung ihrer Hausmacht willen — in unaufhörlichem Kampfe untereinander. Die Regierungsausgaben nahmen stetig und in hohem Maße zu und es wurde notwendig, die Einnahmequellen durch Schaffung neuer oder Erhöhung der bereits vorhandenen Abgaben zu vermehren. So gestalteten sich die Verhältnisse in der sog. „Shu n - j u“-(*Ch'ün Ch'iu-*) und der „Sengok u“-(*Chan kuo-*)Periode, der Blütezeit verschiedener Philosophenschulen, dem goldenen Zeitalter in der Geschichte der chinesischen Weltweisheit, und in den Werken der damaligen Philosophen begegnen wir höchst beachtenswerten sozialen und politischen Theorien.

III.

Auch in den Sprüchen CONFUCIUS' finden sich politische und ökonomische Betrachtungen, die vollste Aufmerksamkeit verdienen. Vorzüglich aber sind es MENCIOUS' Schriften, in denen gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme besonders eingehend erörtert werden. Nachdrücklich betont MENCIOUS die Notwendigkeit einer Steuerleichterung sowie der Rückkehr zum einstigen System der Alleinerhebung des Zehents. Dem Fürsten von Tō rieth er, wie ich bereits erwähnt habe, zur Wiederherstellung des Seiden-Systems. Er huldigte der Meinung, daß es Pflicht der Fürsten sei, für gute wirtschaftliche Einrichtungen zu sorgen und sich zumeist des hilflosesten Theiles des Volkes anzunehmen. „Nur Männer von sittlicher und geistiger Ausbildung — schrieb er — sind fähig, ohne Sicherheit des Lebensunterhalts Festigkeit der Seele zu bewahren. Anders daher Leute aus dem Volke. Fehlt diesen der sichere Lebensunterhalt, so kommt ihnen auch die seelische Standhaftigkeit abhanden und es gibt dann keinen Tiefpunkt von Selbstvergessenheit, sittlicher Verkommenheit, Verderbtheit und wilder Zügellosigkeit, zu dem sie nicht herabsinken würden“. „Daher muß der einsichtige Herr den Lebensunterhalt des Volkes derart regeln, daß jeder über genügende Mittel verfüge, um in erster Linie seine Eltern und sodann Weib und Kind zu erhalten, um in guten Jahren sich an Überfluß zu erfreuen, in schlechten aber geschützt zu sein vor der Gefahr umzukommen“¹⁾. Und er zitiert aus dem „Buch der Poesie“ die Verse:

„Dem Reichen ist es möglich, sich durchzubringen,

Wehe aber dem Elenden und Verlassenen!“,

und verrät große Sympathie mit dem Alter, mit Alleinstehenden und mit Waisen²⁾. Und soweit ich wahrnehme, hält MENCIOUS die Regierung für verbunden, die wirtschaftlich und gesellschaftlich Schwachen zu schützen und Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lage zu ergreifen. In diesem Sinne mag man denn auch

1) The works of MENCIOUS, I. Buch, III. Teil, VII. Kap. (bei LEGGE a. a. O. S. 23–24); III. Buch, I. Teil, III. Kap. (ebenda S. 116).

2) A. a. O. I. Buch, II. Teil, V. Kap. (ebenda S. 38).

behaupten, daß MENCIOUS sozialistische Tendenzen gehabt habe oder daß er wenigstens der Schule der Sozialreformer zugehöre.

MENCIOUS war jedoch in dieser Beziehung keineswegs radikal gesinnt. Er anerkannte wohl die Notwendigkeit von Reformen und sein Ideal lag in der Vergangenheit, im Zeitalter der alten Weisen, allein er war dabei kein Freund von Extremen. Weit radikaler dagegen und phantastischer waren die Lehrmeinungen der von MENCIOUS erwähnten SHINNŌ-(*Shen-nung*-)Schule. Diese erklärte nach den Worten SHINNŌ's, des alten Weisen und Herrschers handeln zu wollen, der als erster den Landbau eingeführt hatte. Zu der Zeit, da MENCIOUS sich im Fürstentum Tō (*T'eng*) aufhielt, kam aus dem Süden, aus dem Lande Sō (*Ch'u* oder *Ts'oo*) ein gewisser dieser Schule zugehöriger KYŌKŌ (*Hsü Hsing* oder *Hsu Hing*) mit einigen Zehn seiner Schüler, die alle in äußerster Einfachheit lebten. KYŌKŌ scheint gelehrt zu haben, daß ein einsichtsvoller Mann und edler Fürst, gleichermaßen wie das gemeine Volk und zusammen mit ihm, selbst den Boden bebauen und die Früchte seiner eigenen Arbeit konsumieren sollte, ohne Abgaben zu fordern und ohne sich auf den Arbeitsertrag des übrigen Volkes zu verlassen. Mit andern Worten, dieser Schule zufolge sollte jeder sich produktiver Tätigkeit widmen, selbst sein Brod sich erwerben und sich selbst genügen. Denn KYŌKŌ und seine Schüler hielten die Existenz einer herrschenden, von produktiver Arbeit im engeren Sinne des Wortes sich fernhaltenden Klasse für widersinnig.

Die Argumente, mit denen MENCIOUS diese Doktrinen bekämpft, sind höchst interessant. Unter scharfer Hervorhebung des Umstandes, daß KYŌKŌ und dessen Schüler gleichfalls nicht selbst alles zu erzeugen vermöchten, was sie benötigen, setzt er die Vorteile und die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in helles Licht und erklärt das Vorhandensein zweier unterschiedener Gesellschaftsklassen — einer herrschenden und regulierenden sowie einer beherrschten nahrungschaffenden — für begründet. Nachdrücklich betont er ferner, daß gleichzeitige Ausübung von spezialisierter gewerblicher Tätigkeit und Landwirtschaft unmöglich sei, und fügt hinzu: „Sollte also die Leitung

des Staates allein mit der Ausübung des landwirtschaftlichen Berufes vereinbar sein? Große Männer haben ihren eigenen Wirkungskreis und so auch kleine, d. h. das niedere Volk; deswegen wirken die einen mit ihrer geistigen, die anderen mit ihrer körperlichen Kraft. Jene beherrschen diese; diese werden von jenen beherrscht. Diejenigen, die beherrscht werden, ernähren ihre Gebieter, und die zur Herrschaft Berufenen werden von den anderen erhalten. Dies ist ein allgemein anerkanntes Prinzip¹⁾.

Was die SHINNŌ-Schule anbelangt, so scheint die soziale Gleichheit ihr Ideal gewesen zu sein, während MENCIOUS die soziale Differenzierung und die Arbeitsteilung verteidigte. In der Tat ging die SHINNŌ-Schule bei der Anwendung des Gleichheitsgedankens so weit, zu fordern: daß der Preis gleicher Mengen Korn oder gleich großer Stücke Seide auch der gleiche sein solle. Die Qualitätsverschiedenheiten beachteten sie nicht. MENCIOUS aber wendete sich dagegen mit den Worten: „Die Ungleichartigkeit liegt im Wesen der Dinge. Die einen sind der (zu ihrer Herstellung erforderlichen) Zeit nach im Vergleiche mit anderen auf das 2-, 5-, 100-, 1000-, 10,000-fache zu schätzen. Wollte man sie aber alle gleich bemessen, so müßte dies das Reich in Verwirrung stürzen“²⁾.

Kurz, MENCIOUS respektierte die bestehende Ordnung und sah in der Klassendifferenzierung eine ausgemachte Tatsache. Er wünschte jedoch eine Beseitigung der sozialen Übelstände im Wege sozialer Reformen oder gemäßigt-sozialistischer Regierungsmaßnahmen. Der Shinnoist KYŌKŌ andererseits und dessen Schüler waren von dem Ideal der Gleichheit erfüllt und erstrebten dies auch im wirklichen Leben nach allen Seiten hin. Hegten sie nun aber auch den Wunsch nach Organisation einer utopischen und von der bestehenden sehr verschiedenen Gesellschaftsordnung, so dachten sie doch allem Anschein nach keineswegs daran, sie durch Gewaltmittel oder revolutionäre Methoden zu verwirklichen. Vielmehr haben sie, soweit man sehen kann, sich damit begnügt,

1) III. Buch, I. Teil, IV. Kap. (ebenda S. 122—126).

2) Ebenda S. 132.

eine Gemeinschaft für sich zu bilden und ein ihren eigentümlichen Lehrmeinungen entsprechendes einfaches und friedliches Leben zu führen.

IV.

Zu MENCIOUS' Zeiten haben, wie es scheint, die Schulen von YŌSHU (*Yang Chu* oder *Yang Choo*) und BOKUTEKI (*Mo Chai*, *Mih Teih* oder *Micius*) durch ihre Doktrinen großen Einfluß geübt. „Die Worte YANG CHU'S und MO CHAI'S — schreibt er — erfüllen das Reich“; und: „das Volk hat sich den Anschauungen beider, YANG'S oder MO'S zugewendet.“ YŌSHU'S Lehre war individualistisch und egoistisch, die BOKUTEKI'S dagegen vielleicht allzu altruistisch und kosmopolitisch. So wird YŌ von MENCIOUS wegen seines Leitsatzes: „Jeder für sich selbst“, und weil er demgemäß keine besondere Schuldigkeit dem Herrn gegenüber anerkannte, getadelt. Auf der anderen Seite wieder rügt er BOKU, weil dessen Prinzip „gleiche Liebe allen unterschiedlos gegenüber“ war, das für die besondere, dem Vater geschuldete Zuneigung keinen Raum ließ¹⁾.

Die Schriften BOKU'S oder MICIUS, d. i. BOKUSHI (*Mo tzu* oder *Mih tszè*) sind noch vorhanden, und man vermag, trotzdem sie recht undeutlich und schwer zu erfassen sind, aus ihnen die allgemeinen Richtlinien seines Systems zu entnehmen²⁾. Er erwähnt als Übel seiner Zeit die Anfälle grosser Staaten auf die kleinen, die Bedrohung der Schwachen durch Starke, die Unter-

1) III. Buch, II. Teil., IX. Kap. (ebenda S. 158); im III. Buch, I. Teil, V. Kap. (ebenda S. 133) findet sich auch eine Anspielung auf BOKUTEKI.

2) Vgl. Prof. T. TAKASÉ, *Yōboku Tetsugaku* (Philos. Systeme von Yō und Boku). Tōkyō 1902; sowie die zwar nur kurzen, aber treffenden Bemerkungen über BOKUTEKI bei YAKICHI YAMADJI, *Shina Shisō-shi* (Geschichte des chinesischen Denkens). Tōkyō 1907; S. 10/11, 29. — Eine Skizze von BOKU'S Lehre bringt auch LEGGE im III. Kapitel (Sekt. II) seiner Einleitung zur zit. englischen Übersetzung von MENCIOUS' Werken. — Mein Kollege Prof. N. Kano macht mich auch auf die — mir unzugänglich gebliebene — Schrift von E. FABER, *Die Grundgedanken des alten chinesischen Sozialismus oder die Lehre des Philosophen Micius*. Elberfeld 1877, aufmerksam. — Eine Studie über BOKUTEKI ist auch das Buch von ALEXANDRA DAVID, *Socialisme chinois. Le philosophe Meh-Ti et l'idée de solidarité*. London 1907.

drückung der Minder- durch die Mehrzahl, den Übermut des Adels gegen den gemeinen Mann. „Die Menschen — schreibt er — lieben einander im allgemeinen nicht; der Starke beraubt den Schwachen, der Reiche verachtet den Armen, der Adelige zeigt sich anmaßend dem Mann aus dem Volk gegenüber und der Hinterlistige täuscht den Einfältigen. Und fragt man nach dem Urgrund alles Elends, aller Unrechtmäßigkeit, aller Feindschaften und alles Hasses in der Welt, so findet man ihn in dem Mangel an gegenseitiger Liebe¹⁾.“ Und daher machte er diese zur Basis und die Wechselseitigkeit der Unterstützung zum Fundament seiner Lehre. Er verdamnte die Üppigkeit, eiferte gegen den Krieg, erklärte den Pomp der Leichenfeierlichkeiten für völlig nutzlos und riet zu größter Einfachheit derselben. Überdies predigte er, daß jeglich Ding praktisch sein solle. Die Menschen müßten sich an Fleiß gewöhnen und daran, stetig für die Förderung des Gemeinwohles zu arbeiten. Er war ein Feind aristokratischer Kultur, insbesondere der Musik, und forderte von den Fürsten, sie sollten größte Frugalität in Kleidung und Nahrung zur Schau tragen. Desgleichen bekämpfte er den Fatalismus.

BOKUTEKI's Lehre war zu MENCIVS' Zeit sehr verbreitet. Sie hat aber allem Anschein nach rasch jeden Einfluß verloren.

V.

Auf andere Philosophen der Shun-jū- und Sengoku-Periode kann ich leider nicht mit voller Ausführlichkeit eingehen. So begnüge ich mich denn mit der Erwähnung von RŌSHI (*Lao tzū* oder *Laòu tszè*), SŌSHI (*Chouang tzū* oder *Chwang tszè*), RESSHĪ (*Lieh tzū* oder *Leih tszè*), KANSHĪ (*Kuan tzū* oder *Kwàn tszè*), JUNSHĪ (*Hsün tzū* oder *Seun tszè*) und KAMPISHĪ (*Han fei tzū* oder *Han fei tszè*).

RŌSHI war bekanntlich ein Anhänger des *laissez faire*, *laissez passer* und demgemäß gegen eingehende staatliche Regulierung. In seinem Buche kommt der Spruch vor: „Einen großen Staat leiten ist so, als wollte man einen kleinen Fisch braten,“ womit

1) Nach der zit. Einleitung von LEGGE.

er sagen will, ein Staatsmann solle nicht zu viel regulieren und sich einmischen.

Große Ähnlichkeit hiermit haben auch die Anschauungen SŌSHI's und RESSHĪ's. Sie alle suchen die Quelle der Mißstände und des Elends in der vorgeschrittenen Zivilisation und sprechen daher der Rückkehr zur Natur das Wort. Der Mensch solle, fordern sie, einfach und zufrieden leben. Ihr Ideal war das „Nichts“, so daß man sie auch als Nihilisten bezeichnen könnte. Ihr „Nihil“ ist jedoch eine eigentümliche philosophische Konzeption und ihre Lehre hat mit der der russischen Nihilisten nichts gemein¹⁾.

KANSHI ist gemeinhin unter dem Namen KANCHŪ (*Kuan Chung*) bekannt. Als Minister des Fürsten von Sēi (*Ch'î*), Kan (*Huan*), entwickelte er den Reichtum und die Macht dieser Landschaft und brachte sie in die vorderste Reihe der damals existierenden Feudalstaaten. In dem ihm zugeschriebenen Werk „KANSHI“ werden ökonomische Probleme ausgiebig erörtert, so daß es eine der wichtigsten Quellen für die geschichtliche Erforschung der chinesischen Anschauungen über das Wirtschaftsleben bildet. Wir finden daselbst im I. Teil: BOKUMIN (*Mu min*) den berühmten Ausspruch: „Menschen halten sich an Zeremonien und gute Sitten, wenn die Speicher mit Getreide gefüllt sind, und das Volk hat Kenntnis von Ehre und Schande, wenn es Nahrung und Kleidung im Überfluß hat.“ Er erkannte die Wichtigkeit des ökonomischen Faktors für das Leben der einzelnen wie der Nationen in ihrer vollen Ausdehnung. So stoßen wir denn auch im „Kanshi“ auf den Gedanken vom *justum pretium*. KANSHI wird im „Kokugo“ (*Kuo Yü* oder *Kwō yü*, Geschichten der Staaten)²⁾ als nachdrücklicher Verteidiger der Klassenunterschiede geschildert, der forderte: man solle seinen Beruf nicht wechseln und dem väterlichen Stande folgen.

1) Vgl. über die Idee des KYŌMU oder Nichts in der Rō- und Sō-Schule den Art. „Kyōmu“ von Prof. NAOKI KANO, im II. Bd. von „Keizai Daijishō“ (Wörterbuch f. Volkswirtschaft). Tōkyō 1911.

2) WYLIE übersetzt den Titel der Schrift mit: „Bemerkungen über die Staaten“. Sie bildet eine der wichtigsten Quellen für das Studium der Vor-Shin-Periode.

JUNSHI gehörte zur Schule des CONFUCIUS. Doch weisen seine Lehren Besonderheiten auf. Er geht von ganz anderen Gesichtspunkten aus als RŌ, SŌ und RETSU. Dabei ist seine Auffassung der menschlichen Natur auch durchaus der von MENCIOUS entgegengesetzt. Hält sie dieser für ursprünglich gut, so glaubt umgekehrt JUNSHI, daß sie von Anbeginn böse gewesen sei und durch Erziehung und Disziplin sowie durch Einwirkung politischer, rechtlicher und zeremonieller Einrichtung besser gestaltet werden müsse. Als besonders wichtig empfiehlt er die „Zeremonien“ (Rei [*Li*]) — ein Begriff, der bei ihm sehr umfassende Bedeutung hat.

KAMPISHI schließlich blühte am Ausgang der Sengoku-Periode. Trotzdem er Schüler JUNSHI's war, stimmten seine Lehrmeinungen nicht völlig mit denen seines Meisters überein. Anders als dieser maß er nicht den „Zeremonien“ ausschlaggebende Wichtigkeit zu, sondern zwei Hilfsmitteln der Fürsten bei Ausübung des Regentenamtes: dem Gesetz (Hō [*Fa*]) und dem Takt (JUTSU [*Shu*]). Er verachtete und mißbilligte als unproduktiv Handels-, gewerbliche und literarische Tätigkeit und forderte: der Staat solle die landwirtschaftliche Produktion unterstützen. Er trachtete nach Macht und Reichtum, war aber ein Gegner der Caritas, weil Almosenspenden lediglich das Volk zum Müßiggang verleite. Deshalb sprach er sich auch gegen Landausteilungen an das Proletariat aus ¹⁾.

Aus der bisherigen Darstellung geht hervor, daß die politischen und sozialen Theorien im alten China während der Vor-Shin-Periode, d. h. vor seiner Vereinigung unter der Shin-(*Ch'in*- oder *Tsin*-)Dynastie, mannigfaltig und einander oft entgegengesetzt waren. Die einen befürworteten staatliche Intervention, die anderen bekämpften sie; neben sozialistischen machten sich individualistische Gedankenreihen bemerkbar. Jedenfalls aber setzt das Emporkommen dieser verschiedenen Schulen einen hohen Grad geistiger Entwicklung voraus; und der Umstand, daß man

1) Vgl. den Artikel „Kampishi“ von SHIGERU KATŌ, in „Keizai Daijishō“ (Wörterb. der Volkswirtschaft, II. Bd.).

sich so viel mit sozialen Fragen beschäftigte, beweist, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bereits zu beträchtlicher Höhe gelangt war und daß die Gesellschaft in mannigfacher Hinsicht einen „modernen“ Zug aufwies.

VI.

Zum Schluß möchte ich noch einige Worte sagen über den SHŪKAN (*Chou kuan*) oder SHURAI (*Chou li*), das ist das Chou-Ritual, das ich bereits erwähnt habe und das niemand unberücksichtigt lassen darf, der sich mit Forschungen über den Staatssozialismus im alten China befaßt.

Der Shūkan wird von der orthodoxen Schule der chinesischen Forscher als ein sehr wertvolles Werk angesehen, „in dem die Institutionen der Shū-(*Chou*-)Dynastie klar und ausführlich beschrieben seien. In China zollen ihm die Gelehrten hohe Verehrung als einem Buch, welches das Ideal in Gesetzgebung und Politik aufzeige. Der Einfluß des Shūkan auf die Ausbildung der praktischen Einrichtungen sowie auf die Theorie der Staatsweisheit in politischer legislativer und wirtschaftlicher Beziehung der späteren Zeit ist denn auch tatsächlich sehr bedeutsam gewesen. Es enthält detaillierte Vorschriften über die Rechtsordnung des Grundbesitzes sowie über Landwirtschaft, Industrie und Handel, und man erkennt auf dem Grunde dieser Vorschriften staatssozialistische Ideen.

In bezug auf die Authentizität oder Echtheit des Shūkan gehen die Ansichten sehr auseinander. Nach der Tradition soll er von SHŪKŌTAN (*Chou-kung Tan*) selbst, dem großen Gesetzgeber aus der Shū-(*Chou*-)Dynastie verfaßt sein. Manche Gelehrte leugnen, daß, was noch davon erhalten ist, wirklich in dieser Form von Shūkōtan herrühre, bezweifeln aber nicht die Echtheit des Shūkan im ganzen und daß er aus der Vor-Shin-Periode stamme, sowie daß die in ihm enthaltenen Schilderungen ein leidlich getreues Bild der Zustände während der Glanzperiode der Shū-Dynastie bieten. Andere dagegen verhalten sich durchaus skeptisch. Sie weisen auf die Widersprüche in den Vorschriften des Shūkan hin und betonen, daß das in ihm bis

ins kleinste Detail beschriebene Verwaltungssystem nicht habe praktisch gehandhabt werden können. Manche schließlich gehen so weit, in ihm schlechthin bloß eine Fälschung zu erblicken, die auf Befehl des Usurpators ÖMŌ (*Wang Mang*) von RYŪKIN (*Liu Hsin* oder *Lew Hin*) verfaßt worden sei. Mir meinerseits scheint die Annahme sehr schwierig, daß alle im Shūkan enthaltenen minutiösen Anordnungen sollten tatsächlich in dem auf feudaler Grundlage organisierten Staat der Shū-Dynastie praktiziert worden sein. Eher möchte ich annehmen, daß das Buch von einem oder mehreren Gelehrten aus späterer Zeit verfaßt worden sei und daß sie in ihm niederlegten, was sie als Idealinstitutionen des geschwundenen goldenen Zeitalters betrachteten. Wie dem nun aber sein mag, sicherlich ist der Shūkan eine Quelle chinesischer Gedanken über Staat und Wirtschaft, die eifriges Studium verdient. Mag das Buch vom Shū-Ritual immerhin ein Staatsroman sein, seine Wichtigkeit läßt sich dessenungeachtet nicht bestreiten. Und man darf es etwa mit PLATO'S „Staat“ oder dessen „Gesetzen“ vergleichen, obgleich es allerdings diesem gegenüber in Form und Wesen große Unterschiede aufweist.

Die Entwicklung des juristischen Sozialismus.

Von

Edmond Laskine-Paris ¹⁾.

Die Schwierigkeit zutreffender Definition des Sozialismus ist oft schon betont worden. Sie wird noch gesteigert durch die Einführung neuer Kunstausdrücke wie „konservativer“, „christlicher“, „municipaler“, „juristischer“ Sozialismus; wozu noch kommt, daß die Unbestimmtheit in der Erfassung des Oberbegriffes sich auch auf die Unterbegriffe überträgt. Besonders unklar ist der neue Terminus „juristischer Sozialismus“ ²⁾. Es soll daher im folgenden versucht werden, ihn an der Hand der Geschichte der sozialen Ideen festzustellen.

Eine Sonderuntersuchung über den jur. Soz. oder bestimmte Umschreibung von dessen Tendenz wird man vergeblich auch bei denjenigen suchen, die an der Ausarbeitung desselben mitgewirkt haben. Bald erblickt man im jur. Soz. eine selbständige, von anderen sozialen Tendenzen deutlich unterschiedene Lehre ³⁾; bald wirft man ihn schlechthin mit dem „Solidarismus“ zusammen ⁴⁾; bald wieder spricht man ihm gleichzeitig autonomen Charakter und Zugehörigkeit zu den Lehren der französischen und italienischen Solidaristen zu ⁵⁾. Die einen sehen in ihm bloß eine Anpassung juristischer Methoden an sozialistische Zwecke ⁶⁾ oder

1) Aus dem französischen Manuskript übersetzt von H. G. 2) Im folgenden abgekürzt mit: jur. Soz. 3) C. BROUILHET, *Le conflit des doctrines dans l'économie politique contemporaine*, Paris 1910. 4) GIDE et RIST, *Histoire des doctrines économiques*, Paris 1909, S. 691 u. S. 692 Anm. 2. 5) SERGIO PANUNZIO, *Critique du socialisme juridique*, in „*Le mouvement socialiste*“, XVIII (1906), S. 308 f. 6) ANDRÉ MATER, *Le socialisme juridique*, in „*La revue socialiste*“, 1904/II, S. 1.

eine Taktik des Sozialismus, der seine revolutionären Utopien aufgabe¹⁾, die anderen den Sozialismus der Juristen²⁾. Manchen erscheint er lediglich als Bezeichnung für ein Sonderrecht der Industrie und der Arbeiterklasse, nach Analogie etwa des Photographie-, Automobil- oder Luftschiffahrtsrechtes, trotzdem sie ihn in einem Atem damit erklären, daß die Sozialisten beginnen, ihre Forderungen juristisch zu formulieren³⁾. Andere hinwiederum, die den jur. Soz. genauer von verwandten Erscheinungen unterscheiden und ihm auch größere Wichtigkeit zuerkennen, halten ihn „für die letzte doktrinaire Entwicklung des Sozialismus“⁴⁾, für jene Form desselben, die künftig die bedeutendste Rolle spielen werde, und gehen so weit, zu behaupten: der Sozialismus werde entweder Rechtssozialismus oder gar nicht sein⁵⁾.

Angesichts dieser Verschiedenheiten in der Auffassung darüber, wie die Lehre zu definieren sei, kann es nicht wundernehmen, wenn weder über ihre Bedeutung noch über ihren Ursprung und ihr Verhältnis zu den anderen sozialistischen Lehren Einigkeit besteht, sowie daß man so weit geht, zu sagen: es sei schwer, ihre Geschichte zu schreiben, und so gut wie unmöglich, ihre Ursachen festzustellen und ihre Entwicklung zu schildern⁶⁾.

I.

Genügte es zum Vorhandensein von jur. Soz., daß Sozialisten ihre Forderungen in ein juristisches Gewand kleiden, so würde die Geschichte des juristischen mit der des Sozialismus überhaupt zusammenfallen; und zum gleichen Schluß gelangt man, wenn man mit ANDLER als sozialistisch jene Lehren bezeichnet, die die Beseitigung des Elends durch eine Reform des Rechts erreichen zu können glauben⁷⁾. Jede gegebene Gesellschaftsordnung findet

1) ALB. SCHATZ, *L'individualisme économique et social*, Paris 1907, S. 314. 2) ENGELS und KAUTSKY, *Juristensozialismus*, in „Die Neue Zeit“, 1878. 3) EDMOND PICARD, *Le droit nouveau*, in „Pandectes belges“, 1907, S. 11. 4) J. HITIER, *Le socialisme juridique*, in „Revue d'écon. politique“, 1906. 5) BROUILHET a. a. O. S. 242. 6) MATER a. a. O. S. 2. 7) Vgl. CHARLES ANDLER, *Les origines du socialisme d'état en Allmagne*, Paris 1897, S. 6.

ihren Ausdruck in einer bestimmten Rechtsordnung. Die gegen jene gerichtete Kritik, die *pars destruens* jeglicher sozialistischer Doktrin, richtet sich also notwendig auch gegen diese; und die Schilderung der idealen Gesellschaft, durch welche die Reformer die vorhandene ersetzen wollen, die *pars aedificans* jedes sozialistischen Systems, enthält zugleich das Ideal einer Rechtsordnung an Stelle der positiven. Das meint auch STAMMLER, wenn er fragt: „Enthalten das Werk des MORUS oder die Phantasie des BELLAMY nicht etwa voll ausgeführte Rechtssysteme?“¹⁾ Man kann nun als Systeme utopischen jur. Soz. alle sozialistischen Systeme bezeichnen, die der herrschenden Rechtsordnung eine andere gegenüberstellen, die auf dem Naturrecht oder irgendeinem Moralideal aufgebaut ist. Die sozialistischen Lehren, welche die Geschichte kennt, entsprechen auch in ihrer großen Mehrheit dieser Definition. Ebendeshalb pflegen sie häufig in Form einer Verfassung aufzutreten, wie „Der Staat“ von PLATO oder die Schrift von MORUS „De optimo reipublicae statu“ (1516), oder eines Gesetzbuches, wie der „Code de la nature“ von MORELLE (1755). Nur kommt dem juristischen Gehalt dieser Systeme verschiedene Wichtigkeit zu: während in den einen allgemeine Kritik sowie ethische und ökonomische Schilderungen vorherrschen, begegnet man in den anderen vertiefter juristischer Kritik der hauptsächlichsten Gesellschaftseinrichtungen im Verein mit einer juristisch-systematischen Darlegung der angestrebten Ersatzeinrichtungen und der Mittel und Wege, um zu ihnen zu gelangen. Nur diesen letzteren aber gebührt insbesondere die Kennzeichnung als „jur. Soz.“, und sie haben mehr als die anderen zur Ausbildung dieser Lehre beigetragen. Aber auch die erstgenannten haben mehr oder weniger in gleicher Art gewirkt, indem sie ihr Augenmerk nicht mehr einzig auf die großen politischen Institutionen, wie Monarchie, Aristokratie oder Demokratie, richteten, sondern auch auf die grundlegenden Gesellschaftseinrichtungen, wie das Eigentum.

1) RUD. STAMMLER, *Wirtschaft und Recht nach der materialist. Geschichtsauffassung*, Leipzig 1896, S. 175.

Sämtliche sozialistische Lehren, die auf einem bestimmten rechtsphilosophischen System oder auf dem Naturrecht schlechthin beruhen, münden in die Forderung dessen, was ANTON MENGER „ökonomische Grundrechte“ nennt¹⁾. Trotzdem aber MENGER sich die Formulierung dieser Grundrechte zur besonderen Aufgabe machte²⁾, ist er auf ihre mehr oder weniger scharfe Prägung in der vorausgehenden sozialistischen Literatur nirgends gestoßen. Dies ist auch nicht verwunderlich, wenn, wie er selbst feststellt, der Sozialismus bis auf RICARDO dem Wesen und der Form nach eine rechtsphilosophische Theorie gewesen ist, und wenn die Rechtsphilosophie als die eigentliche Essenz des Sozialismus anzusehen ist. Es würde zu weit und dabei zu keinen neuen Resultaten führen, wollte man unter diesem Gesichtspunkt die Geschichte der sozialistischen Lehren darstellen. Zur Verdeutlichung dessen, was ich unter utopischem jur. Soz. verstehe, genügen vielmehr einige Beispiele. ROUSSEAU betrachtet die Zivilisation und ihre Ursache, das Privateigentum, als naturrechtswidrig. MORELLY bekämpft das Eigentum als Quelle aller Laster, des Hochmuts und der Selbstsucht, und er entwirft den Plan einer kommunistischen Gesellschaft, in der „jeder Bürger eine öffentliche Person sein, d. h. von Staatswegen erhalten und beschäftigt werden wird“. In „De la législation ou principes des lois“ (1776), der Schrift, deren Titel schon anzeigt, daß es Rechtsprobleme sind, die den Verfasser beschäftigen, zeichnet MABLY den Grundriß einer sozialen Ordnung mit kommunistischer Basis. Der berühmte Jurist HUGO greift das Eigentum als ungerecht und verderblich nur an, weil er es nicht aus dem Naturrecht abzuleiten vermag. Das ökonomische System schließlich J. G. FICHTES in dessen „Geschlossenem Handelsstaat“ (1800) bringt bloß die von ihm bereits in der „Grundlage des Naturrechtes“ (1796) und im „System der Sittenlehre“ (1798) niedergelegten Grundsätze zur Anwendung. Wie MENGER erkannt und treffend gezeigt hat, läßt sich jede Lehre des utop-

1) Vgl. A. MENGER, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, Stuttgart 1886, S. 5 ff. 2) Ebenda S. 6.

pischen jur. Soz. auf eines der drei Grundrechte: Recht auf Arbeit, auf Existenz, auf den vollen Arbeitsertrag, zurückführen.

In diesen Lehren fließen aber Recht und Moral zusammen: ihre Kritik des positiven Rechtes entspringt nicht vorangegangener Prüfung des geltenden Rechtszustandes und seiner historischen Entwicklung, und sie richtet sich auch im allgemeinen eher gegen die positivrechtliche Gesamtgestaltung als gegen eine besondere als fundamental angesehene Rechtseinrichtung. Wendet man sich von diesen Lehren zu denen der SAINT-SIMONISTEN, ROBERTUS' oder PROUDHONS, so fällt sofort die weit größere juristische Präzision dieser letzteren in negativer und positiver Beziehung auf.

Man hat behauptet: dem Saint-Simonismus komme in Frankreich dieselbe Bedeutung zu wie der Rechtsphilosophie in Deutschland. Das mag gelten, wenn man hinzufügt, daß wenigstens die saint-simonistische Rechtsphilosophie sich nicht mehr einerseits über die Rechtsgeschichte und andererseits über die Rechtstechnik hinwegsetzt. Die Saint-Simonisten gehen auf den Ursprung des Eigentums zurück und finden die Eroberung. Sie begnügen sich aber nicht damit, sondern bemühen sich, in jeder der Gegenwartsformen des Eigentums den schöpferischen Gewaltakt aufzufinden. „Auf welche Autorität gestützt genießt der gegenwärtige Eigentümer sein Eigentum? Auf Grund einer Gesetzgebung, deren Quelle die Gewalt war, und die trotz alles zeitlichen Abstandes noch zutage tritt in der Ausbeutung von Menschen durch Menschen, von arm durch reich ¹⁾.“ „Die Ausbeutung von Menschen durch Menschen, die unmittelbarst durch die Sklaverei sich vollzieht, findet in sehr hohem Maße ihre Fortsetzung in den Beziehungen zwischen Eigentümern und Arbeitern. Der Arbeiter ist der direkte Nachfolger des Sklaven und Hörigen“ ²⁾. „Trotz seines vielfachen Wandels ist das Gesetz für die Abkömmlinge der Sieger, d. h. die Besitzer des Bodens, noch immer günstiger als für die Nachkommen der Besiegten, die den Boden bebauen“ ³⁾.

1) BAZARD, Exposition de la doctrine de Saint-Simon, 1830, S. 187.

2) Ebenda, S. 175 f. 3) L'industrie, II^e partie. Moyens etc. Oeuvres de SAINT-SIMON et D'ENFANTIN, XIX, 86.

Auch bei PIERRE LEROUX¹⁾ findet man dieses Thema in interessanter Weise variiert. Überdies aber bemüht, aus der Geschichte des Eigentums dessen Zukunft herauszulesen, bemerken die Saint-Simonisten, daß das Eigentumsrecht stetig einschrumpft, so daß es heute bei den zivilisierten Völkern nicht mehr wie einst Menschen und Sachen, sondern nur mehr die gegenständliche Welt erfaßt. Gleichermaßen knüpft die saint-simonistische Kritik des Erbrechtes an dessen Geschichte an, in deren Verlauf wir immer stärkerer Einschränkung des Erblasserwillens durch das Gesetz und die stetig zunehmende Zahl der Pflichtteilsberechtigten begegnen: erst besteht absolute Testierfreiheit des Eigentümers; dann bezeichnet ihm das Gesetz seinen Erben; schließlich erscheint nicht mehr der älteste Sohn allein erbberechtigt, sondern sämtliche Kinder zu gleichen Teilen²⁾. Am meisten haben jedoch die Saint-Simonisten den Fortschritt des jur. Soz. durch die beiden Gedanken gefördert, daß das Eigentum ein gesellschaftliches und dabei ein dem Wechsel unterworfenen Phänomen ist³⁾. Gedanken, auf denen auch heute noch der jur. Soz. basiert. „Das Individual-eigentum kann nur auf dem Gemeinnutzen begründet sein, der sich mit der Zeit ändert“⁴⁾. Wie alle anderen sozialen Tatsachen ist auch das Eigentumsrecht im Wechsel oder, genauer, im Fortschritt begriffen, „und es ist eitel, es auf göttliches oder Naturrecht zurückzuführen, denn auch dieses wie jenes schreiten fort“⁵⁾. Trotzdem also die Saint-Simonisten noch in dem Sinne „Utopisten“ sind, daß auch sie im Namen eines „höheren und allgemeinen Gesetzes“, des Naturgesetzes, sprechen, sind sie sich doch schon darüber im klaren, daß ihre „wirtschaftlichen Dekrete“ aus der Tatsache, daß die historische Entwicklung ihre Durch-

1) Vgl. LEROUX, Malthus et les économistes, 1849, S. 39—41. 2) Vgl. BAZARD, Exposition, S. 181. Es ist klar, daß im weiteren Verlaufe dieser Entwicklung das Erbrecht schließlich nicht mehr auf die Familie beschränkt sein, sondern auf den Staat und die Assoziation der Arbeiter übergehen wird. Ebenda S. 45. 3) Vgl. hierzu die interessanten Bemerkungen bei FOURNIÈRE, Les systèmes socialistes, in „La Revue socialiste“ 1903/II, S. 263 ff. 4) L'industrie, II^e part. Moyens (Oeuvres XVIII, 89 f.). 5) BAZARD, Exposition, II^e année. I^e séance.

führung begünstigte, ihren Wert herleiten; sie suchen daher zu beweisen, daß die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen den Hebel dieser Entwicklung verlängern und daß die von ihnen bekämpften Einrichtungen wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft dem Wechsel unterworfen sind.

Ebenso kann man bei mehreren sozialistischen Schriftstellern nach SAINT-SIMON, ob sie nun dessen Schüler sind oder nicht, neben naturrechtlichen Überbleibseln auch Spuren dieses historischen und evolutionistischen Geistes aufzeigen. Im Eigentum, sagt PECQUEUR, „ist die Verbindlichkeit, die Last, das soziale Ziel vor der Aneignung, vor den Sondervorteilen und dem Privatgenuß vorhanden. Hieraus erklärt sich die geschichtliche Tatsache, daß Eigentums- und Erbrecht gleichem Wechsel unterliegen wie sämtliche dauernd sozialen Erscheinungen und den gleichen Fortschritt aufweisen wie die allgemeine Bewegung der Menschheit“¹⁾. Die Geschichte lehrt also, daß das Eigentumsrecht sich den gesellschaftlichen Bedürfnissen gemäß ändert. Und VIDAL, hierin ein Vorläufer der hervorragendsten Vertreter des jur. Soz. unserer Zeit, zeigt, wie der Sozialismus die Normen des positiven Rechtes selbst seinen Zwecken dienstbar machen kann: „Der Tag ist nahe, an dem man im Interesse des Gemeinwohls und um der Befreiung der Arbeit aus der drückendsten Knechtschaft willen gegen die Eigentümer das Enteignungsrecht wird anrufen müssen.“

Was ROBERTUS anbetrifft, so bringen seine Ausführungen zu einem Teil zwar sein persönliches Sittlichkeitsideal zum Ausdruck, zu einem andern aber erscheinen sie als Resultat seiner historischen Studien, die ihn überzeugt haben, daß das moderne Recht die bloß juristische Persönlichkeit des römischen und Feudalrechtes durch die menschliche ersetze, indem die gesamtgeschichtliche Entwicklung die Sozialisierung gleichzeitig ermögliche und notwendig mache²⁾, indem die Wandlungen in der Arbeitsteilung stets von Umgestaltungen des Privatrechtes begleitet seien³⁾.

1) PECQUEUR, Des intérêts du commerce, 1839, II, S. X. 2) Vgl. ROBERTUS, Zur Geschichte der römischen Tributsteuern, in „Jahrbücher f. Nationalökon.“ VIII (1867); vgl. auch ANDLER a. a. O. S. 64 f. 3) Vgl. ROBERTUS, Dritter sozialer Brief, 1851.

Eine der Tendenzen des jur. Soz. ist: aus den wirtschaftlichen Erscheinungen das herauszuschälen, was sich als Wirkung der von Individuen oder Klassen aus historischen Gründen erworbenen Machtstellungen darstellt, was nicht Ergebnis ist des Spiels der wirtschaftlichen Kräfte allein, sondern des positiven Rechts. RODBERTUS hat nun stets in diesem Sinne unterschieden, weil ihn — anders als LIST und THÜNEN — juristische Probleme beschäftigten¹⁾. Von anderer Seite her betrachtet aber erscheint der jur. Soz. RODBERTUS' so recht eigentlich utopisch: seine Aufmerksamkeit gilt der menschlichen Persönlichkeit und der Freiheit; ein ideales Gerechtigkeitsprinzip beherrscht ihn; er hält Grundrente und Kapitalzins für naturrechtlich illegitim²⁾, für dem Arbeiter entrissen mit Hilfe des auf Gewalt gebauten und durch sie aufrechterhaltenen positiven Rechtes. Dagegen nähert er sich wieder dem jur. Soz. der Gegenwart, wenn er die Mittel zu präzisieren sucht, vermöge deren der Übergang von der herrschenden zur kommunistischen Organisation der Zukunft, in der das Privateigentum an Kapital und Boden vollständig aufgehoben sein würde, sich vollziehen soll.

PROUDHON steht ebenfalls auf halbem Weg zwischen utopischem und wissenschaftlichem jur. Soz. Sicherlich ist es richtig, daß er und LASSALLE allein die juristischen Gedankenreihen des Sozialismus zu systematischer Darstellung gebracht haben³⁾. Auch sind PROUDHONS Schriften sehr reich an juristischen Ausführungen. Diese knüpfen jedoch — vornehmlich in den Jugendwerken — an die naturrechtliche Tradition an. Mit Recht hat man denn auch die Charakterisierung des Eigentums als Diebstahl in den „Recherches philosophiques sur le droit de propriété et sur le vol“ (1780) BRISSOTS mit den Ausführungen PROUDHONS

1) Vgl. ANDLER a. a. O. S. 355. So erklärt sich auch für RODBERTUS die Grundrente nicht durch die ökonomische Funktionierung der Güterwelt, sondern durch die rechtliche Verteilung des Eigentums. Vgl. ANDLER, ebda.; MENGER a. a. O. 83 f. 2) Vgl. RODBERTUS, Zur Beleuchtung der sozialen Frage, I, 115. 3) Vgl. ANDLER, Introduction z. franz. Übersetzung d. „Systems der erworb. Rechte“: „Théorie systématique des droits acquis“, Paris 1904, S. V.

in „Qu'est-ce que la propriété? Ier mémoire“ (1840) zusammengehalten, in dem das Eigentum als Beuterecht, d. h. als durch Gewalt erzwungenes arbeitsloses Einkommen gekennzeichnet wird, und in „De la celebration du dimanche“ (1839), in der es heißt, daß „jede Durchbrechung des Prinzips des gleichen Erbrechts, jede willkürlich geforderte und gewaltsam erhobene Prämie, sei es im Tauschverkehr, sei es von fremder Arbeit, eine Verletzung der Gerechtigkeit und erpresserisch sei“. Gerade aber, weil er seine Untersuchungen speziell dem Eigentum widmete und für ihn die ganze soziale Frage auf dieses hinauslief¹⁾, gerade weil er die Organisation des Sondereigentums als bestimmenden Faktor ansah ebensowohl der ökonomischen wie der politischen, militärischen und Verwaltungsorganisation und nicht minder der Familie, der Religion und der Philosophie²⁾, sah er sich zu scharfer Formulierung seiner juristischen Gedanken genötigt. So unterscheidet er denn sorgfältig den prekari-schen, durch auf ihm ruhende Servituten beschränkten „Besitz“ (possession) vom „Eigentum“ (propriété), der „absolut-selbstherrlichen, ausschließlichen Herrschaft von Menschen über die gegenständliche Welt“, wobei er erst dem Besitz den Vorzug gab, gegen Ende seines Lebens aber, vornehmlich aus politischen Rücksichten, dem Eigentum³⁾. Besitz und Eigentum sind ihm auch da nicht mehr abstrakte, willkürlich von Philosophen geschaffene Typen; vielmehr versucht er, sie an der Hand der Rechtsgeschichte zu konkretisieren, sie zu erörtern und miteinander nicht nur ideale Einrichtungen, sondern solche zu vergleichen, die tatsächlich eine geschichtliche Rolle gespielt haben. Nun will er gleichermaßen den Terminus „Besitz“ im Sinne der klassischen Jurisprudenz Roms und des Code civil gebrauchen⁴⁾, wie den in Rom am schärfsten ausgebildeten und bei den älteren französischen Juristen wieder-

1) Vgl. PROUDHON, Resumé de la question sociale (Oeuvres complètes, VI, 170. 2) Vgl. PROUDHON, Qu'est-ce que la propriété? II^e mémoire, S. 281. 3) Vgl. hierzu die treffliche Schrift von AIMÉ BERTHOUD, P.-J. Proudhon et la propriété, Paris 1910, S. 159 ff. 4) PROUDHON, II^e mémoire, I, 313. Übrigens zeigt BERTHOUD a. a. O. S. 30, daß PROUDHON in diesem Punkt geirrt hat.

kehrenden „Eigentums“begriff übernehmen. Auch diese haben, erklärt er, nach Analogie des Prätors, der die *possessio* neben der *proprietas* anerkannte; wohl unterschieden zwischen dem *Dominium* und dem Nutznießungs-, Gebrauchs- und Wohnungsrechte. Dieses sei, auf seine natürlichen Schranken zurückgeführt, schlechthin ein Ausdruck der Gerechtigkeit und werde zuletzt jenes verdrängen, um alleinige Grundlage der Jurisprudenz zu werden. Zu der Zeit, da er noch für das System eintritt, in dem das Familienoberhaupt lediglich Nutznießer ist, das Obereigentum aber dem Staat vorbehalten bleibt, beruft sich PROUDHON auf das Zeugnis der Geschichte, um zu beweisen, daß dieses System ursprünglich allen Völkern — den Ägyptern, Arabern, Juden, Kelten, Germanen, Slawen und sogar den Römern — geeignet habe und keineswegs ein Phantasiebild sei. Unzweifelhaft komme dem Besitz, trotz seiner bescheidenen Form, in der bisherigen Zivilisation größere Wichtigkeit zu als dem Eigentum. Denn soweit die Bodenbebauer nicht schollenpflichtige Leibeigene gewesen seien, hätten sie in ihrer ungeheuren Masse ihre Ländereien als Kolonen, Erbpächter, Prekaristen, Zeitpächter usw. innegehabt: lauter Bezeichnungen, die gleichbedeutend seien mit Besitz¹⁾.

Diese Ausführungen entstammen der „*Théorie de la propriété*“, die erst nach PROUDHONS Tode veröffentlicht worden ist, aber — wie wir von ihm selbst wissen — auf geschichtlichen Studien über die Rechtszustände Roms, des Mittelalters und Polens beruht²⁾. PROUDHON verdeutlicht in dieser Schrift seinen Besitzbegriff durch den Hinweis auf das Lehen, das Eigentum durch den Hinweis auf das Allod und gibt zuletzt diesem den Vorzug vor jenem.

Er bedient sich aber der Rechtsgeschichte nicht nur zur begrifflichen Abgrenzung der wichtigsten sozialen Einrichtungen, sondern auch, um deren Entwicklung vorausszusehen. Mit Recht ist auf „dieses stetige Streben nach Beobachtung der Tatsachen und der Tendenzen in ihnen sowie nach Erfassung der Richtung,

1) PROUDHON ebenda I, 284; *Théorie de la propriété*, S. 88, 90, 91.
2) Vgl. PROUDHONS Brief an GRANDCLÉMENT v. 28. II. 1863 (*Correspondance* XII, 312).

in der sich die Gesellschaft bewegt, als für den Historismus und Reformismus PROUDHONS charakteristisch“ hingewiesen worden¹⁾. So konstatiert auch PROUDHON eine objektive Tendenz, wenn er im Hinblick auf Darlehen und Zins bemerkt, daß „das schöpferische Prinzip des alten Rechtes, die Autorität, vollständig zurückgetreten sei hinter der allgemeinsten Formel, dem synthetischen Ausdruck des neuen Rechtes: dem Mutualismus“²⁾. In der Tat, das Recht ist nicht unbeweglich, sondern paßt sich unaufhörlich und auch uns selbst wahrnehmbar den neu entstehenden Bedürfnissen und ökonomischen Gestaltungen an. „Der Code Napoléon entspricht ebensowenig der neuen Gesellschaft wie die Republik PLATOS, und da dank dem ökonomischen Element allüberall das relative und bewegliche Recht der industriellen Mutualität das absolute Eigentumsrecht verdrängt, so wird man dieses Kartenhaus von Grund auf rekonstruieren müssen“³⁾. Das Recht des Eigentums namentlich hat, wie seine stetigen geschichtlichen Wandlungen lehren, nichts an sich Absolutes. „Seit dem Beginn der Zivilisation wächst es und schrumpft wieder ein ad libitum, so daß zwischen Eigentum und Servitut überhaupt keine deutliche Scheidungslinie besteht und man diese wie jenes nur in ihrer extremen Ausbildung klar zu erfassen vermag“⁴⁾. Wie sollte es auch anders sein? Verträgt sich ja das Eigentum mit allen andern sozialen Einrichtungen und wandelt sich parallel mit ihnen. „Das Eigentum, so groß auch seine soziale Wichtigkeit sein mag, existiert nicht allein als politische Funktion, als wirtschaftliche und soziale Institution . . . es lebt in einem organisierten Mittel, innerhalb einer gewissen Zahl analoger Funktionen und besonderer Einrichtungen, ohne die es nicht bestehen könnte, auf die es also angewiesen ist“⁵⁾. Daraus folgt, daß das Wort „Eigentum“ zunächst nur ein Wort ist, dessen Sinn inhaltlich und umfänglich sehr wechseln kann, so daß es methodisch verfehlt ist, sich begrifflich über ihn herumzustreiten. „Was ist das Eigentum heute? Ein häufig nur

1) Vgl. BERTHOUD a. a. O. S. 118. 2) PROUDHON, *Idée générale de la révolution*, X, 201 f. 3) PROUDHON, *Révolution sociale*, VII. 149. 4) PROUDHON, *Théorie de la propriété*, S. 173. 5) Ebenda S. 176.

nomineller Titel, dessen Wert nicht wie einst auf persönlicher Arbeit des Eigentümers, sondern auf der allgemeinen Zirkulation beruht und der für sich allein ebensowenig Anwartschaft auch nur auf eine Mahlzeit gewährt wie die alten Titel Marquis, Baron ¹⁾). Ebendeshalb kann auch PROUDHON gegen Ende seines Lebens, ohne sich zu widersprechen, als Verteidiger des Eigentums auftreten. „Grund und Boden kann man auf fünf oder sechs verschiedene Arten besitzen. Sollen wir nun das Wort Eigentum proskribieren? Keineswegs! Nicht Worte gilt es anzugreifen, sondern in unsere Gedankenwelt den Begriff der Bewegung einzuführen“ ²⁾). Gerade dieses Element der Bewegung aber finden wir an der Wurzel des zeitgenössischen jur. Soz., bei JEAN JAURÈS wie bei EMMANUEL LÉVY.

Es führte zu weit, wollten wir alle Punkte aufzählen, in denen PROUDHON sich mit dem wissenschaftlichen jur. Soz. berührt. So sei denn zum Schluß nur festgehalten, daß er sehr früh schon aufgezeigt hat: wie es die „gesetzliche Sanktion, d. h. die gesellschaftliche Anerkennung“ war, welche die brutale Tatsache der „von Jedermann bestreitbaren“ Okkupation in ein Recht verwandelt hat ³⁾); daß er für seine Kritik des Eigentumsrechtes der TROPLONGSchen Theorie über den Bestandvertrag, die dem Mieter ein dingliches Recht an der Bestandsache einräumt ⁴⁾, benützt und damit eine der fruchtbarsten Methoden des jur. Soz. erstmals angewendet hat; daß er schließlich durch seine Zurückführung aller Erklärungen der Menschenrechte und -pflichten sowie aller Verfassungen und sonstigen Gesetze auf zwei Artikel: das Recht auf Arbeit und das Recht auf Austausch ⁵⁾, die wesentliche Aufgabe des jur. Soz. umschrieben hat: ein „Recht der Wirtschaft“ zu begründen.

II.

An der Formulierung dieses Rechtes haben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts drei hervorragende Denker gear-

1) PROUDHON, Banque d'échange, VI, 50. 2) PROUDHON, Correspondance, XII, 8. 3) PROUDHON, Contradictions économiques, II, 188 ff.

4) Ebenda, II, 240. 5) PROUDHON, Philosophie du progrès (Oeuvres, XX, 56).

beitet — alle darin verwandt, daß sie Recht und Wirtschaft einander nähern, sich auf umfassendes rechtsgeschichtliches Wissen stützen, Anhänger eines dem positiven entgegengesetzten Idealrechts sind und mehr oder weniger ausgesprochen an das Naturrecht und hierdurch auch an die Tradition des utopischen Sozialismus anknüpfen, nämlich EUGEN DÜHRING, AUGUST SCHROEDER und ANTON MENGER.

DÜHRING protestiert im Namen der „selbständigen Rechtsvernunft“¹⁾ gegen die Hegemonie des römischen Rechtes und die abergläubische Verehrung der historischen Schule vor den bestehenden Rechtseinrichtungen. Heftig bekämpft er das „Halbrecht der Jurisprudenz“, die „Halbjuristerei mit der Unzulänglichkeit und Zweideutigkeit“. Die Pandekten sind ihm bloß eine „Bibel des formellen und autoritären Rechtsaberglaubens“²⁾. Was die Juristen Gerechtigkeit nennen, tritt stets „einseitig, zugunsten herrschender Klassen und Elemente“, als „Standesjustiz“, welche die Klassenprivilegien schützt, zutage³⁾. „Die Juristerei ist etwas Passives im Dienste der Machthaber von vornherein gewesen und hinterher auch meist geblieben. Es war stets eine politische Macht und meist auch eine raubpolitische, von der die sogenannte Rechtspflege ausging“⁴⁾. Von den Juristen hat man also für die soziale Reform nichts zu hoffen, ebensowenig, wie vom modernen Sozialismus, der unter dem Einfluß von KARL MARX, dem DÜHRING den Mangel juristischer Bildung vorwirft, „den letzten Rest von früheren Ansätzen zu Rechtsgedanken“ verloren habe, wie denn „keine Art von Kommunismus irgendein wirkliches Recht kennt“⁵⁾. Dennoch ist „die Hauptaufgabe eine entscheidende Orientierung im Bereiche wirklichen Rechts“: das Recht hat systematische Anwendung zu finden auf wirtschaftliche Verhältnisse. DÜHRING ist überzeugt, „daß es außer dem gewöhnlichen juristischen Rechtsschutze noch Bürgschaften der wirtschaftlichen Gerechtigkeit geben müsse“⁶⁾. Man hat — eine von der Rechtswissen-

1) Vgl. DÜHRING, Sache, Leben und Feinde, Karlsruhe 1882, S. 74, 336.

2) DÜHRING, Soziale Rettung durch wirkliches Recht usw., Leipzig 1907, S. 15.

3) DÜHRING, Sache usw., S. 398. 4) DÜHRING, Soziale Rettung, S. 112.

5) Ebenda, S. 238 ff. 6) DÜHRING, Kapital und Arbeit, Berlin 1865, S. VII.

schaft bisher vernachlässigte Aufgabe — das Recht in Beziehung zu bringen zu den sozialen Grundfragen, „eine rechtlich-ökonomische Systematik“ zu schaffen, „ökonomische Gerechtigkeitsgedanken“ abzuleiten und zu verbreiten¹⁾. All das ist höchst wichtig. Denn „schon die bloße Jurisprudenz vermag, wenn sie sich regeneriert, mindestens in ihrem eigenen Bereich für eine echte soziale Ausglei chung und Harmonisierung manches zu tun²⁾; man würde dann das gesamte Wirtschaftsleben „in einen Gerechtigkeitsrahmen“ fassen; Recht und Wissenschaft wären dann vollständig verschmolzen. Und DÜHRING fügt hinzu: „Indem wir uns nicht scheuen, den Gerechtigkeitsbegriff unmittelbar mit der ökonomischen Grundvorstellung zu verbinden, bringen wir zwei Gebiete, die der Sache und dem Wesen nach bisher einander fremd geblieben, nicht bloß in innigste Berührung, sondern verschmelzen auch ihre Axiome und Fundamentalsätze miteinander zu einer einheitlichen Lehre“³⁾ und gestalten „nicht bloß die Volkswirtschaft gerecht, sondern auch die Gerechtigkeit volkswirtschaftlich“⁴⁾.

Diese Gedanken hängen mit der gesamten Sozialphilosophie DÜHRINGS zusammen, die von PROUDHON und mehr noch von ROBBERTUS eingegeben ist⁵⁾. „Recht“ ist ihm nur ein Name für die von der Geschichte sanktionierte Gewalt; das Eigentum betrachtet er als Folge von Knechtung und Eroberung, den gegenwärtigen Gewaltstaat bloß als Organisation ungerechter Privilegien, die gesetzliche Verfassung des Eigentums durch den Staat als Raub am Arbeitsertrag der Arbeiter; das Eigentum an sich erscheint ihm als vollkommen legitim, aber nicht das Gewaltelement in ihm sowie seine Ausnützung durch die Eigentümer zur Ausbeutung der Nichteigentümer. „Ich unterschied scharf — schreibt DÜHRING im Hinblick auf seine ersten Universitätsvorträge — zwischen den gesetzlichen Regeln, vermöge deren die ungehörige Bereicherung der einen auf Kosten der anderen statt-

1) DÜHRING, Soziale Rettung, S. 287. 2) Ebenda, S. 143. 3) Ebenda, S. 210. 4) Ebenda, S. 217. 5) Vgl. meine Introduction zu (franz. Übersetzung) ENGELS, Philosophie, Economie, Politique, Socialisme. Contre EUGÈNE DÜHRING, Paris 1911, S. LVI—LXX.

findet, und dem tatsächlichen Vermögens- und Besitzstande. Jene Gesetze und Regeln im Sinne der Freiheit und der Gleichheit zu ändern, erschien mir als Forderung der Gerechtigkeit . . . Ich glaube, daß, sobald die Gesetze und Bedingungen der laufenden Verteilung geändert würden, die Ungebührlichkeiten im augenblicklichen Vermögensstande nicht lange vorhalten könnten¹⁾. DÜHRINGS jur. Soz. anerkennt zwar das Eigentum, bekämpft aber „die damit verkuppelte Anmaßung öffentlicher Hoheitsrechte“ und gestaltet es so nicht nur unschädlich, sondern sogar wohlthätig. „Man wende alle zu Gebote stehende Macht gegen die Zwangsmittel der wirtschaftlichen Beherrschung der Menschen, und der unvermeidliche Bestand der juristischen Formen des Eigentums wird die in sozialer Hinsicht gleichgültigste Tatsache von der Welt sein.“ Diese juristische Reform des Eigentums würde gleichzeitig auch eine vollständige ökonomische sein. Ist ja „jede Behinderung der freien und gleichen Konkurrenz auch zugleich eine Beeinträchtigung der rechtlichen Gestaltung der Wert- und Preisverhältnisse“²⁾. Nur wo soziale Gerechtigkeit herrscht, halten sich „Leistung und Gegenleistung“ das Gleichgewicht und wird der „antirechtliche Wert der Gegenwartswirtschaft“ durch den „rechtlich sozialen Wert“ verdrängt.

Mit dieser „rechtlich sozialen Richtung“ DÜHRINGS hat SCHROEDERS „Rechtssozialismus“ mehr als einen Zug gemein. SCHROEDER ist ein begeisterter Anhänger des Naturrechts, auf dessen Grundsätzen ebensowohl sein „Recht der Wirtschaft“ wie sein „Recht der Freiheit“ aufgebaut ist. Im Namen des „Idealrechtes“ will er im „Rechtsstaat“ sogar die herrschende bürgerliche Rechtsordnung mit den Forderungen des revolutionären Sozialismus versöhnen. Aber er ergänzt die Rechtsphilosophie durch Rechtsvergleichung und durch wirtschaftliches Studium des Wirtschaftslebens³⁾. Nichtsdestoweniger ist sein jur. Soz. vornehmlich utopisch; und wenn er den Kathedersozialisten „den Mangel des

1) DÜHRING, Sache S. 72. 2) DÜHRING, Soziale Rettung, S. 217.

3) Vgl. SCHROEDER, Das Recht der Wirtschaft, kritisch, systematisch und kodifiziert, Leipzig 1896, S. VI, 73, 90.

Rechtsstandpunktes“ vorwirft¹⁾, so offenbar wegen seines Individualismus, der von den naturrechtlichen Moralisten her stammt, und wegen der „Heiligkeit der unverletzlichen Individualrechte“²⁾. Man höre z. B. seine Kritik der Fideikommiss: „Das ewig heilige Prinzip der Gerechtigkeit ist vom Familienfideikommiss verbannt; denn das natürliche Recht der Erbschaft, die Verteilung der Güter an alle Erben desselben Grades in gleichmäßiger gerechter Weise, ist vom Familienfideikommiss auf künstliche Art hinweggenommen, und während oft der Unverständigste die große Erbschaft antritt, müssen würdige . . . Personen das Haus ihrer Väter verlassen und in der kalten Welt gegen die künstlichen, mechanischen Einrichtungen der heutigen Gesellschaft den Kampf ums Dasein aufnehmen“³⁾. Wie die Kollektivisten, so weist auch SCHROEDER häufig auf den Klassenprivilegscharakter der meisten Rechtsinstitute hin; mit ANTON MENGER zeigt er, daß die privilegierten Klassen ihre Ausnahmestellung mit allen möglichen Mitteln aufrechterhalten und auf die anderen Klassen die Prinzipien, auf denen ihre eigene soziale Lage beruht, auszudehnen streben, daß die allzugroße Kompliziertheit des Gerichtsverfahrens lediglich den Reichen zugute komme, weil die Kostspieligkeit der Prozeßführung den Armen die Rechtsverfolgung unmöglich mache⁴⁾. SCHROEDERS Rechtsideal ist ein rein demokratisches Recht mit voller Gleichheit aller Individuen, Abweisung jeglichen Kasteninteresses, Aufhebung jedes Klassenunterschiedes und dem Streben nach strenger Übereinstimmung des Einzelinteresses mit dem der Gemeinschaft. Dennoch ist SCHROEDERS „Rechtssozialismus“ durchaus vom Kollektivismus entfernt. Sein Ziel ist die Zunahme der besitzenden Klassen und die Absorption der Armen durch sie. Unter dem Einfluß sozialistischer Ideen fixiert er ein Existenzmaximum und -minimum; im übrigen aber verharret er zur Gänze auf individualistischem Boden. Die Staatsgewalt und sogar das Eigentumsrecht will er eng beschränkt wissen, weil das Recht älter sei als der Staat und ihm übergeordnet. „Wo immer

1) Ebenda, S. 82. 2) Ebenda, S. 236. 3) Ebenda, S. 169. 4) Ebenda, S. 203, 169, 231, 198; vgl. MENGER, Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen, Tübingen 1890, S. 210.

die ideelle Wahrheit gesucht wurde, da war auch Recht, ohne daß ein Staat sein mußte. Das Recht kann ohne Staat, der Staat nicht ohne Recht bestehen.“ Die individuelle Freiheit auf ökonomischem Gebiete, die wirtschaftliche Freiheit, bildet den Angelpunkt seines Systems¹⁾. Und von diesen Prinzipien beherrscht, formuliert er sein „wirtschaftliches Grundgesetz“, verteidigt er das Erb-, Schenkungs- und Stiftungsrecht gegen sozialistische Angriffe und umschreibt er die Tragweite der von ihm geforderten Sozialreform. „Der große Einfluß (dieser Einkommenszweige) auf die Vermögensverteilung (habe) ihnen von seiten der sozialistischen Schulen schärfster Richtung viel Feindschaft eingetragen.“ Er sei überzeugt, daß sie „tatsächlich natürliche Volkswirtschaftsorgane sind, begründet in den elementaren Sozialkräften des Menschen, und daß sie darum nicht aus der Welt geschafft werden können. Diese mühelosen Einkommensarten (seien) unzweifelhaft unter dem Einfluß einer künstlichen Gesetzgebung zur Quelle einer Reihe großer Ungerechtigkeiten geworden. Sie auf einen natürlichen Boden zu stellen, ihre volkswirtschaftliche Funktion und ihre Aufgabe der Verteilung des Kapitals frei und ungezwungen, entsprechend den Postulaten der elementaren Sozialkräfte im Menschen, sich entfalten zu lassen, (sei) ein Hauptzweck des Rechtssystems“²⁾. Besonderen Wert legt SCHROEDER auch auf die Heimstätte als den schärfsten Ausdruck des Individualeigentums, des Allods, wie PROUDHON sagen würde. „Die Heimstätte ist die berechtigste Entwicklungsspitze und der Inbegriff des Eigentums als Rechtsphänomens. Das starre, unverletzliche Eigentum des römischen Rechts lernen wir erst in der Heimstätte vollständig erkennen . . . (Sie), als Inbegriff des Existenzminimums im unbeweglichen Kapital, ist der wichtigste Baustein im Recht der Wirtschaft. Und der Fundamentalartikel 39 in SCHROEDERS Entwurf eines Wirtschaftsrechts lautet: „Das Privateigentum ist unverletzlich“³⁾.

Der Sozialismus des Dritten im Bunde, ANTON MENGERS, ist unendlich radikaler. Auch er hängt übrigens mit der Tradition

1) SCHROEDER ebenda, S. 251 f., 258, 271. 2) Ebenda, S. 323.

3) Ebenda, S. 341 f., 380; vgl. über SCHROEDER im allgemeinen: LEO GELLER, im „Oesterr. Zentralblatt f. d. jur. Praxis“, XIV.

der Utopisten zusammen; und GRÜNBERG hat darauf hinweisen können, daß sich die Kette von ihm zu MORELLY schlingt¹⁾. Nicht nur daß alle seine Liebe dem vormarxistischen Sozialismus gehört; er verhehlt auch nicht, als wie ungerecht und gefährlich er die Mißachtung ansehe, in welche die befreiende Lehre vom Naturrecht durch die historische Schule geraten sei. Neben der rechtsgeschichtlichen und dogmatischen Jurisprudenz müsse noch für die legislativ-politische Raum geschaffen werden. Dieser falle die Aufgabe zu, „den überlieferten Rechtsstoff mit den Zuständen der Gegenwart zu vergleichen und daraus zu schließen, welche Änderungen desselben in der Zukunft notwendig sein werden“²⁾. Die wichtigsten dieser Reformen aber würden gefordert durch die Umgestaltung der Beziehungen zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen. Die allgemeine Schul- und Militärpflicht, das allgemeine Stimmrecht, die großindustrielle Entwicklung und die Zusammendrängung der Arbeiterbevölkerung in den Großstädten hätten die Machtverhältnisse unter den Klassen so verschoben und die soziale Frage so zugespitzt, daß nun die Hauptrolle in der legislativ-politischen Jurisprudenz unstreitig der sozialen Rechtswissenschaft zufalle. Diese müsse nun, mit den höchsten Problemen der Menschheit verknüpft, das Recht der tatsächlichen Lebensentwicklung anpassen, um rechtzeitig der Gefahr aus dem Zwiespalt zwischen beiden vorzubauen. Tue sie das mit voller Unabhängigkeit, so werde ihr das Schiedsrichteramt zwischen den verschiedenen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft zufallen und sie werde Staat und Gesellschaft für alle bewohnbar machen³⁾.

Ganz unter der Herrschaft der Machttheorie, sieht nämlich MENGER im Staat und Recht der Gegenwart eine Schöpfung einzig zugunsten einer privilegierten Minderheit, die die Macht auf ihrer Seite hat. Die Eigentumsordnung glaubt er wesentlich auf

1) Vgl. CARL GRÜNBERG, Anton Menger, sein Leben und sein Lebenswerk, i. d. „Zeitschrift f. Volksw.; Sozialpol. u. Vrwltg.“, XVIII; Derselbe, Antoine Menger, in „Revue d'histoire des doctrines écon. et sociales“, II.

2) Vgl. MENGER, Die sozialen Aufgaben der Rechtswissenschaft, 2. Aufl., Wien 1905, S. 4 ff., 20.

3) Ebenda, S. 20 f., 22.

das siegreiche Schwert gegründet, durch gewalttätige Besitznehmung hervorgerufen und durch Selbstsucht bestimmt; das Recht aber ist ihm die Gesamtheit der Herrschafts- und Unterordnungs-, d. h. der Machtverhältnisse in jedem Lande. So sei es denn nun selbstverständlich, daß das ganze geltende Rechtssystem die Starken auf Kosten der Schwachen, die Besitzenden auf Kosten der Besitzlosen, die Arbeitgeber auf Kosten der Arbeiter begünstige; die Vertragsfreiheit nütze nur den Reichen und zeitige lediglich die Unterwerfung der einen unter die Macht der anderen¹⁾. Durch die Unterlassung einer Regulierung des Wirtschaftslebens schütze der Staat die Besitzenden mehr als durch jedes positive Eingreifen²⁾. Nicht minder würden diese durch das geltende Privatrecht ungebührlich bevorzugt mit Hilfe juristischer Fiktionen, wie z. B.: der „Gleichheit aller vor dem Gesetze“ bei Aufrechterhaltung jeglicher sonstiger Ungleichheit, oder der Nichtentschuldbarkeit von Rechtsirrtum angesichts des Rechtskenntnismonopols der Besitzenden. Indem daher MENER nachzuweisen bemüht ist, daß, „auch wenn man die grundlegenden Prinzipien unseres Privatrechts als Ausgangspunkt anerkennt, die Interessen der besitzlosen Volksklassen verletzt oder nicht genügend berücksichtigt werden“³⁾, hat er einige sofort mögliche Reformen im Interesse der besitzlosen Volksklassen aufgezeigt. Seine Kritik hat denn auch größeren praktischen Erfolg gehabt, als er sonst einem Gelehrten beschieden zu sein pflegt. Das deutsche bürgerliche Gesetzbuch hat sie im Hinblick auf die noch im ersten Entwurf festgehaltene Unentschuldbarkeit des Rechtsirrtums, die analoge Rechtsanwendung, die Ausdehnung des Wucherbegriffes, den Schutz von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit des Arbeiters berücksichtigt; der Gedanke einer Übertragung der Offizialmaxime auf das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ist in der österreichischen Zivilprozeßgesetzgebung von 1895 verwirklicht worden; und in nicht geringem Maße hat MENERS

1) MENER, Neue Staatslehre, Jena 1903, II. Buch, Kap. 3, 9, 10, III. Buch, Kap. 2. 2) Ebenda, I. Buch, Kap. 3. 3) MENER, Das bürgerliche Recht, S. 17 ff.

jur. Soz. auch auf die Struktur des Schweizer. bürgerl. Gesetzbuches eingewirkt¹⁾).

MENGER hat sich jedoch nicht auf diese kritische und negative Tätigkeit beschränkt. Er möchte vielmehr das ganze geistige Leben — Philosophie, Moral, Literatur und vor allem Recht — von sozialistischen Gedanken durchtränkt sehen²⁾. Ebendeshalb war er bemüht, „den Sozialismus als Rechtssystem darzustellen“, und erblickte „in dieser juristischen Bearbeitung des Sozialismus die wichtigste Aufgabe der Rechtsphilosophie unserer Zeit“. Denn von ihrer richtigen Lösung hänge die Durchführung der „unerläßlichen Abänderung unserer Rechtsordnung im Wege einer friedlichen Reform“ ab; die Schaffung einer „von erfahrungsmäßigen Gesichtspunkten geleiteten sozialistischen Staatslehre“ würde im Schoße der Regierungen Beachtung finden; nur dann würden „die Völker sich zu einem eingreifenden sozialistischen Experiment entschließen“³⁾.

Das sozialistische Recht, wie MENGER es auffaßt, ist vor allem ein Recht der menschlichen Persönlichkeit. MENGERS Forderung einer radikalen Änderung des Vermögens- und Familienrechts⁴⁾ bezweckt in erster Linie die Sicherung ungestörten individuellen Daseins der Bürger sowie der Fortpflanzung der Gattung. Seine am Entwurf des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs geübte Kritik ist durch das Recht auf eine anständige und materiell fundierte Existenz eingegeben; und was er hauptsächlich dem geltenden Privatrecht vorwirft, ist der Mangel eines juristischen Prinzips in diesem Sinne⁵⁾. Tatsächlich aber ist sein Ziel höhergesteckt: er möchte das sozialistische Recht aufgebaut wissen auf dem Gedanken, „daß jeder Arbeiter den von ihm erzeugten Wert in seinem vollen Betrag zu empfangen hat, ohne daß ein Abzug zugunsten des Grund- und Kapitaleigentums stattfindet“⁶⁾.

Zu diesem Zweck schlägt er die Ersetzung des Sondereigentums durch das kollektive vor sowie eine Verschmelzung von

1) Vgl. Menger, Neue Staatslehre, II. Buch, Kap. 14; vgl. auch GRÜNBERG, Anton Menger, a. a. O. S. 76.

2) Ebenda, Vorwort, IV. Buch, Kap. 6.

3) MENGER, Recht auf den vollen Arbeitsertrag, Vorrede u. S. 111.

4) Neue Staatslehre, I. Buch, Kap. 3.

5) Vgl. ANDLER a. a. O. S. XXXVIII;

MENGER, Recht auf den vollen Arbeitsertrag, S. 3 f.

6) Ebenda, S. 149.

privat- und öffentlichem Recht, die ein Hauptmerkmal seiner Konzeption des jur. Soz. ist. Träger der Rechte auf die Sachgüter, d. h. auf die zum Unterhalt und zur Entwicklung der Individuen nötigen Naturreichtümer, sollen der Staat und die sonstigen öffentlich-rechtlichen Organisationen sein; und in dieser Übertragung der Vermögensrechte von den einzelnen auf die Gemeinschaft erblickt er das unterscheidende Kennzeichen des sozialistischen Programms von den Bestrebungen bloß teilweiser Sozialreform¹⁾; durch sie wandelt sich das Privateigentum, dessen Typus wir von den Römern überkommen haben, in ein Eigentum öffentlich-rechtlicher Struktur, wie denn MENER in der sozialistischen Ordnung jeden Gegensatz zwischen Privat- und öffentlichem Recht aufgehoben wissen will²⁾. Wie der Staat seit dem Ausgang des Mittelalters alle Herrschaftsrechte öffentlich-rechtlicher Art (Justiz, Verwaltung, Militär- und Finanzhoheit) an sich gezogen hat, so muß dies weiterhin auch auf dem Gebiet der privatrechtlichen Unterwerfungsverhältnisse geschehen. Alle Privatrechte würden in die Domäne des durch Staatsorgane ausgeübten Verwaltungsrechts fallen, die dermaligen Schranken zwischen Zivilprozeß- und Straf- sowie Administrativverfahren würden schwinden, alle drei Prozeßarten würden zu einer einzigen verschmelzen, die sich als Untersuchung von Amts wegen darstellte³⁾. Dieses neue öffentliche und Verwaltungsrecht aber würde zugleich auch seinerseits parallel zum Überwiegen der wirtschaftlichen über die Gewaltverhältnisse im Staatsleben Umbildung erfahren.

Fragen wir nun nach MENER'S Bedeutung für die Entwicklung des jur. Soz., so ist festzuhalten, daß MENER mit vollem Bewußtsein von der Tradition des Naturrechts ausgeht. Seine Kritik des positiven wie seine Systematisierung des Zukunftsrechts erscheinen ihm in der reinen Vernunft begründet. Im geltenden Privatrecht sieht er nur einen Haufen von Ruinen und Überlebsehn; auf allen Gebieten soll daher das naturwüchsige Recht durch das reflektierte, das Privateigentum durch ein System

1) Neue Staatslehre, I. Buch, Kap. 4; II. Buch, Kap. 2.
II. Buch, Kap. 3.

2) Ebenda,

3) Ebenda, II. Buch, Kap. 3, 15, 16.

sozialistischer Verteilung ersetzt werden¹⁾; und mitunter scheint es, als ob für MENGER ein natürlicher Übergang zwischen diesem und jenem gar nicht existierte, wie er denn auch in seiner 1867 bis 1869 begonnenen und unvollendet gebliebenen Monographie „Zur Lehre von der Systematik des Zivilrechts“ „das kommunistische und das privatrechtliche System als die beiden Extreme aller möglichen Rechtsordnung einander gegenüberstellte²⁾, so daß kein Weg von dem einen zum anderen führe.

Dennoch hat er selbst zu anderen Malen aufgezeigt, daß die von ihm gepredigte Rechtsordnung nicht rein idealer Natur sei, sondern durch die soziale Entwicklung selbst vorbereitet werde, in deren Gefolge denn auch die herrschende Ordnung der Dinge notwendig verschwinden müsse. So gesehen gewinnt seine Lehre für uns besondere Wichtigkeit. Die Umbildung zum Sozialismus hin bildet danach für die Menschheit kein Problem ohne geschichtliche Analogie, weshalb denn auch MENGER von den überlieferten Anschauungen über Recht und Staat ausgehen und nur die der welthistorischen Praxis bisher geläufigen Mittel der sozialen Umgestaltung empfehlen kann. Die spontane Entwicklung des Rechts ist Schrittmacher für die sozialistische Ordnung; schon jetzt erstrebt sie eine Korrektur der liberalen Auffassung und den Schutz der Massen gegen die unheilvollen Wirkungen der Vertragsfreiheit; schon gegenwärtig ist das moderne Privateigentum nur ein Schattenbild des römischen; die einstige absolute Testierfreiheit erscheint durch Staat und Verwaltung eingeschränkt; die Bewegungsfreiheit des Eigentümers ist durch Feld-, Forst-, Bergwerks-, Industrie-, Verkehrs-, Gesundheitspolizei usw. eingeengt; und nicht minder hat die Entwicklung des Fiskalwesens das Einkommen aus dem Eigentum geschmälert. Der Eigentümer nimmt denn auch bei den wichtigsten Sachen kaum mehr als die bescheidene Stellung eines Verwalters ein, der auf Schritt und Tritt an die Zustimmung der staatlichen Gewalthaber gebunden ist⁴⁾.

1) Ebenda, I. Buch, Kap. 5; II. Buch, Kap. 7. 2) Vgl. GRÜNBERG
a. a. O. S. 38. 3) N. Staatslehre, Vorrede. 4) Ebenda, I. Buch, Kap. 3;
II. Buch, Kap. 2; III. Buch, Kap. 5.

Wie kann nun angesichts all dessen MENER behaupten, daß „das sozialistische Rechtssystem in allen Beziehungen in durchgreifendem Gegensatz zu unserem heutigen Privatrecht steht“? Man muß vielmehr mit ihm selbst zum Schluß gelangen, daß das sozialistische Recht keineswegs ex nihilo geschaffen werden wird, sondern daß seine Keime bereits im gegenwärtigen enthalten sind und daß eine einsichtsvolle sozialistische Regierung zur Verwirklichung des volkstümlichen Arbeitsstaates sich keineswegs von den überkommenen Formen des Rechts und seiner Durchsetzung zu weit zu entfernen brauchte. Auf der andern Seite anerkennt MENER bei all seiner Feindschaft gegen den historischen Materialismus, daß die ökonomische Entwicklung an dem Heraufkommen des Sozialismus wirke. Das bestehende positive Recht wird nicht bloß verschwinden, weil es ungerecht und unvernünftig, sondern auch weil es nicht mehr mit der sozialen und ökonomischen Wirklichkeit übereinstimmt und weil es nicht mehr der Schichtung der Machtverhältnisse zwischen Kapitalisten und Proletariern entspricht¹⁾. Freilich erklärt MENER den stetig wachsenden Einfluß der letzteren durch Steigerung ihrer Bildung und ihres Standesbewußtseins²⁾. Wenn er aber ein ungünstiges Verhältnis zwischen Recht und Macht beim Groß- und Mittelbesitz konstatiert, so geschieht es, weil der tatsächliche und sichere Besitz durch einen Forderungstitel ersetzt ist, so daß es an faktischer Macht des Berechtigten überhaupt fehlt und der Gesetzgeber diese Rechte jeden Augenblick durch Entziehung seiner Anerkennung aufheben kann³⁾. In dieser wachsenden Sonderung von Recht und Macht aber erkennt MENER gleichermaßen ein Charakteristikum unserer Epoche sowie den wichtigsten Faktor für die Umgestaltung unserer in die sozialistische Rechtsordnung.

Wenn ich so lange bei MENER verweilt habe, so aus dem Wunsche heraus, in den Anschauungen dieses großen Juristen auseinanderzuhalten, was noch dem utopischen und was bereits dem wissenschaftlichen jur. Soz. angehört.

1) Soz. Aufg. d. Rechtswiss., S. 22 f.; Neue Staatslehre, II. Bd., Kap. 3, III. Bd., Kap. 4; Recht auf d. voll. Arbeitsertrag, S. 4. 2) Recht auf d. voll. Arbeitsertrag, S. 164. 3) Ebenda, S. 122 f.

III.

Bei der Bildung dieses letzteren haben verschiedene Einflüsse mitgewirkt, darunter hauptsächlich die Volkswirtschaftslehre, die moderne Jurisprudenz und der Marxismus.

Außerhalb der Systeme des utopischen jur. Soz. wurde an den Rechtsinstitutionen lange Zeit nur im Ökonomen Kritik geübt, während sie von den Berufsjuristen vernachlässigt wurde¹⁾. Besonders betonten jene den Schaden im Gefolge veralteter Rechts- und Verwaltungseinrichtungen für die Volkswirtschaft. Schon 1840 hat PELLEGRINO ROSSI von diesem Standpunkt aus den französischen Code civil mit den Worten kritisiert: Der Gesetzgeber hat angesichts der Prinzipien der Volkswirtschaftslehre versagt. . . . Gesellschaft und Gesetz passen nicht mehr vollkommen zueinander. Unser sozialer Zustand fordert gebieterisch als sein Komplement eine gleichzeitig kühne und besonnene Organisation von Industrie, Handel, Verkehr und Kredit²⁾. ROSSI ist nun zweifellos kein Sozialist, aber mit seiner Zurückführung der sozialen Krise auf die Spaltung zwischen Wirtschaft und Recht hat er ein Prinzip formuliert, das, durch den Marxismus noch vertieft, wesentliche Bedeutung für den wissenschaftlichen jur. Soz. gewonnen hat.

Viel verdankt dieser auch der Bewegung, die die historische Schule der Nationalökonomie und später den „Verein für Sozialpolitik“ haben mitschaffen helfen. Solange man die Wirtschaftsgesetze für universal, ewig und von der Gestaltung des sozialen Milieus absolut unabhängig hielt, mußten die Beziehungen und die Konflikte zwischen Recht und Wirtschaft fast unbemerkt und jedenfalls unbeachtet bleiben. Der historischen Schule fielen sie jedoch bald auf; sie begann die Begleiterscheinungen auf den Gebieten von Recht und Wirtschaft sowie die Reflexwirkung von Privat- und öffentlichem Recht in ihrer jeweiligen Verfassung

1) Vgl. MENDER, Soz. Aufg. d. Rechtswiss., passim. 2) Vgl. P. ROSSI, Observations sur le droit civil français, considéré dans ses rapports avec l'état économique français, in „Revue de législat. et de jurisprudence“, 1840.

auf die Organisation der Volkswirtschaft in Zeit und Raum zu studieren; und ROSCHER schon beschäftigte sich mit diesem Problem¹⁾.

In seiner kapitalen Wichtigkeit aber trat dasselbe erst hervor, als die Mitglieder der historischen Schule aus seiner theoretischen Formulierung praktische Folgerungen zu ziehen begannen. Denn aus dem Gedanken der Sozialpolitik selbst ergibt sich, daß wenn man das Wirtschaftsleben nicht mehr sich selbst überläßt, sondern es reguliert und überwacht, man auch den Wert der herrschenden Rechtseinrichtungen unter dem Gesichtspunkt ihrer schädigenden oder nützlichen Wirkungen prüft und daß man anderseits die juristische Organisation in die ökonomische Domäne eindringen lassen wird. Recht und Wirtschaft werden einander durchdringen und die Idee eines sozialen Rechtes erzeugen, wie das auch tatsächlich in den Schriften GUSTAV SCHMOLLERS und ADOLF WAGNERS geschehen ist.

Als SCHMOLLER daranging, die sozialpolitischen Prinzipien gegen H. VON TREITSCHKE zu verteidigen, tat er es im Bewußtsein, ein wirtschaftliches Recht auszuarbeiten, das ganz anders basiert war als auf der unbegrenzten individuellen Freiheit²⁾. Aber, schrieb er, ein im juristischen Sinn wahrhaft freier Vertrag kommt in den ökonomischen Übereinkünften gar selten vor; zudem bildet die Freiheit keine notwendige Voraussetzung jeglicher juristischer Ordnung; kein Recht darf ewigen Bestand beanspruchen; vielmehr muß das Recht sich in seiner Form der Bewegung des tatsächlichen Lebens anschmiegen. Und von diesem Gesichtspunkt aus kritisierte SCHMOLLER die individualistische und romanistische Eigentumsauffassung. Das Eigentumsrecht, führte er aus, bedarf wie jedes andere der Anerkennung durch den Staat, der es daher auch allen vom Gemeininteresse geforderten Beschränkungen unterwerfen kann³⁾. Und er erinnert an die reaktionäre Geistes-

1) Vgl. ROSCHER, Zur Lehre vom Zusammenhang zwischen Nationalökonomie und Rechtswissenschaft, in „Ansichten d. Volkswirtschaft aus d. geschichtl. Standpunkt“, 1861, I. Bd. 2) Vgl. SCHMOLLER, Über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft, Jena 1875, S. 53 ff.

3) Ebenda, S. 56.

verfassung der englischen Juristen sowie an „die Rede des alten Lordkanzlers ELDON, der behauptete, mit der Aufhebung der rotten boroughs sei alles Eigentum in England bedroht“! In Wirklichkeit müsse die Gesetzgebung stets darauf ausgehen, eine gerechte Eigentumsverteilung anzubahnen und „jede Änderung des Steuerwesens, jede Vorschrift über Niederlassung, Gewerbeswesen, Bauwesen, jeder öffentliche Straßen-, Kanal-, Wegebau, jede Änderung der Handelspolitik greife indirekt in die Verteilung des Eigentums ein, beeinflusse die künftige Eigentumsordnung“¹⁾. Absurd sei es daher, Prinzip und konkrete Organisation des Eigentums zusammenzuwerfen und jede legale Reform dieser als einen Angriff auf jenes darzustellen, als ob aus dem Prinzip auch schon Unverletzlichkeit und Ewigkeit auch ungerechter Verteilung folge. Desgleichen müsse auch das Erbrecht mit der distributiven Gerechtigkeit in Einklang gebracht werden. Das Wirtschaftsleben müsse auf einem Recht beruhen, das, technisch vollendet und klar formuliert, die möglichste Abmilderung der ökonomischen Ungerechtigkeit bezwecke. Deshalb könnten auch die Fortschritte des wirtschaftlichen Rechts nicht von vornherein vorausgesehen und begrenzt werden; es sei wahrscheinlich, daß neue Normen gegen wirtschaftliche Delikte entstehen, die Rechtsverfolgung den Armen erleichtert werde, die Rechtsprechung weniger hart gegen die Schwachen und strenger gegen die Starken sich gestalte, die rechtliche Verantwortlichkeit und die Pflichten des Unternehmers präzisiert umschrieben werden, die staatliche Überwachung der Preise, des Wuchers, der Ausbeutung in allen Formen immer ausgiebiger angewendet werde, kurz, das wirtschaftliche Recht stetig das Übergewicht über die ökonomische Ungerechtigkeit gewinnen werde. Keine Einrichtung, das Eigentums- und Erbrecht ebensowenig wie das Obligationenrecht, stehe außerhalb der geschichtlichen Rechtsentwicklung; es gebe kein Rechtsinstitut, das immer existiert hat und immer existieren muß²⁾.

Man sieht: der Gedanke unendlicher Wandlungsfähigkeit des

1) Ebenda, S. 58.

2) Ebenda, S. 60 ff.

Rechtes eignet wie dem wissenschaftlichen jur. Soz. auch der historischen Schule. In noch viel stärkerem Maße aber begegnen wir ihr bei ADOLF WAGNER. Dieser „ist wesentlich von der Statistik und Jurisprudenz zur Volkswirtschaftslehre herübergekommen. Seine Methode und Richtung erklären sich mit daraus¹⁾. Ihm erscheint das ganze Wirtschaftsleben durch das Recht, einschließlich des Privatrechts, beherrscht, und als wesentliche Aufgabe der Volkswirtschaftslehre: eine Kritik der hauptsächlichsten Prinzipien dieses Rechtes, vorab der Vertragsfreiheit und des Sondereigentums von ökonomischen Gesichtspunkten aus. In seinem großen Werk über die Finanzwissenschaft fordert er für die Finanzpolitik eine „sozialrechtliche Richtung“. Ganz unter dem Einfluß der Idee von der Variabilität der Rechts-einrichtungen, wirft er dem ökonomischen Liberalismus vor: als natürliche Wirtschaftskategorien aufzufassen, was nur historisch bedingte und daher wechselnde Rechtsgestaltung sei; und desgleichen, daß er es unterlassen habe, den wirtschaftlichen Einfluß des Sondereigentums auf Produktion und Einkommensverteilung zu untersuchen²⁾. Dies getan zu haben, sei gerade ein Hauptverdienst des wissenschaftlichen Sozialismus. In der Tat zeige das Wirtschaftsleben eine ganz verschiedene Struktur im System der Unfreiheit und der Freiheit, des Sonder- und des Kollektiveigentums, der absoluten oder der regulierten Vertragsfreiheit, der gesetzlich geregelten oder der sich selbst überlassenen Produktion und Verteilung³⁾. Objekt der Volkswirtschaftslehre sei stets ein sozialer Zustand innerhalb eines gegebenen Staatsorganismus, der also gleichermaßen gewisse juristische Voraussetzungen habe, wie er gewisse juristische Wirkungen zeitige. Das positive Recht entscheide über die Verdinglichung von Menschen und die Extrakommerzialität von Sachen. Ohne eine Gesetzgebung, die das Eigentum an Produktionsmitteln und das Recht auf Renten- und Zinsbezug aus ihnen anerkennt, sei der

1) Art. WAGNER, in „Handwörterb. d. Staatswiss., III. Aufl., VIII, 530.

2) Vgl. WAGNER, Grundlegung d. polit. Ökon., 3. Aufl., II. Teil (Volkswirtschaft u. Recht, bes. Vermögensrecht). Leipzig 1894.

3) WAGNER a. a. O.

S. 4 ff.

Kapitalbesitz nicht zu denken. Verwirklichten sich die sozialistischen Forderungen, ginge das jetzt in Händen Privater befindliche Nationalkapital aus der Rechtsform des Sonder- in die des Gemeineigentums über, so würden Grund und Boden sowie das Geldkapital ebenso aufhören, Objekt des Eigentums zu bilden, wie das in Menschen bestehende Kapital mit der Sklaverei selbst verschwunden ist. Von diesem theoretischen Ausgangspunkt gelangt WAGNER zu juristischer Kritik der Eigentumsorganisation; der Eigentumsbegriff hat für ihn keinen absoluten Charakter; das Eigentum enthält danach nur eine gewisse Verfügungsgewalt über die gegenständliche Welt; und da es, wie schon KNIES bemerkt hat, nirgends je absolut unbeschränktes Sondereigentum gegeben hat, so kann man eigentlich weniger von Eigentum sprechen als von einer Summe von Verfügungsrechten an Sachen; der römische Eigentumsbegriff ist somit nicht der Eigentumsbegriff schlechthin. Prüft man freilich die Rechtsordnung ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Individualinteresses, so wird man zweifellos, wie es die meisten Juristen und Rechtsphilosophen tun, kritiklos die individualistischen römisch-rechtlichen Prinzipien blind annehmen. Zieht man aber die Existenzbedingungen der Gesellschaft in Betracht, versucht man mit Rücksicht auf sie die Befugnisse des Eigentümers zu bestimmen, will man das Privatrecht in seiner Gesamtheit und das Eigentumsrecht insbesondere den Kollektivinteressen und -bedürfnissen anpassen, so gelangt man zum sozialen Recht und knüpft damit an die humanitäreren und großzügigeren Traditionen des germanischen Rechtes an. Man strebt sodann danach, die private durch Gemeinwirtschaft zu ersetzen und das Individualeigentum zugunsten des Staats- und Gemeindeeigentums immer mehr zurückzudrängen¹⁾.

Das juristische System des Staatssozialismus scheint so mit dem des jur. Soz. zusammenzufallen. Es unterscheidet sich aber von diesem dadurch, daß es zwar im sozialen Interesse das Privateigentum beschränken, dieses aber nicht aufheben will; ferner

1) Ebenda, S. 280 ff.

darin, daß ihm die Grenzen zwischen Sonder- und Gemeineigentum nicht als fixe erscheinen, sondern als unendlicher, den wechselnden Gesellschaftsbedürfnissen angepasster Variationen fähig.

Ähnlichen Gedankengängen wie bei WAGNER begegnet man auch bei HANS VON SCHEEL¹⁾ und ADOLF SAMTER, der, ein Schüler WAGNERS, diesem auch sein Hauptwerk gewidmet hat, in welchem er eine Reform der Rechtsordnung als Mittel zu friedlicher Lösung der sozialen Frage darstellt²⁾.

So wird, dank der theoretischen Richtung der historischen Schule und den praktischen Bestrebungen der Sozialpolitiker, das Problem der Beziehungen zwischen Recht und Wirtschaft zum wichtigsten der Sozialwissenschaft. Nicht minder aber wird es durch eine zweite Lehre in den Vordergrund gerückt, die den wissenschaftlichen jur. Soz. bedeutsamst gefördert hat: durch den Marxismus.

IV.

Es ist oft — von Freunden und Gegnern des Marxismus — behauptet worden, daß diesem die juristische Seite fehle und daß die Rechtsprobleme von den Marxisten vollständig vernachlässigt werden. So vermißt MENGER bei MARX „eine rechtsphilosophische Kritik des Privateigentums und eine gründliche Darlegung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag“³⁾. ANDLER äußert sich in gleicher Weise⁴⁾, und unter den Schriftstellern, die sich speziell mit dem jur. Soz. befassen, halten MATER und HÉRITIER denselben aus dem gleichen Grunde als durch eine weite Kluft vom Marxismus geschieden. Man hat sich sogar gefragt, warum MARX so wenig Jurist sei, und dies mit seiner Antipathie gegen die Rechtswissenschaft zu erklären versucht, zu deren Studium er durch seinen Vater gezwungen worden sei.

1) SCHEEL, Erbschaftssteuer und Erbrechtsreform, 2. Aufl., Jena 1878; Volkswirtschaftliche Bemerkungen zur Reform d. Erbrechts, 1877; Eigentum und Erbrecht 1877.

2) SAMTER, Das Eigentum in seiner sozialen Bedeutung, Jena 1879; vgl. über SAMTER Allg. Deutsch. Biogr., XXX. Bd.

3) MENGER, Recht auf d. voll. Arbeitsertr., S. 98.

4) ANDLER, Introduction zu LASSALLE, Théorie des droits acquis; DERSELBE, im Vorwort zu E. LÉVY, L'affirmation du droit collectif, S. 5.

Jedenfalls aber bezweifelt niemand den „Mangel an juristischer Schulung“, den DÜHRING und STAMMLER ihm vorwerfen ¹⁾. So paradox es aber scheint, angesichts all dessen und namentlich der Erklärungen der Marxisten selbst, die SAINT-SIMON, FOURIER und OWEN feiern, weil sie den Boden juristischer Betrachtungen verlassen hätten ²⁾, noch Zweifel zu hegen, so glaube ich doch, daß alle die zitierten Behauptungen auf falschen Voraussetzungen beruhen und daß der Marxismus ganz wohl sich als Theorie der Rechtsentwicklung darstellt oder wenigstens eine solche enthält. In diesem Sinne hat denn auch der Marxist KARNER, nachdem er den Mangel einer Kritik der bürgerlichen Jurisprudenz in MARX' Lebenwerk beklagt hat, anerkannt, daß sich in demselben alle Elemente einer solchen finden ³⁾.

In der Tat, MARX hat zunächst mit dem utopischen jur. Soz. begonnen: unter dem Einfluß von EDUARD GANS, bei dem er Vorlesungen über Strafrecht und preuß. Landrecht hörte, wird er anfänglich eingefleischter Rationalist und Gegner der historischen Schule. Die Institutionen der Vergangenheit wie der Gegenwart erscheinen ihm gleichermaßen unvernünftig, absurd, pathologisch und wert, unterzugehen. „Der schamlose Conci — schrieb er gegen HUGO, den Begründer der historischen Schule —, der nackt umherläuft und sich höchstens mit Schlamm bedeckt, ist so positiv, als der Franzose, der sich nicht nur kleidet, sondern elegant kleidet . . . Der Hautausschlag ist so positiv als die Haut ⁴⁾.“ Wie die Utopisten, die er später ihrerseits verurteilen wird, verwirft MARX mit diesen Worten im Namen des Vernunftrechts das tatsächlich geltende.

Nach der Begründung der materialistischen Geschichtsauffassung freilich drängt sich ihm auch eine durchaus neue Anschauung vom Recht auf. Der von seinen Rechtsfiktionen

1) Vgl. DÜHRING, *Soz. Rettung*, S. 238; STAMMLER, *Wirtschaft u. Recht*, S. 343.

2) Vgl. (ENGELS u. KAUTSKY,) *Juristensozialismus*, in „D. Neue Zeit“ 1887, S. 49 ff.

3) JOS. KARNER (pseudon. für KARL RENNER), *Die soziale Funktion der Rechtsinstitute*, in „Marxstudien“, I. Bd. (1904), S. 65.

4) MARX, *Das philos. Manifest der histor. Rechtsschule*, in d. von FRZ. MEHRING herausg. *Nachlaß usw.* I, 270.

beherrschte Jurist mag immerhin das Recht als etwas sich selbst Genügendes ansehen und als Ausfluß ewiger Gerechtigkeit, was die Klasse geschaffen hat, deren Glied und Werkzeug er gleichzeitig ist. Er mag sich immerhin einbilden, daß der Staat imstande sei, mit Hilfe des Rechts nach Belieben das soziale Leben zu modeln¹⁾. Tatsächlich jedoch sind ebensowohl die herrschenden Rechtsprinzipien wie die Detailnormen ein Produkt der ökonomischen Verhältnisse. Das Prinzip der Vertragsfreiheit ebensowohl wie der Gleichheit vor dem Gesetz sind nur eine Formulierung des Wettbewerbs zwischen den Warenerzeugern. Das für die historische Rechtsschule absolut unlösbare Rätsel der Rezeption des römischen Rechts bietet der marxistischen Auffassung keine Schwierigkeit: das römische Recht ist der ausgebildetste Rechtstypus in einer Gesellschaft von Warenerzeugern, und das ist der Grund, weshalb es allüberall in Westeuropa parallel zur Ausbildung der Bourgeoisie die nationalen Rechte zurück- und zuletzt verdrängt²⁾.

Wenn nun auch so das Recht stets den wirtschaftlichen Zuständen sich anpaßt und das Wirtschaftsleben wieder eine ihm adäquate Rechtsgestaltung hervorruft, so gehen doch diese und jenes nicht Hand in Hand. Oder genauer: es gibt keine spontane Rechtsentwicklung. Das Wirtschaftsleben entwickelt und modifiziert sich selbsttätig, dem Recht dagegen fehlt die Fähigkeit hierzu. Es bleibt in die alten Formen gebannt, die einst den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprachen, auch wenn dies nicht mehr der Fall ist. Hierdurch entstehen soziale Krisen, die so lange andauern, bis die Rechtsordnung sich dem Stande des Wirtschaftslebens gemäß gewandelt hat. Die ökonomische Entwicklung ist eine stetige. Die Rechtsgeschichte dagegen ermangelt der Stetigkeit und zeigt revolutionäre Zäsuren, die, durch den Widerspruch zwischen Recht und Wissenschaft gezeitigt, etappenweise das Gleichgewicht zwischen beiden wieder herstellen. So kenn-

1) ENGELS, Herrn Eugen Dührings Umwälzung d. Wissenschaft, 3. Aufl., 315; ENGELS-KAUTSKY, Juristensozialismus a. a. O. 2) ENGELS-KAUTSKY, ebenda S. 49 f.; ENGELS, Anti-Dühring, S. 102 f.; ANT. LABRIOLA, Essais sur la conception matérialiste de l'histoire, Paris 1897.

zeichnet sich auch die soziale Krise der Gegenwart dadurch, daß die rechtliche Privateigentumsorganisation, die während des Mittelalters mit der Produktionstechnik vollkommen übereinstimmte, diese überdauert hat und nun auch für die Kooperation in der Gütererzeugung Geltung beansprucht¹⁾. STAMMLER resümiert diese Anschauungsweise sehr gut mit den Worten: „Die Art der sozialen Produktion ist verschieden, die rechtliche Ordnung ist immer noch dieselbe . . . Ein innerer Konflikt ist in einem Gemeinwesen alsdann vorhanden, wenn die soziale Wirtschaft in ihrer dermaligen Weise mit dem überlieferten Recht nicht zusammenstimmt und dieses für jene nicht mehr paßt. Sozialer Konflikt ist Widerstreit zwischen Wissenschaft und Recht“²⁾.

So hat der Marxismus den jur. Soz. außerordentlich befruchtet und viele Seiten der herrschenden Rechtsordnung klargelegt. Zugleich hat er die allgemeinen Tendenzen der Rechtsentwicklung direkt oder indirekt festgestellt. Schließlich hat er auch das große praktische Problem der modernen Rechtswissenschaft, die Notwendigkeit möglichst vollständiger Ausgleichung zwischen den Rechtseinrichtungen und dem ökonomischen Entwicklungsniveau, aufgeheilt.

Der Marxismus hat aber nicht bloß seine Anhänger nach diesen Richtungen hin stark beeinflußt, sondern auch Juristen, die dem historischen Materialismus ablehnend gegenüberstehen.

Die marxistischen Juristen haben sich bemüht, die Beziehungen zwischen Rechts- und Wirtschaftseinrichtungen zu präzisieren, den Klassencharakter des positiven Rechts und dessen Zuschnitt auf die kapitalistischen Interessen aufzuzeigen und das Verbrechen als Resultat der ökonomischen Verhältnisse, das nur mit diesen verschwinden könne, darzustellen³⁾. Doch begnügen sie sich

1) Vgl. ENGELS, *Anti-Dühring*, S. 287 ff. 2) STAMMLER, *Wirtschaft und Recht*, S. 406. 3) Wir nennen nur: M. HILLQUIT, *Socialism in theory and practice*, S. 68 ff.; BELFORT BAX, *The religion of socialism*, S. 147; LORIA, *Die wirtschaftl. Grundlagen d. herrsch. Gesellschaftsordnung* (deutsch v. CARL GRÜNBERG), 1894; ALFR. TORTORI, *Socialisme et droit privé*, in „Le devenir social“ II, (1896) 251 ff.; ADOLFO ZERBOGLIO, *La lutte de classe dans la législat. pénale* (ebenda S. 142 ff.); ENRICO FERRI, *Kriminelle Anthropologie und Sozialismus*, in „D. Neue Zeit“, 1896/II, S. 452 ff.; DERSELBE, *Die Mikroben der Verbrecherwelt*, in „Sozialist. Monatshefte“, 1898, S. 241 ff.

meist damit, die Grundthese zu entwickeln und zu illustrieren. Eine Ausnahme macht nur KARNER (RENNER), der in beachtenswerter Weise an das Problem vom Juristischen herantreten ist. „Ob und inwieweit das Recht durch die Wirtschaft bestimmt ist — schreibt er —, ob es sein eigenes, von der Ökonomie unabhängiges Dasein führt, ist für uns von hoher theoretischer und praktischer Bedeutung. Wachsen wir auch juristisch in unseren Rechtsinstituten hinein in den Zukunftsstaat oder müssen wir unser Recht, das soziale Recht, durch Reflexion finden, um es an Stelle des bürgerlichen zu setzen und so die künftige Menschheit durch unseren Schöpfergeist zu beglücken?“ KARNER unterscheidet zwischen dem „Normbestand“ und der sozialen Funktion der Rechtsinstitute, besonders des Eigentums. Es kann die ökonomische Rolle eines Rechtsinstitutes sich ändern, während es selbst keine Modifikation erleidet: dann hat sich das Wirtschaftsleben, nicht aber auch das Recht entwickelt; dieses ist Bedingung, aber nicht Ursache von jenem. Und weil die Entwicklung des Wirtschaftslebens eine ganz innerliche ist, bleibt sie meist „dem bloß juristischen Denken verborgen“. Die gleiche juristische, z. B. eine Kontraktsform dient verschiedensten ökonomischen und außerökonomischen Zwecken; der gleiche ökonomische Zweck kann auf mannigfachem juristischen Wege realisiert werden. „Aus dieser Differenz, aus der fortwährenden Scheidung von Rechtsform und sozialer Materie, erklärt sich erst . . . die Entwicklung des Rechts . . . Hier erst setzt der Zweig der Rechtslehre ein, die nicht bloße Rechtskunde, bloße Jurisprudenz ist, sondern Rechtswissenschaft . . . Wo die Jurisprudenz aufhört, dort erst beginnt die Wissenschaft vom Recht, die dasselbe in den Zusammenhang aller nicht rechtlichen Tatsachen unseres Lebens setzt und als ein Rädchen in das gesamte Triebwerk des Geschehens einordnet“¹⁾. So gesehen erscheint das große ökonomische Werk MARX' auch als ein juristisches. „Was wir auf dem Gebiete des Rechtes MARX verdanken, ist die genaueste Analyse der Funktionsweise jedes Stückes Eigentum in jeder

1) KARNER a. a. O. S. 66 f., 71 f.

Phase des Gesellschaftsbetriebes . . . Niemand hat vor und nachher in jedem Punkte der Ökonomie, in jedem kleinsten Teilprozesse, so bewußt und erschöpfend die Funktion der in Betracht kommenden Rechtsinstitute erfaßt und geschildert wie MARX. Kein ökonomisches System gibt . . . solche Aufschlüsse über den Zusammenhang von Wirtschaft und Recht wie das seine“¹⁾.

Was uns nun die Rechtswissenschaft lehrt, ist „der Gesetzeswandel, insbesondere das Umschlagen des bürgerlichen Rechts in das soziale Recht des Zukunftsgemeinwesens“. Wir haben nicht, wie es der utopische jur. Soz. tat, absolut neue Rechts-einrichtungen auszudenken und sie den positiven zu substituieren. Denn „es sind bis heute fast alle Rechtsformen gegeben, die in einem sozialistischen Gemeinwesen Verwendung finden können, aber sie stehen nur wenig in Funktion“. Auch brauchen wir sie nicht willkürlich und gewaltsam oder mittelst Überredung und Überzeugung an Stelle der herrschenden treten zu lassen. Denn die freie und objektive Entwicklung vollzieht diesen Übergang. Das alte Regime wird sein eigener Totengräber, wie denn MARX bereits es ausgesprochen hat: „Das Recht des Eigentums ist dasselbe geblieben *toto coelo*. Die Normen des Code civil, des preußischen Landrechts, des österreichischen Bürgerlichen Gesetzbuches etc. gelten heute noch; das Eigentum des neuen deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches ist eher noch strikter gefaßt als in jenen Kodifikationen. Normwandel liegt nicht vor. Tatsächlich aber hat sich so viel geändert, daß es überrascht. Das Einfamilienhaus, der ganze es durchwebende Mikrokosmos ist buchstäblich in Stücke geschlagen. Wir haben kein Haus mehr, wir haben nur eine Wohnung . . . Gar kein gesetzgeberischer Akt hat in einigen hundert Paragraphen den Mikrokosmos pulverisiert . . . Es liegt kein Normwandel vor und dennoch eine ungeheure Umwälzung . . . Die soziale Funktion des Eigentums, soweit es Gesellschaftseigentum ist, ist erstens, daß der Eigentümer selbst funktionslos und seine Entbehrlichkeit offenbar wird; zweitens, daß das Privateigentum sich innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst auf-

1) Ebenda, S. 179, 74.

hebt — der Eigentümer ist auch juristisch nicht mehr Eigentümer, aber bloßes, einflußloses Glied einer Eigentümervielheit —; drittens, daß die Kapitalistenfunktion auf bezahlte Dirigenten übergeht, daß also die letzte der Gesamtheit dienende Funktion des Rechtsinstituts Eigentum übernommen wird von der *locatio conductio operarum*, dem Arbeitsvertrag. Dieses vordem unscheinbare Rechtsinstitut hat also dem Eigentum nacheinander alle Funktionen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion abgenommen, das Eigentum selbst funktionslos, das ist antisozial, gemacht¹⁾. So wird durch die Entwicklung des Rechts selbst oder vielmehr seiner ökonomischen Grundlage und nicht durch den Willen der Individuen oder Völker die bürgerliche Rechtsordnung des privaten Individualeigentums durch die sozialistische des kollektiven verdrängt. Und mit dieser Feststellung ist man vom utopischen zum wissenschaftlichen jur. Soz. gelangt.

V.

MARX' Einfluß auf die Rechtsideen ist weit größer gewesen, als es auf den ersten Blick scheint, wenn man festhält, daß allüberall die Juristen in ihrer ungeheuren Mehrheit dem Sozialismus feindlich sind. MARX ist es zu danken, wenn sich der Gedanke durchgesetzt hat und herrschend geworden ist: daß das fundamentale Problem des Rechtes dessen Beziehung zur Wirtschaft bildet, sowie daß die Organisation des Rechts stets auf die Interessen der herrschenden Klassen zugeschnitten ist und die Beherrschten benachteiligt. Gerade diese Gedanken aber kehren oft, ohne daß sich dessen diejenigen bewußt werden, die sie vorbringen, in den zeitgenössischen Erörterungen immer wieder.

So wurde z. B. das Werk STAMMLERS „Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung“ allgemein als Widerlegung der letzteren angesehen. Dennoch nähert sich STAMMLER ungemein dem Marxisten KARNER, wenn er schreibt: „Die wissenschaftliche Durchführung der Rechtsgeschichte be-

1) Ebenda, S. 67, 86 Anm. 1, 88 f., 149.

steht in dem Begreifen der Wandlungen des Rechts aus vorangegangenen sozialen Phänomenen her. . . . Die Bearbeiter der Rechtsgeschichte haben es sich demgegenüber mit der Besinnung auf ihre Aufgabe sehr leicht gemacht¹⁾. Seinerseits würdigt er genau die Wechselwirkung zwischen Recht und Wirtschaft, oder besser: er betrachtet, da der vague Ausdruck „Wechselwirkung“ seinen klaren Geist nicht befriedigt, das Gesellschaftsleben in marxistischer Weise als etwas, was zugleich unlöslich Wirtschaft und Recht, Materie und Form ist²⁾. „Beide bilden, als geregelte Wirtschaft, überhaupt erst den Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchungen und sind für diese im besonderen Auftreten stets in einheitlicher Verbindung nur vorhanden. Bloß in theoretischer Abstraktion vermögen wir die beiden das soziale Leben jeweils in der Erfahrung konstituierenden Elemente zu trennen. . . . Die Art und Weise der Regelung kann verschieden sein, und damit ist die soziale Wirtschaft verschieden. Aber es ist nicht eine Beeinflussung der selbständig für sich dastehenden sozialen Wirtschaft, . . . sondern diese Sozialwirtschaft besteht ohne irgendwelche bestimmte (rechtliche) Regelung überhaupt nicht“³⁾.

Aus dieser Grundauffassung ergibt sich einerseits eine im Gegensatz zu der der meisten Juristen weitaus konkretere und „materialistischere“ Anschauung vom Rechtsleben und andererseits eine lebhaft und eindringende Kritik der überkommenen Methoden der Volkswirtschaftslehre, die in dem kühnen Schluß gipfelt: „Es gibt keine allgemeingültigen nationalökonomischen Wahrheiten“⁴⁾. Wenn die Nationalökonomien doch an solche glauben, so zu Unrecht und weil sie das Wirtschaftsleben als von der Rechtsordnung unabhängig anzusehen pflegen, wie ja z. B. auch ADOLF WAGNER vermeint habe, einen rein ökonomischen, vom juristischen ganz geschiedenen „Vermögens“begriff aufstellen zu können. „Soziale Wirtschaft — folgert daher STAMMLER — ist nur bestimmt geregeltes Zusammenwirken, und alles Wünschen . . . der Volkswirte, daß sie einen Lehrvortrag ohne Rücksicht auf

1) STAMMLER a. a. O. S. 326. 2) Ebenda, S. 229 ff., 160. 3) Ebenda, S. 657, 177, 336 4) Ebenda, S. 225.

eine bestimmte soziale Ordnung . . . vorbringen möchten, ist in sich eitel und vergeblich, ein Versuch am absolut untauglichen Objekt. . . . In dem Augenblick, da man diese bestimmte, jeweils notgedrungen vorausgesetzte Regelung in Gedanken entfernt, wird der erwähnte nationalökonomische Begriff und Lehrsatz völlig in sich zusammenfallen. . . . Jede Erörterung der Grundrechte, des Arbeitslohnes, des Kapitalzinses oder des Unternehmergewinnes ist von dem Bestehen einer konkreten Rechtsordnung ebenso abhängig wie alle Lehren über Geld, Kredit, Preisbildung oder irgendein sonstiges Kapitel nationalökonomischer Forschung. Alle Lehrsätze, die etwa für eine Rechtsordnung mit Privateigentum an Produktionsmitteln ganz berechtigt gewesen waren, hören unter dem entgegengesetzten sozialistischen Rechtssystem auf, irgendeinen Sinn noch zu haben; mit dem, was die Bedingung ihrer Existenzberechtigung und Wahrheit gewesen war, mit einer bestimmten rechtlichen Regelung des sozialen Lebens, fallen sie ganz von selbst in sich zusammen“¹⁾.

Nun ist bekanntlich für STAMMLER alles Recht und auch das Naturrecht etwas durchaus Variables. Demgemäß erscheint ihm auch das gesamte System des Gesellschaftslebens aus jener Unbeweglichkeit herausgehoben, welche jene ihm zusprechen, die an der Existenz ewig gültiger Rechtsprinzipien und ökonomischer Gesetze festhalten.

Variabilität und wesentlich soziale Struktur des Rechts, einseitiger Klassencharakter des herrschenden Rechts, Notwendigkeit einer Anpassung des Rechts an das Ganze der sozialen und ökonomischen Entwicklung: diese Ideen beherrschen in grundlegender Weise alle Juristen, die an die Rechtsprobleme vom Standpunkt des sozialen Interesses aus herangetreten sind. Man findet sie bei dem hervorragenden Juristen C. F. H. RÖSLER, den AD. WAGNER gegen die Feindseligkeiten der liberalen Schule in Schutz genommen hat und der als Vorläufer des jur. Soz. gelten kann²⁾. Nicht minder in den kathedersozialistisch ge-

1) Ebenda S. 221 f., 188 f., 191, 173 f., 204, 189. 2) Vgl. RÖSLER, Lehrb. d. deutsch. Verwaltungsrechts, I. (einz.) Bd. in 2 Teilen, Erlangen 1872/73.

richteten Schriften des Romanisten JULIUS BARON¹⁾. Besonders bezeichnend für den Fortschritt sozialer Orientierung bei den Juristen ist es ferner, daß der berühmteste Lehrer des römischen Rechts im 19. Jahrhundert, RUDOLF VON IHERING, den römischen Privateigentumsbegriff verworfen hat und es leugnet, daß der Eigentumsgedanke absolute Verfügungsfreiheit in sich schließe²⁾. IHERING verknüpft das Freiheits- und Eigentumsproblem mit den Bedingungen des Zusammenlebens und befreit den Geist der Juristen von der sklavischen Formelkleberei, indem er immer wieder darauf hinweist, das Recht sei um der Menschen willen da, als Mittel für ihre Zwecke und nicht, um sie zu hindern. „Alles, was auf dem Boden des Rechts sich findet, ist durch den Zweck ins Leben gerufen und um eines Zweckes willen da. Das ganze Recht ist nichts als eine einzige Zweckschöpfung“³⁾, woraus dann der jur. Soz. folgerte, daß das Eigentumsrecht, sobald es nicht mehr den sozialen Bedürfnissen entspricht, diesen adäquat zu gestalten ist. Schließlich hat IHERING den Geist der Reform mächtig gefördert, indem er das andere maßgebende Prinzip des jur. Soz. aufstellte: daß die Menschheit einen unverjähren Anspruch auf Fortentwicklung habe, daß das Recht in „ewigem Werden“ sei⁴⁾.

Welch tiefe Wurzeln die sozialwirtschaftlichen und sozialrechtlichen Anschauungen in den Köpfen der Juristen geschlagen haben, konnte man — nicht ohne Überraschung — anlässlich der vor etwa 25 Jahren durch den Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich veranlaßten Erörterungen wahrnehmen. Nicht nur ausgesprochene Sozialisten wie MENGER wandten sich gegen den individualistischen Charakter des Entwurfs, sondern auch Juristen, die sich außerhalb der sozialen Kämpfe hielten oder dem Sozialismus direkt feindlich sind. So BRUNNER, der bei der Besprechung der Normen über den Dienst-

1) BARON, Über Erbschaftssteuer, in „Jahrb. f. Nat. u. Stat.“ 1870, S. 256 ff.; Angriffe auf d. Erbrecht, in „Deutsche Zeit- u. Streitfragen“ 1877; Zur Fortbildung des Haftpflichtgesetzes, in „Arch. f. zivilist. Praxis“, 75. Bd., S. 177 ff.

2) IHERING, Geist d. röm. Rechts, III. Teil, 1873, I, 7; Zweck i. Recht, I, 510.

3) Zweck i. Recht, I, 442.

4) D. Kampf ums Recht, 4. Aufl., 1874, S. 9.

vertrag erklärte: „Das bürgerliche Gesetzbuch ist von vornherein eine Totgeburt, wenn sein Gesetzgeber nicht mit einem Tropfen sozialpolitischen Öls gesalbt war“; desgleichen DERNBURG, der am Entwurf die Vernachlässigung der Bedürfnisse der besitzlosen Klassen tadelte, sowie BÄHR und LÖWENFELD, die ihm geradezu manchesterlich individualistische und kapitalistische Tendenzen vorwarfen; nicht minder schließlich KLÖPPEL, der ökonomische Gesichtspunkte und besonders Verständnis für das Wesen der Unternehmung forderte, und SCHILLING, der im Obligationenrecht „die Vertiefung in das innere Wesen der wirtschaftlichen Neubildungen sowie die Erkenntnis der dadurch der Gesetzgebung gestellten Aufgaben“ vermißte¹⁾. Den stärksten Widerhall aber fand die Kritik OTTO GIERKES.

Gerade er, der als „Freund der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung . . . den Umsturz der Grundmauern des Privatrechts²⁾ zugunsten einer sozialistischen Zwangsordnung als Rückfall in Unfreiheit und Barbarei verabscheut“, stellt gegenüber jenen, die dem Entwurf „strengste Neutralität in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen“ nachrühmten, fest, daß „dies eben der Ausdruck des vollen Manchestertums“ sei, und hält diesem seinerseits den sozialen Geist entgegen, der nach ihm das alte germanische Recht und das deutsche Rechtsbewußtsein auszeichnet³⁾. Besonders charakteristisch ist seine Ablehnung der „schrankenlosen Vertragsfreiheit“. Denn diese zerstört sich selbst. Eine furchtbare Waffe in der Hand des Starken, ein stumpfes Werkzeug in der Hand des Schwachen, wird sie zum Mittel der Unterdrückung des einen durch den anderen, der schonungslosen Ausbeutung geistiger und wirtschaftlicher Übermacht. Das Gesetz . . . bringt unter dem Schein einer Friedensordnung das bellum omnium contra omnes in legale Formen. Mehr als je hat heute auch das Privatrecht den Beruf, den Schwachen gegen den Starken, das Wohl der Gesamtheit gegen die Selbstsucht des

1) Zit. bei GIERKE, D. Entwurf d. bürgerl. Gesetzb. u. d. deutsche Recht, Leipzig 1889, S. 24, Anm. 1.

2) GIERKE a. a. O., D. soziale Aufgabe d. Privatrechts, Berlin 1889.

3) GIERKE, Entwurf, S. 25 f.; Soz. Aufgabe, S. 20.

einzelnen zu schützen. . . . Eine Privatrechtsordnung, die ihres sozialen Berufes eingedenk ist, wird zugleich auf einen materiellen Schutz der durch die Vertragsfreiheit gefährdeten Gesellschaftsschichten gegen den Druck wirtschaftlicher Übermacht hinarbeiten müssen¹⁾. Nicht minder lebhaft verwirft er die sklavische Rezeption des römisch-rechtlichen Eigentumsbegriffs, die einen Rückschritt des Entwurfs sogar hinter den geltenden Rechtszustand bedeute. So regle derselbe „das Grundeigentum ohne alle Rücksichtnahme auf die Fülle deutschrechtlicher Verhältnisse, welche auch fernerhin hier den römischen Eigentumsbegriff Lügen strafen sollen. . . . Das Grundeigentum, welches bis zum Mittelpunkt der Erde reicht, sei gegenüber den modernen unterirdischen Anlagen ein Unding. . . . Mit dem Eigentum an der Luftsäule steht es . . . in unsern Großstädten kaum anders.“ Den „allgemeinen Satz, welcher dem Eigentümer das Recht zugesteht, mit Ausschließung anderer nach Willkür mit der Sache zu verfahren und über dieselbe zu verfügen, verkehrt zwar in Wirklichkeit glücklicherweise schon heute unser geltendes deutsches Recht . . . bei dem Eigentum an Grund und Boden in das Gegenteil! Der Entwurf kann das nicht ändern. Allein er wahrt zum mindesten den Schein, als stehe das romanistische Dogma für alle Zeiten unantastbar fest“²⁾. „Im Notfall darf die Rechtsordnung nicht davor zurückscheuen, nicht bloß den Mißbrauch des Eigentums zu verbieten, sondern auch die Pflicht des rechten Gebrauchs, in dem sozial gebotenen Umfange, zur Rechtspflicht zu stempeln. Ist doch schon heute das Bergwerkeigentum, das Erfinderrecht, zum Teil auch das Jagdrecht mit einer derartigen Verbindlichkeit durchmischt. Zuletzt aber ist jede privatrechtliche Befugnis dem einzelnen nicht bloß um seiner selbst willen verliehen, sondern gleichzeitig als ein Kulturmittel anvertraut, dessen er sich zum Wohle der menschlichen Gesellschaft wirklich bedienen soll. . . . Mit dem Satze „kein Recht ohne Pflicht“ hängt innig unsere germanische Anschauung zusammen, daß jedes Recht eine ihm immanente Schranke hat.

1) Soz. Aufgabe, S. 28 f.; Entwurf, S. 103 ff.

2) Der Entwurf, S. 101 f.

Das romanistische System an sich schrankenloser Befugnisse, welche nur von außen her durch entgegenstehende Befugnisse eingeschränkt werden, widerspricht jedem sozialen Rechtsbegriff. Uns reicht schon an sich keine rechtliche Herrschaft weiter, als das in ihr geschützte vernünftige Interesse es fordert und die Lebensbedingungen der Gesellschaft es zulassen. Damit entfällt der absolutistische Begriff des Eigentums, wie er in unseren Pandektenlehrbüchern sich spreizt. . . Ausschließliche Willkürherrschaft ist eine bloße Fiktion. Aber diese Fiktion ist gemeingefährlich¹⁾. — Und geht auch GIERKE nicht so weit, mit MENGER Privat- und öffentliches Recht in eins zusammenfließen lassen zu wollen, so nähert er sie einander doch in hohem Maße.

Nicht unerwähnt sei schließlich, daß R. SOHM, obschon keineswegs Sozialist, ganz im marxistischen Geist ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß der französische Code civil ebenso ein bourgeois, ein Gesetzeswerk des dritten Standes sei wie das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch²⁾.

Analogen, hauptsächlich von MENGER beeinflussten Gedankenreihen begegnet man im jur. Soz. in Italien, einem der aktivsten Elemente des heutigen italienischen Sozialismus³⁾. G. SALVIOLI zeigt, wie mangelhaft die modernen bürgerlichen Gesetzgebungen sind, wenn es sich um die Regelung der ganz neuen und so komplexen Erscheinungen der Wirtschaftsentwicklung handelt. Das Gesetz, wünscht er, solle redseliger sein, wenn es die Verteidigung der Arbeitskraft gilt, des einzigen, was der Arbeiter besitzt. Das Recht solle die Vertragsfreiheit einschränken und auch jene Rechtsausübung verbieten, die eine Schädigung anderer bezweckt. FR. GABBA fordert in der Gesetzgebung an Stelle eines unbarmherzigen Individualismus den Geist des Altruismus und Solidarismus. E. CIMBALI möchte ebenfalls das atomi-

1) Soz. Aufgabe, S. 17, 19, 20. 2) SOHM, Mitteilung an den Congrès internat. de droit comparé von 1900, zit. bei CHARMONT, Le droit et l'esprit démocratique, Montpellier 1908. 3) Vgl. PANUNZIO, Il socialismo giuridico, Genova 1906, und La persistenza del diritto, Pescara 1910; B. DONATI, Il socialismo giuridico, e la riforma del diritto, Torino 1910; COSENTINI, Il socialismo giuridico, Catania 1910.

stisch-individualistische durch das organisch-soziale Element verdrängt wissen. CESARE VIVANTE erhofft vom Kollektivvertrag die Beseitigung der Ungleichheit bei der Vertragsabschließung zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden. GIANTURCO schließlich ist mit ihnen allen darin einig, daß der Codice civile aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Bedürfnissen im Gefolge des starken industriellen Aufschwunges der letzten Jahre keineswegs mehr entspreche.

Auf französischem Boden hängt die Entwicklung des jur. Soz. gleichermaßen innig zusammen mit der Erneuerung der rechtswissenschaftlichen Methoden wie mit der Politik der sozialistischen Parteien.

Lange Zeit ist die napoleonische Kodifikation in Frankreich als *ratio scripta* und als unvergänglichen Charakters angesehen worden. Zudem hatte die Revolution jede Rechtsbildung außerhalb des Gesetzes verboten. So begnügten sich denn Theorie und Praxis mit logischer Interpretation des letztern und damit, nach der Absicht des Gesetzgebers zu forschen, unbekümmert darum, ob nicht auch die Judikatur eine Rechtsquelle bilde. Eine Reaktion gegen die beschränkte Auffassung dieser „Interpreten des Code“ machte sich erst am Ausgang des abgelaufenen Jahrhunderts bemerkbar, zum Teil unter IHERINGS Einfluß, zum Teil aber dank genauer Analyse der Judikate, die, zunächst aus rein praktischen Rücksichten begonnen, sehr wichtige theoretische Konsequenzen gezeitigt hat. Denn man nahm bald wahr, daß das Recht stets beweglich und in steter Anpassung an die wechselnden Zwecke des Gesellschaftslebens begriffen sei; daß die Gesetze seit der napoleonischen Kodifikation und namentlich die schöpferische Arbeit der Jurisprudenz das Recht einschneidend verändert hätten und noch weiterhin veränderten; daß mechanische Buchstabenklauberei die Gefahr einer gleichermaßen ungenauen wie unvollständigen Vorstellung von dem im Lande herrschenden Recht in sich schließe. Der richterlichen Logik stellte man die soziale Nützlichkeit gegenüber, der Interpretation der Texte die „prätorische Macht der Rechtsprechung“¹⁾.

1) An einer zusammenfassenden Darstellung dieser geistigen Bewegung fehlt es leider noch. Wichtige Aufschlüsse über sie bieten: C. BOUGLÉ, *Le solidarisme*, Paris 1904 (im Kap. „L'esprit nouveau et la science du droit“);

An sich war diese Bewegung durchaus nicht sozialistisch. Denn die Forderung, daß die Rechtsinterpretation von sozialen Zwecken sich bestimmen lassen muß, besagt noch nichts über das Wesen dieser Zwecke; und ebensowenig wird dadurch, daß man der Judikatur eine schöpferische Rolle zuweist, diese auch schon inhaltlich umschrieben. Was aber Sozialisten wie MATER die neuen Tendenzen freudig begrüßen ließ, war ihr nicht konservativer Charakter. Mit Recht hat dies der ausgezeichnete Jurist LAMBERT¹⁾ betont, und es ist in der Tat klar, daß wenn die Jurisprudenz in einer Demokratie maßgebenden Einfluß übt, dies nur in demokratischem Sinne geschehen kann, sowie daß die Ziele, die ihr gesteckt werden, im allgemeinen nur demokratische sein werden. In gleicher Richtung mußte auch die wachsende Macht der sozialistischen Parteien und der Arbeiterorganisationen wirken. Von dieser Anschauung ließen sich denn auch immer mehr Richter erfüllen. Gelegentlich der Jahrhundertfeier des Code civil erklärte der Erste Präsident des Kassationshofes, daß man bei der Interpretation des Gesetzes „nicht hartnäckig nach den gesetzgeberischen Motiven im Augenblick der Abfassung dieses oder jenes Artikels fragen müsse, sondern danach, von welchen Motiven der Gesetzgeber sich leiten ließe, wenn er diese Norm heute formulierte“; und er fügte hinzu: der Richter habe die Aufgabe, „in liberaler und humaner Weise den Gesetzestext der Wirklichkeit und den Anforderungen des modernen Lebens gemäß anzuwenden“²⁾. Zu gleicher Zeit lenkte der Präsident des Tribunals von Chateau-Thierry, MAGNAUD, durch seine kühnen und von sozialistischem Geist erfüllten Urteile in Frankreich und Italien die allgemeine und insbesondere die Aufmerksamkeit der Sozialisten auf sich. Zeigten sie ja die Möglichkeit wichtiger Umänderungen des Rechts durch die Recht-

CHARMONT a. a. O.; HITIER a. a. O.; ANDRÉ MATER, Sources et origines du socialisme juridique, in „La revue socialiste“, 1903/II, S. 316 ff.; DERSELBE, Le socialisme juridique, ebenda, 1904/II, S. 1 ff.; PLANIOL, Traité élémentaire de droit civil, I. Bd. passim.

1) LAMBERT, La fonction du droit civil comparé, S. 906.

2) Livre

centenaire, I. Bd., S. 27.

sprechung statt durch Revolution. Dabei war das „Phänomen MAGNAUD“ kein vereinzelt. Denn die französische Rechtsprechung hatte in den vorangegangenen Jahren die Theorie herausgebildet, daß die Haftung für einen durch eine Sache verursachten Schaden eine notwendige Begleiterscheinung des Eigentums an derselben sei und damit die Verantwortlichkeit der Unternehmer für die Arbeiterunfälle in ihren Betrieben begründet — eine Theorie, welche unabhängig von einer legislativen Reform die erst im Ges. v. 9. IV. 1898 festgelegte Haftung für Berufsgefahren vorwegnahm. Auf gleichem Wege war der alte Rechtssatz „Nullus videtur dolo facere qui suo iure utitur“ im sozialen Interesse außer Kraft gesetzt und durch die Theorie vom Rechtsmißbrauch ersetzt worden, die jedes Recht und speziell auch das Eigentum einschränkt. Gleichzeitig wurde — etwas ganz Neues in der französischen Rechtsgeschichte! — diese neue Richtung in der Jurisprudenz auch von den Rechtslehrern verstärkt und weitergebildet.

So fanden die Sozialisten Unterstützung von seiten der traditionellen Hüter des konservativen Geistes und durften sich des mit Recht freuen¹⁾. Aber noch mehr, sie durften hierin auch einen wichtigen sozialen Fortschritt und ein mustergebendes Beispiel erblicken. In der Tat, ist die Humanisierung und Demokratisierung des Code einfach durch dessen Interpretation im Sinne der neuen sozialen Bedürfnisse möglich, was sollte dann die allmähliche Überführung des Sozialismus in das Recht hindern, mit Hilfe derselben Methode und ohne Revolution, ja ohne die Interessen der Besitzenden durch Gesetzesvorschläge direkt anzugreifen? Was, das bürgerliche Recht materiell vollständig in sozialistisches zu wandeln, ohne auch nur die Form zu ändern?

1) Vgl. HENRY LEYRET, Les jugements du président MAGNAUD, réunis et commentés. Paris 1900; DERSELBE, Les nouveaux jugements du président MAGNAUD, Paris 1903. Besonders zu beachten sind die Rubriken: Droit à la vie, droit des femmes, droit des travailleurs. — Vgl. dazu: ROUANET, in „La revue socialiste“, 1900/II, S. 745 ff.; MAXIME LEROY, Des transformations de la jurisprudence pénale, ebd. 1901/II, S. 585 ff.; RAFFAELLE MAJETTI, Le phénomène Magnaud, ebd. 1903/II, S. 651 ff.

Für den Marxismus besteht die soziale Frage im Widerspruch zwischen dem starren Recht und der fließenden Wirtschaft. Wenn aber das Recht starr ist, sobald man es als ein buchstäblich anzuwendendes Gesetz auffaßt und mit SAVIGNY den Geist des Richters durch den Wortlaut der Normen gebunden erachtet, so daß diese jeder Verbesserung durch Gewohnheitsrecht unzugänglich werden, so vermag doch anderseits die Rechtsprechung, die ihrem Wesen nach beweglich ist, keine allgemeinen Prinzipien aufstellt und lediglich konkrete Fälle entscheidet, sich den wechselnden Gestaltungen des Wirtschaftslebens anzuschmiegen und so der Gesellschaft revolutionäre Erschütterungen zu ersparen. So würde im Wege einer systematisch-tendenziösen Judikatur unmerkliche Überleitung der kapitalistischen in die kollektivistische Gesellschaft möglich. Es bedürfte hierzu nur nach der treffenden Formel MATERS einer „Verwendung des Rechts gegen das Recht¹⁾“, eine Formel, die offensichtlich mit dem reformistischen oder revisionistischen Sozialismus nahe verwandt ist, der ebenfalls unter Verzicht auf gewaltsamen Umsturz und auf einen plötzlichen Übergang aus der alten in die neue Gesellschaft schrittweise und unter unmerklicher Modifizierung der gegenwärtigen Einrichtungen das sozialistische Endziel erreichen will.

Diese Konzeption des jur. Soz. ist von Utopismus weit entfernt. Nach ihr handelt es sich nicht darum, die Welt zu neuen Rechtsideen zu bekehren, sondern darum, die alten auszunützen, um über sie hinauszugelangen. Der Ausgangspunkt zur Zukunft hin liegt so in der Gegenwart. Durch subtile oder, um mit MATER zu sprechen, „heuchlerische“ Auslegung soll aus dem geltenden bürgerlichen Recht ein ihm fremder — sozialistischer — Inhalt gezogen werden! Das scheint nun künstlich und willkürlich und ebendeshalb wieder utopistisch. Frei gewählten sozia-

1) „L'emploi du droit contre le droit.“ MATER in einer Besprechung des Buches von MARCEL MORNET, *Du rôle et des droits de la jurisprudence en matière civile (1804—1904)*, in „La revue socialiste“, 1905/I, S. 488. Vgl. DERSELBE: *L'état socialiste et la théorie juridique de la gestion und Sources et origines du socialisme juridique*, ebenda 1903/II, S. 58 ff., 316 ff.; *L'interprétation juridique du socialisme municipal*, ebenda 1905/I.

listischen Zielen sollen Institutionen dienstbar gemacht werden, die, wenn sie ungehindert funktionieren könnten und nicht Sozialisten eingriffen, um sie zu deformieren, sich ohne weiteres so erhalten könnten, wie sie sind. Diese Auffassung des jur. Soz., die übrigens in Detailfragen, z. B. bei Munzipalisationen, sich praktisch fruchtbar erweist, ist denn auch noch nicht zu wissenschaftlich scharfer Ausprägung gediehen. Scheint es ja ihr zufolge, daß, wenn die Juristen nur über genügende Schärfe und Geschicklichkeit verfügen, jegliche, auch nicht in der natürlichen Entwicklungslinie liegende Auslegung des bürgerlichen Rechts durchsetzbar wäre. Nun erfüllt sich aber dieses offenbar mit sozialistischem Geist nicht allein deshalb, weil Richter und Rechtslehrer sich haben durch geistvolle juristische Konstruktionen verführen lassen, sondern, weil die Gestaltung des Gesellschafts-ganzen diese Konstruktionen als Ausdruck der neuen Bedürfnisse erscheinen läßt. Hauptaufgabe des wissenschaftlichen jur. Soz., dessen bedeutendste Vertreter JEAN JAURÈS und EMMANUEL LÉVY sind, ist daher, zu zeigen, daß die Institute des bürgerlichen Rechts an sich und nicht erst dank der Gesetzgebung und Rechtslehre sozialistische Keime enthalten; zu erklären, weshalb diese Keime sich unaufhaltsam entwickeln und weshalb das Gesellschaftseigentum in wachsendem Maße das individuelle ersetzt; m. a. W. das Recht der gleichen Analyse zu unterwerfen, die MARX am Wirtschaftsleben durchgeführt hat.

JAURÈS' Studien über die Entwicklung des Rechts sind durch eine politische Kontroverse veranlaßt worden. Die radikale Partei hatte, um sich von der sozialistischen zu unterscheiden, in ihr Programm die Aufrechterhaltung des Privateigentums aufgenommen. JAURÈS bemüht sich nun, zu erweisen, daß dieser Programmpunkt inhaltslos und abstrakt ist, daß das Eigentum unaufhörlich die Form wechselt und daß namentlich das Individual- und kapitalistische Eigentum spontan — gerade infolge der großindustriellen Entwicklung und der parallelen Aktion des Proletariats — über sich selbst hinauswächst¹⁾. Das Eigentum, führt er aus,

1) JAURÈS, *Études socialistes*, Paris 1901, S. XLI, LXXXVI, 257.

ist kein unzerstörbarer Block, nichts Einfaches, sondern ein Bündel sehr differenzierter Befugnisse, die bald in einer Hand vereinigt, bald unter viele aufgeteilt sind. Scheinbar hat der Code civil für immer das Individualeigentum sanktioniert. Zugleich aber hat es die Revolution durch das Prinzip der gleichen Erbportionen schwer erschüttert. Auch heutzutage wird es durch Kollektivierung, Enteignung, Zersplitterung ständig zurückgedrängt und namentlich das Bodeneigentum von Grund aus revolutioniert¹⁾. Wohl wird die vom Sozialismus durchzuführende Umgestaltung des Eigentums viel tiefer und weiter greifen als die 1789 vollbrachte. Genau so aber, wie die Revolution lange vorher — durch Heraushebung ganzer Gegenden und Industrien aus dem Zunftzwang, sowie durch Befreiung zahlreicher bäuerlicher Wirtschaften von den Feudallasten — sich vorbereitet hatte, so bauen schon jetzt ökonomische Entwicklung und reale Bewegung an den komplexen Verhältnissen, nach denen die Ordnung der Zukunftsgesellschaft sich vollziehen wird²⁾. Und das Individualeigentum? Hat es nicht oft schon Form, Substanz und Sinn geändert? Sind nicht nacheinander Sklaverei, Hörigkeit und freier Lohnvertrag, der einer Minorität Verfügungs- und Tributgewalt über die Arbeitskraft der Proletarier einräumt, Erscheinungsformen des Eigentums gewesen? Bald aber kommt dies in verwickelterer Weise zum Ausdruck, z. B. bei der Umwandlung der Sklaverei in Hörigkeit, bald vereinfacht es sich, wie in der Gesetzgebung der Revolution. Gegenwärtig entwickelt es sich in der Richtung stärkerer Komplikation: es entsteht mit Notwendigkeit zugunsten der Arbeiter soziales, nationales, kommunales, korporatives Eigentum. Dem abstrakten und unbeweglichen Eigentumsbegriff stellt die Wissenschaft die Realität geschichtlicher Bewegung entgegen, die restlos das Eigentum zersetzt und neu bildet. Dieses zu zerstückeln und aufzusaugen, um die soziale Bewegung zum Kollektivismus hinzulenken, braucht der Sozialismus nur gewisse Praktiken der bürgerlichen Gesellschaft zu erweitern und den Gang der Gesetzgebung auf der Bahn, die sie bereits eingeschlagen hat, zu beschleunigen³⁾.

1) Ebenda, S. LXXXVII, 11. 2) Ebenda, S. 89, 49—50. 3) Ebenda, S. 152—162.

Der Code civil hat auch beschränkte Formen des Eigentums oder Ausschnitte aus demselben, wie die Fruchtnießung, anerkannt: das Individualeigentum bildet also kein absolutes, unteilbares Ganzes, sondern läßt sich auflösen. Auch das Gebrauchs- und Wohnungsrecht, die Servituten und Hypotheken sind Beispiele hierfür¹⁾. Anders als MATER bestreitet allerdings JAURÈS, daß das sozialistische Recht auf dem Wege von Textinterpretation und prozessualen Kunstgriffen aus dem bürgerlichen hervorgehen könne. Er weiß wohl, daß alle jene Einschränkungen und Zerteilungen das Eigentum nicht aufheben. Aber auch er meint, daß ihm absoluter Charakter nicht eignet und daß es ohne Eingriff von Staat und Proletariat automatisch stufenweise Einengung und Zersetzung erfährt²⁾.

Weitere Einschränkung erleidet das Einzeleigentum durch die Expansion der staatlichen Steuerwirtschaft, die Erbrechtsnormen und die Enteignungen im öffentlichen Interesse. Die Steuer entzieht den Eigentümern einen beträchtlichen Teil des National-einkommens und bildet daraus staatliches Kollektiveigentum, das allmählich in kommunistisches Gesellschaftseigentum übergehen mag. Und faßt man Art. 732 des Code civil ins Auge, so sieht man die freie Verfügungsgewalt des Eigentümers durch die Ansprüche der Pflichtteilsberechtigten aufgehoben. Er ist nicht so sehr Eigentümer als Depositär. Das volle Individual-eigentum existiert nicht in Frankreich; und wenn die individualistische Revolution von 1789 so den Staat in den Vermögensübergang von Todes wegen eingreifen ließ, so aus der sozialistischen Idee heraus, daß das Eigentum eine soziale Erscheinung ist, die in der Gesellschaft ihren Ursprung, ihre Existenzbasis, ihre Zweckbestimmung hat. Diese Auffassung des Eigentums als eines sozialen Phänomens kann daher auch weitere Anwendung finden, als bisher geschehen³⁾. Wozu noch kommt, daß die Enteignung aus Gründen des öffentlichen Wohls bereits in der Er-

1) Ebenda, 163 f., 166 f., 172 f. 2) Ebenda, S. 171 ff. Ähnlicher Auffassung begegnet man bei: E. TARBOURIECH, *Essai sur la propriété*, 1904; PICARD, a. a. O.; M. LEROY, *Le code civil et le droit nouveau*, 1904.
3) JAURÈS a. a. O. S. 179, 187—225.

klärung der Menschenrechte festgelegt erscheint, so daß heute schon die Form des Individualeigentums nur aus Gnaden der sozialen Gewalten besteht. Gestützt hierauf hat der Konvent das Maximum dekretiert. Nun aber ist der Begriff des Gemeinnutzens parallel zu den sozialen Wandlungen in steter Erweiterung begriffen. So „werden denn die Juristen der sozialen Revolution den Übergang von der bürgerlichen zur kommunistischen Legalität vollziehen können, indem sie sich auf eine Norm der bürgerlichen Kodifikation berufen“¹⁾.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung, deren Bedeutung täglich wächst, stellt sich nicht minder als Ausdehnung des kollektiven gegenüber dem individualistischen Recht dar. „Jede demokratische Reform, jede Norm zum Schutz der Arbeit und in der Richtung sozialer Solidarität engt den Rechtskreis der Kapitalbesitzer, d. h. des bürgerlichen Sondereigentums, ein“²⁾. Schließlich ist nicht zu übersehen, daß die höchsten Entwicklungsformen des Kapitalismus auch die gebrechlichsten sind. In der Aktiengesellschaft erscheint jede persönliche Verbindung zwischen Eigentümer und Eigentumsobjekt gelöst oder unendlich abgeschwächt³⁾.

In allen diesen Analysen und namentlich in derjenigen des Erbrechts findet man die Theorien wieder, die LASSALLE in seinem System der erworbenen Rechte niedergelegt hat, ohne sich damals ihrer Tragweite voll bewußt zu sein. In der Tat, hat nicht schon LASSALLE gezeigt, daß das Erbrecht die Tendenz hat, durch Beseitigung der Erbfolge die Familie aufzuheben, daß die Geschichte des Eigentums in einer Folge von Einengungen besteht⁴⁾, und daß die Entwicklung des Rechts zur Abschaffung

1) Ebenda, S. 237, 227—240.

2) Ebenda, S. 163.

3) Ebenda,

S. 257, 260.

4) „So paradox diese Behauptung auf den ersten Blick auch erscheinen mag, so besteht dennoch im allgemeinen der kulturhistorische Gang aller Rechtsgeschichte eben darin, immer mehr die Eigentumssphäre des Privatindividuums zu beschränken, immer mehr Objekte außerhalb des Privateigentums zu setzen. Und wenn eine wahrhafte Rechtshistorie vom kulturhistorischen Standpunkt aus geschrieben werden sollte, so müßte dies einer der hauptsächlich leitenden Gedanken sein. Freilich ist dies noch nie versucht worden. . . . Das Recht der Eigentumsverfügung ist selbst der Familie gegenüber das unbeschränkte voll-

aller Privilegien und zur gleichen Freiheit aller hin sich bewegt?

An eine der Fundamentalideen des „Systems der erworbenen Rechte“ knüpft auch der jur. Soz. E. LÉVY an.

Bekanntlich anerkennt LASSALLE eine Handlung als rechtmäßig nur, wenn sie dem gewohnheitsrechtlich oder gesetzlich festgelegten Kollektivwillen konform ist. Eine Aneignung ist bloß innerhalb der Grenzen des allgemeinen Rechtsbewußtseins über die Aneignungsfähigkeit zulässig. Mit der Gesetzgebung, auf der sie beruhen, werden auch die erworbenen Rechte hinfällig. Das Recht des einzelnen, könnte man sagen, ist auf der beweglichen Rechtsüberzeugung aller aufgebaut. Diesen LASSALLEschen Gedanken nimmt LÉVY auf und führt ihn ebenso formell prägnant wie inhaltlich tief und originell durch¹⁾.

Die Rechtsüberzeugung, erklärt er, schafft das Recht. Dieses ist der Religion durch den sozialen Glauben verwandt, auf dem es basiert. Die Überzeugungen des Staates sind jene, welche die Gewalt sanktioniert. Er sichert oder nimmt den einzelnen ihre Rechte: er durch das Gesetz, d. h. seinen, der Gesetzgeber, der Administrativorgane, der Richter Willen. Da somit die Rechtsverhältnisse aus dem Spiel der Rechtsüberzeugungen hervorgehen, so sind sie ihrer Natur nach nur relativ. Sie hängen in ihrer Existenz von der Meinung über sie ab. Von Besitz kann nur so lange gesprochen werden, als diese den *animus possidendi*

ständiger Enterbung. Die mählich entstehenden Gesetze über Pflichtteile bei Vermächtnissen und Schenkungen sind ebenso viele Beschränkungen und Aufhebungen von Eigentumsrechten. Die Sklaverei mildert sich zur Leibeigenschaft, das Eigentumsrecht an dem Leben des Menschen vermindert sich zu einem Eigentum an seiner lebenslänglichen Arbeitskraft. . . . Die Leibeigenschaft vermindert sich zur Hörigkeit in verschiedenen Abstufungen. . . . Das Wort „emanzipieren“, welches man jetzt in einem verwischten und . . . undeutlichen Sinne auf jedes Freiheitsbestreben anzuwenden pflegt, ist gerade dann ganz zutreffend, wenn man es in seinem ursprünglichen strengen Sinn auffaßt: *e mancipio, außer dem Eigentum erklären*“. (Syst. d. erworb. Rechte, 2. Aufl., I. 217, Anm. 2).

1) Vgl. über LÉVY: HUVELIN, *Individualisme et socialisme*, in „Revue de synthèse historique“, XVIII (1908), 170 ff.

anerkennt. Dem Recht eignet daher in Zeit und Raum nur relative Kraft. Klar zeigt sich dies durch eine Analyse des Haftungsbegriffs. Es gibt unrechtmäßige Handlungen, die uns haftpflichtig machen, jene nämlich, die fremde Rechte verletzen. Nicht immer aber kristallisiert sich ein fremdes Interesse zu einem Recht. So läßt sich denn auch nicht a priori sagen, was recht und unrecht ist. An einem allgemeingültigen Prinzip hierüber fehlt es. Denn wollte man die Norm des § 1382 des Code civil anwenden, der jeden für schadenersatzpflichtig erklärt, durch dessen Verschulden ein anderer geschädigt worden ist, so würde man die soziale Revolution ins Werk setzen, indem man der Arbeit wiedergäbe, was ihr zukommt. Ich bin verantwortlich, wenn mich ein Verschulden trifft, und dies ist der Fall, wenn ich anders handle, als es der Erwartung meines sozialen Milieus entspricht, „wenn ich das berechtigte Vertrauen der anderen täusche“. „Innerhalb der sozialen Gruppe ist jedermann den anderen gegenüber in dem Maße verantwortlich, in dem diese, um selbst zu handeln, auf das Vertrauen in ihn angewiesen sind“¹⁾.

Der Jurist hat die Rechtsüberzeugungen und die auf ihnen basierenden Einrichtungen als Tatsachen hinzunehmen, die er feststellen, aber nicht durch Prinzipien legitimieren und erklären soll. Nicht die Prinzipien geben Auskunft über die Institutionen, sondern diese über jene. Die Prinzipien sind nur Etiketten, welche die Einrichtungen überdauern. Eine Tatsache ist als solche anzusehen, und es ist unwissenschaftlich, zu sagen: die Theorie über den Rechtsmißbrauch sei unzutreffend, denn sie existiert nun einmal; und ebenso unwissenschaftlich ist es, das Streikrecht zu leugnen, „denn es wird nun einmal gestreikt, und alle Vorschläge, Streiks hintanzuhalten, bedeuten indirekt ihre Anerkennung“²⁾.

1) Vgl. LÉVY, Preuve par titre de droit immobilier; Le droit repose sur des croyances. Questions pratiques de législation 1908, S. 176, 179; La transition du droit à la valeur, S. 3; Le bien juridique, S. 7; Responsabilité et contrat. Lettre sur la responsabilité et le risque, in „Rev. trimestr. de droit civ.“ 1910, S. 351.

2) Vgl. LÉVY, L'affirmation du droit collectif, 1903, S. 24; Le droit repose sur des croyances, S. 296 f.; Volonté et arbitrage, in „La revue socialiste“, 1911/I, S. 238.

Es erübrigt nur noch, zu wissen, ob die Rechtsentwicklung als solche hinzunehmen ist und welches ihr Ziel ist. Gibt es nur provisorisches, beschränktes Recht, gibt es keine Befugnisse ohne den Staat, die legale Ordnung und die Kollektivität, die sie sanktionieren und schützen, so ist es um so notwendiger, daß die Wissenschaft die Richtung der Rechtsentwicklung bestimme. Nun entwickelt sich aber offenbar das Recht dem Sozialismus zu. Das Proletariat wird sich vom Kapitalismus befreien und ihn beerben; das sozialistische Recht wird bloß auf einen bereits gebahnten Weg führen; es bildet sich ein Recht für die Besitzlosen¹⁾. Vor allem sehen wir vor unseren Augen Einrichtungen entstehen, die auf ökonomischem und politischem Wege das Recht des Syndikats, das Kollektivrecht, realisieren. Diese letzte Tatsache ist von höchster Bedeutung: im Individualvertrag ist die Arbeit noch immer ebensowohl Objekt wie Subjekt; erst der Kollektivvertrag befreit sie um so sicherer, als er berufen ist, in einer Gesellschaftsordnung zu wirken, die nicht mehr als Regime des Besitzes, sondern der Werte sich darstellt.

Das will besagen, daß eine tiefgreifende ökonomische Umwandlung die dinglichen durch Forderungsrechte ersetzt hat. „Die Dinge sind nicht mehr, was sie sind, sondern, was sie wert sind.“ Kapital ist, was Einkommen gewährt, Kapitalist der Inhaber von Aktien und Schuldtiteln. Er besitzt nicht, sondern hat einen Anspruch auf Zins, Dividende, Pachtschilling. So groß diese Umgestaltung ist, so gefährlich ist sie auch dem Kapital. Fortan gibt es keine erworbenen Rechte; eine Krise kann die Dividende vernichten; der Wert ist nun ein schwankender, in seiner Höhe von allen möglichen Einflüssen und Risiken abhängiger Kurs. Fortan gibt es keine Sachen mehr, sondern nur Meinungen, die den Kurswert steigen und fallen lassen. Das subjektive Recht ist immer daran, zu zerbrechen. Unter dem Druck der Schwankungen des Weltmarkts erscheint der Wert internationalisiert und demgemäß auch der Staat und die Gesellschaft. Und es ist leicht zu begreifen, welche revolutionäre Kraft dem Wert innewohnt,

1) LÉVY, *La personne et le patrimoine*, ebenda 1911/I, S. 545 ff.; *Transition du droit*, S. 5; *Le mariage* in „*La revue socialiste*“, 1910/I, S. 444.

der mit allem solidarisch, schlechthin variabel, immer von der Zukunft abhängig, seiner Natur nach international und ebensowohl durch seine unendliche Teilbarkeit sich mit Individuen wie mit Kollektivitäten verknüpfen läßt¹⁾.

Die Werte, die zu den Teilen der natürlichen gegenständlichen Welt hinzutreten, sind durch menschliche Tätigkeit, durch Arbeit, geschaffen. In der Ordnung des Individualbesitzes gehören die Sachgüter, die durch Arbeit eine Wertvermehrung erfahren haben, auch weiterhin ihrem Besitzer. Der durch Arbeit geschaffene Wert der Forderungen gehört nicht der Arbeit. Macht aber die Arbeit nicht zum Eigentümer, so doch zum Gläubiger. Der Arbeiter nun ist bloß Gläubiger, wenn er arbeitet, er hat aber kein Recht auf Arbeit. Dabei steht den kapitalistischen Schuldtiteln Wert nur zu, weil man glaubt, der Arbeiter werde arbeiten; „sie repräsentieren eine Hoffnung auf Ausbeutung von Menschen in deren Eigenschaft als Produzenten“. Die Arbeit wird zum Recht, indem sie zum Wert wird. Sie ist oder wird wenigstens immer mehr für den Arbeiter Vermögen, Kapital, Wert. Der Kapitalist wieder besitzt nicht effektiv, sondern hat nur Forderungen, die weder einzelnen noch dem Staat gegenüber sich als erworbene Rechte darstellen. Das soziale Problem besteht fortan in einer Deplacierung der Wertaufteilung unter die beiden Kollektivgläubiger Kapital und Arbeit. Der isolierte Arbeiter vermag seine Forderung nicht durchzusetzen, denn „das von ihm geschaffene Eigentum vernichtet seine Macht“. Ist sein Hungerlohn bezahlt, so hat er keinen Anspruch auf sein Produkt. Die Arbeiter sind aber nicht mehr isoliert. Gewerkschaftlich organisiert kontrahieren sie nicht mehr individuell, sondern kollektiv und stellen ihre Forderung der des Kapitals entgegen. Außerdem aber sind diese Forderungen ungleich stark; eine muß die andere aufsaugen. Dank der Koalition aber ist die Macht des Proletariats unendlich gesteigert; macht es von seinem Streikrecht Gebrauch, so vernichtet es die Forderung des Kapitals, die Wert nur hat, wenn die Arbeit ihr solchen verleiht. Auf diesem

1) LÉVY, L'affirmat. du dr. collect.; Transit. du droit à la valeur, S. 1—2; Lien jurid., S. 3—5; Le droit repose sur des croyances, S. 256—258.

Wege bereitet sich denn auch vor und verwirklicht sich fortschreitend die endgültige Befreiung des Proletariats¹⁾.

* * *

Überblicken wir zum Schluß die Ergebnisse unserer Untersuchung, so bietet sich uns folgendes Bild: Erst entwerfen sozialistische Denker Pläne sozialer Neuordnung, die zugleich neue Rechtsauffassungen in sich begreifen, welche außer Zusammenhang mit der gegenwärtigen Rechtsordnung stehen, unbekümmert um den Weg, der aus dieser zur künftigen führen soll. Einige unter ihnen versuchen sodann an der Hand der Geschichte, das Wesen der Institutionen der Vergangenheit zu bestimmen und zu zeigen, wie einerseits die Gegenwart durch die Vergangenheit vorbereitet worden sei und andererseits jene an der Schaffung der Zukunft arbeite. Andere formulieren die Beziehungen zwischen Recht und Wissenschaft mit größerer Schärfe und machen die sozialistische Rechtsordnung zum Gegenstand eindringenderer Untersuchung. Durch das Zusammenwirken von Juristen, Ökonomen und marxistischer Schule gewinnt sodann dieses Problem des Zusammenhanges zwischen Recht und Wirtschaft jene hervorragende Bedeutung, die den wissenschaftlichen jur. Soz. kennzeichnet. Andere Juristen wieder begnügen sich nicht mit den allgemeinen marxistischen Formeln, sondern suchen im bürgerlichen Recht die Keime des sozialistischen festzustellen, wobei freilich nur zu oft diese Keime als durch taktische Künsteleien aufgepropft erscheinen. Schließlich zeigen zwei französische Sozialisten, wie die herrschenden Rechtseinrichtungen mit innerer Notwendigkeit und selbsttätig über sich selbst hinauswachsen, mit sich selbst in Widerspruch geraten und das neue Recht erzeugen. War der jur. Soz. ursprünglich nur ein Ausdruck für ideale Bestrebungen einzelner, so wird er zuletzt zur wissenschaftlichen Feststellung des objektiven Sozialisationsprozesses innerhalb des Rechts. So betrachtet erscheint die Entwicklung des jur. Soz. als Fortschritt von der Utopie zur Wissenschaft.

1) LÉVY, Le droit repose sur des croyances, S. 258—260; Transit. du droit à la valeur, S. 4.

Die christlich-soziale Bewegung in Frankreich.

Von

Georges Weill-Caen^{1) 2)}.

Inhaltsübersicht:

Einleitung S. 71. I. Die kath.-soz. Bewegung bis zum Ende der Februarrevolution S. 72. II. Das zweite Kaiserreich S. 77. III. Die verschiedenen kath. Schulen seit 1870 S. 82. IV. Die gegenwärtige Lage, hauptsächliche Tendenzen und hauptsächliche praktische Werke S. 89. V. Die protest.-soz. Bewegung S. 102.

Die Protestanten bilden innerhalb der Bevölkerung Frankreichs eine schwache Minderheit. So trägt denn auch die chr.-soziale Bewegung auf französischem Boden fast ausschließlich kath. Gepräge. Alle Chr.-Sozialen erstreben eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, indem sie vom Evangelium und den religiösen Vorschriften ausgehen. Über den Weg zum Ziele herrscht jedoch keine Übereinstimmung. Es gibt daher unter ihnen verschiedene Tendenzen und entgegengesetzte Schulen. Stets minder wichtig und tätig als der Sozialismus, hat sich doch der chr. Sozialismus gleichzeitig und auf dieselbe Art entwickelt wie dieser. Ein Blick auf die Geschichte der sozialen Ideen in Frankreich während des 19. Jahrhunderts zeigt uns zwischen 1800—1830 einige einsame Denker wie SAINT-SIMON und FOURIER, deren Schriften in weiteren Kreisen unbeachtet bleiben. Im Gefolge der Julirevolution tritt sodann eine Plejade von Theoretikern

1) Aus dem franz. Manuskript übersetzt von A. Sz. 2) Nachstehend werden folgende Abkürzungen gebraucht: chr., resp. k a t h., e v., prot. = christlich, resp. katholisch, evangelisch, protestantisch.

auf, die bis 1848 unermüdlich eine soziale Umgestaltung fordern. Nach der Niederlage der Februarrevolution beginnt eine Periode der Entmutigung und der Unterwerfung unter die ökonomischen Gesetze. Schließlich bildet sich nach dem Sturz Napoleons III. durch den Krieg von 1870, der Kommune und dem Sieg der demokratischen Republik allmählich eine Serie neuer, zum Teil von außen und namentlich von Deutschland her beeinflusster, sozialistischer Doktrinen. — Ein gleiches Bild bietet auch die chr.-soziale Bewegung. Auch in ihm begegnen wir einigen unbekanntem Vorläufern, einer ersten umfassenderen Bewegung sodann während des Julikönigtums und zuletzt, nach dem Stillschweigen von 1852—1870, einem Wiedererwachen, das mit dem „Oeuvre de cercles catholiques“ einsetzt und sodann parallel zur Erstarkung der sozialen Ideen stetig anwächst. Ich werde im folgenden mich vornehmlich mit der gegenwärtigen Lage des kath. Sozialismus befassen und seine früheren Entwicklungsstadien nur kurz berühren ¹⁾.

I.

Vor 1830 sind die Vorläufer spärlich. Die großen Apologeten wie JOSEPH DE MAISTRE und BONALD befassen sich nicht mit ökonomischen Fragen oder höchstens nur nebenbei, um Verdammungsargumente gegen die neue Zeit zu finden. So konstatiert BONALD in seinen „Observations sur la révolution française“ als Begleiterscheinung der neuen Industrie eine Zunahme des Elends in Frankreich. Erwähnung aber verdient ein Schriftsteller, der seine Lehre bereits vor 1830 ausgebildet hat, obschon seine „Économie politique chrétienne ou recherches sur la nature et les causes du paupérisme en France et en Europe“ (3 Bde.) erst 1834 erschienen ist. Ich meine ALLAN

1) Aus der neuen Literatur seien besonders genannt: GIDE et RIST, Histoire des doctrines économiques, Paris 1909, Buch IV, Cap. 4; R. DE WAHA, Die Nationalökonomie in Frankreich, Stuttgart 1910, S. 184—354; Abbé CHARLES CALIPPE, L'attitude sociale des catholiques français au 19^e siècle, 2 vol., Paris 1911. (I. Les premiers essais de synthèse; II. Les tendances sociales des catholiques libéraux.) Bei WAHA und CALIPPE eine ausführliche Bibliographie.

DE VILLENEUVE-BARGEMONT. Er selbst hat im Vorwort dieses seines Hauptwerkes erzählt, wie er dazu gekommen ist, sich mit Arbeiterfragen zu beschäftigen. Von 1812—1830 in verschiedenen Departements als Präfekt tätig, konstatierte er, daß die ackerbautreibenden Gegenden überall Wohlstand aufwiesen, während die Industriestädte Zentren des Elends und Bettels waren. Im reichen Departement Tarn-et-Garonne waren nur die Arbeiter von Montauban unzufrieden und zerstörten die Maschinen; in Nantes wimmelte es von Armen; vor allem aber im Departement Nord, wo er seit 1828 wirkte und wo er zu seiner großen Überraschung in Lille 32 000 Personen, d. h. fast die Hälfte der Bevölkerung, auf öffentliche oder private Unterstützung angewiesen fand. Seine persönlichen Eindrücke erfuhren durch Mitteilungen aus anderen Gegenden Bestätigung, und gleichzeitig stellte er fest, daß all dem Elend nur durch Caritas in ebenso bewunderungswürdiger wie taktisch erfinderischer Weise entgegengearbeitet werde. So brach er denn — ebenso wie andere durch die Erfahrung eines Besseren belehrte Ökonomen, unter denen er außer Klerikern auch MALTHUS, SISMONDI, DROZ, SAINT-CHAMANS und BIGOT DE MORGUES nennt — mit den Lehren von ADAM SMITH und JEAN-BAPTISTE SAY. Die Produktion des Reichtums, erklärte er, dürfe nicht auf Kosten des Wohlbefindens der Menschen stattfinden; die Volkswirtschaftslehre müsse auf dem Christentum beruhen. Dabei werde übrigens die Produktion keinen Schaden leiden, denn die Religion rege die Menschen zur Assoziation, zur Arbeit, zur Vervollkommnung von Ackerbau und Industrie an. Sie wirke so reichumschaffend, lehre aber auch die Genüsse regeln und begünstige eine richtige Güterverteilung, indem sie den Reichen Gerechtigkeit und Caritas, den Armen Tätigkeit und Sparsamkeit predige.

Als Mittel empfiehlt VILLENEUVE gleichermaßen Staatsintervention und Privatwohlthätigkeit. Der Staat solle die Kinderarbeit verbieten, die Fabrikanten verpflichten, nur lese- und schreibkundige Arbeiter anzustellen, hygienische Vorschriften erlassen und deren Anwendung durch seine Inspektoren überwachen, ferner die Fachbildung sowie die Schaffung von Spar-

und Unterstützungskassen fördern und schließlich das Übergewicht des Ackerbaus und des Grundbesitzes über die Industrie aufrecht-erhalten. Den Arbeitern soll das Recht zustehen, zu Fachvereinen sich zusammenzuschließen. Der Staat soll auch die Armenpflege organisieren, ihre Funktionierung aber der Caritas Privater, vor allem dem Klerus, überlassen. VILLENEUVE behauptet eine Zunahme der Armut in den prot. Ländern seit der Reformation, in Frankreich seit der Revolution, weil der Klerus durch diese und jene seiner Güter beraubt worden sei.

VILLENEUVE trat mit seinen Ideen hervor, nachdem er durch die Julirevolution sein Amt verloren hatte. Man kann ihn also nicht als ganz originellen Vorläufer ansehen, denn er kannte bereits die Theorien von LAMENNAIS und dessen Schule. Auf LAMENNAIS muß man denn auch zurückgreifen, wenn man die Geschichte des französischen Katholizismus im 19. Jahrhundert studieren will. Auf den berühmten bretonischen Priester und die kleine Gruppe, die sich 1825—1832 um ihn scharte, geht alles zurück, was seit 1830 auf den Gebieten der Wissenschaft, Politik und Sozialreform von kath. Seite unternommen worden ist. Als er mit Rom brach, unterwarfen sich allerdings seine Schüler der Kirche, sie blieben aber dabei vom Geist des Meisters durchtränkt.

Während der ganzen Periode, die LAMENNAIS für die Kirche kämpfte, beschäftigte er sich mit Arbeiterfragen nur indirekt und begnügte sich mit der Mahnung: der Priester solle ein Freund der Armen, ein „Volksmann“ sein. Auch kündigte er einen furchtbaren Kampf zwischen Kapitalisten und Arbeitern an, in dem der Priester als Friedensbote mäßigend werde eingreifen müssen. Seine Schüler aber traten während der Jahre 1830—1831 in seinem Journal „L'avenir“ viel mehr an die sozialen Probleme heran. Einer von ihnen, DE COUX, ward zum Ökonomen der Schule und verteidigte energisch die Rechte der Proletarier¹⁾. MONTALEMBERT befand sich in Lyon während des großen Arbeiter-

1) VILLENEUVE (a. a. O. I, 83) zitiert ihn höchst zustimmend. DE COUX hat als erster volkswirtschaftliche Vorlesungen an der kath. Universität Louvain gehalten.

aufstandes daselbst (1830), hörte die Arbeiter rufen: „Es lebe die Religion, es leben die Priester!“ und sah, daß die Verwundeten vor allem nach einem Priester und dann erst nach einem Wundarzt verlangten¹⁾. So ward dieser Aristokrat zur Arbeitersache hingezogen. „L'avenir“ befaßte sich mit ihr zu wiederholten Malen. Er wies z. B. am 22. VI. 1831 auf die unheilvollen Wirkungen der Maschinen hin und fragte, weshalb die Regierungen bloß auf die Verbesserung der Rinderrassen bedacht seien, die Menschen aber degenerieren ließen, und weshalb man den Arbeitern nicht gestatte, sich zur Verteidigung ihrer Interessen zu koalieren?

Später behandelte MONTALEMBERT mitunter diese Probleme auch von der Tribüne der Pairskammer aus. 1840 verteidigte er das Verbot der Fabrikarbeit von Kindern unter 8 Jahren; und 1846 bekämpfte er den Regierungsvorschlag auf Einführung des obligatorischen Arbeitsbuches. Bis zum Ende des Julikönigtums aber waren die kämpfenden Katholiken zu sehr mit dem Ringen um die Unterrichtsfreiheit beschäftigt, als daß sie sich mehr als nebenbei mit Arbeiterfragen hätten abgeben können. Immerhin zeigten sie zumeist eine gewisse Sympathie für die Theorien der Neuerer, wie umgekehrt auch die hervorragendsten Sozialisten — mit einziger Ausnahme PROUDHONS — der kath. Religion mit viel Rücksicht begegneten. Fast alle waren von jenem um das Jahr 1840 so verbreiteten Geist religiöser Romantik erfüllt. SAINT-SIMON hatte am Schlusse seines Lebens „Le nouveau christianisme“ geschrieben; ohne Unterlaß hatte ENFANTIN nach Religion gerufen; bei aller Kritik gegen die Tendenzen des Klerus rühmte LOUIS BLANC die Förderung der Zivilisation durch die Kirche; BUCHEZ widmete sein ganzes Leben dem Nachweis der Übereinstimmung zwischen Katholizismus und Demokratie²⁾. Nicht minder rücksichtsvoll für die Kirche zeigten sich auch die sozialistischen Arbeiter. Das von den Schülern BUCHEZ' 1840 bis

1) MONTALEMBERT, Oeuvres polémiques, I, 235. 2) Diese Religiosität der französischen Sozialisten verwunderte sehr die deutschen Demokraten. Vgl. CH. BOUGLÉ, L'alliance intellectuelle franco-allemande, in „La grande Revue“ v. 25. VIII. 1910.

1859 publizierte Arbeiterblatt „L'atelier“ wandte sich zwar heftig gegen die Mönche, bewies aber dabei dem Katholizismus größte Achtung, wie denn auch in zahlreichen Arbeiterbroschüren Jesus als Personifikation des Proletariats, des guten gekreuzigten Volkes, dargestellt wurde.

Diese Tendenzen erklären die Vorgänge während der Revolution von 1848. Die Februarkämpfer bezeugten dem Klerus so viel Achtung, daß PIUS IX. sie in einem Breve vom 18. III. hierzu beglückwünschte; die Bischöfe schlossen sich zahlreich der Republik an; die Priester segneten in allen Gemeinden die Freiheitsbäume ein; während einiger Wochen mochte man glauben, die Republik werde zugleich religiös und sozial sein. Gerade aber weil die Februarrevolution die Arbeiterfrage in voller Schärfe aufwarf, trat das Gegenteil ein. Nun handelte es sich nicht mehr um allgemeingehaltene Zustimmung zu großherzigen und utopischen Formeln, sondern um klare Stellungnahme zu konkreten Plänen. Hierüber kam es zu Meinungsstreit zwischen den Katholiken. Ein Teil schloß sich der Linken an und sprach sich für eine Politik der Reformen aus. Er wurde geführt von dem großen Redner, dem Dominikaner LACORDAIRE, dem Professor an der Sorbonne OZANAM und dem bekannten Philosophen Abbé MARET. Sie gründeten mit Zustimmung des Pariser Erzbischofs ein Blatt, „L'ère nouvelle“, welches die Einigung zwischen „dem Volk und Jesus Christus“ verfocht. Die furchtbaren Juniustage aber, die allüberall in Frankreich die öffentliche Meinung gegen die Kommunisten kehrten, erschreckten auch LACORDAIRE. Er ließ das Blatt im Stich. MARET harrete jedoch aus. Er verfocht einen „wahren und friedlichen Sozialismus“ und ermahnte die Katholiken, die gerechten Tendenzen der Zeit nicht zu bekämpfen sowie das Recht auf Arbeit durch Arbeit und die progressive Einkommensteuer anzuerkennen. Die große Mehrheit der kämpfenden Katholiken war jedoch im Bündnis mit den Legitimisten. Befanden sich ja unter ihnen viele Grundbesitzer. Sie wendeten sich somit der Rechten zu und verschmolzen allmählich mit der konservativen Partei. LOUIS VEUILLOT griff im „Univers“ die „Ère nouvelle“ an, und auch MONTALEMBERT erwies sich ihr

feindselig, so daß das Blatt bald einging¹⁾. Und gegenüber dieser reaktionären Welle hatte es wenig zu bedeuten, daß auch einige kath. Sozialisten auftraten, wie CHEVÉ, der an PROUDHONS „Le peuple“ mitarbeitete, und andere, die Journale ins Leben riefen, welche rasch wieder von der Bildfläche verschwanden, z. B. „Revue du socialisme chrétien“ und „Revue des réformes et du progrès“²⁾. Allüberall auf dem flachen Lande stellte sich der Klerus gegen Sozialismus und demokratische Theorien; der neue Bischof von Poitiers, PIE, der unter Napoleon III. eine so bedeutende Rolle spielen sollte, versprach klar und offen der Bourgeoisie die Verteidigung des Eigentums, wenn sie nur den Proletariern in Glauben und Glaubensübung mit gutem Beispiel vorangehen würde; in vielen Gemeinden ersetzten die Bürgermeister die als revolutionär verschrienen Laienlehrer durch geistliche Brüder; und MONTALEMBERT erklärte am 17. I. 1850 auf der Tribüne der Nationalversammlung: „Es gibt keine Mittelstellung; heute muß man zwischen Katholizismus und Sozialismus wählen“³⁾.

II.

Der Mißerfolg der Februarrevolution entmutigte alle Neuerer aufs tiefste. Er besiegelte auch den endgültigen Bruch zwischen den Parteien der Linken und den kath. Kämpfern. Jene warfen der Kirche vor, daß sie an der Spitze der Reaktion marschiere, die 1849 eingesetzt und am 2. XII. 1851 triumphiert hatte. In der Tat schien nach dem Staatsstreich das Bündnis zwischen dem kath. Klerus und dem autoritären Kaiserreich für immer geschlossen; und als es später zwischen beiden über die

1) Vgl. über die Geschichte der „Ère nouvelle“: BAZIN, Vie de Mgr. Maret, 3 Bde., 1891. Auch DE COUX hat an ihm mitgearbeitet. 2) Vgl. HENRY JOLY, Le socialisme chrétien, 1892. Der neue Pariser Erzbischof wurde wegen eines Hirtenbriefs, in dem er guten und bösen Sozialismus unterschied, laut getadelt. 3) Eine Ausnahme machte der kath. Philanthrop Vicomte ARMAND DE MELUN, Mitglied der Nationalversammlung, der seinen politischen Freunden Vorwürfe machte, weil sie die Sozialreform und die Organisation des Unterstützungswesens durch den Staat ablehnten. Vgl. FERD. DREYFUS, L'assistance sous la seconde république, Paris 1907.

Römische Frage zum Bruch kam, erstand es doch sofort wieder, als es die demokratischen Tendenzen zu bekämpfen galt. Der Ausspruch MONTALEMBERTS von der Unvereinbarkeit des Katholizismus mit dem Sozialismus wurde verstärkt von PROUDHON aufgenommen. In seinem großen Werk „*La justice dans la révolution et dans l'église*“ stellt er auf allen Punkten die kath. der demokratischen Auffassung gegenüber und zeigt die Kirche allüberall gleichgültig gegen das Recht, voll Verachtung gegen das Individuum und nur darauf bedacht, arbiträre Wohltätigkeit und erstickenden Despotismus den Völkern zu bringen, die so weit sind, nur mehr beten und gehorchen zu können.

Die Katholiken schienen durch ihre Abneigung gegen alles, was Sozialismus hieß, diese Angriffe rechtfertigen zu wollen. Aus ihr heraus stimmten sie nun jenem wirtschaftlichen Liberalismus zu, dessen materialistischen und antichristlichen Charakter ihre Vorgänger früher an den Pranger gestellt hatten; und das gleiche taten praktisch auch diejenigen, die dieser Schule vorwarfen, daß sie zuviel der Produktion und zu wenig der Produzenten gedenke. Genau so wie damals die kath. Theologen den „Konkordismus“ lehrten, d. h. die Übereinstimmung zwischen der biblischen Schöpfungsgeschichte und den Entdeckungen der Geologie und Paläontologie, so die kath. Ökonomen den Gleichklang zwischen Moral- und Wirtschaftsgesetzen. Ein Beispiel hierfür ist das Werk der Abbé CORBIÈRE „*L'économie sociale au point de vue chrétien*“ (2 Bde., 1863). Ein anderer Theoretiker, METZ-NOLLAT, ist in seinem Buche „*Les lois économiques*“ (1867) weniger optimistisch und anerkennt, daß der durch den Sündenfall verdorbene Mensch oft die Wirtschaftsgesetze mißbraucht hat. Das hindert ihn aber nicht, diese für wahr anzusehen. Einer der großzügigsten und kühnsten aus dieser Gruppe, P. GRATRY, betonte in mehreren Werken die Mißbräuche der Spekulation und des Kapitalismus und forderte die Intervention der Kirche zugunsten der Armen, bewunderte aber zugleich BASTIATS „*Harmonies économiques*“¹⁾. Einer der Hauptführer

1) Vgl. CHAUVIN, *Le père Gratry*, Neuausg., Paris 1910.

der Katholiken im Corps législatif, KELLER, wandte sich gegen die Auswüchse des Liberalismus und forderte die gesetzgeberische Repression von Wucher und Spekulation; eine Verbesserung der Lage der Massen aber erwartete er in erster Linie von unbeschränkter Freiheit der Kongregationen und Wohltätigkeitsassoziationen religiöser Struktur¹⁾. Der einzige Schriftsteller, der die Antithese von Katholizismus und Sozialismus für falsch erklärte, war ein fast ketzerischer Christ, der wegen seines Kampfes gegen den Ultramontanismus beiseitegeschoben ward, der noch ganz vom Geist des Jahrs 1848 erfüllte Philosoph HUET²⁾.

Manche kath. Orthodoxe hielten es jedoch für verfehlt, sich zu Schleppträgern BASTIATS zu machen. Wortführer dieser Anschauung ward ein Mann, der später zu den vornehmlichsten Mitarbeitern des Grafen DE MUN an „L'association catholique“ gehörte, J. BOURGEOIS. Die Lehren SMITHS und BASTIATS, erklärte er in einer kleinen Schrift „Le catholicisme et les questions sociales“ (1867), haben die wirtschaftliche Unordnung, d. h. die fessellose Konkurrenz, die Entstehung der großen Finanzunternehmungen, den Lohndruck, Unsittlichkeit, Habsucht, Agiotage, Geldheiraten und Malthusianismus gefördert. Der Sozialismus sei nur der natürliche Widerhall von all dem. So müßten denn die Katholiken einen Mittelweg zwischen diesen beiden Schulen suchen, und zwar den Kommunismus (der jeden Tag wiedererwachen könne) bekämpfen, aber auch des eingedenk sein, daß das Eigentum kein jus utendi et abutendi und daß der Eigentümer Gott verantwortlich sei.

BOURGEOIS war freilich wenig bekannt. Um so mehr Gehör fand dafür LE PLAY, der hauptsächlichste Vertreter des chr. Sozialismus in Frankreich unter dem zweiten Kaiserreich³⁾. Einst Schüler

1) Vgl. KELLER, L'encyclique du 8 décembre 1864 et les principes de 1789, Paris 1865.

2) Im Vorwort zu seinem Werk „Le règne social du christianisme“, 1853, bemerkt er selbst, es sei vor dem 2. Dezember verfaßt worden. Er fordert „den wahren, spiritualistischen, religiösen Sozialismus, den chr. Soz.“.

3) Zu den zahlreichen Werken über LE PLAY ist kürzlich ein neues hinzugekommen: P. LUDOVIC DE BESSE, Le clergé de France et Frédéric Le Play, San Remo 1910.

der polytechnischen Schule und einen Augenblick lang auch Saint-Simonist, hatte er es unternommen, die wahren Wirtschaftsgesetze an der Hand der Tatsachen auf Reisen durch die Welt zu ergründen. Er schuf die „Methode der Familienmonographien“, d. h. von minutiösen Beschreibungen, die mit der Aufstellung des (Einnahmen- und Ausgaben-)Budgets einer als Typus untersuchten Familie abschlossen. Nachdem er 36 derartige Monographien in seinem Werke „Les ouvriers européens (1855)“ veröffentlicht hatte, machte er sich an eine systematische Darstellung seiner Lehre und legte diese in verschiedenen Schriften nieder, deren bedeutendste „La réforme sociale en France“ (1864) ist. Der Zustand Frankreichs erschien ihm schlecht und gefährdend. Man dürfe sich durch den materiellen Aufschwung seit dem Beginn des Kaiserreiches nicht täuschen lassen. Seine Vorteile würden durch die Steigerung des Luxus aufgewogen. Auch der durch die Regierungsgewalt aufrechterhaltene soziale Friede sei mehr Schein als Wirklichkeit. Das eigentliche Unglück Frankreichs jedoch sei der Aufbau seiner gesetzlichen und politischen Verfassung auf den falschen und schädlichen Prinzipien von 1789. Daher der Mangel an Stabilität, die Verwerfung jeglicher Hierarchie, die bis zum Wahnsinne getriebene Leidenschaft für die Gleichheit; daher auch die wachsende Tyrannei einer zentralisierten Verwaltung, die alle Lokalorganismen verdrängt hat; daher die Unfähigkeit und Brutalität der unteren, die Korruption und Irreligiosität der oberen Klassen! Eine Reform sei notwendig, und zwar vor allem eine sittliche, die auf der einzigen Basis jeglicher Gesellschaft beruhen müsse: der Religion, dem Dekalog. Der Staat aber sei außerstande, sie zu verwirklichen. Man müsse vielmehr den unteren Klassen das Recht einräumen, sich in Arbeiterassoziationen zu versuchen, auf die sie große Hoffnungen setzen. Nur in der harten Schule der Erfahrung, nur durch den Ruin infolge ihrer Unfähigkeit würden sie von ihren Illusionen geheilt werden. Was aber die oberen Klassen betrifft, so obliege ihnen die Pflicht, Luxus und Korruption fahren zu lassen, den Patronat zu organisieren und zu üben, den Schutz der Armen durch die Reichen, der Arbeiter durch

die Unternehmer¹⁾. Die sittliche Würde durch die politische Reform vervollständigt werden, die vornehmlich in der Wiederbelebung der Provinzen und Gemeinden und der Beschränkung der Übelstände im Gefolge der Zentralisation und Bureaucratie bestehen müsse. Schließlich könne die Zukunft nur durch eine Reform der Familie gesichert werden. Durch das Prinzip des gleichen Kindeserbrechts habe der Code civil die Stabilität der Familie zerstört, so daß jede Generation die Arbeit der vorangegangenen stets von neuem beginnen müsse. Wohl könne man nicht mehr auf die „patriarchalische Familie“ mit ihrem Erstgeburtsrecht und ihrer zu großen Begünstigung des konservativen Geistes und der Routine zurückgreifen. Wohl aber könne man, indem man dem Hausvater die Testierfreiheit einräume, die „Stammfamilie“ schaffen. Er werde das Vermögen dem fähigsten Kind hinterlassen, und dieses werde die Heimstätte erhalten, während die übrigen ihr Glück in der Welt suchen würden. So werde einerseits die väterliche Gewalt gestärkt werden und andererseits die Familie einen Mittelpunkt sich erhalten und eine Stetigkeit erwerben, wie sie Englands Kraft ausmacht.

Mit diesen Ideen nähert sich LE PLAY seinem Zeitgenossen AUGUSTE COMTE, der ebenfalls für Familienautorität, Testierfreiheit des Vaters und Patronat eintritt, während er sich andererseits von der klassischen Oekonomie und deren Indifferentismus der Moral gegenüber scheidet. Bezeichnete er ja die Académie des sciences morales et politiques, in der sie dominierte, als „Académie des sciences immorales et impolitiques“. Selbst durchtränkt von chr. Pessimismus, verdammt er vor allem ihren Optimismus. Die Vorteile, die sie aus der freien Konkurrenz der Individuen erhofft, erhoffte er vom autoritären Patronat des

1) 1866 schrieb LE PLAY an einen Freund: „L'homme riche, intelligent, placé dans les corporations privilégiées qui ne pense qu'à lui, qui prend sa personnalité pour mesure de son activité, pour règle de sa doctrine, est un fléau social: car il occupe la place d'un ouvrier utile, et il excite l'antagonisme des classes inférieures qui ne respecteront la classe dirigeante que quand celle-ci fera son devoir“.

Hausvaters in der Familie, des Unternehmers in der Fabrik, des Großgrundbesitzers in der Gemeinde.

Trotz dieses vollständigen prinzipiellen Gegensatzes zu BASTIAT unterscheidet sich LE PLAY von diesem praktisch viel weniger. Beide sind Gegner der Staatsintervention und brandmarken Zentralisation und Bureaukratie; beide rühmen die Tätigkeit in Landwirtschaft und Industrie und beklagen die übergroße Hochschätzung der liberalen Berufe in Frankreich; beide endlich sind von Mißtrauen gegen die Arbeiterklasse erfüllt. So kam es denn, daß die chr.-soziale Schule LE PLAYS schließlich beim „laissez faire, laissez passer“ anlangte.

III.

Nach dem Kriege von 1870 erlebte man in Frankreich eine große kath. Bewegung. Der Klerus stellte die erlittene Niederlage als himmlische Strafe dar für die Vernachlässigung der Religion und dafür, daß das Land den Sturz der weltlichen Gewalt des Papstes geduldet habe. Das Entsetzen über die Kommune sowie über die Ermordung des Erzbischofs von Paris und mehrerer Priester zeitigte in den höheren Klassen eine Rückkehr zur Kirche. Die Mehrheit in der Nationalversammlung setzte sich aus konservativen Gruppen zusammen, die zwar in politischen Fragen auseinandergingen, in religiösen aber zusammenhielten. Der Arbeiterfrage gegenüber verharteten sie im traditionellen klassischen Liberalismus des Kaiserreichs. Deutlich geht dies aus zwei Berichten einer Enquêtékommision an die Nationalversammlung hervor. Der eine, von DUCARRE, erklärte im Hinblick auf die Arbeitsverhältnisse die Lage für gut und nur durch Bildung von Arbeitersyndikaten für gefährdet, und daß man den freien Arbeitsvertrag aufrechterhalten müsse. Der andere, vom Bruder ARMAND DE MELUNS, dem Grafen MELUN, herührende über die materielle Lage der Arbeiter war nicht weniger optimistisch, konstatierte Fortschritte von Hygiene, Wohnungszuständen und Ernährung und sprach die Hoffnung aus: die notwendigen Fortschritte würden sich im Anschluß an das durch Erziehung gefestigte Gefühl chr. Brüderlichkeit ein-

stellen¹⁾. Die konservative Mehrheit der Versammlung beschloß denn auch nur einen einzigen Fall gesetzlicher Intervention: zugunsten der Kinder. An Stelle des — praktisch nicht gehandhabten — Gesetzes von 1841 trat das von 1874, welches einerseits die Fabrikarbeit von Kindern unter zwölf Jahren verbot und andererseits eine staatliche, 15 Regionalinspektoren anvertraute, Fabrikinspektion ins Leben rief.

Der Klerus seinerseits konnte sich nicht genug tun in Schaffung von Wohltätigkeitsvereinen zur Unterstützung gleichermaßen wie zur Beherrschung der Arbeiter. Auf dem Kongreß von Nevers (September 1871) schlossen sich dieselben zur „Union des associations ouvrières catholiques de France“ zusammen, die Jahreskongresse „der Leiter und Protektoren“ der förderierten Vereine einrichtete, auf denen die Arbeiterklasse gar keine Rolle spielte. Gleichzeitig erstarkte die LE PLAYSche Schule. Dieser Theoretiker hatte 1856 die „Société d'économie sociale“ geschaffen. Anfänglich wenig zahlreich, gelangte sie unter dem Eindruck des Unglücks von 1871, das LE PLAY vorhergesagt hatte, zu großem Einfluß. Dem Verlangen seiner Schüler gemäß: er solle Vereine zur Verbreitung seiner Ideen und zur inneren Pazifikation schaffen, entstanden seit 1871 die „Unions de la paix sociale“ und wurden in den folgenden Jahren vollständig organisiert.

Um dieselbe Zeit betrat eine neue Gruppe, die bald die Aufmerksamkeit aller Katholiken auf sich ziehen sollte, die Bühne. Zwei adelige Offiziere, ALBERT DE MUN und LA TOUR DU PIN CHAMBLY, hatten als Kriegsgefangene im Jahre 1870 das oben erwähnte KELLERSche Buch studiert und sich vom Gedanken erfüllen lassen: die soziale Reorganisation müsse sich auf Grund der Religion und des Syllabus vollziehen. Sie hatten sodann an der Wiedereroberung von Paris teilgenommen, und die furchtbare Repression gegen die Kommune hatte in ihnen den Wunsch angeregt, an einem Werk mitzuarbeiten, das die Wiederkehr solcher Bürgerkriege verhindern könnte²⁾. Mit Hilfe eines an-

1) Vgl. Journal officiel v. 14. VIII. und 15.—26. XI. 1875. 2) DE MUN, Ma vocation sociale, Paris 1908, und Discours, 7 Bde., 1888—1904.

gesehenen Katholiken, MAURICE MAIGNON, der in dem Pariser Bezirk Montparnasse einen Verein katholischer Arbeiter gegründet hatte, traten sie in Verbindung mit Proletariern und beschlossen in der Weihnachtsnacht 1871 die Schaffung des „Oeuvre des cercles catholiques d'ouvriers“, das gleichzeitig eine soziale Doktrin ausbilden und die Aktionsorgane beistellen sollte. Die Doktrin war die des Syllabus: Verdammung des Liberalismus, Vorherrschaft der Kirche, Notwendigkeit der Kontrerevolution. Die Aktionsorgane sollten in allen großen Städten entstehen und sich je aus einem „Cercle“ und einem „Comité“ zusammensetzen, dieses aus Angehörigen der höheren Klassen, denen die leitende Rolle vorbehalten blieb, jener aus Lohnarbeitern, denen im Cercle billige Wohnung, Versammlungssäle, eine Bibliothek und eine Kapelle mit einem Geistlichen zur Verfügung stehen sollte. Sodann ging man zur Schaffung einer wirtschaftlichen Organisation, von gemischten Syndikaten aus Unternehmern und Arbeitern, über. Diese stellten sich als wahrhaftige Zünfte dar, hatten wie jene des Mittelalters religiösen Charakter und umfaßten Sonderorganisationen der Unternehmer und Arbeiter mit gemischten Kommissionen zur Behandlung gemeinsamer oder strittiger Fragen¹⁾.

In den Dienst dieser Ideen stellte DE MUN seine große Rednergabe. Allüberall in Frankreich predigte er sie vor Adel und hoher Bourgeoisie und versicherte, daß die politische und militärische Wiedererhebung nach der religiösen und sozialen nicht ausbleiben könne. Anfänglich schienen seine Bemühungen auch erfolgreich. Als 1876 die Zeitschrift „L'association catholique“ zur Verbreitung des „Oeuvre“-Programms geschaffen wurde, konnte sie auf die Bildung von 200 Arbeiterzirkeln und ebensoviel überwachenden Comités hinweisen.

Bemerkenswert ist die fast vollständige Einigkeit aller kath. Gruppen um 1871. Alle waren von der Wirksamkeit des gleichen Mittels sozialer Reform überzeugt, des Patronats, wenngleich die Meinungen über die Prinzipien und die tatsächliche Lage

1) Dieses Programm war bereits in der Fabrik des kathol. Industriellen LÉON HARMEL in Val-des-Bois (Marne) durchgeführt.

der Arbeiterklasse differenziert sein mochten. Die liberalen Katholiken in der Nationalversammlung waren optimistischer, die Anhänger des „Oeuvre“ verwarfen die klassische Nationalökonomie, diese und jene aber erwarteten alles Heil von der wohlthätigen Autorität der herrschenden Klassen. Zudem war in den Gründern des „Oeuvre“ die Erinnerung an die feudalen Traditionen ihrer Vorfahren lebendig. Ein damals unter den französischen Katholiken sehr angesehener belgischer Ökonomist, CHARLES PÉRIN, verfocht analoge Anschauungen. Die meisten glaubten auch, das Patronatsystem werde um so nachhaltiger wirken, wenn erst der allerchristlichste König, der Graf VON CHAMBORD, den Thron wieder bestiegen hätte.

Um 1880 aber traten unter den Häuptionern der „Union des cercles catholiques d'ouvriers“ neue Ideen hervor. Sie begannen die Notwendigkeit staatlicher Intervention einzusehen, und zwar in logischer Entwicklung ihres Systems. Ihr Verdammungsurteil über den Liberalismus in Politik und Moral mußte zuletzt auch das soziale Gebiet erfassen¹⁾. Hierzu gesellte sich der Einfluß ausländischer Katholiken, die seit langem sich auch mit dem staatlichen Schutz der Schwachen abgefunden hatten. KETTELERS Schriften fanden in Frankreich Verbreitung, und LA TOUR DU PIN sowie seine Freunde traten in persönliche Verbindung mit den bedeutendsten Führern des österreichischen Katholizismus KUEFSTEIN, BLOME und VOGELSANG. Besprechungen zwischen den beiden erstgenannten und LA TOUR DU PIN in Freiburg in der Schweiz zeitigten 1884 die „Union catholique d'études démocratiques et sociales“, die selbst die regelmäßigen Vorträge organisierte und durch den Kardinal MERMILLOD mit Rom in Verbindung stand²⁾. In den Vorträgen wurde die Notwendigkeit internationalen Arbeiterschutzes betont. Der in der Schweiz entstandene und dann von WILHELM II. ausgeführte

1) Im Vorwort der 1908 publizierten Sammlung seiner Artikel: *Vers un ordre social chrétien*, sagt LA TOUR DU PIN: „La rupture d'avec le libéralisme en religion, en économie, en politique, en est le fil conducteur du premier pas au dernier“.

2) Vgl. H. LORIN, *L'orientation sociale de la pensée catholique au 19^e siècle*. Conférence faite à la Semaine sociale de Rouen 1910.

Plan einer Internationalen Arbeiterschutzkonferenz bereitete der Encyclica „Rerum novarum“ zustimmende Aufnahme, die ihrerseits wieder eine bedeutsame Unterstützung war für diejenigen, die endgültig die Bezeichnung „Kath. Soziale“ angenommen hatten unter Zurückweisung des ihnen von ihren konservativen Gegnern beigelegten Namens „Chr. Sozialisten“.

Die Kath. Sozialen waren nun nicht mehr im „Oeuvre des cercles catholiques“ vereinigt, sondern zerfielen in verschiedene Gesellschaften und gaben mehrere Zeitschriften heraus, deren Leiter gemeinsame Konferenzen abhielten. 1877 nahm die „Réunion des revues catholiques d'économie sociale“ endgültig ein gemeinsames Programm an, welches die Reorganisation Frankreichs auf korporativer Grundlage als Ideal aufstellte. Frankreich soll danach in Berufssprengel zerfallen, in deren jedem die Regierung die Angehörigen der einzelnen Gewerbe registrieren wird, die sodann eine Berufskörperschaft bilden. Diese als Ganzes wird obligatorischen Normen unterworfen; in ihrem Schoße aber sind Syndikate zulässig, deren von ihnen ernannte Delegierte die Gesamtkorporation zu leiten und die Reglements zu entwerfen haben werden, welche dem Referendum aller Korporationsangehörigen und sodann der Bestätigung der Regierung zu unterbreiten sind, bevor sie in Kraft treten¹⁾. Bis zur Verwirklichung dieses Ideals aber wollten die Kath. Sozialen am Zustandekommen der seit einigen Jahren von der republikanischen Parlamentsmajorität ausgearbeiteten Arbeitergesetzgebung mitwirken. Und insbesondere war die 1902 unter dem Vorsitz von HENRI LORIN organisierte „Union d'études des catholiques sociaux“ bemüht, sämtlich Kath. zu bewegen, sich mit der Entwicklung der Arbeitersyndikate, den Gesetzen über die Arbeiterunfallhaftung und den übrigen von der Kammer votierten Maßnahmen abzufinden, unter denen namentlich die 1906 festgelegte Sonntagsruhe bei ihnen enthusiastische Zustimmung fand.

Inzwischen war eine neue kühnere Gruppe auf dem Plan erschienen: die „chr. Demokraten“. Wandten sich die Kath.

1) Dieses Programm findet sich an der Spitze jedes Bandes von „L'association catholique“ seit 1897.

Sozialen vorwiegend an die höheren Klassen, um sie zur Initiative auf dem Gebiet der notwendigen Sozialreform zu veranlassen, so kehrten die chr. Demokraten zu den Ideen LAMENNAIS' und MARETS zurück: sie wollten sich ans Volk wenden und die Allianz zwischen Kirche und Demokratie wieder herstellen. Von Priestern geführt, die aus dem niederen, dem Volke entstammenden niederen Klerus hervorgegangen waren, der oft unter der nützlichen, aber herrischen Protektion der katholischen Schloßbesitzer zu leiden hat, entwarfen sie zunächst ein Kampfprogramm, das LUEGERS und STOECKERS, und schrieben den von ÉDOUARD DRUMONT seit 1885 propagierten Antisemitismus auf ihre Fahne. Ihr positives Programm enthielt außer einer Reihe von Teilreformen die Forderung des Schutzes von Handwerk und Kleinhandel, vollständiger Syndikatsfreiheit und gemischter (aus Unternehmern und Arbeitern bestehender) Schiedskommissionen.

Die chr. Demokratie hatte ihre Tagesblätter, die oft in herben Angriffen auf die Missetaten des Kapitalismus mit den Sozialisten wetteiferten, darunter am kühnsten „Justice sociale“, vom Abbé NAUDET und „Vie catholique“, vom Abbé DABRY redigiert; ferner ihre Zeitschriften, wie die in Lille erscheinende „Democratie chrétienne“, die namentlich der Darstellung der Doktrin gewidmet waren; ihre Redner in der Kammer, zwei durch ihre Beredsamkeit populäre Priester, die Abbés GAYRAUD und LEMIRE, die trotz des Widerstandes der Royalisten gewählt wurden, jener in der Bretagne, dieser in Flandern; endlich Unterstützung von seiten der neuen großen Vereinigung „Le sillon“.

Schöpfer und Seele der letzteren war ein ehemaliger Artillerieoffizier, MARC SANGNIER, dem zufolge die Demokratie die für Frankreich beste Verfassung darstellt, wenn sie nur über eine sittliche Elite verfügte, die stets das allgemeine Interesse über die partikulären stellte. Diese Elite wird aber unter dem wohltätigen Einfluß der Religion erstehen, und dem „Sillon“ fällt die Aufgabe zu, die moralischen Kräfte des Katholizismus in den Dienst der französischen Demokratie zu stellen. Er rekrutierte sich vornehmlich aus der Jugend, war aber Kath. aller Klassen zugäng-

lich und nahm zuletzt auch Nicht.-Kath. auf, die am Werk sozialer Reorganisation mitarbeiten wollten ¹⁾).

Die chr. Demokratie verbreitete sich seit 1896, in welchem Jahre viele kath. Kongresse in ganz Frankreich stattfanden, mit reißender Schnelligkeit. Die kath. Sozialen warfen ihr vor, zu sehr die Rolle der herrschenden Klassen zu verkennen, und LA TOUR DU PIN betonte: er und seine Freunde wollten eine hierarchisch gegliederte Gesellschaft, während die chr. Demokraten einem egalitären Individualismus zustrebten ²⁾). Nichtsdestoweniger gingen die beiden Gruppen meist Hand in Hand, gemeinsam bemüht, die Trägheit ihrer Glaubensgenossen abzuschütteln. Sie fanden die Unterstützung einer großen, vom Philosophen FONSEGRIVE geleiteten weltlichen Revue, „La quinzaine“, und einer der bedeutendsten Theoretiker dieser Richtung, GEORGES GOYAU, der Historiker des deutschen Katholizismus, suchte die Einigkeit zu erhalten ³⁾). Auch Roms Sympathien standen, dank der Befürwortung durch den bereits genannten Industriellen LÉON HARMEL, der chr. Demokratie zur Seite, und wenn auch LEO XIII. in seiner Encyclica „Graves de communi“ von 1901 gewisse Übertreibungen der neuen Schule tadelte, so war er doch keineswegs auf ihren Untergang bedacht.

Seit 1903, unter PIUS X., haben jedoch die Dinge eine andere Wendung genommen. Nach der Verdammung des Modernismus hat sich der neue Papst auch gegen die chr. Demokratie gewendet. Nicht bloß ihre sozialen Gedanken schienen ihm verdamulich; ihre Anhänger hatten vielfach auch dem Modernismus sich zugewendet und im Augenblick der Trennung von Kirche und Staat beim Papst durch Schaffung von Kultusgenossenschaften eine Anpassung an das Gesetz von 1905 befürwortet. 1907 ver-

1) Vgl. über „Le sillon“ die gleichnamige Revue und das Tagblatt „L'éveil démocratique“. Die beste Zusammenfassung bei: MARC SANGNIER, *Le sillon, esprit et méthode*, 1905. Von gegnerischen Schriften seien erwähnt: Abbé EMMANUEL BARBIER, *Les idées du Sillon*, 1905, und *La décadence du Sillon*, 1908. 2) „L'assoc. cath.“, t. 68, S. 205 ff. 3) Vgl. G. GOYAU, *Autour du catholicisme social*, 4 Bde., Paris 1897 bis 1909, eine Sammlung von Artikeln des Verf., die das vollständigste Bild der Bewegung bieten.

schwand „La quinzaine“: ihre kath. Leser waren ihr abtrünnig geworden. Die kühne Lyoner kath. Revue „Demain“ stellte im selben Jahr freiwillig ihr Erscheinen ein. 1908 gingen die beiden chr. demokratischen Hauptblätter „Justice sociale“ und „Vie catholique“ ein unter dem Druck eines verdammdenden Dekrets des heiligen Stuhls. Was „Le sillon“ anbelangt, so sprachen sich mehrere Bischöfe gegen ihn aus und verboten das Lesen seiner Publikationen sowie die Teilnahme an seinen Kongressen, während andere ihn allerdings noch weiter verteidigten, bis Pius X. seine Verurteilung über ihn in einem Brief an die französischen Bischöfe vom 25. VIII. 1910 aussprach. Die Sillonisten, heißt es in demselben, kommen auf die revolutionäre Formel „Liberté, fraternité, égalité“ zurück und interpretieren sie in höchst verdammdlichem Sinn. Die Freiheit, wie sie sie auffassen, läßt keinen Raum für Autorität und Gehorsam; ihr Gleichheitsgedanke verführt sie zur Behauptung, die Demokratie sei die einzige gute Regierungsform; und während die Brüderlichkeit von der kath. Caritas untrennbar ist, dehnen sie sie auf Angehörige aller Klassen und Religionen aus. So habe denn auch der „Sillon“ seinen kath. Charakter durch die Aufnahme von Freidenkern und Häretikern verloren. Der Papst hob also den „Sillon“ auf. Gleichzeitig aber empfahl er den Bischöfen, ihr Interesse den sozialen Fragen zuzuwenden und in jeder Diözese einige Priester mit praktischen Studien über nützliche Maßregeln zu deren Lösung zu betrauen¹⁾.

IV.

Fragen wir nun nach dem gegenwärtigen Stande der kath. Bewegung, so stoßen wir, seitdem die chr. Demokraten zum Schweigen verurteilt worden sind, hauptsächlich auf zwei Richtungen: die konservativ- und die sozialkatholische.

1) Dieser Brief verbot den Sillonisten ihre nationale Assoziation, gestattete aber die Bildung von Diözesangruppen, wenn diese die bischöfliche Autorität anerkennen und sich als „Sillon catholique“ bezeichnen würden. Die Bildung solcher Gruppen hat auch begonnen. MARC SANGNIER hat die Leitung des von ihm 1910 in Paris gegründeten Tagblattes „Démocratie“ beibehalten, doch nehmen nun religiöse Fragen in demselben wenig Raum ein.

Jener ist gemeinsam das Mißtrauen gegen den Staat, das noch durch den politischen Charakter der französischen Republik gesteigert wird, die nach langen Kämpfen gegen den Klerikalismus die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt hat. Lange ist diese konservative Richtung innerhalb des hohen Klerus durch einen berühmten Prälaten, den Bischof von Angers, FREPPEL, verfochten worden. Seine Anhänger bildeten — bis in die jüngste Zeit herein — die Schule von Angers. Der gleiche Geist beseelt auch die „kath. Juristen“, die seit mehr als einem Menschenalter Jahreskongresse abhalten und die „Revue catholique des institutions et du droit“ herausgeben, die jüngst erst — unter Berufung auf das siebente Gebot — die Altersversicherung der Arbeiter als dem Naturrecht und dem absoluten Wesen des Privateigentums zuwider heftig angriff¹⁾. Die gleiche Tendenz vertritt innerhalb des Klerus P. FONTAINE S. J., der durch eifrige Bekämpfung des Modernismus in Philosophie und Theologie sich bekanntgemacht hat. Er hat hierdurch an der Entstehung der Encyclica „Pascendi“ mitgewirkt. Seither wendet er sich gegen den „soziologischen Modernismus“, u. a. auch des Präsidenten der „Semaines sociales“ und Führers der kath. Sozialen, HENRY LORIN, dessen Betonung der Rolle des Staates und der sozialen Gesetze ihm ebenso irrig, wie die Bedeutung der Familie und des überkommenen Eigentumsbegriffes zu gefährden scheinen²⁾.

Die regsamsten unter den kath. Konservativen sind nach wie vor die Schüler LE PLAYS, d. h. diejenigen, die dessen Ideen und Methoden zur Gänze treu geblieben und in der Pariser Société d'économie sociale sowie in den über die Provinz zerstreuten Unions de la paix sociale organisiert sind. Diese Vereine rekrutieren sich bloß aus den wohlhabenden Klassen, verfügen also über eine nur geringe Mitgliederzahl, deren große Mehrheit aber durch Reichtum, Grundbesitz und Untermehrstellung

1) Vgl. die Revue des instit. usw. vom August 1911. Der bedeutendste Vertreter dieser Richtung an den Hochschulen ist der Verfasser der „Histoire des doctrines économiques“ (3. Aufl., Paris 1909), JOSÉPHE RAMBAUD

2) FONTAINE, Le modernisme sociologique, Paris 1909.

hervorragend. Die Pariser Vereinigung hält regelmäßig Sitzungen ab, in denen häufig auch außenstehende Fachgelehrte über Gegenstände ihres Spezialstudiums zu Worte kommen. Sämtliche Mitglieder — in Paris und der Provinz — erhalten die tätige und gut informierte Zeitschrift „La réforme sociale“. Je im Mai findet in Paris eine Jahresversammlung statt, auf deren Tagesordnung ein mehrere Monate vorher bestimmtes Problem gestellt wird, dessen Behandlung durch Vorberichte vorbereitet wird und zu dem alle Teilnehmer das Wort ergreifen können; so wurden z. B. im Jahre 1910 die Verhältnisse des Mittelstandes erörtert, 1911 die Mittel, die Jugend zu erziehen und vor dem Laster zu beschützen. Ein „Comité de défense et de progrès social“ endlich veranstaltet mitunter propagandistische Vorträge. Trotz dieser Regsamkeit jedoch stößt die LE PLAYSche Schule auf so nachdrückliche Hemmungen von seiten der in Frankreich herrschenden Tendenzen, daß die Entmutigung ihrer Anhänger stetig wächst¹⁾. Zudem ist ihr Nachwuchs gering. Sie ist bemüht, sich mit den kath. Sozialen zu verhalten und auf die Annäherung an dieselben hinzuwirken. So gelangt LEPELLETIER auf Grund einer Vergleichung der Ideen von LE PLAY und LA TOUR DU PIN zum Schluß, daß zwischen ihnen kein anderer Unterschied bestehe, als daß LE PLAY sich in Abwehr befinde gegenüber dem heidnischen Staat, wie er heute existiert, während LA TOUR DU PIN an den chr. Staat appelliere, wie er vielleicht eines Tages existieren werde²⁾.

Nichtsdestoweniger hat die LE PLAYSche Schule nicht gezögert, mitunter den übermäßigen Interventionismus der jungen kath. Sozialen zu tadeln³⁾ und namentlich alle während der letzten

1) So schreibt der Professor am kath. Institut und Generalsekretär der „Société d'économie sociale“, LEPELLETIER: „Dans les correspondances échangées récemment avec un grand nombre de nos amis de province, nous avons été frappés de constater à quel point le découragement est profond parmi eux“ (La réf. soc. v. 16. II. 1911). 2) Vgl. LEPELLETIER ebenda v. 1. IV. 1911.

3) Vgl. z. B. die sehr lebhaft Kritik des durch seine Tätigkeit auf dem Gebiete des Volkskredits bekannten EUGÈNE ROSTAND gegen den „interventionisme instable“ mancher Redner während der Semaine sociale in Bordeaux, in „La ref. soc.“ v. 16. XI. 1909.

fünfzehn Jahre verabschiedeten Arbeiterschutzgesetze zu bekämpfen. So anerkennt sie zwar, daß das Gesetz von 1898 über die Arbeiterunfälle sich eingelebt hat, wird aber nicht müde, zu betonen, daß es die Arbeiter zu Lüge und dazu verleite, Unfälle zu simulieren¹⁾; nicht minder sorgfältig verzeichnet sie alle Konflikte aus der Anwendung des Gesetzes von 1910 über Altersversorgung und aus dem Widerstand der Arbeiter gegen ihre Beitragspflicht; die namentlich seit 1910 in Erscheinung getretene Teuerung endlich führt sie auf die durch diese Gesetze verursachte Steigerung der Produktionskosten zurück und ist bestrebt, so neuen Maßregeln zum Schutz der Arbeiter vorzubeugen. Gegen das Projekt einer Beseitigung der Nacharbeit in den Bäckereien wird geltendgemacht: sie werde die Qualität des Brotes schädigen²⁾; wird von der Notwendigkeit einer Abhilfe gesprochen gegen die Hungerlöhne der durch das sweating system ausgebeuteten Heimarbeiter, so heißt es: für die letzteren sei es unter allen Umständen besser, im eigenen Heim zu arbeiten, als es um der gesetzlich überwachten Fabrik willen zu verlassen³⁾. Nichts fürchtet nämlich die LE PLAYSche Schule mehr als die industrielle und landwirtschaftliche Konzentration, da diese die Patronage und das Familienleben erschwere. Ebendeshalb hat sie auch freudigst das Heimstättengesetz vom 12. VII. 1909 begrüßt, welches nach amerikanischem Muster die Unangreifbarkeit der Familienheimstätte festlegt⁴⁾.

Neben der durch „La réforme sociale“ vertretenen Schule geht die dissidierende einher, welche „La science sociale“ herausgibt, in der sorgfältig vorbereitete und gut geschriebene Monographien erscheinen. Ihre Führer, HENRI DE TOURVILLE, EDMOND DEMOLINS und PAUL DE ROUSIERS stehen zwar unter

1) Vgl. ebenda v. 16. IV. u. 1. V. 1910. 2) Ebenda v. 1. X. 1910. — Der Pariser Erzbischof und andere Prälaten sind dagegen öffentlich für diese Reform eingetreten. 3) Ebenda v. 16. IV. 1910. 4) Am stärksten von LE PLAYSchen Ideen beeinflusst sind die Patronatsorganisationen mit religiösem Charakter, welche die kath. Industriellen in den Departements Nord und Pas de Calais ins Leben gerufen haben. Es gab ihrer mehr als 31, jüngst aber sind zwei Sondergruppen in den beiden Departements gebildet worden.

LE PLAYS Einfluß, haben aber dessen Methode verbessert und sind zu praktischen Schlußfolgerungen gelangt, die weit weniger in Widerspruch stehen mit den herrschenden sozialen Tendenzen. Im Patronat sehen sie keineswegs ein Allheilmittel, und DEMOLINS hat sogar aufgezeigt, daß der jede freie Bewegung hemmende und quälerische „Paternalismus“ gewisser Großindustrieller ebenso schädlich sei wie der gesetzgeberische, da er ohne dauernden ökonomischen Nutzen die Arbeiter bloß erbittere¹⁾. Gleichermassen anerkennen sie unter Hinweis auf die industrielle Konzentration die Existenzberechtigung und Notwendigkeit der Gewerkschaften²⁾; und BUREAU hat die Vorteile des Kollektivvertrages hervorgehoben, wenngleich er den meisten französischen Arbeitern noch die Fähigkeit abspricht, ihn mit Vorteil auszunützen³⁾. Kurz, die Gruppe der „Science sociale“ ist vom konservativen Katholizismus ausgegangen und beim sozialen angelangt.

Die kath. Sozialen sind in Frankreich vielleicht weniger zahlreich als die Konservativen, erscheinen aber gegenwärtig als die tätigeren. Die Verurteilung der chr. Demokratie durch Pius X. hat ihre Bedeutung gesteigert. Indem sie die Unterschiede zwischen ihnen und der aufgelösten Gruppe aufzeigten, haben sie jeden Zweifel an ihrer Orthodoxie zerstreut und alle an sich gezogen, die bisher zweifelnd zwischen beiden Schulen standen. Ihre Theorien werden seit acht Jahren in den „Semaines sociales“ formuliert, die von den ehemaligen Schöpfern der Union d'études des catholiques sociaux veranstaltet werden. Die „sociale Woche“ ist eine Art von Unterrichtskongreß, der jährlich durch 5—6 aufeinanderfolgende Tage stattfindet. Den Teilnehmern werden einige theoretische Vorträge, ferner Schilderungen tatsächlicher Zustände sowie im allgemeinen für das große Publikum bestimmte Vorlesungen geboten. Aus propagandistischen Rücksichten werden diese Versammlungen abwechselnd in verschiedenen Teilen Frank-

1) In gleichem Sinne äußerte sich auch PAUL BUREAU („Quinzaine“ v. 1. IV. 1902) anlässlich des Streiks in Montceau-les-Mines. 2) Vgl. das wissenschaftlich-objektive Buch von OLPHE-GAILLARD, L'organisation des classes ouvrières, Paris 1911. 3) Vgl. P. BUREAU, Le contrat de travail, 1902, und in „La ref. soc.“ v. 16. IV. u. 1. V. 1911.

reichs abgehalten — 1904 in Lyon, 1905 in Orléans, 1906 in Dijon, 1907 in Amiens, 1908 in Marseille, 1909 in Bordeaux, 1910 in Rouen, 1911 in Saint-Étienne — und ihnen nebst dem päpstlichen Segen auch die Zustimmung des Bischofs gesichert, in dessen Sprengel sie stattfinden ¹⁾).

Alle Theoretiker auf diesen Kongressen suchen zu erweisen, daß die Gesellschaftswissenschaft von der Religion beherrscht sein müsse. So stellt z. B. der Präsident der „Semaines sociales“, HENRY LORIN ²⁾), die beiden großen sozialen Dokumente des 19. Jahrhunderts, den Code civil und die Encyclica „Rerum novarum“, einander gegenüber. Jener beruhe auf der absoluten Vertragsfreiheit und liefere die Lohnarbeiter der Willkür der wirtschaftlich stärkeren Unternehmer aus; diese dagegen stelle fest, daß auch Parteivereinbarungen unbillig sein können, wenn sie die höheren, von Gott gegebenen Gerechtigkeitsprinzipien verletzen. Jeder Tausch, mag er sich nun auf Sachgüter oder Dienstleistungen beziehen — führt wieder der Abbé DESBUQUOIS aus ³⁾ —, muß der Gerechtigkeit entsprechen. Daß freier Wettbewerb Platz gegriffen habe und ein Vertrag zustande gekommen sei, genüge hierzu nicht. Es müsse auch beiderseits das pretium justum sein, d. h. konform dem Naturrecht, dem göttlichen Willen.

Ob man die Vorträge der „Semaines sociales“ liest oder die großen Revuen dieser Schule: „La Chronique sociale de France“ oder „Le mouvement social“, stets begegnet man den

1) Die Berichte über diese Versammlungen sind in Buchform erschienen. Auf der Tagesordnung derjenigen von Rouen (1910) standen beispielsweise folgende Punkte: I. Problèmes sociaux de l'heure présente. La fonction sociale des pouvoirs publics. L'impôt. Le problème de la population. L'injustice usuaire vis-à-vis du droit moderne. La lutte contre le chômage. Le travail de l'homme et le travail de la femme. Le travail de nuit des enfants. Le minimum de salaire dans le travail à domicile. Syndicats ou associations. — II. Les lois sociales. — III. Les institutions sociales: syndicats féminins, associations agricoles. — IV. Education sociale: education dans la famille; formation de l'élite ouvrière. — V. Conférences générales. 2) Vgl. LORINS Vortrag auf der Semaine sociale von Rouen 1910. 3) Ebenda von Saint-Étienne 1911. Die beste Gesamtdarstellung des soz. Katholizismus bietet: P. ANTOINE S. J., Cours d'économie sociale, 3. Aufl., 1905.

beiden grundlegenden Gedanken: Notwendigkeit gesetzgeberischer Intervention und der Berufsorganisation. Sie billigen die Arbeiterschutzgesetze, auch wenn eine Regierung sie schafft, der sie mißtrauen und die ihnen antipathisch ist, wie die der Republik; mehrfach haben sie von der Agitation gegen die Altersversicherung von 1910 abgemahnt¹⁾; vielfach sind sie zu einem gesetzlichen Lohnminimum bereit, um dem Elend der Heimarbeiter abzuhelpfen²⁾; sie bestreiten, daß die Teuerung durch die Sozialgesetzgebung verursacht sei³⁾; sie stimmen endlich den Studien in der Richtung der Schaffung internationalen Arbeiterschutzes zu. Ein Hauptvertreter des Interventionismus, der Professor RAOUL JAY, hat an den Konferenzen der Internationalen Gesellschaft für gesetzlichen Arbeiterschutz tätigen Anteil genommen, und einer der Führer der kath. Bewegung hat erklärt: man könne ebenso wohl eine soziale Christenheit sich vorstellen, wie es im 13. Jahrhundert eine politische gegeben habe⁴⁾. Nach der Auffassung der kath. Sozialen hat diese Christenheit auf einer starken Berufsorganisation sich aufzubauen. Die chr. Korporation ist ihr Zukunftsideal, und ihr freundliches Urteil über die Gewerkvereine, die Korporativgenossenschaften und den Kollektivvertrag erklärt sich durch die Hoffnung, mit ihrer Hilfe die Basis zur künftigen, vom revolutionären Individualismus geheilten Gesellschaft zu gewinnen⁵⁾.

Der Propaganda der kath. sozialen Theorien dient zur Zeit nachdrücklich die in Reims von zwei Abbés begründete Gesellschaft „L'action populaire“⁶⁾, in deren Besitz auch das 1876

1) „Gardons nous cette fois — schreibt A. DE MUN im *Écho de Paris* v. 16. V. 1911 — de la faute commise en 1884, quand nous avons, par d'aveugles répugnances, compromis le mouvement syndical en l'abandonnant ou en l'entravant.“

2) Vgl. Abbé MÉNY, *Le travail à domicile*, Paris 1910.

3) Vgl. ZAMANSKY in „*Le mouvement social*“ v. Okt. 1910. Nach den Parlamentswahlen von 1910 hat Z. (ebenda Juli 1910) den kath. sozialen Deputierten empfohlen, nicht in der konserv. Rechten aufzugehen, sondern eine Sondergruppe nach Muster der belgischen „Jungen Rechten“ (*Jeune droite*) und der österreichischen *Lueger-Partei* zu bilden.

4) Vgl. die Rede von BAZIRE, ebenda Juni 1911.

5) Vgl. DUTILLOIT, *Vers l'organisation professionnelle*, Paris 1910.

6) Nicht zu verwechseln mit dem großen, von den Kath. gegründeten politischen und Wahlverein „*L'action libérale populaire*“.

geschaffene ehemalige Organ des „Oeuvre des cercles“, „L'Association catholique“, übergegangen ist. Es heißt seit 1909 „Le mouvement social“ und bringt auch zahlreiche Mitteilungen aus fremden Ländern, seit dem Juli 1910 sogar auch Artikel nichtfranzösischer Autoren in der Originalsprache. Außerdem veröffentlicht „L'action populaire“ jährlich einen „Guide social“, in dem die Aktionsergebnisse des abgelaufenen Jahres zusammengefaßt werden, schließlich auch — sonstiger Publikationen zu geschweigen — zahlreiche Flugschriften zur Popularisierung wichtiger Probleme und deren kath. sozialer Lösungen. Der von ihr 1911 in Paris veranstaltete Kongreß ist stark besucht gewesen¹⁾.

Auch das so viel ältere „Oeuvre des cercles catholiques“ besteht, hält Jahreskongresse ab und genießt noch, dank der Person seines Gründers DE MUN, Ansehen. Zählt es aber auch Anhänger in den gebildeten Klassen, so sind doch seine Bemühungen, auch in die arbeitende zu dringen, vollständig gescheitert. Viel lebendiger dagegen ist die „A(ssociation) C(atholique) de la J(eunesse) f(rançaise)“, die sich 1886 von ihr abgezweigt hat und autonom geworden ist. Lange vornehmlich politisch gerichtet und zur Bekämpfung der linken Parteien bestimmt, hat sie sich seit 1903 sozialen Fragen zugewendet. Auf jedem ihrer Jahreskongresse werden solche — z. B. die Gegenseitigkeit, Gewerkschaften, Arbeit von Jugendlichen — theoretisch und praktisch diskutiert. Auf der Tagesordnung desjenigen von 1912 steht die Altersversicherung. Daneben befaßt sich die A. C. J. F. mit der Schaffung: auf dem flachen Lande von Syndikaten, Gegenseitigkeitsvereinen, Darlehenskassen, Versicherungsgesellschaften gegen Viehfall; in den Städten von Arbeiterkreditgenossenschaften, billigen Wohnungen, Angestellten-Syndikaten. Sie zählt daher in ihren Reihen nicht nur Adelige und Bürgerliche, sondern auch junge Bauern und Arbeiter. Gleich wie die

1) Auf demselben hat der Direktor der „Action populaire“, Abbé DESBUQUOIS, folgende programmatische Erklärung abgegeben: „Nous travaillerons, suivant les principes de l'Église, à l'éducation des masses laborieuses, à l'organisation de la profession; bref, pour notre modeste part, à la restauration de l'ordre social chrétien“ („La réf. soc.“ v. 16. V. 1911).

Verdammung der chr. Demokraten den kath. Sozialen, hat die Zerstörung des „Sillon“ der A. C. J. F. Anhänger zugeführt. Diese hat denn auch auf dem Pariser Kongreß von 1911 ihren 25jährigen Bestand mit Glanz gefeiert; und ein junger Adelige, der sich in der Bewegung betätigt, hat 1909 erklärt: er und seine Genossen wollten sich nicht wie ihre Väter seitab vom nationalen Leben halten, sondern durch Beteiligung an demselben und Verdienste um das Volk dessen eisige Feindseligkeit überwinden¹⁾.

Fragen wir nun, in welchem Maße die kath. soziale Bewegung die Volksmassen erfaßt hat, so läßt sich schwer präzis antworten. Ihre bedeutendsten Erfolge sind auf dem Lande erzielt worden. Sie haben daselbst landwirtschaftliche Syndikate ins Leben gerufen, die seit dreißig Jahren ständig wachsen und die Mehrheit der Kleingütler umfassen, die einen beträchtlichen Teil der bäuerlichen Bevölkerung ausmachen. An der Spitze dieser Syndikate stehen sehr häufig Großgrundbesitzer, die zumeist kath. gesinnt sind. Die Syndikate sind wieder zu großen Verbänden zusammengeschlossen, wie die „Société des agriculteurs de France“, die aus 1600 Syndikaten mit 600 000 Mitgliedern besteht. Diese Federationen werden regelmäßig von kath. Gesinnten geleitet, und Konservative wie Soziale sind darin einig, die Großgrundbesitzer zu tätiger Mitwirkung anzueifern. Am 1. I. 1910 zählte man im ganzen 4948 landwirtschaftliche Syndikate mit 813 038 Mitgliedern²⁾, doch ist es unmöglich, zu sagen, wie viel darunter kath. sind.

Außerdem spielen die Kreditgenossenschaften eine Rolle, gewöhnlich Raiffeisen-Kassen. Der Schüler LE PLAYS, EUGÈNE ROSTAND, hat sie 1889 im „Centre fédératif de France“ vereinigt. Als liberaler Katholik wollte er sie allgemein zugänglich wissen. Von anderer Seite aber wünschte man rein kath. Vereine. So gründete denn LOUIS DURAND einen zweiten

1) Vgl. LOUIS DE CLERMONT-TONNERRE, Pourquoi nous sommes sociaux, in „Le correspondant“ v. 25. XI. 1909. — Das regelmäßige Organ der A. C. J. F. ist gegenwärtig „La Vie nouvelle“. Die Regionalsektionen verfügen meist über ein Wochenblatt oder Bulletin. 2) Vgl. Bulletin de l'Office du travail v. Nov. 1910.

Verband: „Union des caisses rurales“. Die demselben angegliederten Kassen nehmen nur Kath. auf und sind in vielen Dörfern von den Pfarrern eingerichtet worden. Solcher Kassen gab es 1909: 657 mit 25 078 Mitgliedern und einer Kassenbewegung von 17 891 907 Frs. Am 1. I. 1910 betrug die Gesamtzahl der kath. Darlehenskassen 800¹⁾.

Diese und viele andere, namentlich korporative, Genossenschaften zeigen, daß die Kath. auf dem flachen Lande eine beachtenswerte Rolle gespielt haben. Dagegen ist es ihnen im allgemeinen nicht gelungen, auch auf die Tagelöhner und ländlichen Arbeiter Einfluß zu gewinnen. Auch würde man irren, wollte man annehmen, daß der kath. Geist auch nur in den von ihnen gebildeten landwirtschaftlichen Genossenschaften dominiere. Mehr als einmal haben zwar die Bauern nützlichen Rat von Großgrundbesitzern oder Gruppen der A. C. J. F. angenommen, nicht aber auch den Geist und die Überzeugungen, die diesen Rat diktierten.

Weit geringer sind die Erfolge der Kath. in den Städten. Ich lasse ihre — zahlreichen — charitativen Einrichtungen beiseite. Die aber sozialen Gepräges sind und an die Initiative der Massen appellieren, sind — verglichen mit den Gewerkschaften radikaler oder sozialistischer Tendenz — sehr schwach. Immerhin aber sind auch in einigen Städten, dank den Bemühungen eines Pfarrers oder einer besonders eifrigen Gruppe, Resultate erzielt worden. So besitzt z. B. eines der ärmsten und volkreichsten Pariser Viertel, das Quartier de Plaisance, mehrere wichtige Gründungen des Pfarrers SOULANGE-BODIN. In der Handlungsgehilfenklasse, die zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft steht, zählt der Katholizismus viele Anhänger, und unter allen kath. Syndikaten ist heute das blühendste das „Syndicat des employés du commerce et de l'industrie“ in Paris mit fast 60 000 Mitgliedern²⁾. Die kath. Arbeitersyndikate hingegen sind im ganzen wenig zahlreich. Die Mitgliederziffer festzustellen, ist schwer. Denn viele kath. Gruppen vermeiden es, ihren kath. Charakter

1) Vgl. L. DURAND im „Bulletin de l'Off. d. trav.“ v. Jan. 1911.

2) Vgl. über die wichtigsten kath. Syndikate: „L'assoc. cath.“ von 1908.

zu proklamieren. Ein mit den Verhältnissen vertrauter Mann nimmt für 1911 bloß 12 000 „chr. Gewerkvereiner“ an¹⁾).

Soll man diesen auch die Mitglieder der „gelben Syndikate“ zuzählen, die, seit 1903 entstanden, von Anbeginn sich den „roten“ feindlich entgegenstellten? Ihr Begründer PIERRE BIÉTRY erklärt sie für religiös-neutral. Tatsächlich aber sind sie häufig von den Kath., namentlich von den konservativen, gelobt und ermutigt worden. Die kath. Sozialen haben ihnen gegenüber Bedenken gezeigt: sie billigen zwar ihren Kampf gegen den revolutionären Sozialismus, mißtrauen aber dem Zwiespalt, den sie in die gewerkschaftliche Bewegung gebracht haben²⁾. Die gelben Gewerkschaften, deren genaue Stärke zu erfassen übrigens unmöglich ist, erscheinen so zwar als Verbündete der kath. Bewegung, gehen aber nicht vollständig in ihr auf.

Die Propaganda des sozialen Katholizismus in den Städten erfolgt gegenwärtig durch die „sozialen Sekretariate“ (*Secretariats sociaux*), die — nach ausländischem Muster — in einigen großen Städten geschaffen wurden, um den Arbeitern mit Rat an die Hand zu gehen, sobald es sich um Vereinsgründungen, juristische Fragen, Bibliothekswesen handelt. Einige derselben haben wirtschaftliche Aufgaben in die Hand genommen, so in Paris im März 1910 nach den Seine-Überschwemmungen die Gründung einer Volkskreditkasse. Ihr Hauptzweck aber bleibt ein propagandistischer. Sie erreichen ihn vornehmlich durch „soziale Tage“ (*journées sociales*), auf denen nach dem Vorbild der „sozialen Wochen“ Vorträge und Diskussionen stattfinden.

Zur Gewinnung nicht nur der bereits wahlberechtigten, sondern auch der noch nicht wahlfähigen Jugend können sich die Kath. der überall in Frankreich ins Leben gerufenen „Studienzirkel“

1) „La réf. soc.“ v. 1. u. 16. IX. 1911, S. 315. — Auch der Anteil der Kath. an den gemischten Syndikaten — deren es am 1. I. 1910 184 mit 38 005 Mitgliedern gab — ist nicht zu fixieren. Erwähnt sei schließlich, um eine richtige Vorstellung von dem Verhältnis zu geben, daß die für denselben Tag amtlich erhobene Zahl der Arbeitergewerkschaften 977 350 betragen hat. Vgl. *Bulletin de l'Off. d. trav.* v. Nov. 1910. 2) Vgl. „L'associat. cath.“ v. 1908, S. 429 und PAWLOWSKY, *Les syndicats jeunes*, Paris 1911.

(Cercles d'études) bedienen, in denen soziale Fragen dargelegt und diskutiert werden. Der Präsident der „Commission des cercles d'études de l'Union des associations ouvrières catholiques“, HENRY DE FRANCE, hat gezeigt, daß dieselben häufig versagen mangels tüchtiger Leiter, die die praktischen Probleme beherrschen und allen in den Debatten vorkommenden Einwendungen gewachsen sind¹⁾.

In allen geschilderten kath. Bestrebungen fällt natürlich dem Klerus eine große Rolle zu. Vielfach hatten sie sogar in den ökonomischen Gründungen Funktionen übernommen, die eine finanzielle Verantwortlichkeit in sich schlossen, bis der Heil. Stuhl es ihnen mit Dekret vom 18. XII. 1910 untersagte. Das hindert sie aber nicht, die Gründer solcher sozialer Werke zu inspirieren und zu leiten. Natürlich bedürfen sie, sollen sie es mit Nutzen tun können, einer Vorbereitung schon vom Priesterseminar ab, und die Bischöfe haben daher in den meisten großen Seminaren eine „Conférence d'œuvres“ eingerichtet, in denen die künftigen Priester lernen, wie man bei der Gründung von Syndikaten, ländlichen Darlehenskassen usw. vorzugehen hat. Nicht genug daran aber haben viele kath. Soziale gefordert: es solle in den Seminaren auch Sozialwirtschaftslehre vorgetragen werden. Sie begründen dies damit, daß man zur Gewinnung eines Volkes, welches sich immer mehr von der Religion abwendet, es verstehen müsse, ihm davon zu sprechen, was es interessiert, neben dieser opportunistischen, aber auch mit der prinzipiellen Erwägung, daß die Kirche, betraut mit der Morallehre, auch die chr. Grundsätze verbreiten müsse, welche die Gesellschaft beherrschen. In einigen Diözesen ist denn auch diesem Wunsche Rechnung getragen worden. Wie aber der von der „Alliance des grands séminaires“ im Juli 1911 veranstaltete Kongreß gezeigt hat, ist die ganze Frage noch recht ungeklärt²⁾.

Noch ein anderes, viel schwierigeres Problem wird seit Jahren unter den Kath. lebhaft diskutiert. Sollen die von den letzteren geschaffenen Institutionen jedem offenstehen oder streng konfes-

1) „La réf. soc.“ v. 1. u. 16. IX. 1911. 2) Vgl. CALIPPE, La formation sociale des séminaristes, in „Revue du clergé français“ v. 15. XI. 1911.

sionell sein? Wir haben gesehen, wie diese Frage in bezug auf die Volkskreditvereine aufgeworfen wurde. Sie ist aber auch für alle anderen Bildungen ökonomischen Charakters zu beantworten. Die Kath., sagen die einen, sollen gemeinnützige Arbeit verrichten, mit ihrer Sachkunde finanziell neutrale Assoziationen unterstützen und so populär werden; sie werden so feindselige Vorurteile zerstreuen, erst den Katholizismus lieben lehren und dann zu ihm hinüberziehen. Handelten sie so, sagen andere, so würden sie nur zu oft von Vereinen zum Narren gehalten werden, die direkt religionsfeindlich oder wenigstens religiös indifferent sind; sie müßten daher allzeit und überall Kath. sein und nicht vor den Volksklassen, an die sie sich wenden, ihre Fahne verstecken. Diese Debatte zwischen liberalen und intransigenten Kath. ist auf dem Kongreß der „Action populaire“ von 1911 wieder aufgenommen worden. Es wurde in ihr zwischen Berufsorganisationen unterschieden, die, wie die Patronage, kath. Prägung tragen müßten, und anderen, bei denen dies nicht notwendig sei, wie bei Gewerkschaften. Die intransigente Richtung gewinnt jedoch stetigen Boden, und zwar um so mehr, als sie sich der Unterstützung Pius' X. erfreut, der mit gewohnter Klarheit gefordert hat, Kath. sollten sich nur untereinander assoziieren. Auch viele Bischöfe haben sich in diesem Sinne ausgesprochen¹⁾. Und insbesondere werden die kath. Arbeiter gewarnt, nur mit großer Vorsicht in revolutionäre und sozialistische Gesellschaften einzudringen.

Dennoch existieren noch neutrale Gebilde, die zwar kath. sozial inspiriert, dabei aber jedermann zugänglich sind. Unter ihnen ist die Pariser „soziale Käuferliga“ (Ligue sociale d'acheteurs) zu nennen, die nach dem Vorbild mehrerer Städte in den Vereinigten Staaten sich hauptsächlich an die wohlhabenden Klassen wendet. Sie will die Käufer, insbesondere die Damen, dafür gewinnen, nur dort einzukaufen, wo die Angestellten gut behandelt

1) Vgl. hierüber die sehr ausführlichen Abhandlungen von CRÉTINON in „Chronique sociale de France“ v. Dez. 1910, Jan. und Febr. 1911; für die Neutralität spricht sich aus: P. LUDOVIC in „Etudes franciscaines“ v. 1900, t. III/IV; für die Konfessionalität: DESBUQUOIS in „Le mouvement social“ v. Jan. 1910 und LOUIS DURAND, *L'esprit des œuvres sociales*, Paris 1910.

und die Arbeiterschutzgesetze, namentlich die Sonntagsruhe, voll eingehalten werden. Diese Liga hat an dem Genfer Internationalen Kongreß der Käuferligen von 1908 tätigen Anteil genommen¹⁾.

Die kath. soziale Bewegung in Frankreich ist seit zwei Jahrzehnten sehr lebhaft gewesen. Sie hat viele interessante Bestrebungen gezeitigt und viele treue Vertreter gefunden. Auch wäre es ungerecht, sie als ganz unfruchtbar zu bezeichnen. Allein ihre Ergebnisse sind unbedeutend geblieben. Erstens, weil die Kath. stets die sozialen den politischen Fragen untergeordnet haben, sodann, weil es ihnen bisher nicht gelungen ist, tiefer in die Massen zu dringen. Wohl hat die ländliche Bevölkerung mannigfach die von Kath. inaugurierte Syndikatsbewegung ausgenutzt, der Führung derselben aber hat sie sich nicht unterstellt. Die Arbeiter wieder sind in ihrem Großteil ihnen feindselig geblieben. Jedenfalls hält das Wirken der kath. Sozialen in Frankreich in seinen Resultaten noch keinen Vergleich aus mit dem in Belgien, Deutschland und Österreich.

V.²⁾

Wie die Katholiken, so sind auch die Protestanten lange der Beschäftigung mit sozialen Problemen fremd geblieben, denn sie waren erst durch die Wiederherstellung ihrer kaum der Verfolgung entronnenen Kirchen in Anspruch genommen und sodann durch die Kämpfe zwischen Orthodoxen und Liberalen.

Der Vorläufer des sozialen Protestantismus war der elsässische Pastor OBERLIN († 1825)³⁾, der von seinem verlorenen Vogesenwinkel Ban de la Roche aus die halbwilden Bauern zu evange-

1) Vgl. MAURICE DESLANDRES, *L'acheteur*, 1911. 2) Vgl. zum folgenden: DUCROS, *Le mouvement social actuel dans le protestantisme français*, Paris 1901; COLLARD, *Le mouvement social dans le protestantisme français*, Dijon 1909; hauptsächlich aber die 1887 begründete „*Revue de théologie pratique*“, die später „*Rev. du christianisme prat.*“ hieß und jetzt den Titel „*Le christianisme social*“ trägt. Demokratischeren Charakter hat die Zeitschrift „*L'avant-garde*“. 3) Vgl. PARISSOT, *Oberlin*, Paris 1905.

lisieren, sich mit ihrem Wohl und Wehe zu befassen und sie aus Unwissenheit und Elend zu ziehen verstand. Außerdem fanden sich im Elsaß wie in Frankreich einige auf die Verbesserung des Loses ihrer Arbeiter bedachte Industrielle, darunter ein Schüler OBERLINS, DANIEL LEGRAND, der seit 1841 den Gedanken internationalen Arbeiterschutzes verfocht¹⁾. Die Mühlhausener Fabrikanten schufen gegen 1835 die von allen Philanthropen bewunderten Arbeiterhäuser²⁾, ein schönes Beispiel jenes von LE PLAY gepredigten Patronats. Gehörten ja auch mehrere prot. Industrielle dessen Schule an, da er sich nicht bloß an kath., sondern an Christen im allgemeinen wendete. Nach 1870 trat ein — ebenfalls elsässischer — Pastor auf, C. FALLOT, der sich für die Verbesserung des Loses der Massen begeisterte. Anfänglich Sozialist, suchte er sodann die prot. Kirchen für die neuen Probleme zu interessieren³⁾, um endlich, entmutigt durch seinen Mißerfolg und angeekelt von der Theorie, sich den Bauern eines Dorfes im Departement de la Drôme zu widmen, die er in günstigster Weise beeinflusste, so daß er ebenso endete wie OBERLIN.

Indessen begriffen einige Pastoren um 1880 die Notwendigkeit, die Augen ihrer Glaubensgenossen auf die sozialen Fragen zu lenken; und auf der andern Seite förderten einige Laien, darunter besonders DE BOYNE in Nîmes und der bekannte Rechtslehrer CHARLES GIDE, die Konsumvereine in der Hoffnung auf eine Versöhnung der Klassen. 1887 vereinigten sich diese und jene in der „Association protestante pour l'étude des questions sociales“, die seit 1888 regelmäßig Jahreskongresse abhält. Man befaßt sich auf denselben vornehmlich mit Theorie und Propaganda, während die praktische Tätigkeit dem freien

1) Vgl. KRAWTCHENKO, Un précurseur du droit international ouvrier, Daniel Legrand, in „Revue générale de droit internat. public“, 1910. 2) H. HERKNER, Die oberelsässische Baumwollindustrie, Straßburg 1887. 3) Er schrieb damals: „Eût-on réussi à démontrer la fausseté de toutes les mesures économiques prônées par les socialistes, que le socialisme lui-même resterait intact.“ Seine bedeutendsten Schriften sind gesammelt in „Christianisme social“ von FALLOT, Paris 1911.

Ermessen der Individuen und Gruppen überlassen bleibt¹⁾. Der Großteil ihrer Mitglieder verwirft gleichermaßen ökonomischen Liberalismus wie Sozialismus und erblickt in der Kooperation das Mittel zu wohlthätiger sozialer Umgestaltung. Gleichzeitig beteiligten sich die prot. Sozialen — Laien wie Pastoren — lebhaft an der Propaganda gegen Alkoholismus und Pornographie. 1899 schufen die in der „Conférence fraternelle“ in Lyon vereinigten Vertreter der prot. Kirchen eine „Commission d'action protestante évangélique sur le terrain moral et social“, die sodann auf der prot. Generalversammlung zu Nîmes 1909 erneuert worden ist, aber keine große Tätigkeit entfaltet hat.

All das erschien jedoch einigen Pastoren unzureichend. Sie wünschten eine praktische und wahrhaft demokratische Aktion. Die eifrigsten unter ihnen lebten in großen Industriestädten und kannten aus eigener Anschauung das moralische und physische Elend der Arbeiter. So versuchten denn WILFRED MONOD in Rouen, COMTE in Saint-Étienne, GOUNELLE in Roubaix u. a. die Trägheit ihrer Glaubensgenossen aufzurütteln. Diese Chr.-Sozialen beschlossen nach einigen Vorkonferenzen die Einberufung eines Kongresses nach Besançon durch die „Association protestante pour l'étude des questions sociales“. Derselbe fand am 10. VI. 1910 statt und zugleich während desselben eine „Journée chrétienne-sociale internationale“, an der neben französischen auch zahlreiche Delegierte aus der Schweiz und einige aus anderen Ländern teilnahmen. Man einigte sich daselbst auf eine programmatische Erklärung, die unter anderem prinzipiell anerkannte: die Staatsintervention, die Nützlichkeit der Kooperation sowie der Vergesellschaftung gewisser Werte, die Legitimität des Gewerkschaftswesens, die Ablehnung von Gewalt, die Notwendigkeit internationaler Schiedsgerichte. Gleichzeitig beschloß man die Bildung nationaler Gruppen einer neuen Gesellschaft, die nicht mehr bloß mit Studien sich befassen, sondern zur Tat übergehen sollte. Die französische Gruppe sollte den Namen tragen: „Union

1) Die Kongreßberichte liegen in Buchform vor.

française des chrétiens sociaux“. Sie hat sich auf dem Kongreß von Saint-Quentin im Juni 1911 endgültig unter der Bezeichnung „Action chrétienne sociale“ konstituiert, hat Statuten ausgearbeitet und einen Nationalrat mit CHARLES GIDE als Präsidenten und GOUNELLE als Generalsekretär gewählt.

Die von prot. Sozialen seit einigen Jahren geschaffenen hauptsächlichlichen Organisationen sind die „Brüderschaften“ (Fraternités, Solidarités), Häuser, vornehmlich in großen Städten, die, in erster Linie zur sittlichen und religiösen Erziehung bestimmt, aber den Arbeitern auch Versammlungs- und Vortragssäle bieten und mitunter Zentren von Genossenschaften und Gegenseitigkeitsvereinen. Auch die Bildung ländlicher Solidarités ist im Gange. Doch ist man über bescheidene Anfänge noch nicht hinausgekommen. Auf dem Kongreß von Saint-Quentin wurde beschlossen: die neue Gesellschaft solle ihre Anstrengungen zunächst auf die Entwicklung dieser Institutionen konzentrieren. Die Zukunft allein kann lehren, welcher Erfolg ihnen beschieden ist. Ist ja die soziale Bewegung innerhalb des Protestantismus erst in ihrem Beginn¹⁾.

1) Eine kleine Gruppe unter Führung von PAUL PASSY, dem Sohne des liberalen Ökonomen und berühmten Pazifisten FRÉDÉRIC PASSY, ist ins sozialistische Lager übergegangen und hat 1909 die „Union des socialistes chrétiens“ gebildet. Sie hat auch zur Schaffung einer kommunistischen landwirtschaftlichen Kolonie in Ostfrankreich, der Liéfra (Liberté, Egalité, Fraternité) beigetragen.

Geschichte der englischen Labour Party^{1) 2)}.

Von

Edward R. Pease (London).

Am 27. Februar 1900 konstituierte sich — unter der Bezeichnung zunächst eines Arbeitervertretungskomitees (L. R. C.³⁾) — formell und endgültig die Arbeiterpartei (L. P.). Will man aber ihre geschichtliche Bedeutung erfassen, so muß man auch die ihrer Begründung vorangegangene Entwicklung kennen.

Die große Wahlreformaktion von 1832 gab Großbritannien eine Verfassung, die, auf Vorrechten aufgebaut, alle Proletarier vom Wahlrecht ausschloß. 1867 erst wurde dieses den städtischen Arbeitern zugestanden mit dem Erfolge, daß nun die lange Herrschaft der Whigs ihr Ende fand. Wohl brachte nämlich GLADSTONES tatkräftige Regierung während der Jahre 1868—1874 große Reformen. Allein er entfremdete sich die Gewerkvereiner dadurch, daß er das Gesetz, das den Streik tatsächlich, wenn auch nicht dem Namen nach zum Verbrechen stempelte, wieder in Kraft setzte, statt es aufzuheben. So schlugen sich denn die Trade Unionisten auf die Seite der Konservativen, und mit ihrer Hilfe hauptsächlich siegten diese bei den allgemeinen Wahlen von 1874.

Seit einem halben Jahrhundert schon waren die Trade Unions eine Macht im Lande. Aber erst die Ereignisse des Jahres 1874

1) Aus dem englischen Manuskript übersetzt von AUGUSTE SZANTO.

2) Das Manuskript befand sich seit Oktober 1911 in den Händen der Redaktion.

3) Im nachfolgenden sind folgende Abkürzungen gebraucht: L. R. C. = Labour Representation Committee; L. P. = Labour Party; F. S. = Fabian Society; S. D. F. = Social Democratic Federation; I. L. P. = Independent Labour Party.

brachten den Arbeitern zum Bewußtsein, daß die Zeit gekommen sei, ihre politische Macht auszunützen. Zwei Bergarbeiter wurden ins Parlament entsendet. Der eine von ihnen starb wenige Jahre später. Der andere aber, THOMAS BURT, nahm durch die Stimmen und auf Kosten des Northumberlander Bergarbeiterverbands als Abgeordneter für Morpeth in Northumberland seinen Sitz im Haus der Gemeinen ein. Er ist jetzt dessen Senior, d. h. dasjenige Mitglied, das demselben am längsten ohne Unterbrechung angehört hat. Im liberalen Kabinett von 1892—1895 hatte er eine unbedeutende Stelle inne und unlängst wurde ihm die Auszeichnung zuteil (mehr bedeutet es nicht), in Anerkennung seiner langen und ehrenvollen Laufbahn in den Privy Council berufen zu werden — eine Ehre, die mit dem Titel eines Right Honourable verbunden ist. — Natürlich gehört er zur alten Schule und hat es abgelehnt, in die L. P. einzutreten. Kein vernünftiger Mensch hat aber auch erwartet, daß der alte Mann neue Ideen in sich aufnehmen werde, und auch die Extremsten verehren in ihm einen Pionier der neuen Ordnung der Dinge. — Er war Delegierter auf dem Gewerkvereinskongreß von 1911 und seine Rede über den internationalen Frieden war die bedeutsamste in dieser Versammlung.

Die Wahlen von 1880 brachten 3 Trade Unionisten ins Parlament. Nach der Ausdehnung des Wahlrechts auf die Grafschaften und die Verleihung des Stimmrechts an alle Haushaltungsvorstände (household suffrage) durch die Reformbill von 1884 wuchs diese Zahl im darauffolgenden Jahre auf 11. Bei den Wahlen von 1892 endlich errangen 15 Gewerkvereiner Parlamentssitze, darunter JOHN BURNS, gegenwärtig Präsident des Local Government board, und J. KEIR HARDIE, beide vielleicht nicht ausdrücklich als Sozialisten, aber andererseits auch nicht als Liberale.

Die direkte Vertretung der Arbeiterschaft im Unterhause hat also eine lange und nicht unrühmliche Geschichte gehabt, bevor die Arbeiterpartei ins Leben getreten ist. Sie begann als eine Empörung gegen die herrschenden Parteien, aber die Liberalen anerkannten rasch die Forderungen der Arbeiter, und zwei Jahrzehnte vor 1900 wie in diesem Jahre selbst wurden Trade Unionisten

als liberale Kandidaten aufgestellt. Ja, zwei von ihnen, HENRY BROADHURST und THOMAS BURT, saßen in liberalen Ministerien. Die Arbeiter hatten zwar nicht alles erreicht, was sie forderten, aber sie hatten vieles durchgesetzt. Erwähnung verdient überdies, daß ein Gewerkschaftsführer, der Obmann der Baumwollspinnereivereinigung, bei einer Nachwahl im Juli 1899 als konservativer Kandidat für Oldham, einen zum Besitzstande der Tories gehörigen Wahlkreis, auftrat, was aber nur zum Verluste desselben führte.

Mittlerweile aber gewann eine neue Bewegung immer mehr an Boden. Im Jahre 1884 begann man in England vom Sozialismus zu hören, und 1885 stellte die S. D. F. zwei Wahlbewerber auf, die jedoch unerwarteterweise so wenig Stimmen erhielten, daß ihre Kandidatur lächerlich erschien. In den nächsten paar Jahren verursachte der Sozialismus eine gewaltige Aufregung. Die Sozialdemokraten aber verharteten in ihrem Doktrinarismus sowie in ihrer Überzeugung von der Notwendigkeit einer physisch-gewaltsamen Revolution und bekämpften daher die Gewerksvereine. Andererseits begegnete der Vorschlag H. H. CHAMPIONS auf Schaffung einer Arbeiterpartei mit eigenem politischen Programm starkem Mißtrauen wegen dessen angeblicher Beziehungen zu den Tories, die nur allzu eifrig auf eine Spaltung ihrer Gegner bedacht waren.

Im Jahre 1892 waren, wie bereits erwähnt, sowohl BURNS als HARDIE ins Unterhaus entsendet worden, nicht gerade als Trade Unionisten, sondern vielmehr als Repräsentanten des Sozialismus. 1894 hatte sodann KEIR HARDIE die I. L. P. ins Leben gerufen, die, wie ihr Name besagt, programmatisch eine Arbeiter- und nicht ausdrücklich eine sozialistische Partei sein soll. Darin liegt der Gegensatz zwischen dem englischen und dem deutschen Typus der Sozialisten. Wie ich bereits in einem früheren Artikel ¹⁾ gezeigt habe, war es die F. S. gewesen, die den Kampf gegen die Herrschaft des Marxismus aufgenommen hatte; und die Veröffentlichung der „Fabian Essays in Socialism“ hatte in den Jahren 1888/90 den Gedanken eines englischen, verfassungs-

1) „Die Fabian Society“, in diesem Archiv I, 333—353.

mäßigen Sozialismus popularisiert, der in seinem Zusammenwirken mit Gewerkvereinen und Kooperativgenossenschaften eher eine Weiterbildung der bestehenden politischen und sozialen Einrichtungen darstellt als deren Verdrängung. Die eigentümlichen Formen und die Politik der F. S. entsprachen jedoch nicht dem Ideenkreis der arbeitenden Klassen. So befriedigte denn die Begründung der I. L. P. ein wirkliches Bedürfnis.

Die neue Organisation, die fast von ihrem Anbeginn mehr eine Vereinigung für sozialistische Propaganda war denn eine Arbeiterpartei, verbreitete während der nächsten fünf Jahre, 1894—1899, mit aller Kraft ihre Ideen in Gewerkschaften und bekehrte rasch eine große Zahl jüngerer Männer unter den Gewerkschaftsführern zum Sozialismus. Ihre Kandidaten ins Parlament zu bringen vermochte sie jedoch nicht, und auch KEIR HARDIE verlor 1895, als die konservative Welle über das Land hinwegging, sein Mandat.

Wir kennen nun die beiden Mächte, die sich zur Schaffung der L. P. zusammenschlossen. Auf der einen Seite waren es die Trade Unionisten, die 1899 etwa 15 Vertreter, meist Bergarbeiter, im Unterhause zählten: alle, einschließlich JOHN BURNS, in den Reihen der Liberalen. Auf der andern Seite waren die Sozialisten, die im ganzen den Liberalen spinnefeind waren, vielleicht größtenteils deshalb, weil eine solche Feindseligkeit als für Sozialisten korrekt galt und weil die Unabhängigkeit, die sie leidenschaftlich herbeiwünschten, die Unabhängigkeit von den Liberalen bedeutete. Denn mit den Konservativen war jegliche Allianz unmöglich.

Auf dem Gewerkschaftskongreß von Plymouth im September 1899 nun sprachen sich die Vertreter von 546 000 gegen 434 000 Stimmen für folgende Resolution aus:

„Dieser Kongreß beauftragt im Hinblick auf die in früheren Jahren gefaßten Beschlüsse und in der Absicht, für eine bessere Vertretung der Arbeiterinteressen im Unterhause zu sorgen, das parlamentarische Komitee, alle kooperativen, gewerkschaftlichen, sozialistischen und sonstigen Organisationen der Arbeiterklasse zur Beschickung eines Spezialkongresses einzuladen, auf dem gemeinsam Wege und Mittel ausfindig gemacht werden sollen, durch welche die Rückkehr einer stärkeren Zahl von Arbeitervvertretern in das nächste Parlament gesichert würde.“

Demgemäß wurden die drei nationalen sozialistischen Organisationen, nämlich die S. D. F., die I. L. P. und die F. S., vom parlamentarischen Komitee eingeladen: zum Zwecke der Erstellung eines Programms Delegierte zu entsenden, und der nächste Schritt war, daß ein aus KEIR HARDIE, RAMSAY MACDONALD, BERNARD SHAW, WILL THORNE und mir selbst bestehender Ausschuß für den 27. Februar 1900 eine Konferenz von Gewerkevereinigern Sozialisten und Genossenschaftlern nach London in die Memorial Hall einberief. Die Kooperativgenossenschaften, die jede Teilnahme an den Vorarbeiten der Konferenz abgelehnt hatten, lehnten auch die Einladung zu deren Beschickung ab. Dagegen leisteten derselben Folge 129 Delegierte als Vertreter von 545 316 Gewerkevereinigern und 22 861 Sozialisten. Die andern Arbeiterorganisationen waren nicht eigentlich eingeladen worden. Der Konferenz präsiidierte W. C. STEADMAN, Sekretär der Schiffsbauarbeiter. Damals war er liberales Parlamentsmitglied für Shepney und er blieb als solches auch bis 1910 im Rahmen der liberalen Partei, obgleich der L. P. immer freundlich gesinnt. Als er im Juli 1911 starb, war er Sekretär der parlamentarischen Kommission auf dem Gewerkschaftskongreß, stand also auf dem ersten Platz in der Welt der Trade Unions. — Ein anderer ausgezeichnete Teilnehmer an jenen Gründungsarbeiten war JOHN BURNS, damals wie jetzt Parlamentsmitglied für Battersea, der sich in späteren Jahren der Partei gegenüber, die er mit ins Leben rufen geholfen, nichts weniger als freundlich erwiesen hat.

Zweck der Konferenz war, Schritte zu tun in der Richtung einer Vermehrung der Arbeitervereiner im Unterhause. Die erste Abstimmung war bezeichnend. Mit 102 Stimmen gegen 3 wurde eine Resolution verworfen, die sich für die Vertretung der Arbeiter durch solche Männer aussprach, welche „die Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft mitfühlten“. Gleich zu Beginn also lehnte es damit die Konferenz ab, die Mitarbeit von Nichtangehörigen der Arbeiterklasse auszuschließen. Dies war natürlich ein sozialistischer Sieg, denn gar manche Sozialistenführer sind keine Arbeiter. — Mit 59 gegen 35 Stimmen wurde ferner der Klassenkampfstandpunkt verworfen. — Schließlich wurde auf

die von JOHN BURNS unterstützte Anregung KEIR HARDIES hin die Bildung einer Arbeitergruppe beschlossen, die mit jeder Partei zusammenwirken sollte, welche bereit wäre, die Gesetzgebung im Interesse der Arbeiter zu beeinflussen.

Die eigentliche Bedeutung dieser Resolution liegt in dem Wort Gruppe. Zwischen einer solchen und einer Partei besteht ein weltweiter Unterschied. Eine Gruppe besteht aus Mitgliedern jedweder Partei, die sich zu einem gemeinsamen Zweck zusammenschließen; die Partei ist ein Körper, dessen Angehörige alle Zwecke gemeinsam haben und der sich von andern Parteien trennt. Die Arbeiterpartei nun wurde in ihrem Beginn als Gruppe konstituiert. Ihre Mitglieder konnten als Liberale, Sozialisten, oder wenn sie mochten, auch als Tories auftreten. Alle sollten in der neuen Vereinigung gleichberechtigt sein, vorausgesetzt, daß sie in die Gruppe eintraten und in Arbeiterfragen sich mitbetätigten. —

Die Verfassung der Gruppe war föderalistisch. Die Exekutive bestand aus 7 Trade Unionisten, 2 Sozialdemokraten, 2 Mitgliedern der I. L. P. und einem Fabier. J. RAMSAY MACDONALD wurde einstimmig zum Sekretär gewählt.

Man sieht: die Sozialisten nahmen in der L. P. von Anfang an eine Ausnahmestellung ein. Auf dem Kongreß, wo (wenn es verlangt wurde) mittelst Stimmzettel abgestimmt wurde, kam auf je 1000 Mitglieder 1 Stimme, so daß die Sozialisten nur über 23 Stimmen gegen nahezu 600 gewerkschaftliche verfügten. Dennoch erhielten sie im Exekutivkomitee 5 von 12 Sitzen, und auch der Sekretär wurde ihren Reihen entnommen. Dies ist für englische Art charakteristisch. Die Konferenz lehnte es ab, sich durch irgendwelche Formeln auf den Sozialismus festzulegen. Sie war jedoch durchaus bereit, den praktischen Wert sozialistischer Begeisterung anzuerkennen, und schätzte die Macht der Sozialisten im Verhältnis zu ihrer Tätigkeit und ihrer Energie ein, nicht aber im Verhältnis zu ihrer Zahl.

Von den Mitgliedern des ersten Komitees sind außer mir die Parlamentsmitglieder J. KEIR HARDIE und JOHN HODGE die einzigen, die noch der Exekutive angehören. Der Sekretär J. RAMSAY MACDONALD wurde jedes Jahr einstimmig wiedergewählt und ist

nur deshalb im Begriffe, sich zurückzuziehen, weil er nunmehr das bedeutungsvollere Amt des Parteiführers im Unterhause innehat.

Die Partei bestand erst 6 Monate lang, als die allgemeinen Wahlen von 1900 stattfanden. Bei diesen wurden 15 Kandidaten vom Komitee empfohlen, von denen zwei, KEIR HARDIE in Merthyr (Wales) und R. BELL in Derby, auch Erfolg hatten. BELL war, ganz in Übereinstimmung mit der damaligen Struktur der L. P., Liberaler.

Auf der ersten im Februar 1901 abgehaltenen Jahreskonferenz hatte die Partei eine Mitgliedschaft von 339 577 Gewerkvereinlern und 22 861 Sozialisten, ferner 5 Trade Councils, d. s. Vereinigungen von Trade Unions, die für lokale Zwecke in verschiedenen Städten gebildet werden. Die Einnahmen beliefen sich auf 344 Pfd. Während des folgenden Jahres erhöhte sich die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften um 100 000. Dagegen zog sich die S. D. F. von der Partei zurück und behandelte dieselbe von da ab mit Feindseligkeit, was aber für sie selbst von schlimmeren Folgen begleitet war als für die von ihr verlassene L. P.

Nicht wenig trug zur Konsolidierung der letzteren eine Gerichtshofentscheidung bei.

Damit hatte es folgende Bewandnis. Nach Common Law galten Gewerkschaften, die hemmend auf das Gewerbe einwirkten, als ungesetzliche Organisationen. Nun war es allerdings zur Erlassung von Normen gekommen, durch die sie für besondere Zwecke legalisiert wurden. Für andere Zwecke aber blieben sie ausdrücklich außerhalb des Gesetzes. Dies hatte zur Folge, daß gegen sie eine Aktion weder von ihren eigenen Mitgliedern eingeleitet werden konnte, denen sie vertragswidrig die zugesagten Vorteile nicht gewährten, noch von Unternehmern, deren Betriebe durch ihre Funktionierung Schaden gelitten hatten. Dieser Zustand hatte, wie es scheint, zur Zufriedenheit aller Parteien, durch ungefähr 30 Jahre gedauert. Im Jahre 1901 jedoch entschied das Haus der Lords in seiner Eigenschaft als Oberster Gerichtshof (die wohl von der anderen als gesetzgebender Körper zu

unterscheiden ist) in der „Taff Vale-Eisenbahnaffäre“: daß die Unternehmer, die durch einen Streik geschädigt würden, hierfür die in Betracht kommenden Gewerkschaften schadenersatzpflichtig machen könnten. — Diese Entscheidung mußte die Trade Unions lähmen, weil die Unternehmer sie nun wegen schädigender Handlungen bedrängen, ja zerstören konnten, wenn irgendeines ihrer Mitglieder sich im Verlauf eines Streiks auch nur die geringste Ungesetzlichkeit zuschulden kommen ließ. Ebendeshalb aber bewirkte dieser vom Boden des Gesetzes aus gegen die Sicherheit der Gewerkschaften geführte Schlag eine Stärkung der L. P., die nun natürlich den Auftrag erhielt, so bald als möglich die Annullierung der Taff Vale-Entscheidung durch das Parlament durchzusetzen. Das Jahr 1902 und die Konferenz von Newcastle im Februar 1903 waren kritisch für die Geschichte der Partei. Durch die einstimmige Wiederwahl DAVID SHACKLETONS für Clitheroe in Lancashire erhöhte sich die Zahl ihrer Vertreter im Parlament von 2 auf 3. Daß niemand den Sitz gegen ihn erkämpfen wollte, obgleich er als Kandidat des unbedeutenden L. R. C. auftrat, bedeutete eine Anerkennung des Einflusses der Baumwollarbeiter. Bei späteren Wahlen behauptete sich SHACKLETON, bis er 1910 in den Dienst der Regierung trat. — Die Mitgliederzahl der Partei war um 85%, auf 861 150, angewachsen, und das Wichtigste: ihre Basis wurde durch die Konferenz gänzlich verändert.

Der bei der Konstituierung des L. R. C. maßgebend gewesenen „Gruppen“idee hatte die I. L. P. von Anfang an widerstrebt, und es war zu starken Meinungskämpfen gekommen zwischen den Anhängern des Gruppensystems und den Befürwortern einer selbständigen Parteibildung. Zuletzt gab der Anschluß von 103 000 Baumwollspinnern den Ausschlag in diesem zweiten Sinne.

Praktisch hieß Verbindung mit andern Parteien nichts als Verbindung mit den Liberalen. Die Baumwollspinner aber bilden innerhalb der organisierten Arbeiterschaft die einzige großenteils, wenn nicht vorwiegend, konservative Sektion. Viele der großen Baumwollindustriestädte von Lancashire, düstere Fabrikzentren, die nur von solchen bewohnt werden, die nicht anderwärts unter-

zukommen vermögen, sind und waren Generationen hindurch überwiegend auf seiten der Tories. Sie und andere nicht liberale Trade Unionisten bekämpften natürlich die Bewilligung von Geldern, die praktisch zur Durchbringung gewerkschaftlicher Kandidaten bestimmt waren, welche mit den Liberalen zusammengehen sollten; und sie fanden Unterstützung bei den Sozialisten, die aus ganz andern Gründen Unabhängigkeit forderten.

Nach heftiger Debatte sprach sich eine Mehrheit, die 650 000 Mitglieder vertrat, gegen die Vertretung einer Minderheit von bloß 154 000 für die Schaffung einer unabhängigen Labour Party aus. Die Entscheidung war eine endgültige. Wer (wie der Schreiber dieser Zeilen) die Klugheit der Vorwärtspolitik bezweifelt hatte, war zufrieden, daß seine Furcht unbegründet gewesen war. Wer bisher mit den Liberalen zusammengearbeitet hatte, überzeugte sich, daß die Majorität eine unabhängige Arbeiterpolitik wünsche, und diese neue Politik wurde nun ohne weitere Bedenken angenommen.

Diese Einmütigkeit wurde nur durch einen einzigen Dissens gestört. RICHARD BELL, Sekretär der Eisenbahnbediensteten und Parlamentsmitglied für Derby, weigerte sich, dem Zug der Zeit zu folgen. Als Liberaler gewählt, beschloß er Liberaler zu bleiben. Seine Union war gegen ihn; aber er verweigerte die Unterzeichnung des Parteistatuts, welche die Konferenz forderte, um klarzustellen, wer Mitglied der neuen Partei sei und wer nicht. So bestand denn jahrelang ein etwas unwürdiger Zwiespalt zwischen dem allgemein als Trade Unionisten respektierten Manne, der aus nichtigen Gründen, wobei Fragen der Überzeugung oder Politik nicht in Betracht kamen, es ablehnte, eine Partei anzuerkennen, und den Männern, die ihm sein Gehalt bezahlten und jener Partei den Vorzug gaben. Dieser Streit nahm einige Jahre später ein Ende, als BELL ein Zivilamt antrat und sich von der Politik zurückzog. Die Bewegung in seiner Union führte aber zur Osborne-Affäre, auf die ich noch (S. 119) zurückkommen werde.

Noch ein anderer wichtiger Schritt wurde in Newcastle getan. Die größte Schwierigkeit für die Vertretung der Arbeiter im Parlament lag darin, daß die Kandidaten nicht nur alle Wahlkosten

aufzubringen hatten, sondern auch keine Diäten erhielten. Erst im August 1911 wurde den Parlamentsmitgliedern eine Entschädigung von 400 Pfd. jährlich bewilligt. Die großen Gewerksvereine hatten wohl Wahl- und Diätenfonds. Oft aber gehörten gerade die fähigsten Männer kleinen Unionen an, die außerstande waren, Geld für politische Zwecke aufzubringen. Überdies wünschte die L. P., ihre Mitglieder möchten der Partei als solcher Gefolgschaft leisten und nicht irgendeiner Gewerkschaft, deren Interessen möglicherweise nicht mit denen der übrigen übereinstimmten. Es wurde deshalb beschlossen, durch Beiträge von 1 d. per Mitglied einen Parlamentsfonds zu gründen, aus dem alle Abgeordneten mit jährlich 200 Pfd. zu dotieren wären und aus dem auch ein kleiner Beitrag zu den Wahlkosten geleistet werden sollte. Die Mitgliedsbeiträge zu diesem Fonds wurden später auf 2 d. erhöht. So konnte jeder Arbeitervertreter eine Jahresentschädigung von 200 Pfd. nebst einer besonderen Zulage für Herbstsessionen erhalten, wie auch ein Viertel der offiziellen Ausgaben bei der Wahl, d. h. etwa 10% der Gesamtausgaben. Der Rest muß von der Gewerkschaft oder der sonstigen anerkannten Körperschaft aufgebracht werden, die sich für die Kandidatur einsetzt.

Im Jahre 1903 zogen zwei außerordentliche Erfolge die Aufmerksamkeit auf die neu gegründete Partei. Woolwich, jener Teil von London, der das königliche Arsenal in sich schließt, war von den Tories ohne Kampf oder mit Majoritäten von 2000 bis 3000 Stimmen behauptet worden. Durch Mandatsverzicht des Lord CHARLES BERESFORD ergab sich eine Vakanz. Ein Küfer, WILL CROOKS, als Mitglied des Londoner County Council wohlbekannt, wurde nun als Arbeitervertreter kandidiert und mit einer Majorität von 3229 Stimmen gegen den Tory gewählt. — Wenige Monate später stand der Eisengießer ARTHUR HENDERSON als Kandidat für den Barnard Castle-Kreis von Durham einem Liberalen und einem Konservativen gegenüber und gelangte mit der knappen Mehrheit von 47 Stimmen gegen den Konservativen an die Spitze der Kandidatenliste.

Drei Siege bei Gelegenheit von Ersatzwahlen bedeuteten einen

Rekord für eine Partei, die bei den vorangegangenen Hauptwahlen nur 2 Sitze hatte erringen können. Die Partei hatte nun eine feste Grundlage. Ende 1905 umfaßte sie 158 Trade Unions und 2 sozialistische Gesellschaften mit 921 280 Mitgliedern, sowie 73 Trade Councils. Ihr Vollzugsausschuß bestand aus 9 Gewerkevereinigern und 3 Sozialisten. Ihre Jahreseinnahmen überstiegen 6000 Pfd., und ihr Vermögen betrug nahezu 7000 Pfd.

Im Januar 1906 fanden die lange erwarteten Hauptwahlen statt. Das konservative Ministerium hatte wenige Wochen zuvor demissioniert. Das Land war der Unfähigkeit der Konservativen, die über zehn Jahre an der Herrschaft gewesen waren, aufs äußerste überdrüssig. Allgemein wurde denn auch mit einer Niederlage der Konservativen gerechnet. Niemand aber sah ihre Vernichtung voraus. Die L. P. zog mit 50 Kandidaten — die zumest seit Jahren oder Monaten dazu ausersehen waren — und einer aktionsfähigen Organisation in den Kampf. Das Resultat war überraschend. Die Konservativen wurden aus Orten verdrängt, die man für uneinnehmbar gehalten hatte, und die Liberalen errangen eine Mehrheit, wie sie der Zahl und der fortschrittlichen Struktur nach seit Menschengedenken nicht erlebt worden war. Die Liberalen verfolgten weiterhin ihre Politik der Arbeiterfreundlichkeit. Sie waren sich bewußt, daß die L. P. im ganzen auf ihrer Seite stand, und stellten daher deren Kandidaten in einer großen Zahl von Wahlkreisen, namentlich in mittelgroßen Städten mit je 2 Abgeordnetensitzen, in denen jeder Wähler zwei Stimmen hat, keine Gegenkandidaten entgegen, oder überließen in vielen dieser Gemeinden einen der beiden Sitze einem Arbeiter. So wurden 29 von den 50 Kandidaten der L. P. gewählt, und diese war nun endlich eine leistungsfähige Macht, die im Lande Eindruck machen konnte, wenngleich sie natürlich außerstande blieb, die überwältigende liberale Majorität zu erschüttern.

Die neue Partei war gemischt. Einige ihrer Mitglieder, wie KEIR HARDIE und RAMSAY MACDONALD, waren Sozialisten; andere machten kein Geheimnis daraus, daß sie — obgleich im Rahmen der Partei — politisch Liberale seien und zu bleiben gedächten. Als aber die schwierige Aufgabe, einen Führer zu wählen, gelöst

werden mußte, ergab sich praktische Übereinstimmung beider Richtungen. Die Wahl fiel auf einen Sozialisten, J. KEIR HARDIE, den Gründer der I. L. P.; und unter seiner klugen und gemäßigten Führung machte sich die Partei an ihr Werk konstruktiver Politik.

Der Erfolg der L. P. rief in England große Sensation hervor. Bis dahin hatte man die Sozialisten als eine kleine Clique von Schwindlern betrachtet. Jeder Alltagspolitiker war auch überzeugt, daß der gefühlvolle und anständige englische Arbeiter niemals ihren Tiraden sein Ohr öffnen werde. Und nun stand KEIR HARDIE an der Spitze von 29 Abgeordneten, die beanspruchten, als besondere Partei zu gelten, und die sich überdies durch ihre persönliche Bedeutung rasch die Anerkennung als neuer Faktor in der Politik erzwangen.

1908 kam ein neues Mitglied hinzu, nämlich der seither verstorbene PETE CURRAN, der in Jarrow einen sensationellen Sieg über nicht weniger als drei Kandidaten davontrug; und im selben Jahre gewann VICTOR GRAYSON, ein sozialistischer Kandidat der I. L. P., gegen zwei Gegenkandidaten einen Sitz in Colne Valley in Yorkshire. Diese beiden bedeutungsvollen Siege riefen große Verwunderung hervor, indessen trat GRAYSON nicht der L. P. bei, und sein Verhalten schwächte diese fortgesetzt, bis er in den Wahlen vom Januar 1910 seinen Sitz einbüßte.

In diesem Parlament waren tatsächlich zwei Arbeiterparteien vorhanden: die L. P. kurzweg, mit 31 Mitgliedern (1 Mitglied hatte sich ihr nach der Wahl angeschlossen), und ungefähr 15 liberale Abgeordnete aus dem Arbeiterstand, Trade Unionisten, die -- wie in frühern Zeiten -- meist von den Liberalen gewählt worden waren. Diese beiden Gruppen hatten viel Gemeinsames. Auf den Gewerkschaftskongressen waren sie jahrelang zusammengesessen, und bis auf ein oder zwei Ausnahmen beobachteten sie streng die ungeschriebene Regel, daß ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit kein Arbeitervertreter einem andern oder einem Sozialisten öffentlich opponieren dürfe. Klassengeist wurde immer höher bewertet als Parteigeist.

Es gibt in Großbritannien ungefähr 550 000 organisierte Kohlenarbeiter, von denen nur wenige der L. P. angehörten, obgleich

sie mehr Abgeordnete in ihren Reihen zählen als andere Vereinigungen. Um das Jahr 1908 faßte nun diese gewaltige Körperschaft den Majoritätsbeschluß, sich der L. P. anzugliedern. Bis zu den Hauptwahlen sollte allerdings der status quo erhalten bleiben; nach deren Ankündigung jedoch sollten die Bergleute samt ihren Parlamentsvertretern sich unter das Banner der Arbeit stellen. Das geschah denn auch nach der Parlamentsauflösung im Januar 1910. Von den 18 Bergarbeiterabgeordneten hielten sich nur 3 der L. P. ferne und wurden als Liberale wiedergewählt. Hätte nun die Arbeiterpartei ihre frühere Zahl erreicht, so wäre sie mit 46 Mitgliedern ins Haus zurückgekehrt. Allein wie der Liberalismus verlor auch die Arbeit an Boden, und so zogen nur 40 ihrer Vertreter in das neue Parlament ein. Trotz des Verlustes an Sitzen bedeutete das immerhin eine Verstärkung der Partei.

Das neu gewählte Parlament hatte nur kurze Lebensdauer. Bei der neuerlichen Wahl im Dezember 1910, in der um dieselben Prinzipien gekämpft wurde, wie elf Monate zuvor, vermochte unter allen englischen Parteien einzig die L. P. ihre Stellung zu verbessern, indem sie zu ihrem früheren Besitzstand 2 Sitze hinzugewann, so daß sie gegenwärtig 42 Mitglieder zählt — die höchste bis jetzt erreichte Zahl.

Um einer übersichtlichen Darstellung der Wahlergebnisse willen war ich genötigt, vorläufig die politische Taktik und das Vorgehen der Partei unbesprochen zu lassen, und will nun das Versäumte nachholen.

Der Taff Vale-Fall war im Jahr 1906 einer der Gegenstände, bei denen die gesamte Partei fest zusammenhielt. Solange die oberhausrichterliche Entscheidung ihre Geltung behauptete, waren die Gewerkvereine ihrer hauptsächlichsten Kriegswaffen beraubt. Die liberale Regierung machte jedoch keine ernststen Schwierigkeiten, diesen Zustand zu beendigen, wiewohl sich der von ihr vorgeschlagene Modus im einzelnen von dem durch die Trade Unions geforderten unterschied. Schließlich drang die L. P. durch, und das Gesetz über die Arbeitsstreitigkeiten von 1906 gab den Unions die Sicherheit wieder vor fremden Einmischungen, welche die Taff Vale-Entscheidung ihnen entzogen hatte.

Bald aber ergab sich ein neuer Zwischenfall. Ein Eisenbahnbediensteter, aufgeregt durch die früher erwähnte Bewegung über RICHARD BELL, versuchte durch Anrufung der Gerichte seine Union an der Verwendung von Geldern für politische Zwecke zu verhindern. Seit 1874 hatten Gewerkschaften für ihre Angehörigen die Kosten des Mandats bestritten, und selbstverständlich war dem Parlament bekannt, daß Gewerkvereinsgelder auf diese Weise verwendet würden. Nichtsdestoweniger glaubten die Richter den Vorgang als etwas Neues behandeln zu sollen, trotzdem der Regierungskommissär, da Gewerkschaften registriert werden können, Jahr für Jahr Bestimmungen aufgezeichnet hatte, die jedes Mitglied zu einem Beitrag für die Arbeiterpartei verpflichteten. Das war der berühmte „Fall Osborne“, der monatelang von Gericht zu Gericht geschleppt und endlich im Dezember 1909, wenige Wochen vor den Neuwahlen, endgültig dahin entschieden wurde, daß die Eisenbahnerunion kein Recht habe, ihre Gelder für politische Zwecke oder für irgendwelche mit der Politik zusammenhängende Angelegenheiten zu verausgaben. Zugleich wurde den Verbandsfunktionären die Einstellung derartiger Zahlungen aufgetragen.

Diese Entscheidung betraf glücklicherweise nur die Union selbst, gegen die sie ergangen war. Freilich kann jedes Mitglied auch irgendeiner anderen einen analogen Richterspruch erwirken; und in der Tat wurde eine ganze Anzahl solcher Entscheidungen herbeigeführt. Allein die vernichtende Wirkung auf die L. P., die man danach hätte erwarten können, blieb aus. Die Sache hatte eigentlich, wie sich bald zeigte, praktisch wenig zu bedeuten. Die betroffenen Gewerkschaften haben es meist zustandegebracht, ihre politischen Ausgaben ganz oder teilweise aus freiwilligen Spenden zu bestreiten. Jedenfalls verfügt die L. P. über genug Geld, um damit auszukommen, und die inzwischen erfolgte gesetzliche Einführung von Abgeordnetendiäten hat ihre finanziellen Lasten um ungefähr 8000 Pfd. jährlich vermindert.

Die politischen Veränderungen aber haben der Arbeiterpartei in den letzten zwei Jahren zu größerer Macht verholfen, als sie je früher besessen hatte.

Die beiden Wahlgänge von 1910 brachten Liberalen und Tories nahezu die gleiche Zahl von Mandaten. Die Entscheidung lag und liegt also bei den etwa 82 Irländern und den 42 Arbeitervertretern. Diese haben das liberale Regiment unentwegt unterstützt, weil seine Politik darin besteht, das Veto des Oberhauses zu bekämpfen und Irland die Home Rule zu verschaffen. Würde aber die L. P. mit den Tories stimmen, so wäre die Regierungsmajorität eine sehr kleine, besonders wenn man die Tatsache in Rechnung zieht, daß die Iren nur selten in voller Stärke in Westminster erscheinen. Praktisch hängt danach die Existenz der Regierung von der Unterstützung der L. P. ab. Darum muß die liberale Regierung, ob sie will oder nicht, gewähren, was die Arbeiterpartei verlangt. Der „Osborne-Fall“ wird daher ebenso durch Parlamentsbeschluß erledigt werden wie die „Taff Vale-Affäre“ im Jahre 1906; und in sehr kurzer Zeit werden die Trade Unions die Macht zurückgewinnen, die sie so lange besessen haben: die Freiheit nämlich, ihre Gelder nach Gutdünken und ohne andere Einschränkung als durch den Willen ihrer eigenen Mitglieder verwenden zu können.

Bevor wir die Taktik der L. P. besprechen, dürften einige statistische Daten über die Zusammensetzung derselben von Interesse sein.

Ende 1910 umfaßte die Partei 1 430 539 Angehörige der ihr affilierten Gewerkvereine sowie 31 377 Mitglieder der beiden sozialistischen Gesellschaften, der I. L. P. (28 000) und der F. S. (3 377). Daneben gibt es 148 Trade Councils, die 760 Genossenschaften und 4000 Mitglieder der „Liga arbeitender Frauen“ (Women's Labour League) in sich schließen.

Hier muß erwähnt werden, daß die Partei, die sich, wie wir wissen, zuerst als „Arbeitervertretungskomitee“ (L. R. C.) konstituiert hatte, 1906 ihren Namen in „Arbeiterpartei“ (L. P.) änderte, weil sie schon damals tatsächlich eine Partei bildete und nicht mehr ein Komitee zur Schaffung einer solchen. Der Name gibt leicht Anlaß zur Verwechslung mit der I. L. P., einer der der Partei einverleibten Körperschaften. Das war jedoch nicht zu vermeiden.

Die Jahreseinnahmen der Partei, die auf zwei Fonds, einen Parlaments- und einen allgemeinen Fonds, aufgeteilt werden, betragen etwa 12 000 Pfd. und fließen aus Ratenzahlungen der Mitglieder. Sowohl die Einnahmen wie die Mitgliederzahl bleiben hinter dem ordnungsgemäßen Niveau zurück, weil ja gewissen Gewerkvereinen durch die Gerichtshöfe verboten ist, Gelder an die Partei abzuführen.

Die L. P. hat eine zweifache Organisation: nämlich je eine innerhalb und außerhalb des Parlaments. Die Parlamentsmitglieder haben einen Obmann — gegenwärtig J. RAMSAY MACDONALD — und andere Funktionäre, ein eigenes Beratungszimmer im Unterhause und einen oder zwei bezahlte Beamte. Sie kommen allwöchentlich zusammen, um die Taktik für jeden einzelnen Tag zu besprechen, Redner für die Debatten im Hause zu designieren sowie Anträge und Interpellationen vorzubereiten. Die allgemeine Geschäftsführung der Organisation außerhalb des Parlaments obliegt einem Exekutivkomitee aus 15 Mitgliedern, von denen 11 durch die Gewerkschaften, je 1 von den Trade Councils und der F. S. und 2 von der I. L. P. entsendet werden. Das Exekutivkomitee wird auf der jährlich im Januar zusammentretenden Delegiertenkonferenz gewählt. Diese wählt auch den Sekretär; doch war dies bisher nur eine Formalität, da gegen die Wahl MACDONALDS niemals Einspruch erhoben wurde. Die Exekutive wählt sodann für das Amtsjahr: ihren Obmann (wobei üblich ist, daß niemand länger als ein Jahr die Geschäfte führt), den Kassier (jahrelang bekleidete das Parlamentsmitglied ARTHUR HENDERSON diese Stelle) und andere Funktionäre. Die Exekutive ist ein administrativer Körper; die Verfassung und in ausgedehntem Maße die politische Haltung der Partei werden durch die Jahreskonferenz bestimmt, welche die höchste leitende Instanz der Partei bildet. — Zwei Dinge aber muß man festhalten: In England wird die Politik sehr stark durch Personen beeinflusst. Das Halbdutzend Parteiführer kann fast immer eigene Wege gehen. Überdies besteht die Masse der L. P. aus großen Vereinigungen, die gewöhnlich geschlossen stimmen. Eisen, Kohle und Baumwolle wiegen vereinigt sämtliche sonstigen Stimmen auf. Und die tüch-

tigen Männer, welche an der Spitze dieser großen Unionen stehen, begehen selten Mißgriffe. Die Führer großer Gewerkvereine, die durch natürliche Auswahl aus vielleicht hunderterttausend Gleichstrebenden emporgehoben, einerseits gewöhnt, mit den Unternehmern auf gleichem Fuß zu verhandeln, und andererseits geübt, große Versammlungen aufgeregter Arbeiter zu beherrschen, sind Männer von ausgebreiteter Geschäftserfahrung und großer Menschenkenntnis.

Parlamentskandidaten, die von der Partei anerkannt werden wollen, müssen durch eine der Partei zugehörige Organisation aufgestellt werden, welche die Kosten der Wahl, abgesehen von dem kleinen Zuschuß aus dem Parteifonds, übernimmt. Das Exekutivkomitee muß dafür sorgen, daß jeder Kandidat seinen Rücken gedeckt hat und auch die Zustimmung der lokalen Organisation seines Wahlkreises besitzt. Ist alles in Ordnung, so setzt es seinen Namen auf die Liste. Rückt die (Haupt- oder Nach-)Wahl heran, so erhält er Beistand durch Redner und Wahlschriften. Das Exekutivkomitee gibt auch die Wahlliteratur der Partei heraus und kündigt auf diese Weise ihre Taktik wirksam an.

Die Partei ist bloß eine Parlamentspartei und beteiligt sich in nur sehr geringem Maße an Lokalwahlen.

Ihre Organisation ist an verschiedenen Orten des Landes sehr verschieden. Mancherorten gibt es lokale Arbeitervereine, die zu dem besondern Zweck gegründet sind, die Parteiinteressen zu pflegen. Anderwärts ist der lokale Trade Council der Partei affiliert. In manchen Landgemeinden ist die dominierende Union, häufig die der Bergleute, die wirklich verantwortliche Parteiinstanz. In vielen, vielleicht in den meisten Orten schließlich besteht eine Sektion der I. L. P., der die geistig regsamsten Leute angehören und welche die Führung in politischen Angelegenheiten hat.

Welche Rolle spielt nun der Sozialismus innerhalb der I. L. P.?

Diese Frage fordert ausführlichere Antwort. Man muß bedenken, daß die Bewegung in ihren Anfängen merkwürdig unlogisch war. Eine Konferenz von Sozialisten und Gewerkschaftern wurde einberufen, nicht, um Sozialismus oder Trade Unionismus

oder irgendwelche spezifische Reformen, sondern um die Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament zu fördern. An diesem Werke haben die Sozialisten stets tätig und loyal mitgeschaffen, und die Gewerkschafter haben diese Loyalität damit erwidert, daß sie alle Vorschläge ablehnten, welche auf die Vernichtung der Vorzugsstellung abzielten, die den Sozialisten insofern eingeräumt ist, als ihre Vertretung sowohl im Parlament wie im Exekutivkomitee ganz außer Verhältnis zu ihrer Zahl erscheint. Tatsächlich und abgesehen von dieser technischen Unterscheidung, konnte man niemals eine feste Linie zwischen der sozialistischen und der unionistischen Sektion innerhalb der L. P. ziehen. Einige der entschiedensten Sozialisten saßen immer in der Exekutive oder im Parlament als Trade Unionisten, und der strengste Gewerkschafter hat niemals irgendein durchführbares Projekt der Sozialisten bekämpft. Streit gab es nur über Worte, niemals über ernsthafte Dinge. Sozialistische Delegierte auf der Jahreskonferenz haben oft vorgeschlagen: die Partei möge ein Programm aufstellen. Dagegen erhob die Exekutive mit Einschluß der in ihr sitzenden Sozialisten den Einwand, daß die Annahme eines Programmes die Ausschließung jener bedeuten würde, die sich demselben nicht unterwerfen wollten. Deshalb unterblieb auch die Aufstellung eines Programms. Aber die Partei hat die Aufgabe, die Wahlliteratur zu fördern: sie einigt sich auf ein augenblickliches Programm legislativer Vorschläge zu Beginn jeder Session, und sie hat eine ganze Reihe propagandistischer Schriften herausgegeben. Soweit es sich um Details handelt, sind Sozialisten und Gewerkschafter einig. Land- und Eisenbahnverstaatlichung, Freitisch für Schulkinder, Staatshilfe für Arbeitslose (gewöhnlich unter der Bezeichnung „Recht auf Arbeit“): allen diesen Forderungen des Sozialismus steht die L. P. ohne Gegnerschaft gegenüber.

Die Sachlage ist also diese: Die L. P. will sich nicht sozialistisch nennen, obgleich die Mehrheit auf den Jahreskonferenzen mehr als einmal bekundet hat, daß ihr letztes Ziel der Sozialismus ist. Sie ist jedoch immer bereit, dem Sozialismus zuzustimmen, wenn er mit irgendeinem durchführbaren Vorschlag auf den

Plan tritt, und sie wird es immer so halten. Überdies stellt sie eine ausgezeichnete Maschine zur Erzeugung von Sozialisten dar oder wenigstens zur Gewöhnung des Volkes an den Sozialismus. Wo die Arbeiterpartei einen Kampf zu bestehen hat, leisten sozialistische Führer, wie HARDIE, MACDONALD, SNOWDEN und CLYNES, dem Arbeiterkandidaten rednerische Hilfe und der Wahlkreis erscheint zu Agitationszwecken mit nahezu durchweg sozialistischen Mitgliedern überschwemmt. Der Trade Unionist wieder macht, genötigt, sich unter Sozialisten zu mengen, die Entdeckung, daß sie dieselben Wünsche haben wie er selbst, daß sie aber besser unterrichtet und befähigter sind, dieselben zum Ausdruck zu bringen. Sein Argwohn gegen die Sozialisten schwindet. Er erkennt, daß er praktisch eigentlich selbst Sozialist ist. Gab es vor der Gründung der L. P. in England 23000 Sozialisten, so beträgt die Zahl derjenigen, die eine feste Gefolgschaft der Sozialisten bilden, heute mindestens 1½ Millionen.

Es wird oft behauptet, daß eine Spaltung zwischen Sozialisten und Trade Unionisten bestehe. Die Wahl KEIR HARDIES zum Obmann wurde von der Presse als Triumph der Sozialisten bezeichnet; und zwei Jahre später gab sie die Wahl ARTHUR HENDERSONS als Triumph der Unionisten aus. Keine dieser Behauptungen ist gerechtfertigt. G. N. BARNES, der dritte Obmann, war der Sekretär der Ingenieure und Funktionäre der I. L. P.; RAMSAY MACDONALD, der gegenwärtige Obmann, ist durchaus kein Trade Unionist; dagegen hat tatsächlich ARTHUR HENDERSON, der neben MACDONALD als eine Macht in der Partei wirkt (und wahrscheinlich sein Nachfolger im Sekretariat sein wird), die Gelegenheit wahrgenommen, bei einem Bankett zu Ehren des Arbeiterpremiers von Australien öffentlich zu erklären, daß er ebenfalls Sozialist sei. Kurzum, die L. P. ist keine sozialistische Partei; aber jeder ihrer parlamentarischen Führer, ihr Sekretär, ihr Schatzmeister, ihr Haupteinpeitscher (G. H. ROBERTS) und ihre hervorragendsten Redner außer den schon genannten, KEIR HARDIE und WILL CROOKS (vielleicht der populärste und humorvollste Redner im Lande), sie alle sind samt und sonders Sozialisten; und obgleich es ohne Zweifel gewisse nicht so hervorragende

Arbeitervertreter gibt, die den Namen eines Sozialisten zurückweisen würden, so wiegt doch ihr Einfluß offenbar wenig neben dem ihrer Führer.

Was hat die Partei erreicht?

Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Wie die Dinge in England jetzt stehen, nimmt die Regierung selbst beinahe die ganze Zeit des Parlaments für sich in Anspruch. Um das Halbdutzend Tage, die für Initiativanträge von Abgeordneten zu ergattern sind, entspinnt sich heftiger Kampf, und nur solche Anträge, welche die zweite Lesung passieren, haben Aussicht, verabschiedet zu werden. Gesetze, die auf Anregung von Abgeordneten zurückgehen, sind demnach eine Seltenheit und auch, wenn sie vorkommen, von sehr geringer Bedeutung. Allein trotz dieser Hemmungen kann die L. P. auf einigen Erfolg hinweisen. Bei der Abstimmung von 1906 hatte sie Glück, und es gelang ihr, mit dem Beistand der Regierung nicht nur das Gesetz über die Arbeitsstreitigkeiten durchzubringen und den schon erwähnten Taff Vale-Fall in ihrem Sinne zu erledigen, sondern sie setzte auch — eine höchst wertvolle Errungenschaft! — das Gesetz durch, welches den bedürftigen Kindern der Elementarschulen die Verabreichung von Mahlzeiten aus öffentlichen Geldern sichert. — Auch zwei andere Anträge, die einen Teil der Parteiforderungen bildeten, gelangten zu gesetzgeberischer Verabschiedung: der eine über den Achtsturentag für Bergleute — eine bedeutsame Neuerung, weil sie die in England erste gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit darstellt. Die wichtigste aller Errungenschaften der L. P. war aber der Wages Boards Act von 1909: ein Gesetz, das erstmals auf der nördlichen Erdhälfte das Prinzip staatlicher Regulierung der durch Privatunternehmer gezahlten Löhne einführt. Es wurden nach australischem Muster Ämter errichtet, die den Minimallohn für jeden Betrieb, auf den das Gesetz nach der Durchführungsverordnung des Staatssekretärs Anwendung findet, fixieren. Die Zahlung geringerer als der so bestimmten und gehörig bekanntgemachten Löhne erscheint mit schwerer Geldstrafe bedroht. Diese revolutionäre Maßregel, die merkwürdigerweise im Unterhause ohne Widerstand durchging, hat sich in den Fällen,

in denen sie bisher zur Anwendung gekommen ist, als sehr wertvoll erwiesen und Lohnsteigerungen bewirkt.

Alle diese Anträge entsprangen zunächst der Initiative der L. P., fanden aber im weiteren Verlaufe die Unterstützung der Regierung und so die Möglichkeit gesetzgeberischer Verabschiedung.

Die Hauptarbeit, die von einer so kleinen Partei, wie es die L. P. ist, geleistet zu werden vermag, besteht darin, die Regierung zu stärken. Ihre Mitglieder behaupten, daß die Gesetze über die Altersversorgung (Old Age Pensions Act), die Errichtung kleiner Bauerngüter (Small Holdings Act), die Ausdehnung der Lohnvorschriften (Workmen's Compensation Act) nur ihrem Einflusse zu verdanken seien; und desgleichen, daß sie Kompromisse in der Budgetfrage und in bezug auf das Vetorecht der Lords verhütet sowie die Zustimmung der Regierung zur Gewährung von Abgeordnetendiäten erwirkt haben. Demgegenüber können freilich die Liberalen ihrerseits darauf verweisen, daß die liberale Regierung alle diese Neuerungen in Erfüllung ihrer der Wählerschaft gemachten Versprechungen vorschlug und förderte, daß hierin die Gegenwart oder Abwesenheit der L. P. keinen Unterschied gemacht hätte, und daß das Ergebnis auch dann kein anderes gewesen wäre, wenn die 42 Arbeitervertreter 42 Liberale gewesen wären. Allein das Manipulieren mit „Es hätte können sein“ hat in der Politik gar geringen Wert. Und jedenfalls ist das Eine sicher: Die Periode 5jähriger Tätigkeit der Arbeiterpartei war auch eine Periode höchst fruchtbarer fortschrittlicher Gesetzgebung, die nicht nur viel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter beigetragen, sondern auch durch das ausgezeichnete Budget LLOYD GEORGES die Kosten dieser Verbesserung auf die wohlhabendsten Klassen überwältzt und endlich England zum erstenmal zu einer wirklichen Demokratie gemacht hat, in welcher der Wille des Volkes, sobald er einmal entschieden ausgesprochen wird, sich auch zu behaupten vermag, ohne auf irgendeinen hemmenden Einspruch zu stoßen. An diesem großen Werke hat die L. P. ihren Teil und hat damit die Dankbarkeit der Nachwelt verdient. Jedenfalls sind die sozialen

Maßnahmen der Regierung in zahllosen Einzelheiten durch die amendierende Tätigkeit der Arbeitervertreter verstärkt und erweitert worden, deren Einfluß auf die Formulierung der Regierungsvorschläge, besonders in den Ausschüssen zur Beratung kleinerer Vorlagen, sehr bedeutsam gewesen ist.

Es ist nicht meine Absicht, von der Zukunft der L. P. zu sprechen. Das ist Aufgabe der Kritik, nicht aber desjenigen, dessen Votum einigen Anteil an der Gestaltung dieser Zukunft hat. Ein interessanter Punkt mag indessen berührt werden. Die unvermeidliche Folge der Einführung von Abgeordnetendiäten ist die Bestreitung der offiziellen Wahlausgaben aus öffentlichen Mitteln. In England muß die Nominierung der Kandidaten einige Tage vor der Wahl erfolgen; und sie ist nicht eher gültig, als bis der Kandidat den Beitrag zu den offiziellen Auslagen — eine Summe, die je nach der Größe des Wahlbezirkes und der Zahl der Kandidaten zwischen 200 und 400 Pfd. schwankt — voraus-erlegt hat. Hierdurch erscheint regelmäßig die Nominierung von Kandidaten verhindert, deren Rücken nicht durch zahlungsfähige Parteien gedeckt ist. Die Folge davon ist, daß nur in 2% aller Fälle um einen Parlamentssitz mehr als zwei Kandidaten sich bewerben. Im Anschluß an die Gewährung von Diäten und die Bezahlung der offiziellen Wahlauslagen aus öffentlichen Mitteln werden sich aber die Kandidaten unvermeidlich, besonders auf fortschrittlicher Seite, vermehren. Zu ihrem eigenen Schutz muß die liberale Regierung das moderne Äquivalent der Stichwahl, das Alternativotum, einführen. Wie wird dies auf die L. P. wirken? Jetzt verdankt sie viele Sitze dem Umstande, daß die Liberalen es vorziehen, statt den Konservativen einen Sieg über uneinige Gegner zu gönnen, den Sieg der Arbeiterpartei im Wege der „Stimmenzersplitterung“ zu verschaffen. Können aber Liberale und Arbeiter, ohne die Konservativen fürchten zu müssen, in die Schranken treten, so wird sich erst zeigen müssen: wer von beiden den Sieg zu behaupten vermag. In manchen Städten nehmen die Arbeiter wahrscheinlich Sitze ein, die den Liberalen gebühren. In einigen Landbezirken wieder, in denen Bergarbeiter die Majorität der Wähler ausmachen, könnte die L. P.

bei irgendeiner günstigen Gelegenheit die Liberalen verdrängen. Im ganzen neige ich zu der Meinung, daß die L. P. gegenwärtig mehr Mandate hat, als sie zu erringen imstande wäre, wenn unsere Wahlen nach deutschem System durchgeführt würden. Die künftige Demokratisierung unseres Wahlsystems wird also meines Erachtens eher von einer Schwächung als der Stärkung jener Partei begleitet sein, die unter allen die demokratischste ist.

Briefe Lassalles an Dr. Moses Hess ¹⁾.

Mitgeteilt und erläutert von

N. Riasanoff (Wien).

I.

In dem — jetzt dem Archiv der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in Berlin gehörigen — Nachlaß von JOHANN PHILIPP BECKER befinden sich auch die Briefe L.s an MOSES H. Als die Gattin des letzteren, Frau SYBILLE H., im Jahre 1880 aus Paris ausgewiesen worden war, reiste sie nach Genf, von wo aus BECKER mit Hilfe des alten Republikaners und ehemaligen Mitgliedes der Internationale, des Deputierten TALANDIER, ihr die Rückkehr nach Paris erwirkte. Als Dank dafür übergab sie BECKER die in ihrem Besitze befindliche Korrespondenz ihres Gatten.

Fragmente aus den im folgenden abgedruckten Briefen sind bereits aus den Artikeln von REINHOLD RÜEGG: „Aus Briefen an Johann Philipp Becker“ ²⁾ seit 1888 bekannt, aber auch sie nur mit Änderungen, die ihren Wert sehr stark beeinträchtigen. Im ganzen sind es 11 Briefe, die mit Ausschluß eines belanglosen in zwei Gruppen zerfallen: 4 (vom 27. VIII., 10. IX., 30. X. und 29. XI. 1863) und 6 (vom 9., 24. und 31. III.; 19. IV., ohne Tagesdatum, und 31. V. 1864).

Die Stücke der ersten Gruppe sind an M. HESS in Köln gerichtet. H. war dorthin zurückgekehrt, nachdem beim Regierungsantritt WILHELMS I. eine Amnestie erlassen worden war. Im Jahre 1862 hat er sein „Rom und Jerusalem“ veröffentlicht. Das hat ihn aber nicht gehindert, sich L., als dieser seine Agitation aufnahm, sofort anzuschließen. Schon im Mai 1863 ist er der Kölner Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins geworden. Er beteiligte sich an L.s Agitation nicht bloß organisatorisch, sondern auch in Wort und Schrift. Er hielt in verschiedenen Städten Vorträge, darunter einen Vortrag in Köln und Düsseldorf, der später unter dem Titel „Rechte der Arbeit“ im Druck erschien ³⁾. Mit Berufung auf L.s Frank-

1) Im folgenden erscheinen die Namen LASSALLE und HESS in L. und H. gekürzt. 2) In „Die Neue Zeit“, VI (1888), S. 449/63, 505/18, 558/69; die Briefe an H. speziell S. 516/17. 3) M. HESS, Rechte der Arbeit, Frankfurt a. M. In Kommission bei Reinhold Baist 1863. Das Vorwort ist datiert: Köln, 15. Juli 1863.

furter Rede vom 17. V. 1863 feiert er die Wirkungen der Staatsintervention, und aus der Anerkennung des Rechts auf Arbeit folgert er nicht nur eine Verbesserung der Lage des besitzlosen Arbeiters, sondern auch eine allmähliche Steigerung der Produktion überhaupt. Er schildert weiter die günstigen Folgen der allmählichen Verringerung des Zinsfußes — einer ebenso unbestrittenen, wie leicht erklärlichen Tatsache — und folgert hieraus, daß der wirtschaftliche Volksstaat in seinem eigenen und im Interesse der besitzlosen Arbeiterklassen handelt, wenn er positiv und direkt die Geschäfte aller produktiven Klassen auf alle mögliche Weise zu fördern suche. Denn je besser die Geschäfte überhaupt gingen, um so leichter und billiger könne er den besitzlosen Klassen Kredit verschaffen. An diese Ausführungen knüpft sodann H. eine Kritik der „philanthropischen Bestrebungen“ SCHULZE-DELITZSCH' an. Im Gegensatz zu den Anhängern der Selbsthilfe, die sich auf das Scheitern der Nationalwerkstätten und auf die Utopien der Sozialisten und Kommunisten beriefen, weist er auf das Fiasko der PROUDHONSchen Versuche hin: „Mögen die Herren der kleinbürgerlichen Selbsthilfe immerhin ihre politischen und ökonomischen Mittelchen in Anwendung bringen, wo sie können. Mögen sie aber auch uns, die wir nicht den allergeringsten Nutzen aus diesen Mitteln schöpfen können und dieselben überhaupt für durchaus unzureichend halten, den großen sozialen Übelständen abzuhelpen, unsere eigenen Wege gehen lassen! . . . Die Arbeiter, die nur die Anerkennung der Arbeitsrechte verlangen, welche die französische Revolution proklamiert hat, können ihre Fahne hoch emporhalten und dabei noch allen produktiven Klassen die Hand reichen. Mögen diese aber in die ihnen dargebotene Hand einschlagen oder nicht, unserer Fahne dürfen wir in unserem eigenen Interesse, wie im Interesse aller produktiven Klassen, in keinem Falle untreu werden. Sie ist das Panier vom Jahre 1789 und vom Jahre 1848: das Recht der Arbeit und das Recht auf Arbeit!“

Für L., dem sich in seiner Agitation nur vereinzelte Sozialisten angeschlossen hatten, der auf die Hilfe der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus nicht rechnen konnte und froh war, daß sie ihre Neutralität bewahrt hatten, war diese literarische und organisatorische Mitarbeit des ältesten Vertreters des deutschen Sozialismus, trotz dessen national-jüdischen Anwendungen in „Rom und Jerusalem“, sehr erwünscht. Wußte er doch, daß auch der gar nicht überradikale und gutmütige H. „einen Moment lang gewisse Aussetzungen über sein Nichtweitgenuggegangenensein“ gemacht habe. Und die H.sche Broschüre war ihm willkommen noch aus einem anderen Grunde. „Es ist gerade sehr gut und nötig — schrieb er an VAHLTEICH — daß nicht alles von mir allein gesagt werde, die Bewegung nimmt sonst vor Schafsköpfen die Gestalt einer bloßen Person an. Verbreiten Sie die Broschüre tüchtigst!).“

1) Vgl. B. BECKER, Geschichte der Arbeiteragitation F. Lassalles, Braunschweig 1875, S. 62.

Sein erster Brief an H. knüpft denn auch an dessen Rede an. Er überhäuft H. mit Komplimenten und benützt die Gelegenheit, um ihm die Grundsätze seiner Taktik zu erklären, sowie seine Stellung zu MARX und der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zu präzisieren. Der Brief fällt in die Zeit, in der L. seine taktische Wendung durchmachte und die Rede auf einsamen Spaziergängen am Meeresstrande in Ostende vorbereitete, die er während seiner Heerschau über die rheinischen Arbeiter hielt¹⁾. Am 31. August schrieb er HERWEGH: „Die Vorbereitungen, die, wie mir die Briefe der Bevollmächtigten melden, gemacht werden, sind wirklich großartig, und es scheint, daß Massen und Massen zusammenlaufen werden. Die Arbeiter des Wuppertals zittern schon vor Erregung, wie man mir schreibt“²⁾.

* * *

Lieber Heß³⁾! Mit wahrhaftem und großem Vergnügen habe ich ihre treffliche Schrift die „Rechte der Arbeit“ gelesen und kann nicht umhin Ihnen mein besonderes Compliment für dieselbe zu machen. Es ist mir jede Zeile da wie aus der Seele geschrieben und die Prägnanz des Ausdrucks und der Darstellung macht die Lectüre zu einem Genuß. Das gleiche Lob verdienen die Grenzen, die Sie gewahrt haben. Sie wissen, wie es mit dieser Bewegung gegangen, wie sie entstanden ist. Sie ist nicht eine theoretische, nicht von einem theoretischen Werke ausgegangene, sondern sie ist eben eine praktische Agitation. Hätte ich ein theoretisches ökonomisches Werk geschrieben — ich wäre natürlich ganz anders zu Werk gegangen. Ich war gerade im Begriff, ein solches zu beginnen als die Möglichkeit und Gelegenheit zu der praktischen Agitation von Leipzig aus an mich gebracht wurde. Fast zauderte ich [einen Augenblick] diese Gelegenheit zu benützen im Hinblick auf das für mich persönlich lothendere Ziel eines systematischen ökonomischen Werks, für welches nur — das sah ich sofort klar — durch die praktische Agitation fürs erste alle Zeit entzogen werden würde. Dann aber sagte ich mir: was ist nicht alles schon geschrieben und bewiesen und dennoch von der Welt fast vergessen worden! [Natürlich nur für die Gegenwart.] Durch ein [theoretisches systematisches] Werk wird wieder [nur] ein Fortschritt der Wissenschaft, eine Befruchtung der Geister in 30—50 Jahren erzielt! Hier dagegen bot sich die Gelegenheit einer grossen, praktischen, auf die gesammte Nation eindringenden Agitation. Es handelte sich darum, während die deutschen Köpfe à la Schulze Delitsch — darum war auch ihr Erstaunen so groß — jeden socialen Gedanken längst aus-

1) Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. Drei Symptome des öffentlichen Geistes. Eine Rede, gehalten in den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Barmen, Solingen und Düsseldorf von FERDINAND LASSALLE. Düsseldorf 1863. Schaubsche Buchhandlung (W. Nädelen).

2) FERD. LASSALLES Briefe an G. HERWEGH, Zürich 1896, S. 77 ff.

3) Die im folgenden kursiv gedruckten Stellen erscheinen in „Die Neue Zeit“ VIII, 516/17, verstümmelt wiedergegeben, die auch eingeklammerten [] überhaupt weggelassen.

gestorben und begraben glaubten — den Socialismus plötzlich wie durch einen Zauberschlag als politische Partei auftreten zu lassen: Eine theoretische Bewegung und eine praktische unterscheiden sich aber [nach meiner Ansicht] in folgender Weise. Bei einem theoretischen Werk handelt es sich darum alle Consequenzen des Princips, womöglich auch schon die allerletzte, zu ziehen. Je mehr ein Buch dieser Anforderung entspricht, desto besser ist es. Bei einer praktischen Agitation dagegen handelt es sich umgekehrt darum sich mit aller Kraft auf die nächste Consequenz des Princips, auf den ersten möglichen praktischen Schritt zu stürzen, aber auf einen solchen, in welchem das ganze und volle Princip bereits enthalten ist und unter entschiedenster Betonung und voller theoretischer Heraushebung dieses Princips. Hierdurch wird dann einerseits den Massen etwas Bestimmtes und Greifbares geboten, andererseits viele Menschen von unsystematischer „Billigkeit“ und halber Einsicht dafür gewonnen, jedenfalls etwas sofort und praktisch Mögliches als Zielpunct hingestellt, gerade dadurch bei den Gegnern eine viel grössere Wuth und Hass erweckt als wenn man schon viel weiter gehende Consequenzen als Forderung aufgestellt, die im Augenschein noch gar keine praktische Gefahr in sich schliessen, [durch diese Wuth gerade der rechte Boden für eine alle Köpfe umfassende Agitation — und somit doch auch für ein allgemeines Nachdenken — geschaffen, endlich, indem bereits das ganze Princip auch in diesem ersten und nächsten Schritt enthalten ist und sein muss, ein Schritt gethan, der sich nothwendig auch zu allen weiteren Consequenzen entwickeln muss, diese in sich schliesst und damit auch für das avancirteste theoretische Interesse der sympathische Boden geschaffen.]

Gerade dadurch dass ich nach diesem Recept zu Werke ging, glaube ich den großen Erfolg herbeigeführt zu haben, den unsere Bewegung schon hinter sich hat. Denn wie es auch mit unserer Anzahl stehe und weiter stehen möge — ein solcher Erfolg ist nicht zu leugnen. Er besteht aber schon in der Aufregung ohne gleichen, die ganz Deutschland ergriffen hat. Ohne den Verdiensten von Marx und der R. Rhein. Ztg. zu nahe zu treten, glaube ich doch sagen zu können, daß jetzt zum ersten mal eine sociale Partei in Deutschland besteht, die eine politische Bedeutung hat und eine Masse repräsentirt.

Es war mir Bedürfnis, lieber Freund, mich einmal mit Ihnen hierüber auszusprechen, da Sie einen Moment lang gewisse Aussetzungen über Nichtweitgenuggegangensein gemacht haben sollen.

Noch will ich mit besonderem Vergnügen hervorheben, daß auch Ihre Anschauungen über Frankreich ganz mit den meinigen übereinstimmen.

Es ist ein dringendes Interesse für unseren gesammten Verein, daß die Broschüre so stark als möglich verbreitet werde. Ich schreibe morgen darüber an Vahlreich. Haben Sie die Güte so fort an „Georg Herwegh in Zürich“ (diese Adresse reicht aus) 3 Exemplare unter Kreuzband zu senden. Auch wenn Sie mir noch 2 zukommen lassen wollten, würden Sie mich zu Dank verpflichten. Sind nach Breslau und Berlin an unseren Bevollmächtigten Exemplare geschickt?

Ich komme zwischen dem 20^{ten} und 30^{ten} Sept. nach Cöln. Näher werden Sie

den Tag meiner Ankunft durch Lewy erfahren (er ist jetzt noch nicht bestimmt). Diesen Brief ziehe ich vor Ihnen durch Lewy zugehen zu lassen, da ich Ihre genaue Adresse nicht zur Hand habe. Theilen Sie mir dieselbe doch mit.

Mit herzlichem Händedruck Ihr F. Lassalle.

Ostende 27^t. Aug.

Werden Sie in Cöln einen Stenographen für meine Rede besorgen können? Denn ich werde die Rede nicht vorher niederschreiben und sie dann doch brauchen. Ein Stenograph ist also eine unerläßliche Forderung. Bitte, antworten Sie mir darüber.

* * *

Lieber Heß¹⁾! Ich habe Ihren Brief jetzt, wie die Broschüre früher erhalten. Den „Gedanken“ hatte und lese ich schon lange nicht mehr. Vom Congreß von Gent weiß ich so wenig wie Sie: würde übrigens wohl auch sonst nicht hingehen, denn nur gar zu oft sind diese Congresse nur Eiterbeulen der liberalen Schwachkrankheit unserer Zeit. [Den Stenographen H. Herz kenne ich nicht. Kame er nicht, so suchen sie doch für alle Fälle einen Lehrer der Stenogr. zu gewinnen. Jedenfalls zeigen Sie Lewy an, dass Sie keinen Stenogr. haben, damit er umso mehr einen in Elberf. aufreibt, den ich dann mitbringen kann.

Nun zu einer Hauptsache: Alles was Sie mir von Ihrer sorgsamem vorbereitenden Thätigkeit für meinen Feldzug in Cöln sagen, gefällt mir sehr gut. Aber] das eine möchte ich noch dringend bitten, daß Sie am 20^t. früh — falls Sie in Cöln entbehrlich — bei meiner Rede in Elberfeld sind. Ich komme nehmlich wie Sie von Lewy wissen werden, am 18^t. in Düßf. an und spreche das erste mal in Elberfeld am 20^t. früh.

[Der Grund, warum ich — abgesehen von dem Vergnügen, das es mir machen würde — Ihre Anwesenheit sehr wünsche ist folgender.]

Ich unglückliche Redemaschine habe also in diesem Rheinischen Feldzug in Düsseldorf, Elberfeld, Solingen, Cöln zu sprechen. Es ist also natürlich, daß ich überall nur dieselbe Rede halten kann. (Dauer 2—2½ Stunden.) Die Rede nun, wie ich sie mir hier in einsamen Spaziergängen ausgedacht, ist eigentlich ganz und gar auf ein Publikum berechnet, in welchem von vornherein die leidenschaftlichen Anhänger weit überwiegen. [Ein solches Publikum werde ich unbedingt in Elberfeld, Solingen und Düsseldorf haben.] Und dort wird sie also, [wie ich jedenfalls glaube,] vorzüglich wirken. Ob sie nun aber auch die passende Rede sei für einen Ort wie Cöln wo ich auf ein so laues, nur bis zur Passivität gewonnenes Publikum rechnen muß — das ist mir zweifelhaft. Beiläufig — wo sind in Cöln unsere revolutionären Arbeiter von 48, wo die erstaunliche Popularität, die ich selbst dort hatte, hingekommen? Ubi sunt o pocula dulciora melle; [vixae pax et oscula u. s. w. ?]

Nun also, Sie, der Sie mit den jetzigen Cölner Verhältnissen näher vertraut sind, würden mir, wenn Sie in Elberfeld die Rede zuvor hörten, sagen können, ob

1) Vgl. oben S. 131 Anm. 3.

sie für die Kölner Stimmung angemessen. *Kann ich auch in Cöln nicht eine andere Rede halten, muß ich es auch im ganzen schon bei derselben lassen, so könnte ich sie doch modificiren, beschneiden, abändern.*

[*Um also Ihren Rath darüber zu hören, möchte ich Sie sehr gern in Elberfeld sehen.*] Die Rede ist eine Kriegssrede, gedacht im Geiste eines Generals an seine Armee und schauerlich einschneidend: doch *Beschreibungen nützen nichts.* [*Sie müßten um rathen zu können, zuvor sie in Elberfeld hören.*]

[*Auch deswegen wäre Ihre Anwesenheit sehr gut, damit Sie sofort eine Zeitungskorrespondenz darüber in diverse Blätter abgehen lassen könnten. Und Elberf. wird doch der Glanzpunkt sein durch die Massenhaftigkeit der Versammlung. Unsere 4—5 Blätter, ebenso auch die reaktionären Blätter, werden sie gern bringen.*

Nun mit den herzlichsten Grüßen Ihr F. Lassalle.

Öfende 10^t. Sept.]

[*Aus einem soeben eintreffenden Brief Lewy's ersehe ich, daß die Elberf. Versammlung auch erst Nachmittags 5 Uhr (am 20^{ten}), stattfinden wird. Lewy hofft — und ich auch — daß Sie in der Versammlung in Bagenbluel (?) neue Mitglieder gewinnen. Schreiben Sie uns darüber nach Düsseldorf.*]

II.

Die geplante Versammlung in Köln ist nicht abgehalten worden. H. hat dies den dortigen Mitgliedern durch gedruckte Plakate in folgender Weise erklärt:

„Da aus lokalen Gründen hieselbst immer nur Sonntags und Montags zahlreiche Arbeiterversammlungen abgehalten werden können, der am verflossenen Montag durch eine Halsentzündung verhinderte Präsident unseres Vereins, Herr LASSALLE, aber bereits die Verpflichtung übernommen hat, Sonntag den 27. d. M. in Solingen, den folgenden Montag in Düsseldorf, und den darauf folgenden Sonnabend in Hamburg zu sprechen, so ist es uns bei seiner dießmaligen Anwesenheit am Rhein unmöglich, unseren Präsidenten in Köln selbst begrüßen zu können.“

BERNHARD BECKER meint, daß L. „weniger diese Krankheit, als der Umstand, daß die Stadt von den Gegnern beherrscht wurde, davon abhielt, in Cöln öffentlich aufzutreten“¹⁾. Die Solinger Ereignisse machen diese Vermutung wahrscheinlich.

Am 2. X.²⁾ «sehr vergnügt und guter Dinge, froh» wie Platen singt, «im Vorgefühl der Bewältigung», ist L. nach Berlin zurückgekehrt, um seine Kräfte auf diese Zitadelle der Fortschrittler zu konzentrieren. Am 8. X. schreibt er an HERWEGH: „Und von Stund' an begeben sich mich daran, Berlin zu cer-

1) Vgl. BECKER a. a. O. S. 100. 2) Nicht am 8. X., wie H. ONCKEN in seiner L.-Biographie (2. Aufl. Stuttgart 1912, S. 387) meint. Das Zirkular an die Bevollmächtigten nach L.s Rückkehr ist aus Berlin vom 7. X. 1863 datiert.

nieren. Schon dieser Tage wird mit der Sappe begonnen¹⁾!“ Gleich nach seiner Freisprechung am 12. X. teilt er ROBERTUS mit, daß er bereits seine Operation begonnen mit einer „Ansprache an die Arbeiter Berlins“, die er in 2—3 Tagen aus der Druckerei erwarte²⁾. In 16000 Exemplaren gedruckt, ist sie sogleich beschlagnahmt worden. Am 27. X. fand die erste Sitzung der Berliner Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins statt. Ihre Zahl, die bei L.s Abreise in die Schweiz 5 betragen hatte und bis zum 5. VII. auf 20 angewachsen war, stellte sich am 30. X., von dem der gleichfolgende Brief datiert erscheint, auf 82³⁾.

* * *

Lieber Heß! Sie werden Sich vielleicht gewundert haben, noch keine Antwort von mir zu bekommen. Ich bin rein erdrückt von der Arbeit und der Briefschreiberei.

Die „Ansprache“ werden Sie erhalten haben. Wir sind jetzt in Berlin 82. Wie ich am 2^o. Oct. ankam, waren wir 10. Ich hoffe auch rasche Vervielfältigung.

Ihr Art. im „Nordstern“ über die Kölner Vorgänge hat mich sehr gefreut. Ebenso die vortrefflich geschriebene Proklamation, die Sie mir eingesandt haben. Ich habe Sie noch nicht erlassen, weil ich grade die „Ansprache“ in den Druck zu geben hatte und es besser ist, wenn sich die Dinge nicht in zu rascher Aufeinanderfolge drängen, damit jedes seine Wirkung erschöpfen kann.

Übrigens habe ich in Bezug darauf auch ein Bedenken — dasselbe Bedenken, daß Sie hervorheben, nur daß ich es noch stärker habe. Ich fürchte nehmlich, daß uns durch diese Ankündigung unsere jetzigen Blätter, Nordstern und Volksfreund schwierig oder rappelköpfig werden könnten. Sie würden jedenfalls in langen Briefen bei mir dagegen reclamieren, vorstellen, etc. etc.

Ist es nicht besser ein fait accompli hinzustellen, gegen das man dann nichts mehr thun kann und mit dem man sich daher leichter befreundet als wenn man noch dagegen remonstriren kann etc.? Denken Sie mal darüber nach — und schreiben Sie mir.

Wieviel Mitglieder zählen wir jetzt in Köln? Wie weit sind Sie also den 200 näher gerückt, die die Vorbedingung für die Verwirklichung unseres Planes bilden?

Schreiben Sie mir ferner ausführlich alles was geeignet ist mich über die gegenwärtige locale Stimmung in Köln au fait zu erhalten. Ich muß solche Briefe — wahrhaftigster Natur — fortlaufend bekommen, um die Strömung stets sicher beurtheilen zu können.

Berlin 30^o. Oct.

Ganz Ihr F. Lassalle.

1) Briefe an HERWEGH, S. 79.

2) Briefe an ROBERTUS, S. 87.

3) Vgl. BECKER a. a. O. S. 110, 115. E. BERNSTEIN (Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, I. Bd., S. 111) schätzt die Zahl bei L.s Rückkehr auf 50.

Die auf den 2. XI. anberaumte zweite Versammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins endete mit einem Skandal und wurde von der Polizei aufgelöst. Und bei dem Versuch am 22. XI., eine öffentliche Versammlung abzuhalten, wurde L. auf Befehl des Gerichts mitten im Vereinslokal verhaftet und erst nach drei Tagen gegen eine Kaution auf freien Fuß gesetzt. Der folgende Brief ist nicht datiert, aber aus seinem Inhalt folgt, daß er am 29. XI. geschrieben wurde.

* * *

Lieber Heß! Durch Sturm und Drang nun wieder seit einigen Tagen in Freiheit, immer aber erdrückt von Bergehoher Arbeit. Zur eigentlichen Arbeit, d. h. zu dem was ich darunter verstehe, zur theoretischen, komme ich gar nicht mehr und das ist mir das fatalste von allem.

Ihre Mittheilungen über den rüstigen Fortgang unserer dortigen Angelegenheiten haben mich sehr gefreut. Bis jetzt sind zwar nur 80 Mitglieder in Cöln wie Sie schreiben, ich erwarte daher umgehend von Ihnen Benachrichtigung, ob die Versuche in der Umgegend, in Kalk etc. geglückt sind und wie groß also jetzt unsere dortige Zahl.

Ihre Bemerkungen über Bürgers „glückliche“ Wiederherstellung kann ich nur theilen. Ein solcher Verräther verdient den Strick; hier wird alles Mitleid zur Sentimentalität. In dieser Hinsicht schicke ich Ihnen zum Spaß den Bericht eines anonymen Arbeiters über Sie ein, der Sie sehr amüsiren wird. Aber daß Sie, mein theurer Freund, die Gutmüthigkeit bis zum Fehler treiben, das zeigt Ihre „glückliche“ Wiederherstellung von Bürgers.

Ich muß schon bei den Westkalmücken bleiben und ihnen, sie mögen anfangen was sie wollen, das Terrain abklämpfen. Wir haben jetzt hier circa 210 Mitglieder, freilich darunter noch 20–30 Feinde und 30 Neugierige, aber doch mindestens 120 ganz ernsthafte Mitglieder, von denen wieder 50 mindestens absolut fanatisch sind. Immerhin also stehen wir hier, trotz der viel größeren Schwierigkeiten in Berlin und der entsetzlichen Anfeindungen immer eigentlich noch stärker da als in Cöln. — In den kleinen Städten greift der Verein außß stärkste um sich. In Ronsdorf sind wir fast circa 350 Mitglieder. In Großburg in Sachsen zeichneten sich neulich 105 Mitglieder an einem Abend ein etc.

Sonntag den 6. Dec. gehe ich hier wieder gegen die Westkalmücken los. Acht Tage Pause müßte ich machen, weil ich eigentlich auf Grund von Krankheit hauptsächlich die Freilassung gegen Kaution erwirkt hatte.

Diese Woche bekommen Sie Circulare über Circulare, zum Theil schon früher vorbereitet und durch meine Verhaftung etwas verspätet.

Adieu, Theurer! Sowie sie 200 Mitglieder und einen tüchtigen Führer dort haben, verseze ich Sie her zu den Westkalmücken!

Antworten Sie umgehend Ihrem F. Lassalle.

Sonntag.

III.

Es ist bekannt, daß am Ende des Jahres 1863 H. nach Paris reiste und von dort am 12. XII. an L. schrieb, daß er nicht zurückkehren werde¹⁾. Noch am 15. XI. hatte er in Mülheim a. Rh. eine Rede „Über socialökonomische Reformen“²⁾ gehalten — eine Fortsetzung seines Vortrages über die Rechte der Arbeit. Er beruft sich wieder auf L., der „in seinem politischen und ökonomischen Programm uns einen fruchtbaren Boden für die Entwicklung und Fortpflanzung jener Ideen gegeben, von deren Verwirklichung das Wohl der besitzlosen Klassen und die Zukunft unserer ganzen europäischen Gesellschaft abhängt.“ Nichts deutet in dieser Rede auf seine Absicht, Köln für immer zu verlassen. Er hatte noch einen Unterbevollmächtigten (einen gewissen Gau) für Mülheim ernannt. Und wir haben gesehen, daß auch L. noch am 29. XI., also einige Tage vor H.s Abreise, keine Ahnung von ihr hatte.

Was hat H. zu seiner plötzlichen Übersiedlung nach Paris bewogen? Gewiß nicht ein Zerwürfnis mit L. und auch nicht die Aussicht, unter die Westkalmücken versetzt zu werden. Die Beziehungen zwischen beiden blieben so freundlich wie früher, und H. bemüht sich auch in Paris, alles zu tun, was L. und dem Vereine nützlich sein kann; und er besorgte auch eine Übersetzung des „Bastiat-Schulze“, an dem L. mit fieberhafter Energie in der Zeit von November 1863 bis März 1864 arbeitete. Diese Übersetzung ist, nebenbei bemerkt, nicht im Druck erschienen, weil wahrscheinlich für sie kein Verleger zu finden war. Aus den unten folgenden Briefen in Paris sieht man auch, daß L. nur bemüht war, auf die öffentliche Meinung in Paris einzuwirken und H. seine neue taktische Wendung plausibler zu machen.

FUDIKAR, der in diesen Briefen so oft genannt wird, war ein von HILLMANN empfohlener junger Mann aus Elberfeld. Er erwies sich als sehr fähiger Agitator, und L. schrieb ihm, daß er nach Berlin kommen möge, und daß für ihn, bis sich eine Stelle fände, Wohnung und Kost bezahlt werden würden. L. erfüllte auch seine Zusage. Allein FUDIKAR setzte sich in den Kopf, daß ihn L. studieren lassen müsse, weil er die geschichtliche Mission habe, ein zweiter Napoleon zu werden. Als L. nicht einwilligte, bezichtigte er ihn des Geizes und erzählte überall, daß L. unter den Pantoffel der Gräfin HATZFELD sich nur schmiege, um dieselbe zu beerben. Um FUDIKAR los zu werden, gab ihm schließlich L. 40 Taler für die Reise nach Paris. Aber der vielversprechende Jüngling machte schon auf der ersten Eisenbahnstation Kehrt und kam bald nach Berlin zurück. Wie sehr nun damals L. bereits die Herrschaft über sich verloren hatte, erhellt daraus, daß er schon am 1. IV. 1864 eine polizeiliche Anzeige gegen FUDIKAR erstattete und vom Polizeipräsidenten

1) Vgl. BECKER a. a. O. S. 189. 2) M. HESS, Über sozialökonomische Reformen, Hamburg 1863. S.-A. aus dem „Nordstern“.

nach Darlegung des Tatbestandes forderte, den Rest von 29 Talern dem FUDIKAR polizeilich abnehmen und ihm zustellen zu lassen¹⁾.

* * *

Berlin 19/3. 64.

Potsdamerstr. 13.

Lieber Heß! Da ich aus Ihrem Brief an Fudikar entnommen habe, daß Sie noch keinen „Bastiat-Schulze“ bekommen, so sandte ich Ihnen noch gestern ein Exemplar. (Heute füge ich noch einige Ex. des bezüglichen Cirkular „Ansprache“ bei.) Das Buch macht in Deutschland famose Rabagen! Die 2500 Ex. starke Auflage wird binnen kurzem vergriffen sein.

Wäre es Ihnen nicht möglich einen französischen Buchhändler zu veranlassen, eine französische Ausgabe davon zu machen? Dies würde sehr gut sein. Geben Sie Sich Mühe und schreiben Sie mir darüber. Der franz. Ausgabe müßte dann eine Uebersetzung des „Antwortschreibens“, das ich deshalb beilege, anegirt sein. Antworten Sie gleich. *Eine franz. Ausgabe würde ein immenser²⁾ Nutzen für unsere Partei sein!*

Ihr F. Lajjalle.

* * *

Lieber Heß! Ich eile Ihren Brief zu beantworten. Zwar weiß ich nicht genau, in welcher Richtung Sie berichtet haben d. h. worüber Sie eigentlich Material wollen. Doch wird in meinem allgemeinem Geplauder jedenfalls mehr weniger auch das enthalten sein, was Sie brauchen.

Die Fortschrittlichen fühlen, daß sie eine geschlagene Partei sind und sind sehr matt geworden. Zweiten selbst soll neulich wo erklärt haben: „wir sind eine besiegte Partei“. Vielfach hört man von den Fortschrittlern solche Äußerungen wenn auch andere noch bemüht sind, den in ihnen selbst sinkenden Glauben an sich selbst krampfhaft festzuhalten.

Was die Regierung betrifft, so finden Sie in meiner Hochverrathssrede geschildert (zum Theil) wie sie bis in die neueste Zeit mit uns kokettirte. Dieses Liebäugeln hat noch keinen Umschwung ins Gegentheil gefunden, aber es ist in der letzten Zeit matter geworden.

Die Angriffe der Fortschrittsblätter auf die Regierung sind verstummt. Andererseits ist die Regierung sehr stolz auf ihre Erfolge in Schleswig-Holstein. Lebte der alte König von Dänemark noch heute, so stünde die Sache viel günstiger. Die innere Frage wäre dann nicht von der Tagesordnung verschwunden. Alles wäre auf dieselbe concentrirt geblieben. Die Regierung hätte keinesfalls eine neue Fortschrittstammer mehr einberufen können.

1) BECKER, B., l. c. S. 170—171.

2) In dem in „Die Neue Zeit“ VIII, 517 reproduzierten Fragment lautet dieser Satz: „Eine solche wäre immerhin von Nutzen für unsere Partei.“

Durch ihre entseztlich falsche Politik in der Schleswig-Holsteinschen Frage hat die Fortschrittspartei a) die Phantasie des Volkes ganz und gar von dem inneren Konflikt ab auf Schleswig-Holstein gerichtet und zugleich b) der Regierung, die doch gegenüber der Kleinstaateri der Fortschrittspartei und ihrer Wortberauschungen in Schlesw.-Holst. immer eine Art von Kraft gezeigt hat, die Möglichkeit gegeben eine gewisse Schwankung zu ihren Gunsten in der Volksmeinung herbeizuführen.

Die Zeitungsangriffe sind, wie gesagt, verstummt. Die Fortschrittsblätter bekämpfen sich sogar schon unter sich. Die „National-Zeitung“ zur Einsicht gekommen, daß mit der Kleinstaateri sich doch gar nicht gehen läßt, lenkt, von der Volksztg. bekämpft, in der auswärtigen Frage bereits in Bismarcks Politik um, worüber dessen Organe nicht wenig höhnisch triumphieren.

Hierauf und auf ihre relativen Erfolge im Kriege gestützt — Erfolge, die wenn sie auch nicht groß genug sind, um wirklich lange davon zu leben, doch immer groß genug sind, um einer Regierung diese Illusion zu geben — ist die Regierung wieder sehr sicher geworden. Ich halte es unter diesen Umständen für sehr möglich wie wahrscheinlich daß im Herbst die Fortschrittskammer von neuem zusammengerufen wird, was ohne die Schl. Holst. Geschichte eine Unmöglichkeit war. Ich weiß von guter Hand, daß die Regierung schon zur Oetrohrung des allg. und direkten Wahlrechts entschlossen war, um es einmal auch auf diese Weise zu versuchen. Seit 6 Wochen dagegen denkt man, daß man dies nicht nöthig hätte, daß man die Fortschrittlichen in Winter wieder zusammenberufen könne und diese dann hinreichend geknickt sein würden, um nachzugeben.

Ich schneide Ihnen die Rede des Königs aus, die er gestern bei Überbringung einer Loyalitätsadresse mit 100 000 Unterschriften hielt. Sie wird Ihnen meine Schilderung bestätigen können.

So hat uns der Krieg vorläufig, wie ich gleich in den Knochen fühlte und in meiner Schleswig-Holst. Resolution ausdrückte (diese kennen Sie doch noch?) großen Schaden gethan. Geht der Krieg weiter, d. h. entwickelt sich der Krieg zu einem Krieg mit Frankreich, so wird freilich dieser Schaden in einen noch viel größeren Nutzen schlagen. Vorläufig aber steht es so.

Was unsere Partei betrifft, so ist sie im mählichen Wachsen begriffen. Ich lege Schilderung einer vor kurzen gehaltenen großen Versammlung in den sächsischen Fabrikgegenden bei. Noch lebhafter in Rheinland. Hier in Berlin hat sich doch wenigstens ein kleiner fester Kern gebildet. Im Allgemeinen kennen Sie die Philistrität bei uns: der Bastiat-Schulze scheint Kavagen zu machen. Obgleich ich eine Auflage von 2500 Ex. habe drucken lassen, scheint es, daß wir in kurzer Zeit zu einer 2^{ten} Aufl. kommen werden. Bei den Intelligenzen hat er, wofür ich die Beweise habe, famos eingeschlagen. Selbst die Fortschrittler fühlen den Schlag in allen Gliedern und verhehlen es nicht, wo sie unter sich sprechen. Ihre Wuth gegen mich ist um so größer! So groß, daß die Volkszeitung sogar bei meinem neulichen Hochverrathsprozesse weder die Nachricht von dem Termin, noch auch nur nachher die Nachricht von meiner Freisprechung (— die anderen

Fortschrittsblätter hatten doch wenigstens diese in kurzer Notiz gebracht) brachte. Ein wirklich unerhörtes Factum: Um so komischer, wenn man dagegen hält, daß dieselbe Volkszeitung Anklage Act und Verhandlungen contra Greco, Imperatori etc. in großer Ausführlichkeit brachte 1).

Unser Bundeslied von Herwegh lege ich bei. Ich habe es von einem famosen Componisten componiren lassen und die Musik wird bereits in ganz Deutschland eingeübt.

Wir thun, was irgend möglich. Große Resultate aber sind bei der Langsamkeit unserer Landsleute ehe mächtige Ereignisse hereinsbrechen, ganz undenkbar. Von der Hochverrathsanlage — der Oberstaatsanwalt beantragte nur die Kleinigkeit von 3 Jahre Zuchthaus — bin ich jetzt los. 6 Criminalprozesse habe ich noch, mit denen ich wohl gleichfalls fertig werde. —

Schicken Sie mir gleich Ihren Artikel im Samedi über den Bastiat-Sch., dem ich mit Interesse entgegen sehe. — Ihnen erst ans Herz zu legen, alles was nur möglich für das Zustandekommen einer franzöf. Ausgabe zu thun, halte ich für überflüssig. Ich weiß daß Sie dafür denselben Eifer, wie ich selbst aufwenden werden. Daß ich die Uebersetzung mache, ist ja ganz unmöglich! Dazu beherrsche ich die franzöf. Sprache viel zu wenig. Aber freilich müßte mir die Uebersetzung vorgelegt werden, damit ich sie kritisiren kann. — Nun meinerseits die Frage: Was ist an der franzöf. Arbeiterbewegung, dem Manifest von Tolain? Ist es eine ernsthafte Bewegung oder nicht? Und falls die Sache eine ernsthafte sein sollte — woher kommt es, daß Tolain nur 350 Stimmen erhalten hat? Sind die Arbeiter dort auch fortschrittsangekränkt 2)?

Nun herzlichen Gruß: Leid thut mir Ihnen sagen zu müssen — aber ich glaube es Ihnen schuldig zu sein — daß Sie, falls Judikar nach Paris kommen sollte, und Sie etwas für ihn thun, sich in Acht nehmen müssen. Er ist bei weitem nicht der Junge, für den wir ihn zu halten geneigt waren. Daß er an einer unglaublichen Eitelkeit und an einer fast bis an Wahnsinn grenzenden Einbildung und Herrschsucht leidet — er spricht offen aus, er wäre zum Herrscher geboren, habe den Geist Napoleons I. in sich etc. etc. — wäre noch das Wenigste. Aber er lügt, lügt frech, ist sehr undankbar und verleumdet noch dazu! So hat er sich gegen mich benommen, der ich ihn hier 6 Monate auf meine Kosten gänzlich unterhalten habe. Ich habe ihm jetzt noch 40 Thaler gegeben um damit zu gehen, wohin er wolle — wahrscheinlich geht er zu Ihnen nach Paris — aber ich habe niemals Geld schlechter

1) Am 3. I. 1864 waren in Paris vier Italiener, GRECO und Gen. wegen angeblichen Komplotts gegen Napoleon III. verhaftet worden. Als Anstifter wurde auch MAZZINI angeklagt und am 30. III. 1864 in Contumaciam zur Deportation verurteilt. 2) Das „Manifeste des Soixante“, von mehreren späteren Führern der Internationale in Paris unterschrieben, ist in der „Opinion Nationale“ vom 17. II. 1864 veröffentlicht worden. Bei den Nachwahlen zum gesetzgebenden Körper kandidierte TOLAIN und erhielt am 21. III. ca. 500 Stimmen.

verwendet, als das, welches mich dieser Junge gekostet hat. Das braucht Sie nicht abzuhalten, etwas für ihn zu thun, denn er ist in dem Alter in welchem man sich noch bessern kann, und obgleich Undankbarkeit und Verleumdung grade in einem so jungen Gemüthe ein schlimmer Zug ist, nimmt er sich vielleicht die hier erhaltene Lehre — ich habe ihn heut fortgeschickt mit dem ausdrücklichen Verbot, mich je wieder etwas von sich hören zu lassen — zu Herzen und bessert sich. Aber ich wollte Ihnen meine Erfahrungen an ihm mittheilen, damit Sie das, was Sie für ihn thun, mit der gehörigen Vorsicht thun und nicht selbst unangenehme Erfahrungen machen. Adieu, Lieber, schreiben Sie bald

Berlin 24/3. 64.
Potsdamerstr. 13.

Ihrem F. Lassalle.

Sind die deutschen Arbeiter in Paris nicht Käufer für den Bastiat Sch.? Durch Ihre Vermittlung bei Baareinzahlung könnten sie ihn à 15 Sgr. erhalten. — Die Resolution in der Schlesw. Holst. u. Polnischen Sache, die ich Ihnen schicke, wurde damals nicht nur von sämmtlichen Gemeinden des Allgemeinen Deutschen N. V. sondern ebenso von dem Londoner deutschen Arbeiterverein einstimmig angenommen: jetzt auch von dem „deutschen republikanischen Volksverein in Genf“¹⁾.

Lieber Heß! Gestern früh — also 12 Stunden nach Fudikars Abreise — kam ein Brief an mich an, den ich meiner Gewohnheit nach ohne die Adresse zu beschauen öffnete und dann als an Fudikar gerichtet er sah. Er hatte wie gesagt abends vorher Berlin verlassen und sich wie ich höre zuerst nach Minden gewandt. Da ich seine Adresse nicht habe, sende ich Ihnen denselben zurück.

Dank für die Auskunft über Tolain. Es wundert mich übrigens daß Sie mir dieselbe durch Fudikar ausrichten lassen wollten, denn ich glaube Ihnen schon in meinem letzten Brief mitgetheilt zu haben, daß ich mich genöthigt gesehen ihm zu verbieten, je wieder den Fuß über meine Schwelle zu setzen oder mir zu schreiben.

Für heut schließ ich, der Übersetzung ihres Samebi „Artikels“ entgegensehend
Berlin 31/3. 64. Herzlichst Ihr F. Lassalle.

* * *

Lieber Heß! Ihr Artikel im „Journal des Actionnaires“ der so voller Güte und Freundlichkeit für mich ist, kam zufällig gerade am 11^{ten} April — d. h. an meinem Geburtstag — hier an, ein Geburtstagsgeschenk, für das ich Ihnen herzlich dankbar. Was mich dabei überrascht hat, ist das vortreffliche französisch, das Sie schreiben, und die famose Weise, in der Sie den Franzosen die Dinge mundrecht zu machen verstehen. Ich bin sehr gespannt auf die in dem Artikel selbst versprochenen Fortsetzungen desselben und werde veranlassen daß sie im „Nordstern“ etc. erscheinen, zu welchem Zweck ich auch die letzte No. bereits hingesandt.

Es fragt sich nun, ob Sie auf Grund dieses Artikels einen Pariser Buchhändler für eine französische Ausgabe gewinnen können. Ich will Ihnen in dieser

1) Unter Führung von JOH. PHIL. BECKER.

Sinſicht mittheilen, daß Louis Blanc, deſhalb an M. Lacroix (éditeur des Misérables) geſchrieben. Wenn dieſer ein Pariſer Verleger iſt (— ich weiß nehmlich im Moment nicht, ob er nicht vielmehr in Brüssel exiſtirt) ſo könnten Sie ihn wohl beſtimmen.

Ich ſehe in dieſer Sinſicht baldigen Mittheilungen von Ihnen ungeduldig entgegen. Eine franz. Ausgabe wäre ſehr wichtig.

Zwiſchen 5 und 7^t. Mai gedenke ich von hier abzureiſen, zuerſt nach Leipzig, dann an den Rhein wo ich bis Ende Mai bleiben werde.

Ich rechne mit Sicherheit darauf, noch vor meiner Abreiſe von Ihnen Nachricht zu haben.

Berlin 19/4. 64.

Mit herzlichſten Grüßen ganz Ihr F. Laſſalle.

* * *

Lieber Heß! Mein Verleger, Hr. R. Schlingmann, ein ſehr eifriges und wackeres Mitglied unſeres Vereines, hat eine Bitte an Sie, die er Ihnen beiliegend ſelbſt auseinanderſetzen wird, die ich Sie dringend bitte zu erfüllen.

Fortſetzung des Actionnaire Artikels nebst Ihrem lieben Brief und Ihrer Abhandlung über Kalchasbrief, die uns alle ſamos amüſirt hat, habe erhalten.

Wie ſteht es mit dem Projekt der franz. Herausgabe des Baſtiats? Sehe weiterer Anzeige nach Düſſeldorf (p. Adreſſe Guſtav Lewy, Wilkerſtr. 40) entgegen. Nach Paris kann ich jetzt u. in Dauer gewiß nicht kommen. Nach Leipzig u. dem Rhein reiſe morgen ab.

Sonnabend (8 Mai).

Ganz Ihr F. Laſſalle.

* * *

Lieber Heß! In Düſſeldorf habe ich eine belgiſche Zeitung bekommen, in welcher Sie ſich für mich brieflich mit Max Wirth herauspauden. Über meine Reiſeſchickſale werden Sie, wenn Sie in dem Stoß von Zeitungen, den ich Ihnen ſandte, nicht untergegangen ſind, jetzt unterrichtet ſein. Sehen Sie zu, was Sie daraus in franzöſiſche Journale bringen können. — Ich bleibe hier in Ems bis zum 26. Juni, wo ich nach Düſſeldorf gehe, um das Jahr Gefängnis, das man mir daſelbſt in 1^{er} Inſtanz zudiktirt hat, in II Inſtanz loszuwerden. Haben Sie noch gar kein Reſultat über die prognosticirte franzöſiſche Ausgabe des Baſtiat-Schulze zu melden?

Die Agitation greift um ſich. Jedenfalls erwarte ich von Ihnen baldigſt Antwort, hierher adreſſirt: Ems, in der Bavaria, Herzogthum Naſſau.

Ems 31 Mai 64.

Mit den herzlichſten Grüßen ganz Ihr F. Laſſalle.

Literaturbericht.

HERMANN ONCKEN, Lassalle. II. durchgearbeitete Aufl. Stuttgart, Fr. Frommanns Verlag 1912. 8°. 526 S. (5 M.)

ONCKENS Buch über LASSALLE darf mit gutem Fug den ersten Platz unter den bisher erschienenen L.-Biographien beanspruchen.

Dies nicht nur, weil es die ausführlichste und umfassendste Arbeit über Leben und Wirken des großen Agitators ist. Es ist ein sorgsam abgefaßtes Geschichtswerk, das keine Quelle unbeachtet gelassen hat, die Licht auf die behandelte Persönlichkeit und ihre Stellung im Geistesleben und dem politischen Getriebe ihrer Zeit wirft, und ist doch in keiner Weise pedantisch gelehrsam gehalten. Ohne sensationelle Schöngesteuer ist es — einige gelegentliche Breiten abgerechnet — sehr lebensvoll und anregend geschrieben. Es ist objektiv im guten Sinne: keine Apologie, aber auch frei von tendenziöser Krittellei, dem Sachlichen zugewendet und doch nicht farblos.

Diese Vorzüge traten schon bei der I. Auflage zutage. Sie zeichnen noch mehr die zweite aus, die von verschiedenen Unebenheiten der I. Auflage gereinigt und gegen sie um einiges ergänzende Material bereichert ist, durch welches das Bild L.s nicht unwesentliche Vervollständigung erfährt. Den Lesern dieser Zeitschrift ist ONCKEN als L.-Forscher nicht unbekannt. Er selbst hat aus öffentlichen und halböffentlichen Archiven sowie aus privaten Briefsammlungen Urkunden von Bedeutung für die eine oder andere Seite in L.s Welt und Leben herbeigeschafft. Mit Benutzung ihrer und der von anderen seit Erscheinen der I. Auflage seines Buches (1904) veröffentlichten Materialien hat er dieses Werk in verschiedenen Punkten berichtigt und es in bezug auf Zuverlässigkeit zu bisher unerreichter Höhe erhoben.

Damit ist indes noch nicht gesagt, daß seine Darstellung überall das Richtige trifft. Es ist nicht alles schon veröffentlicht, was auf das L.-Problem, wenn ich mich so ausdrücken darf, Bezug hat. Zwar ist es kaum denkbar, daß das Bild, das wir nunmehr von L. haben, durch irgendwelche noch unbekanntes Tatsachen in seinen wesentlichen Zügen verändert werden kann. Aber die unmittelbaren Antriebe und Zwecke einzelner Handlungen L.s stehen nicht schon außer aller Diskussion; und dann handelt es sich ja für die Biographie L.s nicht nur um diesen allein, sondern auch um die Personen, mit denen er in Beziehung stand, und die Natur dieser Beziehungen.

Um einen Punkt von sekundärer Bedeutung herauszugreifen. Wie schon in der I. Auflage, läßt ONCKEN auch in der neuen Sophie von Hatzfeldt im Jahre 1861/62 L. zum Eintritt in die politische Arena antreiben (I. Aufl. S. 211, II. Aufl. S. 252). Ich weiß nicht, welches seine Quellen für diese Behauptung sind. Es ist aber nicht unmöglich, daß sie hauptsächlich auf eine von mir in der einleitenden Skizze zur Gesamtausgabe von L.s Reden und Schriften gemachte Bemerkung sich stützt. Die vor kurzem im „Zeitgeist“, der literarischen Montagsbeilage des „Berliner Tageblatts“, veröffentlichten Briefe Sophie Hatzfeldts an Emma Herwegh sprechen indes sehr gegen jene Annahme. Sie zeigen die Hatzfeldt in viel größerer geistiger Abhängigkeit von L., als man bisher geglaubt hat, und im allgemeinen mehr darauf bedacht, ihn vom Parteikampf wider die bürgerliche Demokratie zurückzuhalten, als ihn zur Aufnahme einer eignen politischen Agitation aufzumuntern. Sie setzt seinen darauf gerichteten Schritten keinen sehr energischen Widerstand entgegen und spricht ihm nach erfolgter Tat sogar ihre Glückwünsche aus, aber in ihren Briefen an Emma Herwegh, wo sie sich gehen läßt, äußert sie mehr Besorgnis um seine Sicherheit und innere Ruhe, als den Wunsch ihn als Parteiführer zu sehen. Sie ist sein Chorus, unter Umständen seine Geschäftsträgerin, aber nichts deutet auf einen Versuch von ihrer Seite, ihn anders politisch zu leiten, als wie etwa eine Mutter ihren eigenwilligen Sohn vor gefährlichen Wagnissen zu bewahren sucht. Aus einem Brief L.s an Georg Herwegh vom 9. II. 1862 geht hervor, daß Sophie Hatzfeld von Berlin abwesend war, als L. die ersten Schritte unternahm, die zu seinen Vorträgen „Das Arbeiterprogramm“ und „Über Verfassungswesen“ führten, und ebenso war sie fern von Berlin, als L. mit dem Leipziger Arbeiterkomite verhandelte und das Offene Antwortschreiben abfaßte.

Mit größerem Takt und größerer Vorsicht als alle bürgerlichen Schriftsteller, die vor ihm über L. geschrieben haben, behandelt ONCKEN das Verhältnis von L. zu MARX. Die sozialistische Literatur über dieses Verhältnis und die verschiedenen zur Veröffentlichung gelangten Briefe, die Licht auf sie werfen, sind von ihm gebührend berücksichtigt worden. Daher bleibt der Leser unbehelligt von Gegenüberstellungen nach dem Muster der einst so beliebten Schablone: hier der nationale Sozialist L. und dort der nationalen Existenzfragen gleichgültig, wenn nicht feindselig, gegenüberstehende internationale Sozialrevolutionär MARX. ONCKEN führt die Gegensätze, die zwischen dem zur Mannheit herangereiften L. und MARX bei der Stellungnahme zu nationalen Streitfragen zutage treten, mit Recht auf tiefer liegende Verschiedenheiten ihrer geschichtsphilosophischen Anschauungen, sowie auf Unterschiede in der Beurteilung gegebener Kräfte und auf die Verschiedenartigkeit der praktischen Zwecke zurück, die der eine und der andre jeweilig im Auge hatten. Bei diesem Kapitel ist, wie z. B. bei Behandlung des geistigen Verhältnisses von L. zu FICHTE, die II. Auflage gegenüber der I. bereichert und

der Stoff in ihr zweckmäßiger verteilt. Es ist nur natürlich, daß der bürgerliche Historiker, dessen politisches Heim wir offenbar im Nationalliberalismus zu suchen haben, in der Kritik der Politik L.s und MARX' zu Sätzen gelangt, gegen die jeder Sozialdemokrat sich auflehnen wird. Aber nicht darauf kommt es in einem literarhistorischen Werk an, ob das politische Verdikt des Verf. über die behandelte Persönlichkeit und ihre Handlungen richtig ist oder nicht, sondern ob die Momente, auf Grund deren ein Urteil überhaupt gefällt werden kann, in der möglichen Vollständigkeit und zutreffenden Beleuchtung vorgeführt werden. Wenig Zweck hat es daher, mit ONCKEN in einer Rezension darüber zu rechten, ob, in welcher Hinsicht und bis zu welchem Grade L.s politische Zwecke geschichtlich berechtigt, d. h. mit den großen Kulturanforderungen im Einklang, dem Inhalt nach realisierbar und den Zeitverhältnissen nach angezeigt waren, und ob sie mit diesen Kriterien in Widerspruch standen, sobald nur die objektiven und subjektiven Voraussetzungen, die L.s Handeln bestimmten, die rechte Behandlung erfahren haben.

ONCKEN läßt z. B. in dem interessanten Kapitel, wo er die Beziehungen L.s zu Bismarck behandelt und die beiden Männer selbst in Parallele stellt, Bismarcks Position gegenüber L. sehr viel stärker erscheinen, als sie m. E. in Wirklichkeit war. Gewiß hatte der Minister mehr Trümpfe in der Hand, als der an der Spitze eines nur erst kleinen Heeres von Anhängern stehende und von der gesamten liberaldemokratischen Partei bitter befehdete L. Aber die Politik Bismarcks lief auf ein Wagnis hinaus, bei dem es unter Umständen für das Gelingen sehr darauf ankommen konnte, wie sich die werdende Arbeiterpartei zu ihm stellte. Wenn Bismarck die Verhandlungen mit L. zeitweilig stocken ließ, so geschah das nicht sofort im Bewußtsein einer großen Übermacht über diesen, sondern weil er selbst gar nicht so sicher war, bis zu welchem Punkt er den Kampf mit der Kammer werde durchführen können, und in diesem Bewußtsein den Gedanken eines Kompromisses mit der liberalen Kammermehrheit nicht außer Augen lassen mochte. Auch wäre eine zu große Intimität mit dem „revolutionären Juden“ wenig nach dem Geschmack des einflußreichen Flügels der preußischen Aristokratie gewesen, mit dem Bismarck damals zu rechnen hatte. Man erinnere sich der Ängstlichkeit, mit der der Bismarck nahestehende Kreuzzeitungs Wagnere darauf bedacht war, jeden Anschein einer politischen Konnivenz gegenüber L. zu vermeiden, als er dessen Antwort auf seine Rezension des Bastiat-Schulze zum Abdruck brachte. Für WAGENER lag um so mehr Anlaß zur Reserve vor, als in jenem Moment — Juni 1864 — die politische Sachlage sich schon zugunsten Bismarcks verschoben hatte, der nun, nachdem L. durch Überbietung seines Gegensatzes zur kleinbürgerlichen Demokratie einen seiner Trümpfe aus der Hand gegeben hatte, bis auf weiteres mit diesem spielen konnte, wie die Katze mit der Maus. So aber war die Situation im Spätherbst 1863, als L. mit Bismarck in Verbindung trat, noch nicht beschaffen. Der Fehler L.s war, daß er die politische Situation, soweit die innere Politik in Betracht

kam, zu sehr unter dem Gesichtspunkt eines Duells zwischen Königtum und Bourgeoisie beurteilte, bei dem für das Erstere es sich um einen Triumph mit fliegenden Fahnen handelte, während faktisch auf der Seite der Regierung ebensowenig wie in den Reihen der liberalen Bourgeoisie der Wunsch bestand, den Kampf bis zum Äußersten zu treiben. Im übrigen gibt auch ONCKEN zu, soweit er von seinem politischen Standpunkt aus das tun kann, daß in bezug auf die politische Maßregel, wegen der L. Verhandlung mit Bismarck suchte und die Bismarck schließlich im Norddeutschen Bund verwirklicht hat: die Einführung des demokratischen Allgemeinen Wahlrechts, zwar die ersten Erfahrungen gegen L. und für Bismarck zu sprechen schienen, das weitere geschichtliche Wirken aber L. Recht gegeben hat. Der nationalliberalen Denkweise ONCKENS entspricht es, daß er die an gewissen ultraopportunistischen Handlungen L.s von Sozialdemokraten geübte Kritik gern als Doktrinarismus abtut und in den betreffenden Schritten L.s Beweise überlegener geistiger Freiheit und realistischeren Urteils sucht. Indes ist der Gegensatz zum Opportunismus keineswegs notwendig Doktrinarismus oder Prinzipienreiterei. Es ist oft mehr eine Frage des Taktes als eine solche irgendwelcher Doktrin, ob der Führer einer radikaldemokratischen Partei gewisse Handlungen begehen darf oder nicht. Und in der Tat waren die Handlungen, welche die sozialdemokratische Kritik L. zum Vorwurf macht, fast durchgängig im wesentlichen Verstöße gegen den politischen Takt. L. entbehrte in dieser Hinsicht eines schon im Empfinden liegenden Maßstabes und trieb daher leicht von einem Extrem ins andere. Das ist es auch namentlich gewesen, was die Differenzen zwischen ihm und MARX bis hart an einen Bruch trieb. Denn zu einem wirklichen Bruch zwischen den beiden Männern ist es nie gekommen.

In bezug auf das persönliche Verhältnis von L. zu MARX ist das letzte Wort noch nicht gesprochen und kann es gar nicht gesprochen werden, ehe nicht noch eine Reihe von Urkunden veröffentlicht sind, die vorläufig noch in Verwahrung der Eigentümer oder deren Erben sich befinden. Dazu gehört vor allem der Briefwechsel von MARX. Bisher kennt man fast nur solche Urteile von MARX über L., die nach dessen Tode geäußert wurden und meist durch politische Polemik verursacht worden waren. Infolgedessen sieht man politische Differenzen eine größere Rolle als trennendes Moment zwischen MARX und L. spielen, als ihnen in Wirklichkeit zugefallen ist. Sie waren hier nicht der primäre Faktor. Aus den Briefen L.s an MARX merkt man es heraus, daß letzterer viel früher als in jenen Jahren, wo es zur ernsthaften Polemik über politische Fragen zwischen ihm und L. kam, sich diesem gegenüber eine gewisse Reserve auferlegte. ONCKEN spricht unter Bezugnahme auf den Brief L.s an Marx vom 11./12. III. 1860 von Anklagen aus Düsseldorfer Kommunistenkreisen, gegen die sich MARX gegenüber verteidigen zu sollen L. empört habe und gebraucht dabei das Wort „Flüchtlingstratsch“. Jene Anklagen mögen nun völlig oder zum großen Teil unberechtigt gewesen sein, und meiner Ansicht nach waren sie in der Tat mindestens das Letztere. Aber

man ist es MARX schuldig, abzuwarten, ob er auch nur berechtigt war, sie kurzerhand zu ignorieren, als sie vor ihn gebracht wurden. Zufällig weiß ich, daß sie auf einen berühmten Gesinnungsfreund L.s, der als nichts weniger denn misstrauisch bekannt ist und dem sie zur gleichen Zeit wie MARX vorgelegt wurden, damals tiefen Eindruck machten. Auch selbst wenn MARX sich sagen konnte, daß sie wahrscheinlich übertrieben waren, konnten sie darum doch solcher Natur sein, daß sie immerhin für jemand, der nicht in der Lage war sie näher zu untersuchen, einen Grund abgaben, mindestens für eine Zeit eine gewisse beobachtende Zurückhaltung L. gegenüber walten zu lassen. Kommen nun zu solchen substantzierten Berichten Dritter noch eigene Mitteilungen L.s über Schritte von so zweifelhafter politischer Unanfechtbarkeit hinzu, wie seine Eingabe an den Prinzregenten wegen Zurücknahme seiner Ausweisung aus Berlin, so müssen sie jenen notwendigerweise ein gewisses Relief geben, und es ist eher bemerkenswert, daß MARX trotzdem L. nicht fallen ließ, als dass er aus ihnen lediglich den Schluß zog, L. gegenüber sei etwas Zurückhaltung am Platze.

ONCKEN hat aus dem Umstand, daß in der Sammlung der Briefe L.s an MARX eine Mitteilung über die vorerwähnte Eingabe fehlt, den naheliegenden Schluß gezogen, daß L. den Schritt absichtlich vor MARX geheim gehalten habe. Wie F. MEHRING kürzlich in der „Neuen Zeit“ schrieb, ist aber dieser Schluß irrig. Aus einem Brief von MARX an einen Parteifreund gehe hervor, daß L. MARX vor der Eingabe unterrichtet habe und nur der Brief verloren gegangen sei. Für die Beurteilung L.s ist diese Tatsache der Mitteilung an MARX sehr charakteristisch. Sie zeigt, daß er sich entweder nicht bewußt war, mit dem Schritt eine politisch anfechtbare Handlung begangen zu haben, oder jedenfalls seinen politischen Freunden gegenüber sein Gewissen salviairen wollte.

Auch die theoretische Kritik, die ONCKEN an L. übt, fordert zu manchem Widerspruch heraus. Dem Buch als darstellendem Geschichtswerk gegenüber kommt das aber nicht stärker in Betracht, als wie die Anfechtbarkeit der von ONCKEN geübten politischen Kritik. Wesentlich ist, ob die theoretischen Anschauungen und Arbeiten L.s richtig vorgeführt und die Fragen prägnant gestellt sind. Und in dieser Hinsicht wird das Buch hohen Anforderungen gerecht. Es ist eine gewissenhafte Arbeit, die überall die geistesgeschichtlichen und politischen Zusammenhänge, die für L.s Denken und Handeln in Betracht kommen, anschaulich heranzieht, dem Menschen, wie seiner Umwelt ihr Teil gibt, der Geschichte wie der Persönlichkeit gerecht zu werden sucht. Sie macht eine vom sozialistischen Standpunkt geschriebene erschöpfende L.-Biographie nicht überflüssig, sondern läßt es nur um so wünschenswerter erscheinen, daß eine solche nun auch geschrieben wird. Aber bis wir sie haben, kann niemand, der sich gründlich über L. informieren will, ONCKENS Buch ignorieren.

Berlin.

ED. BERNSTEIN.

EDUARD ROSENBAUM. Ferdinand Lassalle. Studien über historischen und systematischen Zusammenhang seiner Lehre. Jena, Gustav Fischer, 1911. 8°. 214 S. (5,50 M.)

Versuche, auf Grund von LASSALLES Schriften und Briefen systematische Darstellungen seiner Lehren abzufassen, sind schon wiederholt unternommen worden und dadurch gerechtfertigt, daß ein grosser Teil von LASSALLES Veröffentlichungen Gelegenheitsäußerungen sind, in denen er nur vereinzelte Stücke von dem gab, was er selbst vorhatte in größeren Werken systematisch darzustellen, und daß einheitliches, auf Vorarbeiten gestütztes Denken sich in diesen Äußerungen kundgibt. Es ist ferner nur natürlich, daß sich diese Versuche von Zeit zu Zeit wiederholen, da das Quellenmaterial sich erweitert und neue Gesichtspunkte gewonnen werden. Während aber die Verfasser früherer Bearbeitungen dieser Art sich darin Beschränkungen auferlegten, daß sie immer nur bestimmte Seiten von LASSALLES Denken und Wirken zur einheitlichen Darstellung zu bringen suchten, verspricht der Verf. des vorliegenden Buches, uns den wissenschaftlichen Extrakt aus dem ganzen Lebenswerk LASSALLES zu bieten und dieses Werk historisch zu würdigen. „Was hier also versucht wird,“ heißt es bei ihm in der Einleitung, „ist nicht eine Systematik seines (d. h. LASSALLES, d. R.) Denkens, sondern eine Systematik seiner Lehre, dies Wort wie von altersher verstanden als eine Einheit von geistigem Schauen und von lebendigem Wirken. LASSALLE erscheint nicht als ‘Wissenschaftler’ und nicht als ‘Künstler’, sondern gleichsam als eine Synthese beider, als ein Mensch, der das Leben in des Lebens Sphäre schöpferisch zu gestalten sucht.“

Das ist das Programm einer geistesgeschichtlichen Biographie. Es ist aber im Buch nur zum Teil durchgeführt. Der Verf. läßt es im wesentlichen bei Vorführung und kritischer Betrachtung der Elemente von LASSALLES wissenschaftlich-literarischem und politisch-agitatorischem Wirken bewenden. Und auch da stoßen wir auf allerhand Lücken. So wird zwar bei Gelegenheit von Einzelfragen mancherlei über LASSALLES Verhältnis zu HEGELSchen Sätzen gesagt, aber eine systematische Darstellung vom Einfluß HEGELS auf LASSALLES Denken im allgemeinen, vom grundsätzlichen Verhältnis LASSALLES zur HEGELSchen Philosophie erhalten wir nicht. Der hierfür in Frage kommende Abschnitt des Buches — „Lassalle in geistesgeschichtlichem Zusammenhang“ — behandelt eingehender nur LASSALLES geistiges Verhältnis zu RICARDO, ROBERTUS, MARX, LOUIS BLANC, eine Auswahl, die höchstens genügen könnte, wenn LASSALLE nur als Ökonom und Politiker des angewandten Sozialismus zu betrachten wäre, hinter dem hier laut Programm Nötigen aber sehr zurückbleibt. Man weiß, in wie hohem Grade LASSALLES Auffassung vom Sozialismus und der Politik beeinflußt war durch seine Geschichtsphilosophie, und darum durfte eine eingehende Kennzeichnung seines geistigen Zusammenhangs mit den großen deutschen Philosophen ebensowenig unterbleiben, wie die seines Zusammenhangs mit Ökonomen und Sozialisten von Bedeutung.

Daß sie nicht geliefert wird, ist nun weniger Folge mangelnder Orientierung des Verf. als von allerhand bedenklichen Fehlern in der Verteilung seines Stoffes. Es fehlt dieser systematischen Darstellung sehr an Systematik. Die Kapiteleinteilung ist verschiedentlich irreführend. In einigen Kapiteln findet man wenig von dem, was man gemäß der Überschrift in ihnen suchen würde; in andern werden mehr Fragen erörtert, als die Titel vermuten lassen, und vergebens wird man nach einheitlichen Gesichtspunkten in der Methode des Erklärens der bedeutungsvollen Sätze LASSALLES forschen: historische, logische und psychologische Erklärung wechseln ohne ersichtliche Regel in der Wahl der Methoden miteinander ab. Ebenso vermißt man grundsätzliches Eingehen auf die geistige Genesis LASSALLES.

Das sind große Mängel bei einem Buch, welches mit einem Programm wie das oben zitierte vor den Leser tritt. Ungleich günstiger kann das Urteil jedoch lauten, wenn man das Buch auf Grund seines Titels einfach als „Studien“ nimmt. Im einzelnen bietet es viel Lesenswertes. Der Verf. zeigt sich in den Disziplinen, von denen die zitierten Schriften und Aussprüche LASSALLES handeln, zu Hause und analysiert oft mit Glück. Auf mancherlei in den Schriften LASSALLES wird neues Licht geworfen, so daß das Buch im ganzen als ein schätzbarer Beitrag für das Verständnis der Lehre LASSALLES bezeichnet werden kann. Allerdings fehlt es auch nicht an Bemerkungen, die zum Widerspruch herausfordern. So z. B., wenn R. auf S. 25 im Anschluß an OPPENHEIMER RICARDOS historische Färbung des Lohngesetzes als „Produkt des schlechten Gewissens der Bourgeoisie“ hinstellt, oder auf S. 120 LOUIS BLANCS Anrufung des Staates „eine demütige Bitte der Armen und Mittellosen an eine Macht“ nennt, zu der sie „noch keine Beziehung“ hatten. LOUIS BLANCS „Hommes du peuple, l'état c'est vous!“ scheint ihm unbekannt geblieben zu sein. Auch ist es mindestens ein arger Flüchtigkeitsfehler, wenn auf S. 113 bei Besprechung von LASSALLE „Über Verfassungswesen“ die Liste von sozialen und politischen Machtfaktoren, die LASSALLE dort als solche des gegebenen preußischen Staates aufzählt, als die Liste der Machtfaktoren des modernen Staates schlechthin bezeichnet wird. Und ähnliches mehr.

Eine vom Verf. als Exkurs II gegebene Zusammenstellung der Bücher, die GUSTAV SCHÖNBERG nach dem Tode LASSALLES laut testamentarischer Ermächtigung aus dessen Bibliothek auswählte, gewährt dadurch einen interessanten Einblick in LASSALLES geistige Werkstatt, daß zugleich die Randbemerkungen und Auszeichnungen angeführt werden, die LASSALLE in verschiedenen dieser Bücher vorgenommen hatte, und was der Verf. im Exkurs I in bezug auf das Thema „Lassalles Abhängigkeit und Arbeitsweise“ sagt, wird man im wesentlichen zu unterschreiben haben.

Berlin.

EDUARD BERNSTEIN.

Dr. JOHANNES KINKEL, Die sozialökonomischen Grundlagen der Staats- und Wirtschaftslehren von Aristoteles. Leipzig, Duncker und Humblot 1911. 8°. 192 S. (4 M.)

In dieser „den modernen Historikern Altgriechenlands“ gewidmeten Schrift wird in etwas weitschweifiger Weise der richtige, aber nicht gerade neue Gedanke zu begründen versucht, daß der Idealstaat von Aristoteles ein reaktionärer gewesen ist. Im Hinblick auf die zerrüttenden Wirkungen, welche die Geld- und Verkehrswirtschaft Athens hervorgerufen hat, wie da sind die Vernichtung des mittleren Grundbesitzes, die Ausbeutung durch Händler und Schiffsreeder, die Abhängigkeit Athens vom Auslande, verlangt der große Philosoph die Rückkehr zur Naturalwirtschaft, die Selbstgenügsamkeit des Staates, die Vorherrschaft des Mittelstandes der Grundbesitzer. Der Verf. unterstützt diese Thesen mit einem reichen Materiale aus der Wirtschaftsgeschichte Athens. Voraus geht eine „Einleitung“, enthaltend eine Übersicht der Auffassungen der Aristotelischen Staats- und Wirtschaftslehren seit den ersten Kommentatoren. Den Schluß bildet eine Darstellung der Evolution dieser Lehren und ihrer Einwirkung bis auf die Gegenwart, welche vom Verf. in interessanter Weise an der katholischen Staats- und Wirtschaftslehre demonstriert wird. Die kritische Übersicht der Literatur und Polemik zwischen den Nationalökonomern (bes. BÜCHER) und Historikern (bes. ED. MEYER und BELOCH) über Verkehrswirtschaft und Handel in Altathen beendet die Schrift K.s, der Fleiß und stilistische Begabung nicht abgesprochen werden kann. Überflüssig scharf ist stellenweise die Polemik, so gegen A. ONCKEN (S. 87) und gegen BÜCHER (S. 133).

Wien.

ADOLF MENZEL.

EDUARD BERNSTEIN, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 3 Bände. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1907/10. gr. 8° V—404; VI—359; V—439 S. (à 5, resp. geb. 6,25 M.)

Wenn das Buch B.s nur einen lokalen Ausschnitt aus einer Parteigeschichte enthielte, so würde man berechtigt sein, den Umfang seiner drei Bände zu beanstanden und das Interesse daran lediglich dem lokalen Kreise der Partei zu überlassen. Aber es handelt sich um mehr. Man könnte sogar den Titel des Buches umkehren und sagen: Geschichte der deutschen, genauer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, dargestellt an und in einem großstädtischen Paradigma. Und wenn auch weder die Führung noch die geistigen Antriebe bei Berlin lagen, wenn die Reichshauptstadt auch keineswegs die typischen oder die entwickeltsten Formen der Arbeiterprobleme verkörpert, so ist doch das großstädtische Paradigma wegen seines äußeren Umfanges, wegen seines Reichthums an divergierenden Tendenzen und wegen seiner unmittelbaren Reibung mit den von der Zentrale ausgehenden Gegenkräften von besonderer und

symptomatischer Bedeutung. Nirgends wird daher auch der Stoff reichhaltiger vorhanden sein, nirgends das historische Anschauungsmaterial so farbenreich und vielfältig sich ausbreiten lassen.

B., der im Auftrage der sozialdemokratischen Vertrauensmänner Berlins schreibt und sich hinwiederum als Vertrauensmann seiner Genossen fühlt, hat dieses Material in reichstem Maße zur Verfügung gehabt. Er will vor allen Dingen eine geordnete Materialsammlung vorlegen. Ob sie in jedem einzelnen Falle sich in den richtigen Grenzen hält, mag dahingestellt sein; gegenüber der Faksimilierung von Mitgliedskarten und Strafantragsformularen wird man das Recht auf Verewigung vielleicht zu weit ausgedehnt finden; aber auch sie sind schließlich für den Leserkreis in der Partei persönlichste Andenken erlebter Leiden und Freuden. Und alles zusammen stellt ein Stück deutscher Kulturgeschichte dar. Ein Stück Kulturgeschichte der Massen und Tiefen, aber an den Stellen, wo sie in Bewegung geraten, an Selbstbewußtsein gewinnen und durch schwere materielle Not, durch Fanatismus und Roheit hindurch, letzten Endes doch auf dem Wege nach oben geistig und ethisch, politisch und materiell vorrücken. Und darum haben auch die geringeren Dokumente dieses Prozesses einen gewissen bleibenden Wert. Selbst die vielen Porträts möchte ich nicht missen, da sie als Ganzes genommen das historische Anschauungsmaterial berechtigt unterstützen; von den hohlwangigen und grobknochigen Fanatiker- und Idealistenköpfen der früheren Jahrzehnte führt der Weg zu Gruppenbildern, die eine ausgesprochene Bürgerlichkeit atmen und manchmal selbst von bourgeois Sattheit nicht weit entfernt bleiben. Der Gegenstand und die Anlage des Buches bringen es mit sich, daß es sich nicht um führende Persönlichkeiten gruppiert. Es handelt eher, wie B. es ausspricht, von der großen anonymen Masse, in deren Unübersehbarkeit und Eintönigkeit die führenden Männer absorbiert werden; in dem Heere der Namenlosen aber schieben sich immer wieder neue Leute voran, es vollzieht sich ein ununterbrochenes Aufsteigen und Abtreten, ein Ausdehnen und Differenzieren der Organisationen, bis aus ihnen schließlich der bürokratische Mechanismus der heutigen Parteimaschine erwächst, der mit den älteren staatlichen und militärischen Hervorbringungen hierarchischen Beamtentums auf deutschem Boden verblüffende Ähnlichkeiten aufweist.

In erster Linie will B. die Tatsachen mitteilen und auf das verzichten, was er den literarisch-subjektivistischen Aufputz nennt, was aber doch auch eine Gestaltung des Stoffes unter freieren und geistigeren Gesichtspunkten, selbst eine Objektivierung und Sublimierung des Gegenstandes bedeuten könnte, deren der Soziologe und Theoretiker B. an sich sehr wohl fähig gewesen wäre. Statt dessen bekennt er sich eher zur parteimäßigen Bindung seines Urteiles, er spricht als Historiker über die Personen und Institutionen der Partei nicht mit derjenigen geistigen Freiheit, die er sonst gegenüber ihren Ideen und Zielen als Politiker zu üben pflegt; er sieht vollends davon ab, die Gegenseite, den Staat und die andern Parteien, zu ihrem in seinen Augen immer-

hin doch relativen Rechte kommen zu lassen. Genug, er schreibt wie ein Kriegshistoriker, der dem einen Lager selber angehört und zu dessen Fahnen hält: der seine schriftstellerische Absicht auf die eine rechtfertigende, anspornende, aufreizende Wirkung eingestellt hat. Diese Generalabsicht einmal zugegeben, muß man anerkennen, daß seine Urteile, wie bei einem Manne von seiner innerlichen Veranlagung nicht anders zu erwarten ist, von mehr Maß und Gerechtigkeitssinn getragen sind, als wenn sie etwa durch das Temperament MEHRINGS gesehen wären: B. verfügt auch dem ihm schriftstellerisch überlegenen Parteigenossen gegenüber über mehr Geschmack. Indem aber das Buch ausschließlich nach den Quellen der einen Partei geschrieben ist, nach ihren Akten und Zeitungen, schleppt die Darstellung doch ein gutes Stück von dem Stimmungsgehalt und von den Werturteilen des Momentes, und zwar des leidenschaftlichsten Momentes, mit sich. Da kann es nicht anders sein, als daß manche Irrtümer mitsamt ihren parteiischen Folgerungen ohne jede Nachprüfung übernommen werden, zumal wenn es sich um Persönlichkeiten und Vorgänge der gegnerischen Lager handelt. Um nur ein verhältnismäßig harmloses Beispiel dafür zu haben, lese man die Art, wie im Zusammenhange des Dühringkonfliktes und des Jahres 1877—1878 die Berufung TREITSCHKES nach Berlin vorgeführt wird: „So verschrieb man sich denn von Leipzig her den braven Treitschke, der ja in bezug auf geistige Bekämpfung der Sozialdemokratie schon das Menschenmögliche geleistet hatte“ (I, 34). Damit läßt sich B. eine völlige Verschiebung der ursächlichen Zusammenhänge zuschulden kommen; denn in Wirklichkeit war TREITSCHKE schon Ostern 1874 von Heidelberg nach Berlin übergesiedelt, und zwar aus anderen Gründen berufen, als die naive Selbstüberschätzung der sich immer im Mittelpunkt sehenden Sozialdemokratie wähnt; die Polemik mit SCHMOLLER aber, die B. ersichtlich im Auge hat, setzte erst nach seiner Berufung ein. Völlig unerlaubt wird die Verschiebung, wenn unmittelbar danach die Regelung von TREITSCHKES Gehaltsansprüchen in einem Tone besprochen wird, der in der sozialdemokratischen Tagespresse beliebt sein mag, aber unter B.s Niveau bleibt und einem Manne wie TREITSCHKE gegenüber, wie jeder Kenner weiß, gänzlich unangebracht ist.

Der I. Band umfaßt die Zeit von 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. Von einer Berliner Arbeiterbewegung, wie der Autor sie im größten Teile seines Werkes auffaßt, von einer Bewegung auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei, kann man in den ersten Jahrzehnten natürlich nicht reden. Die ersten Kapitel über die Arbeiter in der Bewegung von 1848/49 (S. 1—68), in der Reaktionszeit von 1849—1858 (S. 69—92) und in der Zeit der neuen Ära von 1858—1862 (S. 93—107) sind also dem Buche mehr äußerlich angefügt. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Berlin braucht einen weiter hinaufreichenden Stammbaum, und da er fehlt, so wird er aus dem dazu geeignet erscheinenden Material konstruiert. Aber wollte B. eine solche Vorgeschichte schreiben, so mußte er sie doch

tiefer fundieren, die Schilderung der Arbeiterlage nicht unvermittelt seit 1847/48 einsetzen lassen, und er mußte vor allem die Revolution von 1848 unter einer größeren Perspektive auffassen als von dem ganz unselbständigen und ganz sekundären Anteil der Berliner Arbeiter aus. Immerhin bringen die Zusammenstellungen manches interessante Detail, wie den aus Wolffs Revolutionschronik genommenen Bericht über die Volksversammlung vom 26. März und die Reden der Handwerker und Arbeiter; und die eine Tatsache, daß einer der Barrikadenkämpfer, der Drechslergeselle Gustav Hesse, der am 18. März 1848 den Sturm auf das Landwehrzeughaus leitete (man findet ihn Bd. I, 21 mit dem Kranz an der Fahne wie einen Marathonsieger abgebildet), sich nach kurzer Zeit als Konstabler anwerben ließ, sagt uns mehr als langatmige Erörterungen über die Psyche des Berliner Arbeiterstandes von 1848. Die Jahre von 1863 bis 1870, die Agitation LASSALLES, die auf dem Berliner Boden schlechterdings keinen festen Fuß zu fassen vermochte, und dann die Jahre der Schweizerischen Parteileitung, die neuerdings systematisch in dem Buche von GUSTAV MAYER durchgearbeitet sind, enthalten auch noch nicht viel Neues, sondern beschränken sich wesentlich auf die Rekapitulation. Erst mit dem Jahre 1871 setzt die Periode ein, für die das Buch einen selbständigen Quellenwert beanspruchen darf. Aus diesen ersten sechs Jahren des neuen Reiches fallen mir zwei Tatsachen als besonders bemerkenswert auf. Einmal die vollendete Programmlosigkeit der Regierung und der städtischen Selbstverwaltungsbehörden gegenüber den unmittelbar nach dem Kriege schärfer auftretenden sozialen Nöten, wie der Wohnungsnot. Daß dem so war, hat ja seine guten Gründe: eine Regierung, eine Bureaukratie und auch Parteien, die mehrere Jahrzehnte rein politisch, nach der nationalen Einheits- und Verfassungsfrage hin orientiert waren und orientiert sein mußten, konnten nur langsam wieder für die sozialen Fragen das richtige Augenmaß gewinnen. Daneben sind von besonderem Interesse die Auseinandersetzungen zwischen Lassalleanern und Eisenachern, die in diesen Jahren gerade in Berlin am heftigsten tobten. Für den damaligen Stand sozialdemokratischer Programmforderungen ist das Wahlflugblatt der Lassalleaner vom Dezember 1873 sehr charakteristisch; man forderte progressive Einkommensteuer, und zwar mit einer Progression, die schon bei 4000 Taler Einkommen 60 %, also 2400 Taler Steuern betrug: kein Wunder, daß das Bürgertum einmütig nur von dem „Teilen wollen“ der Sozialdemokratie sprach.

Ein allgemeineres Interesse erweckt dann die Beurteilung der zum Sozialistengesetz führenden Vorgänge, der Attentate auf Kaiser Wilhelm I. Es ist leicht zu beweisen, daß die sozialdemokratische Partei als solche mit den Attentaten Hödels und Nobilings nichts zu tun hatte, ja daß für die Partei diese Verbrechen ebenso widersinnig als ungelegen waren; es mag auch sein, wie von MEHRING und BEBEL behauptet wird, daß Hödel, der Mitglied der sozialdemokratischen Partei war, gerade zwei Tage vor dem Attentat wegen Unterschlagungen aus der Partei öffentlich ausgeschlossen

worden war. Aber es ist doch eitel Spielerei der sozialdemokratischen Autoren, Hödel als christlich-sozial und Nobiling gar als nationalliberal anzusprechen. Selbst B. spricht von dem ersten Attentat leichthin als von einem „Vorkommnis“, das Bismarck außerordentlich gelegen gekommen sei. Er täuscht sich aber über die Imponderabilien, die in einem monarchischen Staate eine lebendige und berechtigte Macht sind. Er verschließt seine Augen dagegen, daß die Atmosphäre der fanatischen Verhetzung, aus der die Attentate der beiden verkommenen Schwachköpfe hervorgingen, von der sozialdemokratischen Agitation erzeugt worden war und daß diejenigen, die diese Atmosphäre erzeugten, auch für die über ihre Absichten hinausreichenden Weiterwirkungen zwar nicht die strafrechtliche, aber doch die politische Verantwortlichkeit trugen; weder damals ist in der Presse eine absolut eindeutige Lossagung der Partei von der Propaganda der Gewalt erfolgt, noch hat die heutige Geschichtsauffassung der Partei den Mut, diesen festen Strich zu ziehen. Es ist der verhängnisvolle Irrtum, dem sich radikale Führer und Bewegungen immer wieder hingeben. Sie arbeiten mit dem Agitationsmittel der wildesten Aufpeitschung der Instinkte gegen den bestehenden Rechtszustand, sie verdanken diesen politischen Methoden einen guten Teil ihres Erfolges und ihres Anhanges. Sie möchten aber niemals für die Konsequenzen ihrer politischen Methoden beim Kopfe genommen werden. Eine Partei, die den baldigen Losbruch der sozialen Revolution theoretisch proklamiert und den Glauben daran praktisch in die Köpfe der Massen hämmert, treibt ein Spiel mit dem Feuer; sie glaubt vielleicht das Spiel mit dem Feuer nicht entbehren zu können, aber sie darf sich nicht wundern, wenn der umspringende Wind auch einmal die verheerenden Flammen in das Gebäude ihrer eigenen Organisationen treibt.

Es ist sehr bequem, von dieser zentralen Frage der politischen Verantwortlichkeit alles abzuschieben auf eine Nebenfrage: auf die Art der Ausnützung der Attentate durch Bismarck, etwa die angeblich lügenhafte Verwertung eines Geständnisses von Nobiling, über die sich nach dem vorliegenden Material nichts Bestimmtes sagen läßt. Auch B. vergißt, sich klarzumachen, wie sich die Vorgänge von oben ansahen. Der durchaus glaubwürdige Geheimrat CHRISTOF VON TIEDEMANN erzählt in seinem Buche „Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei“, S. 256, daß kurz nach dem Attentat Hödels sich in seinem Bureau „ein damals viel genannter sozialdemokratischer Agitator melden ließ, der in alle Geheimnisse seiner Partei eingeweiht war und wohl mit zu ihren eigentlichen Führern zählen durfte. Er hatte schon vor längerer Zeit meine Bekanntschaft gemacht und mir wiederholt wertvolle Berichte aus dem sozialdemokratischen Lager geliefert. Die Mitteilungen, die er mir an jenem Abend machte, waren so umfassender Art und gewährten einen solchen Einblick in die weitaussehenden Pläne der sozialdemokratischen Parteileitung, daß ich mich, obwohl mein Besuch dies in Abrede stellte, des Eindrucks nicht entziehen konnte, das Hödelsche Attentat sei nur der Vorläufer weiterer direkt gegen den Bestand der Monarchie gerichteter Angriffe. Daß Hödel der

sozialdemokratischen Partei angehörte, bestätigte mir der Agitator übrigens ausdrücklich.“ Ich gebe zu, daß der Historiker sich auf einem Boden, auf dem Geheimagenten, Spitzel und Doppelspione sich begegnen, nicht mit Sicherheit bewegen kann, aber so viel steht fest, daß man, ohne die Akten selbst, die der Regierung vorliegenden Informationen, zu kennen, über die Motive Bismarcks nicht urteilen kann. Die führenden Männer der Sozialdemokratie wurden damals von den Attentaten peinlich überrascht, und auch heute werden die beiden Verbrecher von der Partei energisch abgeschüttelt. Damals waren die Dinge immerhin noch derart im Flusse, daß bald darauf einer der gerade in Berlin bekanntesten Agitatoren, der Reichstagsabgeordnete JOHANN MOST „Hödel und Nobiling als großartige Helden verherrlichte, deren Ruhm noch erstrahlen werde, wenn kein Mensch mehr von solchen Wichten wie Bebel und Liebknecht sprechen werde.“ (II, 46). B. verwirft allerdings einen „Revolutionarismus, der ganz und gar nicht den deutschen Verhältnissen entsprach“ (II, 20), wie er sich diplomatisch ausdrückt. Im Jahre 1878 war vielleicht noch nicht entschieden, ob die Bewegung auf MOST oder auf BEBEL hinauslaufen würde. Für den Staat aber gibt es gegenüber solcher Gefahren schlechterdings nur den Zwang zum Handeln. Jeder bestehende Rechtszustand, gleichviel ob eines monarchischen oder republikanischen Staates, wird, wenn er in seinen zentralen Institutionen gefährdet wird, zu den stärksten Repressivmaßnahmen greifen, und der Gang der Dinge bringt es mit sich, daß dann nicht nur die unmittelbar Schuldigen strafrechtlich belangt werden, sondern auch die politisch Mitschuldigen die politischen Konsequenzen zu tragen haben. Das war zu allen Zeiten so. Der französische Konvent verfuhr so mit einer hysterischen Überspannung blutrünstiger Energie. Nach dem anarchistischen Haymarket plot in Chicago im Jahre 1894 war die ganze amerikanische öffentliche Meinung auf den Ton dieser Argumentation gestimmt. Und wenn einmal der Zukunftsstaat in Erfüllung gehen sollte (woran ich nicht glaube), so würde ich ihm eine äußerst harte Hand zutrauen gegenüber dem leisesten Versuch einer kapitalistisch rückfälligen Propaganda, aus deren Mitte man in das Allerheiligste der kollektivistischen Produktionsweise gewaltsam einzudringen trachtete.

Genug, der Rückschlag nach den Attentaten war unvermeidlich, so unmaßig auch die strafrechtlichen Überspannungen in der überhitzten Atmosphäre, die dem erschütternden Erlebnis folgte, sich bemerkbar machten. Daß der Rückschlag aber in dem Sozialistengesetz zu einer dauernden Institution von unabsehbaren politischen und wirtschaftlichen Nebenwirkungen nicht für einige Jahre, sondern für mehr als ein Jahrzehnt wurde, das schoß nun wieder weit über das Ziel hinaus.

Der II. Band, die Geschichte des Sozialistengesetzes in Berlin von 1878 bis 1890, „die heroische Periode“, wie die Partei sie nennt, scheint mir, so sehr auch sein Inhalt sich manchmal in einem Wüste von Kleinigkeiten zu verlieren droht, der historisch wertvollste und ergiebigste zu sein. Es gibt

kein eindrucksvolleres Paradigma für die Anwendung und die Wirkungen des Sozialistengesetzes, für die von ihm aufgerufenen Kräfte und Gegenkräfte als das Berliner. Nicht nur der Gesetzgeber und der Strafrechtslehrer, vor allem der Politiker, wenn er will, vermag aus diesem Beispiel zu lernen. Gewiß reicht der mitgeteilte Stoff nicht aus, um aus ihm allein ein objektives Bild der wirklichen Hergänge zu entwerfen. Alles ist von unten her, aus den Kreisen und aus der Stimmung der Verfolgten und Gehetzten gesehen, die notwendige Gelegenheit zur Kontrolle fehlt fast regelmäßig, und was von den Werturteilen und dem Stimmungsgehalt des ganzen Werkes gesagt wurde, das gilt besonders von diesem Bande. Wir haben uns zu hüten, in jedem einzelnen Falle die Regierung und ihre polizeilichen Ausführungsorgane ungehört zu verdamnen. Jeder Kenner der Geschichte und der Menschen weiß, daß wenn eine bestehende Gewalt und der von ihr anerkannte und geschützte gesetzliche Rechtszustand in einem unterirdischen Kleinkriege angegriffen wird, sie mit den in solchem Kleinkriege üblichen und Erfolg versprechenden Mitteln reagieren wird. Diejenigen, die diesen Kampf provoziert haben, sollten die ersten sein, diesen Zusammenhang von Ursache und Wirkung ohne Sentimentalität anzuerkennen.

Aber selbst wenn man manches abzieht von dem Gesamteindruck, den die Anwendung des Sozialistengesetzes in Berlin macht, so bleibt genug übrig, um die politische Wirkung des Gesetzes negativ zu beurteilen. Es ist nicht gute Politik gewesen, denn sie scheiterte und die Sozialdemokraten blieben Sieger über das Gesetz — wenn auch nicht über die dahinterstehenden Kräfte der staatlichen Ordnung, wie sie heute wohl wähnen. Es ist am letzten Ende auch keine konservative Politik gewesen. Der Glaube an das Sozialistengesetz ist unter den Parteien, die an seinem Zustandekommen oder wenigstens später an seiner Erstreckung mitwirkten, mehr oder minder ins Wanken gekommen. Die Lektüre dieses Bandes ist dazu angetan, auch unter den überzeugtesten Gegnern der Sozialdemokratie die Reste solcher Gläubigkeit zu beseitigen und die Neigung zum Einschlagen ähnlicher Wege in der Zukunft zu ersticken. Ja diese ganze Periode, die für unser heutiges politisches Denken schon fast so abgeschlossen hinter uns liegt wie die Konfliktzeit, würde etwas völlig Trostloses und Mißlungenes in unsern Augen bedeuten, wenn nicht die eine gewaltige Folie, die Versicherungsgesetzgebung desselben Jahrzehntes, auch sie von demselben ungeheuren Willen, der die Verfolgung leitete, geschaffen und vielleicht in diesem Umfange nur in dieser Gesamtkonstellation möglich, gleichzeitig durchgebracht worden wäre. Und auch sie gehört, mit allen ihren Nachwirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft, dazu, um ein objektives Gesamtbild zu gewinnen. Aber eben dieses Korrelat mit seinen allerdings allmählich eintretenden Wirkungen kommt in dem Buche B.s zu kurz. Selbst für die Reelung des Politikers BISMARCK hängen Sozialistengesetz und Sozialpolitik auf das Engste ineinander. Kurz vor dem Erlaß der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 besprach

ein augenscheinlich von dem Reichskanzler selbst inspirierter Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 12. November das Ausnahmegesetz sehr skeptisch, da sein politisch-wirtschaftlicher Ertrag allein der liberalen Bourgeoisie, dem wirtschaftlichen Erbfeinde der Arbeiterklasse zugute käme, und verkündete den Entschluß der Regierung, durch Befriedigung der gerechten Forderungen der Arbeiter den gesunden Kern der sozialistischen Ideen zu verwirklichen und dadurch der revolutionären Richtung der Sozialdemokratie den Boden zu entziehen; seien die Reformen durchgeführt, so werde auch das Gesetz vom 21. Oktober 1878 unnötig werden (II, 78). Das war mehr als Spiegelfechtereier oder Bauernfang, es war ein Programm. In diesen Sätzen sehen wir, wenigstens für einen Moment, die Kontinuität mit BISMARCKS politischem Denken von 1863/64 aufblitzen und gewinnen einen Einblick in seine letzten politischen Ziele, die selbst mit dem Sozialistengesetz mehr als die Ausübung bloßer brutaler Gewalt bezweckten.

Dem entsprach auch die Anwendung des Gesetzes: nirgends kann man die von der Gesamtpolitik aus berechneten Schwankungen in der Praxis der Anwendung lehrreicher beobachten als auf dem Berliner Schauplatz. Das Gesetz war ja zeitweilig nicht ohne Aussicht, die politische Organisation der Sozialdemokratie zu zertrümmern. Die Auflösung griff zunächst, bevor die neuen Methoden des Widerstandes ausgebildet waren, weit und breit um sich, Abtrünnigkeit aus Überzeugung und aus niederer Gewinnsucht blieb nicht aus. Dazu kam, ein Angriff mehr von der Flanke her, die antisemitische und christlich-soziale Agitation, die vor allem auf dem Berliner Boden die breiten Massen womöglich noch wilder aufwühlte und aufwühlen durfte. Es blieb schließlich nicht ohne Eindruck, als gleichzeitig die sozialpolitische Gesetzgebung einsetzte. Jetzt sollte auch die Probe auf das Exempel gemacht werden, und die Regierung verriet, daß sie auf dem Instrument des Sozialistengesetzes verschiedene Tonarten zu spielen vermochte und die Sozialdemokratie, insofern sie in erster Linie die Fortschrittler angriff, schon ein wenig gewähren lassen, ja, wenn sie die „revolutionäre Richtung“ ausstieß, wieder in Gnaden annehmen wollte.

Auf die Dauer aber schlug die Berechnung BISMARCKS, das politische, also das demokratische Moment aus der Partei auszutreiben, ebenso fehl, wie er in dem Bestreben gescheitert war, das politische Moment aus der katholischen Parteibildung zu eliminieren. Immer mehr begann das Sozialistengesetz umgekehrt zu wirken, als es im Sinne seiner Urheber gelegen hatte. Der Zwang der Verfolgung hatte sich längst als ein Zwang zum Zusammenschluß, ja als eine Erziehungsmethode herausgestellt, in der die Lauen versagten und die Starken aufrecht standen, und ideale Antriebe wie Opferwilligkeit, Treue und Ehrgefühl zur Geltung kamen. Wider den Sinn seiner Urheber erwies sich das Gesetz als ein starker Hemmschuh auch für die legitime Wahrung der materiellen Arbeiterinteressen, indem es den gewerkschaftlichen Zusammenschluß fast überall unterband und in dem Kampfe um den Arbeits-

vertrag den Unternehmer begünstigte; vielleicht nur diese tatsächlich eintretende Begünstigung machte die Arbeitgeber und die Parteien, in denen sie vertreten waren, damals gefügig, ihren Teil an den Lasten der Arbeiterversicherung auf sich zu nehmen. Die Ausführung des Gesetzes aber nötigte die Behörden zu einer Verschärfung der Mittel, die auf der Gegenseite eine skrupellose und verhöhnende Umgehung der Autorität einbürgerte und in erneutem Rückschlage auch die Polizei zu immer bedenklicheren Abwehrgewohnheiten wie der Verwendung von agents provocateurs verführte. So blieb nichts anderes übrig, als das Gesetz einzuschränken oder aufzuheben — wenn man es nicht verschärfen wollte. Auch dazu war BISMARCK bereit. Eine Vorlage vom Januar 1888 forderte für fünf Jahre neben anderen Verschärfungen, daß gegen die berufsmäßigen Agitatoren und andere auf Grund des Sozialistengesetzes verurteilte Personen die Aufenthaltsbeschränkung bezw. Internierung und im Falle der Teilnahme an verbotenen Vereinen oder an Versammlungen im Auslande, die der Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen dienten, die Entziehung der Staatsangehörigkeit verfügt werden könnte (II, 239 f.). Diese Überspannung, die auf die Einführung der Strafe Verbannung hinauslief, stieß im Reichstage jedoch auf Widerspruch; es scheint, als ob diese über dem letzten Verlängerungsversuch von 1890 heute fast vergessene Episode schon zu den äußersten Plänen BISMARCKS hinüberleitete.

Die Anwendung des Sozialistengesetzes war es schließlich, die die Idealisten in Scharen auf die Seite der Verfolgten trieb. B. verweilt mit einem gewissen Stolz bei der für den Ausgang der achtziger Jahre charakteristischen Tatsache, daß ein großer Teil der jungen, neue Formen suchenden Dichtergeneration im Lager oder in der Nähe der Sozialdemokratie stand: die WILHELM BÖLSCHKE und RICHARD DEHMEL, die ARNO HOLZ und JOHANNES SCHLAF, die Brüder HART und OTTO ERNST, die GERHART HAUPTMANN und OTTO ERICH HARTLEBEN, KARL HENCKELL und BRUNO WILLE. Es waren die Jahre, wo auch der Österreicher HERMANN BAHR gegen SCHAEFFLES Schrift „Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie“ seine „Einsichtslosigkeit des Herrn Schäffle“ schrieb. Das Merkwürdige ist nur, daß für alle diese Männer die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie nur ein Durchgangsstadium blieb — eine Erscheinung, mit deren Gründen B., sich soviel ich sehe, nicht beschäftigt. Die Abkehr ist begreiflich bei Leuten, bei denen die Sympathie nicht tief saß und allein in dem Bourgeoishaß des Antiphilisters wurzelte, wie etwa bei HARTLEBEN: „ich glaubte zeitweise Sozialdemokrat sein zu müssen“¹⁾. Aber auch die innerlicheren Naturen wandten sich, der eine nach dem andern, bald wieder ab. Auch BÖLSCHKE hatte den „herrlichsten Märchen-traum unserer nicht realistischen, sondern in Wahrheit hyperidealistischen

1) Vgl. darüber das Buch von ALBERT SOERTEL, Dichtung und Dichter der Zeit. Eine Schilderung der deutschen Literatur der letzten Jahrzehnte, Leipzig 1911. S. 368.

Zeit, den Traum vom umgekehrten Gottesgnadentum, von der heiligen Mission des Arbeiters, von der Erlösung der Welt durch eine riesenhafte, aber rein soziale Tat, von einem kommenden ungeheuren, nie dagewesenen Glücke der Menschheit infolge fundamentaler Umgestaltung der gesamten Verhältnisse von Lohn und Arbeit“ geträumt. Aber schon in seinem Roman „Die Mittagsgöttin“ (1891) war der Traum mit der Erkenntnis der beiden einfachen Tatsachen verfolgt: die Natur hat die Menschen ungleich veranlagt und Menschen sind keine Engel¹⁾. Selbst die extremsten der jungen Generation fanden sich wieder zurück, in individualistischer Reaktion gegen Zwang und Unduldsamkeit, die sie in der Partei der Freiheit erfahren hatten. Diese Erlebnisse machten selbst den Genossen BRUNO WILLE, der es am ernsthaftesten gemeint hatte, wieder zum Einsiedler und entlockten dem kecken Revolutionssänger KARL HENCKELL, der es eine Zeitlang auf einen zweiten HERWEGH abgesehen hatte, das ernüchterte Bekenntnis:

„Nur frei sein, frei, auch von der „Freiheit“ frei,
die vollen Mundes Herrscherlaunen pachtet,
und sich mit bettelarmem Marktgeschrei
den größten Kundenkreis zu sichern trachtet“²⁾.

Die Sozialdemokratie war eben längst nicht mehr der ethisch gegründete Organismus, der die Idealisten angezogen hatte, sondern sie war zu einer großen Parteimaschine für das materielle Interesse einer Klasse geworden, mit einem Apparate ausgestattet, in dem die großen und kleinen Bosse eine führende Oberschicht darstellten und die menschlichen Unvollkommenheiten sich ebenso ungehindert wie in anderen Interessenorganisationen auswachsen konnten.

Diese Umbildung ist es, die das Ergebnis des III. Bandes, die Zeit von 1890—1905, darstellt. Dieser Band ist anders angelegt als die früheren. An die Stelle der chronologischen Gliederung tritt jetzt eine nach den Hauptarbeitsgebieten der Sozialdemokratie angeordnete mehr systematische Stoffzusammenstellung, in der die „Berliner Arbeiterbewegung“ immer mehr als Betätigung der sozialdemokratischen Partei gefaßt wird. Nach einigen zusammenfassenden Abschnitten, unter denen das Kapitel „Die soziale Entwicklung Berlins von 1890 bis 1905“ durch besondere Dürftigkeit auffällt, handeln Kapitel 3—6 über die Entwicklung der Berliner Parteiorganisation, ihre Konferenzen, inneren Kämpfe und öffentlichen Demonstrationen, schließlich über die Beteiligung der Partei an den Reichstagswahlen. Kapitel 7 und 8 bespricht die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Kommunalverwaltung Berlins und seiner Vororte, sowie in den Gewerbegerichten und Kaufmannsgerichten. In Kapitel 9—12 folgt dann die Darstellung der Gewerkschaftsbewegung, der bedeutendsten gewerkschaftlichen Kämpfe, speziell des Bier-

1) Ebenda S. 242.

2) Ebenda S. 104.

boykotts von 1894, und der gewerkschaftlichen Bewegung der Berliner Handlungsgehilfen. Die sieben letzten Kapitel, die nur geringen Umfang haben, sind dann gewissen Sonderentwicklungen gewidmet, wie z. B. der sozialdemokratischen Frauenbewegung (für deren Geschichte hinter den Kulissen der zweite Band der Memoiren von LILY BRAUN eine viel reichere Quelle bietet), der Entwicklung der Presse, der Beteiligung an den preußischen Abgeordnetenwahlen u. a. Das Ganze stellt, so ungleich auch die einzelnen Kapitel gearbeitet sind, eine reichhaltige Materialsammlung dar, in der Regel nicht mehr und nicht weniger. Die Dinge liegen dem Autor zeitlich und menschlich doch zu nahe, als daß er sich mit seinem Urteil und seinen Gesichtspunkten über den Stoff erhebe, wir müssen ihn hier als den zusammenfassenden Berichtersteller seiner Partei nehmen — mit dieser Einschränkung enthält auch dieser Band manche erwünschte Belehrung.

In der ziemlich mageren Schlußbilanz (III, 438 f.) seines inhaltreichen Werkes sagt B.: „Soviel ist sicher: wenn der durchschnittliche Satz der Arbeitslöhne in allen Industrien und Gewerben Berlins um bis 25% und darüber gestiegen ist, wenn die normale Arbeitszeit in den meisten Gewerben von 11 und 10 auf 9 Stunden und darunter gefallen ist, und wenn schließlich die Position des Arbeiters in der Werkstatt eine wesentlich stärkere geworden ist, das Rechtsbewußtsein des Arbeiters nicht bloß in bezug auf seine Stellung im Staat, sondern — was noch bedeutsamer und im Zeitalter des Kapitalismus schwerer zu erreichen ist — auch in bezug auf seine Stellung im Gewerbe eine bedeutende Hebung erfahren hat, in vielen Fällen, wo vormals nichts davon existierte, nunmehr wachgerufen ist und sich in wohlthätiger Weise geltend macht, dann ist das alles in hohem Grade die Frucht, ist es vielfach überhaupt nur zu erreichen gewesen durch den Aufbau und das unablässige organisatorische und agitatorische Wirken der vom sozialdemokratischen Geist erfüllten Berliner Arbeiterbewegung.“ Ich lasse dahingestellt, ob in diesem Zusammenhange nicht auch von dem Anteil der staatlichen Gesetzgebung und der sozialpolitischen Durchtränkung der andern Klassen zu sprechen gewesen wäre — aber ich akzeptiere das Schlußwort als ein ausdrückliches Bekenntnis gegen den orthodoxen Marxismus, dessen Lehren, sowohl seine wirtschaftliche Theorie als seine politische Taktik, durch den Gesamthalt dieser drei Bände vernichtend widerlegt werden.

Heidelberg.

HERMANN ONCKEN.

EUGEN VON PHILIPPOVICH, Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Ideen im 19. Jahrhundert. 6 Vorträge. Tübingen, Mohr 1910. 8°. 144 S. (Geb. 2.20 M.)
 FRIEDRICH FREIHERR VON WIESER, Recht und Macht. 6 Vorträge. Leipzig, Duncker & Humblot 1910. 8°. 154 S. (3.50 M.)

Im Jahre 1909 haben die beiden Professoren der Nationalökonomie an der Wiener Universität über naheverwandte Themata Zyklen von 6 Vorträgen

gehalten, die seit einiger Zeit erfreulicherweise auch einem weiteren Kreise durch buchhändlerische Publikation zugänglich sind. Ph. hat die Vorträge in der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung in Berlin und später aus gleichem Anlasse in Wien gehalten; W.s Reden verdanken den Salzburger Hochschulkursen ihren Ursprung. Jener hat einen historischen Überblick über den Wechsel der während des 19. Jahrhunderts herrschenden wirtschaftspolitischen Ideen gegeben und nacheinander den wirtschaftlichen Liberalismus, die Konservativen, den Sozialismus, die Sozialpolitik, die Agrarier und die gegenwärtige Lage behandelt. W.s Darlegungen sind weniger ein Beitrag zur Literatur- und Ideengeschichte der Volkswirtschaft als vielmehr eine soziologisch-systematische Untersuchung eines — allerdings unendlich wichtigen — Einzelproblems der theoretischen Politik oder, wenn man will, der Geschichtsphilosophie.

In Ph.' Vorträgen kommen wieder alle Vorzüge seiner Forschereigenart zur Geltung, die — wie mir scheinen will — seinen Grundriß der politischen Ökonomie zum brauchbarsten Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre machen. Auch in diesen Vorträgen treten die Grundlinien einer komplizierten Entwicklung klar hervor, sind die inneren und äußeren Zusammenhänge deutlich aufgewiesen. Dabei hat man den Eindruck großer Objektivität; die allgemeinen Auffassungen der Entwicklung, wie sie die historisch-ethische Schule hegt, werden hier wiedergegeben, wobei Einseitigkeiten möglichst vermieden sind und durchaus das Bestreben vorherrscht, das wissenschaftlich bisher Erkannte ruhig, logisch und in überzeugenden Gedankenverbindungen wiederzugeben. Mit diesen Vorzügen hängen die Schwächen des Buches eng zusammen: Es mangelt ihm stärkere Originalität und Tiefe. Es führt nicht zu neuen Erkenntnissen und wird der jüngeren Generation von Nationalökonomern, die von der „herrschenden Ansicht“ nicht ganz befriedigt und von dem starken Gefühl erfüllt sind, daß sich neue und in die Zukunft weisende wirtschaftspolitische und -theoretische Erkenntnisse vorbereiten, nicht als Wegweiser dienen können. Den ursprünglichen Zweck freilich, nämlich junge Verwaltungs- und Justizbeamte in den Ideenwiderstreit des Wirtschaftslebens einzuführen, scheint mir das Büchlein in ausgezeichnetem Grade zu erfüllen. Was mich an ihm zu „gestrig“ anmutet, will ich versuchen, unten darzulegen.

W.s Buch ist seinem innern Gehalt nach von Ph.' Schrift wesentlich verschieden. Teilweise liegt das an der anders gestellten Aufgabe. Es enthält Reden von großer Schönheit, voll persönlicher Wärme und innerer Kraft. Die vorgetragenen Ideen sind unmittelbares Erlebnis. Manches ist tief und eigenartig aufgefaßt, oft in wunderbar eindringlicher und packender Form gegeben. Aber die klare Präzision, die strenge Gedankenfolge und die exakte Begriffsanwendung, die Ph. auszeichnen, vermißt man. Ph. kann man nicht mißverstehen, wenn man ihm mit genügender Aufmerksamkeit folgt; bei W. bin ich mir bisweilen im Unklaren gewesen, was der Verf. mit einzelnen Ausführungen eigentlich sagen will. Nicht daß die Sätze eine schwierige und

dunkle Fassung aufwiesen, im Gegenteil. Aber es fehlen oft die verbindenden Gedanken. Manchmal scheint es, als ob eine wichtige Erkenntnis, in der die vorausgehenden Ausführungen gipfeln sollen, vorbereitet würde; dann aber bleibt sie selbst unausgesprochen oder wird nur angedeutet. Ich weiß nun nicht, ob das Absicht oder unbewußte Eigenart des Verf. ist. Er entschuldigt im Vorwort die äußerlich etwas lose Verbindung der Vorträge mit der Form der Rede. Vielleicht wollte er auch, um nicht „aus dem Tone theoretischer Darstellung zu fallen“, manche Schlüsse seinen Zuhörern selbst überlassen, und hielt er vieles für selbstverständlich. Aber gerade wer wie der Verf. den ausgesprochenen Zweck verfolgt, seine Hörer und Leser für eine große Idee, nämlich die eines gereinigten Begriffs der Freiheit, zu begeistern, dürfte nicht bloß einige Beiträge in andeutenden, bloß vorbereitenden, skizzierten Zügen geben, sondern er müßte direkter, unmittelbarer von dem reden, was ihm am Herzen liegt. Ich möchte glauben, daß von allen Zuhörern, die W. in Salzburg gehabt hat, der überwiegenden Mehrzahl mehr bestimmte, feine und geschmackvolle Einzelausführungen im Gedächtnis haften geblieben sind, als daß sie den Kern der Darlegungen begriffen haben. Dazu sind die Reden zu unbestimmt und unpräzise in Form und Inhalt. Ein Vergleich mit TREITSCHKE, der auch gern über Macht und Freiheit sprach, drängt sich auf. Wieviel kraftvoller, fester, klarer und geradliniger ist alles bei ihm! An Gedankentiefe und Wahrheitsgehalt würde ich dabei freilich W.s Ausführungen über die TREITSCHKESchen stellen.

W. will, wenn ich ihn recht verstanden habe, das Problem der Freiheit, an dessen Klärung „nicht bloß in Wirtschaft und Politik die Welt arbeitet“, so erfassen, wie es nach den wechselnden Erfahrungen des 19. Jahrhunderts unseren modernen Bedürfnissen entspricht. Es ist ihm unmöglich, den Freiheitsgedanken in dem Sinne als Ideal zu bekennen, wie es vom letzten Drittel des 18. Jahrhunderts ab der ältere Liberalismus tat. Dazu war jene Auffassung zu formalistisch, individualistisch, unhistorisch. Es fehlte ihr die tiefere Erkenntnis der gesellschaftlichen Lebensbedingungen. Ungeschichtlich und unsoziologisch verkannte sie das Wesen der Macht, die nicht im Gegensatz zur Freiheit steht, wie man damals glaubte, sondern aus der die Freiheit hervorgeht. Wir Heutigen sind durch Erfahrung und Studium inzwischen belehrt, daß es ohne Macht keine Freiheit gibt. Freilich darf man dabei Macht nicht in dem äußerlichen Sinne (wie es etwa LASSALLE tat) als brutale physische Gewalt auffassen, sondern als innere Macht, die Sinn und Gemüt der Menschen beherrscht. Sie ist das Ergebnis geschichtlicher Entwicklungen, und nur dort, wo auf historischer Grundlage innere, den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Macht besteht, kann sich Freiheit entfalten. Sie ist nicht als atomisierte Ungebundenheit des Individuums zu verstehen, sondern als ein dem allgemeinen Wohle dienendes, sich allmählich erweiterndes, auf dem Rechte, der größten innern Macht, beruhendes soziales Prinzip. In ihm sollen sich (modernisierter) Liberalismus und Sozialismus, geschichtliche und

prinzipielle Auffassung versöhnen. Eine Freiheit ohne geschichtlichen Zusammenhang, die nur das Individuum zum Maßstab nimmt und dem Rechte widerspricht, ist abzulehnen. Freiheit und Gemeinwohl dürfen keine Gegensätze sein. Auch das aristokratische Prinzip widerspricht der Freiheit nicht. Das Gesetz der kleinen Zahl, die Unterordnung der Massen unter persönliche oder anonyme Führungen (z. B. Sitte), beweist die Geschichte. Daß für die Freiheit als politisches Prinzip die individualistische Grundlage abzulehnen ist, geht auch daraus hervor, daß die treibenden Kräfte des Gesellschaftslebens etwas dem Einzelmenschen gegenüber Selbständiges sind; in der Hauptsache sind als solche treibenden Kräfte der Kampf, der genossenschaftliche Zusammenschluß und die geistigen Mächte anzusehen. Das Recht als die eigentliche Macht in der Gesellschaft ist die Schöpfung des gesellschaftlichen Willens, die sich beständig mit dem Wandel der Geschichte verändert, dergestalt jedoch, daß allmählich das Gesetz der kleinen Zahl zugunsten zunehmender Gleichheit beschränkt wird. Zu den inneren Mächten, die Recht und Gesellschaft beherrschen, gehören auch die — von der materialistischen Geschichtsauffassung als einzige letzte Ursache in Anspruch genommenen — Produktionsbedingungen; jedoch der ideologische Oberbau „löst sich von der Unterlage zu selbständiger Wirksamkeit ab“.

Das wäre der Kern dessen, was ich aus den Beiträgen W.s zum Problem der Freiheit herausgelesen habe. Unbedingt zustimmen möchte ich dem Ziele, das sich der Redner gestellt hatte; es ist eine unendlich lockende, notwendige, aber schwierige Aufgabe, den Freiheitsbegriff zu reinigen und zu vertiefen. Aber daß W. die Synthese aus den Kulturelementen der Vergangenheit zu einer neuen überzeugenden, den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft gerecht werdenden Idee gelungen ist, vermag ich nicht zu behaupten. Er nimmt in seinen Freiheitsbegriff das Gemeinwohl auf, oder vielmehr er ordnet es ihm über: „Das oberste Prinzip muß immer das Gemeinwohl sein; diesem Prinzip ist das der Freiheit unterzuordnen, wenn es bei sorgfältiger Untersuchung klar wird, daß die Freiheit schadet“ (S. 141). Wenn es nur nicht so schwer wäre, überzeugend in jedem Falle darzutun, was das Gemeinwohl ist! W. will seinem Freiheitsbegriff einen lebensvollen Inhalt geben; er soll nicht bloß Freisein von Zwang und möglichste Selbstbestimmung bedeuten, sondern soll das Nützliche, Gute, Vernünftige mit umschließen. Dieses Streben, Gemeinwohl und Ethos in den Freiheitsgedanken aufzunehmen, wird man gefühlmäßig sicherlich anerkennen; zugleich aber meldet sich der Zweifel, ob damit die Freiheit nicht zu einem unendlich weiten Rahmen wird, in den man sehr verschiedenen Inhalt hineinlegen kann. Ein klares Ziel, auf das man alle Strebenden einigen könnte, ist damit nicht gegeben. Und bei W. selbst erhält man keinerlei deutlichen Fingerzeig, welche konkreten Aufgaben aus diesem Ideale fließen. Der alte Freiheitsbegriff der liberalen Schule der Nationalökonomie war nicht mißzuverstehen. Besonders die Begrenzung der Staats-tätigkeit in der Hauptsache auf formalen Schutz der Verträge war klar;

heute soll sich nach W.s und manches anderen Meinung die Staatstätigkeit nach dem Inhalte der speziellen Aufgaben, die die Gesellschaft stellt, richten. Am Maßstabe des unbestimmbaren, willkürlichster Auslegung zugänglichen Gemeinwohls soll Umfang und Art des staatlichen Eingriffs in das bürgerliche Leben gemessen werden. Wenn man vor hundert Jahren verlangte, der Staat solle dem Individuum möglichst freie Bewegung lassen, so war das ein klares und praktisch verwertbares Prinzip. Heute soll sich die Leitung des einzelnen Menschen durch den Staat nach dem Gemeinwohle richten, bald stärker, bald geringer sein. Praktisch führt das neue Ideal zum Sozialismus, zur Aufgabe der Freiheit. Denn mit der Rücksicht auf das Gemeinwohl kann man jeden Eingriff in die private Lebenssphäre rechtfertigen. Gibt man erst einmal den liberalen Grundgedanken auf, daß alle gesellschaftlichen Einrichtungen dem Individuum zu dienen haben, so ist damit das Prinzip der Freiheit überhaupt gefährdet. Das beweisen unter anderem auch die großen Fortschritte des Staatssozialismus in der Gegenwart. Von dem soziologisch vertieften Freiheitsbegriff W.s lassen sich Richtlinien für das praktische Handeln nicht gewinnen. Das ist der Eindruck, den ich schließlich nach immer wieder erneutem Durchdenken seiner Sätze gewonnen habe; dieses Ergebnis bedrückt mich um so mehr, als ich in W.s Argumentation eine Fülle tiefer theoretischer Erkenntnis gesammelt finde. Aber das Unbestimmte, schwer Faßbare, Zerfließende, was ich glaubte an der Darstellungsform aussetzen zu müssen, scheint mir auch der Inhalt dieses Freiheitsbegriffs zu besitzen. Man kann in seinem Zeichen jede beliebige Politik rechtfertigen.

Gegen PH.' Darstellung des wirtschaftlichen Liberalismus möchte ich einen Einwand erheben, der mir auch gegenüber manchem anderen Kritiker des Smithianismus angebracht erscheint: Liberalismus und sogenannter Kapitalismus werden gleichgesetzt oder doch miteinander vermengt. In seinem I. Kapitel schildert der Verf. zunächst auf den ersten Seiten das System der Vertragsfreiheit; allmählich führt aber die Darstellung (etwa von S. 12 ab) zu einer Schilderung der Erwerbswirtschaft. Man gewinnt daraus den Eindruck, als ob die Vertragsfreiheit den Kapitalismus geschaffen habe und die Entfesselung der Habgier eine Konsequenz des Liberalismus sei. Es wird von dem Erwerb als Selbstzweck gesprochen, JAKOB BURCKHARDTS Wort vom heutigen Leben als einem Geschäft wird zitiert und als trauriges Ideal eines solchen Daseins der Nutzen bezeichnet. So richtig es ist, die Entwicklungstendenz der Kultur derart zu kennzeichnen, so scheint es mir doch nicht gerechtfertigt, sie dem Liberalismus zur Last zu legen. Richtig ist sicherlich, daß Liberalismus und Kapitalismus nicht bloß zufällig zeitlich zusammenfallen; sondern bis zu einem gewissen Grade bedeutet der historische Liberalismus Entfesselung des individuellen Erwerbstrebens und damit die Voraussetzung für die reine Erwerbswirtschaft. Aber darin erschöpft sich weder der Liberalismus, noch muß zu allen Zeiten ökonomischer Liberalismus in

dieser Richtung wirken. Heute gibt es Kapitalismus ohne Liberalismus, ja dies ist eigentlich ein hervorstechender Wesenszug der Gegenwart. Der Liberalismus ist eben in erster Linie Emanzipation. In welcher Richtung sich die von ihm gelösten Kräfte betätigen, ist nicht von ihm bestimmt, sondern von anderen Zeitumständen. Ebenso, wie er die Entwicklung zum Amerikanismus begünstigte, kann er unter anderen geschichtlichen Umständen zu einer Entfaltung des ethisch-ästhetischen Lebens führen. Aus solchen Darstellungen, wie sie im I. und II. Kapitel PH. gibt, entnehmen aber erfahrungsmäßig viele Leser und Hörer die vom Autor nicht beabsichtigte Vorstellung, als sei der Liberalismus notwendig und stets ein System des Wuchers.

Die Darstellung des Sozialismus bei PH. hat mich auch in mancher Hinsicht überrascht. In den allgemeinen Betrachtungen über ihn (S. 53—59) hat der Verf. anscheinend (wie bei seiner Untersuchung über die Konservativen auch mehr die ältere, romantische Schule behandelt wird) vorwiegend die Vormarxisten, besonders die Saint-Simonisten, im Auge. Man gewinnt nämlich den Eindruck, als sei der Sozialismus eigentlich ein Individualismus höherer Art, während, wie wir eben sahen, der Liberalismus als ein niederer Individualismus des Mammons dargestellt ist. Das Ideal des Sozialismus sei — damit erinnert PH.' Auffassung an die Theorie des Schweden STEFFEN — „die höchste Vervollkommnung der einzelnen Persönlichkeit, der die Wirtschaft als ein bloßes Mittel untergeordnet werden soll“ (S. 55). „Überall soll für die von den wirtschaftlichen Fesseln befreiten Individuen ein neues Gebiet freier, auf innerlichen, geistigen Kräften ruhender Betätigung erschlossen werden“ (S. 58). Ähnlich wie bei W. erscheint der Sozialismus im Glanze eines edlen, aber leider etwas unpraktischen Idealismus, der Liberalismus dagegen als — wenn ich übertreiben darf — gerissene Krämerlebensweisheit. Schon den mehrfachen Gebrauch des Wortes „Persönlichkeit“ bei der Darstellung der Ziele des Sozialismus halte ich für irreführend, so z. B. auf S. 79: „Die vollkommene Entwicklung der Persönlichkeit! Das ist ja auch das Ziel, das der Sozialismus im Auge hat“. Nach der mir geläufigen Terminologie sind Persönlichkeit, d. h. gesteigerte, auf eigenen Kräften und selbständigen Werten ruhende Individualität, und Masse Gegensätze.

Das nächste Kapitel soll der „Sozialpolitik“ gewidmet sein. Dabei ist das Wort Sozialpolitik in einem häufig anzutreffenden, aber ungenauen Sinne gleich Sozialreform gesetzt. Auch hier ist mir aufgefallen, daß die Sozialreform wesentlich individualistisch aufgefaßt wird. So heißt es z. B. S. 91: „Dieses Ziel“ (der Sozialreform) ist, die Freiheit der Persönlichkeit (gemeint ist: der Person) innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung sicherzustellen. Aufgabe der Sozialpolitik ist es, die Entwicklung der Persönlichkeit zu ermöglichen oder zu erleichtern . . .“ Gleich darauf wird gesagt, daß sie nach „Abschwächung der Gegensätze, welche das gesellschaftliche Leben schafft, nach Ausgleichung der Lebensbedingungen“ drängt. Ich finde, daß zwischen

dem einen (im ersten Satze aufgestellten) Ziele und dem anderen (m. E. richtig, aber nicht vollständig aufgewiesenen) Prinzip ein Widerspruch besteht. Mir will weiter scheinen, als wenn man dem Wesen sozialer Reform wie aller sozialen Politik näherkommt, wenn man nicht von den Einzelmenschen, sondern von den gesellschaftlichen Klassen ausgeht.

Das Kapitel über „die Agrarier“ enthält kaum etwas über die Ideen und Weltanschauungen, welche die Vertreter der Landwirtschaft in ihrem öffentlichen Auftreten leiten, dafür mehr eine — an sich sehr lesenswerte — Schilderung über die Geschichte der Agrarpolitik. Da in den übrigen Abschnitten Wert darauf gelegt ist, „den Widerstreit der wirtschaftspolitischen Forderungen aus den Gegensätzen der Weltanschauung heraus verständlich“ zu machen, fällt dieser Mangel auf.

Das letzte Kapitel über „die gegenwärtige Lage“ wird der Bedeutung des Wirtschaftsliberalismus mehr gerecht, als es m. E. im ersten Abschnitt der Fall ist. Hier ist endlich das erklärt, was man vorher vermißt, daß nämlich „keine frühere Zeit — von der grundsätzlichen Anerkennung der Menschenwürde durch das Christentum abgesehen — so viel für die Wertung der reinen Menschlichkeit getan hat wie der Liberalismus“ (S. 138). Nur stellt PH. der Atomisierung durch dieses System das Prinzip der Solidarität, des Zusammenschlusses, des Staatseingriffs entgegen. Mit Genugtuung findet er schließlich, daß „eine Verschmelzung der liberalen, vor allem die Freiheit des Individuums betonenden und der organischen Staats- und Gesellschaftsauffassung stattgefunden hat“ (S. 137). Mir will scheinen, als wenn die neuen Gefahren und Störungen, die gerade aus dem Prinzip der Solidarität und mit dem Anwachsen des Staatssozialismus entstanden sind, viel schärfer hätten hervorgehoben werden müssen, als dies der Verf. in einigen Andeutungen tut.

Bei PH. wie bei W. habe ich oft den Eindruck, als ob Einwendungen gegen den Liberalismus gemacht werden, die ihn nicht treffen, weil er — abgesehen von extremen Manchesterleuten — gar nicht das hat behaupten wollen, was hier aus ihm gefolgert wird. Indessen sollen diese kritischen Glossen zu bestimmten Ausführungen in den beiden Schriften nicht etwa den Eindruck aufkommen lassen, als zählte ich sie nicht zu den besten Arbeiten, die in letzter Zeit über Probleme des Gesellschaftslebens geleistet worden sind.

Düsseldorf.

L. v. WIESE.

C. BOUGLÉ: La Sociologie de Proudhon. Paris, Alcan 1912. 8°. 333 S. (3,50 Fr.)

Es ist merkwürdig, daß PROUDHON in seinem eigenen Vaterland bedeutend später das Interesse der Gelehrtenwelt hervorgerufen hat, als in Deutschland. Während er bei uns schon seit vielen Jahrzehnten von mehreren Autoren zum Gegenstand eingehender Untersuchungen gemacht worden ist, ist man erst in allerneuester Zeit in Frankreich an die eigentliche P.-Forschung herangegangen. Zweifellos hat auch die neueste Phase der Entwicklung

der sozialen Bewegung in Frankreich, besonders die Entwicklung des Syndikalismus, bei dem sich so manche Anklänge an P.sche Ideen finden, dazu beigetragen, das Interesse von neuem wieder auf P. hinzulenken. Die Schriften von BOURGIN, DESJARDIN, PUECH u. a. m. zeugen von diesem neu erwachten Interesse für den Hauptbegründer der individualistischen Sozialphilosophie. Diesen Werken reiht sich auch das vorliegende Buch an, und es ist durchaus geeignet, dem Leser einen guten Überblick über die leitenden Grundgedanken der P.schen Sozialphilosophie zu verschaffen. Zwar werden die eigentlichen nationalökonomischen Lehren nur kurz behandelt, dagegen die sozialphilosophischen Ideengänge ausführlich und doch in gedrängter Fassung herausgearbeitet. So sehr ich das Verdienst der Schrift in dieser Hinsicht anerkenne, muß ich doch Bedenken erheben gegen den grundsätzlichen Standpunkt, den der Verf. mit seiner Publikation zu vertreten glaubt. Er glaubt nämlich, kurz gesagt, folgendes ganz Neue zu bieten: er meint, die bisherigen P.-Forscher hätten P. fast immer nur als Philosoph des Individualismus geschildert, hätten aber ganz übersehen oder jedenfalls nicht genügend beachtet, daß P. auch „Soziolog“ gewesen sei. Mit dieser Auffassung ist der Verf. jedoch im Irrtum; und dieser Irrtum entspringt vor allen Dingen einer entschieden verfehlten Auffassung des Begriffes Soziologie. Der Verf. definiert zunächst als soziologische Theorien alle solche, welche folgendes Postulat erfüllen: „La réunion des unités individuelles engendre une réalité originale, quelque chose de plus et quelque chose d'autre que leur simple somme.“ — Es gibt ja bekanntlich eine ganze Reihe von Begriffsbestimmungen der soziologischen Wissenschaft und ich würde meinerseits keinen Anstoß an dieser Erklärung nehmen, die also darauf hinauslaufen würde, daß soziologische Untersuchungen dann vorhanden wären, wenn es sich um Untersuchungen von gesellschaftlichen Gruppen handelt. Aber der Verf. ist bei dieser seiner Auffassung von Soziologie nicht stehen geblieben, sondern im Gegensatz zu dieser politisch und sozialphilosophisch neutralen Begriffsbestimmung geht bei ihm ein anderer Erklärungsbegriff nebenher, wobei er soziologisch im Sinne von sozialistisch auffaßt. Er setzt die soziologische Auffassung der individualistischen gegenüber und meint, sie wäre dann vorhanden, wenn die Betreffenden, die er Soziologen nennt, den Gemeinschaftsgedanken oder die Gemeinschaftsidee vertreten. Nur so ist es zu verstehen, daß er in seinem Schlußresumé über P. sagt, er sei zeitlebens Soziolog und gleichzeitig Individualist gewesen. Als ob dies überhaupt ein Gegensatz wäre! Wie man auch den Begriff der Soziologie fassen mag, jedenfalls darf man ihm keine materielle Basis geben, als ob damit eine bestimmte sozialpolitische oder sozialphilosophische Richtung angegeben werden könnte. Der Verf. gebraucht offenbar das Wort soziologisch einfach anstelle von sozialistisch. Es gibt aber individualistische wie sozialistische Soziologen und der Widerspruch, den der Verf. offenbar bei P. hervorheben will, ist der, daß sich bei ihm individualistische und sozialistische Gedankengänge zeigen.

Der Verf. wirft also ganz mit Unrecht der deutschen P.-Forschung und speziell mir vor, daß übersehen worden sei, daß P. auch „Soziologe“ gewesen sei. Ich hätte das übersehen, trotzdem ich einen ganzen Band der Sozialphilosophie von P. gewidmet hätte. Dieser Vorwurf ist nicht stichhaltig. Ich habe wohl den Ausdruck Soziologie vermieden, aber selbst hervorgehoben, daß P. kein völlig konsequenter Individualist gewesen sei, sondern daß sich bei ihm auch sozialistische und kommunistische Ideengänge finden. Der Hauptfehler des Verf. ist der, den manche P.-Forscher begehen, daß er übersieht, daß P. in erster Linie Kritiker und Sozialreformer war, aber keineswegs als Schöpfer eines völlig konsequenten und logisch einheitlichen sozialphilosophischen Systems angesehen werden kann. In allererster Linie stand bei ihm das Interesse an der sozialen Reform. Er fand, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung reformbedürftig sei, hat ihre Mängel in ätzender Schärfe hervorzuheben gewußt, war aber andererseits Gegner der kommunistischen Gesellschaftsordnung. Er wollte die Mängel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung beseitigen, aber dennoch die individualistische Struktur und ebenso möglichst ein kleinbürgerliches Gepräge beibehalten. Aus dieser praktisch unmöglichen Grundidee ergeben sich die vielen Dissonanzen und Widersprüche bei ihm; für seine Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung fand er reichlich Anregung bei den sozialistischen und kommunistischen Schriftstellern, die er auch stark heranzog, um sie auf der andern Seite aber wieder ebenso heftig zu bekämpfen. So ist seine individualistische Sozialphilosophie stark durchsetzt mit sozialistischen Gedankengängen. In sozialphilosophischer Hinsicht ist ihm überhaupt ein starker Eklektizismus eigen. Große Anregungen hatte er namentlich von COMTE und HEGEL erhalten, andererseits auch von der klassischen Nationalökonomie, vom französischen Sozialismus und der französischen spiritualistischen Philosophie. Das alles wurde aber bei ihm nicht zu einer sauberen einheitlichen Gedankenführung durchgearbeitet; es fehlt gerade in seinen sozialphilosophischen Betrachtungen nicht an großen Widersprüchen.

Auch darin kann ich dem Verf. nicht beipflichten, daß er P. als einen Vorläufer der materialistischen Geschichtsphilosophie auffaßt; der Verf. spricht sogar direkt von dem materialistischen Geschichtsphilosophen P. Dies geht viel zu weit. Gewiß finden sich einige Gedankengänge namentlich im Anschluß an COMTE, die eine gewisse Ähnlichkeit mit einigen Grundgedanken der materialistischen Geschichtsauffassung aufweisen, aber dies sind doch nebensächliche Gedanken gegenüber der Grundidee, für die er zeitlebens gekämpft hat, die der sozialen Gerechtigkeit. Dieser drückt seiner Sozialphilosophie den Stempel auf, und diese läßt sich mit der materialistischen Geschichtsphilosophie nicht vereinigen.

Wenn ich also auch mit dem Grundgedanken des Verf., daß P. eine ganz eigenartige Sozialphilosophie vertreten habe, die eine Mischung von „Soziologie“ und „Individualismus“ sei, nicht einverstanden bin, so möchte ich doch nochmals

wiederholen, daß die klare und übersichtliche Darstellung der wichtigsten sozialphilosophischen Gedankengänge P.s eine verdienstvolle Leistung darstellt.

Freiburg i. B.

KARL DIEHL.

A. BÉCHAUX, *Les écoles socialistes au XX^e siècle. Marxisme, réformisme, syndicalisme.* Paris, Rousseau et Alcan, 1912. 8^o. 154 S. (4 Fr.)

Der Gedanke, die im Vordergrund stehenden sozialistischen Lehren, welche die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, zu schildern und ihren gegenwärtigen Stand sowie die an sie anknüpfenden Bewegungen zu beschreiben, ist an sich sehr glücklich. Weniger Lob verdient jedoch die Art seiner Ausführung. B. genießt in Frankreich den Ruf eines ebenso kenntnisreichen, wie durch seine Darstellungsgabe bedeutenden volkswirtschaftlichen Schriftstellers, und auch das vorliegende Buch rechtfertigt denselben im allgemeinen. Eine Geschichte der zeitgenössischen sozialistischen Doktrinen, wie sein Titel sie in Aussicht stellt, bietet es jedoch keineswegs. Hauptziel scheint vielmehr dem Verf., der früher Professor an der katholischen Rechtsfakultät in Lille gewesen ist, weniger unparteiische und vollständige Darlegung dieser Theorien als deren Bekämpfung. Was er anstrebt, ist: die Universitätsjugend zur Abkehr vom Sozialismus zu bringen und ebenso Klerus wie Laien zu volkstümlichem, antisozialistischem Unterricht nach Muster desjenigen der englischen „Antisocialist Union“ anzuregen, deren Programm und Methoden er ausführlich schildert (S. 149—154). So nimmt es denn nicht wunder, ihn von „Sophismen“, „falschen Propheten“, einer „von Rhetoren und Agitatoren aufgebauten Lehre des Hasses“ (S. 154) sprechen zu hören. Und diesem Mangel an Objektivität gesellen sich häufige Vermischung zwischen Darstellung und Kritik, sowie zwischen Geschichte des Tatsächlichen und der theoretischen Entwicklung und manchmal auch schwere Irrtümer. So ist z. B. der Marxismus durchaus nicht eine etatistische Theorie, wie B. meint (S. 14). Ist es ferner wirklich zur Bildung der Arbeiterpartei nur deshalb gekommen, weil „MARX, der die Widersprüche, welche sein System hervorrufen und die Gegnerschaft, die seine angeblich wissenschaftlichen Schlußfolgerungen erregen würden, voraussah, seine Theorie durch die Schaffung eines politischen Parteigebildes verstärken wollte“ (S. 5)? Nicht minder unrichtig ist die Behauptung (S. 81), daß „die neosyndikalistische Schule, wie sie sich in Frankreich und in den lateinischen Ländern herausgebildet hat“, sich um die Probleme der Moral gar nicht kümmert. Doch genug! Es ist wohl überflüssig, in dieser Zeitschrift sich noch weiter mit einer Schrift zu befassen, die mehr „sozialpolitisches“ als historisches Gepräge aufweist und in der die Geschichte der sozialistischen Lehren der Gegenwart nur geringen Raum einnimmt.

Paris.

EDMOND LASKINE.

EUGÈNE FOURNIÈRE, *L'unité coopérative*. Paris, Rivière & Co. 1910. („Les Documents du Socialisme“ publiés sous la direction de Albert Thomas, vol. I) 80 S. (0.75 Fr.)

In Frankreich ist ebenso wie in Belgien die Konsumgenossenschaftsbewegung vielfach zersplittert. Neben den geschlossenen Konsumvereinen einiger Berufskategorien, wie zumal der Eisenbahner, die nur Angehörige des gleichen Berufes als Mitglieder aufnehmen, und den ebenfalls geschlossenen katholischen oder sozialistischen Konsumvereinen, die von ihren neueintretenden Mitgliedern ein politisches oder religiöses Glaubensbekenntnis verlangen, besteht eine beruflich, politisch und religiös neutrale Bewegung. Sie ist die älteste und zugleich stärkste. Sie entspringt aus der sog. Nimeser Richtung und besitzt einen großen und ausgezeichneten Stab genossenschaftlicher Theoretiker und Propagandisten, an dessen Spitze Charles Gide, der Apostel und Altmeister der französischen Konsumvereinsbewegung überhaupt. Wohl in keiner anderen Gruppe gegenwärtig in der Bewegung stehender Genossenschaftler ist das Ideal der Kooperation stärker und reiner ausgeprägt, als in dieser Nimeser Richtung. Hat doch GIDE wiederholt erklärt, sein Endziel sei: die Umwandlung der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine kooperative sowie, auf dem Wege allmählicher Ausbreitung der Konsumgenossenschaftsbewegung, die Genossenschaftsrepublik¹⁾. Also ein Programm, das im Grunde nicht weniger umstürzlerisch und kollektivistisch ist, als das der sozialistischen Parteien. Ein einschneidender Unterschied besteht jedoch in der Art der Aktion. Statt mittelst politischer und gewerkschaftlicher Organisation wollen die Nimeser Kooperativisten ihr Endziel durch den Zusammenschluß immer größerer Bevölkerungskreise in Konsumentenvereinigungen erreichen, die allmählich zur Eigenproduktion aller Bedarfsartikel übergehen und durch ihre siegreiche Konkurrenz schrittweise die privatkapitalistische Produktion verdrängen sollen. Auf Grund dieser Auffassung abstrahierte diese Richtung von allen politischen und religiösen Bewegungen und strebte lediglich darnach, möglichst große Massen um ihr Banner zu scharen. Die sozialistischen Genossenschaften Frankreichs dagegen erblicken in der Kooperation keinen Selbstzweck, sondern lediglich ein Mittel zum Zwecke ökonomischer Stärkung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Sie nehmen deshalb nur Sozialisten als Mitglieder auf und führen einen Teil ihres Reingewinnes an die Parteikasse oder an die Streikfonds der Gewerkschaften ab. Beide, sowohl die neutralen als auch die sozialistischen Genossenschaftler, haben sich zu Zentralverbänden zusammengeschlossen, in denen auch der Großeinkauf für die angeschlossenen Vereine betrieben wird. Auch hier tritt die gleiche grundsätzliche Verschiedenheit in der Verwendung des Reingewinnes zutage.

1) Vgl. z. B. CH. GIDE, *La Coopération*, Conférences de Propagande. 2^e édition, Paris 1906, S. 147 ff.

Es liegt auf der Hand, dass dieser Zwiespalt der Entwicklung der französischen Genossenschaftsbewegung als solcher sehr hinderlich ist, was naturgemäß zumal von den Neutralen auf das Tiefste bedauert wird. Diese versuchen deshalb bereits seit Jahren wenigstens insofern eine Einigung herbeizuführen, als sie den sozialistischen Genossenschaftlern eine Verschmelzung ihrer beiderseitigen Großeinkaufsverbände nahelegen, und zwar mit der Begründung, daß man trotz der Verschiedenheit der Auffassung vom Wesen der Kooperation doch gemeinsam Waren beziehen und dadurch größere Vorteile für die Bewegung erzielen könne. Bis jetzt jedoch erfolglos. Die katholischen sowohl wie die Eisenbahnergenossenschaften haben wohl dem Appell zum Zusammenschluss Folge geleistet, die sozialistischen dagegen verharren in ihrer Politik völligen Abschlusses und bei der Anschauung, daß selbst auf dem Gebiete des genossenschaftlichen Grosseinkaufs kein Zusammenarbeiten mit „bürgerlichen“ Elementen möglich sei, obgleich in der sozialistischen Partei selbst immer mehr Stimmen laut wurden, die nicht nur den Eintritt in die neutrale Großeinkaufsgesellschaft befürworten, sondern sogar dafür eintreten, die sozialistische Etikette der Genossenschaftsbewegung vollständig fallen zu lassen und die Kooperation lediglich um ihrer selbst willen zu betreiben. Diese These vertritt schärfstens auch der Verfasser der vorstehend angezeigten Schrift, der sozialistische Revisionist FOURNIÈRE, der Nachfolger BENOIT MALONS in der Leitung der „Revue socialiste“. Zur Begründung seiner Forderung einer reinlichen Scheidung zwischen Politik und Konsumvereinsbewegung unterzieht er die gegenwärtige sozialistische Genossenschaftsbewegung einer eingehenden, zersetzenden Kritik und zeigt, wie die Verquickung von Kooperation und Politik nicht nur die Entwicklung der Vereine allerorts stark gehemmt habe, sondern überhaupt von einer logischen Durchführung des sozialistischen Prinzips in der Genossenschaftsbewegung gar keine Rede sei. Aus mehreren angeführten Beispielen geht hervor, daß die sog. Dividendenjagd in den sozialistischen Vereinen durchaus nicht geringer ist als in den neutralen und daß, wo versucht wurde, den Reingewinn ganz oder auch nur zu beträchtlicherem Teil zur Unterstützung der Partei und der Gewerkschaften zu verwenden, die Mitgliederzahl und der Umsatz so stark zurückgingen, daß man schleunigst die Verteilung von Dividenden wieder einführen mußte (S. 52 ff.). F. vergleicht die seit Jahren mehr oder wenig stabil verharrenden sozialistischen Konsumvereine Belgiens mit den rasch anwachsenden neutralen in England, Deutschland und der Schweiz, wobei er jedoch in den Irrtum verfällt, die neutralen Konsumvereiner in Deutschland samt und sonders zu Anhängern der sozialistischen Partei zu stempeln (S. 40). Dafür wird ihm ein grosser Teil der deutschen Konsumvereiner, der gerade bestrebt ist, den allerdings tatsächlich sehr bedeutenden Anteil der Sozialisten an der Konsumvereinsbewegung möglichst zu verschleiern, wenig Dank wissen.

Immer an der Hand von einzelnen Beispielen zeigt der Verf. wie

gering tatsächlich sozialistischer Geist unter den Mitgliedern der sozialistischen Konsumvereine verbreitet sei, und zwar nicht bloß in bezug auf die Gewinnverteilung, sondern auch in bezug auf das Verhältnis zu den Angestellten, deren Forderungen durchaus nicht immer wohlwollend berücksichtigt würden. Eine ernste Klippe sei es ferner, daß nicht nur die politische Partei, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung von den Vereinen materielle Unterstützung heische, sei es in Gestalt von gratis verteilten Suppen oder Brotlaiben bei Gelegenheit von Streiks, sei es in Gestalt ständiger Geldbeiträge. So suchten alle aus dem mageren Euter der Konsumvereinskuh einen Tropfen Milch herauszupressen, bis schließlich die Quelle überhaupt versiege. Die Kooperation aber sei keine Milchkuh, sondern eine schöne Frau, die es wohl verdiene, um ihrer selbst willen umworben zu werden. In einem anderen drastischen Bilde weist F. darauf hin, daß es keinem Menschen einfallt, Wein in Petroleumfässer zu füllen (S. 47). Richtig sei vielmehr die Ansicht von DAUDÉ-BANCELS, der der neutralen Konsumvereinsbewegung und gleichzeitig der anarchistischen Partei angehört, daß eine völlige Arbeitsteilung eingehalten werden müsse: in die Partei gehöre die Politik, zur Gewerkschaft der Streik. und in die Genossenschaft die Eroberung des Konsums. Nur die pekuniäre Schwäche der französischen Partei habe die Idee gezeitigt, die Konsumvereinsbewegung für Parteizwecke auszubeuten — ein Gedanke, den nur die Unlust der Franzosen gegen die Zahlung regelmäßiger Beiträge für Partei- oder Gewerkschaftszwecke entschuldige. „Wir haben von der Konsumvereinsbewegung verlangt, daß sie an unserer Statt zahlen solle. Wir haben uns zwingen lassen wollen wie Kinder, statt uns zu betragen, wie es freien Menschen geziemt, deren erster Freiheitsakt darin bestehen sollte, selbst über ihre eigenen Taschen zu verfügen“. Aber die Türe zur neutralen Kooperation sei bereits halb geöffnet: als letzthin in einer Vorstandssitzung des sozialistischen Grosseinkaufsverbandes neuerlich über die Verschmelzung mit dem neutralen Verband beraten worden sei, hätte die sozialistisch-intransigente Richtung nur noch mit 11 Stimmen gegen 9 den Sieg davongetragen.

Turin.

GISELA MICHELS-LINDNER.

FOURNIER, *Le second empire et la législation ouvrière*. Paris, Larose 1911.
8°. 351 S. (6 Fr.)

Der Verf. bringt im vorstehend angezeigten Werke die Geschichte der Arbeiterpolitik Napoleons III. zur Darstellung. Nach dem Staatsstreich vom 2. Dezember gab sich das Kaisertum konservativ und als dazu bestimmt, die Gesellschaft vor dem Sozialismus zu retten. Gleichzeitig aber war es eine gekrönte Demokratie, die auf dem Plebiszit und dem allgemeinen Stimmrecht beruhte, also auch das Bedürfnis hatte, die arbeitenden Klassen

an sich zu fesseln. Daraus ergab sich eine widerspruchsvolle Lage, unter deren Druck der Kaiser sich genötigt sah, zu lavieren und seine Stützpunkte bald rechts, bald links zu suchen. So machte die schlechthin repressive und Polizeipolitik der ersten Jahre bald Maßnahmen zugunsten des Proletariats Platz; dann aber wurden wieder Schritte nach rückwärts gemacht oder es kam zu Schwankungen häufig im Gefolge der auswärtigen Ereignisse.

Der Verf. hält sich bei der Schilderung all dieser Geschehnisse streng an die chronologische Reihenfolge. Neue und unbekannte Tatsachen weiß er allerdings nicht zu berichten. Er versteht es aber, mit eindringender Schärfe den Wechsel und die fortwährenden Schwankungen dieser unentschiedenen Politik darzulegen, deren Ziel es war: die schiedsrichterliche Stellung der Regierung als allen Gesellschaftsklassen nützlich und notwendig hinzustellen.

Caen.

GEORGES WEILL.

EUGENIO DI CARLO, *Della filosofia della storia di Ferdinando Lassalle*.
Palermo, Ant. Trimarchi 1911. Gr. 8°. 34 S. (1 Lira.)

Die italienische LASSALLE-Literatur ist im allgemeinen quantitativ bedeutungslos (vgl. meine *Storia del Marxismo in Italia*, Rom 1910), und auch qualitativ ohne großes Interesse. Einer der wenigen guten Lassallekenner in Italien ist der Sizilianer DI C. In gutem Gelehrtenstil geschrieben, will die neueste kleine, aber auf gründlichem Wissen aufgebaute Arbeit dieses Autors vor allen Dingen eines beweisen: daß LASSALLE als Theoretiker keinen Widerspruch aufweise; daß er von MARX im wesentlichen nur äußere Eigentümlichkeiten angenommen habe, während er im Grunde weniger Materialist als Idealist gewesen sei. Insbesondere habe sein Staatsbegriff nicht die Flüssigkeit und Veränderlichkeit des Marxschen, sondern eher die Starrheit und normativ-ideale Kraft des Staatsbegriffs HEGELS und seiner engeren Schule gehabt. Diese Frage, die ja auch in Deutschland lebhaft debattiert worden ist, entscheidet sich wohl allerdings in der Hauptsache zugunsten unseres Autors. Auch hat DI C. recht, wenn er seinen LASSALLE vor den Angriffen derer in Schutz nimmt, die ihm vorwerfen, er habe kein System hinterlassen, aus welchem die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik mit völliger Klarheit hervorgingen; ebenso wenn er ausführt, auch MARX habe vom historischen Materialismus schlechterdings nur ein verschwommenes Bild hinterlassen (S. 25). Endlich hat DI C., unseres Erachtens sehr glücklich, auch auf den psychologischen Faktor hingewiesen, nämlich den Ehrgeiz LASSALLES, auch in dogmatischer Beziehung Eigenes zu schaffen und sowohl von HEGEL als auch von MARX unabhängig zu erscheinen. Freilich haben die aufreibende Art der persönlichen Lebensführung und die tausend politisch-praktischen Ablenkungen, denen jeder Parteimann notwendigerweise, und zwar zum großen Nachteil wissenschaftlichen Schaffens, unterliegt, den gewaltigen Agitator daran gehindert, sein hier gestecktes Ziel in der

seinen Talenten entsprechenden Weise zu erreichen. Theoretisch ist LASSALLE, ohne eigentlich uneinheitlich zu sein, doch nichts als ein Epigone dreier allerdings wesensverschiedener Männer: HEGEL, MARX und — nicht zu vergessen — LOUIS BLANC.

Turin.

ROBERT MICHELS.

V. NICCOLI, *Cooperative rurali di credito, di lavoro, di produzione ecc.* 2^a ediz. riveduta ed ampliata. Milano, Ulrico Hoepli 1909, 393 S. (3.50 Lire).

Der vorliegende Band ist vor allem geschrieben, um die ländlichen Kreise in Italien über den Nutzen der genossenschaftlichen Aktion aufzuklären, die mannigfaltigen Arten, in denen sie auf die Landwirtschaft angewendet werden kann, darzustellen und geeignete Winke und Ratschläge für die Gründung genossenschaftlicher Vereine zu geben. Die Gliederung des Stoffs ist durch die Materie bedingt: Einem kurzen Überblick über die landwirtschaftliche Kooperation im allgemeinen folgen Einzelabschnitte über: 1. Kredit- sowie 2. Arbeits- und Produktivgenossenschaften, 3. landwirtschaftliche Versicherungskassen, Konsumgenossenschaften und 4. Genossenschaftskonsortien für landwirtschaftlichen Ein- und Verkauf. Die Darstellung der einzelnen Genossenschaftsarten ist sehr klar und gemeinverständlich. Sie bietet viel interessante Notizen und feine Bemerkungen, die den Band für alle, die sich über das ländliche Genossenschaftswesen in Italien zu orientieren wünschen, lesenswert machen. Leider hat jedoch N. es in manchen Teilen des Buches versäumt, für seine Neuauflage das vorliegende neue Material zu berücksichtigen. So z. B. im Kapitel über die Konsumgenossenschaften, in dem die moderne sozialistische Richtung vollständig fehlt. Bei der Schilderung, die hier von den einzelnen in Italien vorhandenen Konsumgenossenschaftstypen gegeben wird (S. 299 ff.), muß der mit der Bewegung noch nicht vertraute Leser den Eindruck erhalten, als herrsche in Piemont noch jenes veraltete System, daß die den Arbeiterunterstützungsvereinen (*Società di mutuo soccorso*) angegliederten Lebensmittelmagazine ihren Mitgliedern die Waren zum Selbstkostenpreise verkauften und die Konsumvereine mehr als Wohlfahrtseinrichtungen denn als selbständige Unternehmen gewertet werden, während sich dieser „Turiner Typus“, wie N. ihn benennt, in vollständig anderer Richtung weiterentwickelt hat. Ist doch die Turiner „*Alleanza cooperativa*“ heute die bedeutendste Konsumgenossenschaft, die in Italien den belgischen sozialistischen Konsumvereinen nachgebildet worden ist.

Am interessantesten und vom Verf. liebevollst behandelt sind die ersten Kapitel, die sich mit den landwirtschaftlichen Kredit- sowie den Produktiv- und Arbeitsgenossenschaften befassen. Lehrreich sind die Ausführungen, welche sich auf die Unterschiede zwischen den Genossenschaftsbanken, deren Hauptpropaganda der frühere Ministerpräsident LUIGI LUZZATTI gewesen ist, und

den vom Abgeordneten LEONE WOLLEMBORG zuerst in Italien begründeten Darlehenskassen beziehen. Während jene ihren Sitz hauptsächlich in den Städten haben und ihre Mitglieder vorwiegend aus den Kreisen der Kaufleute, Kleinindustriellen und Handwerker sowie aus denen der mittleren und größeren Gutsbesitzer oder Pächter rekrutieren, dienen diese fast ausschließlich dem ländlichen Kleinbesitz und der sog. Mezzadria, dem zumal in Mittelitalien so weit verbreiteten Stande der Pachtbauern, welche das Land ihres Pachtherren auf eigene Rechnung und Gefahr bebauen, als Pachtschilling aber diesem die Hälfte des Produkts überlassen. Im Gegensatz zu den Volksbanken, die sich in kurzer Zeit verbreiteten und an Mitgliedern und Kapitalkraft gewannen — es existieren heute in Italien 800 solcher Genossenschaftsbanken mit über 500 000 Mitgliedern und einem Kapital von mehr als 250 Mill. Lire (S. 34) — seien die Darlehenskassen erst dann zur Blüte gelangt, als „die mächtige Triebfeder der religiösen und politischen Propaganda in Wirksamkeit getreten ist.“ (S. 41). 1897 bestanden neben nur 125 politisch und religiös neutralen Vereinen — wie sie von WOLLEMBORG propagiert worden waren — nicht weniger als 779 Darlehenskassen mit ausgesprochen christlich-katholischer Färbung. Großenteils von Geistlichen ins Leben gerufen, werden sie von diesen und anderen wohlhabenden frommen Gemeindemitgliedern materiell unterstützt und häufig auch unentgeltlich verwaltet (S. 68). Aus diesem Umstand dürfte sich wohl die Tatsache erklären, daß nur ein sehr geringer Teil, ca. 3% der Kassen, sich auf die Dauer nicht als lebensfähig erweist (S. 50).

Die ländliche Produktivgenossenschaft hat dem Verf. zufolge ihre Wurzel in der bereits erwähnten mezzadria oder colonia parziaria, bei der Besitzer und Pächter zu gleichen Teilen an dem Gedeihen des Gutes beteiligt seien und seine Produkte genießen. Die beste Form genossenschaftlichen Gutsbetriebes sei die der hauptsächlich in der Lombardei und in Sizilien verbreiteten christlich-katholischen Pachtgenossenschaften, die gemeinsam eine große Strecke Landes pachten, dann aber zur Einzelbewirtschaftung unter die Familien ihrer Mitglieder verteilen. Die hauptsächlich seitens der Sozialisten in der Emilia und der Romagna ins Leben gerufene Form der gemeinsamen Bebauung und Bewirtschaftung der Kollektivpachtgüter betrachtet N. als auf die Dauer nicht lebensfähig, doch fehlt hier jede zahlenmäßige Beweisführung.

Lehrreich ist besonders das Kapitel über die in Italien sehr blühenden Milchverwertungsgenossenschaften (Latterie sociali), die aus der von ihren Mitgliedern eingelieferten Milch, Butter und Käse fabrizieren und verkaufen. Wir finden sie in ihrer primitivsten sowohl als in ihrer technisch vollendetsten Form: in Osoppo (Venetien), wo in Abwesenheit der in Deutschland auf Arbeit befindlichen Männer die Frauen den Ackerbau und die Milchwirtschaft betreiben, besteht der Brauch, daß der Reihe nach eine der Frauen im Orte die Verarbeitung der gesamten Milch übernimmt und die nötigen Ingredienzien dazu liefert. Sie behält dafür die von ihr fabrizierten Produkte. Hier

hat also die Notwendigkeit, ein größeres Quantum Milch auf einmal zur Käsebereitung zur Verfügung zu haben, eine Produktivgenossenschaft, wenn auch in ganz rudimentärer Form, gezeitigt. Genossenschaftsmolkereien in größtem Stile finden sich hauptsächlich in Norditalien (Lombardei, Venetien etc.). Sie haben eigene mit modernsten Maschinen ausgestattete Fabriken, die meist sehr gute Geschäfte machen. Die bevorzugte Form der Genossenschaft ist hier die der unbeschränkten Haftpflicht, und zwar bietet schon der Viehbestand der Mitglieder allein eine weit über den Bedarf hinausgehende Garantie.

Als weit schwieriger wie die genossenschaftliche Organisation der Milchverwertung stellt N. die der Weinfabrikation dar, hauptsächlich weil einerseits im Gegensatz zur Käsebereitung die Kelterei auch im kleinen unschwer betrieben werden könne, und sodann weil die Abschätzung und Wertung des von jedem Mitglied eingelieferten Rohmaterials beim Wein weit schwieriger und komplizierter sei und daher leicht zu Unzufriedenheit führe.

Wenig günstig spricht sich N. über die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Konsortien aus, die er als „Omnibusverbände“ betitelt, weil sie alle genossenschaftlichen Organisationsformen in sich zu vereinigen suchten: den Einkauf von Düngemitteln, Maschinen, Samen, den Verkauf von Eiern, Wein, Milch und Butter etc. Die verschiedenen Zweige genossenschaftlicher Tätigkeit in ein einziges Gesamtunternehmen zusammenzupferchen ist weder logisch noch gerecht, wenn man bedenkt, daß der gegebenen Lage der Dinge zufolge nicht alle Mitglieder für jeden einzelnen Geschäftszweig ein gleiches Interesse haben können. Diejenigen Mitglieder z. B., die lediglich Rohmaterialien wohlfeil und garantiert gut einkaufen möchten, werden gewiß nicht dazu bereit sein, das Risiko auf sich zu nehmen, sie teurer zu bezahlen als nötig, um so eventuell die Scharten auszuwetzen, die durch andere Zweige der konsortionellen Tätigkeit, an der sie nicht direkt interessiert sind, geschlagen worden sind“. Es sei deshalb gut, wenn jede Art der Genossenschaftsbewegung ihre eigenen Organisationen besitze und ihre Geschäfte für sich gesondert erledige.

Turin.

GISELA MICHELS-LINDNER.

LEWIS H. HANEY, *History of Economic Thought: A critical account of the origin and development of the economic theories of the leading thinkers in the leading nations.* New York, The Macmillan Company 1911. 8^o. XVII—567 S. (2 Doll.).

Keines amerikanischen Oekonomisten Ehrgeiz war bisher groß genug für ein Unternehmen, wie das des Professors an der Universität von Texas. Wir besitzen zwar gelehrte Monographien über einzelne Schriftsteller und sorgfältige Untersuchungen über Teilgebiete der volkswirtschaftlichen Ideen-

entwicklung, wie z. B. HULLS abschließende Arbeit über WILLIAM PETTY oder SELIGMANS Übersicht über die ältere Literatur des Steuerwesens. Niemand aber hat sich — was immer noch im Entstehen begriffen sein mag — an eine „kritische Darstellung des Ursprunges und der Entwicklung der Wirtschaftstheorien der führenden Denker unter den führenden Nationen“ gewagt. Hält man das fest, so hat der Verf. Anspruch auf volle Anerkennung sowohl für den Mut, an eine so umfassende Aufgabe herangetreten zu sein, als auch für die Ausdauer bei ihrer Durchführung.

Den Kern des H.schen Buches bildet, wie wir aus dem Vorwort (S. VII) erfahren, eine von Professor ELY vor etwa 25 Jahren im Manuskript vorbereitete und seither von H. durch Zusätze und Besserungen ergänzte Geschichte der Volkswirtschaftslehre. H. selbst betont denn auch nachdrücklich, daß es zu nicht geringem Teil Kollektiverzeugnis sei, und daß es nur deshalb unter dem gegenwärtigen Titel erschienen sei, weil ELY dies so im Hinblick darauf gewünscht und geraten habe, daß in ihm in bezug auf Inhalt und Stoffanordnung H.s Arbeit das dominierende Element bilde. Es repräsentiert sich also weder dem Ursprung noch der Ausführung nach als Ergebnis von Originalforschung, sondern als in erster Linie für Lernzwecke der großen Masse von Studenten an den amerikanischen Colleges bestimmtes Handbuch, deren Bedürfnis in dieser Richtung durch INGRAMS Geschichte der politischen Ökonomie keine angemessene Befriedigung findet. Es ist demnach eher als eine allgemeine Übersicht nach Art von BLANQUI und INGRAM denn als Originalbeitrag einzuschätzen, wie ihn ROSCHER, CANNAN oder WEULERSSE bieten. In der Tat erklärt H., daß kein Autor eines solchen Buches wie das seinige, alle zitierten Werke auch genau und vollständig gelesen haben kann; und er fügt etwas naiv hinzu: das Leben sei dazu zu kurz, und wäre es auch länger, so hieße es doch Zeit vergeuden, es zu tun, da man sich damit begnügen könne, weniger wichtige Werke bloß zu „kosten“.

Hat nun aber auch H. nicht alle Schriften gelesen, über die er referiert und bereichert er den Stock unseres Wissens nur in wenigen Punkten durch selbständige Forschungsergebnisse, so schöpft er doch keineswegs völlig aus zweiter Hand. Die ersten 8 Kapitel, welche „die vorwissenschaftliche Periode“ behandeln, zeugen allerdings von geringerer Vertrautheit mit dem Stoff und halten z. B. keinen Vergleich aus mit MARSHALLS — in den jüngsten Auflagen der „Principles of Economics“ leider weggelassenem — kurzen, aber trefflichem Kapitel über den Fortschritt der Volkswirtschaftslehre. Von ADAM SMITH an zeigt er sich jedoch als wohlausgerüsteter Forscher und erfahrener Lehrer, dessen Darstellung im wesentlichen Zustimmung verdient. Daß ein Werk wie das vorliegende Unebenheiten aufweist, ist bei der Art seiner Konzipierung und Ausführung unvermeidlich. Sie treten nicht so sehr in positiven Irrtümern zutage als in mehr weniger einseitigen Urteilen, je nach der Beschaffenheit des Materials aus zweiter Hand und dem Grade

seiner Ergänzung durch selbständige Untersuchung. Hier und da begegnet man auch einem offenbaren Verstoß; so wenn H. nach SELIGMAN der Rententheorie BROOKES folgt, MASSIES Ökonomische Bibliographie nicht erwähnt, LANDERDALES Analyse des Reichtums außer Zusammenhang mit dessen Anschauungen über den Tilgungsfond erörtert und die Anschauungen sowie den Einfluß von SIMON NEWCOMB außer acht läßt. Trotz einzelner derartiger Entgleisungen aber zeigt das Buch ausgedehnte Vertrautheit mit den Originalschriften und Kommentaren, ungewöhnliche Gewandtheit in der Synthese der Doktrinen und eifriges Bemühen, keine Erscheinung von wirklicher Bedeutung zu übergehen. Mehr Lücken als im Streben nach logischem Aufbau, sind dagegen in der Schilderung des ökonomischen Milieus zu konstatieren, in dem die einzelnen Lehren entstanden sind. Die Beziehungen zwischen diesen und jenem in der modernen Zeit sind so verwickelt und von so ausschlaggebendem Einfluß, daß isolierte Betrachtung der Theorie kaum anders als unfruchtbar ausfallen kann.

Wer H. kennt und bewundert, wird bedauern, daß er die auf das besprochene Handbuch verwendete Zeit und Mühe nicht vorerst spezialgeschichtlichen Studien gewidmet hat, die dann in einen magnum opus hätten Zusammenfassung finden können. Möglicherweise aber führt der von ihm eingeschlagene Weg eher zum Ziele und beabsichtigt er, nach Schaffung dieser Generalübersicht, seine große Begabung nunmehr in den Dienst einer — nur allzu notwendigen — Erhellung einzelner dunkler Gebiete in der Geschichte der Volkswirtschaftslehre zu stellen.

Baltimore.

JACOB H. HOLLANDER.

O. D. SKELTON, Socialism, a critical analysis. London, Coustable & Co. 1911. (6 sh.).

Der Verf., Professor der Staatswissenschaften an der Universität Kingston in Kanada, hat mit der angezeigten Schrift den von einigen Chikagoer Kapitalisten ausgesetzten 1000 Dollarpreis für einen Essay über „Die Rechtsgründe gegen den Sozialismus“ gewonnen, und doch ist sie so ziemlich die beste und unparteiischste Darstellung des Sozialismus in englischer Sprache. S. kennt nicht nur seinen Gegenstand von Grund aus, sowie die wichtigen Erscheinungen der sozialistischen Weltliteratur, sondern er hat sich auch die Mühe genommen, zu begreifen, was die Sozialisten wirklich meinen und warum sie an ihre Sache glauben und für sie arbeiten. Zudem schreibt S. ein urwüchsiges Englisch, das zu lesen ein wirkliches Vergnügen ist. Er faßt die Anklagen der Sozialisten gegen den Kapitalismus so lebendig zusammen, daß ihn der Leser als deren Gesinnungsgenossen betrachtet. Sodann folgen Kapitel über die Utopisten, MARX und die moderne Marxkritik. Zum Schluß beschreibt er den modernen Sozialismus, sowie die Bewegung im festländischen Europa, in England und in der Union.

Wie allen Professoren, so fehlt auch S. der Glaube. Er kann sozusagen nicht weitersehen als ein Wochenende, und alles, was nicht schon ist, erscheint ihm gefährlich oder unmöglich. Sein Denken ist eher durch amerikanische als durch europäische Verhältnisse bestimmt. Er fürchtet, die sozialistischen Führer würden die politische Maschine ihren Privatzwecken dienstbar machen, und ist geneigt anzunehmen, daß Reichtum — wie das ja auch jetzt öfters in den Vereinigten Staaten zutrifft — eine Folge von Begabung und nicht hauptsächlich des Zufalles der Geburt sei. Doch sind die gerügten Mängel unerheblich und S.s Schrift wird von jedermann mit Nutzen gelesen werden.

London.

EDW. R. PEASE.

EDV. MACKEPFRANG, Afsnit af den danske Arbejderbevægelses Historie. I, J. Langstiden. Kopenhagen, Det sociale Sekretariat og Bibliotek, 1911. 8°. 119 S. (3 Kr.)

Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Dänemark ist noch nicht geschrieben. Um so dankbarer ist jeder Beitrag zu ihrer Aufhellung zu begrüßen. Die vorstehend angezeigte Schrift hat die ersten Anfänge ihres Werdeprozesses zum Gegenstand. M. schildert die Entstehung der Arbeiterklasse in Dänemark, aus den zünftigen Handwerksgesellen und den Überresten der Fabrikarbeiter des 18. Jahrhunderts. Durch die merkantilistische Politik der Regierung war eine recht rege Industrie entstanden. So beschäftigte im Jahre 1786 allein die Textilindustrie mehr als 12000 Arbeiter. Künstlich in ihrem Ursprung, fiel aber diese Wirksamkeit zusammen, als die Regierung seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts eine Kursänderung in liberalistischer Richtung einleitete. Das industrielle Proletariat war also damals noch wenig entwickelt. Um 1801 wird es in Kopenhagen — damals eine Stadt von 100000 Einwohnern — auf etwa 17000 Personen berechnet; und dabei war schon ein guter Teil der Handwerksgesellen im Herabsinken in diese Klasse begriffen. In den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts war die Verschmelzung schon beinahe vollzogen. Dies im Verein mit der Teuerung von 1844—47, der Weltkrise dieses letztgenannten Jahres und der politischen Ereignisse von 1848, zeitigte eine gewaltige Arbeitslosigkeit in der Hauptstadt, dabei aber auch Lohnbewegungen, die ersten in Dänemark seit 1794, vornehmlich unter den Typographen und Maurern. Der Maurerausstand endete sogar (im Januar 1851) mit einem wirklichen, modernen Tarifvertrag. Die Darstellung dieses Werdegangs ist mit einer Fülle von statistischen Daten beleuchtet; bisweilen ist gar die Fülle so groß, daß die geschichtlichen Entwicklungslinien von den Ziffern eher verdunkelt als erhellt werden.

Kristiania.

EDV. BULL.

CHR. COLLIN, Leo Tolstoi og nutidens kultur-krise [Leo Tolstoi und die Kulturkrise der Gegenwart]. Kristiania, Aschehoug 1910. II. Aufl. 1911. 8°. 301 S.

Dieses Buch ist keine Biographie TOLSTOIS; die eigentliche Lebensskizze beschränkt sich auf 65 Seiten, und ebenso knapp werden verschiedene Seiten der Tätigkeit und Geistesrichtung TOLSTOIS behandelt. Vielmehr ist der Verf. bestrebt gewesen, das Auftreten TOLSTOIS in eine weite historische Perspektive hineinzurücken und durch ihn ein Hauptproblem der Geschichte und der Gegenwart zu beleuchten. Er hat mehr als Literaturgeschichte schreiben, er hat die Kulturwissenschaft einen neuen Schritt vorwärts bringen wollen.

Schon in den ersten großen Werken TOLSTOIS: „Krieg und Frieden“ und „Anna Karenina“, findet C. eine latente Grundstimmung, die in TOLSTOIS gewaltsamer religiöser Krise am Ende der 70er Jahre vollends zum Durchbruch gelangt — den Unwillen gegen die abendländisch-angestrichene Kultur der oberen Klassen, der er die gesunde Einfachheit der russischen Bauern gegenüberstellt. Ein natürliches Endergebnis dieses instinktiven Unwillens, durch den C. TOLSTOIS zeitweilige Sympathie für den kritischen Pessimismus SCHOPENHAUERS erklärt, war es, daß ein unwiderstehliches Gefühl sozialer Disharmonie TOLSTOIS in offene Kampfstellung gegen die moderne Kultur hineintrieb. Sein weites Dichterherz verlangte nach einer Ausdehnung seines gesellschaftlichen Bereiches; er empfand das Bedürfnis, an den Leiden und der Arbeit des ganzen Volkes teilzunehmen; und die Berührung mit den Dukoboren Mitte der 90er Jahre reifte in ihm den Entschluß, die Heimat zu verlassen, um ganz mit seinen Volksgenossen zu leben.

Die logische Entwicklung seiner Persönlichkeit auf dem Hintergrunde der bestehenden Gesellschaft und der herrschenden Moral mündete in eine zugleich soziale und religiöse Empörung aus: er wurde zum ethischen Puritaner. Die russische Eroberungspolitik machte ihn, wie einst der römische Imperialismus die Christen der ersten Jahrhunderte, zum absoluten Gegner jeglicher Gewalt; und die Opposition gegen das Vordringen des modernen Kapitalismus in Rußland führte ihn auf das Ideal der alten kommunistischen Bauerngemeinde zurück. Wie die geknechteten russischen Bauern in ihrer aus Stoizismus und Christentum ererbten Frömmigkeit ein wirksames Mittel der Selbsterhaltung gefunden hatten, so wollte TOLSTOIS, wie ihn C. darstellt, das Urchristentum zur Verteidigung gegen die moderne Kriegs- und Handelsmoral neubeleben. Und während NIETZSCHE, sein großes Widerspiel, sich aus dem SCHOPENHAUERSchen Pessimismus freikämpfte durch den Willen zur Macht, wurde TOLSTOIS denselben ledig durch das Bedürfnis nach Liebe, die nicht Sklavenmoral, sondern die Erweiterung des Ich, des Lebens ist. Das Evangelium TOLSTOIS wird daher die opferwillige Arbeit, die mehr leistet, als sie zu genießen fordert; was er verurteilt, ist der soziale Parasit.

Indem sich C. in diesen Hauptzügen den Entwicklungsgang TOLSTOIS

zurechtlegt, findet er in ihm einen großen geschichtlichen Typus verkörpert; ähnlich wie TOLSTOI haben früher eine Reihe ethischer, oftmals stark puritanischer Empörer den Kampfesruf gegen die Kultur erhoben — so PLATON, CHRISTUS, der heil. FRANZISKUS, DANTE, in einer Periode seines Lebens sogar SHAKESPEARE, später ROUSSEAU, CARLYLE, IBSEN — und C. bezeichnet sie alle als soziale Alexinen oder Antitoxinen, die naturgemäß gegen die Kulturkrankheiten in der Gesellschaft entstehen, um das Leben der Völker zu retten. Die große Frage aber ist, ob es gelingen kann, dem Untergang der modernen Kultur vorzubeugen; ob sie nicht, wie so manche frühere, zum Welken und Absterben unwiderruflich verurteilt ist.

Zur Beantwortung dieser Lebensfrage untersucht C., worin eigentlich die Kulturkrankheit besteht, die sich wiederholt tödlich erwiesen hat, und ob es irgend ein zuverlässiges Heilmittel gegen sie gibt. Sowohl in alter wie in neuer Zeit tritt ihm entgegen eine Kulturform, die er als militaristisch-kommerziell charakterisiert, die immer den Vorteil des einzelnen durch Ausbeutung und Unterdrückung des Schwächeren sucht und somit einen gesellschaftlichen Parasitismus erzeugt, der eine Art verkehrter Auslese (*the survival of the unfittest*) befördert. Er verwendet das sozialökonomische Gesetz vom abnehmenden Ertrag, um nachzuweisen, daß der wild-räuberische Kampf im Welthandel nicht nur unvorteilhaft, sondern geradezu wertverringend ist; und die eigentliche Kulturkrankheit ist ihm die Überentwicklung der gesellschaftlichen Kampforgane, die die Leistungsfähigkeit der Arbeitsorgane immer mehr schwächen muß. Die großen englischen Vorkämpfer des Freihandelssystems erwarteten von der freien Konkurrenz ein Weltreich des Friedens, erweckten aber im Gegenteil neue Kriegeskräfte; in den Spuren der Bibel und der Baumwolle folgten die Bomben, und tatsächlich leben wir in einem Zeitalter neuer Wikingerzüge. Eine Kulturexpansion dieser Art schafft notwendigerweise immer stärkere Friktionen nach außen und nach innen, und die moderne Kultur wird, wie die antike, notwendig untergehen, wenn es ihr nicht gelingt, ihre ökonomische Tätigkeit auf eine andere Basis zu stellen.

Hier tritt dann die junge Kulturwissenschaft hervor mit der Lehre, daß der Untergang einer Kulturepoche nicht an sich unvermeidlich ist, sondern eben nur durch das Prinzip der Gewalt und den Parasitismus verursacht wird. C. weist unwiderlegbar nach, daß die Behauptung eines soziologischen Gesetzes vom „Kampf ums Dasein“ nur auf unvollkommenem Verständnis der DARWINSchen Theorie beruht; daß im Gegenteil die gegenseitige Hilfe, der Mutualismus, auch im Darwinismus, und zwar noch mehr im soziologischen als im biologischen Bereiche, ein Grundgesetz des Lebensfortschrittes ist. Ebendeswegen werden die großen puritanischen Warner wie TOLSTOI „Alexinen“ der Gesellschaft, weil sie die Idee des Mutualismus aufs neue kräftig in die Herzen einprägen; und heute sind sie um so notwendiger als je, weil sich die Kultur der Gegenwart in einer Lebenskrise befindet.

C. hält den Bestand der europäischen Kultur für ernstlich gefährdet, wenn sie es nicht dahin bringt, die bewaffnete Konkurrenz durch das Prinzip des Mutualismus zu ersetzen. Wie der Krieg zwischen Athen und Sparta den Untergang Griechenlands herbeiführte, so wird die Konkurrenz zwischen Deutschland und England Europa zerstören. Steigende Entwicklung der Lebensformen fordert eine wachsende Fähigkeit zu gegenseitiger Hilfe. Auch in der menschlichen Gesellschaft gilt das biologische Gesetz von der Anpassung und Harmonie der Organe an die jeweiligen Lebensbedingungen, und in unserer Zeit hat das Bestreben nach solcher Anpassung im Pazifismus und in der Kooperation seinen Ausdruck gefunden, am vollkommensten aber im Sozialismus. Denn nur durch die völlige Aufhebung des sozialen Parasitismus, nur durch einen Mutualismus, der in kollektives Eigentumsrecht übergeht, wird es möglich sein, dem Bürgerkrieg und der verkehrten Auslese innerhalb der menschlichen Gesellschaft ein Ende zu machen, sowie dadurch auch den internationalen Frieden zu befestigen.

So gelangt C. auf ganz anderen Wegen zum Sozialismus als die Sozialisten der marxistischen Schule. Ihm scheint die ökonomische Gleichberechtigung der unteren Klassen eine Lebensnotwendigkeit für die europäische Kultur, der Sozialismus wird ihm eine Kulturfrage, die Sozialisierung der Gesellschaft eine konservative Maßregel im Daseinsinteresse der weißen Rasse.

Ich habe es hier versucht, die Gedankenreihen, die zu diesem Ergebnis führen, möglichst scharf zu skizzieren, da sie mir interessant genug erscheinen, um auch außerhalb Norwegens diskutiert zu werden. Ich habe mich aber auch darauf beschränken müssen. Die Fülle neuer Gedanken und Einsichten, die C.s Werk birgt, auf engem Raume wiederzugeben, ist unmöglich. Doch wäre es gewiß erwünscht, sie durch Übersetzung in eine der Weltsprachen einem weiteren Publikum zugänglich gemacht zu sehen.

Kristiania.

HALVDAN KOHT.

B. FOUSTKA, Sociální Politika. Socialism a sociální hnutí (Sozialpolitik: Der Sozialismus und die soziale Bewegung). Prag 1912. 8°. 398 S.

Der Titel des angezeigten Buches entspricht nur zum Teil dem Inhalt. Der Verf., Privatdozent an der Prager Universität, gibt keine systematische Sozialpolitik, die das ganze Gebiet der durch den Sozialismus bedingten praktischen Politik behandeln würde, sondern er legt uns die Entwicklung des Sozialismus als Lehre und Bewegung dar; nur in den letzten Partien wird die parlamentarische Taktik der sozialistischen Parteien und ihre Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisation besprochen. Freilich wäre es an der Zeit, die staatliche, municipale und überhaupt die ganze öffentliche, durch den Sozialismus verursachte Sozialpolitik zu sichten, wobei selbstverständlich die Politik der sozialistischen und der gegnerischen Parteien zu berücksichtigen wäre.

F. faßt den Sozialismus mehr als den Versuch einer neuen Welt- und Lebensanschauung, speziell als Verwirklichung der im XVIII. Jahrh. formulierten und festgesetzten Humanitätsideale auf; dieser Auffassung gemäß wird der nationalökonomische Inhalt des Sozialismus etwas zurückgestellt, mehr als es der faktische Tatbestand rechtfertigt. Das merkt man besonders an der Darstellung des Marxismus.

Der ganze Inhalt des Buches zerfällt in 14 Abschnitte, in denen vorerst die Definition des Sozialismus — (eine Ausweitung derjenigen von TUGAN-BARANOVSKY) und sein Verhältnis zum Kommunismus, Individualismus, Liberalismus und Anarchismus bestimmt wird. Es folgen dann die einzelnen Probleme: die ökonomischen Lehren, der historische Materialismus, der Staat usw.

Die Darstellung ist vorwiegend historisch. Es werden nämlich die Vorgänger und Nachfolger von MARX und dieser selbst behandelt. Dabei wird ganz richtig gezeigt, dass die Vorgänger von MARX nicht so unwissenschaftlich waren, wie MARX und ENGELS gemeint haben. F. hebt besonders PECQUEUR hervor; auch CONSIDÉRANT. Mit Unrecht ist LASALLE bis auf eine kurze Bemerkung übergangen worden, und auch HEGEL und FEUERBACH kommen als Lehrer von MARX nicht zu ihrem Rechte.

Einzelne Partien des Werkes sind etwas ungleichmäßig ausgefallen; so z. B. wird das Nationalitätsproblem ausführlich behandelt, dagegen erfahren wir vom (französischen) Syndikalismus sehr wenig. Das am Ende beigefügte Literaturverzeichnis ist unvollständig, einiges darin (z. B. über den russischen Sozialismus) nicht ganz richtig.

Im ganzen erhält man aus dem Buche F.s ein lebendiges Bild der Geistesarbeit innerhalb des gegenwärtigen Sozialismus, wobei der Revisionismus und besonders BERNSTEIN (ist es Zufall, daß die einzige ausführliche biographische Notiz gerade BERNSTEIN gewidmet ist?) mit Sympathie behandelt werden. Ich habe den Eindruck, daß MARX etwas zu kurz kommt. Die Stellung des Autors zum Sozialismus und speziell zum Marxismus, ist wohl kritisch, aber versöhnlich, allerdings auf dem Gebiete der Theorie; prinzipiell scheint mir die „Soziale Politik“ konservativer zu sein, als die unvoreingenommene Prüfung der verschiedenen sozialistischen Lehren glauben ließe.

Prag.

T. G. MASARYK.

ADAM KRZYŻANOWSKI, Socyjalizm a prawo natury. (Sozialismus und Naturrecht.) Krakau, Universitätsdruckerei 1911. 8°. 27 S.

Der Verf. ist bestrebt, nachzuweisen, daß der Sozialismus als die moderne Emanation der egalitären Bestrebungen der naturrechtlichen Theorie der großen französischen Revolution anzusehen ist, weil er vor allem und im wesentlichen wirtschaftlicher Egalitarismus ist. Die französische Revolution forderte die Anerkennung der natürlichen Rechte des Menschen, die ihm angeboren, durch die positive Gesetzgebung auch berücksichtigt

werden sollen. Ihre Begründung bildet die Daseinstatsache an sich. In dieser Beziehung sind alle Menschen gleich und können weder auf diese Gleichheit verzichten, noch ihrer gesetzlich beraubt werden. — Auf öffentlich-rechtlichem Gebiete waren diese demokratischen Bestrebungen der Revolution sehr folgenreich, von geringerer Bedeutung jedoch auf wirtschaftlichem Gebiete. Dieser Umstand bildete denn auch den Ausgangspunkt der sozialistischen Gedankenreihen. Die politische Demokratie ohne wirtschaftliche Gleichheit ist ein bloß abstrakter Begriff. So will denn auch der Sozialismus die politische Gleichheit durch wirtschaftliche vervollständigen und hierin erblickt eben K. das Wesen des modernen Sozialismus. — Die Revolution hatte bekanntlich einen durchaus individualistischen Zug, indem sie die Anerkennung der Rechte des Menschen, des Individuums anstrebte. Aber auch hier zeigt sich ihr genetischer Zusammenhang mit dem Sozialismus. Zwar stellt der Kollektivismus — übrigens ein viel engerer Begriff als der Sozialismus an sich — Forderungen, die dem ökonomischen Individualismus direkt entgegengesetzt sind. Soweit es aber auf politische, moralische, religiöse oder andere Probleme ankommt, möchte der moderne Sozialismus dem Individuum möglichst grösste Handlungsfreiheit sichern, und zwar in der Voraussetzung, daß von einer derartigen Handlungsfreiheit nicht die Rede sein könne unter der Herrschaft einer Wirtschaftsordnung, die auf dem Privateigentum beruht und deshalb den einen Privilegien sichert, die anderen aber der ihnen gebührenden Rechte beraubt. Danach erscheint eine Erreichung der individualistischen Ziele bloß durch den Sozialismus innerhalb der Grenzen der Gerechtigkeit möglich. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel soll ja doch bloß ein Mittel zum Zwecke bilden; dieser aber besteht in der Harmonisierung des Individualismus mit der wirtschaftlichen Gleichheit der Individuen. Einen wesentlichen Gegensatz zum Sozialismus bilden denn auch nicht der Liberalismus, sondern die organischen Theorien. Wenn aber MARX zu erweisen sucht, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel eine historisch unvermeidliche Folgeerscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sei, und wenn die tatsächliche Entwicklung ihm in vielen Stücken recht gegeben hat, so muß doch — im Hinblick auf den Entwicklungsgang der sozialistischen Bestrebungen — dogmengeschichtlich daran festgehalten werden, daß das Problem der Güterverteilung im künftigen sozialistischen Gemeinwesen die hervorragendste Rolle auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus spielt und die Stellungnahme der Sozialisten diesem Probleme gegenüber bloß dann verständlich erscheint, wenn man ihre Bestrebungen berücksichtigt, das natürliche Recht auf Gleichheit durch eine entsprechend durchgeführte Güterverteilung zu verwirklichen.

Die interessante Skizze K.s ist aus Vorträgen desselben an der Krakauer Universität hervorgegangen und mit strenger und ruhiger Sachlichkeit geschrieben.

Wien.

SIGISMUND GARGAS.

M. BERNATZKY, Teoretiki gosudarst wennago Socialisma w Germanii i Socialno-polititscheskija woss renija kniasia Bismarcka. (Die Theoretiker des Staatssozialismus in Deutschland und die sozialpolitischen Ansichten des Fürsten Bismarck). IV — 489 S. Petersburg, Verlag „Prawo“ 1911. (3.5 Rubel.)

Der Verf., Professor der Nationalökonomie am Petersburger Polytechnischen Institut, hatte ursprünglich die Absicht, die Theorie und Praxis des Staatssozialismus in allen europäischen Ländern zu untersuchen. Schließlich aber hat er den Rahmen seiner Arbeit enger abgesteckt und sich auf Deutschland als das klassische Land des Staatssozialismus beschränkt.

Der erste Teil seiner Darstellung ist der Geschichte der Theorie des deutschen Staatssozialismus gewidmet. B. schildert ausführlich die deutsche ökonomische Literatur in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts und findet schon in der Reaktion gegen den Smithianismus verschiedene Elemente, die später als integrierende theoretische Bestandteile des Staatssozialismus erscheinen. Als eigentlichen Begründer dieser Theorie betrachtet er LORENZ STEIN, MARLO und ROBERTUS. Dann folgen der „Verein für Sozialpolitik“, sowie einerseits RUDOLF MEYER und HERMANN WAGENER, andererseits ADOLF WAGNER und SCHÄFFLE. B. gelangt zum Schluß, daß der Staatssozialismus einen Mischmasch aus verschiedenen Prinzipien und Postulaten bildet, der sich auf dem Boden der Reaktion gegen den ökonomischen Liberalismus unter dem Einfluss der drohenden sozialen Revolution entwickelt hat und politisch nicht nur konservativ, sondern sehr oft ganz und gar reaktionär ist. Im Unterschied von CHARLES ANDLER und in voller Übereinstimmung mit KARL KAUTSKY erblickt er die Erklärung der Grundelemente des Staatssozialismus nicht in dem Einfluß der Ideen, sondern in den realen Bedingungen des Klassenkampfes. In der Reaktion gegen Smithianismus konstatiert er verschiedene Elemente: die mit einer sozialistischen Phraseologie beschönigte Ideologie der beiden Klassen — der Grundbesitzer und der Handwerker, des Mittelstandes —, die unter der kapitalistischen Entwicklung stark gelitten haben. An endlosen Widersprüchen leidend, bildet ihm somit der Staatssozialismus die naivste Utopie des XIX. Jahrhunderts.

Der zweite Teil des Buchs gibt eine Charakteristik der sozialpolitischen Ansichten Bismarcks. B. verzichtet von vornherein auf eine ausführliche Schilderung der „segensreichen“ Praxis des Bismarckschen Staatssozialismus. Was ihn vielmehr an diesem interessiert, ist nicht seine „äußere“, sondern seine „innere“ Geschichte, nicht die Gesetze selbst, sondern Bismarcks Motive bei deren Schaffung. An der Hand der Protokolle des Reichstags, der Erinnerungen und der Gespräche des Kanzlers enthüllt er dessen an Zynismus grenzende Gleichgültigkeit in der Auswahl der Mittel und die Prinzipienlosigkeit seiner Sozialpolitik; und sein Endurteil lautet: daß die Niederlage Bismarcks im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung, das vollständige Fiasko von dessen „christlich-sozialer“ Politik nicht etwas Zufälliges, nicht bloß aus der Form, die diese Politik unter den Händen des

Kanzlers angenommen hat, zu erklären sei, sondern aus inneren Gründen. „Alle Versuche, den sozialen Frieden in der heutigen Gesellschaft mit ihrer antagonistischen ökonomischen Organisation, mit ihrem unaufhörlichen Klassenkampf herbeizuführen, sind nur eine Utopie. Der traditionelle, historisch gewordene Staat mag sich noch so sehr als Supra-Klassenstaat gebärden: in Wirklichkeit bleibt er doch stets Klassenstaat.“

B.s Werk ist zwar in manchen Partien zu breit geraten und von Wiederholungen nicht frei. Überall aber bleibt es — auf reichem Material aufgebaut — verlässlich und lehrreich. Insbesondere füllt es in der russischen Literatur eine empfindliche Lücke aus. In einer Zeit, in der die russischen Nationalliberalen sich nach einem Bismarck sehnen, der sie vor den Gefahren des Absolutismus retten soll, ohne der Sozialdemokratie Vorschub zu leisten, bietet es sogar aktuelles Interesse.

Wien.

N. RIASANOFF.

W. BOGUTSCHARSKY, Is istoriji polititscheskoi bo r by w 70-ych i 80-ych godach XIX wieka. Partija „Narodnoj Woli“, jeja proischoschdenije, sudjby i gibel. (Aus der Geschichte des politischen Kampfes in den 70er und 80er Jahren des XIX. Jahrhunderts. Die Partei des „Volkswillens“, ihr Ursprung, Geschichte und Untergang). Moskau, Verlag der „Rußkaja Mysl“ 1912. 8°. IV — 483 S. (3 Rubel.)

Die angezeigte Arbeit ist der erste Versuch einer ausführlichen Geschichte der russischen revolutionären Bewegung Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre des abgelaufenen Jahrhunderts, der Periode, in der die „Partei des Volkswillens“ („Narodnaja Wolja“), eine Handvoll russischer Intellektueller und der fortgeschrittensten Arbeiter, den titanischen Kampf mit dem russischen Absolutismus führte, der mit einem Sieg über den persönlichen Vertreter dieses Systems und mit einer Niederlage der Partei endete. Das letzte Glied einer langen Entwicklung, die Erbin der ganzen bisherigen revolutionären Bewegung, hat die „Narodnaja Wolja“ in den Jahren 1879—1882 die gesamte innere Politik der russischen Regierung bestimmt und hat die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die bis dahin wenig beachtete Gärung in dem mächtigen russischen Reiche gelenkt.

Wie sofort hervorgehoben werden soll: der Verf. verdient größtes Lob. Es ist ihm gelungen, eine ungeheure Masse verschiedener Materialien zu sammeln, neue Dokumente auszugraben und von noch lebenden Mitgliedern der Partei, denen die russische Revolution von 1905 die Freiheit wiedergegeben hat, sehr wertvolle Details zu erfahren, die neues Licht auf bis jetzt nur ungenügend bekannte Phasen des damaligen politischen Kampfes werfen. Die Entstehungsgeschichte des berühmten Exekutivkomitees, die terroristische Tätigkeit, die Propaganda in den Arbeiterkreisen, im Heere, in der Intelligenz und in der Studentenschaft, die Beziehungen der Partei mit den russischen Liberalen und literarischen Zirkeln, die antisemitischen Seitensprünge in der

Zeit der Pogroms der 80er Jahre, die Stimmungen in den Hofkreisen und in der Regierung — überall begegnen wir neuen, bis jetzt wenig bekannten oder ganz unaufgeklärten Tatsachen. In keiner Schilderung des Kampfes, den die Regierung gegen die „Narodnaja Wolja“ führte, ist das System der Provokation, das noch von dem Vorgänger der jetzigen Leiter der berüchtigten Ochrana, dem im Jahre 1883 ermordeten Sudeikin, geschaffen wurde, in seiner vollen Schamlosigkeit so enthüllt worden wie von B. Die Geschichte der Parteikämpfe am Hofe nach dem 1. März 1881 und der geheimen Gesellschaften, die sich nach dem altbewährten Muster der Bande des 10. Dezember bildeten, sowie der Zusammenarbeit der Hofaristokratie und strebsamer Bürokraten mit allerlei sittlich tiefstehenden Agenten zur Rettung der Ordnung, stellt die phantastischsten Kriminalromane in Schatten und findet nur in den Ereignissen der letzten fünf Jahre mit ihren ASEFF, HARTING, KURLOFF und KULIABKO ein würdiges Gegenstück.

Leider hat sich der Verf. verleiten lassen, diese sensationelle Seite seines Gegenstandes zu stark in den Vordergrund zu schieben. Infolgedessen hat er die andere Aufgabe, die er sich gestellt hat, gänzlich vernachlässigt: die Schilderung nämlich des Ursprungs der „Narodnaja Wolja“, der Entwicklung ihres Programms und ihrer sozialpolitischen Ansichten, der Literatur des damaligen „unterirdischen Rußlands und der Widerspiegelung der revolutionären Bewegung in der legalen Literatur sowie des Einflusses der gesamten Ideologie auf die Intelligenz. Von 483 Seiten sind diesen Fragen nur etwa 30—40 gewidmet.

Noch mehr leidet die ganze Darstellung unter der didaktischen Tendenz des Verf. B. will den Beweis liefern, daß die Regierung unzweckmäßig handelte, indem sie die Bewegung in ihren Anfängen grausam verfolgte, sowie daß nur diese Verfolgungen die Hauptquelle der ganzen Bewegung bildeten, und gelangt glücklich zu dem Schlusse, daß die „Narodnaja Wolja“, für deren Geschichte er so viel geleistet hat, nur eine zufällige, im höchsten Grade harmlose Gruppe war, die durchaus nicht im Leben des Landes wurzelte und nur über ein halbes Hundert junge Leute und ein paar tausend Rubel, als einzige Machtmittel verfügte. So bleibt denn für B., gemäß dieser flachen liberalen Auffassung, die gewaltige revolutionäre Bewegung, die er so ausführlich schildert, ein historisches Rätsel oder ein neuer Beweis, wie er selbst sagt, der „Gewohnheit der russischen regierenden Kreise, sich vor jeder Regung im Lande zu fürchten“.

Trotz aller dieser Mängel bildet die verdienstvolle Arbeit B.s einen sehr wertvollen Beitrag zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland.

Wien.

N. RIASANOFF.

JOVAN SKERLIĆ, Swetozar Marković (serbisch). Belgrad 1910. 8°. 280 S. (3.50 Fr.)

Erst jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die neuere politische Geschichte Serbiens geschrieben werden kann. Die Periode von den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts bis in die jüngste Zeit herein war erfüllt

von Empörungen und heißen Kämpfen der Kleinbürger und -bauern gegen die übermächtige Bureaukratie. Sie schließt viele tragische Momente in sich: bewaffneten Aufruhr und Kriegszustand, Hinrichtungen und Zuchthausstrafen, Verbannungen, Vertreibung der Könige und Ausrottung der Dynastien, zuletzt die historisch notwendige Unterwerfung der Bureaukratie unter die Herrschaft der politischen Parteien. Die absolut siegreiche radikale Partei, die Führerin der Massen von kleinen Existenzen, machte sich nicht nur die Beamtenschaft untertänig, sondern entrechtete sie auch politisch. Sie selbst hat allerdings im Verlaufe dieser Entwicklung tiefstgehende innerliche Wandlung erfahren: die heute tonangebenden Männer der radikalen Partei sind nicht mehr die intelligenten Idealisten von einst; sie rekrutieren sich längst nicht mehr aus den unzufriedenen Mittelschichten, sondern sie sind Kapitalmagnaten, die den Staat rücksichtslos beherrschen wollen. Der Versuch der Jungradikalen, in den alten Bahnen weiterzuwandeln, ist kläglich in sich zusammengebrochen. Sieben Jahre jungradikale Politik haben genügt, um die vierzigjährige Geschichte der radikalen Partei zu wiederholen und die Jungradikalen zum Zusammenwirken mit den Altradikalen gefügig zu machen. Das angezeigte Buch des Belgrader Universitätsprofessors SKERLIĆ, des besten und am weitesten links stehenden Mannes unter den heutigen bürgerlichen Demokraten, nimmt in seinem letzten Abschnitt auf die gegenwärtige politische Lage in Serbien Bezug. Deutlich zeigt es, daß die alten Streitfragen und Auffassungen aufgegeben sind, und daß wir uns am Anfang einer neuen politischen Epoche befinden, der Epoche der modernen internationalen Zivilisation, des Kampfes zwischen Kapitalismus und Proletariat, welcher der weiteren politischen Geschichte immer mehr sein Gepräge aufdrücken wird.

Beginnt man nun den verflochtenen Abschnitt der serbischen Geschichte als ein abgeschlossenes Ganzes zu betrachten, und versucht man seinen ideologischen Ausgangspunkt ausfindig zu machen, so findet man diesen in den Schriften und Lehren des SWETOZAR MARKOWIĆ, einer Persönlichkeit, wie sie sich als Leuchtturm zur Orientierung im Dunkel der Weltgeschichte eignet und die um so heller erstrahlt, je weiter wir uns von ihr entfernen und je mehr die unwesentlichen Einzelheiten ihres Lebens verblassen und das wahrhaft Große an ihr hervortritt. Bis vor kurzem bemühten sich die reaktionären Geschichtsschreiber, das Andenken Sw. M.s zu begraben. Jetzt aber fällt der Staub der Vergessenheit über sie und ihre Helden, und in den Mittelpunkt des Interesses tritt mit anderen Männern, die die Geschichte in sich verkörpern, auch MARKOWIĆ. Wir besitzen über ihn und seine Ideen bisher nur zwei Werke, beide aus der Feder von Belgrader Universitätslehrern und beide die besten Publikationen der neueren serbischen Literatur. Aber die Zeit ist nicht fern, in der man sich mit Sw. M. weit eingehender beschäftigen wird. Handelt es sich ja um den Streit zwischen der sozialen und der bürgerlichen Demokratie, wer von ihnen den Anspruch erheben darf, aus der Wirksamkeit dieser großen Persönlichkeit hervorgegangen zu

sein. Hat ihn auch die radikale Partei vergessen, das Proletariat wird sein Andenken in der Geschichte weiter würdig fortpflanzen.

Sw. M. entstammte einer Beamtenfamilie. 1866 kam er nach Absolvierung der Belgrader Hochschule als Staatsstipendist nach Petersburg, um sich zum Ingenieur auszubilden. Die damalige große geistige Bewegung in Rußland riß ihn mit fort. Er lernte TSCHERNISCHEWSKYS und PISAREFFS Schriften kennen, machte Bekanntschaft mit Revolutionären, kam in deren geheime Organisationen hinein und wurde durch das „unterirdische Rußland“, durch die glänzendste Jugend der Welt, zum Revolutionär erzogen. Von Petersburg ging er in die Schweiz, wo er die moderne Arbeiterbewegung sowie die Schriften KARL MARX' studierte. Als überzeugter Sozialist und Korrespondent der Internationale kam er nach Serbien zurück, um „allein gegen alle“, wie er selber sagte, den Kampf zu entfachen. Achtundzwanzig Jahre nur hat er gelebt und sieben bloß davon literarisch und politisch gearbeitet. Aber er hat in dieser kurzen Zeit Großes geleistet, trotzdem er unter materieller Not, Gefängnisstrafen, behördlichen Schikanen, Verleumdungen von seiten der Gegner und Überanstrengung schwer zu leiden hatte. Diese seine Tätigkeit ist ein Beweis dafür, daß die eherne Wirklichkeit, daß die Lebensverhältnisse die Menschen und ihre Bestrebungen regieren. Sw. M. trat in die Öffentlichkeit als Parteigänger des Proletariats, in dem Glauben, daß die Internationale bald die Welt erobern werde. Bei ihrem Kampfe mitzuhelfen war sein Ideal. In dem Serbien der 70er Jahre fand er jedoch weder Kapitalisten noch Lohnarbeiter, wohl aber breite Schichten von städtischen Kleinmeistern und Kleinbauern, die, durch die internationale Konkurrenz wirtschaftlich bedroht, durch die absolute Bürokratie ausgeplündert und bedrückt, sehr unzufrieden waren. So hatte er nur die Wahl: entweder auf dieser Grundlage aufzubauen oder aber sich politisch überhaupt nicht zu betätigen. Da wurde es ihm klar, daß der Marxismus die soziale Lehre der Lohnarbeiterschaft sei, und daß der idealistische, der Bauernsozialismus TSCHERNISCHEWSKYS genau auf die sozialen Zustände des Orients passe. TSCHERNISCHEWSKY meinte, die Menschen könnten Geschichte nach Belieben und rationell machen; es sei also nur nötig, sie über die beste und zweckmäßigste Form der Gesellschaftsorganisation aufzuklären; diese Organisation aber sei der Kommunismus. Existiere in den slawischen Ländern kein Kapitalismus, so brauche er auch nicht erst zu entstehen. Beweise nicht die Notlage der arbeitenden Klassen in Westeuropa seine Verwerflichkeit? Man vermöge auch die ganze kapitalistische Periode zu überspringen, d. h. aus patriarchalischen Zuständen gleich in den Sozialismus überzugehen. Als Grundlage hierbei aber könne und solle man die Überreste des ursprünglichen Kommunismus, die in den slawischen Ländern noch immer bestehende Dorf- und Hauskommunion benützen, indem man sie weiter ausbaue und vergrößere. Ebendeshalb stellten sich die Slawen als die für den Sozialismus zumeist geeigneten dar.

Diese Lehre verbreitete Sw. M. Er wandte sich an die Schuljugend; er

popularisierte den Materialismus in der Philosophie, den Realismus in der Literatur; er forderte das Studium der Naturwissenschaften und der Nationalökonomie; und in den Bahnen, die er wies, vollzog sich durch seine und seiner Schüler Bemühungen der große geistige Umschwung. Der alte Idealismus wurde überwunden, auch auf dem Gebiete der Nationalpolitik. Dem Traume eines Großserbien stellte er das noch immer leitende Prinzip der demokratischen Nationalpolitik gegenüber, das Prinzip der föderativen Balkanrepublik. — In der Praxis versuchte er die Handwerker in Produktions- und Konsumtionsgenossenschaften zu organisieren, in deren Werkstätten die neuesten Arbeitsformen einzuführen, den jungen Nachwuchs technisch und berufsmäßig auszubilden und so langsam eine Gesellschaft ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln herbeizuführen.

Seine praktischen Versuche scheiterten einerseits an dem Widerstande der Staatsgewalt, die auch seine literarische Tätigkeit unterdrückte, andererseits am Unverstande und der moralischen Unvollkommenheit der Handwerker, die nur persönlichen Vorteil erstrebten. Schließlich gelangte er zur Überzeugung von der Notwendigkeit einer planmäßigen Staatsaktion, um zum Ziele zu gelangen. Gleichzeitig aber erkannte er, daß der bestehende bürokratische Staat dafür nicht zu haben sei, sondern nur jener, in dem das Volk sich selbst regiert, die nötige Bildung des Volkes ermöglichen und die Einrichtungen zum Wohle der Gesamtheit schaffen könne, m. a. W., daß der Weg zum Sozialismus durch den Volksstaat hindurchführe. Als erstes Bedürfnis erschien ihm also die Gründung einer radikalen Partei zur Demokratisierung des Staatswesens. Diese Partei entstand denn auch. Ihre ersten Gruppen entstanden schon vor dem Tode Sw. M.s unter der Führung von Mitarbeitern desselben, von Männern, die heute die Ministerposten und die höchsten Würden in Serbien bekleiden. Anfänglich bekannten sie sich theoretisch zum Sozialismus. Sie vergaßen aber schnell dieses Ideal, als die Partei in den schweren Kampf mit dem Absolutismus geriet, in dem sie fast die ganze Nation hinter sich hatte.

So erscheint Sw. M. mit einem Doppelgesicht: als der Propagator des Sozialismus und als Begründer des bürgerlichen Radikalismus. In ihm liegt der Ausgangspunkt des ganzen politischen und Ideenkampfes, der die jüngste Entwicklungsperiode Serbiens ausfüllt.

Meisterhaft und lichtvoll schildert uns SKERLIĆ das Leben, die Persönlichkeit, die Wirksamkeit und die Theorien seines Helden sowie deren Nachwirkung bis in die Gegenwart. Wie jede historische Untersuchung den Stempel der sozialen Bestrebungen ihres Verfassers trägt, so auch die von SKERLIĆ. Auch er spricht zuweilen pro domo. Seine Gesamtauffassung bleibt jedoch im ganzen eine richtige; die Darlegung des Tatsächlichen ist durchaus gewissenhaft; es bleibt daher jedem verständigen Leser möglich, sich ein selbständiges Urteil zu bilden. Für die Orientierung über die behandelten Fragen wertvoll, für die Polemik und für die weiteren Arbeiten äußerst anregend, ist also das besprochene Buch wärmstens zu empfehlen.

Belgrad.

Z. TOPALOWITS.

GIUSEPPE PRATO, *Le protectionisme ouvrier*. Traduit de l'italien par Georges Bourgin. Paris, Marcel Rivière 1912. 8°. VI — 307 S. (6 frs.)

Das P.sche Buch stellt sich eher als volkswirtschafts- und sozialpolitische, denn als geschichtliche Untersuchung dar. Es verdient aber trotzdem Besprechung an dieser Stelle. Denn es beschäftigt sich mit einer der in der zeitgenössischen Arbeiterbewegung aller industriell hochentwickelten Länder stärksten hervortretenden Tendenzen: dem Streben nach Ausschließung fremder Arbeiter. Alle Neuländer begünstigen eine Zeitlang die Einwanderung fremder Arbeitskräfte. Dann aber macht sich gegen dieselbe Feindseligkeit der einheimischen Arbeiter geltend und zuletzt fordern diese von den Regierungen Einwanderungsbeschränkungen. Was die Entwicklungsphasen dieser protektionistischen Strömung anbelangt, so zeigt P., daß sich diese zunächst gegen farbige Einwanderer richtet; so in Australien und den Vereinigten Staaten gegen Chinesen, Japaner, Malaien und Hindus. Man betrachtet sie als inferioren Rassen zugehörig und wirft ihnen nicht bloß die Verschiedenheit in Rasse, Religion und Sitte, sondern auch und vornehmlich vor: daß „die niedere Lebenshaltung der Gelben, die sich mit Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen begnügen, wie sie für Weiße unannehmbar erscheinen, den hohen standard of life, der den Stolz der angelsächsischen Arbeiter ausmacht, ständig bedrohen und ernsthaftest gefährden“ (S. 58). Nach eingehendster Prüfung dieser Vorwürfe geht P. zu den in Amerika, Australien und Südafrika gegen Weiße praktizierten Einwanderungsbeschränkungen über und versucht deren Genesis aus einem von den Arbeiterparteien und Organisationen geübten Druck festzustellen. Zuletzt erörtert er die Einwanderungspolitik der alten europäischen Staaten: Frankreichs, der Schweiz und vor allem Englands, um zu entschiedener Verurteilung dieses ganzen Protektionismus zu gelangen. Als überzeugter und eifriger Freihändler sieht er in ihm lediglich einen Ausfluß brutalen Egoismus und in den Argumenten zu seiner Rechtfertigung bloß heuchlerische Sophismen. Besonders scharf wendet er sich hierbei gegen die Arbeiterorganisationen, welche die Einfuhr von Streikbrechern zu verhindern bemüht sind.

Man wird mit dem Übersetzer, G. BOURGIN (S. III), diese allzu einseitige Auffassung darauf zurückführen dürfen, daß der Verf. Italiener, also Bürger eines Staates ist, aus dem eine starke Auswanderung sich vollzieht. P.s Darlegungen entbehren denn auch oft der Objektivität und wissenschaftlicher Ruhe. Andererseits aber ist anzuerkennen, daß sie auf reichhaltigstem und gut benütztem Material beruhen. Er kennt nicht nur die Gesetzgebung der Staaten, von denen er spricht, sondern auch den Stand der öffentlichen Meinung in denselben, und bietet eine ausführliche Bibliographie des behandelten Problems. Den Kontroversen über dasselbe im Schoß der Arbeiterparteien selbst hätte er allerdings größere Aufmerksamkeit zuwenden können: die Debatten auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart erwähnt er nur kurz, die auf dem Kongreß der amerikanischen Sozialisten von Chicago gar nicht.

Trotz dieser Mängel aber bietet das P.sche Werk einen wichtigen Beitrag zum Studium der modernen Arbeiterbewegung.

Paris.

EDMOND LASKINE.

JEAN SIGG, *La protection légale du travail en Suisse*. Paris, Alcan 1911. gr. 8°. 505 S. (6 frs.)

Die ersten Ansätze eines gesetzlichen Arbeiterschutzes in der Schweiz gehen weit zurück. Anfänglich betreffen sie nur Lohnschutz. Schon im Jahre 1674 begegnet man im Kanton Zürich Lohnfestsetzungen. 1717 wird eine „Fabrikordnung“ aufgestellt, die einen vollständigen Lohnstarif bildet. Wenige Jahre später (1738) stößt man auch in Basel auf Lohnfestsetzungen. Den ersten Ansatz einer Arbeiterschutzgesetzgebung kündigt das zürcherische Mandat über das Rastgeben von 1779 an, das den arbeitenden Kindern zugute kam. Der Arbeiterschutz von Gesetzes wegen blieb auf Jahrzehnte hinaus Kinderschutz. 1815 erschien die „Verordnung wegen der minderjährigen Jugend in den Fabriken überhaupt und an den Spinnmaschinen besonders“ für den Kanton Zürich. Thurgau regelte im gleichen Jahre die Beschulung und Beaufsichtigung der Fabrikinder. 1842 erläßt Aargau ein Fabrikpolizeigesetz, 1848 nimmt die Landsgemeinde ein Gesetz über das „Arbeiten an Spinnmaschinen“ an. 1853 folgt St. Gallens „Gesetz, betr. die Fabrikinder“. 1859 setzt Zürich mit einem umfassenderen und allgemeinen Fabrikgesetz ein, dessen Vorgeschichte die äußerst interessanten „Mitteilungen aus den Akten der zürcherischen Fabrikkommission“ von J. J. Treichler wiedergeben¹⁾. Das Züricher Gesetz wirkte befruchtend auf die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung der Kantone. 1862 wurde die Kinderarbeit vor zurückgelegtem 13. Jahre im Aargau verboten. 1868 schuf Baselland ein Fabrikgesetz; nach ihm sind jene von Schaffhausen und Tessin (1873) redigiert; Glarus (1872) und Baselstadt (1869) regelten auch die Arbeit Erwachsener in Fabriken. Die kantonale Regelung war aber äußerst ungenügend und zeitigte interkantonale Verständigungen. Anläufe zu einem Konkordate wurden schon 1855 von Glarus genommen. Diese wie die Unterhandlungen von 1864 blieben erfolglos; ebenso eine Konferenz von 1872. Der Artikel 34 der Bundesverfassung von 1874 bot endlich die Basis zur Schaffung des eidgenössischen Gesetzes über die Fabrikarbeit von 1877, das heute noch in Kraft steht. Neben diesem erließen dann eine Reihe von Kantonen in der Folge für außerhalb des Fabrikgesetzes stehende Arbeiterinnen, für Lehrlinge usw. Normen, die einzeln zu erwähnen hier aber zu weit führen würde.

Der Überblick über die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung der Schweiz war ein äußerst schwerer. Erst 1904 bot einen solchen in umfassender Art

1) 2 Bändchen. Orell Füssli, Zürich 1858. Die Verhandlungen über das Gesetz betr. die Verhältnisse der Fabrikarbeiter im Kanton Zürich, erschienen 1862 bei Gebr. Lohnbauer.

der damalige Sekretär des Internationalen Arbeitsamtes, DR. J. LANDMANN, und dieses Buch ist auch heute noch nicht veraltet. Die Kranken- und Unfallversicherung war bei Erscheinen der besprochenen S.schen Arbeit noch nicht Gesetz geworden und die Revision des Fabrikgesetzes ist heute und wohl noch auf Jahre hinaus in Schweben. Die gewerbegesetzlichen Bestimmungen, zu deren Erlaß der Bund seit 1908 berechtigt ist, ruhen noch im Zeitenschoße und die Arbeiterschutzbestimmungen auf diesem Gebiete wurden durch das Ressortdepartement in letzte Reihe verwiesen. Bleibt auf dem Boden des Bundesrechts außer dem Gesetz betr. die Arbeitszeit in Fabriken an Samstagen, noch das Mäuslein, das der kreisende Berg der Initiative „Recht auf Arbeit“ gebar: der Bundesbeschluß betr. die Förderung des öffentlichen Arbeitsnachweises durch den Bund.

Und nun die Leistungen der kantonalen Gesetzgebung für den Arbeiterschutz von 1904 bis 1911! Arbeiterinnenschutzgesetze wurden in Basel und Bern erlassen; Lehrlingsgesetze in Schwyz, Zürich, Baselstadt, Bern und Luzern; ein Gesetz über die Arbeit von Minderjährigen in Genf; Ruhetagsgesetze in Zürich, Bern und Basel; ein Gesetz, betr. die Nacharbeit in den Bäckereien im Kanton Tessin; Besoldungsgesetze in Zürich und Basel; Wirtschaftsgesetze in Basel und St. Gallen; Gesetze zur Verminderung der Folgen der Arbeitslosigkeit in Basel und Genf; durch das Volk abgelehnt wurden die Revision des Arbeiterinnenschutzgesetzes in Zürich und das Lehrlingsgesetz von 1910 in St. Gallen. Das wäre das Fazit der Arbeiterschutzgesetzgebung der letzten sieben Jahre. Dazu kämen noch Verwaltungsmaßnahmen, die den Arbeiterschutz betreffen: Regulativ betr. den Arbeitsnachweis im Kanton St. Gallen von 1907, Einsetzung von Arbeiterkommissionen bei den Bundesbahnen 1908. Soviel wir sehen, sind dem Verf. die Gesetze betr. das Lehrlingswesen in Luzern und Bern, das Ruhetagsgesetz in Bern und das Wirtschaftsgesetz in St. Gallen entgangen.

In bezug auf den historischen Teil und die Gesetzgebung von 1904 folgt S. im wesentlichen LANDMANN; für die spätere Zeit bilden seine Hauptquelle die Motivenberichte zu den jeweiligen Gesetzesvorlagen. Sein großes Verdienst bildet daher wesentlich, daß er auch den Interessenten welscher Zunge einen Überblick über das Gebiet der schweizerischen Arbeiterschutzgesetzgebung bietet.

Neben den paar erwähnten Lücken sei noch der Mangel eines Inhaltsregisters erwähnt, das sofort über jede einzelne Frage des Arbeiterschutzes orientieren könnte. Dieser Mangel ist um so fühlbarer, als eine Zusammenstellung der Bestimmungen in materieller Hinsicht nicht ins Buch aufgenommen wurde. — Für den französischen Landesteil wird S.s Schrift die Hauptorientierungsquelle bilden. Für den deutschen ist eine baldige Neuauflage der LANDMANNschen lebhaftest zu wünschen.

Zürich.

JACOB LORENZ.

A. W. HUMPHREY, A history of Labour Representation. London, Constable & Co. 1912. 8°. 185 S. (2¹/₂ sh.)

H. bietet in seiner Schrift eine ausgezeichnet lichtvolle und saubere Schilderung der Bestrebungen der Arbeiterklassen in Großbritannien mit dem Ziele direkter parlamentarischer Vertretung seit dem Jahre 1857, in dem JACOB HOLYAUKE erstmals wahlwerbend in London auftrat, über 1874, da die Northumberlander Bergarbeiter ihren Sekretär THOMAS BURT als Abgeordneten von Morpeth ins Unterhaus entsendeten, bis zum Anschwellen der Labour Party auf 42 Mitglieder und dem Einrücken derselben in eine ausschlaggebende politische Stellung nach den jüngsten Wahlen.

Die Darstellung H.s deckt sich in den allgemeinen Linien mit meinen Ausführungen in diesem „Archiv“ (III, 106 ff.). Die ältere Geschichte der Arbeitervertretung ist weniger gut bekannt, verdient aber als eine Großbritannien eigentümliche Institution genaues Studium. Auf Grund eines solchen entwirft denn auch H. ein anziehendes Gemälde der Kämpfe der Trade Unions während der 60er und 70er Jahre des abgelaufenen Jahrhunderts, um in das Haus der Gemeinen einzudringen. Kurzum die angezeigte Schrift verdient lebhaft empfohlen zu werden.

London.

EDW. R. PEASE.

Bibliographie. 1) 2) 3)

I.

- Gliederung. I. Allgemeine Darstellungen und Zeitschriften S. 195.
II. Biographien, Memoiren, Darstellung einzelner Systeme und Schriften S. 199.
III. Neuausgaben, Gesammelte Werke, Anthologien S. 202. IV. Die sozialistische und Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern. a) Darstellende Schriften S. 203.
b) Materialien S. 207. V. Diverses S. 290.

I.

- ADLER, M., Marxismus u. Ethik. (Arch. f. Sozialwiss. XXXIV/1.)
- * BÉCHAUX, Les écoles socialistes. Paris, Rousseau et Alcan 1912. 154 S.
- BEER, M., Ethische u. naturrechtliche Begründungen d. Sozialismus. (Neue Zeit XXIX/2).
- BONEFF, L. & M., La classe ouvrière. Paris 1912.
- † BRAIBANT, MARCEL, Le socialisme et l'activité économique. Paris, Rivière & Co. 1911. 322 S.
- † BRODA, B. & DEUTSCH, J., Le prolétariat international. Paris, Giard & Brière 1912. VII-255 S.
- BROWN, W. Th., How capitalism has hypnotized society. Chicago, Kerr & Co. 1912. 29 S.
- † CHRISTENSEN, A., Politik u. Massenmoral. Leipzig, Teubner 1912. VII-211 S.
- CONRADY, A., Geschichte d. Revolutionen v. niederländ. Aufstand bis z. franz. Revolution. Berlin, Vorwärts-Buchhdlg. 1912.
- † DIEHL, K., Über Sozialismus, Kommunismus u. Anarchismus. 20 Vorlesungen. II. Aufl. Jena, Fischer 1911. 492 S.
- EHINGER, O., Die sozialen Ausbeutungssysteme, ihre Entwicklung und ihr Zerfall. München, Reinhardt 1912. 246 S.
- * FOUSTKA, BRETISLAV, Socialni politika. Socialism a socialni hunti. Prag, Ed. Leschinger 1912. 399 S.

1) Die mit * versehenen Schriften sind im II. Jahrgang und im vorliegenden Heft besprochen; die mit † gekennzeichneten sind bei der Redaktion eingelaufen und werden in den nächsten Heften zur Besprechung gelangen.

2) Aus den S. 198 angeführten Zeitschriften werden nur rein historische Artikel besonders angeführt.

3) Die sub IVb, VIb und VII angeführten Materialien sind, wenn nichts anderes angegeben wird, im Selbstverlage der betreffenden Verbände erschienen.

- † GOLDSCHIED, RUD., Höherentwicklung und Menschenökonomie. Leipzig, Klinkhardt 1911. XII—664 S.
- Friedensbewegung u. Menschenökonomie. Berlin, „Friedenswarte“ 1912. 64 S.
- † GOULUT, LOUIS, L'internationalisme devant les faits. 2. édit. Paris, Sansot & Co. 1911. 339 S.
- GRAZIANI, E., G., Verso l'eguaglianza. 2. ediz. Torino, Bocca 1911.
- GREER, J. H., The social evil and the remedy. Chicago, Kers 1912. 64 S.
- GRÜNBERG, CARL, Art. d. Abtlg. „Sozialismus, Kommunismus u. Anarchismus“, i. „Wörterbuch d. Volkswirtschaft“, hrsg. v. L. ELSTER, III. Aufl. Jena, Fischer 1911.
- * HANEY, L. H., History of economic thought. New York, Macmillan 1911. XVII—567 S.
- HAUSENSTEIN, W., Die großen Utopisten. Berlin, Vorwärts-Buchhdlg. 1912. 66 S.
- HAYWOOD, W., & BOHN, FR., Industrial socialism. Chicago, Kerr 1912. 64 S.
- HERTZKA, TH., Das soziale Problem. Berlin, Reimer 1912. 357 S.
- KAMPFMEYER, P., Weltanschauung u. Sozialdemokratie. München, Birk 1912. 62 S.
- Sozialdemokratie und Kirchentum. Ebda 1912. 54 S.
- KAUTSKY, K., Parlamentarismus und Demokratie. II. Aufl. Stuttgart, Dietz 1912 („Kleine Bibliothek“ XII).
- Bazele socialdemocratiei cu o prefață si un studiu asupra socialismului in terile inapoiate de C. DOBROGEANU-GHEREA. Bucarest, Cercul de editura socialista 1911. XX—288 S.
- KRAFT, M., Güterherstellung u. Ingenieur i. d. Volkswirtschaft i. deren Lehre n. Politik. Wien, Hartleben 1910. VII—216 S.
- † LABRIOLA, ART., Il capitalismo. Lineamenti storici. Torino, Bocca 1910. 395 S.
- Il valore della scienza economica. Introduzione a una critica dell'econ. politica. Napoli, società editr. Partenopea 1912. 352 S.
- LASKINE, vide ENGELS sub. III.
- LEVENSTEIN, AD., Die Arbeiterfrage. Mit besond. Berücksichtigung d. sozialpsycholog. Seite d. mod. Großbetriebes u. d. psychophysischen Einwirkungen auf die Arbeiter. München, Reinhardt 1911.
- † LOUIS, P., Le travail dans le monde romain (I. Bd. d. v. GEORGES RENOIR hrsg. „Hist. universelle du travail“). Paris, Alcan 1912. 416 S.
- † MAC DONALD, J. R., The socialist movement. London, Williams & Norgate 1911. XIII—256 S.
- Sozialismus u. Regierung. Hrsg. v. Ed. Bernstein. Jena, Diederichs 1912. XXIV—186 S.
- † MASSLOW, PET., Die Theorie d. Volkswirtschaft. Einführung in die Soziologie u. die polit. Oekonomie. Deutsch v. M. NACHIMSOHN. Leipzig, Arth. Rade 1912. 293 S.
- † MATTHIEU, J., Die Hauptströmungen d. Arbeiterbewegung in ihrem Verhältnis z. modernen Kulturproblem. Zürich, Gürtlibuchhdlg. 1911. 62 S.
- NIEDER, LUDW., Der wissenschaftliche Sozialismus, die Grundlage der Sozialdemokratie. München-Gladbach, Volksvereinsverlag 1912.

- PANNEKOEK, A., Die Abschaffung des Eigentums, des Staats u. der Religion. Stuttgart, H. Bullmer 1912. 32 S.
- PLECHANOW, G., Anarchismus und Sozialismus. Berlin, Vorwärts-Buchhdlg. 1912.
- † PÖHLMANN, ROB. v., Geschichte der sozialen Frage u. des Sozialismus in der antiken Welt. II. verm. u. verbess. Aufl. 2 Bde. München, C. H. Beck 1912. XV—610 u. XII—642 S.
- Aus Altertum und Gegenwart. II. verbess. Aufl. ebda. 1911. 438 S. (Darin: Extreme bürgerlicher und sozialistischer Geschichtschreibung).
- † POTTHOFF, HEINZ, Probleme des Arbeitsrechtes. Rechtspolitische Betrachtungen eines Volkswirtes. Jena, Diederichs 1912. 255 S.
- † QUACK, H. P. G., De socialisten. Personen en steels. IV. herziene druk. Bd. I—V. Amsterdam, Van Kampen en zoon 1911/12. 461, 403, 614, 432, 490 S. (Schluß-Band VI im Erscheinen).
- † RENARD, G. et DULAC, A., L'évolution industrielle et agricole depuis 150 ans. (t. II. d. von RENARD hrsg. Hist. univers. du travail). Paris, Alcan 1912. 458 S.
- RIVAIN, JEAN, Les socialistes antidémocrates. Paris, Nouv. librairie nation. 1912. 69 S.
- † SCHUMPETER, JOS., Theorie d. wirtschaftlichen Entwicklung. Leipzig, Duncker & Humblot 1912. VIII—548 S.
- † SOZIOLOGENTAGES, Verhandlungen des I. deutschen 1910. Tübingen, Mohr 1911. XII—335 S.
- † STEFFEN, GUSTAF F., Der Weg zur sozialen Erkenntnis. Jena, Diederichs 1911. VIII—220 S.
- STEPHINGER, LUDW., Der Grundgedanke d. Volkswirtschaftslehre u. die Rententheorie Ricardos. Stuttgart, Enke 1910. 52 S.
- STERN, ALFRED, Geschichte Europas v. 1830 bis 1840. II./III. Bd. Stuttgart, Cotta 1911. 455 u. 638 S.
- STRASSER, JOS., Kapitalismus u. Kriegsrecht (Ergänzungsheft zur Neuen Zeit XI). Stuttgart, Dietz 1912, 52 S.
- Die Arbeiter u. d. Nation. Reichenberg, Runge & Co. 1912.
- * SZABÓ, ERW., A töké és a munka harca. Budapest, Politzer 1911. 127 S.
- TORUNDD, SIGURD, Kosmopolitismus (Aus d. Schwed.). Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht 1911. 276 S.
- Cosmopolitisme. Paris. Giard & Brière 1909. 256 S.
- * VERECQUE, CH., Dictionnaire du socialisme. Paris, Giard & Brière 1911. 502 S.
- WAERDEN, TH. VAN DER, Geschooldheid en techniek. Onderzoek naar den invloed van arbeidssplitsing en machinerie op de mate van vereischde oefning en bekwaamheid der arbeiders. Amsterdam, Van Rossen 1911. 380 S.
- WALLAS, GRAHAM, Politik u. menschliche Natur. Jena, Diederichs 1911. 186 S.
- WEINAND, HEINR., Antike u. moderne Gedanken über d. Arbeit. Dargestellt am Problem der Arbeit beim heil. Augustin. München-Gladbach, Volksvereinsverlag 1912. 60 S.
- † WENCKSTERN, ADOLF v., Leitfaden zu Vorlesungen über Geschichte

- u. Methode der Nationalökonomie und sozialist. Theorien. Leipzig, Duncker & Humblot 1911. IV—80 S.
- † WOLF, JUL., Die Volkswirtschaft d. Gegenwart u. Zukunft. Leipzig, Deichert 1912. XIV—335 S.
- ZETKIN, KLARA, Kunst u. Proletariat. Stuttgart, P. Singer 1911. 16 S.
- † YU-YUE TSU, The spirit of Chinese philanthropy. A study in mutual aid (Stud. in hist., econ. and publ. law of Columbia University, t L/1). New York, Longmans Green & Co. 1912. 121 S.
- * * *
- Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. In Verbindung mit W. SOMBART u. M. WEBER, hrsg. v. EDG. JAFFÉ. Tübingen, Mohr (enthält eine Sozialpolit. Chronik).
- Bulletin périodique du Bureau socialiste international. Bruxelles.
- Correspondenzblatt d. Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Berlin.
- Die Gewerkschaft. Berlin.
- Die Gewerkschaft. N. F. Wien.
- Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz. Bern.
- Internationales Jahrbuch f. Politik u. Arbeiterbewegung. Berlin, Vorwärts-Buchhandlung seit Januar 1912.
- Der Kampf. Sozialdemokr. Wochenschrift. Wien.
- Konsumgenossenschaftliche Rundschau. Org. d. Zentralverbd. u. d. Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Hamburg.
- Die Neue Zeit. Wochenschr. d. deutsch. Sozialdemokratie. Stuttgart.
- Die Parteien. Urkunden und Bibliographie der Parteienkunde. Beihefte z. Ztschft. f. Politik. Hrsg. v. RICH. SCHMIDT u. AD. GRABOWSKY. Berlin, Heymann, seit 1912.
- Reichs-Arbeitsblatt. Berlin.
- Soziale Praxis u. Archiv f. Volkswohlfahrt. Berlin.
- Soziale Rundschau. Hrsg. v. k. k. Arbeitsstat. Amt. Wien.
- Sozialistische Monatshefte. Hrsg. v. J. BLOCH, Berlin (enthält in jed. Heft eine Rundschau).
- Bulletin de l'office du travail. Paris.
- Encyclopédie du mouvement syndicaliste. Hrsg. v. VICT. GRIFFUELLES u. LÉON JOULHAUX. Paris, Rivière & Co. seit 1912.
- Le mouvement socialiste. Paris.
- Le musée social. Paris.
- La révolution de 1848. Paris.
- La revue socialiste, syndicaliste et coopérative. Paris.
- Revue d'histoire des doctrines économiques et sociales. Paris.
- Revue historique de la révolution française.
- La vie ouvrière. Revue syndicaliste bi-mensuelle. Hrsg. v. Pierre Monatte. Paris seit 1909 (enth. eine Chronik: La quinzaine sociale).
- Bolletino dell'ufficio del lavoro. Roma.
- Critica sociale. Milano.
- Pagine libere (haben Ende 1911 zu erscheinen aufgehört).
- Rivista internazionale di scienze sociali e discipline ausiliarie. Pubblicaz. period. mensile della Società cattolica italiana per gli studi scientifici. Roma.
- American Federationist. Washington.
- The Board of trade labour gazette. London.

- FABIAN NEWS, London.
 Socialist Review. Manchester.
 International Socialistreview. Chicago.
 Trades and labour gazette. London.
 Akademie. Revue socialisticka. Prag.
 Le socialiste révolutionnaire.
 Revue politique et littéraire trimestrielle, hrsg. v. Vict. Tschernow.
 Paris, seit 1911 (russisch).
- II.
- ADLER, MAX, Zu Saint Simons 150. Geburtstag (D. Kampf, IV).
 — Der Sozialismus Fichtes (ebda., V).
 — Kant u. Marx (Arch. f. Sozialwiss. XXXIII).
- ALHAIZA, Charles Fourier. Paris, Rivière 1912.
- † ARIAS, GINO, La sintesi economica. Analisi dell' opera di Achille Loria. Torino, Bocca 1911. 99 S.
- B. VICTORINE, Souvenirs d'une morte vivante. Préface de L. Descaves. Paris 1911.
- † BAX, ERNEST BELFORT, The last episode of the french revolution being the history of Gracchus Babeuf. London, Grant Richards Ltd. 1911. 271 S.
- BEBEL, AUG., Jean Baptist v. Schweitzer (Neue Zeit, XXIX/1).
 * — Aus meinem Leben. II. T. Stuttgart, Dietz 1911. 420 S.
 — BEBELS Reminiscences. Translat. from the first german edit. by ERNST UNTERMANN. Part. I. New York, Socialist Literat. company 1912. 224 S.
- BEER, M., Charles Dickens (Neue Zeit, XXX/1).
- BERNSTEIN, ED., Paul Lafargue (Soz. Monatshefte 1912/I).
- BERGSON, L'influence de la philosophie de, par Séverac, Delvolvé, Fouillé, Palante (Le mouv. socialiste. Avril 1911).
- † BIERMANN, W. ED., Aus Karl Georg Winkelblechs (Karl Marlos) literarischem Nachlaß. Leipzig, A. Deichert 1911. 163 S.
- * BOUGLÉ, C., La sociologie de Proudhon. Paris, Colin 1911. 333 S.
 — Le pacifisme de Proudhon (Grande Revue, Juin 1911).
- BOURGIN, HUBERT, Victor Considerant. Son oeuvre. Paris, Cornely 1909. 128 S.
- BRANDES, G., Ferdinand Lassalle. New York, Macmillan 1911. XI—320 S.
- * BRAUN, LILY, Memoiren einer Sozialistin. Kampfjahre. München, Langen 1911. 657 S.
- † BUDGE, SIEGFR., Das Malthussche Bevölkerungsgesetz u. die theoret. Nationalökonomie d. letzten Jahrzehnte. (Volksw. Abhdlgen. d. bad. Hochschulen. N. F. VIII.) Karlsruhe, C. Braunschwer Verlag, 1912. IV—112 S.
- CALABRO, G. M., La dottrina religioso-sociale nelle opere di G. Mazzini. Palermo, Trimarchi 1910. 167 S.
- CALIPPE, CHARLES, Les tendances sociales des catholiques libéraux. Paris, Bloud 1911. X—302 S.
- * CANNAN, EDWIN, Histoire des théories de la production et de la distribution dans l'économie politique anglaise de 1776 à 1848. Traduction sur la II. édit. anglaise par H. E. Barrault & Maurice Alfassa. Paris, Giard & Brière 1910. gr. 8°. XXXVII—577 S.
- CHARMATZ, Richard. Adolf Fischhof. Stuttgart 1910.

- † CHEN HUAN-CHANG, The economic principles of Confucius and his school. 2 vol. (Stud. in hist., econ. and publ. laws of Columbia University T. XLIV/V.) New York, Longmans, Green & Co. 1911. 756 S.
- CROCE, B., La filosofia di Giambattista Vico. Bari, Laterza 1911. X—316 S.
- DELESALLE, P., Un précurseur des bourses du travail: Adolphe Lellier (Rev. socialiste, 15. VII. 1911).
- DESPRÈS, F., Gaston Couté (Vie ouvrière, 5. VIII. 1911).
- DONATI, BENVENUTO, Il socialismo giuridico e la riforma del diritto. Torino, Bocca 1910. 143 S.
- DUPUY, P., Le positivisme d'Auguste Comte. Paris, Alcan 1911. 357 S.
- EISNER, KURT, Der Philosoph d. sozialen Enthusiasmus (Soz. Monatshefte 1912/II).
- FERRER, FRANCISCO, 10. I. 1859—13. X. 1909. Sa vie, son oeuvre. Paris 1911.
- FIDAO-JUSTINIANI, J. E., Pierre Leroux. Paris, Bloud 1911. 64 S.
- † FLEURY, VICT., Le poète Georges Herwegh 1817—1875. Paris, Cornély 1911. XII—399 S.
- FRANZ, RUD., Wagner der Erlöser (Neue Zeit XXX/1).
- GUILLAUME, JAMES, Edouard Vaillant et Franz Mehring (Vie ouvrière, 20. II. 1911).
- GUY-GRAND, La philosophie syndicaliste. Paris, Grasset 1912. 237 S.
- HALÉVY, DANIEL, Biblia Proudhoniana (L'Indépendance, 1. VII. 1911). Paris.
- † HAMMACHER, EM., Die Bedeutung d. Philosophie Hegels f. d. Gegenwart. Leipzig, Duncker & Humblot 1911. VI—92 S.
- Nietzsche u. d. soziale Frage (Arch. f. Sozialw. XXX/1).
- HANUSCH, FERD., Lazarus. Eine Jugendgeschichte. Wien, Volksbuchhandlung 1911. 248 S.
- * HENDERSON, A., George Bernard Shaw. His life and works. London, Hurt 1911. 544 S.
- HERKNER, HEINR., Marxismus und Sozialdemokratie (Preuß. Jahrb. 1910/XII).
- HILFERDING, RUD., Aus d. Vorgeschichte d. Marxschen Ökonomie (Neue Zeit XXX/1).
- JÄGER, G., Sinn u. Wert d. Marxismus (Jahrb. f. Gesetzgeb. Verw. u. Volksw. 1911).
- JAURÈS, JEAN, Leon Tolstoi (Rev. social. 15. III. 1911).
- KARMIN, O., Sylvain Maréchal. Essai d'une bibliographie (S.A. aus Rev. hist. de la révol. franç.) 1911. 13 S.
- KAUTSKY, K., Das Erfurter Programm. In sein. grundsätzl. Teil. erklärt. XI. durchg. Aufl. Stuttgart, Dietz 1912.
- Karl Marx ökonomische Lehren. XIV. durchges. Aufl. ebda. 1912.
- Viktor Adler. Erinnerungsblätter zu sein. 60. Geburtstage (D. Kampf, V).
- * KINKEL, JOH., Die sozialökon. Grundlagen d. Staats- u. Wirtschaftslehre von Aristoteles. Leipzig, Duncker & Humblot 1911. 146 S.
- † KOEPP, KARL, Das Verhältnis der Mehrwerttheorie von Karl Marx u. Thomas Hodgskin (Studien z. Sozial-Wirtschafts- u. Verwaltungsgesch., hrsg. v. Karl Grünberg. VI). Wien, Konegen 1911. 289 S.
- LAUFENBERG, Die Politik J. B. v. Schweitzers u. d. Sozialdemokratie (Neue Zeit, XXX/1).

- † LAFONTAINE, ALB., Charles Fourier. Paris, Bloud 1911. 63 S.
- LASKINE, vite Engels. nr. III.
- † LIFSCHÜTZ, E., Was ist Anarchismus? Bern, M. Drechsel 1911. 32 S.
- † LOEWENTHAL, Esther, The Ricardian socialists (Stud. in hist. econ. and publ. law of Columbia University. t. XLVI/1). New York, Longmans, Green & Co. 1911. 105 S.
- † MANDOLFO, RODOLFO, Il materialismo storico in Frederico Engels. Genova, Formiggini 1911. VI—355 S.
- La filosofia della storia di Ferdinando Lassalle. Milano, G. Pirola 1911. 51 S.
- MEHRING, F., Babels Denkwürdigkeiten II. Bd. (Neue Zeit XXX/1).
- Freiligrath u. Marx in ihrem Briefwechsel (XII. Ergänzungsheft z. Neuen Zeit) 1912.
- MERRACH, P. A., Lester f. Wards philosophisches System d. Soziologie. Hamburg, Hephaistos-Verl. 1912. 36 S.
- MICHEL, ROB., Cesare Lombroso. Note sull' uomo politico e sul uomo privato. (Archivio di antropol. criminale psichiatria, med. leg. XXXII (1911).
- Giuseppe Pecchio. (Revue d'hist. des doct. écon. et sociales, IV. (1911).
- † MULLER, JEAN, L'idée de lutte de classes et son évolution depuis le Manifeste communiste. Paris, Jouve & Co. 1911. 222 S.
- MUN, Cte. A. de, Ma vocation sociale, Souvenirs de la fondation de l'oeuvre des cercles catholiques d'ouvriers (1871—1875). Paris 1911. 254 S.
- † MUNDWILLER, JOH. S. J., Bischof v. Ketteler als Vorkämpfer der sozialen Reform. München, Verband d. süddeutsch. kath. Arbeitervereine 1911. 140 S.
- * ONCKEN, HERM., Lassalle. II. durchges. Aufl. Stuttgart, Fr. Fromann 1912. VII—526 S.
- Bismarck, Lassalle u. d. Oktroierung d. allgem. Wahlrechts in Preußen während des Verfassungskonflikts (Preuß. Jahrb., Bd. 146. (1911.)
- † PATUREAU-MIRAND, CH., De la femme et de son rôle dans la société d'après les écrits Saint-Simoniens. Limoges, Pierre Dumont 1910. 224 S.
- * PEREGO, LUIGI, L'idealismo di Fichte e il socialismo contemporaneo. Modena, Formiggini 1911. XI—268 S.
- † PEKELHARING, B. H., H. P. G. Quack en zijn standardwerk (S. A. aus Vragen des Tijds). Amsterdam 1911. 44 S.
- PELLOUTIER, MAUR., Fernand Pelloutier, sa vie, son oeuvre 1876—1911. Paris, Schleicher 1911. 124 S.
- PLENER, ERNST Frh. v., Reden. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt 1911. 1092 S.
- † PRÉAUDEAUX, MARC DE, Michel Bakounine. Le collectivisme dans l'Internationale. Paris, Rivière & Co. 1912. 441 S.
- PREGIZER, RICHARD, Die polit. Ideen d. Karl Follen. Ein Beitrag z. Geschichte d. Radikalismus in Deutschland. (Beiträge z. Parteigesch., hrsg. v. Adalb. Wahl, IV.) Tübingen, Mohr 1912. VIII—97 S.
- PREBRAM, K., Die Entstehung d. individualist. Sozialphilosophie. Leipzig, Hirschfeld 1912. 102 S.

- RAPPAPORT, CH., Paul Brousse und der Possibilismus (Neue Zeit XXX/2).
- ROLAND-HOLST, HENRIETTE, Jean Jacques Rousseau (Neue Zeit XXX/2).
- * ROSENBAUM, ED., Ferdinand Lassalle Jena, Fischer 1911. 217 S.
- SHAW, B., Hyndman. (Soz. Monatshefte 1911/III.)
- † SILBERLING, E., Dictionnaire de sociologie phalanstérienne. Guide des oeuvres complètes de Charles Fourier. Paris, Rivière & Co., 1911. 461 S.
- SOLARI, G., L'idea individuale e l'idea sociale nel diritto privato. Torino, Bocca 1911.
- STERN, JOS. LUITP., Franz Michael Felder (D. Kampf V).
- STIEKLOF, H., Marx u. Bakunin (Neue Zeit XXIX/2).
- STRELTZOW, ROMAN, W. G. Belinsky (Soz. Monatshefte 1911/III).
- † SULZBACH, WALT., Die Anfänge d. materialist. Geschichtsauffassung. Karlsruhe, G. Braun 1911. 82 S.
- TANCREDI, LIBERO, Studi su Max Stirner (Pagine libere 1911/I).
- † TEYSSANDIER, PIERRE, DELA SERVE, Mably et les physiocrates. Poitiers, Société franç. d'imprim. & de libr. 1911. VI—167 S.
- † TROELTSCH, ERNST, Die Soziallehren d. christlichen Kirchen u. Gruppen. 2. Thle. (Gesamm. Schriften Bd. I.) Tübingen, Mohr 1912. XVI—994 S.
- TUCKER, BENJ. R., Die Stellung d. Anarchismus zur Trustfrage. Treptow, L. Zack 1912. 10 S.
- TUGAN-BARANOWSKI, Kant u. Marx (Arch. f. Sozialwiss. XXXIII).
- VITALI, GIUL., Leone Tolstoi, Roma Libr. editr. rom. 1911.
- WEIGUNY, ANT., Erinnerungen eines Alten aus den Anfängen d. oberösterreich. Arbeiterbewegung. Linz, Selbstverlag 1911. 69 S.
- WEULLERSSE, GEORGES, De l'application de la méthode historique à l'histoire des doctrines économiques. A propos des physiocrates (Rev. de synthèse histor. 1911).
- YVETOT, GEORGES, Fernand Pelloutier (Vie ouvrière, 20. V, 5. VI. 1912).
- ZINNER, DIONYS, Zum 70. Geburtstag Hermann Greulichs (Neue Zeit XXX/2).

III.

- † BAKOUNINE, MICHEL, Oeuvres t. V. Avec une préface, des avant propos et des notes par James Guillaume. Paris, Stock 1911. VIII—362 S.
- CAFFIERO, CARLO, Lettre de, à Karl Marx et réponse de Marx, mitgltt. v. JAMES GUILLAUME (Vie ouvrière, 5. II. 1912).
- † Collection des économistes et des réformateurs sociaux de la France. t. VI. Dupont de Nemours, De l'exportation et de l'importation des grains. — L. — P. ABEILLE, Premiers opuscules sur le commerce des grains. Paris. Geuthner 1911. XLV—128 S.
- † DIETZGEN'S, JOSEF, Sämtliche Schriften. Hrsg. u. mit einem Lebensabriß des Autors v. Eugen Dietzgen. 3 Bde. Wiesbaden, Verl. d. Dietzgenschen Philosophie. XXXIV—226, XXXIII—355, XII—289 S.
- † ENGELS, FRÉDÉRIC, Philosophie, économie politique, socialisme (contre Eugène Dühring). Traduit sur la

6. édit. allemande avec une introduction et des notes par Edmond Laskine. Paris, Giard & Brière 1911. CXIV—420 S.
- FELDER, FRZ. MICH., Sämtliche Werke. Mit einer Einleitung v. ANT. E. SCHÖNBACH, hrsg. v. HERM. SANDER. 2 Bde. Leipzig, Max Hesse (1911).
- MARX, KARL, Questionnaire pour une enquête ouvrière. Mitgltt v. AM. DUNOIS (Vie ouvrière, 20. VI. 1911).
- A contribution to the critic of polit. economy. Translat. from the second german edit. by N. L. STONE. With an appendix contain. Marx's Introduction to the critique recently publ. among his posth. papers. Chicago, Kerr & Co. 1912. 344 S.
- and ENGELS, F., Manifesto to the Communist Party. Antorized english Transl. ed. and annot. by F. Engels. Ebda. 1912. 64 S.
- NADAUD, MARTIN, Les mémoires de Léonard, ancien garçon maçon. Extraits annotés précédés d'un avant-propos et d'une biographie de M. Nadaud par H. GERMOULY. Paris, Delagrave 1911.
- PROUDHON, P. J., Lettres inédites à Gustave Chaudey et à divers Comtois, suivies de quelques fragments inédits et d'une lettre de Gustave Courbet sur la mort de Proudhon, par ED. DROZ. Besançon, Typogr. Dodivriers (1911).
- RÉCLUS, Elisée, Correspondance. t. I. De décembre 1850 à mai 1870; t. II. de 1870—1889. 2 vol. avec 3 portr. Paris, Schleicher 1912.
- ROBESPIERRE, MAXIMILIEN, Oeuvres complètes, publiées d'après les sources originales par VICTOR BARBIER et CHARLES VELLAY. Paris, Aux bureaux de la „Revue histor. de la révol. franç.“ Seit 1910 im Erscheinen, bisher 10 Hefte.
- IV a.
- * ACHT, ANT., Der moderne französ. Syndicalismus. Jena, Fischer 1911. 185 S.
- ADLER, FRIEDRICH, 15 Jahre allgem. Wahlrecht in Wien u. Niederösterreich (D. Kampf, V).
- VIKT., Die separatistische Krise (D. Kampf, IV).
- AUGÉ-LARIBÉ, MICHEL, L'évolution de la France agricole. Paris, Colin 1912. 304 S.
- AUSTERLITZ, FRIEDR., Die Bienertherei. Wien, Volksbuchhdlg. 1912. 16 S.
- BAUER, O., Nationaler Kampf oder Klassenkampf? Wien, Volksbuchhandlung 1912. 16 S.
- BEHR, ANT., Aus d. Anfängen d. Arbeiterbewegung i. Nordböhmen (D. Kampf, V).
- † BERNSTEIN, ED., Von der Sekte zur Partei. Jena, Diederichs 1911. 76 S.
- BLOCK, P., Geschichte der deutschen Arbeiter-Bewegung. München, Buchhdlg., Nationalverein 1911. 88 S.
- BLOS, W., Badische Revolutionsgeschichten aus den Jahren 1848 u. 1849. Mannheim, Parteibuchhdlg. 1910. 168 S.
- † BRODA, RUD., Wie ist eine gesetzl. Festlegung d. Lohn- u. Arbeitsbedingungen möglich? Erfahrungen Englands, Australiens und Kanadas. Berlin, REIMER 1912. X—286 S.
- † BOURGIN, GEORGES et HUBERT, Le socialisme français de 1789 à 1848. Paris, Hachette 1912. 112 S.

- BURIAN, EDM., Tschechische Literatur über Sozialismus und Separatismus (D. Kampf, V).
- † CASTRÈN, OLA, De sociala strömningarna in frankrike pa Ludvig XIV. s. tid. Helsingfors 1911. V.—383 S.
- * CHABOSSEAU, A., De Babeuf à la Commune. Paris, Rivière & Co. 1911. 88 S.
- † COMPÈRE-MOREL, La question agraire et le socialisme en France. Paris, Rivière & Co. 1912. 455 S.
- * DA COSTA, CH., Les Blanquistes. Paris, Rivière & Co. 1911. 69 S.
- DEUTSCH, JUL., Deutschnationaler Volksbetrug. Wien, Volksbuchhdlg. 1912. 16 S.
- DICKREITER, JOS., Sozialdemokratie u. Sozialismus i. Lichte bürgerlicher Kritik. Altenburg, Stritzke & Co. 1912. 80 S.
- ECKSTEIN, GUST., Die Wurzeln des Syndikalismus in Frankreich (Neue Zeit XXX/2).
- Der nationale Separatismus u. d. Innsbruck. Parteitag (ebda. XXX/1).
- vide LOUIS sub VI a.
- ERDMANN, AUG., Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner. Berlin, Vorwärts-Buchhdlg. 1912. 174 S.
- ERTL, FERD., Die wahre deutsche Schande. Vergessene Wahrheiten zu der Broschüre von Jul. Deutsch „Dokumente der Schande“. Wien, Selbstverl. 1911. 87 S.
- † FABIAN TRACTS, London, The Fabian Society 1911. Nr. 157. Miss B. L. HUTCHINS, The working life of women. 14 S.; 158. Mrs. TOWNSEND, The case against the charity organisation society. 19 S.; 159. SIDNEY WEBB, The necessary basis of society. 11 S.; 160. F. LAWSON
- DODD, A national medical service. 20 S. 1912. Nr. 161. ARTH. P. GREN-FELL, Afforestation and unemployment. 14 S.; 162. Mrs. PEMBER REEVES, Family life on a pound a week. 23 S.; 163. HELEN BLAGG and CHARLOTTE WILSON, Women and prisons. 28 S.; 164. EDW. R. PEASE, Gold and state banking. A study in the economic of monopoly. 19 S.
- FREUND, FRITZ, Das österreich. Abgeordnetenhaus. Ein biogr.-stat. Handbuch 1911—1917. Wien 1911. 637 S.
- † Gedenkbuch. 20 Jahre österreich. Arbeiterinnenbewegung. Im Auftrag d. Frauenrechtskomitees, hrsg. v. ADELH. POPP. Wien, Volksbuchhandlg. 1912. 164 S.
- GRADNAUER, G., Wahlkampf. Die Sozialdemokratie u. ihre Gegner. Dresden, Kaden & Co. 1912. 174 S.
- GRIMM, ROB., Demokratie u. Sozialismus. Ein Wort z. Krise in d. schweiz. Sozialdemokratie. Zürich 1911. 48 S.
- † GROAT, GEORGES GRAHAM, Attitude of American Courts in labour cases. (Stud. in hist., econ. and publ. law of Columbia University t. XLII.) New York, Longmans, Green & Co. 1911. IX—400 S.
- HALL, WALTER PHELPS, British Radicalism 1791—1797. (Stud. in hist., econ. and publ. law of Columbia University, t. XLIX.) New York, Longmans, Green & Co. 1912. 262 S.
- HARMEL, Les journées du Juin 1848. (Vie ouvrière, 20. VI., 5. VII. 1910.)
- HARTMANN, L. M., Zur Nationalitätenfrage in Österreich. (D. Kampf, V.)

- HEINEMANN, HUGO, Neue Fesseln f. d. Proletariat durch d. Strafgesetzbildung. Berlin, Vorwärts-Buchhandlg. 1912. 15 S.
- HILDEBRAND, GERH., Sozialistische Auslandspolitik. Jena, Diederichs 1911. 64 S.
- HILLEBRAND, OSW., Unsere Gegner. Worte u. Taten d. deutsch. Radikalen, Christlich-Sozialen und deutschen Agrarier (Mai 1907 bis April 1911). Karlsbad, Volkswille 1911. 43 S.
- HILLGER, HERM., Kürschners deutscher Reichstag. Biogr.-statist. Handbuch 1912—1917. Berlin, Herm. Hillger 1912. 416 S.
- HIRSCH, P., Das Kommunalprogramm d. Sozialdemokratie Preußens. Berlin, Vorwärts-Buchhandlung 1912. 208 S.
- und BORCHARD, BRUNO, Die Sozialdemokratie u. d. Wahlen z. deutsch. Reichstag. Ebda. 1912. 180 S.
- † Hochverratsprozeß, Der Wiener. Bericht üb. d. Schwurgerichtsverhandlung gegen Scheu, Oberwinder u. Gen. Neu hrsg. v. HEINR. SCHEU, nebst Einleitung: „Zur politischen u. sozialen Geschichte 1848—1870“ von KARL RENNER; mit den „Erinnerungen von Heinr. Scheu“ u. ein. geschichtl. Nachwort: „Österreich von 1870—1907 u. die Wahlreformkämpfe der Arbeiterschaft“ von KARL RENNER. Wien, Volksbuchhandlung 1911. 868 S.
- HOFMANN, EM., Die Industrialisierung des Oberamtsbezirkes Göppingen (Diss.). Göppingen, Ad. Müller 1910. 191 S.
- HUMBERT, SYLV., Les Possibilistes. Paris, Rivière & Co. 1911. 88 S.
- Le mouvement syndical. Ebda. 1912. 100 S.
- HUREAU, EMILE, Les jésuites, la classe ouvrière et la révolution. Paris, Jules Rousset 1912.
- * JOLY, HENRI, L'Italie contemporaine. Enquêtes sociales. Paris, Bloud & Co. 1911. 315 S.
- KALKOFF, H., Die Vertretung d. Parteien im Reichstage 1871—1912. Berlin, Buchhandlg. d. Nationallib. Partei 1912.
- KARSKI, J., Mittelstand u. Sozialdemokratie. Leipzig, Leipziger Buchdruckerei 1911. 48 S.
- KAUTSKY, K., Die Parteioorganisation in Österreich (Neue Zeit XXX/1). — Separatismus, Nationalismus und Sozialismus (ebda. XXX/1). — Taktische Strömungen i. d. deutsch. Sozialdemokratie. Berlin, Vorwärts-Buchhandlg. 1911. 36 S.
- Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch d. Gelehrten d. Zentralverbands deutsch. Industrieller. II. Aufl. Ebda 1912. 60 S.
- KLEIN-HATTINGER, OSK., Geschichte d. deutsch. Liberalismus. II. Bd. Berlin-Schöneberg. Buchhdlg. d. „Hilfe“ 1911. 674 S.
- KOGALNICEANU, M., Die Agrarfrage in Rumänien seit dem Bauernaufstand im März 1907 (Arch. für Sozialwiss. XXXIII).
- KÜHNEL, ANT., Aus der Parteigeschichte d. Karbitzer Gebietes (D. Kampf, IV).
- Landbevölkerung, Die, und die Sozialdemokratie. Berlin, Vorwärts, Buchhandlung 1911. 15 S.
- † LAUFENBERG, H., Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona u. Umgegend. I. Bd. Ham-

- burg, Auer & Co. 1911. XI—647 S.
- LEONHARD, A., Die Bewegung der Landarbeiter in Italien (Arch. für Sozialwiss. XXXIII).
- MEHRING, F., Der Bund der Kommunisten (Neue Zeit XXIX/2).
- Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters. II. Tl. Berlin, Vorwärts-Buchhdlg. 1911. 120 S.
- MICHEL, ROB., Elemente zur Entstehungsgeschichte d. Imperialismus in Italien (S.-A. aus Arch. f. Sozialwiss. XXXIV). Tübingen, Mohr 1912. 93 S.
- * ORRY, ALB., Les socialistes indépendants. Paris, Rivière & Co. 1911. 82 S.
- PAWLOVITSCH, Die revolutionäre Bewegung u. d. politischen Parteien im heutigen China (Neue Zeit XXIX/2).
- PEENERT, A., Programm d. deutschen Nationalpartei. Eine Kritik der Sozialdemokratie. Leipzig-Wachau 1912. 36 S.
- † PEUST, O. und VIADAS, LAURO, Volkswirtschaftlich-gesellschaftliche Studien d. General-Ackerbaudirektion im Fomento-Ministerium Mexiko. (Mexiko u. d. Landarbeiterfrage; die Frage des Kleingrundbesitzes.) Mexiko 1912. 247 S.
- PFLÜGER, P. und HÜPPY, JOH., Handbuch des schweizer. Gemeindefortschritts. Zürich, Grütlibuchhandlg. 1911. 267 S.
- PUMPIANSKY, L., Das Problem der Arbeitslosigkeit in England. (Arch. f. Sozialwiss. XXXIII.)
- † RADEK, R., Der deutsche Imperialismus u. d. Arbeiterklasse. Bremen, Bürger-Zeitung 1912. 82 S.
- † RAPPARD, WILL. E., Le facteur économique dans l'avènement de la démocratie moderne en Suisse. Genève, Georg & Co. 1912. 230 S.
- Reichstagswahlen 1912, Taschenbuch der, Berlin, Vorwärtsbuchhdlg. 1912. 80 S.
- ROSMER, ALFR., Les lois scélérates (Vie ouvrière, 20 I. 1912).
- † SENCIER, GEORGES, Le tabouisme après Babeuf. Sociétés secrètes et Conspirations communistes. Paris, Rivière & Co. 1912. 348 S.
- * SIGG, JEAN, La protection légale du travail en Suisse. Paris, Alcan 1911. 505 S.
- SIMONS, A. M., Social forces in American history. New York, Macmillan Comp. 1911. 325 S.
- Sozialdemokratischen Verbandes, Die Tätigkeit des, im Abgeordnetenhaus. 4 Hefte. 12. X. 1910 bis 31. III. 1911. Wien, Volksbuchhdlg. 1911. 56 S.
- Abgeordneten, Die Tätigkeit der, im österr. Reichsrat. 17. VII. bis 20. XII. 1911. Ebenda 1912. 59 S.
- Sozialdemokratie, Die, als Arbeitgeberin und Unternehmerin. Berlin, Vorwärts-Buchhdlg. 1911. 16 S.
- Was will die. Hrsg. v. d. Parteivertretung der deutschen soz. dem. Arbeiterpartei in Österreich. Wien, Volksbuchhdlg. 1912. 32 S.
- † Sozialpolitik im Dienste der Partei. Initiativanträge d. österr. Sozialdemokratie in d. I. Sitzungsperiode der XXI. Session des Abgeordnetenhauses, Sommer 1911. Wien, Hauptstelle indust. Arbeitgeber-Organisationen. 1911. 256 S.

- † STEFFEN, GUST. F. H., Die Demokratie in England. Einige Beobachtungen im neuen Jahrhundert und ein Renaissanceepilog. Jena, Diederichs 1911. 227 S.
- STRASSER, JOS., Die Arbeiter u. d. Nation. Reichenberg 1912.
- † Taktyke, o, socjalistyczna. Krakau (1911). 36 S.
- Teuerung, Gegen die! Gegen die Klassenjustiz! Der Teuerungsantrag der Sozialdemokraten. Die Urteile gegen d. Teuerungsdemonstranten. Die Rede d. Abg. V. Adler v. 5. X. 1911. Aus dem stenogr. Prot. d. Abgeordnetenhauses. Wien, Volksbuchh. 1912. 32 S.
- UMBREIT, P., Zur Entwicklung des Separatismus in Österreich. (Neue Zeit. XXX/1.)
- * ZÉVAËS, ALEXANDRE, De la semaine sanglante au congrès de Marseille. 1871—79. Paris, Rivière & Co. 1911. 88 S.
- † URSIN, N. R. af., Saksan sosiaali demokratia, sen vaiheet, oppi ja rakenne. (Die deutsche Sozialdemokratie.) Helsingfors 1911. 217 S.
- † W-I, J., Krolestwo polskie jako teren szategiczny. Warszawa 1911. 141 S.
- Wahlügen der bürgerlichen Parteien. Eine Sammlung und Widerlegung. II. veränd. Aufl. Berlin, Vorwärts-Buchhdlg. 1912. 316 S.
- † WASNIEWSKI, B., Byt i warunki pracy robotników w przemyśle cukrowniczym krolestwa polskiego. Warszawa, Gebethner. i Wolf 1911. 434—XXXVIII S.
- WATELET, EMILE, Les récents troubles du Nord de la France. Paris, Larose & Tenin 1912.
- WEIMANN, R., Die Dresdener Arbeiterjugend u. ihre Organisation. Bericht über d. 3jähr. Tätigkeit d. Jugendbildungsvereins d. Arbeiterschaft von Dresden und Umgebung. Dresden, Kaden & Co. 1912. 48 S.
- WELLS, S. G., Die Zukunft in Amerika. Jena, Diederichs 1911. 222 S.
- WRONSKI, A., Program rolny P. P. S. (Progr. der poln. sozial. Part.). Krakau 1910. 48 S.

IV b.

- Bericht an den Landesparteitag f. Deutschböhmen für d. Zeit vom 1. I. 1909—31. XII. 1910. Reichenberg. 16 S.
- der Landesparteivertretung a. den Landesparteitag in Deutschböhmen f. d. Zeit v. 1. I. 1911—31. XII. 1911. 24 S.
- d. Agitationskommission d. Bezirks Görlitz an den schles. Parteitag v. 14. IV. 1911 in Breslau. 8 S.
- d. Bezirksvorstandes f. d. soz. dem. Parteibezirober-Langenbielau a. d. XIII. schles. Parteitag v. 14. IV. 1911 in Breslau. 14 S.
- des soz. dem. Vereins Magdeburg f. d. J. 1910/11. Magdeburg, W. Pfannkuch & Co. 29 S.
- des soz. dem. Wahlvereins für den Wahlkreis Hanau-Bockenheim-Gebhausen-Orb 1910/11. Frankfurt a. M. 36 S.
- d. Parteivertretung der deutschen soz. dem. Arbeiterpartei in Österreich an den Parteitag in Innsbruck 1911. Wien, Verl. d. soz. dem. Parteisekretariats. 56 S.
- der Landesparteivertretung an d. XVIII. steiermärkische Landeskonferenz über die Tätigkeit der soz. dem. Partei i. Steiermark für

- d. Zeit v. 1. VII. 1910—30. VII. 1911
Graz. A. Lindner.
- des Zentralvorstandes d. soz. dem.
Zentralvereins f. d. VII. schleswig-
holsteinischen Reichstagswahlkreis
für 1910/11. Kiel, Wilh. Poller.
93 S.
- d. Zentralvorstandes d. soz. dem.
Wahlvereins für Teltow-Beeskow-
Starkow-Charlottenburg v. 1. I. 1910
bis 30. VI. 1911. Charlottenburg,
Max Groger. 51 S.
- d. Bezirksorganisation f. d. östl.
Westfalen u. d. lippischen Fürstentümer
für 1910/11. Bielefeld,
Gerisch & Co.
- des Landesvorstandes, der Land-
tagsfraktion, sowie Protokoll der
Landesversammlung der Sozial-
demokraten Württembergs v. 2. u.
3. IX. 1911 in Stuttgart. 200 S.
- Bezirks-Parteitag d. soz. dem.
Partei d. Niederrheins, abgeh. zu
Elberfeld d. 8. X. 1911. 51 S.
- Congrès, VIII., national (du Parti
socialiste), tenu à Saint-Quentin
les 16 à 18 IV 1911. Compte-rendu
sténographique. Paris, Au siège
du conseil national. 480 S.
- VIII., socialiste international tenu
à Copenhague du 28 VIII au 3 IX
1910. Compte-rendu analytique
publié par le secrétariat du Bureau
soc. internat. Gand, Volksdrukkerij
1911. 508 S.
- Congresso nazionale, XI., Resoconto
stenografico del, del Partito socia-
lista italiano (Milano, 21.—25. X.
1910.) Roma, Officina poligrafica
italiana 1911. 380—III S.
- Congresului, Desbaterile, de consti-
tuire a partidului socialdemocrat
si ale congresului sindical in zilele
de 31. I. si 2. II. 1910 la Bucu-
resti (Gründungskongreß d. sozial-
demokrat. Partei Rumän.) Bucu-
resti, Cercul de editura socialista
1910. 160 S.
- Geschäftsbericht des sozialdem.
Wahlvereins f. d. 8. hannoverschen
Wahlkreis f. d. J. 1910/11. Hanno-
ver, L. Dörnke. 38 S.
- f. d. Geschäftsjahr 1910/11 d. sozial-
dem. Vereins Magdeburg, Pfann-
kuch & Co. 31 S.
- d. Gauvorstands d. sozialdem. Partei
Nordbayerns an d. VII. Gautag z.
Nürnberg am 5.—6. VIII. 1911.
1. VII. 1909—30. VI. 1911. Nürn-
berg. 51 S.
- des sozialdem. Bezirks-Agitations-
komitees f. Ostachsen v. 1. VII. 1910
bis 30. VI. 1911. 44 S.
- d. Parteivorstandes u. Bericht d. so-
zialdem. Reichstagsfraktion an d.
Parteitag zu Jena 1911. Berlin, Vor-
wärts-Buchhandlung. 139 S.
- d. Zentralvorstandes d. sozialdem.
Zentralvereins f. d. 7. schleswig-
holstein. Reichstagswahlkreis f. d.
Zeit v. 1. VII. 1910—30. VI. 1911.
Kiel, Wilh. Poller. 93 S.
- Jahrbuch d. Schweiz. Grütlivereins
u. d. Schweiz. soziald. Partei 1910.
Zusammengestellt u. bearbeitet v.
Vereins- u. Parteisekretariat i. Biel.
Zürich 1911. 394 S.
- d. Arbeiterunion d. Bezirke Winter-
thur, Pfäffikon u. Uster. VIII. Jah-
resbericht 1908—10. 209 S.
- Jahresbericht der Arbeiter-Bil-
dungsschule in Berlin 1910/11. 16 S.
- d. Verbandes sozialdem. Wahlver-
eine f. Berlin u. Umgebung, 1. VII.
1910—30. VI. 1911. Berlin, Paul
Singer & Co. 199 S.

- Jahresbericht d. sozialdem. Vereins Bremen, 1. VII. 1910—30. VI. 1911. Selbstverlag des Parteisekretariats 1911.
- d. Agitations-Bezirke Breslau und Kattowitz an d. schlesischen Parteitag vom 14. IV. 1911 zu Breslau. 15 S.
- d. sozialdem. Vereins Breslau üb. d. Zeit v. 1. VII. 1910—30. VI. 1911. 23 S.
- 1910—11 d. sozialdem. Parteiorganisationen im Bezirke d. Herzogtums Braunschweig f. d. Zeit vom 1. VII. 1910—30. VI. 1911. Braunschweig, Rieke & Co.
- d. sozialdem. Agitationskomitees f. d. Parteibeziirk Halle f. d. J. 1910 u. Bericht v. d. Bezirkstag d. sozialdemokr. Bezirksorganisation 1910. Halle a. S., Reinhold Drescher. 35 S.
- d. sozialdem. Vereins f. Halle u. den Saalekreis 1. VII. 1910—30. VI. 1912. Halle, Parteisekretariat. 32 S.
- des sozialdem. Vereins f. d. Reichstagswahlkreise München I und II. 1909/10 u. 1910/11. 39 u. 39 S.
- der Landesorganisation u. der drei sozialdem. Vereine d. sozialdem. Partei in Hamburg 1910/11. Hamburg, E. Dubber. 102 S.
- des sozialdem. Bezirks-Agitationskomitees f. Ost-Sachsen v. 1. VII. 1909—30. VI. 1910. Kaden & Co. 29 S.
- d. Arbeiterunion Zürich v. 1. I. bis 31. XII. 1910. Zürich, Genossenschaftsdruckerei. 87 S.
- Handbuch für sozialdem. Wähler. Der Reichstag 1907—1911. Hrsg. v. Vorst. d. soz. dem. Partei. Berlin, Vorwärts-Buchhdlg. 1912. 781 S.
- Archiv f. d. Geschichte des Sozialismus III, hrsg. v. Grünberg.
- Handbuch. Nachtrag zum ... 1911. Ebda. 64 S.
- Kongresses, Die Verhandlungen d. XXII. evang.-sozialen, abgeh. in Danzig am 7.—8. VI. 1911. Göttingen, Vanderhoeck & Ruprecht 1911. 163 S.
- Kongres IX. Serbska socialdemokratska partija. 29.—31. V. 1911. Belgrad. 142 S.
- Protokoll üb. d. Verhandlungen des Parteitags d. Sozialdem. Partei Deutschlands, abgeh. in Jena v. 10.—16. IX. 1911, sowie Bericht üb. d. VI. Frauenkonferenz v. 8.—9. IX. 1911 in Jena. Berlin, Vorwärts-Buchhdlg. 496 S.
- und Bericht der sozialdem. Landesorganisation Badens z. d. Parteitag in Offenburg 20.—21. VIII. 1910. Mannheim 1910. 116 S.
- üb. d. Verhandlungen d. VII. Gautages d. sozialdem. Partei v. Nordbayern, abgeh. in Nürnberg am 5. u. 6. VIII. 1911. Nürnberg, Gausekretariat. 130 S.
- üb. d. Verhandlungen d. Parteitages d. deutsch. sozialdem. Arbeiterpartei in Österreich, abgeh. in Innsbruck v. 29. X.—2. XI. 1911. Anhang: Protok. d. IV. sozialdem. Frauenkonferenz. Wien, Volksbuchhandlung. 384 S.
- üb. d. Verhandlungen d. Landesversammlung d. sozialdem. Partei Sachsens, abgeh. v. 20.—22. VIII. 1911 in Meißen. Anhang: Statistik üb. d. Armenwesen sächs. Gemeinden. Dresden, Kaden & Co. 150 S.
- Report of the 19th annual conference of the Independent Labour Party, Birmingham, April 1911. London. 129 S.

- Report of the 20 th . . . , Merthyr, May 1912. 112 S.
- of the eleventh annual conference of the Labour Party, Leicester, February 1—3, 1911, with Report of special conference on disarmament and the international situation. London. 125 S.
- Tätigkeitsbericht d. sozialdem. Vereins f. d. Wahlkreis Frankfurt a. M. 1. VII. 1910—30. VI. 1811.
- d. sozialdem. Vereins Stuttgart f. d. Zeit v. 1. VII. 1910—30. VI. 1911. Stuttgart, Hans Bullmer. 56 S.
- V.
- Arbeiter-Kalender, Österreichischer f. d. J. 1912. Hrsg. i. Auftrag d. Parteivertretung d. österreichisch. Sozialdemokratie. Wien, Volksbuchhandlung.
- FONDET, CAM., Chez und philosophe. Deux interviews. Paris, Giard & Brierè 1909. 315 S.
- FRANZ, RUD., Abrechnung. Politische Versfüße. Dortmund, E. Wieglet 1911. 48 S.
- GODARD, ANDRÉ, Vers plus de joie. Roman de l'année 1905. Paris, Perrin & Co. 1909. 348 S.
- Grütli-Kalender für das J. 1912. Hrsg. v. Schweiz. Grütliverein (XX. Jahrg.). Zürich.
- † HORWATH, ARTH. DE, Nouveau projet de réforme sociale. Genève, Eggimann & Co. 1911. 484 S.
- Nouveau système philosophique. Ebda. 1911. 46 S.
- Josua. Ein frohes Evangelium aus künftigen Tagen. Nach einem französischen Manuskript. Wien, Braumüller 1912. 65 S.
- Lichtstrahlen-Kalender für d. J. 1912. Wien, Volksbuchhandlg.
- LUDWIG, R., Die Lösung d. soz. Frage. I. Allgem. Gesichtspunkte. Bamberg, Handelsdruckerei 1911. 30 S.
- Kalender 1911 f. d. werktägige Volk i. Sachsen. Hrsg. v. sozialdem. Zentralagitations-Komitee für Sachsen. Dresden, Cossebude. 1912.
- KONRAD, Der arme. Kalender f. d. arbeitende Volk 1912 (XI. Jahrg.). Hrsg. v. Landesvorstand d. sozialdem. Partei Bayerns.
- MEZAN, CHARLES, Guterteil. Zukunftslegende. Übers. von Hauptmann Z. 65 S.
- † MARTIN, ALFR., Die Lösung d. soz. Frage oder Individualismus. Dresden, Pierson 1911. VI—147 S.
- Neue Welt-Kalender 1912. Hamburg, Auer & Co.
- PATAUD, E., et POUGET, E., Comment nous ferons la révolution. Préface de PIERRE KROPOTKINE. Paris, Edit. de la „Guerre sociale“ 1911. XVIII—298 S.
- Tabakarbeiter-Kalender, Österreichischer 1911. Hrsg. i. Auftr. d. Gewerkschaft d. Tabakarbeiterinnen u. Arbeiter Österreichs Wien 1912.
- TILL, VINCENZ, Die Lösung d. sozialen Frage durch d. Techniker u. Kaufmann. Bruck a. d. M., Selbstverlag 1911. 16 S.
- † ULAR, ALEXANDER, Die Zwergenschlacht, ein sozialer Roman. Frankfurt a. M., Rütten & Loening 1910. 441 S.
- WELLS, H. G., Jenseits des Sirius. Ein utopischer Roman. Stuttgart, Hoffmann (1911). X—370 S.

(Schluß folgt.)

Restif de la Bretonne¹⁾.

Von

Dr. **Hugo Lindemann** (Stuttgart-Degerloch).

I.

Die Opposition gegen die Physiokratie und die bürgerliche Ökonomie überhaupt im Frankreich des 18. Jahrhunderts war im wesentlichen kritisch. Sie beschränkte sich darauf, entweder, wie MABLY, nachzuweisen, daß alle Laster und Verbrechen in der Gesellschaft im Grunde nur Folgen der Einrichtung des Privateigentums seien, ein moralischer und wahrhaft sozialer Zustand der Gesellschaft daher nur in einem Gemeinwesen möglich sei, in dem Gleichheit und Kommunismus herrschten, daß aber bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Einführung eines kommunistischen Systems unmöglich sei; oder aber sie wies, wie z. B. LINGUET, als das allen Gesetzen und Einrichtungen gleichmäßig zugrunde liegende Prinzip das Eigentum nach, konstatierte den Klassengegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden und behauptete, daß der freie Tagelöhner sich in einem viel elenderen Zustande befände als der von seinem Herrn gefütterte und gekleidete Sklave. Entweder erschöpfte sie ihre Kräfte in einer scharfen, oft glänzenden Kritik des Individualismus und der bürgerlichen Ökonomie und lehnte es von vornherein ab, das mögliche oder wahrscheinliche Ziel der Entwicklung anzudeuten; oder sie empfahl, wenn sie überhaupt einen Rettungsweg zu zeigen versuchte, die Rückkehr zu den einfachen Verhältnissen kleiner ackerbaureibender Gemeinden. Neben dieser Gruppe von Schriftstellern steht indes eine andere; sie gehen gleichfalls

1) Der Name wird im folgenden mit R. gekürzt wiedergegeben.

von der Kritik aus, sind aber bestrebt zu positiven Vorschlägen zu kommen, mit denen sie den elenden Zuständen abhelfen wollen, in denen sich die große Masse der arbeitenden Klasse befindet. Das ungeheure Anwachsen der Zahl der vagierenden Bettler zog ihre Aufmerksamkeit zunächst auf sich. Sie begreifen die Tendenz der modernen Entwicklung, durch die Lösung aller sozialen Bande der feudalen Gesellschaftsordnung die Gesellschaft in selbständige Individuen zu zersplittern, und die Ohnmacht der Mehrzahl von ihnen, sich in diesem Kampf aller gegen alle mit Erfolg zu behaupten. So wurden sie auf die Notwendigkeit der Assoziation geführt. Ein Teil dieser Schriftsteller findet in den zu ihrer Zeit noch in verschiedenen Provinzen Frankreichs bestehenden Ackerbaugemeinschaften Vorbilder und dehnt das diesen zugrunde liegende Prinzip auf alle Zweige der Produktion und der menschlichen Tätigkeit überhaupt im ganzen Umfang Frankreichs aus. Sie vertreten die Vorzüge der Assoziation gegenüber der Vereinzelung des Individuums. „Wir richten unser Augenmerk so wenig auf die Vorteile der Gemeinschaften (*communautés*), wir sind so sehr von unseren privaten Interessen beherrscht, so wenig geneigt, einander zu helfen und in gutem Einverständnis miteinander zu leben, daß wir alles als *chimärisch* bezeichnen, was uns eine Gesellschaft als vernünftig erscheinen lassen will, in der Güter und Arbeiten gemeinsam sind“ — diese Worte FAIGUETS¹⁾ führen den Assoziationsgedanken über die bestehende Gesellschaftsordnung in eine neue hinaus, die durch die allgemeine Assoziation aller Menschen in einer Güter- und Arbeitsgemeinschaft charakterisiert ist. Nach dem Muster der Ackerbaugemeinschaften²⁾ der Auvergne schlägt FAIGUET wie andere Sozialisten vor und nach ihm vor, andere Gemeinschaften zu bilden, „um in nützlicher Weise so viele in Not befindliche Untertanen zu beschäftigen, die infolge des Mangels an Charakter und Talent und infolgedessen auch infolge Mangels an Arbeit niemals so beschäftigt und

1) Im X. Bde. der *Encyclopédie*, s. v. *Moraves*.

2) Vgl. meine Ausführungen über die Zusammenhänge zwischen Ackerbaugemeinschaften und Sozialismus in Frankreich in: *Geschichte des Sozialismus*, hrsg. v. K. KAUTSKY u. a., 1895, I./2, 772 ff.

so glücklich sind, wie sie es sein sollten, und infolgedessen dem Publikum und sich selbst zur Last fallen“. Allerdings sind bisher die Vorteile solcher Gemeinschaften nur den im Zölibat lebenden Angehörigen des geistlichen Standes zugute gekommen, ob schon gerade Verheiratete, die für den Unterhalt ihrer Familie zu sorgen haben, in viel höherem Grade der Hilfsquellen bedürfen, die jene liefern. FAIGUETS Plan einer solchen Assoziation für Produktion und Konsumtion schließt sich ganz an die bestehenden Einrichtungen bäuerlicher Hausgemeinschaften an. Er hofft, daß die staatlichen Mächte diese neuen Assoziationen schützen werden, da sie nützlicher als die zahlreichen geistlichen Assoziationen sind, die fast immer für das Gemeinwohl eine Last bedeuteten. Ordnung und gute Sitten werden in den neuen Körpern herrschen, wie dies zur Genüge die Hausgemeinschaften der Auvergne beweisen, deren Alter und allgemeine Achtung in gleicher Weise die Richtigkeit ihrer Politik und die Möglichkeit solcher Vereinigungen bezeugen. Sie sind allein imstand, das Glück des Menschen zu schaffen, da sie das einzige Mittel sind, alle Angehörigen des Staates nützlich zu beschäftigen und ihnen eine Unzahl von Sorgen und Unruhen zu ersparen, die die Menschen in ihrem jetzigen Zustande der Vereinzelung nicht zu vermeiden vermögen.

II.

Bei FAIGUET haben wir nur kurze Andeutungen des Gedankens, die ganze Gesellschaftsordnung auf die Basis der Assoziation zu stellen. Derjenige, der ihm zuerst eine systematische Durchführung gegeben hat, ist RESTIF DE LA BRETONNE¹⁾, dessen

1) Zu R.s. Leben sowie zur Charakterisierung seiner Bedeutung sei hier nur das Folgende bemerkt. R., geboren am 23. Oktober 1734, verlebte seine erste Jugendzeit in dem Dorf Sacy (Burgund), wo sein Vater ein nicht unbegüterter Mann war und erwarb hier die genaue Kenntnis der bäuerlichen Zustände, die ihn auszeichnet. Sein ältester Bruder, der Geistlicher in Courgis war, lehrte ihn Französisch und Latein, für das er eine große Vorliebe erwarb und dessen er sich in seinen Tagebüchern fast ausschließlich zu Aufzeichnungen bediente. Anfänglich für den geistlichen Stand bestimmt, wurde er dann, da frühzeitige Liebeshändel ihn als nicht gerade sehr geeignet für

einschlägige Schriften von um so größerem Interesse sind, als wir in ihnen genau verfolgen können, wie sich aus der einfachen Ackerbaugemeinschaft allmählich der sozialistische Gesellschaftsplan entwickelt. Als Bauernsohn kannte R. jene aus eigener Anschauung aufs genaueste. Wie FAIGUET, dienen auch ihm bei seinen sozialen Reformplänen die bäuerlichen Hausgemeinschaften der Auvergne als Vorbild; er geht aber insofern weiter als sein Vorgänger, als er sich nicht mit einer einfachen Empfehlung derselben begnügt, sondern, wie er selbst sagt¹⁾, die Einrichtung

diesen erwiesen, in Auxerre zu einem Buchdrucker in die Lehre geschickt. Von dort, wo er nicht sehr lange blieb, wo er aber die einzige ihn gewaltig erschütternde Liebesepisode seines Lebens durchmachte, wandte er sich nach Paris und war hier anfangs als Drucker, später als Schriftsteller tätig. Eine Periode des fruchtbarsten Schaffens begann für ihn; seine Romane und sonstigen Schriften füllen über 200 Bände. Es gelang ihm, durch seine literarischen Arbeiten sich ein kleines Vermögen zu erwerben, das während der Revolution durch den Assignatenschwindel völlig verloren ging. Sein Verlust zwang ihn dazu, sich wieder an den Setzerkasten zu stellen, ohne indes die Feder des Romanschriftstellers ganz aus der Hand zu legen. Im Jahre 1795 erhielt er vom Direktorium eine kleine Unterstützung im Betrage von 2000 frs. und sieben Jahre später auf die Verwendung von FONTANES und LE COMTE eine Schreiberstelle im Polizeiministerium. 1806 starb er in seinem Hause in der Rue de la Boucherie in drückender Armut.

Seine sozialen Reformpläne hat R. in den sog. „Graphes“ niedergelegt, einer Reihe nur durch lose Einkleidung verbundener Werke, die die Namen „Pornographe“, „Mimographe“, „Andrographe“, „Thesmographe“ etc. tragen. Diese auch den Namen „idées singulières“ tragende Serie wimmelt in der Tat von eigentümlichen Ideen, die nicht alle R. angehören. Die Mémoires verschiedener Schriftsteller sind von ihm teils unverkürzt einfach aufgenommen teils in den Text hineingearbeitet worden. So will z. B. JACOB die Hand LINGUETS in dem Pornographen erblicken. Daß R. mit LINGUET in enger Verbindung gestanden hat, wissen wir; er schätzte denselben eine Zeitlang sehr hoch. In der *Découverte australe*, einer Utopie R.s, ist LINGUET oder vielmehr TEUGNIL (das von rückwärts gelesene Linguet) einer der megapatagonischen Greise, der die Fremden über die Einrichtungen des Ideallandes unterrichtet. Später entstand zwischen beiden ein Streit, der zu heftigen Angriffen R.s auf LINGUET führte. R. ging so weit, diesem nach seinem Tode ein von ihm selbst verfaßtes schmutziges Buch „Antijustine“, 1798, unterzuschreiben. Über R.s Verhalten während der Revolution werden wir später ausführlicher handeln.

1) Le Paysan perversi, La Haie 1776, IV, 191.

ausbaut und, was von größerer Wichtigkeit, ihr Prinzip in allen Zweigen der gesellschaftlichen Tätigkeit zur Durchführung bringt. Seinen ersten Entwurf einer vollendeten bäuerlichen Gemeinschaft finden wir in den Roman, durch den er zur Berühmtheit gelangte und der ohne Zweifel der beste von allen den zahlreichen Produkten seiner nimmermüden Feder ist, in den „Paysan perversi“ eingefügt.

Mr. Paragon hinterläßt testamentarisch — so ist die Erzählung des Romans — ein großes Pachtgut bei Oudun und zwei kleinere, sich daran anschließende Höfe den Brüdern und Schwestern des Edmond R. . . (das ist der paysan perversi, R. selbst) und ihren Nachkommen, damit diese Familie sich dort niederlasse und nach den Regeln des folgenden Statuts¹⁾ lebe. Hier haben wir den Keim, dessen Entwicklung wir dann in den späteren Schriften R.s zu verfolgen haben.

Für alle Angehörigen gilt vollständige Gleichheit sowohl des Vermögens wie der Erziehung. Das Land ist zwecks Bebauung in 100 gleiche Teile für die 100 Familien verteilt, von denen jede 10 Morgen erhält. Sowohl der Geistliche wie der Schullehrer werden von der Gemeinschaft gewählt. In der Mitte des Dorfes, bei der Kirche, die zugleich Schulhaus ist, wird ein ansehnliches Gebäude errichtet, in dem sich die folgenden Räume befinden: ein gemeinsamer Backraum mit Backofen; ein großer Gesellschaftssaal für die gemeinsamen Mahlzeiten und sonstigen Vereinigungen der Gemeinde; ein großer Getreidespeicher für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, ferner für Erbsen und Linsen. Heu und Stroh werden sofort nach der Ernte an die einzelnen Haushaltungen verteilt. Das Arbeitsvieh gehört der Gemeinde, wird aber zur Arbeit und Pflege den einzelnen Familien über-

1) Das Statut findet sich in „Le paysan perversi“, VI, 192—208. Das Bild einer bäuerlichen Gemeinschaft von 100 Familien findet sich auch in der „Ecole des pères“, 1776, III, 370—372. Dem Plan einer Assoziation von 30 städtischen Familien begegnen wir in den „Nuits de Paris“, 1788—1794, V, 966—968; von 4 Familien im „Nouvel Abeilard“, 1778, III, 336—341; und von 20 in den „Contemporaines mêlées“, ed. von Assezat, S. 50—94.

geben. Die Arbeiten sowie die Haltung der Tiere werden von zwei Syndicis überwacht; sie verhängen über faule und nachlässige Mitglieder Strafen, während die tätigen durch Ehrenplätze in der Kirche belohnt werden.

Die Arbeitszeit beträgt $5\frac{1}{2}$ Tage. Die Arbeit beginnt mit dem Tageslichte; um 8 Uhr findet das Diner statt, dann wieder Arbeit bis 1 Uhr, darauf das Gouter; im Sommer mit Ende des Tages, im Winter um 8 Uhr das Abendessen. Der Tag schließt mit dem Abendgebet in der Kirche. Eine halbe Stunde, nachdem die Glocke das Tagesende verkündet hat, muß ein jeder zu Hause sein. Die Arbeit ist im wesentlichen Acker- und Weinbau. Die Bereitung der gemeinsamen Mahlzeiten liegt, jede Woche abwechselnd, in den Händen von 15 Familienmüttern, die dabei von 15 heiratsfähigen Töchtern unterstützt werden.

Außer dem Gemeindegut, von dem aber die Möbel, Wäsche und Kleidung der Gemeindeangehörigen ausgenommen sind, soll dem einzelnen noch ein Sondereigentum gestattet sein, das sich aus den von ihm errungenen Preisen und seinen Anteilen an dem nach Abzug der königlichen Steuern sowie der gemeindlichen Unkosten aus dem Verkauf des Getreides und der sonstigen Produkte verbleibenden Überschuß ergibt. Von diesem Pekulium können sich die Bewohner Bücher, Möbel u. s. f., sogar Landbesitz außerhalb der Feldmark kaufen oder es im Handel anlegen. Da dies aber nur unter der Bedingung geschehen kann, daß die Kultur der Gemeindeländereien nicht darunter leidet, und da sie zur Arbeitsleistung nur ihre Kinder, aber nicht andere Personen des Kirchspiels oder Fremde heranziehen dürfen, so muß dieses Pekulium stets seiner Größe nach beschränkt bleiben.

Es ist nicht anzunehmen, daß in der Ansiedelung irgendwelche ahnungswürdige Verbrechen begangen werden; sollte es der Fall sein, wird der Verbrecher aus der Gemeinschaft ausgestoßen und den königlichen Gerichten übergeben. Kleinere Vergehen werden von einem Familientribunal gerichtet, an dessen Spitze der Geistliche oder als dessen Stellvertreter der Schullehrer steht. Es setzt sich aus den 12 ältesten Familienhäuptern, den 2 Syndicis und den anderen Beamten der Gemeinde zusammen.

Es ist im wesentlichen das Bild einer bäuerlichen Gemeinschaft, das R. hier zeichnet; aber in diesem Entwurf finden wir bereits die drei Grundprinzipien seines späteren Systems vor: die Gleichheit, die Gütergemeinschaft und den Arbeitszwang für die Gemeindeangehörigen. Zu einem System hat er dieselben erstmals im „Andrographe“ ausgebaut; über die in diesem Buche gegebene Form ist er nur in Nebendingen und auch dann nicht immer in der Richtung des Fortschritts hinausgegangen. Seine späteren Werke enthalten die nachträgliche Kritik der bestehenden Gesellschaftsordnung, die im „Andrographe“ in größter Kürze abgemacht ist. R. gehört also auch zu der Gruppe von Philosophen, Schriftstellern und Künstlern, die in intuitiver Weise einen Gedanken erfassen und zu einem großen Gebäude ausbauen und sich, nachdem der Bau vollendet ist, daranmachen, seine Fundamente auf ihre Sicherheit hin zu prüfen. Der mehr oder weniger genialen Konzeption folgt die diskursive Kritik — das ist der Weg aller genialen Männer gewesen, und R., dieser „Rousseau der Große“, hatte Geniales in sich, wenn ihn schon sein Biograph JACOB mehr für „ein Monstrum von Originalität, als ein originales Genie“ hält.

Sehen wir uns jetzt das System des Andrographen ¹⁾ etwas näher an.

Im tiefsten Frieden, in vollständiger Sicherheit vor auswärtigen Feinden, gegen innere durch eine scharfe Polizei geschützt, sind doch fast alle Menschen von Schmerz und Unbehagen gelähmt, von Sorge und Unruhe überhäuft. Es gibt keine Tugend, keine Sitten, keinen Glauben, keine Ehrbarkeit, keine Skrupel mehr. Jeder betrachtet seinen Nächsten mit unzufriedenem Auge, mit Haß und Neid. Was ist die Quelle aller dieser Übel? — Der Egoismus und die aus ihm entsprungene verhängnisvolle Maxime:

1) L'Andrographe ou Idées d'un honnête homme sur un projet de règlement proposé à toutes les nations de l'Europe pour opérer une réforme générale des mœurs et par elle le bonheur du genre humain, 2 parties, la Haie 1782, lautet der volle Titel dieses Buches. Es trägt als Motto das Zitat aus Rousseau: „Maudit celui, qui le premier entourant un champ d'un fossé, dit, ce champ est à moi!“

man muß nur für sich leben. Dies Laster vergiftet alle Quellen des Glückes, der Liebe, der Freundschaft, der Eltern- und Kindesliebe; es verwüstet alles um den einzelnen Menschen herum; es isoliert ihn und beraubt ihn der Hilfe seiner Nebenmenschen, macht sie zu seinen Feinden und bringt ihn mitten im Schoße der Gesellschaft in die absolute Einsamkeit des Wilden zurück. — Nun kann es Glück aber nur in der Tugend geben, und Tugend gibt es nur da, wo physische und moralische Gleichheit herrschen. Diese kann es zwischen dem Greis und dem Jüngling, dem Beamten und dem gewöhnlichen Bürger, dem König und dem Untertan nicht geben; jene dagegen zu erhalten, ist heilige Pflicht der Gesellschaft. Jedes Mitglied derselben muß die ihm zugeteilte Aufgabe erfüllen und sein Teil Arbeit leisten, damit niemand zu Boden gedrückt werde und mehr zu leisten hat, als er kann. Dies sind die drei Prinzipien, die einer allgemeinen Reform der Sitten zugrunde gelegt werden müssen. Nach dieser außerordentlich summarischen Einleitung beginnt R. die Entwicklung seines Reformplanes mit einer bis ins kleinlichste Detail gehenden Darstellung der Erziehung des männlichen Geschlechtes — die des weiblichen hatte er in einem vorausgehenden Buche: „Les Gynographes“, 1777 abgehandelt — und des Ehesystems. Er behält die Einteilung der Bevölkerung in drei Stände zunächst noch bei und unterscheidet: 1. das niedere Volk (*la populace*), die Arbeiter, Handwerker und Kleinbürger umfassend; 2. den Mittelstand (*état-de-milieu*): Gelehrte, Beamte etc.; 3. den Adel (*gens qui sont au dessus*) und die *Großbourgeoisie*, in deren Händen der Reichtum und die Macht liegen, obschon er von der Nutzlosigkeit und Schädlichkeit einer solchen Einteilung völlig überzeugt ist. Da er nun anderseits Gütergemeinschaft und Gleichheit als die notwendigen Bedingungen seiner Reform bezeichnet, so kommt er in Widerspruch mit sich selbst, den er dadurch fortzuschaffen sucht, daß er die Reform anfänglich nur innerhalb der Stände zur Durchführung bringt. Sehen wir nun, wie die verschiedenen Bevölkerungsklassen von dieser Reform betroffen werden.

Die Einwohner der Dörfer und Flecken. Unter

ihnen wird vollständige Gleichheit geschaffen. Die Ländereien werden unter die Familien im Verhältnis zu deren Arbeitskräften zur Bebauung verteilt, gehen aber nicht in ihr exklusives Eigentum über. Ebenso wird jede Familie mit dem nötigen Viehstande versehen, damit auch diese Arbeit gleich verteilt sei. Doch trifft dies nur auf das Arbeitsvieh zu; das Kleinvieh und das Geflügel werden dagegen in größerer Zahl solchen Familien anvertraut, deren Angehörige weniger für die schweren Arbeiten geeignet sind.

Jeder Flecken und jedes Dorf besitzt ein großes rundes, öffentliches Gebäude, das zugleich als Gemeindehaus, Speisesaal und Magazin dient und daher so eingerichtet ist, daß das unterste Gewölbe als Weinkeller, das Erdgeschoß als Küche, der erste Stock als Refektorium, der zweite als Getreidespeicher benützt werden kann. Nach dem Drusch wird nämlich das Getreide, insbesondere der Weizen, Roggen und die Gerste, in den öffentlichen Speicher gebracht; Heu, Stroh und Hafer bleiben dagegen in den Privathäusern zu unmittelbarem Gebrauch. Aus dem öffentlichen Magazin geht das Getreide dann entweder auf die Märkte zum Verkauf oder in die Mühle zum Mahlen, von wo es als Mehl in das Refektorium zur Konsumtion zurückkehrt. Niemand hat das Recht, Getreide zu verkaufen, außer im Auftrage der Gemeindebeamten und für Rechnung der Gemeinschaft; jede Verheimlichung geernteten Getreides zwecks eigennützigem Verkauf wird aufschärfste bestraft. Die übrigen Produkte, wie Milch, Käse, Butter, Eier, Wolle, Fleisch u. s. f., werden zu gleichen Teilen unter die Bewohner verteilt; der Überschuß wird verkauft und der Erlös als Peculium im Verhältnis zur Arbeitsleistung ebenfalls verteilt. Wo aber die Speisung und Kleidung der Angehörigen durch die Gemeinschaft selbst erfolgt, findet keine solche Verteilung statt. Der Küchendienst liegt in diesem Falle in den Händen der schwachen und mißgestalteten Personen beiderlei Geschlechts, die darin von den Bestraften unterstützt werden, denen die schweren und schmutzigen Arbeiten zufallen. In kleinen Orten, wo es nicht genug Invalide und Bestrafte gibt, übernehmen die Frauen die Bereitung der Speisen.

Die Bewohner der Städte. Die Handwerker, welche ausschließlich eine Profession betreiben, sollen in Zünften vereinigt werden, in denen alle Profite (!) in gleicher Weise unter die Mitglieder verteilt werden. Die Leitung liegt in den Händen von Vorstehern. Sie weisen jedem Meister einen Teil an der Arbeit zu, für deren tadellose Leistungen er verantwortlich ist. Nur über 49 Jahre alte „Männer“ (hommes) können Meister in einer Profession sein und fungieren als eine Art von Vorarbeitern. Unter ihrer direkten Leitung arbeitet eine mehr oder weniger große Anzahl jüngerer Arbeiter, die sich in folgender Weise abstufen: „junge Männer“ (jeunes hommes, 35—49 Jahre); „Jungverheiratete“ (jeunes mariés, 25—35 Jahre); „Jünglinge“ (garçons) und „Knaben“ (adolescents). Jeder ist in diesem System zugleich lehrend und lernend tätig, und alle sind aufs engste miteinander verbunden. Jede Zunft hat ein Bureau, auf dem die fertigen Arbeiten von den Meistern abgeliefert werden. Viermal im Jahre findet die Verteilung der Produkte unter die Angehörigen der Zünfte in der Weise statt, daß jeder seinen Bedarf bei seinen Vorstehern anmeldet. Diese legen ihrerseits eine Liste der so verlangten Produkte an und beziehen sie im Austausch gegen die eigenen von den Bureaux der anderen Zünfte. Die öffentlichen Beamten und die Zunftvorsteher haben darauf zu achten, daß die Konsumtion keine überflüssig starke ist, und die vielleicht nötigen Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Am Ende des Jahres veröffentlicht jeder Zunftvorstand eine Übersicht über die Empfänge und geleisteten Lieferungen; es wird sich herausstellen, daß in einer Periode von einigen Jahren sich diese völlig ausgleichen. Für die notwendigen Lebensmittel wird keine Kompensation geleistet, da alle in Gemeinschaft in den öffentlichen Refektorien essen. Der Bedarf wird von den Ackerbauern des Königreiches geliefert. Alle Bürger einer Stadt, die zu derselben Klasse gehören, sollen, soweit dies möglich ist, in gleicher Weise behaust werden. Nach völliger Durchführung der Reform werden die neuen Häuser durchaus gleich gebaut, und bei ihrer Anlage wird darauf geachtet, daß diejenigen Gewerbe, deren Ausübung mit der Erzeugung schädlicher Gerüche verbunden ist, außerhalb der Stadt

verlegt, die ruhigen Gewerbe in besonderen Vierteln vereinigt werden.

Adel und Geistlichkeit werden ebenfalls in Klassen organisiert. Was den Adel angeht, so erklärt R. es zwar als wünschenswert, daß seine Besitzer edelmütig genug wären, ihr Privileg zugunsten des Gemeinwohls und der köstlichen Herrschaft der Gleichheit aufzugeben. Da er aber an einen solchen Verzicht nicht glaubt, so will er den Adel gleichfalls in eine Klasse vereinigen, ihm aber die Herrschaft über die niederen Klassen nehmen. Nicht kühn genug, die einfache Abschaffung des Adels zu verlangen, beraubt er ihn der Macht und läßt ihm nur einige Privilegien, wie Dienst in der Kavallerie, den Hofämtern u. s. f., unter denen die Angehörigen der anderen Klassen nicht leiden.

Die Seeleute, die sowohl die Kriegs- wie die Handelsflotte bemannen und in deren Händen der Seehandel und die Fischerei liegen, bilden Zünfte für sich. An ihrer Spitze stehen die Greise über 60 Jahre, die als „leitende Kaufleute“ (*négocians en chef*) die Handelskomitees bilden, an die sich die Komitees des Binnenlandes wenden, um die für die Produktion nötigen Materialien durch sie zu beziehen, und durch die zugleich der Geldverkehr des Staates mit dem Auslande erfolgt. Die zum Matrosenberuf bestimmten Kinder werden von Jugend auf im Fischfang und in der Seefahrt unterrichtet; außerdem haben sie noch Lesen, Schreiben, Griechisch und Latein, Geographie, Astronomie und Mathematik sowie die notwendigsten lebenden Sprachen zu lernen — eine sehr hohe Bildung, die R. von den Seeleuten verlangt!

Die geistigen Arbeiter (*hommes-de-lettres*), deren Bedeutung R. sehr hoch einschätzt und von denen er behauptet, daß sie die Seele des Staates, *Menschen par excellence* sind, bilden eine Korporation mit Vorstehern und Refektorium für sich. Jeder kann diese Laufbahn einschlagen, aber er wird erst dann ein „Gelehrter“, wenn sein Werk die Approbation für den Druck erhalten hat. Der erste Versuch muß also von einem jeden gemacht werden, ohne daß er die bürgerliche Stellung, in der er

sich befindet, aufgibt. Über das Verdienst einer Arbeit entscheidet ein von der Akademie, ohne die es R. einmal nicht tut, eingesetzter Zensor, doch kann ein abgewiesener Autor bis zu 10 verschiedene Richter verlangen¹⁾. Die Bücher werden von den Privaten aus ihrem Pekulium auf dem Bureau der Korporation gekauft. Das Pekulium der Autoren ist dasselbe wie das der Mitglieder anderer Körperschaften und wird wie dieses aus dem Erlös aus den Schöpfungen der Autoren gebildet, nachdem die staatlichen Steuern vorweg erhoben sind.

Zwei hervorragende Mitglieder der Akademie erhalten vom Staate den Auftrag, die „Zeitung der Nation“ zu verfassen. In dieser werden alle Verordnungen, alle Belohnungen und Strafen, die Kriegs- und Friedensbeschlüsse, kurz, alle Erlasse des Komitees, des obersten Senates und des Königs veröffentlicht. Sie wird jeden Sonnabend in allen Refektorien vorgelesen. Da sie natürlich von großer Bedeutung und großem Einfluß sein wird, so gilt das Amt eines Herausgebers der Zeitung (gazetier oder grand-énonciateur) als eines der wichtigsten des Staates. Die Herausgeber haben das Recht, Ermahnungen an die Bürger zu erlassen, sie zum Guten zu ermutigen, etwaige Laster zu rügen u. s. f.

Auch nach der Reform wird es noch Advokaten geben, aber nur als Verteidiger in Kriminalsachen, da es ja Streitigkeiten über Vermögensangelegenheiten zwischen Privaten nicht mehr geben kann. Polizei und Gerichtsbarkeit liegen in den Händen des Komitees von Ältesten beiderlei Geschlechts, die überhaupt alle Angelegenheiten der Gemeinschaft, wie die Speisung und Kleidung, Verteilung der Arbeit, die Feste und Vergnügungen, die Ehen u. s. f. zu regeln haben. In Kriminalfällen spricht eine aus 12 Genossen (pairs) des Angeklagten bestehende Jury das Urteil; sehr schwere Strafen können nur vom Senat der Hauptstadt verhängt werden, der auch die Streitigkeiten zwischen den Zünften entscheidet.

Eine eigentümliche Stellung nimmt in R.s System das Pekulium

1) Im „Monsieur Nicolas“ hat er die Änderung getroffen, daß alle Werke auf Kosten der Öffentlichkeit gedruckt werden sollen und daß nur der Druck unsittlicher Bücher durch Zensur eines Lektors verhindert werden soll.

ein, das er den bäuerlichen Ackergemeinschaften entlehnt und verschiedenen Änderungen und Ausgestaltungen unterworfen hat. Es wird aus dem Überschuß der gemeinschaftlichen Produktion gebildet, nachdem alle gemeinsamen Ausgaben, wie ein Betrag für unvorhergesehene Unglücksfälle, davon abgezogen sind. Dieser Überschuß wird verkauft und der Erlös unter die Mitglieder nicht zu gleichen Teilen, sondern nach Verhältnis ihrer Leistung verteilt. Das Pekulium wird den Meistern zugeteilt, welche es an ihre Familienmitglieder nach Verdienst verteilen. Der Private ist völliger Herr eines Pekuliums. Er kann es indes nur an den Staat oder an Angehörige benachbarter Staaten ausleihen, zur Verschönerung und Verannehmlichung seines Lebens aufbrauchen u. s. f. R. bezeichnet die Einrichtung des Pekuliums als eine wichtige Triebfeder des Fleißes. Sie wird dieselben Vorteile bieten, wie der Reichtum in der bestehenden Gesellschaft, ohne seine Nachteile zu haben, da es ja in der reformierten Gesellschaft „keine Armen mehr geben und daher auch keine Ehre mehr zu verkaufen geben wird“. Durch das Pekulium werden sich aber die einzelnen auständige und sogar ehrenvolle Privatgenüsse verschaffen können, und der Wohlstand wird dann stets überlegene Eigenschaften anzeigen und eine richtige Schätzung des Besitzers gewähren, insofern alle Genüsse die Frucht persönlicher Arbeit sein müssen. In „Monsieur Nicolas“ ersetzt R. das Pekulium durch eine Art Geld, das zur Belohnung für hervorragende und nützliche Leistungen dienen soll. Es besteht aus Gold-, Silber-, Kupfer-, Blei- und anderen Münzen, sowie aus Edelsteinen vom Agat bis zum Diamant. Dies Geld kann von den Privaten beim Staat gegen Waren eingetauscht werden. Aber R. kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß dieses neue kommunale Geld, das er in seinen Staat einführen will, doch gänzlich überflüssig ist.

Nichts wäre leichter, als eine Kritik des R.schen Systems zu schreiben; insbesondere nimmt das Pekulium eine so widerspruchsvolle Stellung in ihm ein, daß man ganz und gar nicht begreifen kann, woher es überhaupt kommen soll, da sich ja z. B. nach R.s eigenen Worten in einer Reihe von Jahren

Lieferungen und Empfänge zwischen den Zünften ausgleichen. Wir haben es aber dennoch für richtig gehalten, etwas näher auf sein System einzugehen, weil es nach verschiedenen Seiten hin von nicht geringem Interesse ist. Es zeigt uns einmal den Einfluß alter, damals noch vorhandener kommunistischer Einrichtungen auf die Gedankenwelt des 18. Jahrhunderts in seinem stärksten Ausdruck, indem es im Grunde nichts anderes als eine Ausdehnung des Prinzips der bauerlichen Hausgemeinschaft auf den Produktionsprozeß ganz Frankreichs ist. Andererseits ist es interessant als ein Versuch, im Rahmen der feudalen Gesellschaftsordnung ein kommunistisches Gemeinwesen zu entwerfen. Daß die beiden an allen Ecken in Konflikt miteinander kommen mußten, war natürlich und wird auch an verschiedenen Punkten von R. selbst völlig klar eingesehen. Sein Ehrgeiz ging aber dahin, ein Reformator zu sein, und so steckte er denn die Revolution in feudale Kleider, damit sie als anständige Dame Reform nirgends Anstoß erzeuge. Nachdem er schon in seinem „Mimographe“ das Theater, in seinem „Pornographe“ die Prostitution, in seinen „Gynographes“ die weibliche Erziehung reformiert hatte, nachdem er dann in dem „Andrographe“ allen Nationen Europas den Entwurf eines „Règlement“ vorgelegt hatte, durch das er eine allgemeine Reform der Sitten bewirken wollte, konnte er auf keinen Fall die Eröffnung der Generalstände herankommen lassen, ohne wie so zahlreiche andere Weltverbesserer auch seine Reformgabe beizubringen. Diesmal ist es die allgemeine Reform der Gesetze, die er im „Thesmographe“¹⁾ allen Nationen Europas zur Prüfung und Annahme unterbreitet.

Wir entnehmen diesem aus den verschiedensten Mémoires, Abhandlungen u. s. f. zusammengefügten Buche nur die Gedanken über das Privateigentum, die sich in ihm zerstreut finden. Es ist klar, daß R. bei seiner Reform der Gesetze das Eigentum als eine zu Recht bestehende Einrichtung hinnahm. Wenn er es als

1) Der volle Titel lautet: „Le Thesmographe ou Idées d'un honnête homme sur un projet de règlement proposé à toutes les nations de l'Europe pour opérer une Réforme générale des Loix, 2 parties, la Haye, 1789.

eine Entschädigung bezeichnet, die von den Regierungen den Menschen als Ersatz für ihre notwendige Unterwerfung gegeben wurde, oder auch die Entstehung der Gesellschaft aus dem Bedürfnis der Menschen nach Erhaltung ihres Eigentums ableitet, so tut er dies, um eine Rechtfertigung für die gegenwärtige Existenz dieser Einrichtung zu finden; denn im Grunde seines Herzens bleibt er ein erbitterter Feind des Eigentums. Er beschränkt es aber von vornherein auf Frau und Kinder — dies ist charakteristisch für die Stellung R.s dem weiblichen Geschlecht gegenüber, auf die wir später noch etwas ausführlicher zu sprechen kommen werden —, auf Grund und Boden und Mobilien, schließt also den Besitz staatlicher Ämter, Ehrentitel und sonstiger Privilegien von ihm aus. Immerhin ist auch dieses so beschränkte Eigentum gegen die Natur, denn von Natur hat jeder in der Gemeinschaft Recht auf alles, und dies Recht wurde durch die Einrichtung des exklusiven Eigentums im Interesse der Gesellschaft vernichtet. Aber nur im Interesse der Gesellschaft! Sobald das Eigentum mit diesem in Konflikt kommt, tritt das alte Recht, es beschränkend, wieder in Kraft. Es ist eine durchaus falsche Ansicht, zu glauben, daß der Mensch im sozialen Zustand absoluter Herr seiner Person und seines Eigentums sei. Dem Prinzip der Gesellschaft selbst widerspricht es, daß keines ihrer Mitglieder in absoluter Nutzlosigkeit für sie dahinlebt. Wer sich mit all seinem Besitz unnütz macht, löst eben dadurch die Bande, die ihn mit der Gesellschaft verbinden, und verliert das Recht, von ihr Schutz für sich und seinen Besitz zu fordern. Aus diesen Sätzen folgt z. B., daß kein Eigentümer seinen Grundbesitz der allgemeinen Kultur zum Schaden der Gesellschaft entziehen kann, aus dem Prinzip der Beschränkung der Eigentumsrechte durch das Recht aller auf alles das Verbot permanenter Einzäunung, welche die Benützung eines Feldes nach der Ernte verhindern würde, das Recht des Staates, dem Familienvater seine Kinder, die er in Unwissenheit und damit in Nutzlosigkeit heranwachsen läßt, zu nehmen und ihnen auf seine Kosten eine Erziehung zu geben u. s. f.

Ausführlicher als im „Thesmographe“ hat R. im „Monsieur

Nicolas“¹⁾, seiner Autobiographie, seine kritischen Gedanken über Politik und Moral entwickelt. Eine kurze Analyse dieses Buches möge hier folgen.

Die Moralität ist für die Menschen die Grundlage ihrer Sicherheit und ihres Glückes; ihre Grundlage wiederum ist die allgemeine und gegenseitige Nützlichkeit, da durch Arbeit für das allgemeine Glück das persönliche am sichersten erreicht wird. Nur als Ganzes (en masse) kann das menschliche Geschlecht wahrhaft glücklich sein, und nur durch die öffentliche Moral, die Quelle der privaten, sein Glück gesichert werden. In seiner Unwissenheit hat sich aber der Mensch isoliert, ohne zu begreifen, daß er sich dadurch unglücklich machen mußte. Gerade diese Isolierung und der damit verbundene Mißbrauch des Egoismus weist aber eine eindringendere Forschung als die Hauptursache allen Elends nach. Worin besteht nun das Heilmittel dagegen? In einer freimütigen Güte, einer aufrichtigen Gegenseitigkeit der Hilfe! Wie kann aber diese letztere hergestellt werden, da doch das persönliche Interesse als eine spontan sich entwickelnde Pflanze stets mit der doppelten Kraft wächst, wie das soziale Interesse, das als zarte, künstliche Pflanze der größten Pflege bedarf, um nicht zugrunde zu gehen? Es gibt nur ein Mittel, wodurch das persönliche Interesse gebessert und gezwungen werden kann, zum sozialen Wohl beizutragen: den gänzlichen Umsturz der bestehenden Gesellschaft durch Abschaffung des Sondereigentums und die Vergesellschaftlichung aller Dinge, verbunden mit der festen Knüpfung aller Bande der Gesellschaft und der Ausscheidung alles Isolierenden, die Interessen der Menschen voneinander Trennenden. Daß sich dem größte, fast unübersteigbare Hindernisse in den Weg stellen, ist klar. Da ist zunächst das falsch verstandene Interesse der Besitzenden, der Schurken und Verbrecher, d. h. drei Viertel des Menschengeschlechtes, die nach einer solchen Umgestaltung nicht mehr rauben, stehlen und plündern können. Die Besitzenden glauben sich besser bei dem Privateigentum zu

1) Monsieur Nicolas ou le coeur-humain dévoilé, publié par lui-même. . . . In Betracht kommen hier Bd. VII u. VIII.

stehen. Toren fürchten die Vernichtung der Energie, des Fleißes, der Arbeit, weil sie die Nachteile des Privateigentums und die Vorteile der Gütergemeinschaft nicht begreifen können, und schrecken die Guten mit der Behauptung: mit der Aufhebung des Eigentums sei das Ende jeder Gesellschaft untrennbar verbunden, da sich die Menschen nur zum Schutz ihres Eigentums vergesellschaftet hätten. Nichts ist aber törichter und unwahrscheinlicher, als daß die Wilden mit ihrer Vergesellschaftlichung einen Zweck verfolgt hätten, der das größte Raffinement und die größte Verderbtheit des sozialen Menschen erfordert. In der Tat beweist auch die Geschichte, daß das erste Eigentum der Familie die Hausungen und die Jagd waren, die beide stets gemeinsam waren. Erst nach Erlangung einer Halbzivilisation und einer bestimmten Gesellschaftsform gelangte der Mensch in den Besitz von Herden, die bei allen Hirtenvölkern ursprünglich gemeinsam waren. Das Beispiel der Othomacos am Orinoco, der Alibamos in Louisiana, die Assoziationen der Pinons in der Auvergne u. s. f. beweisen alle dieses Gemeineigentum an den Herden. Ja, sie beweisen sogar noch weiter, daß selbst im Ackerbauzustande das Land ebenso gemeinsam war und nur an der Ernte ein privates Eigentum anerkannt wurde. Das Grundeigentum, das den Menschen heute als etwas so Vollkommenes und Ursprüngliches erscheint, das ihnen so schmeichelt, ist also die letzte, späteste Art des Eigentums und zugleich die unmoralischste. Das Individualeigentum ist die Quelle aller Laster, aller Verbrechen, aller Korruption: der Mensch war unschuldig, solange er nichts hatte; das Laster begann, als er eine Frau ausschließlich sein eigen nannte; die Tyrannei entstand aus dem Eigentum, das er sich an seinen Kindern anmaßte, Diebstahl und Sklaverei mit dem Eigentum an Herden, alle Laster und Verbrechen mit dem monströsen Grundeigentum!

So ist also das Eigentum die lasterhafte Grundlage der Gesellschaft; mit seinem Triumph verschwanden die guten Sitten. Jetzt besteht die Tugend darin, die Absicht der Natur, die allen ein Recht auf alles gibt, zu vereiteln und das Eigentum zu schützen. Der Diebstahl muß entstehen, aber bei seiner Geburt zum Ver-

brechen gebrandmarkt werden. Noch mehr! Durch schöne Worte, durch den Vorwand, der Arbeit, den Künsten, den Wissenschaften eine größere Energie zu geben, muß man dies verfluchte Eigentum, die Mutter aller Laster, verschönern. Statt Bruder zu sein, heißt es jetzt, einander fremd, feind werden; allgemeine gegenseitige Plünderung ist die Losung. Die Rechtschaffenheit besteht jetzt darin, dies alles befriedigten Auges zu betrachten; bei Strafe des Todes, eines schimpflichen Todes hat man das durch Ungerechtigkeit und Unterdrückung erworbene Recht zu respektieren. Das Eigentum ist die erste der Tugenden, die par excellence das Bürgerrecht verleiht. Die größten aller Verbrechen, die infame ausschließliche Usurpation, die Tyrannei über andere, die gehässige Raubsucht sind zur Tugend erhoben. „O Schüler der Moral, hüte dich, auf die natürliche Güte deines Herzens zu hören, wenn du in der menschlichen Gesellschaft von heute leben und ein ehrbarer (honnête) Mensch sein willst! Sei Egoist, sei hart, sei unbeugsam! Aber sei nur gegen das Menschengeschlecht ungerecht! Achte das individuelle Eigentum des bewaffneten Usurpators, des listigen Börsenspielers, des Diebes selbst! Sobald er das Gut eines anderen besitzt, ist sein Recht geheiligt! Sei rechtschaffen, rühre nicht daran! . . . Ich gebe Dir den gleichen Rat, rühre nicht daran! Denn du würdest ihm gleichen¹⁾!“

Es gibt nur ein Heilmittel für die kranke Gesellschaft, und das ist der Kommunismus, der mit dem Eigentum auch alle Laster und alle zivilen Gesetze abschafft und jedem Individuum die Ruhe, Freudigkeit und Freiheit des Gedankens gibt, an deren Erwerb der Mensch sein ganzes Leben arbeitet. Gerade das Beruhigtsein über den Lebensunterhalt, die notwendige Folge einer kommunistischen Gesellschaftsform, würde, weit entfernt, sie zu zerstören, ihren Mitgliedern eine ganz außerordentliche Energie verleihen. Die Friedfertigkeit, die Freude, die Sorglosigkeit würden der Mehrzahl der Menschen die Seelenruhe geben, die nicht nur für Wissenschaften und Künste, sondern auch für alle anderen

1) Monsieur Nicolas, VII, 3981.

Arten menschlicher Beschäftigung notwendige Bedingung ist, um sich ohne Ablenkung, Zerstreung und Teilung des Geistes ganz dem Objekt hingeben zu können. „Wie viele — ruft R. aus — habe ich nicht gesehen, selbst einfache Ackerbauer, die diese täglichen Unruhen und Sorgen von ihrer so wertvollen Arbeit abzogen; wie viele Handwerker, Künstler, Schriftsteller . . ., deren Tätigkeit durch die Masse ähnlicher banaler, aber drückender Sorgen nicht nur zeitweilig gestört, sondern für immer zerstört wurde!“

Für ebenso töricht, wie den Vorwurf der Aufhebung oder wenigstens der Abschwächung der menschlichen Energie erklärt R. den anderen der Aufhebung der persönlichen Freiheit. Seine Argumentation ist kurz und bündig. Es gibt keine Freiheit unter der Herrschaft des Bedürfnisses; es gibt kein Wesen in der Natur, das davon frei wäre, seine Nahrung zu suchen, und die Freiheit hätte, sich hinzulegen, ohne etwas zu tun — mit Ausnahme des Schweins, das man fettmacht! Auf diese beiden Punkte pflegen sich die Einwürfe der Gegner des Kommunismus zu reduzieren; daß dieser in einer wohl organisierten Gesellschaft die meisten Laster unmöglich machen würde, ohne auch nur die Entwicklung einer einzigen Tugend zu beschränken, wagen nicht einmal sie zu bestreiten.

Schon im „Andrographe“ hatte R. innerhalb seiner reformierten Gesellschaft die moralische, d. h. eine auf Unterschieden des Alters, der öffentlichen Stellung u. s. f. beruhende Ungleichheit und durch die Einrichtung des Peculiums auch die Möglichkeit allerdings beschränkter ökonomischer Ungleichheit zugelassen. In „Monsieur Nicolas“ ist er zu einer völligen Verdiensthierarchie fortgeschritten. Die Ungleichheit von reich und arm verwirft er, weil es ein Verbrechen gegen die Natur, gegen die Gattung ist, einen Teil derselben zu degradieren; in der Ungleichheit des Verdienstes sieht er dagegen eine Ursache der Entwicklung von Fleiß und Kraft. Deshalb tadelt er auch ROUSSEAU, weil dieser ohne Rücksicht auf das Verdienst eine jakobinische Gleichheit habe errichten wollen, den Gewerbleiß getötet und durch seine physische Gleichheit die Menschheit zum Zustand der Hottentotten und Wilden

zurückgebracht hätte. Eine auf Gütergemeinschaft beruhende Gesellschaft und in dieser Gesellschaft die Hierarchie des Verdienstes — das ist das Ideal R.s, der damit den Hauptgedanken des Saint-Simonismus antizipierte.

Glaubt R. an die Möglichkeit einer Einführung des Kommunismus, des „goldenen Zeitalters, das die Unschuld, die Brüderlichkeit, alle Tugenden in die Gesellschaft zurückführen und mit dem fluchwürdigen, ungerechten, grausamen, verabscheuenswerten Eigentum auch alle Laster für immer verjagen wird?“ Ja und nein! Bald sagt er: die Gütergemeinschaft könne nicht verwirklicht werden; bald schreibt er dicke Bücher, um alle Nationen Europas, die französischen Generalstände, das Direktorium, Napoleon zur Durchführung seines Reformplanes zu veranlassen.

Von wem erwartet er das Heil und die Rettung? Nicht vom Volk. Denn R., obschon selbst ein Sohn des Volkes, ist sein großer Verächter. So schreibt er gelegentlich der Unruhen vom 24.—28. September 1788: „Ich gestehe, daß ich jedesmal gezittert habe, wenn ich die unteren Schichten des Volkes in Bewegung sah, und ich habe gezittert, weil ich es kenne, weil ich weiß, wie groß sein Haß gegen alle Begüterten ist; ein ewiger, furchtbarer Haß, der nur eine Gelegenheit braucht, um sich in seiner ganzen Größe zu zeigen . . . Es ist von größter Wichtigkeit, seine Rottungen zu verhindern, die Unordnungen, die es sich gestattet, nicht unbestraft zu lassen. Wenn einmal diese wilde Bestie glaubt, etwas wagen zu können, würde sie alles umstürzen.“¹⁾ Und fünf Jahre später, 1793, ist sein Urteil dasselbe: „Ich habe immer gesehen, gedacht und geschrieben, daß das ununterrichtete niedrige Volk der größte Feind jeder Regierung ist. An dieses, an diese stupiden Wesen richtet sich der Agitator, wie sie gekleidet.“²⁾ Ebenso wenig wie vom Volk erhofft er Rettung von der Revolution! Anfänglich war er ihr begeisterter Anhänger, aber der wachsende Terrorismus versetzte ihn, den von Natur nicht Furchtsamen, der aber doch sein Leben sehr hoch schätzte, in unaufhörliche, fast lächerliche Angst, die ihren Ausdruck in seinen

1) Les Nuits de Paris, XIV, p. 3356.

2) Les Nuits de Paris, XVI, p. 460.

Schriften, besonders in einem glühenden Haß gegen die Jakobiner, findet. Mit beißendem Sarkasmus bemerkt er z. B. im „Monsieur Nicolas“¹⁾, daß die Jakobiner sich beeilt hätten, das sanskültische Christentum JESUAS abzuschwören, da ihnen dieses nicht gestattet haben würde, das, was sie den Reichen abgenommen hatten, für sich zu behalten. Außer solchen und ähnlichen persönlichen Mißstimmungen, die ihn zu seinem Haß gegen die Revolution geführt haben — er verlor, wie wir schon bemerkt haben, sein ganzes Vermögen durch den Assignatenschwindel —, haben ihn noch prinzipielle Gründe zu dieser Feindschaft bestimmt. Er macht ihr in erster Linie den Vorwurf, daß sie die „Canaille“ nicht, wie sie hätte tun sollen, aus der Welt geschafft habe; diese sei vielmehr noch gefährlicher geworden. „Diese Generation muß vergehen — ruft er aus —, bevor das Volk gereinigt ist. Ich bin nicht imstande, meine ganze Verachtung für die Taugenichtse auszudrücken, die die höchsten Dinge beschmutzen, verunehren, vergiften. . . . Man glaubt gewöhnlich, daß der Ehrgeiz der Könige und Mächtigen den Despotismus erzeugt habe. Nein: es war die Insolenz der Taugenichtse. . . . O, wie müssen wir die Kanaille ohne Verdienst, ohne Fähigkeit, ohne Tugend hassen, die uns in diese grausame Gefahr gebracht hat?“²⁾ Die Revolution enttäuschte seine schönsten Hoffnungen: er fand die Menschen nach ihr dieselben wie vorher. Voll Bitterkeit erkannte er, daß sie nie seinen Lieblingstraum eines kommunistischen Gemeinwesens zu realisieren versucht hatte noch versuchen konnte, daß vielmehr das Eigentum in diesen Jahren seine Orgien feierte.

Aber trotz aller dieser Enttäuschungen ist R. nicht gewillt, auf die Verwirklichung seiner Reformträume zu verzichten. Volk und Revolution hat er als unfähig dazu erkannt; so bleibt ihm nichts anderes übrig, als die Regierung, an deren Allmacht er ebenso wie die Philosophie des 18. Jahrhunderts glaubt. In der Regierung sieht er ein physisches oder moralisches, ein einfaches

1) Monsieur Nicolas, S. 3973 f.

2) Les Nuits de Paris, XVI, p. 492.

oder zusammengesetztes Wesen, das die Autorität, die nationale Souveränität im Namen der Gesellschaft ausübt und durch allgemeine wie besondere Gesetze das moralische und physische Betragen nach dem Gesichtspunkte der Nützlichkeit leitet und reguliert. Denn nichts scheint ihm absurder als die Behauptung einiger Leute (d. h. der Physiokraten), daß sich die Regierung in nichts einzumischen und alles den Ackerbauern, Kaufleuten, Künstlern und Handwerkern zu überlassen habe. Diese erblicken natürlich im Eigentum die Grundlage der Gesellschaft und sehen in der Konkurrenz ein Korrektiv des Eigentums, das die Auswüchse des Egoismus zu verhindern imstande sein soll. Die Erfahrungen der Revolution haben aber das Gegenteil bewiesen. Die besitzende Klasse hat das Volk nach ihrem Gutdünken besteuert; sie hat das nationale Geld verschlechtert; sie hat, anstatt durch Konkurrenz das Getreide auf einem annehmbaren Preis zu halten, sich vereinigt und den Preis in die Höhe getrieben; kurz, auf das klarste hat sich gezeigt, daß das Eigentum die Krankheit der Gesellschaftlichkeit (*sociabilité*) ist. Wenn es also die Aufgabe der Regierung ist, am öffentlichen Glück zu arbeiten, so muß sie auch die Mittel haben, sie zu erfüllen. Zu diesem Zweck muß die Regierung allmächtig und die absolute Souveränität der Nation, die als absolutes Recht von ihr kraft ihrer absoluten Macht besessen wird, möglichst konzentriert sein, d. h. die Regierung muß in einem Menschen verkörpert sein. Dazu braucht es nicht eines Königs; bereits in einem Präsidenten des Direktoriums, dessen Amtsdauer genügend lang sein müßte, um Reformen zu beginnen und durchzuführen, würde die Einheit genügend zum Ausdruck kommen. Eine solche starke Regierung wird allein den Libertinismus der Jakobiner und den unheilvollen Antipatriotismus der Aristokraten in Schranken halten können; von ihr allein kann man erwarten, daß sie das öffentliche Glück nicht mit halben Maßregeln erstreben, sondern die einzige feste Grundlage der Gesellschaft, die Gleichheit und Gütergemeinschaft, zu legen in Angriff nehmen wird. So kehrt denn am Schluß des Jahrhunderts der alte Traum der Philosophen von dem Weisen auf dem Throne wieder, der, im Besitze des vollkommenen Staats-

ideales und unendlicher Tatkraft, mit der absolutesten Machtvollkommenheit ausgestattet, seine Kraft und sein Leben daransetzt, das Volk dem ewigen Glück entgegenzuführen. Nur daß die sehnsüchtigen Blicke nicht nach nordischen Ländern zu schweifen, in einem Friedrich II., einer Katharina, einem Joseph II. diesen Weisen zu erhoffen brauchen. In Frankreich selbst ist dieser Mann zu finden, dieses Genie, das R. in seinen Träumen mit der ungeheuren Aufgabe betraut, der Erbe und Vollender der Revolution — Bonaparte!

Aus Bonaparte ward Napoleon, und Napoleon oder Ponelano, wie er mit einem durchsichtigen Anagramm heißt, ist der völkerbeglückende Held der „Philosophie du Ruvarebohni“¹⁾,

1) Wenn wir dieses Werk im Anschluß an R. behandeln, so geschieht das nicht nur, weil es JACOB, wohl der beste Kenner R.s, diesem zuschreibt, sondern weil in der Tat viele Gründe dafür sprechen, daß R. zum mindesten ein Teil der Autorschaft gebührt. JACOB, der allerdings das Buch selbst nicht kennt — es war ihm nicht möglich, ein Exemplar desselben in Frankreich zu erlangen —, stützt in seiner „Bibliographie etc. S. 430—432 seine Hypothese auf zwei Gründe: 1. einen Brief des SAINT-MARS an R., worin die „Morale de Saint-Edoremoni“ (man beachte den Gleichklang der letzten Silben!) erwähnt wird; 2. die Erwähnung eines Buches: „Le Catéchisme de morale physique, religieux et politique“, dessen Ausführung von R. beabsichtigt oder das teilweise bereits von ihm ausgearbeitet war, in der „Notice historique et critique sur la vie et les ouvrages de Nicolas Edme Restif de la Bretonne“ von CUBIÈRES-PALMÉZEAUX aus dem Jahre 1811. Hier heißt es (JACOB, Bibliographie et Iconographie de tous les ouvrages de Restif de la Bretonne, Paris 1875, S. 17):

„Ich verhehle nicht, daß es nötig sein würde, dies umfangreiche Werk (nämlich ‚Monsieur Nicolas‘), falls man es vollenden will, zu überarbeiten, neu zu drucken und den Katechismus der physischen, religiösen und politischen Moral, mit dem sich der Autor lange beschäftigte, hinzuzufügen. Dieses neue Werk, das man das ‚wahre System der Natur‘ nennen könnte, würde ein notwendiges Supplement sowohl zur Philosophie des Mr. Nicolas, wie zu den drei im 14., 15. und 16. Band des großen Werkes enthaltenen Abhandlungen sein.“

Wir können noch eine ganze Reihe anderer Gründe hinzufügen. Da ist z. B. die außerordentliche Übereinstimmung in der Auffassung der französischen Revolution. Diese gewaltige Folge von Ereignissen ist vorbeigerauscht, ohne daß sie nach R.s und des Verf. der „Philosophie“ Ansicht das Menschengeschlecht seinem wahren Glück irgendwie näher gebracht hätte. Wir haben

des entschieden reifsten und bedeutendsten Buches, welches der Sozialismus des 18. Jahrhunderts in Frankreich hervorgebracht

oben R.s Ansicht ausführlicher dargestellt. Zwei Zitate aus der „Philosophie“ werden genügen, die Übereinstimmung zu beweisen. Hier heißt es I, 11: „Heftige politische Erschütterungen, welche durch ein allgemeines, von den Stufen des Thrones bis zu der Hütte des Hirten empfundenes Mißvergnügen veranlaßt wurden, haben in ihr (d. h. der Içanarîs-Français) Los einige Veränderungen, aber nur wenige, stets zu teuer erkaufte Verbesserungen gebracht. Sie befanden sich auf der Stufe, wo die Masse der Bürger zu aufgeklärt ist, nicht die Möglichkeit eines besseren Seins zu ahnen, wo sie aber noch nicht aufgeklärt genug sind, den einzigen Weg, der dorthin führt, zu finden und zu betreten. Kaum aus den blutigen Bewegungen herausgekommen, kehrten sie zu ihren früheren Gewohnheiten zurück, bis die Gärung, deren Prinzip notwendig in einem solchen Zustande vorhanden ist, ihnen wieder die Waffen in die Hände gibt.“ Und I, 279—281: „Obschon die Revolutionen eine notwendige Folge der Laster sind, die in den verschiedenen, bis heute bestehenden sozialen Organisationen eingewurzelt sind, können sie in ihnen nur eine unbedeutende Verbesserung bewirken, die noch stets zu teuer erkaufte war; denn dieselben Elemente, verderblicher als je, bestehen fort. Der Ehrgeiz, der Stolz, der Neid, die Eifersucht, alle hassenswerten Leidenschaften, überleben die großen Katastrophen, die von ihnen verursacht waren. . . . Um sich von der Sterilität der Revolutionen zu überzeugen, genügt es, die Menschen zu betrachten, die von ihnen in die Höhe gebracht wurden; sie hatten gegen den Hochmut, den Ehrgeiz, den Mißbrauch der Macht durch die Großen gedonnert und sie zu Boden schlagen wollen; kaum an ihre Stelle getreten, haben sie diese Leidenschaften noch weiter getrieben als die Verbannten.“

Die einzige bedeutendere Verschiedenheit besteht in der Auffassung von der Stellung der Frau. Echt R. ist ferner die etwas abenteuerliche Einkleidung der sozialen Utopie und die Versteckung der Namen unter Anagrammen, d. h. Worten, die durch Permutation der Buchstaben der ursprünglichen Worte gebildet sind, wie Içanarîs = Français, Ponélano = Napoléon etc.

Der volle Titel der beiden Bücher lautet: a) *La Philosophie du Ruvarebohni* (d. h. ph. du vrai bonheur), pays dont la découverte semble d'un grand intérêt pour l'homme, ou récit dialogué des moyens par lesquels les Ruvarebohni (d. h. vrais heureux), habitants de ce pays ont été conduits au vrai et solide bonheur, par feu P. I. I. S. . . . et NICOLAS BUGNET, 2 vols, mit dem Motto: Um mit Gerechtigkeit eine Lehre zu widerlegen, deren Prinzipien auf der Beobachtung der Tatsachen beruhen, muß man selbst die Tatsachen mit Ausdauer und Unparteilichkeit geprüft haben. *La Phil. du Ruv. I*, 45; b) *Catéchisme social, ou Exposition familière des principes posés par feu M. P. I. I. . . . S. . . . dans un ouvrage inédit, auquel il a donné*

hat, und das in seinen Grundlagen ohne Zweifel aus R.s Feder geflossen ist.

III.

Da es ohne Kenntnis der Psychologie des Menschen weder möglich ist, gute soziale Einrichtungen zu treffen, noch soziale Einrichtungen richtig zu beurteilen, schickt der anonyme Verfasser, wer immer er gewesen sein mag, seinem ausführlicheren Werk, der Philosophie des wahren Glücks, einer Untersuchung über die das wahre Glück der Menschen verbürgende Gesellschaftsordnung, einen „Catéchisme social“ voraus, in dem er sich mit der Erforschung der Natur der sensiblen Wesen beschäftigt. Denn

pour titre: Recherches sur la nature des êtres sensibles, par NICOLAS BUGNET, à Paris, 1808.

Wir finden über sie noch einige Auskunft in einem Avis des Herausgebers (BUGNET) im „Catéchisme“, S. 72, in dem er verspricht, noch nachliefern zu wollen, falls der Auszug (eben der „Catéchisme social“) günstige Aufnahme fände: 1. einen ausführlichen „Discours préliminaire“; 2. einen dem Studium des Menschen gewidmeten, aus drei Kapiteln bestehenden dritten Teil. Das erste Kapitel sollte einen Vergleich des Menschen mit den Tieren enthalten, das zweite sich mit der Vervollkommnungsfähigkeit der sensiblen Wesen, das dritte mit dem Glück beschäftigen; 3. eine Anzahl in den Papieren des S. . . . gefundener Fragmente. Von diesen angekündigten Schriften sind 1 und 2 im 1. Bande der „Philosophie“ enthalten, deren beide Bände fortwährend auf den „Catéchisme“ bezugnehmen. — In einer Anmerkung zu „La Philosophie“, I, 42, werden die Einwürfe eines zeitgenössischen französischen Journals gegen den „Catéchisme“ erwähnt und einer derselben beantwortet. Falls diese Einwürfe nach R.s Tode erschienen sind, würde dem Herausgeber ein gut Teil der Arbeit zuzuschreiben sein.

Die Initialen P. I. I. S. . . . erklärt JACOB als Saxancour, ein Pseudonym R.s, und NICOLAS BUGNET hält er für den Geliebten der Gemahlin R.s, AGNES LEBÈGUE. Wie diesem aber die Papiere R.s in die Hände gekommen sein sollen, ist ganz unerklärlich, da R. von seiner Frau getrennt und in bitterster Feindschaft mit ihr lebte. Wir glauben vielmehr, daß sowohl die Initialen P. I. I. S. . . ., wie NICOLAS BUGNET, dessen Nicolas an das andere Pseudonym, „Monsieur Nicolas“, anklingt, nur ein Pseudonym für R. sind, der Herausgeber und Überarbeiter der Manuskripte aber — dessen Tätigkeit eine nicht unbedeutende und tiefgreifende, oft gänzlich umgestaltende gewesen sein muß — sich nicht nennt. Man könnte die beiden Schriften am kürzesten und richtigsten als Neuarbeiten auf Grund R.scher Manuskripte bezeichnen.

diese Erkenntnis ist die einzige solide und dauerhafte Basis jeder sozialen Einrichtung. Dabei versteht R. unter sozialen Einrichtungen die Verträge oder Abreden, durch die die Menschen gegenseitige Verpflichtungen in der Absicht eingehen, das Glück aller Angehörigen einer Gesellschaft zu bewirken.

Die Sensibilität, als die Fähigkeit der sensiblen Wesen, mit Schmerz alles zu empfinden, was die Organisation und Zusammensetzung des sensiblen Wesens zu ändern und zu vernichten strebt, mit Lust dagegen alles, was dazu beiträgt, sie zu erhalten, zu entwickeln und zu vervollkommen, hat ihren Sitz in den Organen, die dem Gehirn die Einwirkungen der Körper, wie Töne, Farben, Geschmack, Gerüche etc., mitteilen. Das Resultat der Sensibilität sind die Sensationen, die sich von den Ideen dadurch unterscheiden, daß Sensation der Eindruck eines anwesenden Körpers ist, Idee dagegen derselbe Eindruck, wenn der Körper abwesend ist. Die Ideen ihrerseits bewirken die willkürlichen Bewegungen, mit deren Studium die Kindheit der sensiblen Wesen, bei dem Menschen fast das ganze Leben ausgefüllt ist, da alle mechanischen Künste nur ein Studium dieser Klasse von Ideen sind, und die habituellen Bewegungen, die mit weniger Studium und größerer Leichtigkeit ausgeführt werden können, sich aber erst in den Nachkommen der ersten Erwerber zu solchen entwickeln.

Nur mit Sensationen und flüchtigen Ideen begabt, würde der Mensch bloß ein Traumleben führen wie das Tier. Höheres Leben wird erst durch die Fähigkeit des Gehirns möglich, Ideen, die ihm durch Vererbung überliefert sind, sowie Sensationen und Ideen aufzubewahren, die es früher affiziert haben und die es festhalten können. Diese Fähigkeit nennt der Verfasser „*présence d'esprit*“ und scheidet sie genau von dem „Gedächtnis“, das nach ihm aus den durch die Lebensgeister (*esprits vitaux*), die in den Nerven sich bewegende Flüssigkeit) in der ersteren in Tätigkeit gesetzten Ideen besteht. Damit tritt an die Stelle der Zwangswirkung einer Idee, der der Mensch oder das Tier bei ihrem jedesmaligen Auftreten blind gehorchen würde, ein Spiel der Ideen, von denen jede nunmehr nach den ihnen eigentümlichen Gesetzen ihre Wirkung ausübt. Die *présence d'esprit*

ist bei der Geburt des sensiblen Wesens auf die instinktiven Ideen beschränkt und entwickelt sich mit seiner Entwicklung und zunehmenden Erfahrung.

Der Instinkt nun ist die Summe der Ideen, die durch die Zeugung in Übereinstimmung mit dem Naturgesetz übertragen werden, wonach ein jedes Wesen ein ihm ähnliches erzeugt, und die Nachkommen daher mit ihrer Geburt die *présence d'esprit* ihrer Art oder wenigstens die dieser habituellen Gesetze erwerben. Einige instinktive Ideen entwickeln sich bereits vor der Geburt, andere von ihr an, je nach dem Maß ihrer Notwendigkeit und nach den Umständen, welche diese Ideen in Tätigkeit zu setzen geeignet sind; aber alle diese Ideen sind stets denen der Vorfahren ähnlich. Wie die einzelnen Individuen, hat auch jede der verschiedenen Assoziationen von solchen ihren eigenen, ihr eigentümlichen Instinkt. Überhaupt hat man alle solche Assoziationen als Vereinigung mehr oder weniger zahlreicher Familien zu betrachten, die eine bestimmte Zahl instinktiv gewordener Ideen erworben haben, um die sie sich bewegen. Ein bemerkenswertes Beispiel für diese Auffassung liefern die Chinesen, die aus dem von ihnen erworbenen Ideenkreise mangels Anregung von außen nicht herauskommen können, ihm niemals etwas Neues hinzufügen und sich daher ohne Aufhören kopieren.

Alle Ideen sind imstande, instinktiv und übertragbar zu werden. Aber je stärker und je enger sie mit der Existenz der betreffenden sensiblen Wesen verknüpft sind, desto leichter gehen sie in den Rasseninstinkt über. Neue Ideen sind sehr schwer erwerbbar; neue Bedürfnisse, besondere Umstände lassen sie entstehen. Einmal erworben, werden sie leicht bewahrt, und wenn sie von großem Nutzen sind, gehen sie auch schnell in den Instinkt über. Die instinktiven Ideen sind verschieden alt; einige von ihnen, besonders solche, die sich auf die ersten und notwendigsten Bedürfnisse beziehen, sind so alt wie die menschlichen Rassen selbst; andere verdanken ihren Ursprung den verschiedenen Verhältnissen, in denen sich die einzelnen Rassen später befanden. Diese zweite Gruppe instinktiver Ideen, die der Verfasser unter dem Namen „*Instincts d'acquisition*“ zusammenfaßt,

kann ohne Zweifel Änderungen erleiden, da jedes sensible Wesen, das seine Lage ändert, zu den alten Ideen neue hinzuzufügen oder alte aufzugeben gezwungen ist. Es ist für den Gesetzgeber von der größten Wichtigkeit, die Zähigkeit des Instinktes zu kennen, da diese Kenntnis ein Mittel liefert, die guten Wirkungen von Maßregeln zu beschleunigen, die den Menschen zur Güte und zum Glück zu führen vermögen. Denn die Bedeutung des Instinktes besteht nicht nur darin, daß er die stets wiederholte Erwerbung einer Unzahl von Ideen unnötig macht und damit den Gesichtskreis der sensiblen Wesen bedeutend erweitert, sondern ebenso sehr auch darin, daß er alle Angehörigen einer Gattung auf demselben Entwicklungswege festhält, die erworbene Intelligenz und Erfahrung der Rassen bewahrt und deshalb auch sich Neuerungen feindlich entgegenstellt.

Die instinktiven Ideen, die nicht aus den ersten Bedürfnissen der Menschen entstehen, verdanken ihren Ursprung in erster Linie den sozialen Institutionen, nur dann den Gesetzen und Vorschriften, wenn diese in Harmonie mit ihnen stehen. Geben jene dem Menschen eine bestimmte Richtung, so werden diese, falls sie ihm eine entgegengesetzte Richtung zu geben streben, den instinktiven Ideen gegenüber stets machtlos bleiben, da ja die sozialen Einrichtungen fortfahren werden, die vorhandenen und herrschenden Ideen zu verstärken und fortzupflanzen, so daß die entgegengesetzten, durch die Gesetze entstehenden Ideen sich nur sehr schwer im Instinkt einrichten können. Die Situation des Menschen in der Gesellschaft erzeugt in ihm den „instinct d'acquisition“, die Gewohnheiten, die Leidenschaften und alle vorherrschenden Ideen. Der Instinkt ist nicht mehr in der Gewalt des einzelnen. Eben deshalb ist es daher auch für die durch den Fortschritt der Künste und Wissenschaften entstandenen Ideen sehr schwer, instinktiv zu werden. Die Umstände sind mit Rücksicht auf sie für die Reihe aller Individuen einer Rasse niemals dieselben; die Beschäftigung und die Umgebung der Nachkommen sind gewöhnlich nicht die, welche die Väter gehabt haben, und die daraus resultierenden Ideen sind daher zu sehr akzidentieller Natur, als daß sie sich fest im Instinkt einrichten könnten. Gerade weil sie alle Mit-

glieder einer Gesellschaft aufs stärkste und tiefste interessieren und einige von ihnen so alt wie der Gesellschaftszustand selbst sind, haben die sozialen Einrichtungen im Instinkt so tiefe Eindrücke gemacht.

Der Mittel nun, die geeignet sind, die instinktiven Ideen zu ändern, gibt es zwei: 1. Änderung der sozialen Verhältnisse und Bedürfnisse. Dies ist das mächtigste Mittel und allein imstande, den menschlichen Instinkt von Grund aus zu ändern; 2. die Erziehung. Diese allein kann allerdings niemals den Ideen dieselbe Kraft, Einheit und Dauer geben wie die sozialen Einrichtungen. Trotzdem ist sie von nicht geringer Bedeutung. Sie kann ihr Ziel auf doppelte Art erreichen: durch die Zerstörung falscher und lasterhafter Ideen, wie dadurch, daß sie in die „présence d'esprit“ nützliche, für die Bedürfnisse und das Glück der Gattung günstige Ideen einpflanzt und zur Vorherrschaft bringt. Die Wahl dieser Ideen und der Mittel zu ihrer Stärkung macht die Wissenschaft und das Verdienst der Lehrer aus. Um die Ideen habituell zu gestalten, müssen sie häufig in der „présence d'esprit“ wachgerufen werden. Stehen sie mit anderen, bereits in der „présence d'esprit“ festgesetzten in Widerspruch, so müssen die letzteren zunächst geschwächt werden, bevor man die anderen zu vorherrschenden macht, da sonst das feindliche Aufeinanderprallen beider zu einer wirklichen Pein für das Individuum werden und dem Spiel seiner Organe schaden würde.

An und für sich ist der Instinkt nur eine ganz indifferente Fähigkeit, zu erben; das menschliche Glück aber hängt von der Natur der Güter ab, welche diese Erbschaft ausmachen. Güte und Schlechtigkeit sind nur relative Eigenschaften, die im Naturzustande nichts sind; denn der von seinen Nächsten isolierte Naturmensch ist weder gut noch böse. Der Mensch der Gesellschaft aber ist das, wozu ihn seine sozialen Einrichtungen machen, und sie müssen ihm die instinktiven Ideen geben, die am meisten geeignet sind, ihn zur Güte, zum allgemeinen Wohlwollen, zum Glück zu führen.

Soweit der Katechismus. Sehen wir jetzt zu, wie der Verfasser die Resultate seiner psychologischen Untersuchung benützt,

um seine soziale Utopie zu verwirklichen. Das zweite größere Buch: „La philosophie du Ruvarebohni“ ist dieser Aufgabe gewidmet. Die so außerordentlich beliebte Einkleidung einer Reisebeschreibung bildet auch hier die Hülle für die Umgestaltung der französischen Gesellschaftsordnung. Nachdem der Verfasser in einer kurzen Einleitung seine Reise nach dem Lande der Ruvareheuxis oder İcanarfs, wie sie vor der großen Staatsreform hießen, geschildert hat, überläßt er das Wort einem früher gleichfalls an diese Küsten verschlagenen, dann Bürger gewordenen Engländer, damit er die Geschichte dieser wunderbaren Ereignisse erzähle.

Der Staat der Ruvareheuxis befand sich lange Zeit in derselben unglücklichen Lage wie die europäischen Länder und wurde wie sie von Zeit zu Zeit durch politische Konvulsionen heimgesucht. Am Ende einer dieser Krisen erstand ein Mann von außerordentlichem Genie, Ponéllano, der zunächst im Innern die Ruhe herstellte, die äußeren Feinde mit den Waffen besiegte und dann sich daranmachte, die Völker, auf die er ungeheuren Einfluß gewonnen hatte, ihrem Glücke entgegenzuführen. Erfahrung und Reflexion hatten ihm gezeigt, daß die Hygiene für die politischen Körper wie für die Körper der sensiblen Wesen unvergleichlich viel besser sei als die Krisen, die mit Notwendigkeit eintreten, wenn die Sorge für die Gesundheit vernachlässigt wird. Trotz allen äußeren Glanzes, trotz der Blüte von Kunst und Wissenschaft, Ackerbau, Handel und Industrie herrschte kein wahres Glück in Ponéllanos Reich. Zunächst erkannte dieser die Notwendigkeit, für die Klasse der Nichteigentümer, unter welchen Verhältnissen sie auch leben mochten, zu sorgen. Die Prosperität in den verschiedenen Zweigen nationaler Produktion kann wohl denen, deren Reichtum nur in der Arbeitskraft besteht, dauernde Arbeit geben, durch die sie imstande sind, für ihre und ihrer Familie Bedürfnisse zu sorgen; wenn aber das Alter oder irgendein Unfall sie ihrer Kraft beraubt, so sind sie entweder auf die Hilfe ihrer Verwandten, die ebenso arm wie sie selbst sind, oder auf den Bettel angewiesen. Ponéllano half nun zunächst dieser Klasse, besonders ihren Alten und Invaliden. Tieferes Nachdenken mußte ihm aber zeigen, daß die Prinzipien und Wirkungen des Übels noch unter dem äußeren

Glanze weiterbestanden, zu dem er die Nation erhoben hatte, und ihn zu der Vermutung führen, daß ein radikales Übel in allen menschlichen Assoziationen existiere. Um es zu entdecken und dann ausrotten zu können, hielt er es für durchaus notwendig, mit dem Studium des Menschen zu beginnen. Da es sich für ihn darum handelte, festzustellen, ob der Mensch bei seinem Ursprunge essentiell böse sei, forderte er alle Bürger auf, eine Untersuchung über die ursprüngliche Natur der sensiblen Wesen im allgemeinen und die des Menschen im besonderen zu veranstalten. Ein Komitee der gelehrtesten Männer wurde von ihm ernannt, das alle eingehenden Schriften prüfen und das Wertvollste aus ihnen in einem Bericht vereinen sollte. Das Werk dieser Kommission war der „Catéchisme social“, dessen Inhalt wir vorausgeschickt haben, und eine Spezialstudie über den Menschen nach den Gesichtspunkten: Vergleich des Menschen mit den Tieren; seine Vervollkommnungsfähigkeit; sein Glück.

Im allgemeinen hat der Mensch eine vorteilhaftere körperliche Bildung als die Tiere; die Länge seiner Kindheit und seines Lebens gewähren ihm Zeit, eine größere Zahl von Ideen zu erwerben, und führen ihn zu einem sozialen Leben. Wahrscheinlich hat er damit begonnen, isoliert zu leben, und hat in diesem Zustande kaum mehr Ideen gehabt als die Tiere; doch hat diese Isoliertheit kaum länger als einige Generationen gedauert. Wie der Mensch zeigen auch die meisten Tiere die Anlage, in Gesellschaft von ihresgleichen zu leben, und nur die Sorge um den Unterhalt zwingt manche, wie die Raubtiere, zur Isoliertheit. Das Bedürfnis, sich zu vermehren und die Subsistenz während des Winters zu sichern, hat z. B. die Bienen zur Gesellschaft vereinigt, in der jede Biene ihre Pflichten hat und in der sich moralische Tugenden herausbilden. Das erste Motiv der menschlichen Gesellschaften ist also die Erhaltung der Nachkommen gewesen, so daß die erste und allgemeinste Einrichtung die Familie sein mußte. Die Jagd — ein ökonomischer Faktor — hat dann die durch das Bedürfnis der Gattung entstandene Familie aufrechterhalten und verstärkt, zu gleicher Zeit auch den Verstand der Menschen geschärft und erweitert. Ihre zunehmende Zahl und die Abnahme des Wildes

zwang sie, ihre Jagdwerkzeuge zu verbessern und nach anderen Nahrungsmitteln sich umzusehen.

Die Gemeinschaft hatte den Zweck, gemeinsam für die Subsistenz aller Assoziierten zu sorgen und diese Subsistenz reichlicher und weniger prekär zu machen. Damals muß bei den Assoziierten die Idee entstanden sein, das Produkt aller ihrer vereinigten Anstrengungen ohne Rücksicht auf das Maß des persönlichen Arbeitsanteils jedes einzelnen in gleicher Weise zu teilen. Dies ist eine moralische Idee, die allein aus den positiven Beziehungen der Assoziierten entspringt; und dasselbe gilt für die anderen moralischen Ideen: sie sind unter den Menschen aus den Umständen und Verhältnissen, die der Gesellschaftszustand unter ihnen schuf, entstanden. Jede Handlung, die der entstehenden Gesellschaft wahrhaft nützlich war, mußte von ihr geschätzt und mit Recht als Tugend bezeichnet werden. So nahm mit der Entstehung der Gesellschaft auch die Moral ihren Ursprung.

Es ist wahrscheinlich, daß, solange die Familien wenig zahlreich waren, die Eheeinrichtung allein genügt hat, eine gewisse Ordnung unter den Angehörigen einer Familie zu gründen und aufrechtzuerhalten. Sobald aber die Vermehrung der Familien und die zunehmende Seltenheit der Lebensmittel Zwistigkeiten mit sich brachte, welche anfänglich nur die Gewalt entscheiden konnte, mußte sich das Bedürfnis einer weitergehenden Ordnung herausstellen. Der durch das Nahrungsbedürfnis veranlaßte häufige Ortswechsel führte zur Vereinigung mehrerer Familien in Horden und der Wahl von Führern, die geeignet waren, die Horde zu neuen Futterplätzen zu führen und Streitigkeiten im Schoße der Horde selbst zu unterdrücken.

Bereits in dieser Zeit haben die stetig steigenden Schwierigkeiten der Lebensmittelbeschaffung sowie die Unterschiede in den Kräften und Geschicklichkeiten der einzelnen Hordenmitglieder in der „*présence d'esprit*“ die Idee des Egoismus, d. h. besonderer und exklusiver Genüsse, zur Entwicklung bringen und Ungleichheiten in der Genußsumme der einzelnen bewirken müssen. Damit wurde auch die eheliche Treue, die bisher „mehr im Instinkt als in den Einrichtungen existiert hatte“, zur Basis der geschlecht-

lichen Vereinigung und deshalb höher geachtet als zuvor. Die Eifersucht entstand unter den Frauen, die in allen ihren Gefährtinnen nunmehr gefährliche Rivalinnen sahen, ein Instinkt, der auch unter uns noch den Frauen eignet und so lange eignen wird, als die heutige Einrichtung der Familie bestehen bleibt. Auch der Mann wurde ihr Sklave, der durch den Mißbrauch seiner überlegenen Körperkraft die Frau zur ehelichen Treue zu zwingen suchte. Die Sitten (*mœurs*) sind also gar keine soziale Tugend, sondern nur eine Tugend der Familie, eine besondere Art und Weise, zwei Individuen und ihrer Nachkommenschaft nützlich zu sein. Alle Einrichtungen haben die Familie und deren speziellen Vorteil im Auge gehabt; und doch haben gerade sie den Zwiespalt in die Familie getragen. So oft nun die Sitten in diesem Beziehungspunkt sich ändern, während die übrigen Beziehungen unverändert bleiben, gerät die Gesellschaft in Brand. Werden dem Menschen die Stützpunkte der Ehe und Familie entzogen, so fehlt ihm alles, und er empfindet nur noch Widersprüche; sein Instinkt fühlt sich dann fortwährend wundgerieben. Nun hat sich aber die Stellung des Menschen geändert, und daher passen auch die Ideen, welche geeignet waren, die Familie, das erste Bedürfnis des noch wenig zahlreichen Menschen, zu schaffen, nicht mehr, um große und volkreiche Gesellschaften aufrechtzuerhalten. Trotzdem ist der Instinkt im Grunde derselbe geblieben und streben auch alle unsere Einrichtungen oder vielmehr unsere einzige Einrichtung dahin, abgesonderte Familien, aber kein Volk zu bilden. Gerade in dieser Permanenz der instinktiven Ideen, die der sozialen Organisation analog ist, liegt die unmittelbare Ursache der Sittenverderbnis. Die stetig wachsenden Gesellschaftsbildungen fanden den Menschen im Besitz instinktiver Ideen, die für die Dimensionen seines früheren sozialen Zustandes paßten. Sein Instinkt ist noch in den neuen, durch dieses Wachstum notwendig gewordenen Einrichtungen bestimmend gewesen; während im Gegenteil diese Institutionen die Tendenz haben mußte, seinen Instinkt zu ändern. Daher wie viele fortwährende mühselige, kluge, aber nutzlose Anstrengungen, um die entgegengesetztesten Dinge zu versöhnen! Daher dieser Zustand der Angst,

in dem sich die Menschen unserer großen Gesellschaften abmühen; daher der unmäßige Kraftaufwand, um sie in Schranken zu halten; daher die Sittenverderbnis und Verrohung, deren mehr oder minder großen Fortschritt man besonders in großen Gesellschaften, wo sie fühlbar hervortreten, bemerken kann.

Wie die Familie, so ist auch die Stellung der Frau eine durchaus antisoziale und ebenso unnatürliche. Man betrachte nur die Stellung der Weibchen bei den verschiedenen Tieren, und man kann unmöglich behaupten, daß die Natur sie geringer als die Männchen geschaffen habe. Man findet sie bei vielen Gattungen mit ebensoviel erworbenen Ideen, ebenso viel Instinkt, ja Kraft ausgestattet und, wenn sie in Größe und Farbe verschieden sind, den Vorteil oft auf seiten des Weibchens. Bei keiner Tierart ist aber das Weibchen dem Männchen unterworfen. Ganz anders beim Menschen! Ist auch die äußere körperliche Bildung beider Geschlechter verschieden, so gleichen sich doch in allem, was für die Erwerbung von Ideen wichtig ist, Mann und Frau durchaus. Die physische Kraft kann und soll in einer sozialen Ordnung nicht am höchsten geschätzt werden, und auf sie läßt sich daher auch das Anrecht zur Herrschaft nicht stützen. Was aber die moralische angeht, so bewahren die Frauen trotz aller Fesseln, mit denen sie heute beladen sind, und obschon alles dahin tendiert, sie schwach und kleinmütig zu machen, hinreichend davon, um sich zu allem, was die Männer tun, als fähig zu erweisen. Von jeher haben die Männer alle Throne in Besitz genommen; nur von Zeit zu Zeit finden sich Frauen als Herrscherinnen. Man prüfe nun das Verhältnis der Individuen, die sich durch große Eigenschaften und Talente in hervorragenden Stellungen ausgezeichnet haben, zur Gesamtzahl, und man wird finden, daß es mindestens ebenso viele hervorragende Frauen wie Männer gibt. Bei dieser Abschätzung wird man die Verschiedenheit der instinktiven Ideen zu berücksichtigen haben, welche die enorme Verschiedenheit ihrer Stellung den beiden Geschlechtern in der sozialen Ordnung gibt; ferner, daß bei der Erziehung des Mannes alle zur Ausbildung solcher bedeutenden Menschen förderlichen Mittel angewandt werden, und die Hindernisse, die dagegen die Erzie-

hung den Frauen in den Weg legt. Wenn also trotz alledem einige Frauen auf den verschiedensten Gebieten des Wissens und der sonstigen menschlichen Tätigkeit Hervorragendes leisten, so muß man zugeben, daß sie unter günstigeren Verhältnissen und bei besserer Erziehung die Männer in allem, was nicht allein das Resultat physischer Kraft ist, einholen werden. Durch ihre Stellung in der Natur, d. h. ihre geschlechtliche Anlage, wird die Frau länger und in höherem Grade mit der Fortpflanzung und der ersten Erziehung der Kinder beschäftigt sein müssen; sie ist daher der wichtigste Faktor und von allergrößter Bedeutung, um den sozialen Instinkt in den beiden Geschlechtern zu erwecken, zu festigen und sie auf den richtigen Weg zur Vollendung und zum Glück zu leiten. Durch die Unterdrückung der Frau und ihre schlechte Erziehung hat das bestehende System der Gesellschaft diesen mächtigen Hebel im Stützpunkt selbst abgeschnitten.

Besonders bei den nicht besitzenden Klassen muß das Los der Frauen das größte Mitleid erregen. Als Mädchen finden sie nicht immer Arbeit; ihr Lohn ist nur gering, und ihre Hilfsquellen sind unsicher; und dieser ungewisse Zustand dauert, solange sie unverheiratet bleiben. Sind sie Frauen — mit Welch unendlichen Sorgen müssen sie eine Familie großziehen, der es oft am Notwendigen mangelt! Sind sie Witwen, geht es ihnen noch hundertmal schlechter. Man braucht sich nur ein treues Bild von der Lage der Frau bei den Nichtbesitzenden zu machen, die traurigen Folgen, die Schande, die diese Lage oft im Gefolge hat, um zuzugeben, daß diese Klasse, die zahlreichste von allen, tatsächlich durch die Zivilisation verloren hat. Denn da man unbekannte Genüsse nicht entbehren kann, so ist der Wilde offenbar weniger unglücklich.

Verfolgen wir die weitere Entwicklung des Menschengeschlechtes, wie sie sich unserem Autor darstellt. Der Zustand der Völker war damals noch ein sehr niedriger. Sie bewohnten Hütten, hatten einige rohe Waffen, eine gemeinsame Sprache, kannten den Gebrauch des Feuers; in rauhen Klimaten benutzten sie Tierfelle als Schutz gegen die Witterung; sie lebten von der Jagd, hatten es zur Zähmung einiger Tiere, z. B. des Hundes, gebracht, waren noch ohne jede Art von Kult, aber die Beute einer Unzahl von

Irrtümern, den notwendigen und untrennbaren Begleitern der Furcht, einer artikulierte Sprache und der Unwissenheit. Die moralischen Ideen entwickelten sich mit Notwendigkeit parallel zu den Verhältnissen und Bedürfnissen der Völker. Ihr Übergang vom Jägerleben zum Hirten- und Ackerbaustand ist natürlich außerordentlich langsam gewesen. Eine Unzahl von Ideen mußte zunächst von den Menschen erworben werden, ehe er möglich ward; aber diese Ideen, die uns so einfach erscheinen, weil wir sie besitzen, waren in Wirklichkeit äußerst schwer zu erwerben und bedurften überdies langer Zeit zu ihrer endgültigen Fixierung. Braucht ja auch jetzt noch jede neue Idee, um zur Herrschaft zu gelangen, lange Fristen. Der ungeheure Fortschritt zum Hirtenleben, der dem Menschen eine reichliche und leicht gewonnene Nahrung und damit die Muße für die Beobachtung der Natur und ihrer Erzeugnisse gewährte, war mit dem Übelstande verbunden, daß er die Menschen an ein schweifendes Leben gewöhnte und große Länderstrecken nötig machte, um eine kleine Zahl von Individuen darauf zu nähren. Diesem Übelstande half zwar der Ackerbau ab, der auf kleiner Fläche größere Menschenmengen zu erhalten vermag. Aber ein anderer trat an seine Stelle: die Bodenkultur zwang zu einer Teilung des Bodens, und mit ihr entwickelten sich Vermögensungleichheit und Sklaverei. Trotz der Widerlegung dieser physiokratischen Lehre von der Entstehung des Eigentums durch die Bodenkultur, die ihrerseits eine Folge der Bevölkerungszunahme ist, durch MABLY und LINGUET hält unser Autor an ihr fest. Ist dieser RESTIF, so hat er noch nach Abfassung des „Monsieur Nicolas“ eine Änderung in seiner Ansicht durchgemacht; doch ziehe ich es vor, diese Abweichung dem Herausgeber zuzuschreiben.

Die Perfektibilität der sensiblen Wesen, mit der sich das zweite Mémoire des içanarfsschen Weisen beschäftigt, war eine Lieblingsidee der französischen Philosophie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, und CONDORCET hat in seiner berühmten „Esquisse d'un tableau historique des progrès de l'esprit humain“ (1795) diesem Gedanken, der im Grunde das fruchtbare Prinzip der Entwicklung in sich enthält, eine Gestaltung

gegeben, in der er lange Jahre bestimmenden Einfluß ausübte. Nach der Ansicht unseres Autors besteht die Perfektibilität der sensiblen Wesen in der Fähigkeit, nicht nur neue Ideen zu erwerben, sondern auch in der „présence d'esprit“, frivole und falsche Ideen durch nützliche und gerechte, d. h. solche zu ersetzen, die sie zu einem größeren Wohlsein führen. Über die Perfektibilität des Menschen sind nun von verschiedenen Philosophen die folgenden vier, einander widersprechenden Sätze aufgestellt worden:

1. Der Mensch hat bereits die Höhe seiner Vollendung erreicht; es bleibt ihm nur noch die Dekadenz übrig.

2. Es ist von der Gottheit beabsichtigt, daß in der menschlichen Gattung gute und böse Individuen entstehen.

3. Alle Menschen sind von Geburt böse.

4. Der Mensch wird dem Guten oder Bösen gegenüber indifferent geboren. Es ist daher durch die Erziehung möglich, den Menschen gut zu machen.

Alle diese vier Sätze sucht nun unser Autor als falsch nachzuweisen. Die Natur oder das höchste Wesen schafft nichts Gutes oder Böses, da dies nur relative, von den Menschen geschaffene Begriffe sind. Erst in seinen Beziehungen zu seinen Nebenmenschen ist der Mensch gut oder böse, und zwar je nachdem er ihnen bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse hilft oder hinderlich ist. Der ursprüngliche Mensch (l'homme originel) konnte also essentiell weder böse noch gut sein, sondern nur in einem indifferenten Zustande sich befinden. Anders liegt aber die Sache im sozialen Zustande. Hier können allerdings mehr oder weniger gute, mehr oder weniger böse Menschen entstehen, je nach der Zusammensetzung ihrer von den Eltern und Vorfahren ererbten présence d'esprit. Die Keime von Tugenden und Lastern, welche in der wirklichen Natur des Menschen, die letzteren häufiger als die ersteren, vorhanden zu sein scheinen, verdankt er eben den Umständen, Verhältnissen und Lagen, in denen sich seine Vorfahren befanden; sie sind ihm durch Vererbung überliefert worden und machen jetzt, zu Ideen entwickelt, einen Teil seines Instinktes aus. Dieser aber ist, wie wir schon im „Catéchisme social“ gesehen haben, der Entwicklung und Umgestaltung fähig,

eine Tatsache, die von allen Gesetzgebern, ja selbst von denen, welche die Vervollkommnungsfähigkeit leugnen, zugegeben werden muß, da ja sonst ihre ganze Tätigkeit zwecklos wäre.

Das Ziel des Menschen und seiner ganzen Tätigkeit, sie mag sich äußern, wie sie will, ist das Glück; die ganze Gesellschaft mit allen ihren Einrichtungen bewegt sich um diesen zentralen Punkt. Nun ist aber der Konflikt oder die Übereinstimmung der Ideen die Quelle alles Leidens und aller Lust und das Glück daher nichts anderes als ein Zustand, in dem die angenehmen Ideen die unangenehmen bei weitem überwiegen. Kann nun das Glück der Individuen und der Völker, das in einer guten sozialen Organisation identisch ist, unter den heutigen gesellschaftlichen Zuständen erreicht werden? Das ist die außerordentlich wichtige Frage, mit der wir uns zunächst zu beschäftigen haben.

Alle Ideen, die in den Menschen in anderer Weise als durch direkte Einwirkung der Natur gehemmt werden, führen sie zur Übertreibung, zum Übelwollen, zum Haß und endlich zur Rache. Dies ist der Charakter aller Leidenschaften (passions): sie sind nichts anderes als starke, für eine mehr oder weniger lange Zeit vorherrschend gewordene Ideen. Jede Idee kann also die Basis einer mehr oder weniger dauerhaften Leidenschaft werden. Alle die zahlenreichen Ideen, die der soziale Zustand entstehen läßt, können in zwei Gruppen eingeteilt werden: in solche, die sich auf das allgemeine Wohl beziehen, die Ideen des Wohlwollens — und diese gerade sind es, die den Menschen glücklich machen und ihm fortwährend angenehme Sensationen verschaffen — und solche, die sich auf den Egoismus, das private Interesse, beziehen und die Existenz der Menschen zu einer unglücklichen machen. Alle Menschen nehmen nun an diesen beiden Serien wichtiger Sensationen mehr oder weniger teil. Die sozialen Einrichtungen aber bestimmen, welche der beiden Ideen-Gruppen bei einem Volke vorherrscht, da ja alle Beziehungen der Menschen untereinander von ihnen geregelt werden. In der heutigen Gesellschaft hat sich nun der Egoismus so außerordentlich entwickelt, hat der Reichtum eine solche Bedeutung erlangt, ist so sehr jeder bestrebt, in allem über seinen Nebenmenschen

die Oberhand zu gewinnen und deshalb möglichst viel Geld und um jeden Preis zu erwerben, daß man den Menschen mit Recht ein nach „Geld jagendes Tier“ (*animal chercheur d'argent*) nennen kann. Und dies nach Geld jagende Tier leidet in allen Verhältnissen, in denen es sich befinden mag, trotz des Glanzes, der einzelne umgibt. Es leidet, da es niemals mit seinem Lose zufrieden ist. Voll Eifersucht, Neid und Haß gegeneinander, betrügen und schaden sich die Menschen mehr, als sie einander helfen — also sind sie unglücklich. Es ist sehr bequem für die Herren Schriftsteller, in ihren Werken die zahlreiche Klasse, die sie „Volk“ (*peuple*) oder verächtlich „Pöbel“ (*populace*) nennen, ganz zu vergessen oder nur mit schlecht verhehlter Mißachtung von ihr zu sprechen; trotzdem setzt sich diese Klasse aus den arbeitsamsten und unglücklichsten Menschen zusammen. Seit Jahrhunderten hat man die Ursachen dieser Verderbtheit des menschlichen Herzens und Heilmittel für sie gesucht. Vergeblich haben Religionen, Moralsysteme, Gesetze gearbeitet und umsonst ihre Vorschriften einen erhabeneren Charakter gewonnen: sie sind stets gegen die Unruhen und Verbrechen ohne Zahl, unter denen die Gesellschaft dauernd leidet, ohnmächtig geblieben. Insbesondere die Religionen haben stets nur sehr prekären und mehr oder weniger schnell vergänglichen Erfolg gehabt. Ihre Diener haben meist mit Mißbrauch ihrer Macht geendigt und den intellektuellen Fortschritt der Menschen dadurch gehindert, daß sie die fundamentalen Wahrheiten der Gesellschaft, besonders die Kenntnis des Menschen, ausschließlich zu besitzen behaupteten. Trotzdem gelang es ihnen nur, einen kleinen Teil der Menschheit, die Gläubigen, in Ketten zu schlagen. In totaler Unkenntnis der Gesetze ihrer Natur und der Bedingungen eines wahrhaft glücklichen sozialen Zustandes haben die Menschen auf der einen Seite Hospitäler, auf der anderen Schafotte errichtet. Voll Unzufriedenheit mit ihrer Lage und voll der Empfindung ihres Elends, sehen wir sie unter dem Thronhimmel wie unter dem Strohdach in steter unruhewoller Bewegung um ihre Existenz. Eine unvermeidliche Folge dieser Jagd nach dem Gelde, dieser Feindschaft aller gegen alle, dieser ängstlichen Unruhe ist in ihnen das Be-

dürfnis nach heftiger Bewegung; sie bedürfen der Aufregung in Theater, Schenke, Café; sie bedürfen der rasch wechselnden Veränderungen, die neue Moden in die Richtung ihrer Ideen bringen. Das wahre Glück aber ist von all diesen Bedürfnissen, die, künstlich geschaffen, deshalb die Jagd nach dem Gelde nicht weniger befördern, gänzlich unabhängig. Der Mensch sucht nur das Geld. Kann man sich darüber wundern, wenn man bedenkt, daß die einzige gesellschaftliche Einrichtung, aus der alle Gesetze, alle Institutionen, denen man mit Unrecht den Namen Institution gegeben hat, entspringen, die Institution der Familie, durch ihr ganzes Wesen das persönliche Interesse so konzentriert, daß es, zu einer instinktiven Idee geworden, jedes Individuum dazu anspricht, nach Alleingeltung zu streben, und daß die Erziehung alles tut, dieses Gefühl zu verstärken? Die Frage, ob Glück in der heutigen Gesellschaftsordnung möglich sei, kann nur verneint werden, und das soziale Problem läßt sich nunmehr in die folgenden Worte zusammenfassen: Da die Ideen, mit denen unsere „*présence d'esprit*“ ausgestattet ist, mit Ausnahme derer des primitiven Instinktes, das notwendige Produkt der sozialen Organisation und außerdem durch Zeugung übertragbar sind, so handelt es sich, um das Glück der Gesellschaft zu erreichen, nur um die Schaffung solcher Einrichtungen, die geeignet sind, im Instinkt und in der „*présence d'esprit*“ die Ideen der Liebe und des Wohlwollens zur Vorherrschaft zu bringen. Es handelt sich mit einem Wort darum, die Menschen in eine solche Lage zu versetzen, daß sie ein wahres Interesse haben, sich zu lieben, aber keine Motive, sich zu hassen¹⁾.

Die Revolutionen — damit schließt die Denkschrift des Gelehrtenkomités der *Içanarfs* —, obschon eine notwendige Folge der Mißstände und Laster der bis heute bestehenden Organisation, haben durchaus nichts geändert, da sie ihre Elemente bestehen und die alten Leidenschaften in ihrer trügerischen Stille weiterarbeiten ließen. Nur ein großer Geist und Charakter, wie *Ponélando*,

1) *La Philosophie etc.* I, 278/279. Man vergleiche damit, wie *MORELLEY* in seinem *Code de la Nature* dies Problem faßt und welchen Fortschritt die erstere Fassung bedeutet.

wird imstande sein, die wahre Revolution durchzuführen, die, von Zeit und Weisheit geleitet, im Herzen der Menschen durch die Situation, in die sie sie bringen wird, die Keime der Leidenschaften ersticken wird.

Wir haben uns jetzt damit zu beschäftigen, wie diese große friedliche Revolution von dem staatsmännischen Genie Ponélanos durchgeführt wurde. Der Glaube an die Allmacht der Gesetzgebung, das allgemeine Glück zu realisieren und die Gesellschaft nach den Prinzipien der Natur und Vernunft zu rekonstruieren, ist der charakteristische Zug der theoretischen Politik Frankreichs im 18. Jahrhundert. D'ARGENSON, HELVETIUS, HOLBACH, MABLY u. s. f., bürgerliche wie sozialistische Schriftsteller, sie alle hegen in gleicher Weise diese Illusion von dem allmächtigen, weisen Gesetzgeber auf dem Thron, der früher oder später einmal kommen wird, um die in Irrtum und Elend befangene Menschheit in das irdische Paradies zu führen. Diese Erscheinung kann uns in einem Lande nicht wundernehmen, wo die staatliche Verwaltung seit langer Zeit den höchsten Grad von Zentralisation erreicht hatte und ein ungeheuer starkes Bedürfnis nach den radikalsten Reformen sich mit einem fast ebenso gewaltigen Optimismus bei der Beurteilung der menschlichen Natur und einer großen Überschätzung des Wertes und der Macht abstrakter Ideen verband. Auch unser Autor steht noch teilweise im Banne dieser Illusion; es gelingt ihm nicht, sich ganz von ihr freizumachen. Trotzdem aber repräsentiert er, wie auf dem Gebiete der Moralphilosophie mit seiner Konzeption von der Vererbung moralischer Gefühle, auch auf dem der Politik einen ganz bedeutenden Fortschritt gegen seine Zeitgenossen. Auch für ihn ist der Gesetzgeber allmächtig, aber nur insoweit er die Gesetze der sozialen Entwicklung kennt und ihnen bei seiner gesetzgeberischen Tätigkeit folgt. Die Überlegung muß zur Erkenntnis führen, daß die Natur für das Reifen der individuellen wie politischen Körper einen graduellen, progressiven Weg gewählt hat. Dem Menschen aber hat sie die Fähigkeit gegeben, eine große Menge von Tatsachen zu beobachten und so die Gesetze zu entdecken, die sie sich gegeben hat und nach denen sie wirkt. Durch die Natur handelt

also der Gärtner, wenn er die Entwicklung der Pflanzen und Früchte zu beschleunigen sucht, und er hat nur Erfolg, wenn er ihre Gesetze kennt und befolgt. Und was vom Gärtner, gilt auch vom Staatsmann. Nur insofern der Staatsmann die das Leben der Gesellschaft beherrschenden Gesetze kennt und ihnen folgt, kann er eine erfolgreiche Tätigkeit ausüben, das war das fruchtbare Prinzip, welches das Vorgehen Ponélanos bestimmte.

Ponélano war also zur der Überzeugung gelangt, daß fundamentale Neuerungen für die Gesellschaft notwendig seien, und verzweifelte schon an der Auffindung eines wirksamen Heilmittels, als ihm ein Buch in die Hände fiel, welches die Lehre Jesu Christi enthielt. Zwei seiner Schüler, Nobet und Runedac, hatten seine Lehre in das Land der Içanarfs gebracht, eine kleine Zahl von Anhängern, die sich Jesulifs (= Jesu fils) nannten, geworben und einige bekehrte Reiche veranlaßt, ihr Vermögen zur Erwerbung eines großen unbebauten Landstückes herzugeben. Unter den Jesulifs herrschte vollendete Gütergemeinschaft und Gleichheit, und die Lehre Jesu bildete die Basis einer glücklichen und der Korruption nicht unterworfenen Assoziation, die allein die menschliche Gattung aus der schrecklichen Lage zu befreien vermag, in die sie der Erbfehler der ersten Gründer der sozialen Ordnung, ihre Gründung auf die Einrichtung der Familie, gebracht hat. In ihren vier fundamentalen Prinzipien — 1. die Menschen haben nur einen Herrn und Vater, nämlich Gott; 2. alle Menschen sind Brüder und gleich; 3. die Menschen sollen in ihren Beziehungen zueinander die Einfalt der Kinder haben und ein jeder sich verleugnen, um sich mit dem Wohle des Nächsten zu beschäftigen; 4. der Mensch soll sein Haus, seine Familie, sein ganzes Besitztum verlassen, um diesen Vorschriften zu folgen — glaubte PONÉLANO die Basis für die künftige soziale Neugestaltung gefunden zu haben. Er verkannte aber durchaus nicht, daß die instinktiven und vorherrschenden Ideen eines ganzen Volkes seinem Vorhaben außerordentliche Hindernisse in den Weg stellen würden. Er war sich der möglichen Einwürfe, wie z. B., daß die Ungleichheit eine Tatsache der Natur selbst, daß das Eigen-

tum ein natürliches Recht sei u.s.f., sehr wohl bewußt; aber alle diese Schwierigkeiten schreckten ihn nicht ab.

PONÉLANO ergriff zwei Maßregeln, um die Bevölkerung dem von ihm erstrebten Ziele zu nähern. Die erste sollte die verschiedenen Ideen, welche sich die Menschen von der Gottheit gemacht haben, miteinander versöhnen. Die menschliche Gewohnheit, Gott in ihre weltlichen Händel hineinzuziehen, hatte ihn zum Motiv der blutigsten und furchtbarsten Kriege gemacht. Durch die Verbreitung der Lehre, daß es Gott allein zukommt, die Handlungen der Menschen gegen ihn zu beurteilen, gelang es PONÉLANO, den religiösen Frieden herzustellen. Von größerem Interesse ist die zweite Maßregel, insofern sie den Militarismus, die stehenden Heere als Vorschule zum Kommunismus benützt. Seine Feinde hatten nämlich PONÉLANO gezwungen, eine große Zahl von Heeren zu unterhalten, in denen alle jüngeren Bürger verpflichtet waren, einige Jahre ihres Lebens der Verteidigung des Vaterlandes zu widmen. Hier im Heere waren die Söhne der Reichen wie armer Bauern gleich; die einen erweiterten durch den Umgang mit ihren Kameraden ihren beschränkten Gesichtskreis, während die anderen eine Menge törichter Vorurteile oder falscher Ansichten verloren. Als nun der Friede eine Verminderung des Heeres gestattete, wollte PONÉLANO auf die aus der Annäherung und zeitweiligen Vermischung der verschiedenen Klassen im Soldatenstand resultierenden guten Wirkungen nicht verzichten und ein wichtiges Mittel des Fortschrittes, das ihm die Verhältnisse selbst darboten, nicht aus der Hand geben. Er machte es vielmehr noch wirksamer, indem er die Dienstzeit verkürzte, um einen größeren Teil der Bevölkerung in diese wertvollen Beziehungen zu bringen, und indem er in allen Truppenteilen Schulen einrichtete, in denen auch die gemeinen Soldaten, falls sie die Fähigkeit besaßen, als Lehrer wirken sollten. Diese Maßregel war von größtem Erfolge begleitet. Die jungen Leute, die in die Dörfer zurückkehrten, verbreiteten daselbst die Ideen, die sie während ihrer Soldatenzeit aufgenommen hatten, und da die französischen Heere in steter freundschaftlicher Föhlung mit denen der Nach-

barn standen, so fanden diese Ideen allmählich auch in den anliegenden Ländern Eingang.

Trotz aller dieser Maßregeln gelang es aber der neuen Lehre gar nicht oder nur zu langsam, in die unteren Klassen der Gesellschaft einzudringen. Bei dem Zwange, ihr ganzes Leben dem Erwerb des nötigsten Brotes zu widmen, fehlten ihnen Zeit und Gelegenheit zur Erwerbung einer liberalen Erziehung. Für sie also mußte in erster Linie gesorgt werden, wollte PONÉLANO die Annäherung der beiden Klassen, der Armen und Reichen, ein Stück vorwärtsbringen. Deshalb wurden in allen Zentralen der Unterabteilungen der Provinzen geräumige Hospize eingerichtet, mit denen Werkstätten aller Art verbunden waren. Da die Krankheit des Vaters, der Mutter oder eines Gliedes der Familie in den meisten Fällen genügt, um den, der seine Subsistenz nur durch Arbeit gewinnt, in die größte Not zu versetzen, so fiel diesen die doppelte Aufgabe zu, die Kranken durch Unterstützungen zu schützen und den Gesunden mäßige und lohnende Arbeit zu liefern. Alle in die Hospize Aufgenommenen erhielten zugleich mündlichen Unterricht in den für die öffentliche Erziehung gültigen Prinzipien.

Offenbar muß auch in dem Übergangprojekt unseres Autors die Erziehung eine ganz bedeutende Rolle spielen, und müssen ihre Erfolge um so größer und rascher sein, als sie mit den gesamten Machtmitteln des Staates unternommen wird. PONÉLANO selbst beschränkte sich allerdings darauf, tüchtige Erzieher der Jugend heranzubilden und durch die Errichtung geeigneter Schulgebäude in allen Teilen des Landes die Erziehung der kommenden Generation vorzubereiten. Ihre Durchführung überließ er seinen Nachfolgern. Ihre Gegenstände waren die Sittenlehren Jesu Christi, die von den Gelehrten aufgestellten Prinzipien sowie die notwendigsten Handwerke; allein die von den Direktoren als besonders befähigt bezeichneten Schüler erhalten eine höhere Erziehung. Die notwendige Folge aller dieser Einrichtungen, insbesondere der Erziehung, wird sein, daß schon in der dritten Generation in der „présence d'esprit“ die Ideen des Egoismus und kleinlichen Familieninteresses bedeutend geschwächt oder

ganz verwischt sein werden und ihre bisherige Vorherrschaft auf die großen und liberalen Ideen des öffentlichen Interesses übergegangen sein wird. Zu dieser Zeit wird es dann möglich sein, alle Kinder zu Staatseigentum zu erklären. Der Staat allein wird sie in Zukunft erziehen, unterhalten und beschäftigen und ihnen, wenn sie herangewachsen sind, je nach seinen Bedürfnissen und ihren Talenten einen Beruf, ein Feld der Tätigkeit zuweisen. Jetzt können auch mit Nutzen in den Schulen die fundamentalen Prinzipien Jesu Christi gelehrt werden und besonders die Wahrheiten, daß das im sozialen Zustande mögliche Glück nur erreicht werden kann, wenn die Familiengefühle der liebevollen Hingebung des einzelnen an das Ganze untergeordnet werden, daß Gesellschaft und Privateigentum miteinander unverträglich sind, wenn man nicht alle Laster und alle Verbrechen über die Menschheit bringen will; daß die Vorschrift, Vater und Mutter, das Haus der Familie zu verlassen, mit größter Evidenz die wahrsten und reinsten Elemente einer glücklichen und beständigen Gesellschaftsordnung in sich schließt.

Von nun an bedarf es keines weiteren Eingreifens der Staatsgewalt; die Entwicklung der Dinge muß von jetzt ab zum ersehnten Ziele führen. Unter dem 5. Nachfolger PONÉLANOS kam der Moment, in dem sich das Werk langer Generationen vollendete. Schon lange vorher waren die Gerichte überflüssig geworden. An einem festlichen Tage wurden die fundamentalen Prinzipien Jesu zur unabänderlichen Basis der Gesellschaft erklärt; PONÉLANO V. entsagte der Krone und trat in die Reihen der Bürger zurück; die umliegenden Nationen vereinigten sich mit den Içanarfs zu einem Volke, das den gemeinsamen Namen Ruvareheuxis, d. h. die wahrhaft Glücklichen, annahm.

Mit der kurzen Beschreibung dieses Volkes und seiner wichtigsten Einrichtungen beschäftigt sich der Verfasser in der 2. Hälfte des II. Teils. Das Land ist von einem System vortrefflicher, wohlgehaltener Landstraßen durchzogen, die mit dreifachen Baumreihen und breiten, erhöhten Trottoirs für die Fußgänger eingefast sind und nachts durch gewaltige Lampen erleuchtet werden. Der Bau dieses Straßensystems war für die schnelle Zirkulation der Pro-

dukte von Boden und Industrie notwendig und ging mit einem vollständigen Neubau der Dörfer und der Anlage eines gewaltigen Kanalsystems Hand in Hand, auf dem sich während der eisfreien Jahreszeit die meisten Transporte vollziehen. Die Anhäufung der Menschen und Tiere in großen Städten, in denen die natürliche Umgebung ebenso verdorben ist, wie die Gefühle und Gedanken der allein von der Geldgier beherrschten Menschen, und in denen der Mensch doch in größter Isoliertheit lebt, ist vollständig abgeschafft. Es gibt nur noch Dörfer, die nach den Gesichtspunkten der Hygiene und bequemen Verbindung über das Land verteilt liegen. In allen findet man schöne Ruhesitze für die Hausung von etwa 50 Paaren, große Gebäude für die Erziehung der Kinder, Versammlungssäle und Magazine, Städte und Gärten. Die Arbeit ist mäßig; ihr folgen stets Tanz, Gesang und Musik. Die Verwaltung zeichnet sich durch die Ausbildung der Naturwissenschaften, insbesondere der Mechanik, und ihre weiteste Anwendung auf die Industrie und den Ackerbau aus. Die Maschinenteknik spielt eine gewaltige Rolle in der Produktion, und die Aufgabe der Mechanik geht dahin, durch fortwährende neue Erfindungen die Arbeit zu erleichtern und abzukürzen, wobei sie auf das nützlichste von den Chemikern unterstützt wird. Die Verteilung der Produkte unter die Kommunen erfolgt nach den Bedürfnissen, bei deren Befriedigung einem jeden die weitgehendste Freiheit gelassen ist.

Die Familiengefühle spielen nur eine sehr geringe, sekundäre Rolle in der neuen Gesellschaft. Eine genaue Analyse zeigt aber, daß auch schon in unserer heutigen Gesellschaft, in der sie das wichtigste Bindemittel der sozialen Ordnung ausmachen, in der Tat die Liebe, die die Mutter ihrem Kinde erweist, nur eine Anerkennung der ihr von unseren Sitten auferlegten Pflicht, nur ein stillschweigendes Versprechen ist, zu lieben, wenn die Zeit, die Gewohnheit und die Umstände in ihr dies zarte Gefühl werden entwickelt haben. Denn wäre die mütterliche Liebe ein unauslöschliches Gefühl des primitiven Instinktes, so wäre es unmöglich, daß Mütter ihre Kinder verabscheuen und Lieblingkinder haben können. Die Tiermutter liebt alle Kinder gleich und verläßt sie

alle in gleicher Weise, wenn sie ihre Hilfe nicht mehr brauchen. Da sich nun diese Hilfe bei der menschlichen Gattung auf eine längere Zeit erstrecken muß, so entsteht ein Gewohnheitsgefühl, das mit dem Gefühl des persönlichen Eigentums und des Familieninteresses die mütterliche Zärtlichkeit zusammensetzt, wenn sie über den von der Natur ihr gestellten Zeitraum hinaus dauert. Noch viel mehr als die mütterliche ist die Zärtlichkeit des Vaters ein Gefühl sozialen Ursprungs. Man betrachte nur die Wirksamkeit dieser in unserer heutigen Gesellschaft notwendigen Gefühle etwas genauer. Die Mutter eines außerehelichen Kindes trennt sich heimlich von ihm, um es niemals wiederzusehen. Ein Mann läßt auf den Streifzügen seiner Liebe in verschiedenen Schößen die Keime neuer Wesen und denkt niemals wieder an sie oder würde sich sogar in seinem Stolze verletzt fühlen, wollte man ihm zumuten, an sie zu denken. Vater und Mutter weihen kaltblütig ihre Kinder der Verzweiflung hinter Klostermauern. Überall streiten Bruder und Schwester vor Gericht gierig um die elterliche Erbschaft, überall Eltern und Kinder um die Fetzen, auf die sie nach dem Tode des Mitgatten Anspruch erheben. Alle diese Tatsachen beweisen, daß die sog. Familienbande nur eine auf den Wirkungen der Gewohnheit beruhende Stütze sind, die man der sozialen Maschine zu geben sich gezwungen sah. Wo heute in den Familien Harmonie und Friede herrscht, beruhen sie auf Übereinstimmung der Charaktere, auf Analogie der Temperamente, auf dem Zusammenstimmen einiger dominierender Ideen.

Auf diese Gründe und Überlegungen gestützt, schafften die Ruvareheuxis zunächst die bisherige legale Ehe (*mariage légal*) ab. Im Interesse der Kinder und ihrer Erhaltung entstanden, bildete sie den Angelpunkt der alten sozialen Ordnung und konnte deshalb auch ihre Auflösung nicht überleben, da sie sich in einer Gesellschaft, in der das Glück der Kinder wie der Eltern gesichert ist, als durchaus zwecklos erwies. Es gibt also keine gesetzliche Ehe, da es auch keine Gesetze gibt; nur die eine Regel ist in Kraft, daß zwei Personen, die sich zum Zusammenleben vereinigen wollen, ihre Gemeinde und die Greise des Kantons

davon zu benachrichtigen haben, damit ihre Namen in das dafür bestimmte Register eingetragen werden. Die Liebe allein kann die Basis einer solchen Vereinigung sein, da die Idee der Vereinigung der beiden Geschlechter allein durch den Impuls der Natur erregt wird. Eine ganz andere Liebe bewegt aber die Menschen dieses glücklichen Staates, als jene Liebe unserer Gesellschaft, die, von den unzähligen Stacheln der sozialen Verhältnisse gespornt, meist eine stürmische, ausschweifende Bewegung ist. Die Koketterie, die Zurückhaltung, die Selbstsucht, der Ehrgeiz, die Hindernisse, alles dient dazu, sie zu erregen und in eine nur zu häufig verhängnisvolle Leidenschaft zu verwandeln, deren Keime schon seit langer Zeit in dem verwandelten Instinkt liegen. In einer wahrhaft natürlichen sozialen Ordnung ist die Liebe ein Bedürfnis, weniger mächtig als der Hunger; ein Bedürfnis, das nur die Natur weckt, dem keine Hindernisse sich in den Weg stellen, und das daher ein weit schwächeres Gefühl ist, da es in seinen natürlichen Grenzen bleibt und dazu noch durch verschiedene Übungen, Spiele usw. in seiner Entwicklung aufgehalten wird ¹⁾.

Man spricht daher auch von ihr ohne Mysterium, wenschon die Bücher, Bilder, Reden und Gesänge es durchaus vermeiden, Ideen in den Gemütern wachzurufen, die dies Bedürfnis erwecken können. Die Ehen werden hier daher auch ebenso heiter und friedlich geschlossen, wie man eine Mahlzeit einnimmt. Die Aufrichtigkeit schließt und erhält sie; das allgemeine Wohlwollen schützt sie, ohne von ihnen verletzt zu werden, da es die beiden Gatten als integrierende Teile eines neuen Individuums und die Ehe als den Schöpfungsakt desselben betrachtet.

Die Stellung der Frau ist natürlich bei den Ruvareheuxis eine ganz andere: sie ist von der Herrschaft des männlichen Geschlechtes befreit, und das weibliche Geschlecht gilt ebenso als ein integrierender Teil des Ganzen wie das männliche. So sind denn Mann und Frau zusammen dem allgemeinen Glück, dem gemeinsamen Glück, dem gemeinsamen Ziel der Assoziierten, zugewandert. Da die

1) La Philosophie etc., II, 180.

Idee des allgemeinen Wohls durch die Folge der Generationen und Jahrhunderte einen hohen Grad der Intensität erreicht hatte, braucht man sich nicht zu wundern, daß seit langer Zeit die Frau alle Arbeiten des Mannes im Ackerbau, im Handwerk, in den Wissenschaften und Künsten teilt, und daß sie sich nicht hat davon ausschließen lassen wollen, ihren Nächsten auch bei gefährlichen Arbeiten zu helfen.

Die Kinder werden schon seit längerer Zeit mit einem erneuerten Instinkt geboren, der eine große Zahl richtiger Ideen enthält. Sie bedürfen daher gar nicht der Erziehung, deren Aufgabe darin besteht, die falschen Ideen zu vernichten und durch richtige zu ersetzen, sondern nur des Unterrichts, der beiden Geschlechtern in gleicher Weise erteilt werden muß. Alle Kinder gehören dem Staat, da eine wahre Gesellschaft unmöglich sein würde, falls es an ihnen partikulares Eigentum und privates Interesse gäbe, das ohne Unterbrechung auf den ganzen Lauf ihres Lebens einwirken würde. Nach diesem Prinzip wird also jedes Kind, nachdem es entwöhnt ist, in ein „Unterrichtshaus“ (maison d'instruction) gebracht, wo es aufgezogen wird. Die Theorie und Praxis des Ackerbaues werden den jungen Schülern zuerst gelehrt. Das Studium der notwendigen Wissenschaften erfüllt die großen Zwischenräume, welche die der Lektüre gewidmeten Stunden freilassen. Dann werden die Handwerke und Künste erlernt. Jeder Schüler lernt zeichnen und den Hammer, den Hobel, das Webschiff und die Feile handhaben. Je nach der Art, wie sich die instinktiven Ideen in den jungen Leuten entwickeln, bestimmen die mit dem Unterrichte beauftragten Ältesten die Tätigkeit, für die der Schüler am geeignetsten erscheint. Die Erholungen für beide Geschlechter bestehen aus körperlichen Übungen und Spielen. Nach Absolvierung der Schulen werden die Schüler in die für sie bestimmten Werkstätten oder höheren Bildungsanstalten geschickt.

Seit langem ist es der Medizin gelungen, die beiden Krankheiten auszurotten, die das menschliche Geschlecht in seiner Schönheit und in seinen Lebensquellen angreifen: die Blattern und die Syphilis. Diese Wissenschaft hat sich dann ganz besonders mit der Vervollkommnung der Hygiene beschäftigt und die Bewohner

des glücklichen Landes von allen den Krankheiten befreit, welche die anderen Länder verheeren. Den Entdeckungen der Medizin muß man die der Chemie für die Sanitation der Wohnungen, die Abwesenheit aller Geisteskrankheiten, jeder Angst, jedes Kummers, jeder häuslichen Unruhe hinzufügen, um zu verstehen, daß ein solcher Zustand hohes Alter, Schönheit des Körpers und Geistes notwendig bewirken muß.

Offenbar wird in einem solchen Lande der Bevölkerungszuwachs schnell und bedeutend sein. Trotzdem sind alle Magazine für den Bedarf mehrerer Jahre gefüllt, da die fortwährende Vervollkommnung des Ackerbaues durch Kultur von Wurzelgewächsen, die den Einflüssen der Witterung weniger ausgesetzt sind, durch Zucht von Obstbäumen, Pflege der Viehzucht usw. den Ertrag des Bodens ganz außerordentlich gesteigert hat. Es kommt eben jede neue, den alten überlegene Produktionsweise sofort auf dem ganzen Staatsgebiete in Anwendung. Ganz außerordentlich groß ist ferner die Sparsamkeit, die das kommunistische Leben vor dem heutigen voraushat. Alles wird mit Nutzen angewandt; keine Unterschleife, keine Verschwendung: Lebensmittel, Fenerung, Licht, alles wird in den kleinsten Quantitäten ausgegeben. Dazu kommt dann noch, daß die Bewohner, da sie nicht überarbeitet sind, auch nicht so große Mengen Nahrungsmittel wie die Bauern von heute gebrauchen. Die Gefahr einer Übervölkerung ist also für lange Jahre nicht zu befürchten. Sollte sie aber wirklich drohen, so würde, um das Prinzip aufrechtzuerhalten, daß nicht die möglichst große Zahl von Menschen, sondern ihr Glück von essentieller Bedeutung ist, der schnelle Zuwachs dadurch beschränkt, daß den über 30 Jahre alten Personen der Geschlechtsverkehr verboten würde. Jedes Mitglied dieser Gesellschaft würde sich aber schon von selbst Beschränkungen auferlegen. Allein der Gedanke, Kinder zu erzeugen, die eines Tages weniger glücklich sein würden als sie selbst, würde sie davon abhalten, sich zügellos der Geschlechtsliebe hinzugeben. Immer wird man dem Anwachsen der Bevölkerung gegenüber bedenken müssen, ob die Agrikultur ihre höchste Entwicklung, ob alle Zweige der ländlichen Ökonomie ihre größte Ausbildung erreicht haben. Jeden-

falls aber kann aus der Möglichkeit einer zukünftigen Übervölkerung kein Grund für die Forderung an das Menschengeschlecht abgeleitet werden, auf ein Glück zu verzichten, das es hier für längere Zeit genießen kann, und zu einem sozialen System zurückzukehren, in dem Elend, Hungersnot, Haß, Laster, Verbrechen, Mord, Schafott und Kriege ihre menschenverwüstende Rolle spielen.

Das sind die Geschichten, Lehren und Einrichtungen, die der Reisende in dem Wunderlande der Ruvareheuxis erfahren und kennen gelernt hat. Mit zahlreichen Plänen und Büchern über die Verwaltung und Produktion des Landes versehen, verläßt er nach längerem Aufenthalt die glückliche Insel auf einem Ärostaten. Leider ist die Mehrzahl der Bücher verloren gegangen, und so müssen wir uns denn mit der Kunde bescheiden, die uns die beiden vorliegenden Bücher liefert.

Die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in Serbien.¹⁾²⁾

Von

D. Lapschewitsch und Z. Topalowits (Belgrad).

Nach dem Niederbruch der 1848er Revolution in Paris, Berlin, Wien und Ungarn fand die in ganz Europa herrschende Reaktion auch in Serbien ihren Widerhall. Das einzige damals vorhandene unabhängige publizistische Organ wurde von der Zensur verboten. Die Hoffnung der demokratischen Elemente in der großen Nationalversammlung von 1859, welche nach der Vertreibung des Fürsten ALEXANDER KARAGEORGEWITSCH — des Vaters des gegenwärtigen Königs — die OBRENEWITSCH auf den Thron zurückberief: der Dynastiewechsel werde der politischen Reaktion ein

1) Die Hauptquelle für eine Geschichte der serbischen Sozialdemokratie und somit auch für die nachfolgende Studie bilden die im Text angeführten Zeitungen; ferner die insgesamt in Belgrad erschienenen Parteitagsprotokolle von 1903 bis 1912; die alljährlich erscheinenden Kalender der soz.-dem. Partei (Socialdemokratski Kalendar); die Berichte der Gewerkschaftskommission (Izveštaj glavnog radničkog saseta) von 1905 und 1907, die teilweise auch in den Jahresberichten des Internationalen Gewerkschaftssekretariats reproduziert sind; die Parteizeitschrift „Borba“ (Der Kampf), seit 1909 halbmonatlich; der Bericht der Arbeiterkammer (Izveštaj radničke komore) von 1911. Außerdem wurden folgende insgesamt in Belgrad erschienenen Schriften benützt: Celokupna dela Zivojna Žujevića (Gesammelte Werke v. ZIVOIN ZUJEWISCH), 1900; Celokupna dela Sv. Markovića (Gesammelte Werke v. Sv. MARKOWITSCH), 1900; Prof. S. Jovanović, SVETOZAR MARKOVIĆ, 1907; Prof. J. SKERLIĆ, Svetozar Marković, 1910 (vgl. dazu die Besprechung von Z. TOPALOWITS in diesem „Archiv“, III 187/190); D. TUZOVIĆ, Socijalistički agitator (D. sozialist. Agitator) 1911. 2) Im Text erscheinen die Namen so geschrieben, wie sie ausgesprochen werden.

Ende machen, erwies sich als durchaus irrig. Die Demokraten und die fähigsten Männer der großen Nationalversammlung sahen sich bald vollständig zurückgedrängt. Bei Hofe und in der Regierung gewannen die Anhänger des alten Systems rasch wieder ausschlaggebenden Einfluß und bis zum Tode des Fürsten MICHAÏL hielt sich als Polizeiminister „der eiserne Korporal“, NIKOLAUS CHRISTITSCH, dessen politisches Programm lautete: „Unbegrenzte Macht der Zentralverwaltung, unbedingte Unterwerfung des Volkes“.

Dementsprechend konzentrierte sich das ganze öffentliche Leben in den Händen der Machthaber. Eine Zensur rigoroser als die damalige russische hielt die Presse darnieder. Von einer öffentlichen Meinung war keine Rede. Niemand getraute sich, seine Ansichten laut auszusprechen oder auch nur von seinen politischen Rechten Gebrauch zu machen. Berichteten ja damals die Blätter über die Belgrader Kommunalwahlen: daß „von beinahe 2000 Wahlberechtigten nur 21 Bürger an der Urne erschienen“ seien. Diese Erscheinung aber, in der Hauptstadt, in der das politische Leben immer reger war und ist als in der Provinz, war nicht durch Mangel an Interesse bei den Wählern, sondern durch unwiderstehlichen Druck der Regierung auf sie hervorgerufen. Nicht entwickelter als das politische war das wirtschaftliche Leben. Nach der Volkszählung von 1866 waren beschäftigt in:

der Landwirtschaft . . .	90·08 %	dem Handel	1·54 %
dem Handwerk . . .	5·32 %	sonstigen Berufen . .	3·06 %

der Gesamtbevölkerung. Das dörfliche Leben kennzeichnete sich noch durch ganz patriarchale Struktur; die Landwirtschaft wurde durchaus primitiv betrieben; den Größtteil seiner Bedürfnisse deckte der Bauer noch durch Eigenproduktion; die Handwerker arbeiteten nur auf Bestellung; der Handel konzentrierte sich zumeist auf den periodischen Messen; außerdem wurde er durch Hausierer betrieben, die ihre Waren zu Pferd auf Saumpfaden von Dorf zu Dorf transportierten; den Haupt- und fast einzigen Ausfuhrartikel bildete Vieh, namentlich ungemästete Schweine. Schließlich sei auch nicht vergessen, daß Serbien noch 1866 95·8 % Analphabeten zählte.

In diese ökonomische Idylle legten aber immer breitere Bresche: die Einführung des stehenden Heeres und die Ausbildung der Bürokratie, die parallel dazu wachsenden budgetären Erfordernisse, die Einführung und stetige Zunahme der Geldsteuern, die Aufnahme von Staatsanleihen, kurzum das Vordringen der Geldwirtschaft, durch welche das Wucherkapital begünstigt wurde. Denn um seine Abgaben zahlen zu können, mußte der Bauer Vieh — die einzige exportfähige Ware — verkaufen und der Geldwucher gewann ihm immer mehr die Herrschaft auch über den Boden ab. Das Volk verarmte, was am schärfsten in der Verringerung der Viehzahl zutage trat. Auf je 1000 Seelen entfielen in den Jahren:

	1859	1868
Pferde	129	101
Rinder	739	609
Schweine	1637	1061
Schafe	2203	2202

Die gleiche Tendenz zeigte sich auch bei den Verlassenschaftsabhandlungen. Auf je 100 vormundschaftsgerichtlicher Behandlung unterliegende Erbschaftsmassen entfiel ein Vermögenswert von Dukaten in:

	1846/47	1862/63
Barem	653	558
Schuldverschreibungen	5 702	4 760
Fahrhabe	736	804
Grundbesitz	4 167	3 787
Summa	11 258	9 909

Nicht minder bezeichnend für das Anwachsen der Geldwirtschaft und die parallel dazu sich vollziehende Massenverarmung war die enorme Zunahme der Zivilstreitigkeiten. Ihre Zahl stieg von 2789 im Jahre 1848 auf 27 894 im Jahre 1858.

Das war das Milieu, in dem der erste serbische Sozialist ŽIVOIN ŽUJEWITSCH (1840—1870) auftrat. Nach Absolvierung einer geistlichen Akademie in Kiew studierte ŽUJEWITSCH in Petersburg und München Philosophie. Seine öffentliche Tätigkeit in

Serbien dauerte nicht länger als 3—4 Jahre. Er veröffentlichte während derselben mehrere Artikel philosophischen, volkswirtschaftlichen und soziologischen Inhaltes und deklarierte sich in allen diesen Arbeiten als Sozialisten. Gleich nach ŽUJEWITSCH' frühzeitigem Tode kehrte SVETOZAR MARKOWITSCH (1846—1874) aus der Fremde heim. Er hatte in Rußland und in der Schweiz studiert und war ein unmittelbarer Schüler von TSCHERNITSCHESKY. Doch kannte er auch die Schriften MARX' und LASSALLES und gehörte der Internationale an. Mit der revolutionären Begeisterung eines Russen und der eisernen Zähigkeit und Folgerichtigkeit eines deutschen Sozialdemokraten machte er sich daran, dem Sozialismus auch in Serbien, wo die ökonomische Differenzierung erst begonnen hatte, eine Bahn zu brechen. Er kritisierte in glänzender Weise das damals im Lande herrschende politische System, trat in zahlreichen — bisher in der serbischen Literatur unübertroffenen — Artikeln für die Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit sowie für die Selbstverwaltung und das allgemeine Wahlrecht ein und veröffentlichte eine Reihe politischer, ökonomischer, philosophischer und soziologischer Studien, darunter: *Načela političke ekonomije, po TČERNIŠEVSKOM* (Grundriß d. polit. Ökonomie nach TSCHERNITSCHESKY), 1875, und ein beinahe marxistisches Werk, das auch heute noch für die Popularisierung des kommunistischen Manifestes sehr brauchbar wäre: *Socializam u društveno pitanje* (Der Sozialismus oder die Gesellschaftsfrage), 1876.

Gleich nach seiner Heimkehr gründete MARKOWITSCH, gemeinsam mit einer kleinen Gruppe von Intellektuellen das Blatt „Radnik“ (Der Arbeiter), das sich während der Jahre 1871 bis 1872 erhielt und in dem er leidenschaftlich für die Pariser Kommune und für die verunglimpften Kommunards eintrat und theoretisch sozialistische Ideen propagierte. Diese kleine Schar schwoll durch andere junge Leute an, die an okzidentalischen Universitäten ihre Studien gemacht hatten, und erhielt auch Zuzug aus den Reihen der einheimischen studierenden Jugend, der in Entstehung begriffenen Bourgeoisie und der verarmenden

Massen. Sie begannen auch mit praktischer Agitation. Da aber die Arbeiter, auf die sich diese sozialistische Bewegung stützen sollte, noch fehlten, so gerieten sie von Anfang an in das Geleise der russischen Volkstümpler (Narodniki). Man wendete sich agitatorisch an die breitesten Volksschichten, die fast insgesamt mit den herrschenden Zuständen unzufrieden waren: die junge Bourgeoisie, weil sie von jedem Einfluß auf die Staatsgewalt ausgeschlossen war; das Handwerk, weil es unter der Konkurrenz der fremden Exportindustrie auf das schwerste litt; die bäuerliche Bevölkerung, weil sie gleichermaßen von Staat und Wucherkapital ausgebeutet und proletarisiert wurde. Wie rapid sich der Niedergang der wirtschaftlich Schwachen in jener Zeit vollzog, lehrt die damals im Abgeordnetenhaus (Narodna Skupština) erfolgte Feststellung, daß 1873 zur Eintreibung von Steuerrückständen 10 000 Versteigerungen stattfanden — eine im Verhältnis zur Kleinheit des Staatswesens ganz horrende Zahl, wie sie in Österreich und Preußen weitaus nicht erreicht, in Frankreich wenigstens nicht übertroffen wurde.

Nichts ist also erklärlicher, als daß die neue von MARKOWITSCH eingeleitete Bewegung in den breiten Schichten des Volkes Anklang fand und daher immer reger wurde. Wurden ihre Blätter verboten, so gründete sie neue: an Stelle des „Radnik“, „Jawnost“ (Öffentlichkeit, 1873); dann „Glas Jawnosti“ (Stimme der Öffentlichkeit, 1874), „Oslobodjenje“ (Die Befreiung) und „Staro Oslobodjenje“ (Die alte Befreiung, 1875). Und ihr Einfluß stieg dermaßen, daß sich unter Führung des Agrarsozialisten ADAM BOGOSAWLJEWITSCH eine parlamentarische Gruppe bildete, die mit ihr zusammenhielt und in vielen Dörfern und kleinen Gemeinden die Verwaltung an sich riß. 1875 siegte sie sogar bei den Kommunalwahlen in der zweiten Landeshauptstadt Kragujewatz, der einzigen Stadt, in der eine Staatsfabrik existierte. Nach dem Wahlsiege veranstalteten die Arbeiter unter Vorantragung einer roten Fahne einen Umzug — was von der Polizei als Hochverrat qualifiziert wurde und viele Verhaftungen nach sich zog.

Je mehr aber die Bewegung an Ausdehnung gewann, desto

mehr verlor sie ihren sozialistischen und gewann radikaldemokratischen Charakter. Nichts ist auch verständlicher. Rekrutierten sich doch, wenn man von dem kleinen Häufchen von Arbeitern in der Kragujewatzer Munitionsfabrik absieht, alle ihre Anhänger aus kleinbäuerlichen, Handwerker- und Händlerkreisen. Die Gruppe der Unselbständigen setzte sich damals bloß aus Handwerksgelesen und Dienern in ganz geringer Zahl zusammen, während das moderne Lohnproletariat fast vollständig fehlte. Immerhin jedoch versuchte MARKOWITSCH das letztere fachvereinlich zu organisieren. So entstand 1874 der „Verein der Typographen“ (Družina tipografskih radnika) und im darauffolgenden Jahre der „Verein der Schneidergehilfen“ (Družina krojačkih radnika). Beide bestehen auch heute noch: jener als eine der solidesten Gewerkschaftsorganisationen, dieser nicht als Kampf-, sondern als Unterstützungsverband. Ferner wurde unter MARKOWITSCH' Einfluß ein Verein zu gegenseitiger Unterstützung in Notfällen gegründet: der Allgemeine Arbeiterverein (Opšte radničko društvo). Sowohl diese wie ähnliche Organisationen in Belgrad und in der Provinz gerieten jedoch in die Hände der Kleinmeister, in deren Gewalt sie sich auch heute noch befinden, ohne irgendwelchen Einfluß auf die Arbeiterkreise zu üben. Lebhaft war MARKOWITSCH schließlich auch um die Schaffung von Konsumvereinen bemüht, die aber insgesamt infolge der geringen Bedürfnisentwicklung innerhalb der Kreise, an welche er appellierte, sowie ihres Mangels an Verständnis und Muße zugrunde gingen.

Nach MARKOWITSCH' Tode begannen die Kriege mit der Türkei (1876—1878) und es setzte eine noch stärkere politische Reaktion ein. MARKOWITSCH' Bruder, ein wegen seiner Tapferkeit berühmt gewordener Reserveoffizier, wurde wegen seiner energischen oppositionellen Haltung als Abgeordneter kriegsgerichtlich verurteilt und erschossen. Einige sozialistisch gesinnte Intellektuelle emigrierten nach Ungarn und gründeten in Neusatz die Monatschrift „Stradza“ (Die Woche). Die aber im Lande blieben, gaben alle sozialistischen Tendenzen preis und wandelten die ganze Bewegung zu einer reinradikal-demokra-

tischen. Dem mußten auch die Begründer der „Stradza“ Rechnung tragen. Sie fanden sich auch mit den veränderten Verhältnissen ab und schufen 1881 die „Radikale Volkspartei“ (Narodna Radikalna Partija), die nun seit einem Jahrzehnt das Staatsruder in Händen hat.

Ein jüngerer Schüler MARKOWITSCH', MITA ZENITSCH, (1851 bis 1888), der mehrere Jahre lang als politischer Verbrecher im Kerker verbracht hatte, blieb jedoch seinem sozialistischen Ideal treu. Er trennte sich 1881 von seinen früheren Freunden. Er rief den „Radnik“ wieder ins Leben und es gelang ihm auch, bei den Skupschtinawahlen in Belgrad von 1881 mehr Stimmen auf sich zu vereinigen als der radikale Kandidat. Doch unterlag er selbst dem von der Regierung unterstützten Wahlwerber. Bald mußte er erkennen, daß die Kleinbürger, auf die auch er sich stützen mußte, eine zu schwache Grundlage für seine Bestrebungen abgaben: der „Radnik“ ging bald wieder ein; und kein besseres Schicksal war der als Ersatz geschaffenen „Borba“ (Kampf) beschieden. ZENITSCH war kein sehr klarer Kopf. Bei seinen Bemühungen, eine Organisation zu sozialistischer Propaganda ins Leben zu rufen, war ihm die innere Struktur dieser Organisation gleichgültig. So wurde kurz vor seinem Tode, 1887, zu diesem Zwecke ein „Verein der Handwerker“ (Zanatliški Savez) begründet.

In diesem Vereine war sehr eifrig tätig der in den breitesten Schichten bekannte utopistische Sozialist WASA PELAGITSCH — der, trotzdem er Klosterabt war und sichere Aussicht hatte, Wladyka (Bischof) zu werden, geistliche und weltliche Ehren aufgegeben hatte, um sich unermüdlicher Propaganda im Dienste des Atheismus und Sozialismus zu widmen. Neben ihm wirkte in den vordersten Reihen ferner der Holzarbeiter ANDRA BANKOWITSCH, der in verschiedenen Hauptstädten Europas gearbeitet und sich dort mit modernen sozialdemokratischen Ideen erfüllt hatte. So kam es denn, daß in den Vereinsversammlungen neben Weherufen von Handwerksmeistern auch sozialistische Stimmen laut wurden, und daß 1888 im Vereinsorgan eine Übersetzung des Buches von KARL KAUTSKY, Karl Marx Ökonomische Lehren, erschien.

Allmählich aber änderte sich die Struktur der serbischen Volkswirtschaft. Die Zahl der gewerblichen Hilfs- und Industriearbeiter nahm stetig zu und damit auch die Zahl der Sozialdemokraten im Handwerkerverein. Dies führte innerhalb des letzteren zu Kämpfen, in denen die Sozialisten siegreich blieben. 1892 wurde er in einen Handwerker- und Arbeiterverein (Zanatliško-radničko društvo) umgewandelt; ein Jahr darauf bekamen die Sozialisten die Redaktion des Vereinsorgans in ihre Hand; auf dem internationalen Sozialistenkongreß zu Zürich (1893) ließ sich bereits der Verein durch einen Delegierten vertreten und wurde als sozialistische Organisation anerkannt; 1895 waren die Handwerker aus ihm vollständig hinausgedrängt, so daß die Sozialisten nun die alte Bezeichnung fallen ließen und ein neues Organ: „Sozialdemokrat“ (Socialdemokrat) begründeten. Wohl erlag dieses Blatt schon nach einem Jahre den polizeilichen Verfolgungen; inzwischen aber hatte es eine erfolgreiche Propaganda für die gewerkschaftliche Organisation und die Maifeier entfaltet.

1897 erschien als Ersatzorgan die „Radničke Novine“ (Arbeiterzeitung). Aber auch sie wurde bald ebenfalls unterdrückt und Anfang 1898 setzte dann die auf Standrecht und Kriegserichte gestützte Reaktion der seither ausgerotteten Dynastie OBERNOWITSCH ein. Ihr erlagen sämtliche Arbeiterorganisationen: sie wurden aufgelöst, ihre Bibliotheken verbrannt, ihre Führer verhaftet und entweder zu schweren Kerkerstrafen verurteilt oder aus dem Lande getrieben — unter diesen auch WASA PELAGITSCH, der im Kerker starb.

Im Jahre 1900 sah sich jedoch die Regierung angesichts des finanziellen Zusammenbruches genötigt, einigermaßen einzulenken, und kaum war das Standrecht aufgehoben, als auch die Arbeiterbewegung wieder in Fluß kam. Doch waren es nicht mehr Intellektuelle, die die Initiative ergriffen und die Führung übernahmen, sondern Arbeiter, die nun ihr Schicksal in die eigene Hand nahmen und den Grund zu neuen Organisationen legten. 1900 erschien das sozialistische Blatt „Napred“ (Vorwärts), wurde jedoch bald unterdrückt, und nicht minder das 1901 ge-

schaffene „Radnički List“ (Arbeiterblatt). Im darauffolgenden Jahre lebte sodann die „Radničke Novine“ wieder auf, die noch heute das Zentralorgan der Sozialdemokratie Serbiens ist und sich inzwischen zu einem Tageblatt ausgewachsen hat.

Den finanziellen Nöten hatte König ALEXANDER durch Berufung eines halbradikalen Ministeriums zu begegnen gesucht. Kaum aber war ihm mit deren Hilfe die Aufnahme einer neuen Staatsanleihe gelungen, als er auch die Verfassung aufhob, eine neue oktroyierte und neuerdings mit Ausnahmezustand und Standgerichten zu regieren begann (1903). Die radikale Opposition, moralisch durch das Kompromiss mit ihm bemakelt, war zu ernsthaftem Widerstand zu schwach. Dieser ging nur von den Studenten und Arbeitern aus und äußerte sich in Versammlungen und Straßendemonstrationen, die oft genug zu Blutvergießen führten. Dies zeitigte den Versuch der Polizei, die Arbeiterschaft zu gewinnen: es gelang ihr, einige Arbeiter zu bestechen, die der Regierung gefügige Organisationen ins Leben rufen sollten. Diese Aktion hatte jedoch keinen Erfolg. Die sozialistische Arbeiterschaft nahm den Kampf auf, gründete einige Gewerkschaften und den „Allgemeinen Arbeiterverein“ (Glavni radnički savez), und als nach dem Fall der Dynastie OBRENOVITSCH am 3. Juni 1903 die neue Verfassung proklamiert und Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit gewonnen wurden, entfaltete sich auf den im Lauf der Zeit geschaffenen Grundlagen rapid eine Arbeiterbewegung mit ausgesprochenem Klassencharakter.

Wie Pilze aus dem feuchten Boden schossen in allen Städten „Arbeiterlesehallen“ (Radničke čitaonice) in die Höhe: Bildungsvereine, in denen sich Arbeiter aller Kategorien sammelten und die sich nach einem 2jährigen Übergangszustande in Gewerkschafts- und Parteiorganisationen auflösten. Schon am 20. Juli 1903 wurde in Belgrad der erste Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiter abgehalten, auf dem die Gründung der „Sozialdemokratischen Partei Serbiens“ (Srpska Socialdemokratska Partija) und der Zusammenschluß der Gewerkschaften zu einem „Gewerkschaftsbund“ (Generalkommission, Glavni radnički savez) beschlossen wurde. Bei den kurz

darauf, am 8. September 1903, stattgefundenen Skupschtina-Wahlen vereinigte die neue Partei 2548 Stimmen auf ihre Kandidaten und eroberte 1 Mandat in Kragujewatz, und seither ist sie nie mehr ohne parlamentarische Vertretung geblieben.

Diese neue Bewegung hatte mit den älteren nichts mehr gemein. Das trat schon in den wilden Streiks zutage, von denen regelmäßig die Bildung der Lesehallen begleitet waren und die leicht zu verstehen sind, da damals noch die Arbeitszeit bis zu 18 Stunden betrug. Eben diese Streiks aber, die für die breite Öffentlichkeit etwas ganz Neues waren, zerstörten mit einem Schläge die herkömmliche Vorstellung von der Interessengemeinsamkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Handwerker und Gehilfen, die lange Jahre in denselben Organisationen Schulter an Schulter gekämpft hatten, gerieten nun in unversöhnlichen Gegensatz. Die Arbeiterklasse verselbständigte sich und mit den veränderten sozialen Verhältnissen kamen neue Organisationsformen und neue Kampfmethoden auf.

Die geistigen Führer für diese neuartige Bewegung fanden sich in den Reihen der Kämpfer selbst: Hochschüler, wohlvertraut mit der marxistischen Literatur und durch sie erzogen, sowie Arbeiter, die im Auslande gelebt und in deutschen Organisationen sich mitbetätigt hatten. Unter ihnen ragte besonders hervor der frühverstorbene Tischlergehilfe RADOWAN DRAGOWITS (1878 bis 1905), der mit starkem und reinem proletarischem Klasseninstinkt eine gründliche, in Deutschland erworbene sozialistische Bildung verband. Aus der Fremde zurückgekehrt (1901), wurde der durch schwere Arbeit und Elend an Schwindsucht Erkrankte Journalist. Als solcher ward er der Begründer der modernen marxistischen Presse in Serbien. Bis zu seinem Tode redigierte er die „Arbeiterzeitung“, versah im Parteivorstande die Sekretariatsgeschäfte, lehrte an der Arbeiterschule, leitete die Zentralstelle, war kurzum das Gehirn der Arbeiterbewegung. Andere, die gleiche Bildung genossen hatten, standen ihm zur Seite, und ihrer aller energischer Arbeit gelang es rasch, ein Personal heranzuziehen, dem die Leitung der Organisation ruhig überlassen werden konnte.

Die Notwendigkeit, rasch zu handeln, brachte es mit sich, daß

der konstituierende Kongreß das von DRAGOWITS übersetzte Programm und Organisationsstatut der deutschen Sozialdemokratie einstimmig ohne jede Änderung übernahm. Die serbische Arbeiterbewegung gelangte so mit dem ersten Schritt zu einer einfachen, klaren, erfahrungsgemäß zur Führung des Klassenkampfes bestgeeigneten streng zentralistischen Organisationsform mit Selbständigkeit der politischen Organisation auf der einen und der gewerkschaftlichen auf der andern Seite.

Dabei aber ist die sozialdemokratische Partei in Serbien nicht stehengeblieben. Wohlvertraut mit der Geschichte der Arbeiterbewegung im Auslande und mit den Schwierigkeiten, die diese hatte in ihrem Entwicklungsstadium überwinden müssen, waren die Führer bemüht, von Anfang an diesen Schwierigkeiten zu begegnen. Auf zweierlei kam es hierbei hauptsächlich an: der neuen Bewegung ihren proletarischen Klassenkampfcharakter zu bewahren und die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften derart auszugestalten, daß beide als harmonisch wirkende Teile der gleichen Bewegung, als zwei Tätigkeitsformen derselben Klasse funktionierten.

Dieses Ziel zu erreichen war nicht ganz leicht. Wohl lag es im Wesen des proletarischen Kampfes, der gleich von Anfang an zahlreiche Streiks zeitigte, daß die Kleinbürger in den Städten der Bewegung sich nicht nur nicht anschlossen, sondern sofort zu ihren hartnäckigen Gegnern wurden. Ebenso wenig wie von ihrem Eindringen in die sozialistische Bewegung war ferner die Verwischung des Charakters derselben von Seite der Kleinbauern zu gewärtigen, da sich die Agitation auf die Städte beschränkte. Dagegen drohte ihr die Gefahr, in den Dienst der bürgerlich-demokratischen Politik zu geraten. In der Tat kam es auch gleich von Anfang an in den Reihen der Partei zu Streitigkeiten über die allgemeinen Richtlinien der politischen Aktion. Gerade damals war die Spaltung innerhalb der Radikalen Partei eine endgültige geworden. Die reichen bürgerlichen Elemente, die in dieser die Führung an sich gerissen hatten, dachten an nichts als an Regierungsfähigkeit, stellten alle demokratischen Forderungen zurück und hatten nur mehr ein Ziel: den eroberten

Staat unbeschränkt zu regieren, die Bourgeoisie mit allen Mitteln zu bereichern und die ökonomische Struktur des Landes umzuwälzen. Die kleinbürgerlichen Massen in Stadt und Land, welche durch lange Zeit schwerste Opfer für die Radikale Partei gebracht und sie zum Siege emporgeführt hatten, sahen sich betrogen. Und während alle ökonomisch stärkeren Elemente zu dieser hielten, empörten sich die Schwachen und Schwächeren gegen ihre Führung. Dies kam in der Gründung der „Jungradikalen Partei (Samostalna Radikalna Stranka) zum Ausdruck, deren Ansturm so heftig war, daß sie in einem halben Jahrzehnt zur Herrschaft gelangte, um dann allerdings in unseren Tagen dem kläglichsten Bankrott zu verfallen. Die Gefahr nun, daß die in Entfaltung begriffene Arbeiterbewegung vom Strudel der Jungradikalen mitgerissen werde, war groß. Wohl hielt die Mehrheit innerhalb der sozialistischen Reihen an der Überzeugung von der Notwendigkeit der Selbständigkeit und entschiedensten Betonung der Klassenkampf-Auffassung und daran fest, daß nur so den verwüstenden Konsequenzen der großkapitalistischen Politik der Radikalen Partei entgegengewirkt werden könne. Eine Minderheit aber — mit dem gegenwärtigen Universitätsprofessor JOVAN SKERLITSCH, Dr. KOSTA JOWANOWITSCH, heute Sekretär der Belgrader Handelskammer, und dem verstorbenen Journalisten MILORAD POPOWITSCH an der Spitze — huldigte „revisionistischen“ Anschauungen und verfocht eine Kooperation mit der bürgerlichen Demokratie gegen die Radikale Partei. Die Kleinheit der Arbeiterpartei ließ diese Gegensätze um so fühlbarer werden. Es kam auf Schritt und Tritt zu Zusammenstößen und das Ende war, daß die „Revisionisten“ ausschieden und in die Reihen der Jungradikalen Partei übertraten, die sie mit Begeisterung aufnahm. 3 Gewerkschaften, die sich ebenfalls von der Arbeiterpartei getrennt hatten, kehrten bald in sie zurück. Seither herrscht in derselben unangefochten die marxistische Theorie und Praxis und ist ihre Struktur eine durchaus einheitliche.

Das treue Festhalten am Marxismus brachte es auch mit sich, daß frühzeitig an die Regelung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft gedacht wurde. Die beiden ersten Kongresse

waren beiden gemeinsam. Seit 1905 aber halten Partei und Gewerkschaften gesondert ihre Kongresse ab: jene alljährlich, diese jedes zweite Jahr. Die Verbindung beider aber gewann eine neue Form. Auf dem Parteitag von 1910 wurde das Parteistatut dahin abgeändert, daß fortan die gewerkschaftlichen Landeszentralen durch je einen Delegierten auf dem Parteitag vertreten sein, die Generalkommission der Gewerkschaften aber sowie die Kontrollkommission an demselben kraft ihres Amtes teilnehmen sollen. Und der Gewerkschaftskongreß von 1911 nahm ebenfalls einen Antrag an, durch welchen die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung endgültig festgelegt wurde. Begründend wurde ausgesprochen: Die Arbeiterklasse strebt dem Endziel einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch Ausnützung der organischen Fortentwicklung des Kapitalismus vermittelt des Klassenkampfes zu. In der Natur des Kapitalismus liegt es, daß die Aktion der Arbeiterklasse eine vielseitige sein und sich in verschiedenen Formen — politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen — verkörpern muß. Sie alle aber werden von derselben Klasse getragen, verfolgen den gleichen Zweck, sind Teile des einen Ganzen. Den Inbegriff aller proletarischen Tätigkeitsformen — nicht allein, wie man landläufig meint, der Partei, sondern auch der Gewerkschaften und Genossenschaften — bildet die Sozialdemokratie.

Um dieser Überzeugung Ausdruck zu geben, wurde eine „Zentralinstanz der Arbeiterbewegung“ (Centralna Instancija) geschaffen, die bei allen das Proletariat als Ganzes interessierenden Gelegenheiten — einem wichtigeren Wahlkampf, dem Kampf um die Erweiterung der politischen Rechte, einer bedeutsamen Aussperrung oder einem allgemeinen Streik — entscheiden und die Aktion leiten soll. Sie besteht aus dem vereinigten Parteivorstand und der Gewerkschaftskommission, wenn auch die Gewerkschaften materielle Opfer zu bringen hätten; sonst aber aus dem Parteivorstand allein, da auf dem Parteitag auch die Gewerkschaften vertreten sind. Jeder dieser beiden Körper — der politische wie der gewerkschaftliche — delegiert außerdem je zwei Mitglieder in den anderen. Im übrigen

aber sind Partei und Gewerkschaften organisatorisch und funktionell vollkommen selbständig. — Zu dieser organisatorischen Verbindung zwischen dieser und jener tritt auch noch eine solche materieller Art: die Zentralzeitung, das Volkshaus, die Buchhandlung sind das gemeinsame Eigentum aller Organisationen. Und man kann angesichts dessen sagen, daß nun in Serbien ebensowenig wie eine Gewerkschaftsbewegung ohne die politische Partei, diese ohne jene möglich wäre.

Eine Sozialdemokratie in europäischem Sinn war hier erst möglich geworden, als die wirtschaftliche Entwicklung ein Arbeiterproletariat erzeugt hatte, und ihre Stärke wächst mit diesem. Die Gewerkschaften haben daher ein brennendes Interesse daran, den tatsächlichen Umfang dieser Entwicklung zu kennen. Für die offizielle Statistik existierte jedoch bis vor kurzem der Begriff „Arbeiter“ nicht. So mußten dann die Gewerkschaften sich ihre eigene Statistik schaffen. Sie veranstalteten 1907 in 40 Städten — in denen die gewerkschaftliche Organisation bereits Fuß gefaßt hatte — eine gewerbliche Zählung, durch welche festgestellt wurden:

	Arbeiter	Lehrlinge	Zusammen
im Handwerk . .	33 639	6 539	40 178
im Handel . . .	3 137	1 673	4 810
in der Industrie .	17 842	833	18 675
Summa	54 618	9 045	63 663

Die unqualifizierten sowie die Landarbeiter erscheinen hierbei ebensowenig mitgezählt wie die gewerblich-industriellen außerhalb jener 40 Städte. Man geht also kaum fehl, wenn man die Gesamtzahl der von Lohnbezug Lebenden auf 150 000 schätzt, die mit ihren Familienangehörigen $\frac{1}{6}$ der Gesamtbevölkerung ausmachen dürften. Diese Schätzung wird durch die Feststellung der amtlichen Statistik gestützt, nach welcher die Einwohner ohne eigenen Grundbesitz ausgemacht haben:

1867	1880	1910
5 ⁰ / ₀	17·7 ⁰ / ₀	23 ³ / ₀

der Gesamtbevölkerung.

Man sieht, die Proletarisierung der Kleingrundbesitzer macht rapide und — trotz aller gesetzlichen Veräußerungsverbote und des „Heimstättenschutzes“ — unaufhaltsame Fortschritte. Dies ist — für den Augenblick — auch für die organisierte Arbeiterschaft nicht unbedenklich. Denn da die Industrialisierung das Losungswort geworden ist, Bahnen gebaut, Bergwerke erschlossen, Fabriken errichtet werden, so strömt die proletarisierte bäuerliche Bevölkerung in die Städte und den industriellen Arbeitsgelegenheiten zu und bedroht die gewerkschaftlichen Errungenschaften.

Der Druck des Tageskampfes auch und nicht bloß die Erfordernisse politischen Weitblicks haben zu einer Ausdehnung der sozialistischen Aktion auch auf das flache Land geführt. Bis zum Jahre 1910 begnügte sich die Partei damit, ihre Presse und Literatur in den Dörfern zu verbreiten. Höchstens wurde hier noch an die Gründung von Lesehallen unter Mitwirkung der Organisation in der nächstgelegenen Stadt gedacht. Die Beteiligung an den Wahlen in den Landgemeinden aber wurde — trotzdem sie von manchen Draufgängern befürwortet wurde — prinzipiell perhorresziert. Seit 1910 aber ist es anders geworden. Der Parteitag dieses Jahres beschloß, mit der Bildung von Parteisektionen auch auf dem Lande zu beginnen, ließ jedoch noch die Frage der Beteiligung an den Wahlen offen. Der außerordentliche Parteitag vom April 1912 aber ermächtigte den Parteivorstand, bei den Skupschtina-Wahlen vom Mai d. J. auch in einigen Landbezirken Kandidaten aufzustellen. Dies geschah auch in 6 Wahlkreisen — mit dem Erfolg, daß die Partei 21 000 Stimmen auf sich vereinigte und 2 Mandate gewann.

Die Stellung der ländlichen Organisationen innerhalb der Partei ist durch ein besonderes Statut reguliert. Sie stehen in reger Verbindung mit den städtischen. Auf den Parteitag sind sie schwächer vertreten als die letzteren.

Die gekennzeichnete Vorsicht bei der Übertragung der sozialdemokratischen Aktion auf das flache Land resultiert aus der politischen Gesamtsituation und der Notwendigkeit, der Bewegung ihren Klassencharakter zu bewahren. Sie wäre unnötig, wenn das Proletariat numerisch und ökonomisch eine herrschende

Stellung inne hätte und wenn nicht, wie tatsächlich, das Dorf sondern die Stadt die ausschlaggebende politische Rolle spielte. Die Kleinbauern, die als Wählermassen alle übrigen Volksschichten vollständig erdrücken, wären im Unmut über die Politik der bürgerlichen Demokratie, aller Wahrscheinlichkeit nach zur Unterstützung der Sozialdemokratie zu gewinnen, die ob ihrer prinzipiellen und energischen Haltung in allen Tagesfragen sich großen Ansehens erfreut. Allein die sozialdemokratische Partei weiß, daß diese Freunde von heute Feinde von morgen wären. Sie will sie in ihren Reihen nur wissen, wenn sie, aufgeklärt durch die sozialistische Presse und Agitation und in voller Kenntnis des sozialistischen Endzieles, sich für dieses entschieden haben. Alles andere wäre weniger als ein Scheinerfolg, es würde die organische Entwicklung stören und aufhalten.

Arbeiterausstände während der französischen Revolution¹⁾.

Urkundliches Material, mitgeteilt und erläutert von
Georges Bourgin (Paris).

Es ist von höchstem Interesse, einen genauen Überblick über das Verhalten der Arbeiterklasse während der Revolution sowie darüber zu gewinnen, in welchem Maß es durch die politischen Ereignisse bestimmt wurde und seinerseits diese bestimmte. Denn von der Beantwortung dieser Fragen hängt auch das Urteil über die Geschichte des Proletariats in der Revolution und dieser selbst ab. Die pragmatische Forschung hat sich allerdings mit diesem Problem bisher kaum befaßt, und noch harret die Hauptmasse des in Betracht kommenden Urkundenmaterials der Erschließung. Um so größere Aufmerksamkeit werden daher vielleicht die im nachfolgenden mitgeteilten Aktenstücke finden, die helles Licht werfen auf die Taktik in den wirtschaftlichen Kämpfen der Pariser Bauarbeiter i. J. III und der Eisenarbeiter im Süden Frankreichs i. J. VII.

I.

Seit dem September 1793 machte sich unter den Bauarbeitern in Paris eine Bewegung geltend. „(Sie) beklagen sich — heißt es in einem Polizeibericht vom 11. IX.²⁾ —, daß von der Republik nur sehr wenigen Architekten Arbeiten zugeschlagen werden und daß diese wieder nur ihre Günstlinge beschäftigen“. Als dann der Wohlfahrtsausschuß unter dem 13. Prairial d. J. II zur Lohntarifierung schritt³⁾, wuchs noch die Unzufriedenheit und nahm zugleich bestimmtere Form an: am 29. Prairial weigern sich die Zimmerleute der Unternehmung PICARD, sich mit den vom Wohlfahrtsausschuß für

1) Aus dem französischen Manuskript übersetzt von H. G. 2) Vgl. P. CARON, Paris pendant la Terreur. Paris 1910. I. Bd., S. 63/64. 3) Die Verordnung ist veröffentlicht bei CH. SCHMIDT, Recueil de textes sur l'industrie, i. „Bulletin de la Commission des documents économiques de la Révolution“, 1909, S. 288, Nr. 65. — Die Überwachung der Ausführung dieser Verordnung oblag dem Ausschuß für öffentliche Arbeiten (Brief v. 17. Prairial d. J. II. Arch. nation., F¹³ 901).

die Arbeiten beim Bau des Revolutionstribunals fixierten Löhnen zufrieden zu geben. Die Affichierung der Verordnung bleibt erfolglos. Und zweimal, am 17. Messidor und 4. Thermidor d. J. II, fragen die mit der Verwaltung der Pariser Kommunalbauten betrauten Beamten an: ob denn diese Verordnung auch für die Munizipalarbeiten gelte¹⁾.

Im Ventôse d. J. III scheinen die Löhne im Baugewerbe gestiegen zu sein. Sie betragen damals für:

Steinmetzen und Maurer 5·50—6 Livres statt 2·50 i. J. 1790

Rohmaurer 4·50—5 " " 1·80 " " "

Tagelöhner 4 " " 1·50 " " "

Eine noch größere Steigerung aber hatten die Lebensmittelpreise erfahren; die Bauarbeiter partizipierten, wie es scheint, nicht auch wie andere Korporationen — z. B. die Erdarbeiter²⁾ — an den Brotverteilungen; die Steinmetzen behaupteten, daß $\frac{1}{3}$ des Lohns auf die Erhaltung der Werkzeuge aufgehe; zwischen ihnen und den Maurern herrschte starke Eifersucht, und als sie am 14. Ventôse eine Lohnerhöhung von 20 Sous durchsetzten, erregte dies bei anderen Arbeiterkategorien der Branche lebhafteste — wenngleich vergebliche — Mißstimmung.

Diese ausschlaggebende Lohnfrage spielte sodann eine Rolle bei der Vorbereitung der unter dem Ruf: „Brot und die Verfassung von 1793!“ unternommenen Insurrektion im Germinal und Prairial d. J. III³⁾. Die an die Kommission für öffentliche Arbeiten erstatteten Dekadenberichte des Generalinspektors beim Bau der École centrale⁴⁾ zeigen uns den Rückschlag dieser Insurrektion in einer Pariser Arbeitsstätte, auf der es bereits seit dem Pluviôse gährte. In diesen vom 11. Nivôse bis zum 30. Prairial d. J. III reichenden Berichten heißt es:

„J'avais engagé à travailler le décadi plusieurs de mes ouvriers de bonne volonté; des malveillants glissés parmi eux suggérèrent l'idée de profiter du besoin que l'on avait de leur activité pour demander une augmentation; l'effet de cette menée se manifesta le primidi: dans la matinée, tous s'insurgèrent et menacèrent de quitter l'ouvrage si l'on n'augmentait leur salaire; j'allai parler aux meneurs et leur représentai que jamais on n'avait augmenté les salaires dans les mois où les jours sont les plus courts et le travail le moins long; que l'augmentation arriverait naturellement au moment où les jours allongés donneraient quelques heures de travail de plus; que pour l'instant, s'ils poussaient vivement la besogne qui leur était confiée, je consentais à leur donner une gratification proportionnée à leur activité. Je ne gagnai rien. L'augmentation ou l'abandon était leur alternative, fondée, disaient-ils, sur ce que la Convention elle-même avait doublé le salaire aux députés. A ce propos, je crus avoir ville gagnée. „Votre réflexion est juste, leur dis-je, et je m'y rends. Aussi voyons

1) Arch. nat. F¹³ 901.

2) Arch. nat. F¹³ 972.

3) Vgl. DAUBAN,

Paris en 1794 et 1795. Paris 1879. S. 551, 555.

4) Arch. nat. F¹³ 897.

paisiblement ce qui vous revient, et l'augmentation des députés nous servira de base: les premiers députés sont arrivés en 1789 et ont reçu une indemnité de 18 l., elle a resté cinq ans au même point, et enfin elle vient d'être doublée. Vous, maçons, en 1789, vous gagniez au plus 45 sous et les manœuvres 28. Depuis deux à trois ans, vous avez été successivement augmentés; enfin aujourd'hui, les maçons ont 5 l. et les manœuvres 3 l. 10 sous. Vous gagnez donc au delà de la moitié, et cela depuis plus d'un an; ainsi, au lieu d'être fondés à demander une augmentation, c'est vous qui devez à la République."

Ce raisonnement les rendit muets, mais bientôt les meneurs s'écrièrent que je les endormais, qu'ils voulaient décidément une augmentation ou qu'ils s'en iraient. „Mes amis, leur dis-je, je ne retiens personne de force: ainsi on va vous payer et bonsoir“. On les paya, on les renvoya et l'ouvrage resta suspendu.

Le Conseil s'étonnera peut-être que j'aie préféré une mesure qui retardait la confection d'un travail aussi pressé que celui de l'école plutôt que de faire le sacrifice que l'on demandait; mais il m'approuvera, j'espère, lorsque je lui aurai fait considérer combien cette faiblesse pour les maçons aurait été funeste à la chose publique. D'abord, on ne peut se dissimuler que c'était ouvrir la porte à de nouvelles demandes, chaque fois qu'il aurait été question d'un ouvrage pressé; en second lieu, cette augmentation admise se communiquerait sur-le-champ aux autres ateliers de maçons aux frais de la République, et de là à ceux de tous les particuliers; cet exemple donné pour les maçons, les charpentiers, serruriers, menuisiers, peintres-vitriers et le nombre immense d'artisans que l'architecture employe aurait élevé avec justice la même prétention, qui, de là, se serait étendue à tous les ouvriers qui travaillent pour le compte de la République sur toute sa surface. Enfin c'était un grand mal au moral, attendu que cette sorte de condescendance tend toujours à augmenter la paresse et l'insolence des mauvais ouvriers en les accoutumant à ne travailler qu'à force d'argent.

Il fallait cependant aviser aux moyens de parer aux inconvénients qui résultaient du départ des ouvriers. J'envoyai sur-le-champ chez le citoyen Hubert, qui avait éprouvé dix à douze jours auparavant le même événement à la Sorbonne, pour savoir de lui comment il s'en était tiré. Il me fit dire qu'à l'instant où il se trouvait dans la crise, la Convention, ayant décidé la suspension des travaux, l'avait mis hors d'embarras, mais qu'il croyait qu'à leur reprise il serait sûrement forcé de consentir à leur augmentation. Plusieurs de mes confrères que je consultai se trouvèrent de même avis; leur opinion ne changea pas la mienne, et je déclare que si les ouvriers obtiennent cette augmentation, ce ne sera pas de l'école centrale que partira ce mauvais exemple.

Voici donc comme je m'y suis pris pour remonter les ateliers, et la grande mesure du renvoi total des maçons m'en donna les moyens. Je fis venir les entrepreneurs, je les engageai à entrer en négociation avec ceux des ouvriers qui leur sont personnellement attachés depuis longtemps, avec ceux qui ne s'étaient pas montrés trop ardents dans l'insurrection, ceux enfin d'un caractère

traitable ou qui ont besoin nécessairement pour vivre de leur salaire journalier; de les rappeler peu-à-peu en leur faisant envisager que la gratification promise équivalait à une augmentation, et, après leur avoir fait goûter cette idée, les charger de recueillir et amener le plus grand nombre possible de bons sujets, doux, paisibles, incapables de gêner l'esprit des ateliers.

Cette mesure a réussi, les ateliers se sont repeuplés successivement, on n'a enrôlé en général que les bons sujets, les motionneurs ont été écartés, l'ouvrage a repris et tout a été assez bien les derniers jours de la décade!"

Aber die folgenden Dekaden sind von neuen Zwistigkeiten erfüllt: die Arbeiter bleiben der Arbeit fern, weil sie ihren hohen Lohn verjubeln, weil in der Werkstätte sowohl wegen der Jahreszeit als auch wegen der „gefährlichen Habgier“ der Kohlenhändler schreckliche Kälte herrscht. In der Dekade vom 1.—10. Germinal vergehen 3 Tage mit Nichtstun und Rottierungen.

„L'agitation qu'un procès célèbre excite dans tous les esprits, les projets que chaque parti forme sur la fermentation générale et dont le succès ne peut être établi que sur la division a rendu, comme je l'avais prévu, cette décade fort orageuse; la malveillance a tiré parti de la forfanterie d'une jeunesse étourdie et de l'impudence de femmes sans mœurs pour exaspérer la classe laborieuse du peuple; on a retracé une ligne de division entre l'ouvrier et celui pour qui il travaille, la ligue des pauvres contre les riches a paru se réveiller et les suggestions perfides y ont fait entrer tous les hommes que les bâtiments emploient. Aussi les trois premiers jours de la décade ont-ils été totalement perdus en promenades et en projets de vengeance et ensuite de réconciliation. Malheureusement, le travail qui se quitte avec tant de facilité ne se reprend pas aussi aisément, et une décade commencée dans la dissipation n'a guère une fin plus heureuse.“

Sodann überstürzen sich die Ereignisse: es kommt zur Bewegung vom 12. Germinal.

„Les mouvements politiques qui ont presque rempli cette décade l'ont rendue à peu près nulle pour les travaux. L'insurrection préparée dans les journées du 10 et du 11 et qui se manifesta le 12 était d'autant plus alarmante qu'il était à craindre que les ateliers composés en général d'hommes robustes et faciles à allumer n'y prissent une part active; mes inquiétudes sur les intentions des ouvriers employés aux écoles centrales étaient d'autant plus vives que leur nombre et leur proximité du séjour de la Convention en rendait le rassemblement fort dangereux; heureusement que les mesures de la malveillance tournèrent contre elles un grand nombre de ceux que nous connaissions pour séditieux, incendiaires et mauvais sujets fidèles à leur mission se joignirent dès le matin aux attroupements et ne parurent pas aux ateliers. Les autres vinrent au travail comme à l'ordinaire, et lorsque la générale se fit entendre, nous les fîmes défiler en les envoyant chacun à leurs sections respectives, certains qu'ainsi divisés les malintentionnés, contenus par la majorité des bons citoyens, seraient hors d'état de nuire. Bien plus, pour les encourager

plus efficacement à s'y rendre, j'autorisai les entrepreneurs à payer la demi-journée employée à remplir leur devoir de citoyen, comme s'ils l'eussent passée à l'atelier. Nous nous servions, le lendemain, avec le peu qui revint, du même procédé, lors du rappel de l'après-midi.

Le troisième jour, je conçus quelques alarmes, en voyant continuer l'absence des dix-neuf vingtièmes des ouvriers, mais par les renseignements que je fis prendre, elles se dissipèrent en apprenant qu'ils étaient tous épars dans les guinguettes, beaucoup plus occupés de leurs plaisirs que de la chose publique et que, s'il arrivait quelque insurrection de leur part, elle serait tout au plus dirigée contre les cabaretiers qui leur prenaient beaucoup d'assignats pour un peu de mauvais vin.

Le reste de la décade s'est passée à peu près de même; la majorité des maçons à la vérité est revenue, mais presque tous les serruriers, les menuisiers et les carreleurs l'ont finie au cabaret comme ils l'avaient commencée.

Die Wiederaufnahme der Arbeit begegnete übrigens Schwierigkeiten „parce que les ouvriers n'ayant qu'une subsistance bornée manquaient de forces pour un travail pénible“. Die Mutigsten leiden an Schwäche oder Bauchgrimmen. Den Arbeitern wird gestattet, die Arbeit eine Stunde früher zu verlassen, damit sie etwas zum Essen suchen; man stellt sich, als ob man nicht sähe, daß manche Scheite mitnehmen, um ihren Reis zu kochen, „dans l'espérance, un peu incertaine, à la vérité, que dans des temps heureux ils dédommageront par leur activité du temps et de l'argent que la République a sacrifiés à leurs besoins“. Die Fortdauer der Hungersnot auch im Floréal zwingt zahlreiche Arbeiter, die damals wie heute Saisonarbeiter waren, in ihre Heimatsdepartements zurückzukehren; der Lohn der Maurer sinkt von 80 auf 15 Sous; die Rohmaurer verlassen truppweise Paris; nur die Steinmetzen und Dacharbeiter bleiben, die aus Paris stammen und nicht nach Tag, sondern mit Rücksicht auf die tatsächliche Leistung entlohnt werden. Es wird wenig gearbeitet, da jeder Arbeiter wöchentlich wenigstens einmal auf Wache ziehen muß.

Nun kommt die Bewegung vom 1. Prairial zum Ausbruch, die aber bald sich in der Vorstadt St. Antoine lokalisiert und dank der Haltung der Nationalgarde und angesichts der „Ermüdung und Verwirrung der Canaille“, um mit Baron de FRÉNILLY¹⁾ zu sprechen. Am Schluß der Dekade charakterisiert sie der Generalinspektor folgendermaßen:

„L'énumération des travaux exécutés pendant cette décade ne sera pas longue: en rappelant les évènements qui l'ont remplie, on aura bientôt le tableau de l'emploi des dix jours qui la composent. Les cinq premiers, les ouvriers presque toujours sous les armes, ainsi que les autres citoyens, n'ont rien fait; et les cinq derniers, la plupart les ont passés aux assemblées de leurs sections pour l'opération du désarmement; de plus, quelques-uns d'entre eux ont été arrêtés et sont encore incarcérés.“

1) Souvenirs, Paris 1908. S. 190/92.

Die Bewegung hat aufgehört, die Abwanderung in die Departements aber, wohin die Aussicht auf — aus Assignaten und Brot in zum Unterhalt ausreichender Quantität bestehenden — gemischten Lohn lockt, dauert fort. So wird denn wahllos jeder eingestellt. Unruhige Köpfe setzen die Wühlerei fort; alle Arbeiter versammeln sich, und Ende Prairial erklären sie: „sie wollten fortan die Arbeit morgens eine Stunde später beginnen, als bisher üblich, und auch eine Stunde früher Feierabend machen“.

Im Messidor ist die Not der Arbeiter furchtbar. Alle lassen sich hören: da der Konvent sich um die Armen nicht kümmere, so sei es ihnen gleichgültig, ob die Engländer oder Chouans Paris eroberten; sie wollten keinesfalls in ihrem Elend verbleiben. Die Zimmerleute, die in Val-de-Grâce arbeiten, verlangen eine Lohnerhöhung von 5 L., die ihren Taglohn auf 20 L., also auf die Höhe desjenigen der Dachdecker zu Beginn des Messidor, bringen soll¹⁾.

So lückenhaft die vorstehenden Mitteilungen auch sind, so lehren sie doch, mit welcher Wucht die Lebensmittelteuerung während der Revolution auf der Arbeiterklasse lastete. Und dieser Umstand muß wohl beachtet werden, will man die Wirtschaftspolitik des Konvents und sogar das System der großen Revolutionstage richtig beurteilen.

II.

Die nun folgenden Akten wieder²⁾, die sich auf eine Koalition der Schmiede im Departement Ariège i. J. VII beziehen, zeigen deutlich die Methoden der bereits zum Zweck der Erlangung von Lohnerhöhungen organisierten Arbeiter: sie bilden eine Seite in der Geschichte der Action directe.

Unter dem 2. Messidor d. J. VII legte die Kommission des Exekutivdirektoriums bei der Munizipalverwaltung des Kantons Saurat dem Minister des Innern folgenden Bericht über eine Arbeiterkoalition in der dortigen Gegend vor:

„Les principaux forgers de ce département, convoquèrent dans le mois de fructidor an 5, une assemblée de toute cette espèce d'ouvriers, qui fut tenue à l'auberge du Lion d'or, à Tarascon; ils y discutèrent les moyens de faire augmenter le prix de la main-d'œuvre, et ils arrêtèrent:

1^o Une augmentation considérable du prix de la main-d'œuvre:

2^o La nomination d'un certain nombre de commissaires chargée de faire connaître la teneur de leurs délibérations à tous les absents, en les enjoignant de s'y conformer, sous peine d'incendie ou de mort;

3^o que nul ne pourrait plus travailler qu'autant qu'il aurait obtenu une déclaration du propriétaire ou fermier de forge, portant la promesse de leur donner le salaire qu'ils avaient fixé.

4^o Enfin la cotisation d'un franc par forger, pour subvenir aux frais des commissaires.

1) Arch. nat. F¹³ 901.

2) Arch. nat. F¹⁴ 105052.

Ceux-ci remplirent la tâche qui leur était imposée; ils écrivirent des circulaires à tous les forgers contenant des menaces contre ceux qui n'obéiraient pas aux ordres de la coalition, mais ils eurent l'adresse de ne pas les signer.

Ces ordres furent exécutés ponctuellement; les déclarations furent exigées; le prix de la main-d'œuvre augmenté; les forges de ceux qui refusèrent abandonnées, et les citoyens Bergasse, Laziroute, St. André et Gomma, acquéreurs de la forge nationale de Rabat, essayèrent une fusillade terrible, parce qu'ils conduisaient eux-mêmes à leur forge une compagnie de forgers, qui s'étaient décidés à travailler à un prix moins excessif. Voilà les seules voies de fait. Mais les autres fabricants ont été menacés en proportion de leur résistance à délivrer des déclarations.

C'est ainsi que l'augmentation du salaire des forgers se trouva parfaitement établie; les choses n'en seraient point restées là; la cupidité des forgers allait toujours croissant, mais le Ministre de l'Intérieur s'étant fait rendre compte, à cette époque, par l'Ad^m centrale, des entreprises de ces ouvriers, et quelques officiers de police judiciaire ayant commencé d'instruire des procédures à cet égard, le calme se rétablit, et les juges de paix discontinuèrent leurs poursuites.

Le prix du fer a diminué sensiblement dans les années 6 et 7. Les fabricants s'apercevant qu'ils éprouvaient de grandes pertes, non seulement à cause de la cherté des matériaux, mais encore par l'effet de l'augmentation de la main d'œuvre, songèrent à en diminuer le prix. L'avidité des forgers en fut alarmée, et sans considérer la baisse extraordinaire du fer, ils s'assemblèrent dans le mois de germinal dernier, à Sabarat près Tarascon, et à Saurat, dans l'auberge de Fontille, pour prendre les mesures nécessaires, afin de maintenir le prix actuel de la main-d'œuvre.

Ces assemblées produisirent les mêmes résultats que les premières: nomination de commissaires, cotisation pour fournir à leurs dépenses, convention expresse de ne pas diminuer le prix de la main-d'œuvre, et de l'augmenter suivant les circonstances; ordre d'exiger des déclarations de la part des fabricants, pour assurer le taux du salaire des forgers, et enfin menaces de mort et d'incendie à ceux qui ne se conformeraient point à ces arrangements.

Ce plan a été suivi exactement; les déclarations ont été exigées; des circulaires anonymes sont parvenues dans presque toutes les forges. Elles enjoignaient aux ouvriers de ne pas travailler au dessous du prix fixé. Le citoyen Fournier, fermier de la forge de la Mouline à Saurat, a été insulté, ses propriétés ont été menacées, des affiches placardées sur la porte de sa maison, lui ordonnant de quitter le pays sous peine de mort. L'extrait d'un procès-verbal dressé par l'agence communale et la copie littérale d'une lettre anonyme et d'une formule de déclaration vous feront connaître plus particulièrement la licence des forgers et leurs manœuvres audacieuses¹⁾. Malheureusement on ne peut prouver que leurs assemblées et désigner ceux qui les ont convoqués.

¹⁾ Alle diese bezogenen Stücke erliegen beim Akt.

Tels sont, citoyen Ministre, les faits dont je vous garantis la réalité et je vous observe en finissant, que, dès l'instant que je fus averti que les forgers étaient assemblés à Saurat, à l'auberge de Fontille, j'allai requérir l'agent municipal pour les dissiper, mais ils s'étaient déjà séparés. Salut et fraternité. — Théodore Lafont."

Der Minister des Innern übermittelte diesen Akt unter dem 18. Thermidor d. J. VII dem Conseil des mines, und dieser erstattete hierüber unter dem 4. Complémentaire d. J. VIII unter Einbeziehung auch der in den Eisenwerken im Département de la Nièvre sowie in Amboise und in Baïgory festgestellten gleichgearteten „Disziplinwidrigkeiten“ nachfolgende:

Observations.

Lorsque cet envoi a été fait au Conseil des mines, il attendait une détermination du Gouvernement sur les avis qu'il avait présentés au Ministre relativement à l'embauchage des ouvriers. Il avait proposé un arrêté en forme de règlement qui conciliait l'ancienne législation avec la nouvelle.

Dans celle-là, se trouvaient les lois propres à la répression de l'embauchage, délit qui a de l'affinité avec la coalition des ouvriers pour l'augmentation du prix de leur travail.

Il n'a point été pris encore de parti sur cet ancien avis, et même le conseil particulier de l'un des prédécesseurs du Ministre de l'Intérieur prétendit que les anciens règlements dont le Conseil des mines proposait le renouvellement étaient contraires à la constitution de l'an 3.

Depuis la Révolution du 18 Brumaire, le Conseil des mines, à qui cette observation a été renvoyée, a persisté dans son premier avis, avec d'autant plus de confiance que l'acte constitutionnel de l'an 8 ne présente point l'article auquel s'était arrêté le conseil particulier du prédécesseur du Ministre actuel.

Au nombre des anciennes lois invoquées par le Conseil des mines pour faire cesser l'embauchage des ouvriers, sont entre autres les lettres patentes du 2 Janvier 1769 et 8 septembre 1781, dans lesquelles on trouve des dispositions sur le délit dont se sont rendus coupables les forgerons du département de l'Ariège.

L'article 3 de la première loi et le 8^e de la seconde s'expriment ainsi: «Faisons défense à tous les ouvriers de s'assembler, même sous prétexte de confrérie, de cabaler entre eux pour se placer les uns les autres chez des maîtres ou pour en sortir, et d'exiger des ouvriers, soit français, soit étrangers, qui auront été choisis par les maîtres, aucune rétribution de quelque manière que ce puisse être, à peine d'être poursuivis extraordinairement.»

La peine prononcée par cette loi à titre de règlement de police a conservé son autorité, puisqu'il n'a point été abrogé, ne présente pas la même difficulté que la punition infligée à l'embauchage.

Celle-ci ne se retrouve point dans notre Code pénal, ni dans le Code de police. En sorte que les tribunaux, qui ne peuvent plus appliquer que les peines prononcées par la nouvelle législation, sont obligés d'y rechercher celles

qui conviennent à l'embauchage, sauf à y suppléer par la punition encourue par l'infraction des règlements de police.

Mais toujours en ce cas est-il nécessaire de changer la peine infligée par les règlements antérieurs à la Révolution.

Ce changement n'aura pas lieu pour la répression de la coalition des ouvriers. Les lettres patentes de 1769 et de 1781 laissent aux lois pénales générales leur empire et n'ont point introduit une punition spéciale pour ce délit, à peine-disent elles-d'être poursuivis extraordinairement.

Car le délit dont se sont rendus coupables les forgerons du département de l'Ariège mérite une instruction extraordinaire. Ainsi le règlement des Consuls qui la prescrira pour l'avenir sera conforme à notre législation actuelle. Elle prohibe toutes les assemblées de citoyens, à moins qu'elles ne soient permises par une loi spéciale ou par le magistrat.

Elle prohibe toutes les manifestations contraires à l'ordre public et à l'intérêt du commerce;

L'érection en loi du vœu d'individus qui n'ont pas le pouvoir constitutionnel d'en faire;

Les menaces, les exécutions, les voies de fait.

Si le gouvernement ne rétablit pas l'ordre dans la classe des ouvriers, qui, en quelques endroits, ont eu le malheur de prendre la licence pour la liberté, c'en est fait des manufactures, des fabriques et de tous les arts et professions qu'elles alimentent. L'étranger profitera de plus en plus de la prolongation du désordre dans cette essentielle partie d'administration.

Les principaux auteurs de la coalition des forgerons de l'Ariège sont ou ignorés ou peu connus; ces hommes simples avaient été égarés sans doute, et rien n'était plus facile. Les autorités constituées du département, qui auraient dû dénoncer sur-le-champ ces attentats, l'ont négligé jusqu'ici. En faire à présent la recherche, ce serait exaspérer les esprits, faire justice, quand on a paru tirer sur le passé le voile de l'indulgence.

Il paraît qu'on doit se borner à remettre les règlements en vigueur, sauf à poursuivre inexorablement ceux qui à l'avenir y contreviendraient.

Conclusions.

Le Conseil des mines, vu les pièces énoncées au présent avis.

Considérant qu'il est instant de remettre en vigueur les lois relatives aux coalitions des ouvriers entre les manufacturiers fabricants. Est d'avis qu'il soit présenté aux Consuls de la République un projet d'arrêté, destiné à être publié par la voie du „Bulletin des lois“, où les dispositions de l'art. 3 des lettres patentes du 2 Janvier 1769 — et l'art. 8 de celle du 8 7^{bre} 1781 — seront rappelées, avec défense en conformité de ces lois et des autres règlements à cet égard aux ouvriers des forges et usines, fonderies, fourneaux, martinets, exploitation de mines et salines, même si le Ministre le juge à propos, à tous compagnons ouvriers et apprentis des autres manufactures, fabriques, arts et métiers, et professions généralement quelconques, de s'assembler à prendre aucune

délibération entre eux, faire aucune nomination de commissaires et envoi d'iceux, sous quelque prétexte et raison que ce soit, faire aucune coalition pour l'augmentation du prix de leurs travaux, s'ingérer dans la fixation de leurs salaires, qui continueront d'être fixés de gré à gré entre chaque maître de forges, usine ou autre profession, arts et métiers, et chaque ouvrier, de faire aucune menace, commettre aucune voie de fait contre les maîtres qui donneraient et les ouvriers qui recevraient un moindre salaire que celui en usage dans le département ou l'arrondissement, imposer aucune taxe sur les dits ouvriers, leur adresser aucune circulaire, faire et apposer aucune affiche ou placard contraire aux lois et règlements, le tout à peine d'être poursuivis extraordinairement suivant l'exigence des cas, avec injonction aux commissaires du gouvernement près les tribunaux de dénoncer les contrevenants et de rendre compte de leurs diligences au Ministre de l'Intérieur.

A Paris, le 4^e complémentaire de l'an 8.

Signé, les membres composant le Conseil des mines: Lefebvre — Le Lièvre — Gillet-Laumont.“

Dieses mit den vorangegangenen vom 26. Ventôse und 26. Fructidor d. J. VII und vom 28. Prairial d. J. VIII übereinstimmende Gutachten zeitigte eine Note des Bureau des arts et manufactures vom 15. Vendémiaire d. J. IX zugunsten einer allgemeinen Reglementierung. Zu jener Zeit war man nicht mehr weit von dem Augenblick, da das allgemeine Strafgesetzbuch sich den Forderungen der Arbeiter entgegenstemmen und die Koalitionen verbieten sollte, welche die Revolution selbst sich hatte entwickeln lassen müssen.

Zur Biographie von F. Villegardelle.

Von

Otto Karmin (Genf).

„Die Auskünfte über sein Leben sind spärlich. Alles, was man sagen kann, ist, daß die regste Zeit seines Daseins und zugleich die interessanteste die dem Jahre 1840 folgende ist. Er war Mitarbeiter der im Jahre 1836 von CONSIDÉRANT begründeten Revue „La Phalange“, und seine letzte Schrift ist vom Jahre 1851 datiert. Zwischen diese beiden Daten fallen seine übrigen Veröffentlichungen.“ Das ist alles, was eine kürzlich erschienene Studie von TH. BARTHÉLEMY¹⁾ — eine Doktordissertation der Pariser Rechtsfakultät — über V.s Lebenslauf zu berichten weiß. Es zeigt so recht, wie sehr dieser Mann selbst in seinem Vaterlande Frankreich der Vergessenheit anheimgefallen ist. So schlimm, wie BARTHÉLEMYs ebenso oberflächliche wie unwissenschaftliche Schrift²⁾ besagt, steht es nun um die Dokumentierung zu V.s Leben nicht. Er wird zwar meist nur im vorübergehen erwähnt. Immerhin läßt sich jedoch aus dem gedruckten Material mancherlei feststellen, das mit einigen unveröffentlichten Dokumenten im folgenden ergänzt werden soll³⁾.

Pierre-François Moutard de V. wurde am 2. Okt. 1810 in Bourgougnague bei Marmande (Lot-et-Garonne) geboren⁴⁾, als Sohn des dortigen Grundbesitzers

1) THOMAS BARTHÉLEMY, avocat à la Cour d'appel, Un communiste de 1840: Villegardelle. Paris, Giard & Brière 1910. 2) Der Verf., kennt z. B. aus erster Hand keine einzige zeitgenössische Quelle zu V.s Leben und Bedeutung. Aus zweiter Hand zitiert er nur GUÉPIN, Philosophie du socialisme (Paris 1850). Hätte er dieses Werk in der Hand gehabt, so hätte er fünf Zeilen oberhalb der von ihm — übrigens ohne Seitenangabe — angeführten Stelle (S. 615) einen Aufsatz V.s über MONTESQUIEU erwähnt gefunden; und wäre er diesem nachgegangen (in der „Revue sociale“ vom Juli 1850, S. 15), so wäre er auf eine „Notice sur François Villegardelle“ von P. ROCHERY gestoßen. 3) Zu besonderem Danke für freundliche Auskünfte bin ich verpflichtet: Madame Veuve Godin und Herrn Professor J. Prudhommeaux in Guise; ferner den Herren: Babot, Maire von Miramont, Tommeyrague, Maire von Marmande, Rivière, Maire von Saint-Germain-du-Puch, G. Lajaunie in Lauzun, Dr. Max Nettleau in London, Professor H. Monin und Dr. Charles Vellay in Paris. 4) So sein Acte de décès. P. ROCHERY (a. a. O.) nennt Miramond, das „Handbuch des Sozialismus“ von HUGO und STEGMANN Miremont als Geburtsort.

André Moutard de V., dessen Familie von alters her im Orte ansässig war. Seine Mutter, Marie Anne, war eine geborene Vidal. Den Vater verlor V. vor 1841; die Mutter — die 1856 61 Jahre alt war — überlebte ihn sehr lange und soll in Libourne (Gironde) gestorben sein. — V. war, wie mir Herr Tommeyrague mitteilt, verwandt mit den Familien Moutard in Eymet (Dordogne) und Moutard-Lespile in Lauzun (Lot-et-Garonne). — Er starb in La Manière bei Saint-Germain-du-Puch (Gironde) am 20. Dezember 1856 um Mitternacht.

Von der Kindheit und früheren Jugend V.s wissen wir durch P. ROCHERY nur, daß er das Collège seiner Vaterstadt besuchte und bereits auf diesem sich für soziale Probleme zu interessieren begann. Im damals herrschenden Kampfe zwischen Fourierismus und Saint-Simonismus entschied er sich für jenen und hatte Beziehungen zu verschiedenen Fourieristen, so daß der Dreiundzwanzigjährige, als er 1833 nach Paris kam, schnell mit den Herausgebern des „Phalanstère“ bekannt wurde. Als nach dem Eingehen dieser Zeitschrift „La Phalange“ gegründet wurde, forderte man V. zur Mitarbeit auf, und er veröffentlichte daselbst 1836: „Dialogue entre un philosophe et un phalanstérien“ (20. Dezember); 1837: „Cours publics de MM. Saint-Marc Girardin et Lerminier“ und „Comment finit mon scepticisme“ (20. Januar); „Cours de science sociale (de Victor Considérant) à l'Athénée“ und „La Camaraderie par M. Scribe“ (1. Februar); „Réponse de Marcie à G. Sand“ (März und Mai); „Le docteur de Tombouctou par M. de Pompéry“ (1. März); „Pensées sociales“ (1. April); „Des sociétés coopératives en Angleterre (Juli); „De l'enseignement universitaire supérieur à Paris, et particulièrement du Cours de M. Saint-Marc Girardin“ (September).

Der letzterwähnte Aufsatz, der als erster einer Reihe von „Etudes critiques“ angezeigt wurde, erfuhr keine Fortsetzung. Auch erscheint fortan der Name V.s nicht mehr in der „Phalange“, so daß es vielleicht danach möglich ist, den genauen Zeitpunkt von dessen noch zu erwähnendem Bruch mit den Fourieristen festzustellen.

Bereits 1835 hatte V. in Form eines Briefes an seine Mitbürger eine Broschüre: „Besoins des communes; impuissance de la politique à les satisfaire“ veröffentlicht, in der er forderte, man solle den sterilen politischen Kämpfen entsagen und sich den Interessen der Gemeinden widmen, auf denen das Wohl des Staates beruhe. Die Fourieristen waren von Form und Inhalt dieser Schrift sehr entzückt, und ein (anonymer) Kritiker¹⁾ verlangte sogar: die Regierung solle sie in 100 000 Exemplaren drucken und in ganz Frankreich verteilen lassen; unberechenbar viel Gutes würde die Folge davon sein. V. selbst urteilte später P. Rochery gegenüber recht kühl über dieses Werkchen: „On trouve dans ces quelques pages

1) Note. Publications sociales, angeheftet an Débauche de la politique en France. Paris, au bureau de la Phalange, 1836.

les préjugés et les contradictions de l'école phalanstérienne avec quelques idées justes sur l'association agricole et industrielle, idées qui suffiront pour rendre le nom de Fourier respectable.“

1836 erschien eine andere Broschüre V.s: „Accord des intérêts et des partis, ou l'industrie sociétaire“ (Bordeaux).

Zu Ende des darauffolgenden Jahres kam es zwischen ihm und der École sociétaire zu einer Auseinandersetzung über die von dieser bejahte Frage: ob man dem Kapital Zins schulde. Völlig Kommunist geworden, wollte V. von keiner Konzession an das Privateigentum etwas wissen und trennte sich von seinen bisherigen politischen Freunden, was ihn übrigens nicht hinderte, persönlich im besten Verhältnis mit ihnen zu bleiben. So spricht er selbst später von „nos amis Pellarin, Considérant, Paget“¹⁾, und PELLARIN wieder erwähnt ihn als „un de mes amis, dont je repousse d'ailleurs toutes les vues en tant qu'elles sont contraires au principe de la propriété individuelle de l'homme“²⁾.

Zu CABET, PIERRE LEROUX sowie andern Kommunisten scheint V. nach seiner Sinnesänderung gleichfalls nähere Beziehungen gehabt zu haben³⁾. Außerdem verkehrte er, wie wir durch BAKUNIN selbst wissen⁴⁾, mit diesem in den Jahren 1843 (bezw. 1844) oft und sehr freundschaftlich, und nicht minder mit PROUDHON, der das XII. Kapitel seiner Contradictions économiques „A mon ami Villegardelle, communiste“ widmete, wie umgekehrt V. seinerseits von PROUDHON als seinem Freunde spricht⁵⁾.

V. war nicht vermöglich. Ja er wird sogar als arm bezeichnet⁶⁾. 1841 schon hatte er das väterliche Gut in Bougougnague, „La grande Verne“, an einen Herrn Eynard de Saint-Colomb in Lauzun veräußern müssen, von dem es zwei Jahre darauf an den Vater des jetzigen Besitzers, Lajaunie, überging. An sonstigem Vermögen aber besaß er, soviel festzustellen ist, nur eine Jahresrente von 400 Franken, die ihm Béchade, ein angeheirateter Onkel, vermacht hatte und die dessen Haupterbe, Armand, auszahlte.

1840 veröffentlichte V. eine Übersetzung der „Civitas Solis“ von CAMPANELLA⁷⁾, der er eine sehr interessante Einleitung vorausschickte, in welcher

1) Notice sur Charles Fourier, in „Accord des intérêts dans l'association“, S. 109. 2) CHARLES PELLARIN, Fourier, sa vie et sa théorie. 2^e éd. Paris 1843, S. 542. 3) Vgl. BENOÎT MALON, Exposé des écoles socialistes en France. Paris 18.., S. 98; GEORGES RENARD, La République de 1848 (Histoire socialiste, t. IX), S. 230. 4) MAX NETTLAU, Michael Bakunin, eine Biographie. London 1896—98, Anm. 307 zu Kap. VII. 5) Pourquoi nous n'avons pas la République, S. 68. 6) P. ROCHERY a. a. O.; VICTOR BOUTON, Profils révolutionnaires par un crayon rouge. Paris 1848—49, S. 65. 7) La Cité du Soleil, ou Idée d'une république philosophique, par F. Th. CAMPANELLA, traduite du latin par VILLEGARDELLE. Paris.

sich unter anderem (S. 45) der Satz findet: „Il faut faire converger toutes les réformes „vers ce but unique l'association générale des travailleurs¹⁾, hors de laquelle on ne peut concevoir de salut pour l'humanité.“

Im gleichen Jahre, ob früher oder später, wollen wir dahingestellt lassen, erschien eine Neuauflage²⁾ von MORELLYS „Code de la nature“, gleichfalls mit einer bemerkenswerten Einleitung aus der Feder V.s. Welche Wichtigkeit V. dieser Schrift MORELLYS beimaß, zeigt folgender — an einen Dr. Beur (?) gerichteter — und bisher wohl unveröffentlicht gebliebener Brief³⁾:

„Mon cher ami, Je vous envoie l'édition complète du Code de la Nature de Morelly. C'est l'ouvrage le plus important de ceux qui entreront dans la collection des Utopies et Théories sociales. Vous verrez même dans ma Notice que je place Morelly au dessus de mon premier maître Ch. Fourier. Le grand réformiste du 18^e siècle est en outre un grand écrivain, et c'est sous ce rapport que vous pourriez en parler dans la Revue des deux mondes. Si vous pourriez émettre un petit article dans le prochain numéro vous obligeriez votre ami dévoué F. VILLEGARDELLE.“

In der „Revue des Deux-Mondes“ vom 15. April 1840 erschien denn auch eine sehr warme Besprechung des Buches.

Nach Mitteilungen ROCHERYS hatte V. das Manuskript seiner MORELLY-Ausgabe zwei Jahre lang unveröffentlicht gelassen und es nur einigen fourieristischen Freunden vorgelesen, die er damit zum Kommunismus zu bekehren hoffte. Das Erscheinen des Werkes machte seinen theoretischen Bruch mit den Phalansterianern ebenso offiziell, wie es auch eine scharfe Absage an die Saint-Simonisten war.

Ebenfalls 1840 plante V., wie aus einer Voranzeige auf dem Umschlag der CAMPANELLA-Ausgabe erhellt, eine Schrift unter dem Titel „Le phalanstère de Charles Fourier, ou description détaillée du nouveau monde industriel et sociétaire d'après les écrits de Fourier“. Diese Absicht blieb jedoch anscheinend unausgeführt. Wahrscheinlich bildet die „Notice sur Charles Fourier“ im Anhang zu dem 1844 erschienenen Buche: „Accord des intérêts dans l'association et besoins des communes“ ein Fragment jener Arbeit.

Auf die kommunistische Programmschrift „Accord des intérêts“, die 1848 eine zweite, erweiterte und verbesserte Auflage erlebte, folgte wieder

1) Diese Worte sind im Original gesperrt gedruckt. Sollten sie das Vorbild zu „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ gebildet haben?

2) BARTHÉLEMY (a. a. O.) bezeichnet sie mehrmals kaltblütig als „la traduction du Code de la Nature“, welche Entdeckung er augenscheinlich aus dem Buch von GEORGES MORANGE, Les idées communistes dans les sociétés secrètes et dans la presse sous la monarchie de juillet (Paris 19.., S. 164) abgeschrieben hat. 3) Angeheftet einem in meinem Besitz befindlichen Exemplar des Buches.

1846 „Histoire des idées sociales avant la Révolution française, ou les socialistes modernes devancés et dépassés par les anciens penseurs et philosophes.“ Das kleine Buch, dessen Titel genau seinen Inhalt und Geist charakterisierte, wurde noch im gleichen Jahre von LUDWIG KÖPPEN unter dem Titel „Geschichte der sozialen Ideen vor der französischen Revolution oder Die alten Denker und Philosophen die Vorläufer und Vorkämpfer der neueren Sozialisten“ (Berlin, Rieß) ins Deutsche übersetzt. Zwei auf dem Umschlag zu „Accord des intérêts“ angezeigte Broschüren scheinen nie das Licht der Öffentlichkeit erblickt zu haben, nämlich: „Le bonhomme Jérôme, répondant au bonhomme Richard de Franklin, ou moyen de faire ses affaires sans déranger celles des autres“ und „Catéchisme populaire d'économie sociale d'après les principes de Morelly“.

Nach der Februarrevolution scheint V. keinen weiteren Anteil an den politischen Ereignissen genommen zu haben. Die Pariser Sozialisten schienen ihn gleichfalls vergessen zu haben, und niemand dachte daran, ihm ein Abgeordnetenmandat anzutragen. Vielleicht war daran auch seine Abwesenheit von der Hauptstadt teilweise schuld: er hatte — wie BOUTON (a. a. O., S. 65) berichtet — kurz nach dem Sturze Louis-Philippes — eine Reise nach Südfrankreich unternommen. Immerhin, ganz gegen Ende der Wahlkampagne, wurde sein Name als der eines möglichen sozialistischen Kandidaten genannt. Allein die sozialistischen Gruppen waren bereits am Paktieren mit den bürgerlichen Parteien und suchten einen diesen genehmen Wahlwerber. V. wurde daher fallen gelassen, und zwar mit unter Hinweis darauf, daß „les opinions du citoyen Villegardelle sont trop avancées pour que nous puissions, avec son nom, être certains de réunir la majorité“.

Zwischen 1848 und 1851 hat V. nichts veröffentlicht. Erst Ende Juli oder Anfang August 1851 erschien eine Broschüre von ihm: „Pourquoi nous n'avons pas la République“, die allem Anschein nach seine letzte Schrift war.

Über seine Schicksale seit dem Staatsstreich Bonapartes, habe ich nichts mit Gewißheit in Erfahrung bringen können. Er soll sich — wie mir Herr Tommeyrague, allerdings nur aus zweiter Hand, mitteilt — dem neuen Régime gefügt und von diesem sogar, durch die Vermittlung MICHEL CHEVALIERS, eine kleine Pension erhalten haben. Alle Versuche, diese Anschuldigung zu kontrollieren, sind erfolglos geblieben. Sie ist daher nur mit der größten Vorsicht zu behandeln. — Südfrankreich scheint V. nach 1848 nicht mehr und jedenfalls nicht für längere Zeit verlassen zu haben.

1) Vgl. ROCHERY a. a. O.

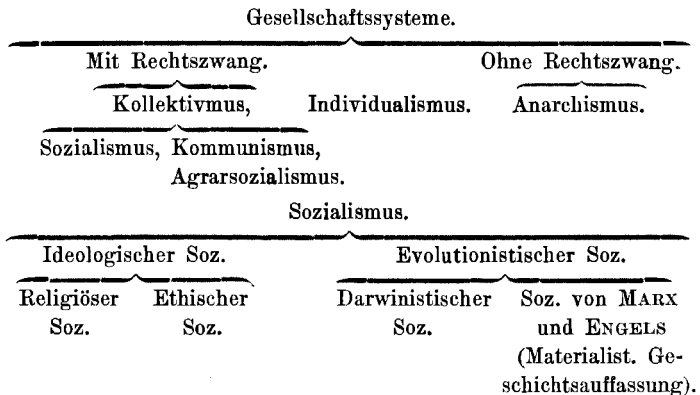
Literaturbericht.

KARL DIEHL, Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. 20 Vorlesungen. II. verm. Aufl. Jena, Fischer 1911. 492 S. (6 Mk.)

Die I. Aufl. der angezeigten Vorlesungen D.s ist 1906 erschienen. Das Buch ist zweifellos viel gelesen worden und hat sich als erste Einführung in die im Titel angedeuteten Probleme, die ja heute jeden Gebildeten interessieren, bewährt. Davon zeugt auch der Umstand, daß nach 5 Jahren bereits eine II. Aufl. notwendig wurde. Sie ist im Vergleich zur ersten bedeutend erweitert worden: an die Stelle von 12 Vorlesungen sind 20 getreten. Ganz neu hinzu kamen die II. Vorlesung über den kommunistischen Staat, die IV. über den Agrarsozialismus, die IX. über KARL MARX und seine Bedeutung für die internationale sozialistische Bewegung und endlich die XX. über die Internationale. Der Anarchismus wird jetzt in 2 Kapiteln behandelt (früher 1), der Sozialismus in England in 3 (früher 2), der Sozialismus in Frankreich sogar in 5 (früher 2) Kapiteln. Dafür kommt der deutsche Sozialismus relativ knapp weg: die II. Aufl. bietet über ihn statt wie früher 3 nur 2 Kapitel, während es in der I. Aufl. 3 waren. Eine Schilderung des belgischen, italienischen, österreichischen, amerikanischen und dänischen Sozialismus fehlt nach wie vor. Dagegen ist neu hinzugekommen ein Literaturverzeichnis, das freilich noch mannigfacher Ergänzung bedarf. Das Buch zerfällt in zwei Abteilungen, deren erste (Vorles. I bis VIII) Begriff, Wesen und Hauptarten des Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus behandelt, während die zweite (Vorles. IX bis XX) der internationalen sozialistischen Bewegung gewidmet ist. Der Inhalt des Werkes darf wohl im allgemeinen als bekannt vorausgesetzt werden. An dieser Stelle sollen nur ein paar Ausstellungen mehr prinzipieller Art gemacht werden, deren Erörterung, gerade im Rahmen dieser Zeitschrift, dem Referenten angemessen erscheint. Es handelt sich im wesentlichen um das Einteilungsprinzip, bezw. die Klassifikation der sozialen Systeme, die dem Buch zugrunde liegt; ferner um die Stellung des Sozialismus zur Revolution, insbesondere um den Revolutionsbegriff des Marxismus, endlich um die Erörterung der marxistischen Theorien überhaupt und um die Beurteilung der gegenwärtigen englischen Gewerkvereinskrisis.

I. D. unterscheidet bei seiner Klassifikation der Hauptrichtungen des Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus zwei mögliche Grundformen des

menschlichen Gemeinschaftslebens, die Gemeinschaft mit Rechtszwang und die ohne Rechtszwang (Anarchismus). Bei den ersteren Organisationen ist nach D. die Hauptfrage für die Regelung der wirtschaftlichen Ordnung die des Eigentums. Danach unterscheidet er die kollektivistischen und individualistischen Wirtschaftssysteme. Jene definiert er als solche, die prinzipiell das Gemeineigentum für die beste Grundlage der wirtschaftlichen Rechtsordnung halten, oder für diejenige, zu der sich die Gesellschaft entwickelt. Die individualistischen dagegen sehen das Privateigentum als die beste Grundlage an. Die kollektivistischen Wirtschaftssysteme zerfallen wieder in Sozialismus, Kommunismus und Agrarsozialismus. Der Sozialismus fordert die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, der Kommunismus geht über ihn hinaus und will auch die Konsumtionsmittel der Verfügung der Einzelnen entziehen. Der Agrarsozialismus dagegen bleibt in der Beschränkung des Privateigentums hinter dem Sozialismus zurück: er will nur das private Grundeigentum beseitigen. Den Sozialismus teilt dann D. ein in den ideologischen und evolutionistischen; der erstere zerfällt wieder in den religiösen und den ethischen Sozialismus, während sich der evolutionistische Sozialismus zergliedern läßt in den darwinistischen Sozialismus und den historischen Materialismus (MARX und ENGELS). Die von D. gewählte Einteilung läßt sich nach folgendem — im Anhang zur I. Vorlesung abgedruckten — Schema verdeutlichen (S. 22):



Im scharfen Gegensatz zu D.s Einteilungsprinzip und der aus ihm zu folgernden Klassifikation der Gesellschaftssysteme hat HEINRICH DIETZEL in dogmatischer Weise zwischen Sozialismus und Kommunismus unterschieden. Er hat — zuletzt im Art. „Individualismus“, i. „Handwörterbuch d. Staatswissenschaften“, 3. Aufl. — den Sozialismus als die Gesamtheit der Theorien bezeichnet, die das „Sozialprinzip“ ins Extrem verfolgen, d. h. das Dogma, daß der Einzelne um des Ganzen willen da sei, daß er betrachtet werden müsse als dienendes Organ des Organismus der Gesellschaft in ihrer ge-

schichtlichen Entwicklung. Kommunismus nennt er dagegen die Gesamtheit der Theorien, die das Individualprinzip ins Extrem verfolgen, d. h. das Dogma, das der Staat, die organisierte Gesellschaft, um der Einzelnen willen da ist, daß Staat und Recht in den Dienst der Einzelinteressen gestellt werden müssen. Der Unterschied dieser beiden Klassifikationsweisen ist ein ganz eklatanter. Für die Auffassung D.s stehen Sozialismus und Kommunismus in schärfstem Gegensatz zum Individualismus, dessen extremste Formulierung der Anarchismus darstellt. Nach der Auffassung DIETZELS steht das Sozialprinzip im Gegensatz zum Individualprinzip, dessen Hauptvertreter Liberalismus, Kommunismus und Anarchismus sind. Denn nach DIETZEL ist der Kommunismus „potenzierter Individualismus“ (SCHAEFFLE). Die dogmatische Einteilung, die nach der Weltanschauung der sozialwissenschaftlichen Autoren, nach ihrer Beurteilung des soziologischen Grundproblems des Verhältnisses von Gesellschaft, bzw. Staat zum Individuum fragt, habe auch ich in verschiedenen Arbeiten im engen Anschluß an DIETZEL vertreten. Ich halte sie nach wie vor für wissenschaftlich fruchtbarer und mehr in die Tiefe gehend, als die an äußerlichen Merkmalen orientierte Klassifikation D.s. Die dogmatische Betrachtungsweise gestattet auch vor allen Dingen eine scharfe Trennung von sozialer Theorie und sozialer Bewegung, die ja äußerlich auch D. in der vorliegenden Aufl. durchzuführen sucht, die aber faktisch — wie schon von anderer Seite der I. Aufl. gegenüber hervorgehoben worden — an der mangelnden Systematisierung seines Buches gescheitert ist. Auch in der II. Aufl. hat der Anarchismus seinen alten Verlegenheitsplatz behalten. Er wird ohne scharfe prinzipielle Absonderung zwischen dem Agrarsozialismus und den Betrachtungen über die Stellung des Sozialismus zur Religion und zur Ehe behandelt. Es scheint mir ein Fehler des sonst bewährten Buches zu sein, Theorie und Bewegung zu wenig zu sondern, und das hängt m. E. mit der von D. gewählten Klassifizierungsweise zusammen, die teils historisch, teils prinzipiell orientiert ist. Die dogmatische Einteilung DIETZELS sucht er sich nur für die Gliederung des ethischen Sozialismus dienstbar zu machen.

2. Die VIII. Vorlesung beschäftigt sich auch mit der Stellung des Sozialismus zur Revolution. In einsichtiger Weise macht D. darauf aufmerksam, daß an sich der Marxismus und mit ihm die Sozialdemokratie nicht revolutionär in dem Sinne sind, daß der Kampf, den sie für ihre Zwecke durchzuführen haben, unbedingt ein ungesetzlicher oder gewalttätiger sein müsse. Revolutionär sei die Sozialdemokratie, so meint er, im Gegensatz zu allen sozialistischen Richtungen, die auf dem Wege der sozialen Reform oder mit Hilfe der Staatsgewalt eine neue Gesellschaftsordnung herbeiführen wollen. Das Wort revolutionär sei also bei den Marxisten häufig (!) nur in übertragenem Sinne gemeint. Nach meiner Meinung hätte gerade eine erste Einführung in die Probleme des Kommunismus und Sozialismus einer tiefergehenden Analyse des Revolutionsbegriffes des Marxismus bedurft. Eine

solche Analyse muß den inneren Widerspruch der marxistischen Theorie und auf der anderen Seite den inneren Widerspruch in der Persönlichkeit von MARX erörtern. Der Widerspruch in der MARXschen Theorie der sozialen Entwicklung besteht darin, daß sie ihrem Forschungsprinzip gemäß historisch-realistisch-evolutionistisch ist, daß aber dieser Realismus vollkommen durchbrochen wird durch die Zusammenbruchstheorie mit ihrer empirischen Begründung auf der Verelendungslehre. Der Widerspruch in der Persönlichkeit von MARX besteht in dem Konflikte zwischen seiner revolutionären Gesinnung (vgl. das „Welteneichhörnchen“ SOMBARTS) und dem Realismus seiner Theorie. Mit diesen beiden Widersprüchen hängt m. E. auch das haltlose Hin- und Herschwanen der modernen sozialdemokratischen Taktik zusammen. Hie Evolutionismus, ja Fatalismus der sozialen Entwicklung — hie revolutionärer Klassenkampf und Erringen der politischen Macht¹⁾. Zweifellos stellt den Hauptmangel des marxistischen Systems und das bedeutsamste Hemmnis eines positiven Neubaus der marxistischen Theorie der unglückselige Revolutionsbegriff dar. Wie oft schon ist das verständnisvolle Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Arbeiterklasse gehindert worden durch den „Verbal-Revolutionarismus“ der Sozialdemokratie, wie ihn ROBERT MICHELS treffend getauft hat. Eine erste Einführung in die Beurteilung des Kommunismus und Sozialismus hätte m. E. gerade das Schwergewicht auf die Erörterung so grundlegender Dinge wie des Revolutionsbegriffes des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie legen müssen. Die Erörterung D.s, die dankenswerterweise das Problem wenigstens anschneidet, bleibt doch zu sehr am Äußerlichen haften.

3. Mit dem zu geringen Eingehen D.s auf den Charakter der MARXschen Theorie der sozialen Entwicklung, die ja besonders trefflich PETER V. STRUYE in seiner bekannten Abhandlung in BRAUNS „Archiv“ (1899) untersucht hat, hängt auch die Vernachlässigung der übrigen MARXschen Theorien zusammen. Zwar ist ihnen eine besondere, die IX., Vorlesung gewidmet, die MARX und seine Bedeutung für die internationale sozialistische Bewegung darzustellen sucht und dem Leser dabei auch gewisse Grundideen der MARXschen Theorien, soweit sie für die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind, vorführen will. Dabei kommt aber vor allen Dingen die materialistische, bzw. die ökonomische Geschichtsauffassung zu kurz. Abgesehen von einer knappen Erörterung des Verhältnisses von MARX und HEGEL, die in einer III. Aufl. wohl auch einer Auseinandersetzung mit PLENGES Buch bedarf, werden die philosophischen Grundlagen des historischen Materialismus fast garnicht erörtert, was doch im Anschluß an die ausgezeichnete Untersuchung BENNO ERDMANNNS leicht hätte geschehen können. Auch die Frage der ersten Formulierung der ökonomischen Geschichtsauffassung, bzw. der Vor-

1) Vgl. hierzu BIERMANN, Die neuere Entwicklung des Sozialismus i. d. Zeitschrift f. Politik, I (1908), S. 491 u. 496.

gänger von MARX muß künftig eingehend erklärt werden. Zu dieser Frage haben ja neben den älteren Schriften von BARTH und MUCKLE neuerdings SULZBACH und GEORG V. BELOW neues Material hinzugetragen, dessen Berücksichtigung in einer neuen Auflage mir dringend erwünscht erscheint. Auch eine Erörterung des interessanten Problems, inwiefern die Konzentrations- und Akkumulationslehre des Marxismus (vergl. das Buch BOURGUINS) durch die industrielle und die landwirtschaftliche Entwicklung verifiziert erscheint, fehlt bei D.

4. Der Entwicklung des Sozialismus in England hat D. in der vorliegenden Auflage 3 Kapitel gewidmet. Das III. behandelt die neueste Entwicklung der sozialistischen Bewegung in England. Es erörtert namentlich die Entstehung der Labour Party, die Entwicklung der Gewerkvereine, die Bedeutung des Taff Vale-Falls und des Osborne-Urteils und schließt mit einer Lobpreisung des nüchternen realpolitischen Sinnes des englischen Arbeiters: „Der englische Arbeiter will vor allen Dingen nüchterne Realpolitik treiben und läßt sich nur für erreichbare Dinge gewinnen. Bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit, das sind die Punkte, die im Vordergrund seines Interesses stehen. Aus diesem Grunde hat die englische Gewerkschaftsbewegung eine so bedeutende Entwicklung angenommen und die eigentliche sozialistische Bewegung so gut wie gar keine Bedeutung gewonnen. Nur dadurch haben die Independent Labour Party und die neuerdings gebildete Labour-Party einen gewissen Erfolg erzielen können, daß sie unter Preisgabe der eigentlichen sozialistischen Prinzipien die Durchführung erreichbarer Gegenwartsforderungen namentlich auf dem Gebiet der Sozialreform betreiben“ (S. 392). Diese Auffassung bedarf dringend der Korrektur auf Grund des Umwandlungs- und Zersetzungsprozesses der englischen Trade Unions in den letzten Jahren, vor allem seit 1910. Ohne Zweifel gibt es auch im englischen Trade Unionismus eine revolutionär-syndikalistische Richtung, die bei den fortwährenden großen Ausständen der letzten Zeit eine beachtenswerte Rolle gespielt hat. Zurzeit beschäftigt sich ja der jetzt (September 1912) tagende Trade Unions-Kongreß mit ihr, und namentlich die „Soziale Praxis“ hat in manchen trefflichen Artikeln der letzten Jahre auf diese neue Strömung und ihre Bedeutung für die Krisis des englischen Gewerkvereinswesens aufmerksam gemacht. Mag man nun den syndikalistischen Einschlag pessimistisch (wie z. B. v. MACKAY, i. „Soziale Praxis“ XX/3) oder optimistisch (wie F. GLASER, ebda. XXI/20—21) beurteilen, es besteht jedenfalls kein Zweifel mehr für den unbefangenen Beurteiler, daß die englische Arbeiter- und speziell die Gewerkvereinsbewegung deutliche Tendenzen zur „sozialistischen Politisierung einerseits und zur Syndikalisierung andererseits“ aufweist. Mit Recht macht WALDEMAR ZIMMERMANN in einem Aufsatz über den britischen Bergarbeiterstreik und das britische Mindestlohngesetz für den Kohlenbergbau („Soziale Praxis“ XXI/31) darauf aufmerksam, daß das Mindestlohngesetz die eben angedeuteten Tendenzen nicht abschwächen, sondern

ihnen voraussichtlich frische Nahrung zuführen wird; denn es wird die britische Arbeiterbewegung nicht in die Bahn des alten Trade Unionismus mit seiner bedächtigen paritätischen Tarifvertragspolitik zurückführen. Ich habe den Eindruck, als ob sich D. durch seinen, gewiß zum Teil berechtigten Kampf gegen SOMBARTS „Tendenz zur Einheit“ habe verleiten lassen, der Krisis im englischen Gewerkvereinswesen infolge des neuen syndikalistischen Einschlages keine Beachtung zu schenken. Das müßte wohl unbedingt in einer III. Aufl. nachgeholt werden; jedenfalls zeigt die vorliegende in dieser Richtung eine beträchtliche Lücke.

Das wären die wesentlichen Punkte, die ich an dieser Stelle zur Sprache bringen wollte. Ausstellungen unwesentlicher Art hier noch vorzubringen, scheint mir gegenüber dem nützlichen Buche und den nicht hoch genug zu veranschlagenden Bemühungen D.s, ein gerecht und objektiv abwägendes Urteil zu fällen, unangemessen. Ich möchte nur den Wunsch aussprechen: der Verf. möge in einer späteren Aufl. die Erörterung über die Stellung des Sozialismus zum Staat zu vertiefen trachten, den Charakter der Macht- und Klassentheorie deutlicher — etwa im Stile der „Allgem. Staatslehre“ JELLINEKS — hervorheben, das Verhältnis von Religion, bezw. Christentum zur Sozialdemokratie genauer würdigen, den Zusammenhang des französischen Syndikalismus mit der Philosophie BERGSONS und die eigene Anschauung des Pariser Philosophen darüber erörtern (man vergl. den Aufsatz GOLDSTEINS i. „Arch. f. Sozialwiss. u. Sozialpolitik“, 1910), endlich die Gegenwartsprobleme der modernen Sozialdemokratie, namentlich das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft sowie die Stellung der Sozialdemokratie im internationalen Kommunismus einer eingehenderen Betrachtung unterziehen, als es bisher geschehen. Endlich bedürfen wohl die ersten beiden Absätze der XIX. Vorlesung einer Revision; dort ist von dem „Arbeiterbunde“ als der eigentlichen Wurzel der sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Rede: gemeint ist doch wohl der „Vereinstag deutscher Arbeitervereine“, deren Geschichte von 1863 bis 1869 uns ERICH EYCK erzählt hat.

Leipzig.

W. ED. BIERMANN.

JAC. LORENZ, Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der schweiz. Heimarbeit mit besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse der schweizerischen Heimarbeitsausstellung. Im Auftrage des Organisationskomitees als Schlußbericht herausgegeben. Zürich, Grütlibuchhandlung, 1910/11. 510 S.

Das Buch ist eine Frucht der Untersuchungen, die für die Heimarbeitsausstellung in Zürich vom Jahre 1909 über die Verhältnisse der Heimarbeit und der Heimarbeiter in der Schweiz gemacht worden sind. Seiner Anlage und seinem Zwecke nach birgt es natürlich in der Hauptsache Zustands schilderungen. Daneben aber enthält es Partien, die über die Organisation

der Heimarbeiter in vergangenen Zeiten und in der Gegenwart berichten. Diese Teile rechtfertigen eine Besprechung an dieser Stelle um so mehr, als Organisationen der Heimarbeiter recht selten sind und das Schicksal der wenigen fast unbekannt ist.

Die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veranstaltete Heimarbeitsausstellung zu Berlin bildete, wie für andere gleiche Unternehmungen, auch den Anstoß für die schweizerische. Alle Vorarbeiten für die letztere und auch ihre Durchführung mußten von privater Seite besorgt werden. Der Bundesrat der Eidgenossenschaft lehnte ein Gesuch der Schweiz. Vereinigung zur Förderung des internationalen Arbeiterschutzes vom 25. IX. 1907, das um Vornahme einer Heimarbeiterenquete und Einführung des Registrierzwanges für die Heimarbeit ersuchte, in allen Punkten ab. Die Verhältnisse der Heimarbeit erschienen ihm genügend bekannt, und von der Einführung des Registrierzwanges wurde Schädigung der Heimarbeit befürchtet. Der leitende Ausschuß des Schweiz. Arbeiterbundes, der die Meinung des Bundesrats über die Publizität der Verhältnisse der Heimarbeiter nicht teilte, sondern von der Notwendigkeit einer größeren allgemeinen Untersuchung überzeugt war, versuchte nun auf andere Weise die Aufgabe zu lösen. Auf Anregung des Ausschusses des Arbeiterbundes bildete sich ein Organisationskomitee, dem neben Vertretern des Arbeiterbundes Vertreter von Behörden, Berufsorganisationen und anderen Verbänden mit sozialen Bestrebungen angehörten. Die Hinzuziehung von Vertretern von Unternehmerverbänden war abgelehnt worden.

Der jetzt vorliegende I. Band befaßt sich mit der für die Schweiz bedeutungsvollsten Industrie, der Textilindustrie. Ihre einzelnen Zweige sind, was durch die Verschiedenheit der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Heimarbeiter bedingt ist, getrennt dargestellt. Die Verschiedenheit hat selbstverständlich auch das Verhalten der Heimarbeiter gegeneinander wie gegen die Arbeitgeber beeinflußt. Insbesondere ist die Stellung der Heimarbeiter zur Arbeiterorganisation durch ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse beeinflußt. Die vorliegenden Untersuchungen, die von mehreren Bearbeitern vorgenommen worden sind, beweisen, daß die Heimarbeiter nicht notwendig so isoliert sein müssen, wie vielfach angenommen wird.

Die Versuche, die Heimarbeiter der Textilindustrie in Verbänden zusammenzuschließen, reichen weit zurück. Unter den Plattstichwebern von Appenzell entstand schon 1870 eine Vereinigung, in der sogar der Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation erwogen wurde. Hierzu kam es aber nicht. Die Vereinigung löste sich vielmehr bald auf. Auch ein 1889 neu gegründeter Verband hatte nur ein kurzes Leben. Erst die 1900 auf Betreiben des Weberpfarrers HOWARD ENGSTER geschaffene Organisation hatte Bestand. Sie hat sich besondere Verdienste um das Zustandekommen des Allg. schweiz. Textilarbeiterverbandes erworben, in dem

die Fabrikarbeiter stark vertreten sind und der seit Jahren für die Förderung der materiellen und geistigen Interessen auch der Heimarbeiter tätig ist. Er hat Tarifverträge (mit Lohnerhöhungen) abgeschlossen, deren Einhaltung er streng überwacht, und gleich anderen Gewerkschaften hat er Unterstützungseinrichtungen für Fälle von Krankheit und Arbeitslosigkeit geschaffen.

Ganz besondere Bedeutung hat die Organisation unter den Arbeitern der Seidenbeutelweberei erlangt; 95 % der Beschäftigten sind in der Organisation vereinigt. Der Sitz der Seidenbeutelweberei ist ebenfalls Appenzell. Die Anfänge der Organisation der Beutelweberei liegen mehr als 20 Jahre zurück. Die formelle Gründung des Seidenbeutelweberverbandes erfolgte am 9. II. 1890 in der Kirche zu Wolfhalden. Durch Vereinbarung mit den Fabrikanten wurde erreicht, daß nur Mitglieder des Verbandes mit Aufträgen bedacht wurden. Als Gegenleistung erhielten die Fabrikanten Sitz und Stimme im Zentralvorstande des Verbandes eingeräumt. Die Zugehörigkeit zu diesem war somit für alle Weber eine Notwendigkeit. Sein Wert wurde durch die 1892 errichtete Krankenkasse erhöht. Die Vereinigung von Arbeitern und Fabrikanten in einem Verbands hielt jedoch nicht lange stand. Schon 1899 kam es zur Auflösung des alten und Gründung eines neuen Verbandes, der nur Arbeiter als Mitglieder zuließ. Er übernahm auch die Krankenkasse der alten Organisation, zu deren Zeit bereits ein sehr detaillierter Tarifvertrag abgeschlossen worden war. Der Verband hat sich nicht nur die Förderung der speziellen Arbeiterinteressen seiner Mitglieder durch Beeinflussung der Arbeitsverhältnisse und Errichtung von Unterstützungsinstituten zur Aufgabe gesetzt, sondern er will auch die Interessen der Industrie gegen die Auslandskonkurrenz schützen. Diese droht besonders von Lyon, wo ebenfalls Seidenbeutelweberei hergestellt wird, die Weber jedoch nicht organisiert sind und niedrigere Löhne herrschen, so daß eine Unterbietung des schweizer. Produktes droht. Um dieser Gefahr zu begegnen und die ausländischen Märkte — vor allem Deutschland und die nordamerikanische Union — zu behaupten, legt der Verband großes Gewicht auf die Ausbildung des Nachwuchses. Für seine Mitglieder hat er manches erreicht. Er fühlt sich so stark, daß er die Verschmelzung mit anderen Organisationen der Textilarbeiter abgelehnt und die Verbindung mit anderen Verbänden wieder aufgehoben hat.

Auch in der für die beiden Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Laud sehr bedeutungsvollen Bandweberei besteht für die Arbeiter seit mehr als einem Jahrzehnt eine Organisation, der Posamenterverband. Die erste Grundlage für ihn bildeten gewissermaßen die zum gemeinsamen Bezug elektrischer Kraft geschaffenen Vereinigungen. Für jedes Weberdorf wurden Genossenschaften zu diesem Zweck gegründet, die erste 1895. Die Genossenschaft kontrahiert mit dem Elektrizitätswerk und ist von diesem in der Festsetzung der Bedingungen für die Weitergabe der Kraft an ihre Mitglieder unabhängig. Die Erleichterung, die die Verwendung von Elektrizität zum Antrieb der

Stühle für den Weber brachte, wurde anfangs durch eine erhebliche Ausdehnung der Arbeitszeit aufgewogen. Hierzu zwang schon die Herabsetzung der Stücklöhne; aber auch die Berechnungsart des Preises für elektrische Kraft wirkte in gleicher Richtung. Alle Genossenschaften erheben nämlich Jahresmiete pro Webstuhl ohne Rücksicht auf die für den einzelnen Stuhl wirklich verbrauchte Kraft. Da liegt es sehr nahe, die Stromlieferung möglichst stark in Anspruch zu nehmen. Die Ausdehnung der Arbeitszeit auf 18 und mehr Stunden nach Einführung des elektrischen Antriebs gab den ersten Anstoß zum Zusammenschluß der Weber im Posamenterverband von Basel-Land. Seine Gründung erfolgte am 19. IV. 1904. Er hat Einzelmitglieder und die Posamentergenossenschaften und -vereine in den Gemeinden von Basel-Land. Sein Zweck ist: Wahrung der Berufsinteressen der Landposamentier, Hebung und Schutz der Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen, Regelung der Arbeitszeit. Seine erste Maßregel war die Festsetzung der Arbeitsdauer auf 15 Stunden, die sodann 1910 auf 14 Stunden verkürzt worden ist. Anfang und Beginn der Arbeitszeit sind fixiert; ihre Einhaltung wird kontrolliert und jede Überschreitung bestraft. Die Gewährung von Schutz vor willkürlicher Entziehung der Arbeit gehört ebenfalls zu den Aufgaben des Verbandes. Ergibt die vom Vorstande zu führende Untersuchung, daß die Wegnahme des Stuhls durch den Fabrikanten ungerechtfertigt war, so darf kein Verbandsmitglied ihn aufstellen. Trotz der kurzen Zeit seines Bestehens hat der Verband manches für die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage seiner Mitglieder und für ihre Berufsausbildung getan.

Wie zur Organisation der Bandweber in den beiden Kantonen Basel bildete die Verlängerung der Arbeitszeit auch den ersten Anstoß zum Zusammenschluß der Sticker in Appenzell und St. Gallen. In der Stickerei der Ostschweiz hat sich im letzten Menschenalter eine Rückbildung vom Fabriks- zum Heimarbeitsbetrieb vollzogen. Hieran haben verschiedene Faktoren mitgewirkt, darunter das eidgenössische, seit 1878 geltende Fabrikgesetz, das den 11 stündigen Normalarbeitstag für Fabriken brachte. In den Kantonen Appenzell und St. Gallen, in denen die Stickerei ihre Hauptsitze hat, sprach sich bei der Volksabstimmung nur eine Minderheit für das Fabrikgesetz aus. Von dem Zeitpunkte an, in dem dasselbe in Kraft trat, sank die Zahl der Stickmaschinen in den Fabriken erheblich: 1880 betrug sie 10 328, 1900 dagegen nur noch 5152; anderseits stieg sie in Heimarbeitsbetrieben, die keinen Beschränkungen und Kontrollen unterliegen, im gleichen Zeitraum von 2353 auf 10 903. In der Stickereindustrie ist die Heimarbeit die bedeutendste Betriebsform. Sie zeigt die Tendenz, aus dem einstigen landwirtschaftlichen Nebenberuf zum Hauptberuf zu werden. Ihre Bedeutung für die Ostschweiz ist sehr groß. In vielen Gemeinden lebt ein Drittel der Bevölkerung von ihr, und das von der Heimarbeiterschaft allein in Maschinen angelegte Kapital wird auf 20 Mill. Fr. geschätzt.

Die Produzenten dieses Gewerbes, Einzelsticker wie Fabrikanten, geben ihre Waren an Aufkäufer ab. Diese haben großen Einfluß auf die Preise und damit natürlich auf die Löhne und Arbeitszeit. Anfangs der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts erfolgten starke Lohnreduzierungen, was selbstverständlich zu einer Ausdehnung der Arbeitszeit — nicht selten auf 15 bis 18 Stunden — führte. Lohnherabsetzungen und Arbeitsverlängerungen zeitigten 1884 eine Vereinigung von Fabrikanten und Einzelstickern. Die letzteren betrachteten die Organisation als Demonstration gegen die Kaufleute. Die Grundzüge des 1885 gegründeten Zentralverbandes der Stickereiindustrie der Ostschweiz und des Voralbergs gingen dahin, den 11-Studentag auch für die außerhalb des Fabrikgesetzes stehenden Betriebe festzulegen und die Neuaufstellung von Maschinen zu beschränken. Bald umfaßte der Verband alle Maschinenbesitzer, sowohl die Besitzer nur einer Maschine, an der sie selbst arbeiteten, wie auch die kleinen und größeren Fabrikanten mit mehreren Maschinen. Ein Minimallohn wurde festgesetzt, der wohl den Einzelstickern und den Fabrikanten diente, nicht aber den von diesen beschäftigten Arbeitern. Der Versuch, durch ein Regulativ auch die Interessen der letzteren zu fördern, mißglückte. Nur etwas über ein Jahr bestand das Regulativ. In den Jahren 1892 und 1893 erfolgten Massenausritte, die zur Auflösung des Verbandes führten. Dem Zentralverband, dem bald nach seiner Gründung auch die Kaufleute und Besitzer großer Fabriken beigetreten waren, folgte eine andere Organisation, die nur Einzelsticker, Fabrikanten und deren Arbeiter aufnahm. Die Vereinigung der Interessen der beiden Gruppen ist ihr so wenig gelungen wie ihrem Vorgänger. Ein langes Leben war ihr nicht beschieden. Eine reine Arbeiterorganisation entstand 1892 im Verband der Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie, der bis 1904 existierte. Von seinen beiden Nachfolgern besteht der Zentralverband der Textilarbeiterschaft der Ostschweiz heute noch. Er hat das Unterstützungswesen in den Vordergrund gestellt. Dem Allg. schweizer. Textilarbeiterverband, dem er einige Jahre angehört hat, hat er wieder den Rücken gekehrt, weil er mit der scharfen Betonung der gewerkschaftlichen Aufgaben nicht einverstanden war.

Die Entwicklung der Verbände der Heimarbeiter in der Schweizer Textilindustrie zeigt trotz aller Schwankungen doch die Richtung zur reinen Arbeiterorganisation. Die hemmenden Momente, wie Isoliertheit der Arbeiter, zeitweises Aufgeben der Arbeit zu Zeiten, während deren lohnendere Beschäftigungen ausgeübt werden können, und das häufige Betreiben eines Nebenberufs (Landwirtschaft) vermag diese Entwicklung nicht aufzuhalten.

Frankfurt a. M.

JOHANNES HEIDEN.

H. LAUFENBERG, Hamburg und sein Proletariat im achtzehnten Jahrhundert. Eine wirtschaftshistorische Vorstudie zur Geschichte der modernen Arbeiterbewegung im niederelbischen Städtegebiet. Hamburg, Kommissionsverlag Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., 1910. 125 S. (0,80 Mk.)

DERSELBE, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend. Erster Band. Ebenda 1911. VIII—647 S. (Geb. 10 Mk.)

Im nächsten Jahre feiert die deutsche Sozialdemokratie ihren fünfzigsten Geburtstag. Von Anbeginn waren die stärksten Stützen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, den LASSALLE im Mai 1863 zu Leipzig gründete, das bergisch-märkische Industrie- und das niederelbische Städtegebiet. Jenes hat nicht durchweg gehalten, was es versprach, dieses aber ist in stetiger und ununterbrochener Entwicklung gewachsen, so daß Hamburg schon im Jahre 1875 von BEBEL als die „sozialistische Hauptstadt“ Deutschlands getauft werden konnte.

Heute mag es diesen Titel nicht mehr beanspruchen dürfen, da Berlin längst nachgeholt hat, was ihm in den sechziger und siebziger Jahren noch fehlte. Man hat selbst den Hamburger Arbeitern eine gewisse Sonderstellung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung zugeschrieben, indem man in ihrer besonnenen, klaren, ruhigen, deshalb freilich nicht weniger energischen und kräftigen Art ein gutes Stück vom Charakter der englischen Arbeiter entdecken wollte. Und sicherlich hält sich keine große Parteizeitung den inneren Auseinandersetzungen der Partei so fern, wie das Hamburger Parteiorgan, ohne deshalb freilich an grundsätzlicher Klarheit einzubüßen. So ist Hamburg ein Eck- und Grundstein der deutschen Sozialdemokratie geblieben, und eine hamburgische Parteigeschichte vermag eher als jede andere örtliche Parteigeschichte in engem Rahmen ein Bild der deutschen Arbeiterbewegung selbst zu geben.

Die beiden Veröffentlichungen L.s, sowohl die Vorstudie zur Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung als der erste Band dieser Geschichte selbst, haben etwas und sogar viel von der Hamburger Art: sie sind durch und durch solid, aber ein wenig schwerfällig und jedenfalls nicht im landläufigen Sinne des Wortes unterhaltend. L. hat sich ganz und gar in seinen Stoff eingelebt und gibt ihm die Form, die ihm entspricht, obgleich er selbst kein geborener Hamburger ist. Insoweit ist für ihn nur schmeichelhaft, was einen oberflächlichen Leser zunächst abstoßen mag. Aber für jeden Leser, der die deutsche Arbeiterbewegung nach ihren innersten Zusammenhängen kennen lernen möchte — mag er zu ihr sonst stehen, wie er will —, sind die beiden Schriften L.s eine Quelle reicher Belehrung; schärfer und tiefer, als irgendeiner der Autoren, die bisher auf diesem Gebiete tätig gewesen sind, weiß er die Entstehung der Sozialdemokratie bis in ihre letzten Wurzeln zu verfolgen.

Daraus folgt, daß L. mehr oder weniger nicht nur eine allgemeine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sondern auch der Stadt Hamburg

geben muß, und das ist um so dankenswerter, als diese Metropole des deutschen Handels noch keinen ihrer würdigen Historiker gefunden hat. In seiner Vorstudie schildert L. den Ursprung und die Wandlungen des Hamburger Handels von der großen Verkehrsrevolution des 16. Jahrhunderts ab, mit ihren Rückwirkungen auf die politischen, sozialen und religiösen Strömungen der Zeit. Auch von den vier Büchern des ersten Bandes ist der erste noch vorwiegend Hamburger Geschichte. Es sind speziell diese Partien der beiden Schriften, die dem Leser und namentlich dem Arbeiterleser manche harte Nuss zu knacken geben. Allein es ist klar, daß eine solche Untermauerung der ganzen Arbeit notwendig war, wenn ein wissenschaftliches Werk im strengen Sinne des Wortes geschaffen werden sollte. L. hat diese Konsequenz gezogen, obgleich er wissen mußte, daß er dadurch vielleicht manche Enttäuschungen hervorrief und gewiß die augenblickliche Wirkung seiner Schriften schädigte. Das gereicht ihm ebenso zum Lob, wie die strenge Sachlichkeit, womit er bei allem reichen Detail, das er gibt und geben muß, doch jeden lokalpatriotischen Kleinkram verschmäht.

In den drei letzten Büchern seines ersten Bandes behandelt L. die ersten fünfzehn Jahre der Parteigeschichte im engeren Sinne des Worts, von der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. Vier Fünftel dieser Zeit waren von dem Streit der Fraktionen erfüllt, in dessen Darstellung die Objektivierung der heftig aufeinanderprallenden Gegensätze wieder trefflich gelungen ist. Aus der jeweilig erreichten Höhe der historischen Entwicklung, die die einzelnen Schichten des deutschen Proletariats erreicht haben, leitet L. die Forderungen der Programme und die Formen der Organisationen ab: mit einem Scharfsinn, der mitunter wohl etwas spitzfindig wird und allzu viel konstruiert, aber im großen und ganzen den Nagel auf den Kopf trifft und jedenfalls die fruchtbarsten Anregungen bietet. Diese Methode der Forschung und Darstellung setzt namentlich die Agitation LASSALLES ins klarste Licht und ebenso die Agitation SCHWEITZERS, den L. zwar nicht als fehlerfreien Übermenschen, aber als ebenso ehrlichen wie fähigen Politiker schildert.

Es gewinnt in der Tat den Anschein, als ob LASSALLE einer gewissen Renaissance entgegengehe. Natürlich nicht in dem, was man als spezifischen Lassalleanismus zu betrachten gewohnt ist: LASSALLES Staatskultus, seine Produktivassoziationen mit Staatskredit, seine Geringschätzung der Gewerkschaften usw. sind für immer überwundene Dinge. Aber wohl in der Erkenntnis, daß eine nationale Arbeiterpartei zunächst an ihre Existenzbedingungen innerhalb der Nation gebunden ist, von der sie einen Teil bildet, daß sie sich über diese Existenzbedingungen ebensowenig hinwegsetzen kann, wie der Mensch über seinen Schatten zu springen vermag, daß sie zunächst, um ein Wort von MARX zu gebrauchen, den nationalen Zuständen, innerhalb deren sie lebt, deren eigene Melodie vorsingen muß, um sie zum Tanzen zu bringen. L. weist in fesselnder Weise nach, daß der spezifische Lassallea-

nismus nur das Maß der Erkenntnis darstellte, das der deutschen Arbeiterklasse auf dem damaligen Stande ihrer Entwicklung zugänglich war, daß LASSALLE ihn den Massen nicht aufgedrängt, sondern ihn den Massen sozusagen abgelesen und ihn nur prinzipiell zu gestalten gewußt hat. Das haben MARX und ENGELS nie anerkennen wollen, und wenn man die fast unbegreifliche Verkennung von LASSALLE'S Werk, an der sie, nicht etwa in vorübergehender Verstimmung, sondern jahrzehntelang, jeder bis an seinen Tod, festgehalten haben, nicht, wie billig, auf persönlichen Haß und Neid zurückführen will, so wird man anerkennen müssen, daß es sich dabei um schwierige und verwickelte Probleme der Arbeiterbewegung handelt.

Hier ist auch die Ursache zu suchen, weshalb der Revisionismus, trotz aller vermeintlichen oder auch wirklichen Niederlagen, zu so hohen Jahren kommt, wenn er auch nie zum Siege gelangen kann. Denn ohne prinzipielle Grundlage kann keine Arbeiterpartei bestehen, wenigstens auf die Dauer nicht. Aber ihren wechselnden Existenzbedingungen muß sie sich schon anbequemen, wenn sie diese Bedingungen historisch entwickeln will. Als SCHWEITZER sich auf den Boden des Norddeutschen Bundes stellte, der für absehbare Zeit nun einmal nicht zu beseitigen war, um von ihm den zehnstündigen Arbeitstag zu verlangen, so handelte er sowohl praktischer wie auch prinzipieller als die ihm feindliche Fraktion, deren Organ unaufhörlich an dem Frühlingswehen und Knospendurchbruch der österreichischen Bourgeoisie den unaufhaltsamen Bankerott des Norddeutschen Bundes bewies.

Über die Notwendigkeit dieser gegenseitigen Durchdringung von Theorie und Praxis waren sich MARX und ENGELS auch vollkommen klar; von MARX rührt das bekannte Wort her, daß jeder Schritt wirklicher Bewegung einem Dutzend Programme vorzuziehen sei. Die Schwierigkeit liegt nur in der Entscheidung der konkreten Fälle, und diese Schwierigkeit haben auch MARX und ENGELS nicht immer zu überwinden gewußt. Es ist in ihrem Geiste, wenn L. entgegen ihren Vorurteilen die LASSALLE und die SCHWEITZER gerecht und unbefangen zu würdigen weiß. L. ist darin der der typische Vertreter des radikalen Flügels in der deutschen Arbeiterpartei.

Neuerdings hat man zwischen der radikalen Linken und dem revisionistischen Flügel noch eine „marxistische Mitte“ in der deutschen Sozialdemokratie erkennen wollen. Doch beruht diese Entdeckung auf einem offenbaren Sehfehler. Gerade an L.'s beiden Schriften, die durch und durch marxistisch sind, obgleich L. zur radikalen Linken gehört, zeigt sich die Undenkbarkeit einer „marxistischen Mitte“. Man müßte denn darunter einen Revisionismus verstehen, der vielleicht gemildert, aber keineswegs verschönert würde durch krampfhaftes Anklammern an die Worte oder gar die Vorurteile von MARX. Und ein solches Monstrum gibt es nicht.

Berlin.

FRANZ MEHRING.

1. W. WYGODZINSKI, Das Genossenschaftswesen in Deutschland. Leipzig, Teubner 1911. 284 S. (. . M.)
2. GERTRUD DAVID, Sozialismus und Genossenschaftsbewegung. Berlin, Vorwärtsbuchhandlung 1910. 64 S. (1 M.)
3. HERMANN FLEISSNER, Genossenschaften und Arbeiterbewegung. Dresden, Kaden & Co. 1911. 89 S. (1 M.)
4. CONRAD GOLDSCHMIDT, Bäckereigewerbe und Konsumvereine. Stuttgart und Berlin, Cotta 1910. (Münch. Volksw. Stud., hrsg. von BRENTANO und LOTZ, 101 Stück.) 96 S. (2,50 M.)

Die deutsche Genossenschaftsliteratur, so jung sie ist, wächst in letzter Zeit stattlich an. Ein zweifellos nützlicher Beitrag zu ihr ist das W.sche Werk (1), in dem der Verf. sich bemüht, eine objektive, eingehende Darstellung und Geschichte der gesamten Genossenschaftsbewegung in Deutschland zu geben. Von den ersten Gründungen Schulze-Delitzsch' und Raiffeisens wird der Leser bis zur Entstehung des heute geltenden Genossenschaftsgesetzes geführt, um dann, nach ausführlicher Schilderung der inneren Struktur der Genossenschaften, mit den einzelnen Zweigen der Bewegung bekanntgemacht zu werden. Besonders großen Raum nehmen die Kreditgenossenschaften ein, während die Konsumgenossenschaften, trotzdem sie unzweifelhaft für das breite Publikum, auf das das Buch im Tone durchaus eingestimmt ist, ein weit größeres Interesse besitzen, summarischer abgetan werden. Immerhin wird auch hier ein übersichtliches Bild vom Wesen der deutschen Konsumvereine gegeben, das zur Einführung in das Studium der Bewegung gut orientierende Dienste leistet. Interessant ist zumal das Schlußkapitel, das sich mit den Entwicklungstendenzen des Genossenschaftswesens beschäftigt und die Frage erörtert, inwieweit das Grundproblem, die Möglichkeit der Verwirklichung einer wirtschaftlichen Demokratie, durch die Genossenschaftsbewegung gelöst zu werden vermag. W. verhält sich hier mit Recht etwas skeptisch, indem er darlegt, wie sich der einzelne Genosse in der Regel um den Gang der Genossenschaft nicht mehr kümmere, als es seinen eigenen Geschäftsbeziehungen zu ihr entspreche, im übrigen aber sich auf Vorstand und Aufsichtsrat ebenso verlasse, wie diese ihrerseits aufeinander, so daß im Grunde stets ein einziger Mann im Verein die Fäden in der Hand behalte (S. 281). Zumal in der Konsumvereinsbewegung, und zwar in dem modernen Zweige derselben, dem Zentralverband der deutschen Konsumvereine, trete die Tendenz zur Zentralisation in den Händen einiger weniger immer klarer hervor. Mit der Polemik, die W. jedoch gegen diese leitenden Männer (S. 280) führen zu müssen glaubt, schießt er insofern am Ziele vorbei, als es nicht zutrifft, daß die moderne deutsche Konsumvereinsbewegung „die Macht der zusammengefaßten Konsumtion zu einer Neuregelung des Wirtschaftslebens benützen“ wolle (S. 30). Im Gegensatz zu der GIDESchen Richtung der französischen Konsumgenossenschaftler, mit der die sog. Hamburger Richtung sonst viele Hauptzüge gemeinsam hat, betonen die Führer der

deutschen Konsumvereinsbewegung sogar mit besonderer Vorliebe, daß sie nur in ganz bestimmten Grenzen zu arbeiten beabsichtigen. Ich erinnere hier nur an das programmentwickelnde Referat HEINRICH KAUFFMANN'S, eines der Begründer des Zentralverbandes und zweifellos eines der hervorragendsten Theoretiker der deutschen Konsumgenossenschaftler, gelegentlich der Verbandsgründung in Dresden i. J. 1903. Es heißt dort ausdrücklich, daß sowohl der genossenschaftlichen Produktion wie deren Konsumtion natürliche Grenzen gesteckt seien, und daß auf absehbare Zeit nur die Hauptmasse dicht beieinander wohnenden industriellen Arbeiterschaft sowie ein Teil des mittleren und kleineren Bürger- und Beamtentums für die Bewegung zu gewinnen sein würden. „Die Befürchtung auf der einen Seite und die Hoffnung auf der anderen, daß wir zu einer vollständigen konsumgenossenschaftlichen Regelung der Güterverteilung und der Gütererzeugung kommen können, ist m. E. grundlos. Die konsumgenossenschaftliche Organisation und Produktion wird ein wesentlicher und wichtiger Teil unseres Wirtschaftslebens werden; sie wird namentlich den breiten Massen der Unbemittelten nicht hoch genug zu schätzende Vorteile zuführen; sie wird auch in der Lage sein, wucherischen Preistreibereien und anderen das Wohl des Volkes schwer schädigenden Auswüchsen der großkapitalistischen Produktion entgegenzutreten. Aber daß sie die Produktions-, Handels-, Erziehungs- und Regierungsverhältnisse in ihrer Gesamtheit jemals ordnen wird, wie die OWENSCHEN Genossenschaften es träumten, das wird wohl ein Traum bleiben“ (KAUFFMANN).

In der an 2ter Stelle angezeigten Broschüre behandelt die bekannte Genossenschaftlerin die historischen und prinzipiellen Beziehungen zwischen genossenschaftlicher und sozialistischer Bewegung. Nach einer Übersicht über die verschiedenen Phasen in der Stellungnahme der einzelnen sozialistischen Parteien gegenüber den Genossenschaften folgt eine kurze Untersuchung ihres Wesens, wie es in einzelnen Formen zum Ausdruck gelangt. Die Verf. vergleicht vor allem Produktiv- und Konsumgenossenschaft miteinander und vertritt die Ansicht, daß, während jene der privatkapitalistischen Betriebsform durchaus nicht überlegen, „ja kaum ebenbürtig“ sei, diese „wirklich der Anarchie der auf der freien Konkurrenz aufgebauten individualistisch-kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu Leibe“ rücke, indem sie an Stelle des „sinnlosen Darauflosproduzierens . . . die planmäßige, alle überflüssigen Spesen vermeidende Produktion und Verteilung der Güter für die genau gekannten Bedürfnisse eines bestimmten Absatzgebietes setze“ (S. 20, 30). Eine kurze Schilderung der Konsumvereinsbewegung in den verschiedenen Ländern und besonders in Deutschland dient zur Erhärtung dieser These, doch unterläßt es D., den Leser darüber zu unterrichten, in welchen der von ihr aufgeführten Länder die Organisation der Konsumvereine tatsächlich ihrem oben geschilderten Ideal der „Produktion und Verteilung der Güter für die genau gekannten Bedürfnisse eines bestimmten Absatzgebietes“ entspricht. Daß dies z. B.

weder in Frankreich noch in Belgien der Fall ist, daß vielmehr in beiden Ländern die Konsumvereine sogar ihren Hauptabsatz nicht bei den eigenen Mitgliedern, sondern beim großen Publikum haben, also in nicht stärkerem Masse mit einem „bestimmten Absatzgebiet“ rechnen können, wie die Kaufleute, Bäcker etc. am Ort, mußte unbedingt erwähnt werden.

Ein besonderes Kapitel ist den landwirtschaftlichen Genossenschaften gewidmet. Die Verf. beschränkt sich hier in ihrer Darstellung auf Deutschland, Dänemark, Finnland, Irland und England und beurteilt die gesamte Bewegung auch lediglich nach den Formen, die sich in diesen Ländern herausgebildet haben. Ich möchte hier jedoch vor allem auf Italien verweisen, wo die Genossenschaftsidee gerade auf dem Lande große Ausbreitung gefunden und eine Anzahl ganz besonders eigenartiger Formen gezeitigt hat, die bei einer Betrachtung der Möglichkeiten, welche die genossenschaftliche Organisation in der Landwirtschaft bietet, jedenfalls berücksichtigt werden müßten. Ich erinnere nur an die genossenschaftlichen Pachtgüter, deren es sowohl in der Lombardei, der Emilia und Romagna wie auf Sizilien eine beträchtliche Anzahl gibt, und die gerade wegen ihres ausgesprochenen proletarischen Charakters vollste Beachtung verdient hätten, ebenso wie an die Arbeitsgenossenschaften der Tagelöhner und Erdarbeiter, die, aus den niedrigsten Schichten der ungelerten Arbeiterschaft bestehend, städtische Unternehmungen, wie Kanal- und Straßenbauten, Drainierungsarbeiten etc., zu vollbringen imstande sind und letzthin selbst eine Eisenbahnlinie gebaut und in Betrieb gesetzt haben.

Die Vorzüge der angezeigten Schrift sind: übersichtliche Stoffgliederung und fleißige Zusammenstellung von Daten und Fakten, flüssiger Stil und leichte Lesbarkeit. Es mangeln ihr jedoch originelle Gedanken und kritischer Geist. Ein gar zu hoch gespannter Hurrahton schadet selbst der besten Sache.

Mit der eben besprochenen deckt sich stofflich auch die FLEISSNERSche Studie (3) zu großem Teil. Auch F. will die inneren Beziehungen zwischen Genossenschaftsbewegung und Sozialdemokratie nachweisen, nur daß er sich in seinen Untersuchungen ausschließlich auf Produktivgenossenschaften und Konsumvereine beschränkt. Während jedoch DAVID der deutschen Konsumvereinebewegung so gut wie kritiklos gegenübersteht, macht sich in der F.schen Schrift eine zwar den Konsumvereinen als solchen äußerst freundliche Auffassung geltend, jedoch ohne daß deshalb der Verf. mit seinen zahlreichen Bedenken über das Verhalten einzelner Führer der Konsumvereinebewegung hinter dem Berge hielte. F. wirft eine Reihe klarer und scharfer Schlaglichter auf die Lage der Dinge, wie sie sich zwischen Partei, Gewerkschaften und Konsumvereinen gegenwärtig in Deutschland herausgebildet hat. Er zeigt, daß, entsprechend der Tatsache, daß der Arbeiter ein weit größeres Interesse daran hat, seine Bedarfsartikel zum täglichen Leben möglichst preiswert einzukaufen, als der Angehörige der besitzenden Stände, auch ein überwiegend großer Prozentsatz der Konsum-

vereinsmitglieder aus Arbeitern bestehe. Er weist ferner nach, wie der Konsumverein tatsächlich zur Linderung der Notlage des Arbeiterstandes beitrage und sehr wohl geeignet sei, den Arbeiter wirtschaftlich zu kräftigen und dadurch kampfesfähiger zu machen. Auch biete, zumal in kleinen Städten, der Konsumverein häufig einen wertvollen Rückhalt für die politische und gewerkschaftliche Organisation. „Sozialdemokraten können gerade als Konsumvereinsangestellte infolge der Unabhängigkeit ihrer Stellung sehr Wertvolles für die Partei leisten. Es ist oft nur mit Hilfe eines Konsumvereinslagerhalters möglich, eine Partei- oder Gewerkschaftsorganisation an einem kleinen Ort zu gründen, weil außer ihm keine unabhängige Person da ist, die nicht mit der Gefahr der Maßregelung zu rechnen hat.“ (S. 41.) Andererseits aber sei der Konsumverein allerdings nicht als „Instrument positiven Klassenkampfes“ zu betrachten. Im Gegenteil könne er — „lediglich als Selbstzweck“ betrachtet — sogar direkt zu einem Hemmschuh des Klassenkampfes werden. Deshalb müßten die klassenbewußten Arbeiter dahin wirken, der Konsumvereinsbewegung die Richtung zu geben, welche sie ihren Zielen dienstbar mache. Trotzdem F. also eine Genossenschaftsbewegung mit ausgesprochen sozialdemokratischem Charakter wünscht, hält er aber — nicht nur praktisch, wie es ja durch die deutsche Genossenschaftsgesetzgebung von vornherein bedingt ist, sondern auch theoretisch — durchaus an dem Prinzip der Neutralität der Konsumvereine fest, weil durch eine zu innige Verquickung von Partei und Genossenschaft die „Klarheit des Klassenbewußtseins und die Entschiedenheit des Klassenkampfes ungünstig beeinflußt“ würde. Nicht aber ist F. mit der seiner Ansicht nach übertriebenen Neutralität einverstanden, wie sie von den Konsumvereinsführern häufig ostentativ zur Schau getragen werde. Er bekämpft z. B. den häufig vertretenen Standpunkt, daß bei Wahlen zur Verwaltung auf die politisch anders als die Mehrheit denkenden Minderheiten Rücksicht genommen werden müsse, verletzt aber seinerseits auch wiederum das reine Neutralitätsprinzip nach der anderen Seite, indem er solche Mitglieder bevorzugen zu dürfen glaubt, die die gleiche politische Ansicht wie die Mehrheit haben (S. 44 f.). Sehr interessant und zutreffend sind seine Ausführungen über das Verhalten der deutschen Konsumvereine zu Fragen der Politik, bezüglich derer er eine größere Anteilnahme sowie vor allem eine gerechtere Wertung der Verdienste wünscht, die sich die einzelnen politischen Parteien um die Konsumvereinsbewegung erwerben. Während jedes lobende Wort aus bürgerlichem Munde mit der größten Dankbarkeit aufgenommen und verbreitet werde, werde die ungleich verdienstvollere Tätigkeit der Sozialdemokratie im Dienste der Genossenschaftssache fast ganz totgeschwiegen (S. 68). Nicht als ein notwendiges Übel, sondern als Beschützer, Förderer und guter Bundesgenosse solle die Sozialdemokratie von den Konsumvereinen betrachtet werden. „Die wirtschaftspolitischen und sozialen Interessen beider Bewegungen decken sich durchaus. Wer das leugnet schadet der Sache der Arbeiter.“

Die an 4ter Stelle genannte Arbeit bietet in ausschließlicher Form eine überzeugende Darstellung der großen Vorzüge der genossenschaftlichen Brotproduktion in modernen Maschinengroßbetrieben, Vorzüge, die sich sowohl auf die Konsumenten als auch auf die eigentlichen Produzenten des Brotes, die Lohnarbeiterschaft im Bäckergerwerbe, erstrecken. Auf Grund persönlicher Umfragen und eigenen Augenscheins sowie des von öffentlichen Behörden, gewerkschaftlichen Organisationen und Konsumvereinen veröffentlichten Materials werden die genossenschaftliche und die private Brotproduktion in Deutschland geschildert und nach allen Seiten hin miteinander verglichen. G. weist nach, wie wenig von einer Konzentration der privaten Bäckereibetriebe die Rede sein kann, und wie schwer die Maschine bei ihnen Eingang findet. Die Brotfabrikation im großen ist so gut wie völlig auf die genossenschaftliche Produktion beschränkt, die von vornherein auf einen festen Kundenkreis rechnen kann. Private Großbetriebe könnten deshalb schwer aufkommen, weil die Bevölkerung im allgemeinen zu sehr daran gewöhnt sei, das Brot in allernächster Nähe einzukaufen. Diese Gepflogenheit zu durchbrechen, sei nur der Konsumverein imstande, der, wenn er zur Brotfabrikation übergehe, gleichzeitig auch die Brotpreise möglichst niedrig ansetze, so daß die eventuelle Unbequemlichkeit des Broteinholens durch den pekuniären Vorteil wieder wettgemacht würde.

Die Rentabilität des Großbetriebes aber mache sich ganz besonders bei der Herstellung von Roggenbrot geltend, während sich bei dem Frühstücksgebäck der Vorsprung der maschinellen Produktion aus verschiedenen Gründen wesentlich verringere. Erstens könne nämlich bei seiner Herstellung die Handarbeit nicht in so großem Umfange durch Maschinen ersetzt werden; zweitens seien für das Frühstücksgebäck die in den Großbäckereien benützten Ausziehbacköfen weit weniger geeignet als die alten Einschießöfen der kleinen Bäcker; drittens müßten bei dem Weißbrot, das jede deutsche Familie mindestens einmal, womöglich selbst zweimal täglich frisch auf dem Tische zu sehen wünsche, seitens der Großbäckereien große Ausgaben für Verteilung an die Kundschaft gemacht werden, die bei dem kleinen Bäcker, der seine in nächster Nähe des Geschäftes wohnenden Abnehmer mit Leichtigkeit durch die Lehrlinge bedienen lassen könne, so gut wie gar nicht ins Gewicht fallen. Ebenso verhältnismäßig wenig rentabel sei die Fabrikation von Konditorwaren in Großbetrieben, da bei diesen der individuelle Geschmack sowie die persönliche Kunstfertigkeit des Bäckers zu sehr mitspielten, als daß das große Publikum durch einen schablonenmäßig arbeitenden Großbetrieb zufriedengestellt werden könnte. Auf Grund seiner Untersuchungen gelangt G. zum Resultat, daß der Konsumverein mit seiner Großbäckerei in der Brotfabrikation allerdings dazu berufen sei, die kleinen Bäcker allmählich zu verdrängen, daß aber deshalb doch das private Bäckereigewerbe durchaus nicht dem Untergange geweiht sei, soweit seine Angehörigen sich dazu verständen, in ihrer Produktion nicht, wie bisher, auf das gewöhnliche Roggen-

brot, sondern vielmehr auf das feinere Gebäck das Hauptgewicht zu verlegen. Hierin sei der handwerksmäßige Betrieb auf absehbare Zeit hinaus dem maschinellen Großbetrieb noch durchaus gewachsen. Es läge also nicht so sehr im Interesse des ersteren, sich gegen die Entwicklung der Konsumvereinsbäckereien zu stemmen, die zum Wohle des großen — brotkonsumierenden — Publikums gereichten, und die sie deshalb doch nicht aufzuhalten vermöchten, als vielmehr, ihr Gewerbe derart zu betreiben, daß sie durch Qualitätsware die Konkurrenz mit den Großbäckereien erfolgreich aushalten könnten. Dem Konsumverein das Brot, dem Privatbäcker die feineren Artikel. Kein Kampf nach außen, sondern Erziehungsarbeit nach innen, Ausmerzung und Abstoßung der geringwertigeren, zur Herstellung feiner Ware unfähigen Elemente.

Die durch viele Tabellen und zahlenmäßige Vergleiche illustrierte Arbeit G.s ist außerordentlich lesenswert für jeden, der einen unparteiisch gehaltenen Überblick über den Kampf zwischen den genossenschaftlichen und den privaten Bäckereien zu erhalten wünscht.

Turin.

GISELA MICHELS-LINDNER.

Staatslexikon. Unter Mitwirkung von Fachmännern hrsg. im Auftrag der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland von JULIUS BACHEM und HERMANN SACHER. IV. Aufl. (unveränderter Abdruck der III. neubearbeiteten Aufl.) Freiburg i. B., Herdersche Verlagsbuchhandlung 1911/12. 5 Bde. X S. und 1584 Sp.; VI S. und 1608 Sp.; VI S. und 1626 Sp.; VI S. und 1564 Sp.; VIII S. und 1532 Sp. (Halbfranz 90 Mk.)

Das angezeigte Werk gehört zu den verbreitetsten der an Zahl stetig zunehmenden staatswissenschaftlichen Nachschlagebücher: vor wenig mehr als zwei Jahrzehnten, 1889, ins Leben gerufen, liegt es nunmehr seit kurzem in IV. Auflage abgeschlossen vor. Die Bedeutsamkeit dieser Tatsache wird aber erst recht klar, wenn man festhält, daß es — zum Teil durch seinen Inhalt und noch mehr durch dessen besondere Färbung, zum Teil auch durch das, was es inhaltlich vermissen läßt — unter den analogen Veröffentlichungen einen besonderen Platz einnimmt. Von vornherein nämlich war es programatisch bezweckt als „ein auf katholischen Grundsätzen beruhendes Staatslexikon“. Nicht etwa bloß in dem Sinne, daß „für die Darlegungen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche selbstverständlich die feststehenden Prinzipien der kirchlichen Lehre und der katholischen Wissenschaft maßgebend sein“ sollten; sondern vielmehr auch darin, daß festgestellt wurde, es sei „das Hauptgewicht auf die Erörterung der fundamentalen Begriffe von Religion und Moral, Recht und Gesetz, natürlichem und positivem Recht, von Staat und Kirche, Familie und Eigentum zu legen“ und dabei „das Recht

auf seinen ewigen Urgrund, den Schöpfer selbst, zurückzuführen, das Naturrecht als Grundlage und Norm der positiven Rechtsbildung zur Anerkennung zu bringen; die sittlich-rechtlichen Momente zu betonen, welche die Verbindlichkeit menschlicher Gesetze für das Gewissen des Individuum bedingen; Staat und Gesellschaft als die von Gott gewollte Ordnung mit dem Zweck des Menschen und der Menschheit in Verbindung zu bringen; die Familie als die Grund- und Unterlage aller staatlichen Organisation und Entwicklung zu verteidigen“; bei der Behandlung volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Fragen endlich „die von allen menschlichen Verhältnissen unabtrennbaren sittlichen und religiösen Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen“ (Vorwort zur I. Auflage).

Dieser strengen „Wahrung des katholischen Standpunktes“ begegnen wir in sämtlichen Auflagen des „Staatslexikons“ und in ihrem Gefolge einer Einheitlichkeit und Geschlossenheit in der prinzipiellen Auffassung der Mitarbeiter, wie wir sie bei anderen ähnlichen Handbüchern, z. B. dem „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ oder dem „Wörterbuch der Volkswirtschaft“, vergeblich suchen würden. Doch hieße es offene Türen einrennen, wenn ich erst begründen wollte, daß ich hierin keinen Vorzug des „Staatslexikons“ zu erblicken vermag. Jedenfalls machen die innerliche Gebundenheit der Darstellung und die Starre der in ihr zur Anwendung gelangenden Maßstäbe historisches Verständnis und Einsicht in die Notwendigkeit einerseits von Entwicklung auf allen Gebieten menschheitlicher Lebensäußerungen und andererseits ihrer konkreten Verlauferscheinungen unmöglich. Denn unter dem Gesichtspunkt einer „gottgewollten Ordnung“ ist alles, was dieser zutäglich widerspricht, schlechthin Abirrung und verfehlt, wie hinwiederum ihm gegenüber allein erstrebenswert — und natürlich an sich auch jederzeit und allüberall erreichbar — die Rückkehr unter die Herrschaft des von Gott selbst stammenden, daher ewig wahren und über alles positive Recht sowie dessen wechselnde Gestaltungen in Zeit und Raum erhabenen Sittengesetzes, dessen Vermittlerin die Kirche ist; die Führer aber der Bewegungen vom rechten Wege ab und die deren Ideologien formulieren, erscheinen als Rebellen gegen die „ratio divina vel voluntas dei, ordinem naturalem conservari iubens, perturbare vetans“ (AUGUSTINUS).

Es liegt demnach nur im Wesen des „Staatslexikons“, wenn es nicht allen Personen, Gedankenreihen und Geschehnissen, die in seinen Rahmen fallen, gleich liebevolle Aufmerksamkeit und Behandlung zuteil werden läßt; daß es fertige Urteile bringt, wo man ein non liquet erwartet; daß die Polemik, wo der Gegenstand hierzu Veranlassung bietet, sehr stark in den Vordergrund tritt. Jegliches Ding muß mit seinem eigenen Maßstab gemessen werden, soll nicht alle Diskussion fruchtlos bleiben und in leeres Gerede ausarten. Man dürfte also aus jenen eben gekennzeichneten Wesenseigenheiten dem „Staatslexikon“ keinen Vorwurf machen, sondern könnte sich ihnen gegenüber mit der Feststellung begnügen, daß man die Weltanschauung nicht teile,

deren Konsequenz sie sind — wenn nur im übrigen die Darstellung desjenigen, was das „Staatslexikon“ ablehnt (und von seinem Boden aus mit Recht ablehnt), eine objektive und demgemäß auch ausreichend vollständige wäre; wenn die Polemik nur gegen so Dargestelltes und daher auch erst nach der Schilderung des zu Bekämpfenden vorgebracht würde, nicht aber diese durchsetzte; wenn schließlich auch, abgesehen hiervon, der Inhalt der Artikel, so wie sie nun vorliegen, in allen tatsächlichen Einzelheiten durchaus verlässlich wäre.

Diese Voraussetzungen treffen jedoch, speziell was die uns an diesem Ort unmittelbar und mittelbar allein interessierenden Teile des „Staatslexikons“ anbelangt, keineswegs zu.

Zu gutem Teil mag das auch durch Raumrücksichten mitverschuldet sein: das „Staatslexikon“ ist umfänglich weit eingengter als das „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ und verfügt nur über etwa 2000 Spalten mehr als das zweibändige „Wörterbuch der Volkswirtschaft“, spannt aber seinen Rahmen viel weiter, denn es enthält neben im eigentlichen Sinne staatswissenschaftlichen Artikeln auch historische, politisch-geographische, philosophische, juristische. So wird ihm Beschränkung in der Stoffauswahl und Kürze in der Stoffbehandlung zu einem unabweislichen Gebot. Man wird aber beim besten Willen nicht zugeben können, daß das Verhältnis zwischen Raumökonomie und Wichtigkeit des Stoffes immer ein richtiges ist; und ebensowenig, daß der konkret in Anspruch genommene Raum auch wirklich wissenschaftlich entsprechend ausgenützt wird. Im biographischen Teile z. B. fällt es zwar angenehm auf, daß die Vertreter der „christlichen Sozialwissenschaft“ im Vergleich mit den sonstigen Volks- und Gesellschaftswissenschaftlern durchaus nicht bevorzugt erscheinen. Gerade hier aber klaffen große Lücken, die auch in den allgemeinen Artikeln keine befriedigende Ausfüllung erfahren. Daß den Merkantilisten und deutschen Kameralisten sowie deren Gedankenreihen überhaupt keine systematische Sonderdarstellung zuteil wird, sondern daß sie in den Artikeln „Finanzwissenschaft“ (II, 182), „Handel und Handelspolitik“ (II, 1050), „Volkswirtschaftslehre“ (V, 992) und „Volkswirtschaftspolitik“ (V, 1008) flüchtigst mit abgetan werden, mag noch hingehen. Allein auch die Physiokraten werden nicht viel besser behandelt. Zwar ist ihnen ein Spezialartikel von im ganzen sieben Spalten zugemessen (IV, 146/153). Aber man erfährt aus diesem Geburts- und Todesjahr einzig bei QUESNAY und dem Markgrafen FRIEDRICH VON BADEN und nicht einmal das Erscheinungsjahr von MIRABEAUS „L'ami des hommes“. Wann THÜNEN gelebt hat, kann kein Leser des „Staatslexikons“ sich vorstellen; wird ja sein „berühmtes Werk: Der isolierte Staat“ bloß im Art. „Grundrente“ und dort als 1875 in III. Aufl. erschienen angeführt (II, 956). Die großen Namen der Deutschen HERMANN, HILDEBRAND, KNIES, RAU u. v. a., Nichtdeutscher und der Lebenden gar nicht zu gedenken, werden nur gelegent- und ohne Hindeutung auf ihre Schriften erwähnt. Dafür ist ROSCHER

(IV, 699/719) ein fast ebenso umfangreicher Artikel gewidmet, wie ADAM SMITH (IV, 1177/1201), in dem wir auch genauestens über seine „Stellung zur positiven Anschauung“ (IV, 714/717) belehrt werden, und entfällt von dem 16 ½ Sp. fassenden ADOLF WEBERSchen Art. „Volkswirtschaftslehre“ (V, 985/1001) nicht weniger als ein Viertel (V, 997/1001) auf „Die christliche Volkswirtschaftslehre“, als deren „Großtat ersten Ranges“ das „Lehrbuch der Nationalökonomie“ von HEINRICH PESCH S. J. ausführlich gekennzeichnet wird.

Unter den Artikeln, die uns an diesem Ort zumeist interessieren, vermißt man zunächst mit Verwunderung einen über „christlich-soziale Bewegungen“, den man doch gerade im „Staatslexikon“ am ehesten zu finden erwartet hätte. Warum er fehlt, kann ich mir auch nicht recht denken. Sollte die Redaktion besorgt haben, sonst der so häufigen missverständlichen Bezeichnung dieser Bewegungen als „christlichen Sozialismus“ Vorschub zu leisten, den es — wie auch das „Staatslexikon“ wiederholt mit Recht feststellt — niemals in dem Sinne gegeben hat, daß das Christentum oder „christlich-soziale“ Parteien und Wortführer grundsätzlich gegen das Privateigentum und für den Kollektivismus sich ausgesprochen hätten? Wie dem nun aber immer sei, diesem Mangel wird jedenfalls durch die biographischen Art. über KETTELER, LAMMENAIS, LE PLAY, MANNING und VOGELSANG und durch die wenig ausführlichen oder gelegentlichen Angaben in anderen („Politische Parteien, III, 1590/91, 1595/99, 1603/08; „Gewerk- und Arbeitervereine“, II, 755/59, 761; „Patronage“, IV, 43/48; „Sozialpolitik, IV, 1273/75, 1286/87) weder inhaltlich noch systematisch abgeholfen.

Auch nach den Schlagworten Chartismus, Kommune, Internationale Arbeiterassoziation, Nationalwerkstätten sucht man vergeblich. Über jenen hört man (im Art. „Großbritannien“, II, 845) alles in allem: „Eine radikale Richtung“ (neben der 1837 begründeten Anti-Corn-Law-League), „die Chartisten, forderten in ihrer ‚Volkscharte‘ allgemeine direkte Wahlen ohne Zensus, jährliche Parlamente, Abschaffung des Armengesetzes, Verminderung der Abgaben usw. Die Ernäßigung (1842) und Aufhebung der Kornzölle (1846), die Durchführung der Einkommensteuer durch Peel und vor allem der mächtige Aufschwung der Industrie entzogen jedoch für den Augenblick der Bewegung den Boden und halfen auch über die Unruhen des Jahres 1848 hinweg“. Außerdem findet sich eine Erwähnung der „stürmischen Chartistenbewegung der 1830er und 1840er Jahre“ im Art. „Gewerk- und Arbeitervereine“ (II, 749). — Die Kommune wird (im Art. „Frankreich“, II, 237) kurz und bündig mit den Worten geschildert: „Ein sozialistischer Aufstand in Paris, die zwei Monate dauernde Schreckensherrschaft der Kommune“. — Von der Internationale erfährt man (im Art. „MARX“, III, 1017) durch ein 13 Zeilen langes Zitat aus dem bekannten MARX-Artikel von ENGELS im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“. — So nichts-sagend das alles aber ist und sowenig tatsächliche Aufklärung es vermittelt, so ist es doch dem vorzuziehen, was — ebenso gedrängt wie in jedem Satz

falsch — über die „Nationalwerkstätten“ erzählt wird. An einer Stelle (im Art. „Sozialismus“, IV, 1253) heißt es: LOUIS BLANCS „Ideen über die Organisation der Arbeit ist ein Anfang der Ausführung zuteil geworden, indem „alsbald nach der Februarrevolution die sog. Nationalwerkstätten eröffnet wurden, deren unglaublich schnelles Fiasko und alsbaldige Schließung zu dem von der Regierung niedergeschlagenen Juniaufstand führte. Der unermeßliche Abstand zwischen den Resultaten einer sozialistischen Produktion und denen des Privatbetriebes war hier auf das grellste zutage getreten. Wie hätte aber auch ein so umfassender Versuch des nationalen Betriebes der Produktion, wie er mit der Errichtung dieser Werkstätten gemacht wurde, von Erfolg begleitet sein sollen“! Und wie KÄMPFE und PESCH rev. von CATHREIN tischit auch ANTONI das gleiche Märchen auf (im Art. „Recht auf Arbeit“, IV, 417) und läßt die Ateliers nationaux sowohl an dem „Mangel an Mitteln“ wie an der „Unmöglichkeit, von Staats wegen eine unbeschränkte Produktion sowie eine Regelung des Absatzes der erzeugten Produkte herbeizuführen“, scheitern.

Beruhet diese Darstellung, die zum Ausgangspunkt einer langathmigen Widerlegung des Kollektivismus benützt wird (IV, 1253/54) bloß auf Unwissenheit, so darf man diese wohl als fahrlässigst bezeichnen. Es mag ja zuviel verlangt sein, daß wer über die Nationalwerkstätten und ihr Verhältnis zum Recht auf Arbeit überhaupt und zu BLANCS Ideen insbesondere einen weiten Kreis autoritativ unterrichten will, auf die — noch 1848 erschienene — „Histoire des ateliers nationaux“ von deren Initiator, Organisator und Leiter EMILE THOMAS kenne. Man kann sich jedoch auch aus zweiter Hand unschwer belehren, daß die ganze Einrichtung nur zu BLANCS Diskreditierung geplant und ins Werk gesetzt wurde, daß sie die Massen seinem Einfluß entziehen sollte und daß die „Produktion“ der eingestellten Arbeiter — soweit diese überhaupt wirklich beschäftigt wurden — so gut wie ausschließlich in unnützem Erdaufwühlen und in Baumanpflanzungen auf den äußeren Pariser Boulevards bestanden.

Gleichwertig mit diesen charakteristischen Details ist der Hauptartikel „Sozialismus“ (IV, 1240/70) im ganzen, der durch den Art. „Staatsromane“ (V, 17/31) ergänzt wird. Mehr als zwei Drittel des letzteren sind mit der Inhaltswiedergabe der Staatsromane nicht nur von PLATO und MORUS, sondern auch von CAMPANELLA, VAIRASSE, MORELLY, CABET (dessen „Voyage en Icarie“ übrigens erstmals schon 1840 und nicht erst 1842 erschienen ist), BELLAMY u. a. ausgefüllt. Es bleibe dahingestellt, ob der Raum nicht hätte besser verwendet werden können. Den aber möchte ich sehen, der aus der Skizze der Lehren von SAINT-SIMON und der Saint-Simonisten (IV, 1244/49), deren gesellschaftswissenschaftlich bedeutsamen Gehalt herauszuschälen oder an der Hand des von steter Polemik durchbrochenen Zerrbildes (IV, 1249/51) sich eine zutreffende Vorstellung von dem System FOURIERS zu machen vermöchte. — Seiner Weiterbildung durch die École sociétaire wird nebenbei

nicht in unmittelbarem Anschluß an den großen Verkünder des Assoziationsgedankens sondern, flüchtigst, im Art. „Recht auf Arbeit“ (IV, 415) gedacht; wie denn als Prototypen der sozialistischen Ideenentwicklung auf französischem Boden nach 1830 bloß PECQUEUR, BLANC und PROUDHON genannt werden. — Der erste verkünde seine Theorien in dem Buche: „De la république de Bien“ (richtig: de Dieu), 1844 — dessen Inhalt natürlich skizziert und widerlegt wird. Gedenkt man aber schon PECQUEURS, so muß man natürlich auch wissen, daß seine Bedeutung in den beiden großen Werken beruht: „Économie sociale. Des intérêts du commerce, de l'industrie et de l'agriculture et de la civilisation en général“, 2 Bde. 1839, und „Théorie nouvelle d'économie sociale et politique ou études sur l'organisation des sociétés“, 1842. — Eine Kennzeichnung der „Organisation du travail“ von LOUIS BLANC wieder sei überflüssig, denn seine Bedeutung sei „vielmehr in der Rolle zu suchen, die er während d. J. 1848 spielte“. Folgen die uns bereits bekannten Mitteilungen über die Nationalwerkstätten — so daß der Leser, da weder ein Spezialartikel noch der allgemeine „Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ (II, 73/80) irgend etwas Näheres über das Wesen und die geschichtliche Rolle der Produktivgenossenschaften mitteilt, nur auf dem Umweg über den Art. „LASSALLE“ (III, 742) zu erfahren vermag, der große deutsche Agitator habe mit seinem Vorschlage der Gründung von Produktivassoziationen „auf den Schultern anderer, vornehmlich des Franzosen LOUIS BLANC gestanden“. — Ähnlich wird schließlich, aber auch in einem Spezialartikel (IV, 394/403) PROUDHON, und von nichtfranzösischen Vormarxisten OWEN, WEITLING, LASSALLE, HERZEN dargestellt. — Die MARX und dem Marxismus gewidmete Ausführungen (IV, 1261/1269, Art. „MARX“ und „Materialismus“, III, 1016/23, 1029/34) sind zwar exakter; wer aber wissen will, um was es sich objektiv handelt, wird auch hier die Vermengung von Darstellung und Kritik unliebsamst empfinden.

Wenden wir uns vom Sozialismus als Theorie zu der von ihm hervorgerufenen politischen Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie (IV, 1226 bis 1239), so finden wir ihre mit dem Jahre 1848 einsetzende geschichtliche Skizzierung auf Deutschland beschränkt, während für die übrigen Länder nur einige ganz dürftige, vielfach in ihrer Unvollständigkeit irreführende Daten gebracht werden. Auf die ganze die Epoche des Julikönigtums erfüllende Bewegung bezieht sich nur ein Hinweis im Art. „Geheime Gesellschaften“ (II, 566/98), wonach von jeher „die sozialistischen Verbindungen in mannigfachem direktem und indirektem Zusammenhang mit der Freimaurerei stehen“ (II, 595) — die denn auch ihrerseits ausgiebigst abgehandelt wird (II, 567/90).

Zum Schluß sei noch hervorgehoben, daß sich ein besonderer Art. „Staatssozialismus (V, 59/75) überwiegend mit den Anschauungen ADOLF WAGNERS auseinandersetzt.

Das „Staatslexikon“ enthält natürlich auch viele gute und instruktive

Artikel, die man — trotz abweichender prinzipieller Auffassung und gerade um ihretwillen — mit Anregung und Nutzen lesen wird und die man nicht ungeschrieben wissen möchte, so von BAEUMKER, HERTLING, HITZE und so manchen anderen noch. Es wird jedoch nach den vorstehenden Proben kaum jemand ernstlich bestreiten wollen, daß die Parteien des „Staatslexikons“, die in das Arbeitsgebiet des „Archivs“ fallen, wissenschaftlichen Anforderungen nicht entsprechen. Die Gründe hierfür sind, wie wir gesehen haben, meist innerer Natur. Doch ließen sich nichtsdestoweniger gewisse äußere Mängel leicht beseitigen: so die Ungenauigkeit und Dürftigkeit der biographischen und literargeschichtlichen Daten; und nicht minder die zahlreichen Druckfehler, die mitunter von allzugroßer Flüchtigkeit zeugen (z. B. im Art. Volkswirtschaftslehre V, 989, 996: SIMON DE SISMONDI, HILLEBRAND statt (Bruno) HILDEBRAND, LISZT statt LIST u. a.).

Wien.

CARL GRÜNBERG.

1. Die Parteien. Urkunden und Bibliographie der Parteienkunde. Beihefte zur „Zeitschrift für Politik“. Hrsg. von RICHARD SCHMIDT und ADOLF GRABOWSKY. Berlin, Karl Heymann 1912. I. Heft. gr. 8°. IV—108 S. (Per Band von je 6 Heften 10 Mk.).
2. Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung. Berlin, Vorwärts-Buchhandlung 1912. I. und II. Heft. gr. 8°. 424 S. (jährlich 4 Hefte, 12 Mk.).
3. Bulletin périodique du Bureau socialiste international. Bruxelles. Nr. 7 und 8. fol. 80 u. 130 S. (2 und 3.50 Fr.).

Das an dritter Stelle angezeigte — in unregelmäßiger Folge erscheinende — Bulletin bildet eine äußerst wichtige Quelle für die Kenntnis der Internationale sowie der sozialistisch gerichteten Organisationen aller Länder. Denn es bringt nicht bloß Mitteilungen über die Struktur, Zusammensetzung und Betätigung des Internationalen sozialistischen Bureaus, sondern verzeichnet auch die vorkommenden internationalen und nationalen Kongresse und sonstigen Zusammenkünfte, ferner deren programmatisch bedeutsamen Beschlüsse und anderweitigen Äußerungen der Organisationen, endlich darüber hinaus zahlreiche wichtige Tatsachen und Ereignisse (Wahlen und deren Ergebnisse; Demonstrationen und große Streiks; u. d. T. „Parlamentarische Notizen“ kurze Übersichten über die Verfassungsverhältnisse der dem I. S. B. angeschlossenen Länder, die Stärke der sozialistischen Parteien und deren parlamentarischer Vertretung, sowie das Stärkeverhältnis zwischen diesen und den bürgerlichen Parteien). Besonders reichhaltig in allen diesen Beziehungen sind die Nr. 7 und 8 des Bulletins. Ihre „Chronik“ umfaßt die Zeit vom Kopenhagener Int. soz. Kongreß (IX. 1910) bis zum 1. I. 1912.

Außerdem aber enthalten sie auch noch: eine Liste der sozialistischen Buchhandlungen und Verleger nebst Mitteilungen über Bestrebungen zu deren internationaler Organisation, systematische Verzeichnisse der sozialistischen und der Gewerkschaftspresse, ausführliche Bibliographien.

Soviel aber das Bulletin auch bietet und so nützliche Dienste es leistet: die Aufgabe eines „Geschichtskalenders“, d. h. eines fortlaufenden Verzeichnisses aller wichtigen politischen Zeitereignisse will und vermag es in seiner Eigenschaft als „Amtsblatt“ des I. S. B. nicht zu erfüllen. Andererseits haben die bisher vorhandenen deutschen Geschichtskalender — von SCHULTHESS (seit 1860) und von WIPPERMANN (seit 1867) — zweifellos der Arbeiterbewegung in ihren verschiedenen Daseinsformen, der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen, unmittelbar und mittelbar nicht jene Aufmerksamkeit zugewendet, die ihr gebührt. Dem in dieser Richtung vorhandenen Mangel ist nun das Intern. Jahrb. f. Polit. u. Arbeiterbew. (2) abzuhelfen bestimmt. Wie aus seinem Titel schon hervorgeht, will es nicht nur Vorkommnisse der Arbeiterbewegung, sondern auch allgemeinpolitischer Art registrieren, aber allerdings als Kriterium für die Bedeutung dieser ihr Verhältnis zu jener anwenden. Der Stoff in den beiden bisher erschienenen Heften, die sich auf das Halbjahr I—VI 1912 erstrecken, ist nach folgenden Rubriken geordnet: Deutsches Reich. Reichstagswahlen und Reichstag, Auswärtige Politik, Reichsfinanzen, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Parteien, Gewerkschaften, Lohnbewegungen, Genossenschaften, die einzelnen Bundesstaaten, Kommunales, Kommunalpolitisches; Europäische Staaten . . . ; Außereuropäische Staaten Durch Stichworte am Rande wird das Aufsuchen der einzelnen Materien erleichtert, und je für den Jahrgang ist ein Sach- und Namenregister in Aussicht gestellt. Darf man nach der vorliegenden Probe urteilen, so wird das Int. Jahrb. nicht nur für Politiker und Journalisten ein unentbehrliches Nachschlagebuch werden, sondern auch dem Gelehrten zu einem wertvollsten Behelf werden.

Man sieht: wie das Bulletin, und nur mit Ausdehnung auf ein weiteres Gebiet, will auch das Int. Jahrb. bloß ein Sammelbecken sein. Systematische Zwecke in einem anderen Sinne als in dem durch das Interesse an leichter Übersichtlichkeit bedingten der Stoffgliederung nach Ländern und gewissen Materien liegen ihm ferne; und ebensowenig will es, obschon es natürlich auch Räsonnements aus Zeitungen und Vertretungskörpern reproduziert, seinerseits über die verzeichneten Geschehnisse allgemeine Betrachtungen anstellen oder Urteile aussprechen. Anders dagegen das von den verdienstvollen Herausgebern der „Zeitschrift für Politik“ als Ergänzung dieser letzteren neugeschaffene internationale Organ: „Die Parteien“ (1). Dasselbe soll in einem historisch-dokumentarischen und in einem soziologisch-organisatorisch-statistischen Teil systematische Sammelarbeit doppelter Art leisten. Jener ist zunächst bestimmt zur — vollständigen oder teilweisen — Wiedergabe von Parteidokumenten,

d. h. offiziellen Erklärungen, Programmen, wichtige Resolutionen, Wahlauf-rufen der politischen Parteien und politisch hervortretenden großen Interessenverbände Deutschlands, Österreich-Ungarns, Frankreichs, Englands, Italiens, Rußlands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Außerdem sollen in ihm registriert und inhaltlich objektiv dargestellt werden: die „bedeut-samen Aufsätze, in denen die einzelnen Partei-Zeitungen und Zeitschriften zu den aktuellen Hauptproblemen Stellung nehmen“; aber auch alle offiziellen Partei-Flugblätter, -Flugschriften und -Rechenschaftsberichte. Endlich wird beabsichtigt, zu verzeichnen, inhaltlich zu charakterisieren und in wichtigen Fällen auch ausführlich zu rezensieren Erinnerungen, Nachrufe und sonstiges parteigeschichtlich interessante Material. Aufgabe des zweiten Teils aber ist das Studium der Zusammensetzung der Parteien und der Wechselwirkung zwischen ihr und den Parteiprogrammen.

Wenn ich recht verstehe, soll gerade hierin die „neue Wissenschaft der Parteienkunde“ bestehen, die sich, wie die Herausgeber behaupten, „in den letzten Jahren ihre Daseinsberechtigung erkämpft hat“. Nun muß ich be-kennen, daß ich kein Freund der heutzutage vielfach so beliebten Umetiket-ierung der alten und Begründung neuer Wissenschaften bin. Damit aber soll keineswegs die Berechtigung und sogar Notwendigkeit eines Spezial-organs wie des von SCHMIDT und GRABOWSKY ins Leben gerufenen geleugnet werden. Im Gegenteil, es ist lebhaft zu begrüßen und kann ausgezeichnete Dienste leisten. Wie weit es sein überaus umfassendes Programm auch zu verwirklichen imstande sein wird, läßt sich allerdings nach dem Inhalt des ersten Heftes noch nicht abschließend beurteilen. Denn dasselbe beschäftigt sich lediglich mit dem Deutschen Reiche und auch in diesem nur mit den größten Parteien (Konservativen, Nationalliberalen, Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei, Sozialdemokratie), während die kleineren und die Interessenver-tretungen vorläufig noch fortgelassen wurden. Ich werde daher nach dem Erscheinen weiterer Hefte auf den Gegenstand noch zurückkommen; und zwar um so mehr, als die besprochenen Publikationen eine Überprüfung der Frage nahelegen: ob die „Chronik“ und die „Bibliographie“ in diesem „Archiv“ auch für die Zukunft aufrechterhalten werden sollen. Die Beantwortung dieser Frage wird vornehmlich davon abhängen, wie sich Die Parteien und das Int. Jahrb. entwickeln.

Wien.

CARL GRÜNBERG.

CARL ERGANG, Untersuchungen zum Maschinenproblem in der Volkswirt-schaftslehre. Rückblick und Ausblick. Karlsruhe, Braun 1911. 8°. XI—186 S. (3,60 M.)

Eine fleißige Seminararbeit, hinter der eine wohlwollende, aber noch wenig ausgeprägte Persönlichkeit steht. Der Verf. zitiert furchtbar viel —

zu 157 Seiten Text bringt er nicht weniger als 597 Anmerkungen —, viel mehr, als selbst „eine dogmengeschichtliche Untersuchung“ erfordert. Die gewöhnlichsten Gemeinplätze der Volkswirtschaftslehre durch Autoritäten zu stützen, ist wirklich überflüssig und braucht auch von einer Doktorarbeit nicht verlangt zu werden. Keinesfalls erfordert das die „Wissenschaftlichkeit“. Der wesentliche Teil des Buches, die Darstellung der Theorien über das Maschinenwesen, leidet weniger unter diesem ästhetischen Mangel als die Kapitel, in denen E. seine eigene Theorie auseinandersetzt; er ist auch der bessere Teil und stellt im ganzen eine sehr verdienstvolle und nützliche Arbeit dar.

Es lag nicht in E.s Absicht, eine absolut vollständige Dogmengeschichte zu schreiben; er hat sich vielmehr darauf beschränkt, „typische Vertreter der einzelnen wissenschaftlichen Richtungen zu Wort kommen zu lassen“. Wir erhalten auf diesem Wege eine gute Übersicht der Entwicklungsgeschichte des Problems, wohl des wichtigsten in der Geschichte der Arbeiterklasse.

Von den Merkantilisten kommen COLBERT, FRIEDRICH DER GROSSE, MONTESQUIEU, SÜSSMILCH, JUSTI, SONNENFELS, BÜSCH, STEUART u. a. zu Wort. Während die älteren Vertreter dieses Systems die Maschine nur so lange willkommen heissen, als sie der Handarbeit keine Konkurrenz macht, lassen die späteren das neue Arbeitsmittel gerne zu, wenn es eine billigere Produktion ermöglicht, und schieben soziale Erwägungen beiseite. — Die Physiokraten schenken der Frage wenig Beachtung; wenn sie Stellung nehmen, sind sie nicht maschinenfeindlich. — In je einem umfangreichen Kapitel werden dann die Ansichten der Klassiker SMITH, LAUDERDALE, BENTHAM, RICARDO, MALTHUS, J. B. SAY, der Epigonen (MAC CULLOCH, SENIOR, TORRENS, J. ST. MILL), dann einiger Spezialisten (URE, BAINES, BABBAGE, GASKELL usw.), endlich von SISMONDI und MARX über die ökonomische und soziale Bedeutung der Maschine kritisch geschildert. — Zum Schluß untersucht E. das Maschinenproblem der Gegenwart, wobei er zu recht optimistischen Schlüssen gelangt.

Die Natur des Buches untersagt jedes Eingehen auf einzelne Meinungen, und so wollen wir uns auf die Richtigstellung einiger solcher Irrtümer beschränken, welchen man auch bei anderen Autoren begegnet. S. 121 wiederholt E. die nicht neue Behauptung, MARX sei der englischen Gewerkschaftsbewegung „verständnislos“ gegenübergestanden. Wenn es eines Gegenbeweises noch bedarf, so verweisen wir auf Kapitel 2, § 5 des „Elend der Philosophie“, auf die Beschlüsse der ersten Kongresse der Internationale und besonders auf die Äußerungen von MARX, die mitgeteilt sind in BRINGMANN, Geschichte der deutschen Zimmererbewegung, Bd. 1, S. 364; auch die Briefstelle von ENGELS in BEBEL, Aus meinem Leben, II, S. 321, mag hier angeführt werden. — Auf S. 122 unterstreicht E. SOMBARTS Kritik des Syndikalismus, besonders hinsichtlich dessen Stellung gegenüber der Maschine. Der SOMBARTSchen Darstellung des Syndikalismus wurde seinerzeit bereits von CHR. CORNÉLISSSEN die ge-

bührende Zurückweisung zuteil; wie wenig die Behauptung von der Maschinenfeindlichkeit der Syndikalisten begründet ist, davon zeugen außerdem zahllose Artikel der „Bataille syndicaliste“ und der „Vie ouvrière“, welche ausdrücklich die Entfaltung des Industrialismus als Basis des Sozialismus betrachten; Sabotage hat mit Maschinenfeindlichkeit nichts zu tun. — S. 134 finden wir die Behauptung, der Tarifvertrag habe „eine hohe Stufe politischer und gewerkschaftlicher Einsicht zur Voraussetzung“ und sei deshalb heute erst in solchen Gewerben zu finden, „die sich einer Organisation mit straffster Disziplin erfreuen können“. Die Verbreitung des Tarifvertrags hängt aber von ganz anderen Faktoren ab, in erster Linie von der Größe und der Kompliziertheit des Betriebes; gerade die wichtigsten Industrien (fast die gesamte schwere Industrie) erweist sich bisher dem Tarifvertrag unzugänglich.

Trotz dieser und der vorerwähnten Mängel und mancher Naivitäten wird sowohl der Historiker als auch der Sozialpolitiker oft zu E.s Buch greifen als zum ersten und im wesentlichen Teil auch gelungenen Versuch auf dem behandelten Gebiet der Dogmengeschichte.

Budapest.

ERWIN SZABÓ.

EDOUARD SILBERLING, Dictionnaire de sociologie phalanstérienne. Guide des Oeuvres complètes de Charles Fourier. Paris, Rivière & Co. 1911. gr. 8°. XI—459 S. (15 Fr.).

A. ALHAIZA, Fourier et sa sociologie sociétaire. Ebenda 1911. 80 S. (0·75 Fr.).

ALBERT LEFONTAINE, Charles Fourier. Paris, Bloud & Co. 1911. 63 S. (0·60 Fr.).

Wie der Saint-Simonismus ist auch die Lehre FOURIERS und der sozialtären Schule niemals über eine enge Anhängerschaft aus den Kreisen der besitzenden und gebildeten Klassen hinausgediehen und den Massen stets fremd geblieben. Ihre Ideen sind aber deshalb nicht verloren gegangen. Vielmehr kann ihre mittelbare und bis in die Gegenwart reichende Fernwirkung, besonders was den Assoziationsgedanken anbelangt, kaum überschätzt werden. Dies im Verein mit der Tatsache, daß das Interesse an der Entwicklungsgeschichte des Sozialismus auch in Frankreich stetig an Ausdehnung gewinnt, zeitigt immer wieder neue Studien über FOURIER — trotzdem man nach dem großen, ja übergroßen Werk von HUBERT BOURGIN, Fourier, Contribution à l'étude du socialisme français (1905), weitere kaum noch erwartet hätte. So auch die hier genannten von dem Fourieristen ALHAIZA, von dem auch das SILBERLINGSche Dictionnaire bevorwortet erscheint, und von LAFONTAINE. Beide — durch ihren klaren Aufbau empfehlenswerten — Schriftchen wollen nichts anderes als einen Überblick über das Gedankensystem Fouriers vermitteln — wie unzählige andere vor ihnen. Denn, wie ALHAIZA etwas melancholisch im Vorwort zum angezeigten Dictionnaire

bemerkt: „... les livres du Maître, abondants, un peu diffus, et d'une lecture laborieuse, qui demandent une application et une pénétration dont peu de lecteurs sont capables, ont toujours été d'une connaissance un peu ingrate à acquérir, et le seront davantage dans l'avenir, pour les esprits pressés de s'enquérir rapidement des principes de cette doctrine“. Dies allein schon rechtfertigt ihm und SILBERLING ein Nachschlagebuch, das es jedermann ermöglicht, sich bequem und an der Hand des authentischen Textes, also in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise über die Lehrmeinungen des Meisters zu unterrichten, ohne doch auf die Originale zurückgreifen zu müssen. Außerdem werde so Verfälschungen des „wahren Fourierismus“, durch falsche Zitate entgegengewirkt.

Das SILBERLINGSche Dictionnaire entspricht denn auch seinem Zweck vollkommen. Es stellt sich wirklich, wie ich mich durch eine Reihe von Stichproben überzeugt habe, als das dar, als was es ALHAIZA rühmt: „la condensation la plus parfaite et fidèle de l'œuvre entière, et notamment de la doctrine sociétaire qui en est l'essentiel“, soweit diese in den — 1841/48 in 6 Bänden erschienenen — „Oeuvres complètes“ niedergelegt sind. Diese umfassen jedoch bekanntlich nur die: „Théorie des quatre mouvements“ (1808), den „Traité de l'association domestique-agricole“ (2 Bde., 1822) u. d. T. „Théorie de l'unité universelle“ und „Le nouveau monde industriel et sociétaire“ (1829). Nicht auch: „La fausse industrie morcellée, répugnante, mensongère, et l'antidote, L'industrie naturelle“ (2 Bde. 1835/36) — ein Werk, das, vollständig, zu einer bibliographischen Seltenheit geworden ist; und ebensowenig eine Reihe anderer Schriften in Buchform und als Artikel in der „Réforme industrielle“ und „Phalange“ sowie schließlich die aus dem Nachlaß veröffentlichten und 1851/58 in 4 Bdn. gesammelten Manuskripte. M. E. hätte SILBERLING in sein Wörterbuch jedenfalls auch „La fausse industrie“ einbeziehen sollen. Der Historiker des Sozialismus und wer sonst dem System Fouriers unmittelbar näher treten will, wird sich aber der SILBERLINGSchen Arbeit, auch so wie sie ist, dankbar freuen.

Wien.

CARL GRÜNBERG.

GEORGES GUY-GRAND, La philosophie nationaliste. Paris, Bernard Grasset 1911. 225 S.

DERSELBE, La philosophie syndicaliste. Ebenda 1912. 236 S. (à 3.50 fr.).

In seinem kürzlich erschienenen Werke: Le procès de la démocratie (Paris, Colin 1911), hat G.-G., einer der Leiter der republikanischen und Laien-Jungmannschaft (Jeunesses républ. et laïques), die verschiedenen gegen die Demokratie gerichteten Strömungen vom rein politischen Standpunkt aus geprüft. In der erstgenannten der vorliegenden Schriften macht er nun den

Nationalismus als Ganzes, sowohl als allgemeine wie als Gesellschaftsphilosophie, zum Gegenstand der Untersuchung. Wohl lehnt er selbst den Nationalismus ab. Allein er schildert ihn mit so viel Unparteilichkeit und sogar Sympathie, daß es offenbar nur Schuld der nationalistischen Lehre selbst ist, wenn auch der Leser sich nicht von ihrer Richtigkeit zu überzeugen vermag.

Der französische Nationalismus stellt sich als realistische und konkrete Form des alten ideologischen Traditionalismus dar, der unter der Restauration blühte. Ihm ist der Gedanke des Vaterlandes oder, genauer, der Begriff des nationalen Interesses Kriterium und Ende aller menschlichen Gefühle, Lehren und Handlungen. Die Nation ist ihm das Bindeglied zwischen dem zu engen individuellen Egoismus und dem allzu weiten und verschwimmenden idealistischen Humanitarismus; sie allein soll dem Geist als Endursache alles Tuns und Lassens vorschweben; ihr allein wird die Fähigkeit zugesprochen, die vom philosophischen Kritizismus erschütterte Selbstgewißheit und Disziplin wieder herzustellen. Die Nationalisten predigen eine positive Theorie des nationalen Interesses: sie scheiden dieses nicht von der monarchischen und katholischen Idee, die — wie sie erklären — das Land groß und stark gemacht hat.

Für manche unter ihnen mag es nicht allein auf irrationaler Hinneigung zum Althergebrachten allein beruhen, wenn sie der Tradition huldigen, sondern vielmehr gerade auf Erwägungen der Vernunft, die, über die Aera des Kritizismus und der Negation hinausgelangt, sich endlich im Besitz endgültiger Wahrheit glaubt. Der Katholizismus erscheint ihnen, auch wenn sie Atheisten oder irreligiös sind, als das vollkommenste System sozialer, politischer und sittlicher Organisation, als Meisterwerk menschlicher Vernunft und ewiger Klugheit. So machen sie denn aus seinen Wahrheiten ein Dogma. Anderen Nationalisten wieder erscheint dieser Appell an die reine Vernunft wertlos; zumeist Literaten und Romanciers, sprechen sie ihrerseits allen Wert dem Instinkt und der Intuition zu und stellen sich auf rein relativistischen und geschichtlichen Boden. Praktisch fließen jedoch beide Thesen zusammen, und beide gipfeln in der Forderung einer stark hierarchischen Gesellschaft, in der die Herrschaft und mit ihr das Monopol der allgemeinen Kultur der Intellektuellen zufiele, während die beherrschten Klassen, ausschließlich wirtschaftlicher Erwerbstätigkeit gewidmet, auch nur eine dieser entsprechende Ausbildung erhalten würden.

An die detaillierte und von großer Achtung für die Personen und Ideen getragene Darstellung der nationalistischen Doktrinen schließt G.-G. deren Kritik. Dem Nationalismus gegenüber gelten dieselben Einwendungen wie gegenüber jedem Dogmatismus namentlich auf sozialem Gebiet. Jedenfalls kann er nicht beanspruchen, daß sich die Kritik ihm gegenüber Schweigen auferlege. Die angeblich absoluten Gesetze, die er aufstellt, tragen nicht schon in sich selbst den Beweis für ihre objektive Richtigkeit: sie sind subjektive Auffassungen wie andere auch. Ein schwerer historischer Fehler ist

es, die Rolle der demokratischen Ideen und Taten in Frankreich zu verkennen, und psychologisch verfehlt, das Ideal der arbeitenden Klassen und deren Glauben in die Souveränität der Arbeit unter Betonung des historischen Fatalismus und mit der Behauptung von der Unveränderlichkeit der herrschenden Gesellschaftsordnung zu leugnen. Nicht minder bleibt die Theorie von den leitenden Klassen ungerechtfertigt und unbewiesen, daß dieselben auch die nötige Eignung zur Herrschaftsausübung besäßen. Diese kritischen Bemerkungen schließt der Verf. mit dem Urteil: daß der Nationalismus weder den Gläubigen noch den Philosophen befriedigen könne. Er vermöge sich weder auf den Begriff des reinen Interesses zu stützen — denn der Egoismus, an den er so appellierte, würde dieses zu weit finden und ihm das Ich vorziehen — noch auf das Pflichtbewußtsein — denn dieses falle keineswegs in seiner Gänze mit dem Begriff Vaterland zusammen — und die Sittlichkeitsgebiete diesem höheren Ideale vorzuziehen, falls beide in Konflikt geraten. Der Grundfehler des Nationalismus bestünde darin, die Moral der Politik unterzuordnen und demgemäß das politische allen anderen sozialen Problemen voranzustellen. So verkenne er denn auch ebensowohl die ökonomische Gerechtigkeit wie das Individualrecht des Bürgers und die Strebungen zum ästhetischen und sittlichen Universalismus hin. Aus diesem engen Dogmatismus fließe die Intoleranz und der Haß des Nationalismus gegen alles außerhalb seiner selbst, seine überspannte Heftigkeit gegen Individuen und Parteien, die er als dem nationalen Interesse feindlich erklärt. All das berührt in der Praxis äußerst peinlich und trägt — wie G.-G. mit Recht hervorhebt — mehr noch vielleicht als innere Widersprüche und doktrinäre Hohlheit dazu bei, alle jene dem Nationalismus fernzuhaltenden, die Haß und Brutalität als Formen der Mentalität ansehen, welche die Menschheit mit der Wurzel auszurotten die Aufgabe habe.

Der Nationalismus befindet sich noch im Entwicklungsstadium. Die syndikalistische Philosophie hingegen scheint in Frankreich bereits zur Vollendung gediehen; und zwar so sehr, daß seine Erfinder, wie von ihr ernüdet, sich anderen Disziplinen zugewendet haben, und daß der hervorragendste unter ihnen, GEORGES SOREL, jüngst mit fliegenden Fahnen in das Lager des katholisch-konservativen Nationalismus übergegangen ist. Genau besehen wurzeln übrigens — wie G.-G. in vortrefflicher Weise zeigt — Syndikalismus und Nationalismus in derselben Geistesverfassung. Beide stellen eine Reaktion dar gegen den Intellektualismus und — politisch — gegen die Demokratie. Beide erstreben gedankliche Konzentration um einen einzigen Begriff; nur daß sich der Syndikalismus nicht auch, wie der Nationalismus, der Idee des nationalen, sondern der des Klasseninteresses bedient. Er begreift eine Philosophie, Moral und Soziologie der Produktion in sich; er stützt sich einerseits auf den — engst formulierten — historischen Materialismus und betont ausschließlich die geschichtliche Kausalität der ökonomischen Technik, während er andererseits — fußend auf der durch den BERGSONSchen Prag-

matismus in die Mode gebrachten Psychologie — die Superiorität der Intuition behauptet, die im Menschen das Göttliche, das Übermenschliche wiederfinde und als bewegende Kraft der sozialen Tätigkeit, der Kollektivanstrengungen nicht die beweisbaren Gedankenreihen, sondern die Mythen erklärt. Und da die Produktionstechnik in der Menschheitsgeschichte allein ausschlaggebend sei, so sei es auch Sache der Produzenten allein, die Institutionen der Zukunftsgesellschaft zu gründen, deren Grundriß und Charakter sich ihnen durch ihren eigenen Anlauf offenbaren werde. So sollten sie sich denn von der Demokratie abwenden, die ihre Energie von der Produktion ab und zur Beschäftigung mit absurden politischen oder idealistischen Problemen lenke; so sollten sie einer neuen, den Lebensbedingungen des Proletariats selbst entsprungenen Moral folgen, die sie vor der Zersetzung der bürgerlichen Demokratie bewahren werde — einer Moral, die, asketisch in ihren Geboten, die souveräne Würde der Arbeit betone und ihre Alleineignung, die Institutionen zu bestimmen.

Wie den Nationalismus kritisiert der Verf. auch den Syndikalismus eingehendst, und er versucht eine Rehabilitierung des Intellektualismus gegenüber dem subjektivistischen und häufig mystischen Pragmatismus der syndikalistischen Philosophie. Unter Hinweis auf den Begriff des Mythos, der sich nicht als Beschreibung von Tatsächlichem, sondern als Willensausdruck, als spontane Schöpfung der Intuition darstelle, zeigt er, daß die angeblichen, von den Syndikalisten ausgedachten Mythen mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen und keine rationale Prüfung ertragen. Aus der menschlichen Tätigkeit lassen sich weder Intellekt noch Endzweck ausschalten. Ohne der proletarischen Bewegung ein über sie selbst hinausreichendes Ziel zu setzen, vermögen die Syndikalisten dieselbe nicht zu rechtfertigen, und daß sie aus ihr jede bewußte Zwecksetzung ausschließen wollen, nötigt sie nur zu Paradoxen wie: daß die Lehrzeit als Revolutionär auch eine solche als Produzent sei. Es ist denn auch höchst unwahrscheinlich, daß der Syndikalismus der demokratischen Strömung werde widerstehen können, die ihrerseits dem Ziel zustrebt: dem Proletariat die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu vermitteln und ihm die Muße zu deren Aneignung zu verschaffen, indem es ihm eine Abkürzung der Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen verschafft. Und es liegt auf der Hand, daß jeglicher Fortschritt und jede Ausbreitung des wissenschaftlichen Geistes von einer proportionalen Zurückdrängung des irrationalen Elements begleitet ist.

Die syndikalistische Philosophie läßt alles in der Gesellschaft, was nicht zur Produzentengruppe gehört, unbeachtet, und faßt zugleich den Begriff der Produktion in enger und subjektiver Weise auf. Unter Vernachlässigung der hauptsächlichsten Ausblicke auf das Gesellschaftsleben läßt sie sich einzig durch die Kategorie: Klasse, hypnotisieren. Der Überspannung des Nationalismus hält die demokratische Philosophie entgegen, daß der Patriotismus nur auf Basis der Gerechtigkeit stark sein könne, dem einseitigen Syndikalismus

aber, daß es keine Klassen-, sondern nur menschliche Tugenden gibt. Syndikalismus wie Nationalismus sündigen beide durch die Enge und Unvollständigkeit ihrer Anschauung; die demokratische Philosophie hingegen, die G.-G. in hohen Tönen preist, bietet eine umfassende Synthese, die, statt das Leben zu verstümmeln, die Gegensätze zu harmonisieren sucht.

Beide besprochenen Schriften sind reich an tiefen Gedanken und geistvollen Argumenten; die Analyse der behandelten Lehren zeichnet sich gleichermaßen durch Klarheit und Nüchternheit aus — ein Vorzug, der um so höher zu werten ist, wenn man den Mangel an Präzision in den herangezogenen Texten in Betracht zieht; die Kritik schließlich geht überall in die Tiefe, ohne je Eleganz der Form und feinste Höflichkeit der Ausdrucksweise vermissen zu lassen.

Paris.

ROGER PICARD.

GIUSEPPE SCARLATTI, *L'Internazionale dei lavoratori e l'agitatore Carlo Cafiero. Reminiscenze storico-sociali. Con prefazione di FRANCESCO SAVERIO MERLINO e cenno biografico di LORENZO CENNI.* Firenze, Camera del Lavoro 1909. 89 S. (0,50 Lira.)

Die kleine historische Erinnerungsschrift eines alten Internationalisten, der vom ländlichen Hilfsarbeiter und Handlanger zum Arbeiterführer aufgestiegen und später in eine Bombenaffäre verwickelt, zu langjährigem Zuchthaus verurteilt worden ist. Sie beschreibt, in vielfacher Anlehnung an bereits erschienene historische Quellenwerke, die Periode des älteren italienischen Sozialismus, insbesondere die Geschichte der italienischen Internationale in Florenz in den 70er Jahren. Was darüber hinausgeht, ist ungenau und häufig falsch. So ist es unsinnig, LOUIS BLANC und CABET der Vaterschaft zur Theorie von der Notwendigkeit der Entfesselung aller bestialischen Instinkte im Menschen zu zeihen (S. 19) und zu behaupten, daß sich MARX und BAKUNIN auf dem Haager Kongreß 1872 persönlich gemessen sowie daß alle romanischen Sozialisten hinter letzterem gestanden haben (S. 28) und daß die ersten italienischen Sozialisten 1866 Bakuninianer gewesen seien (S. 31) — B. wurde in Italien überhaupt erst viel später bekannt — u. a. m. Überhaupt ist die Schrift mehr als retrospektive Milieuschilderung, denn als Tatsachensammlung interessant. Es liegt in ihr wirklich noch jene großzügige, opferfreudige, wenn auch etwas naive und unkomplizierte Stimmung, die den italienischen Sozialismus in seiner Jugendzeit auszeichnet hat.

Turin.

ROBERT MICHELS.

NAPOLEONE COLAJANNI, *I partiti politici in Italia.* Roma, Libreria Politica Moderna 1912. 133 S. (1,50 Lira.)

Das Buch des bekannten italienischen Politikers und Statistikers an der Universität Neapel will uns vor allem eine Übersicht über den Stand der

heutigen Parteien in Italien geben. Als das sie alle vereinigende Element bezeichnet er den Mangel an Prinzipientreue und scharfen Scheidungslinien. Mit dieser Feststellung trifft C. den Nagel auf den Kopf. Diese Grundidee wird im einzelnen bei allen Parteien nachgewiesen; leider leidet der Nachweis unter zu vieler persönlicher Polemik, welche der Flüssigkeit des Stiles Abbruch tut. Die katholische Partei ist gleichzeitig königstreu (Roma, capitale d'Italia, incrollabile!) und papistisch, leistet zum Teil dem Gebot des Papstes, sich zum Protest gegen Savoyen an den Wahlen nicht zu beteiligen, Folge, teils greift sie energisch in sie ein, ohne desavouiert zu werden (S. 58). Die republikanische Partei (der übrigens C. selbst angehört) ist an Bedeutung stark zurückgegangen. In der interessanten Analyse der Ursachen dieser Erscheinung macht C. mit Recht geltend, daß die republikanische Partei ihrer Entstehung nach eine patriotische war; auf ihrem Banner habe die Befreiung und Einigung Italiens unter republikanischem Regime gestanden. Die Notwendigkeit des Kampfes aber habe es erforderlich gemacht, daß in diesem Dualismus das Regime in die zweite Linie habe gestellt werden müssen. Es sei psychologisch leicht erklärlich, daß viele Republikaner im Kampf um die Einheit so sehr aufgegangen seien, daß sie schließlich, als diese endlich erreicht worden sei, vergessen haben, für den zweiten, zurückgestellten Teil ihres Programms zu kämpfen, teils wohl auch weil sie fürchteten, damit das Erreichte wieder aufs Spiel zu setzen. Das erkläre das Verhalten der republikanischen Führer MAZZINI und GARIBALDI und den offenen Übergang CRISPIS zur Monarchie, mit dem Bemerkten, „es sei eine von dem nationalen Gedanken auferlegte Pflicht, das Bestehende nunmehr rückhaltlos anzuerkennen, denn während die Monarchie alle Italiener vereine, würde die Republik sie wieder teilen. Als aber dann die republikanische Partei, in dem Bewußtsein der nunmehr gesicherten Einheit des Vaterlandes und unter dem Eindruck der Reaktion, die in König HUMBERT I. ihren vornehmsten Vertreter hatte, anfangs der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts sich wieder auf sich selbst besonnen habe, da sei ihr ein inzwischen mächtig gewordener Konkurrent in den Weg getreten, der ihr die politische Basis selbst, nämlich die Arbeitermassen, unter den Füßen weggezogen habe, die sozialistische Partei (S. 67). Sehr richtig wird von C. unter den Elementen des schnellen Wachstums der sozialistischen Partei, im Einklang mit dem in meinem Buche „La borghesia e il proletariato nel movimento socialista italiano“ verwerteten Beweismaterial, die hohe sittliche Qualität seiner aus der Intelligenz stammenden Führerschaft hervorgehoben und darauf hingewiesen, daß daraus das Vertrauen der Massen zu ihren Führern entsprungen sei. Andererseits weist C. mit Nachdruck auf den gegenwärtigen Zerfall der italienischen Sozialdemokratie hin, den er, vielleicht mit etwas zu starker Betonung, wiederum überwiegend moralischen und psychologischen Faktoren zuschreibt: insbesondere dem Mangel an politischer Ehrlichkeit, der es verhindere, daß dem Sozialismus innerlich völlig entfremdete Elemente der Partei den Rücken kehren (S. 114);

ferner der Straflosigkeit, welche die Massen auch den frechsten Übertretern ihrer Gebote und Verhaltensmaßregeln unter den Führern zuteil werden läßt (S. 118); kurz, der ganzen zerfahrenen und fast beziehungslosen Art des Verhältnisses zwischen den Arbeitern und ihren Parteigrößen. Trotz seiner durchaus pessimistisch gefärbten Zustandsschilderungen kann C. am Schluß seines Buches doch nicht umhin, die sozialistische Partei als „ungeachtet ihrer Fehler, ihrer Schwächen und ihrer schweren Vergehungen im Besitz einer latenten metaphysischen Kraft, die in einer nicht fernen Zukunft ihre Wirkung nicht verfehlen wird“, zu bezeichnen (S. 125) — leider ohne hinzuzufügen, welcher Art diese verjüngende Kraft ihm zufolge sein könnte. Auf den Syndikalismus, der obendrein heute die Verfallserscheinungen der offiziellen Sozialistenpartei in hundertfach verstärktem Maßstabe aufweist, hat C., der den Ideen des sog. Neumarxismus immer aufs äußerste ablehnend gegenübergestanden hat, doch wohl kaum anspielen wollen.

Turin.

ROBERT MICHELS.

BRUNO FRANCHI, Enrico Ferri, il noto, il mal noto e l'ignorato. Con 45 illustrazioni, Torino, Bocca 1908. 180 S. (2,50 Lire.)

Man möchte diese Monographie des bedeutenden Volksführers durch seinen Lieblingsschüler Fr., den Redakteur der neukriminalistischen Zeitschrift „La scuola positiva di diritto penale“ in Rom, ein wertloses Machwerk nennen. Sie ist eine ganz kritiklose Apotheose des Meisters. Mehr noch: es fehlt ihr an jeder psychologischen Vertiefung. Auch gibt sie nicht einmal den äußeren Lebensgang FERRIS in übersichtlicher Form wieder. Es ist eine Sammlung von Lobreden, Anekdoten, Exklamationen und Einzelthaten, die uns da mit vielen Abschweifungen und einem Jungemädchenstil, der an Breite seinesgleichen sucht, in fürchterlichem Durcheinander dargeboten wird. Die Schrift, zu Zwecken der Reklame für eine Vortragstour FERRIS in Amerika entstanden, darf also auf wissenschaftlichen Wert keinen Anspruch erheben. FERRI ist eine so anziehende Erscheinung, menschlich von großem Reiz und sachlich als Demagog wie als Populärwissenschaftler von hohem Interesse für den Sozialpsychologen und den Parteihistoriker, daß er einen besseren Biographen verdient hätte, auch wenn dieser ihn schlechter behandelt hätte als der Lobsänger Fr. Ansätze zu einer wissenschaftlichen Behandlung des Phänomens FERRI sind auch bereits vorhanden. Ich möchte nur an das eben erscheinende Werk des Turiner Professors G. M. PATRIZI, L'Oratore (Milano, Treves 1912) erinnern, das den Typus des geborenen Redners anthropologisch mit vielem Scharfsinne analysiert und konstruiert, und zu dem sich u. a. ENRICO FERRI selbst als Studienmaterial und Untersuchungsobjekt hergegeben hat. Von soziologisch-psychologischen Gesichtspunkten aus habe

ferner ich selber ihn an mehreren Stellen meiner „Soziologie des Parteiwesens“ (Leipzig, Klinkhardt 1911, erweitert und besonders bezüglich FERRIS ergänzt in der ital. Aufl. Turin, U. T. E. T., 1913) zu skizzieren versucht. Ein gutes Bild seiner ganz persönlichen Art, zu denken und zu schreiben, gibt ferner seine von mir eingeleitete, übersetzte und kommentierte Schrift „Die revolutionäre Methode“ (Leipzig, Hirschfeld 1909).

Wenn aber auch, wie bemerkt, die Biographie FERRIS von FR. in Anlage, Auffassung und Schreibart gleich weit entfernt davon ist, als Muster dienen zu können, so ist doch in ihr so viel Material über die einzelnen Phasen FERRIS als Mann der Wissenschaft und der Politik, als Rechtsanwalt, als Vater usw. aufgestapelt, daß der Kenner (nicht der Laie) vielfach Nutzen aus ihr wird ziehen und Bausteine zu vertiefterer Arbeit in ihr finden können.

Da freilich, wo der Verf., wenn auch wohl den Angaben des Biographierten selbst folgend, den Versuch macht, FERRIS Bedeutung festzustellen und uns den Schlüssel zu den verblüffenden Erfolgen, die dieser Mann auf den verschiedensten Gebieten errungen hat, zu geben, tappt er ziemlich im Dunkeln. Ihm zufolge besteht FERRIS Größe in zweierlei: seinem Mut, der öffentlichen Meinung zu widersprechen, und der Sehergabe, die ihn stets das Richtige voraussehen läßt, bevor die Menge selbst es entfernt gewahr wird. Indes liegt insbesondere der erstere Punkt doch sehr anders. FERRI hat sich zweimal in sehr lebendiger, ja lauter Weise mit seiner eigenen Vergangenheit in Widerspruch gesetzt, wie man zu sagen pflegt, mit ihr gebrochen und dadurch vielen Staub aufgewirbelt und sich heftige Anklagen zugezogen. Einmal 1893, als er, der bereits weltberühmte Gelehrte und bürgerliche Politiker, der den Sozialismus in dicken Bänden zu vernichten getrachtet hatte, seinen Anschluß an die revolutionäre Arbeiterpartei erklärte; das zweitemal 1908, als er, der sozialistische Häuptling und unermüdliche Bekämpfer der reformistischen und revisionistischen Strömung in der Partei, sich dem König zum Minister anbot und seiner Geneigtheit für eine nationale Kolonialpolitik Ausdruck verlieh, was den Bruch mit der sozialistischen Partei bedeutete. Aber beidemale war die sprunghafte Handlungsweise weder so mutig noch so absolut uneigennützig, als es im ersten Moment scheinen mochte. Im ersten Fall gab er etwas Erreichtes auf, aber um Größeres zu erlangen. Durch seine Führung der Arbeiter und Bauern erwarb er sich eine dauernd feste Basis der Popularität, auf Grund deren er sich dann später die zweite Schwenkung gestatten konnte. Auch in diesem zweiten Falle nämlich gab er Großes auf, seine Beziehungen zur Partei, aber um Größeres zu gewinnen: die Gunst der Bourgeoisie und des Hofes. So ist FERRI denn heute in der seltenen Lage, in Italien oben wie unten der populärste Mann zu sein. Der andere Satz, den FR. aufstellt, hat immerhin einen Schein der Richtigkeit für sich. FERRI ist kein Hellseher. Aber er hat eine ausgezeichnet feine Nase für das Kommende. Nicht, daß er das Richtige früher erkennt, sondern daß er in der Volksseele keimende Stimmungen etc. eher als

andere gewahrt wird (und sich dann nach ihnen zu richten weiß), macht seine Größe aus. Seine Größe liegt da auf dem Gebiete des Instinktes, ganz abgesehen natürlich von den hohen Eigenschaften des Mannes von Genie und des Charmeurs, die FERRI zieren und ihn der Masse zum Halbgott stempeln.

Turin.

ROBERT MICHELS.

JOHN SPARGO, Karl Marx, his life and works. New and revised edition. New York, B. W. Huebsch 1910. Gr. 8°. 359 S. (Gebd. 8 sh. 6 d.)

Im Vorwort des genannten Werks weist Sp. auf die bemerkenswerte Tatsache hin, daß es bisher an einer zulänglichen Biographie des Begründers des modernen Sozialismus gefehlt hat, und noch seltsamer ist es, daß sie nun endlich weder aus seinem Geburtslande kommen soll, dem er geistig stets zugehört, noch aus dem Lande, in dem er während der letzten 34 Jahre seines Lebens dürftigen Schutz gefunden hat, sondern aus den Vereinigten Staaten von Amerika.

Sp. ist einer der Führer des amerikanischen Sozialismus und Mitglied des nationalen sozialistischen Vollzugsausschusses, zudem Journalist und Verfasser verschiedener Schriften, durch die er die sozialistischen Gedankenreihen bereichert hat. Er erscheint also zu seinem Unternehmen wohl befähigt. Seine in Druck und Illustrationen gleichelegant ausgestattete Darstellung ist denn auch ausgezeichnet geschrieben und wird, bis etwa eine umfassendere in Deutschland erscheint, für englische Leser die Lücke ausfüllen. Man geht wohl auch kaum fehl, wenn man annimmt, daß sie bald in andere Sprachen übersetzt werden wird.

MARX' Leben, das ein für die moderne Politik bestimmender Faktor geworden ist, hier zu skizzieren, ist überflüssig. Jede Geschichte des Sozialismus enthält einen Abriß desselben, und jeder kontinentale Leser kennt mehr oder minder ausführlich MARX' Kindheit und Erziehung, seine romantische Ehe, die Flucht aus dem Vaterlande, das ihn so wenig würdigte, sowie die ihr vorausgegangenen Kämpfe, seine Tätigkeit in England, wo er mit kurzer Unterbrechung von 1849 bis zu seinem 1883 erfolgten Tode in Armut und völlig unbekannt lebte.

Merkwürdig mutet der Gedanke an, daß der Gründer des modernen Sozialismus, der den größeren Teil seines Mannesalters in London als englisch-schreibender Journalist verbrachte, hier die Tatsachen über den Industrialismus seines Adoptivvaterlandes sammelte und in einziger Weise zur Erkenntnis des industriellen Fortschrittes benutzte, nach seinem Tode in England nur wenige hinterlassen hat, die in seine Fußstapfen traten, und daß er die englische Ideenentwicklung weniger unmittelbar beeinflusst hat als die irgend eines anderen Landes.

Sp. berichtet, MARX habe starken Einfluß geübt auf die ersten unserer modernen Arbeiterrechner, vor allem auf den nun lange, seit 1877, verstorbenen GEORGE ODGER, der zusammen mit ALLAN und dem noch als geehrter Veteran lebenden APPLGARATH in vorderster Reihe für den Fortschritt der arbeitenden Klassen eingetreten ist und sich an der Gründung der Internationale beteiligt hat. Man kann aber nur schwer behaupten, daß englische Arbeiter MARX vollkommenes Verständnis entgegenbracht und auf ihn als Führer geblickt haben. Ich selbst habe im Herbst 1883, sechs Monate nach MARX' Tode, die Fabian Society mit ins Leben rufen helfen. Die von H. M. HYNDMAN und anderen Marxisten 1881 begründete Social Democratic Federation stellte sich 1884 endgültig auf sozialistische Basis. In den folgenden Jahren der Agitation jedoch vermag ich in der englischen Bewegung keine Spur direkten Einflusses von MARX festzustellen. Noch vor zwei Jahrzehnten sprachen Männer, die in ihrer Jugend ROBERT OWEN gehört und ihn unterstützt hatten, nicht selten von dem Einflusse dieses merkwürdigen Mannes. MARX' Auffassungen hingegen drangen zu uns nicht durch Arbeiter, die er durch sein lebendiges Wort gewonnen hatte, sondern durch Männer, die seine Schriften studiert hatten. In der Tat muß MARX ein etwas wunderlicher Prophet gewesen sein. Wohlwollen und Kameradschaftlichkeit, die OWEN in hohem Maße eigneten, sind gewöhnlich unverträglich mit der glühenden Leidenschaft und dem dogmatischen Selbstvertrauen des geborenen Führers von Menschen. Nun versichert uns allerdings Sp., MARX sei sehr beliebt gewesen — bei seiner Familie! Er hatte aber dabei eine seltene Gabe, allzeit und mit jedermann in Streit zu geraten, und vermochte nicht leicht Widerspruch zu ertragen.

Das „Kapital“ erfuhr erst lange nach seinem Tode eine Übersetzung in Englische; außerdem aber mußten seine ökonomischen Theorien den wenn auch intelligenten, so doch an einfach politisch-praktisches Denken gewöhnten und wie alle Engländer abstrakten Konzeptionen und metaphysischen Methoden gegenüber mißtrauischen Arbeiterführern unverständlich bleiben. Der marxistische Sozialismus mochte immerhin auf englischem Boden geboren worden sein: den Engländern stellte er sich stets dar und war auch tatsächlich fremdrassig, unbegreiflich, nicht bodenständig und daher von zweifelhaftem Wert.

Bei aller Internationalität muß der Sozialismus doch auch national sein. Jedes Volk muß in seiner besonderen Art an seinem Heil wirken! So muß denn auch England sich seinen eigenen Sozialismus schaffen, sowohl in bezug auf die grundlegenden Prinzipien wie auf deren Anwendung, und schätzt gering, was hierin in der Fremde gedacht und getan wurde.

In einem Schlußkapitel untersucht Sp. die Gründe von MARX' Größe. Die Werttheorie, von der einst, in England jedenfalls, behauptet wurde, sie sei die allerwichtigste Manifestation menschlichen Denkens, gibt er auf. „Merkwürdig genug — schreibt er — ist seine weitaus wichtigste Großtat,

auf welcher hauptsächlich sein Ruhm sich aufbaut, fast gänzlich unbekannt; und ohne seine Bedeutung als Ökonomist verkleinern zu wollen, darf man wohl feststellen, daß die Formulierung der materialistischen Geschichtsauffassung ebenso wie die praktische Wirksamkeit als einer der Schöpfer einer großen internationalen Bewegung ihm sicheren und besseren Anspruch auf dauernden Ruhm gewähren.“

Ich meinerseits wage es auszusprechen, daß MARX' Größe auf einem anderen Gedanken beruht, der in Wahrheit neu war in der Welt, aber heute bereits allgemein anerkannt wird. Die sozialistischen Vorläufer MARX' waren Utopisten; sie forderten, die Menschen sollten um der Ausrottung der Armut willen sich in kleinen autonomen Gemeinschaften organisieren. MARX dagegen hat als erster die Welt gelehrt, daß die Beseitigung der Armut die wichtigste Angelegenheit des Staates als Ganzen ist. Und in diesem Sinne beruht nicht nur der moderne Sozialismus allein, sondern die politischen Prinzipien jeglichen modernen progressiven Staatslebens auf MARX' Lehren; und in England ist, so gesehen, der größte Marxist nicht H. M. HYNDMAN, sondern LLOYD GEORGE.

London.

EDW. R. PEASE.

FRANK T. STOCKTON, *The closed shop in American trade unions*. Baltimore, The John Hopkins press 1911. 8°. 187 S. (Doll. 1.—).

„Die größte Frage des amerikanischen Volkes seit dem Revolutionskrieg“ — so nannte das Organ des amerikanischen Metallindustriellenverbandes die Frage der „geschlossenen Werkstatt“. Tatsächlich richtet sich in Amerika vielmehr als in Europa das Bestreben der Gewerkschaften auf die Ausschließung der Nichtorganisierten von den Arbeitsstätten, die ihrem Einfluß unterliegen. Dieses Negativum birgt ja das Positivum der Beherrschung des Arbeitsmarktes in sich, des springenden Punktes im Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Der Prozentsatz der Streiks wegen Anerkennung der Organisation ist denn auch in Amerika merklich größer als in Europa und zeigt eine stetige Steigerung. Von 9 % in der Periode von 1881—1885 auf ca. 33 % in der letzten Berichtsperiode 1901—1905. (Handwörterb. d. Staatsw., III. Aufl., Bd. 1). Für das letzte Berichtsjahr 1905 berechnet der Verf. die Zahl dieser Streiks gar auf 41,3 % und die der beteiligten Personen auf 22,3 %. Die korrespondierenden Ziffern betragen nach unserer Berechnung: für Deutschland 1899/1905: 16 %, für Frankreich 1904/06: 25 %, für England 1901/10: 20 %. Schon dadurch ist eine Spezialuntersuchung dieses Teilproblems der amerikanischen Gewerkschaftspraxis vollauf begründet.

Was versteht man unter „closed shop“? Eine Werkstatt, „in der es den Mitgliedern einer Organisation nicht gestattet ist, mit Nichtmitgliedern zusammen zu arbeiten“ (S. 10). Die Gewerkschaften ziehen die Benennung

„union shop“ vor, weil diese Mißdeutungen, als ob z. B. kompetente Arbeiter ausgeschlossen werden sollten, vorbeugt. Andere in Amerika gebräuchliche Bezeichnungen sind: „fair shop“, „card shop“, „contract shop“, „organised shop“ usw.

Der Verf. untersucht zuerst das Aufkommen des Gewerkschaftswerkstattgedankens in Amerika und weist nach, daß er weder amerikanischen Ursprungs ist noch eine Erfindung der modernen Gewerkschaftsbewegung. Er ist in England so alt wie die Gewerkschaften selbst. Die WEBB und BRENTANO führen eine Reihe alter Arbeitergilden und Bruderschaften an, die das Zusammenarbeiten mit „gesetzlosen Personen“, d. h. mit solchen, die die durch Act of Elizabeth, c. 4, vorgeschriebene Lehrzeit nicht durchmachten, bitter bekämpften. Im Laufe der Zeit entwickelte sich daraus bei den alten Gewerkschaften und wirkt heute noch fast mechanisch das „Prinzip der Ausschließung“ von Nichtmitgliedern, und die jüngeren übernehmen von ihnen diese Praxis. Eingewanderte Arbeiter verpflanzten sie nach Amerika, und hier waren es — charakteristischerweise — zuerst die Buchdrucker von Newyork, die i. J. 1809 eine Bestimmung in ihre Statuten aufnahmen, die den Mitgliedern verbot, mit solchen zu arbeiten, die den vereinbarten Lohn nicht verlangten. Seither verschwand die Frage nicht mehr von der Bildfläche, wurde der Reihe nach von allen Branchen (mit Ausnahme der Eisenbahner und noch einiger) aufgegriffen, und war wohl der stärkste Beweggrund für die Bildung und den Zusammenschluß der Arbeitgeberorganisationen. Von der National Metal Trades Federation ging der Kampf um „persönliche Freiheit“ aus; sie gab auch seit 1901 die Zeitschrift „The open shop“ heraus; 1902, nach dem großen Anthrazitkohlenstreik, nahm sich die National Association of Manufacturers der Sache an und gründete hauptsächlich lokale Organisationen „Citizens' Alliances“, deren ausschließliche Aufgabe die Bekämpfung der Gewerkschaften war. 1906 hatte jede Stadt von Bedeutung ihre Alliance. Arbeitsnachweusbureaus wurden eröffnet, „Open shop schools“ gegründet, die Anstellung Organisierter verhindert, Gerichtsbeschlüsse gegen die Organisationen (leicht) erwirkt. Aus dem Kampf gegen die geschlossene Werkstatt wurde ein Kampf gegen die Gewerkschaften. Hier war es wiederum einzig die Nationale Vereinigung der Zeitungsverleger, die sich der Forderung der offenen Werkstatt nie anschloß. Andererseits nahmen die großen Arbeiterorganisationen Stellung in der Frage. Die American Federation of Labor erklärte sich auf ihrem Kongreß von 1903 „für die Gewerkschaftswerkstatt überall, sowohl in den Bundes-, den staatlichen und kommunalen, als auch in den privaten Unternehmungen“; die Industrial workers of the world und der Trade and Labor Congress of Canada faßten 1905 ähnliche Beschlüsse.

In den folgenden Kapiteln (III bis V) untersucht St. die verschiedenen Formen der geschlossenen Werkstatt: die „einfache“ (simple), die „ausgedehnte“ (extended), endlich die höchste Form, die „verbündete“ (joint),

bei der sich nationale Unionen gegen die Anstellung Nichtorganisierter verbinden. Kap. VI und VII sind den Methoden des Kampfes gewidmet. Das herrschende Prinzip ist: nicht einzelne zu organisieren, sondern Werkstätten zu unionisieren. Das geschieht, indem man erst so viel Arbeiter als möglich organisiert und dann den Unternehmer auffordert, die Gewerkschaft anzuerkennen und nur Gewerkschaftsmitglieder zu beschäftigen. Stimmt er nicht zu, so wird gewöhnlich die Arbeit eingestellt. Ist eine Werkstatt unionisiert, so wird scharfe Kontrolle geübt, meistens vermittels des „card-system“, während das „check-off-system“, bei welchem der Unternehmer selbst verhalten ist, die Gewerkschaftsbeiträge und -Strafen vom Lohn abzuziehen, in neuerer Zeit von den meisten Organisationen — mit Recht — verpönt wird.

In diesem Kampf werden natürlich alle Mittel, die auch auf dem Kontinent bekannt sind, angewandt und es geht auch nicht ohne gegenseitige „moralische“ Vorwürfe ab. In schlechten Zeiten wieder sehen die schwächeren Unionen von der strikten Anwendung der closed shop-Regel ab und erlauben ihren Mitgliedern, zeitweilig „under cover“, d. h. incognito (oft sogar unter fremden Namen) in offenen Werkstätten zu arbeiten.

Das letzte Kapitel ist den sozialen Gesichtspunkten des Problems gewidmet. Es wird sein Einfluß auf die Leistungsfähigkeit des Betriebes, auf die Nichtorganisierten, endlich auf die Trade Unions selbst geprüft; der Verfasser steht der geschlossenen Werkstatt durchaus zustimmend gegenüber; namentlich auch, weil sie „den Weg zu der höchsten und wirkungsvollsten Form des kollektiven Handelns eröffnet“ (S. 180). Die von vielen geforderte staatliche Regelung der Gewerkschaften will er nur zulassen, „after the closed shop has been widely enforced.“ „Gegenwärtig ist sie, in der Mehrheit der Berufe, bloß teilweise durchgeführt und auch da nur mit großen Schwierigkeiten“ (S. 181).

Damit schließt das fesselnde und reichhaltige Buch. In Europa hätte ein näheres Eingehen auf die Rückwirkung der closed shop auf unsere Auswanderer, auf die Höhe der Eintrittsgelder usw. interessiert. Sr. erklärt sich an einer Stelle (S. 168) gegen die „closed union“, wir hätten aber gerne mehr darüber gehört. Auch die mit der Anerkennung der Gewerkschaft oft verbundene „exclusive agreement“-Vereinbarungen, in denen die Gewerkschaft sich verpflichtet, ihren Mitgliedern zu verbieten, bei Unternehmern zu arbeiten, die der Arbeitgeberorganisation nicht angeschlossen sind (S. 61), hätte mehr Beachtung verdient. Wir wissen, daß solche Verträge bei den Schriftsetzern auch in Europa nicht selten sind und viel und heftig kritisiert werden.

Es ist überhaupt bezeichnend, daß auch in Amerika das Buchdruckergewerbe die stärksten Tendenzen zum „gewerblichen Frieden“ zeigt, während die Metallindustrie im „Scharfmachen“ vorangeht. Andererseits bestätigt auch die vorliegende Arbeit die Wahrnehmung, daß die amerikanische Arbeiterbewegung, selbst die viel geschmähte American Federation of Labor, in

ihrer Ideologie viel gemäßigter, in ihren Handlungen hingegen, ihren praktischen Forderungen und Kampfmethoden viel radikaler ist als die europäische, namentlich aber die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Man muß SAMUEL GOMPERS Recht geben, wenn er bei Vergleichung des Programmes der deutschen Sozialdemokratie und der Forderungen und Erfolge der A. F. of L. sagt: „Vergleiche man die obenerwähnten Forderungen und Erfolge mit den Erfolgen und unmittelbaren Forderungen welcher Arbeitervereinigung immer und irgendwo und der Vergleich wird zum Ansehen, zur Ausdauer und zum Vorteil der Arbeiterbewegung unseres Landes ausfallen.“ („American Federationist“, May 1912, S. 369.) Es fragt sich bloß, ob auch der Vergleich mit den Bedürfnissen der Zeit, heute und in Amerika, so günstig ausfallen würde?

Budapest.

ERWIN SZABÓ.

Fackföreningsrörelsen i Sverige, Norge, Danmark, Tyskland, England och Frankrike jämte specialutredningar för Sverige, herausgegeben von Landsorganisationen i Sverige. I—III. 264, 578, 160 S. Stockholm, Tidens Verlag, 1912. (5 Kr.)

Die vorliegende Arbeit ist durch einen Vorschlag, die Gewerkschaftszentrale Schwedens zu reorganisieren, veranlaßt. Zu dessen möglich gründlichster Vorbereitung bestellte die Landesorganisation der Gewerkschaften vor drei Jahren ein Komitee. Das Resultat der Vorbereitungsarbeit dieses Komitees nun ist eine ausführliche Darstellung der gewerkschaftlichen Bewegung in den skandinavischen Ländern sowie in Deutschland, England und Frankreich. Den Hauptwert hat natürlich der I. — von GOTTFR. BJÖRKLUND, dem Schriftführer des schwedischen Holzarbeiterverbands verfaßte — Band, der Schweden behandelt. Die ersten schwedischen Gewerkschaften wurden in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts gebildet. Der Typographen-Verband geht freilich bis 1846 zurück; von seiner Wirksamkeit in den ersten 25 Jahren ist aber keine Spur zu entdecken. Von 1879 ab nahmen die Arbeitseinstellungen an Zahl und Umfang beträchtlich zu; auch kamen nach und nach sozialistische Ideen in Umlauf. Sie wurden besonders von HJÄLMAR BRANTING, dem langjährigen Redakteur des „Social-Demokraten“ und Führer der Arbeiterpartei verbreitet, dessen Einfluß in der schwedischen Sozialdemokratie wahrscheinlich größer gewesen ist als irgend eines anderen Führers in den übrigen europäischen Ländern. Als später die meisten Gewerkschaften sich zu National-Fachverbänden zusammenschlossen und diese wieder (1898) zu der fachlichen Landesorganisation, geschah es in nahem Anschluß an die sozialdemokratische Partei. Die meisten Gewerkschaften gehören der Partei an; die Landesorganisation und die Parteileitung stehen aber einander recht selbständig gegenüber, obwohl es auch — infolge des Mangels an klaren Organisations-

bestimmungen — bisweilen vorkommt, daß die eine in das Gebiet der anderen übergreift.

Die Geschichte und Organisation der Gewerkschaftsbewegung in Norwegen und Dänemark, die den Hauptinhalt des II. Bandes ausmacht (die Übersichten über deutsche, englische und französische Verhältnisse bieten nichts Neues), sind der schwedischen ziemlich ähnlich. Doch ist in diesen beiden Ländern die Zentralisation viel straffer durchgeführt. In Dänemark ist daher in den letzten Jahren eine Opposition rege geworden gegen die vermeintlich zu große Vorsicht der Zentralleitung und deren zu starke Nachgiebigkeit den Arbeitgeberverbänden gegenüber, welche größere Bewegungsfreiheit der einzelnen Gewerkschaften fordert. Teilweise von syndikalistischen Agitatoren geleitet, bedroht sie die Gewerkschaftsbewegung mit völliger Auflösung. Angesichts dieser Gefahr steht auch in Dänemark das Reorganisationsproblem auf der Tagesordnung. Und ähnliche oppositionelle Tendenzen sind in Norwegen zu verspüren. Die Neuerer erstreben aber hier vorläufig keine Auflösung der Landesorganisation, sondern nur die Radikalisierung der bestehenden Verbände und der Gewerkschaftszentrale selbst.

Kristiania.

EDV. BULL.

Det tyvende aarhundrede. Jubiläumsnummer, August 1912. Kristiania. Social-Demokraten. Jubiläumsnummer, 22. August 1912. Ebenda.

Am 22. VIII. 1887 wurde „die norwegische Arbeiterpartei“ als selbständige politische Partei gebildet. Sie kann somit dieses Jahr auf eine 25jährige Wirksamkeit zurückschauen. Aus Anlaß dieses Jubiläums haben nun sowohl die einzige sozialistische Zeitschrift Norwegens, „Das XX. Jahrhundert“, als auch das Hauptorgan der Partei, „Social-Demokraten“, wertvolle Publikationen zur Geschichte der Partei gebracht.

In „Social-Demokraten“ gibt zuerst CARL JEPPESEN, einer der Veteranen der Partei, einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Arbeiterpartei. Verdienstvoll ist namentlich seine Hervorhebung der eigentümlichen Schwierigkeiten, die der norwegischen Sozialdemokratie vom Anfang an im Wege standen. In dem scharf zugespitzten Verfassungskampf in den 70er und 80er Jahren war es der Linken möglich geworden, dank ihrer vorzüglich organisierten Agitation sehr tief in das Volk zu dringen. Die ersten sozialistischen Agitatoren fanden daher eine Arbeiterschaft vor, die größtenteils schon einer politischen Organisation angehörte und jedenfalls bestimmte politische Anschauungen hegte. Durch die Unions-Streitigkeiten mit Schweden wurde die Lage noch mehr kompliziert. Die Arbeiterpartei sah sich gezwungen, das nationale Programm der Linken noch zu übertrumpfen und forderte infolgedessen die Auflösung der Union mit Schweden (1892). Erst

nach mehr als zehn Jahren wagte die Linke, sich dieser Forderung offen anzuschließen, die bekanntlich 1905 auch verwirklicht wurde. Hatte sich das politische Leben früher fast ausschließlich um nationale Fragen gedreht, so wurde nun die Bahn frei für eine reine soziale Politik und damit auch für eine rasche Aufwärtsentwicklung der Arbeiterpartei.

Scharf beleuchtet wird diese Entwicklung durch die eingehende Darstellung der Geschichte des „Social-Demokraten“, von dessen langjährigem Redaktionssekretär O. TOKERUD. Von Interesse sind auch die Artikel von: FERNANDA NISSEN, Die sozialdemokratische Frauenbewegung; HALVDAN KOHT, Norwegen vor der Arbeiterpartei; OLE O. LIAN, Die Fachorganisation in unserer Zeit.

Das Jubiläumsheft des „Tyvende aarhundrede“ enthält u. a. Erinnerungen von JEPPESEN über „den ersten Lohnkampf norwegischer Arbeiterinnen 1889.“ In der Zündholzindustrie wurden damals in großem Maße Giftstoffe verwendet, die furchtbare Krankheiten, insbesondere die Phosphornekrose, unter den Arbeitern zeitigten. Der Arzt OSCAR NISSEN und der Dichter BJÖRNSTJERNE BJÖRNSSON zeigten dem Publikum die jungen Frauen mit den von der Nekrose verheerten Gesichtern, und eine gewaltige Welle von Sympathie wogte ihnen entgegen. Andererseits konsolidierten sich auch die Konservativen, und die ganze Hauptstadt teilte sich tatsächlich über diese Frage in zwei feindliche Lager. Der moderne Klassenkampf wurde hier zum ersten Male seit THRANE von dem großen Publikum als akut gefühlt. — KOHT zeigt eingehend im Art. „Der Sozialismus MARCUS THRANES“, wie SAINT-SIMON, CABET und vor allem WEITLING den ersten norwegischen Sozialisten beeinflußt haben, daß dieser aber der marxistischen Auffassung näher steht als irgendeiner von jenen Männern und daß ihm die Klassenkampftheorie recht deutlich vorgeschwebt hat. — Unter den übrigen Artikeln wären zu nennen die feine Charakteristik des Begründers der Arbeiterpartei CHR. H. KNUDSEN von LUDW. MEYER und die Betrachtungen KNUDSENS über die Kämpfe der Partei um das allgemeine Wahlrecht.

Kristiania.

EDV. BULL.

OLA CASTRÉN, De sociala strömningarna i Frankrike på Ludvig XIV.s tid, Helsingfors 1911. 8°. 383 S.

Die Arbeit, die eine Habilitationsschrift ist, gibt zuerst als Einleitung eine summarische Übersicht der bekannten Ideen über Staat und Regierung verschiedener Schriftsteller des 16. und 17. Jahrhunderts (MACHIAVELLI, BODIN, HOBBS, LOCKE u. a.). Darauf folgt als Hauptteil des Buches die Darstellung der inneren Zustände Frankreichs zur Zeit Ludwigs XIV. oder richtiger, der Auffassung COLBERTS von jenem Zustande, ebenso wie der Be-

strebungen dieses Ministers, vorhandenen Mißständen abzuhelpen und die Finanzen des Landes zu bessern. So werden in besonderen Kapiteln die Finanz- und Volkswirtschaftspolitik COLBERTS, seine Bevölkerungs- und Kolonisationspolitik, seine Ansichten über die verschiedenen Stände eingehend besprochen — alles nach seinen an den König gerichteten Memoiren und anderen Schriftstücken. Das Werk schließt mit einer Darstellung der sozialen Ideen in der französischen Literatur der Zeit, wobei besonders VAUBAN und BOISGUILLEBERT sowie die Staatsromane (von VAIRASSE u. a.) berücksichtigt werden.

Das Fazit dieser Musterung des betreffenden Zeitabschnittes in bezug auf soziale, d. h. zunächst bauern- und arbeiterfreundliche Ideen und sozialpolitische Maßnahmen zugunsten dieser Volksklassen ist sehr dürftig. Es kann auch nicht anders sein, denn es gab ja sehr wenig des einen wie des anderen im Frankreich Ludwigs XIV. Dennoch ist die innere soziale Entwicklung, die eben in dieser Zeit stattfindet, sehr bedeutsam. Die Umwandlung der Stände in Klassen, die Aufhebung der Isolierung und der Sonderrechte der Provinzen und Städte und das Emporsteigen eines Großkapitalismus mittels der königlichen Finanzverwaltung sind soziale Erscheinungen von größter Bedeutung. Alles wird aber unter anderem als sozialpolitischem Gesichtspunkt aufgefaßt. Was geschieht, vollzieht sich im Namen des Königs und zu dessen Nutzen, demgemäß unter politischer Etikette. Denn die absolute Monarchie ist zugleich Mittel und Ziel dieser ganzen Entwicklung. Darum machen sich soziale Gesichtspunkte und Rücksichten so wenig geltend.

Die Arbeit C.s ist ein Erstlingswerk, was sich auch vielfach bemerkbar macht. Der Verf. hat aber die einschlägige Literatur gründlich durchgearbeitet und zeigt in der Beurteilung derselben einen kritischen Blick, der für die Zukunft viel verspricht. So sei ihm denn zur Fortsetzung der Forschungen, zu denen er sich mit der vorliegenden Schrift als sehr berufen erwiesen hat, bester Erfolg gewünscht.

Djursholm.

PONTUS FAHLBECK.

Dr. EDVARD BENEŠ, *Stručný nástin vývoje moderního socialismu* (Kurzer Entwurf der Entwicklung des modernen Sozialismus). 2 Bde. Brandeis a. d. Elbe, 1910/11. 194 u. 272 S.

Das angezeigte Werk ist bisher noch unvollständig. Es liegen von ihm vorläufig nur vor der Einleitungs- und der Schlußband. Jener ist überschrieben: *Podmínky vzniku a vývoje moderního socialismu* (Die Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen des modernen Sozialismus) und enthält die Genesis des neuzeitlichen praktischen und theoretischen Sozialismus. Der Verf., zur-

zeit Professor an der Prager tschechischen Handelsakademie, hat es verstanden, die Klippen der Einseitigkeit im Gefolge übermäßiger Betonung der materiellen, wirtschaftlichen Bedingungen des Sozialismus zu vermeiden. Er geht mehr soziologisch vor, und es ist ihm ziemlich gelungen, die Pluralität der wirkenden Kräfte zu erfassen, obzwar deren Fülle dadurch nicht erschöpft worden ist. Die soziale Frage überhaupt hat nach B.s Darstellung nicht bloß die materielle Lage der breiten Schichten der Gesellschaft zur Voraussetzung, sondern entsteht erst, wenn sich dieselben über ihre drückende Lage klar werden und zum Selbstbewußtsein ihrer menschlichen Persönlichkeit gelangen. Die soziale Frage ist der Ausdruck der Kulturentwicklung und des Fortschritts von Nation und Menschheit.

B. schildert der Reihe nach zuerst die wirtschaftlichen, dann die ideellen Bedingungen für die Entstehung der sozialistischen Theorien und analysiert unter den letzteren besonders den Einfluß von Philosophie und Wissenschaft, wobei speziell der Anteil der modernen Nationalökonomie hervorgehoben, aber auch die ethischen Gründe und die Verbindung mit dem Humanitätsgedanken sowie die religiöse Grundlage der modernen vormarxistischen Lehren nicht vergessen werden. Von den politischen Ursachen wird hauptsächlich die Bedeutung der französischen Revolution gewürdigt. Man erhält so im ganzen ein recht anschauliches Bild von dem sozialen Konsensus der wichtigsten mitbestimmenden Ursachen, dank denen der moderne Sozialismus emporgewachsen ist, wengleich illustrativ vorwiegend ein einziges, freilich das wichtigste Land, nämlich Frankreich, herangezogen worden ist.

Auf die Frage nach dem Primat der beiden Hauptkategorien von ursächlichen Faktoren — der materiellen und der geistigen — geht B. nicht näher ein. Er begnügt sich vielmehr damit, ihre notwendige Wechselwirkung zu betonen und darzulegen, daß bei der Entwicklung der sozialen Frage niemals „ein Moment ohne das andere existierte, daß in dem Augenblick, wo das eine erschien, auch das andere als sein Korrelat aufgetreten ist, daß beide verschiedene und gleichwesentliche Seiten einer und derselben Sache bilden“.

Kann man B. hierin durchaus zustimmen, so scheint mir dagegen die Scheidelinie zwischen den „Utopisten“ und dem „wissenschaftlichen Sozialismus“ etwas zu scharf gezogen. Es ist wohl an der Zeit, das Vorurteil über die Nichtwissenschaftlichkeit der Ideologen und die alleinige Wissenschaftlichkeit des Marxismus fallen zu lassen. Eine ganze Reihe von Ideologen sind nicht weniger wissenschaftlich als MARX, und bei diesem wiederum finden sich ebenfalls Utopien, obzwar er gegen Rezepte für den Küchentopf der Zukunft eine große Abneigung hatte. Übrigens ist die Aufzählung der ideologischen Denker nicht vollständig: man vermißt unter ihnen ungerne C. PECQUEUR, den klarsten und reifsten Kopf des vormarxistischen Sozialismus.

B. plant im weiteren eine Darstellung des gegenwärtigen Standes der sozialen Bewegung in den einzelnen europäischen Ländern. Von ihr liegt

jedoch bisher nur als Schlußheft des ganzen Werkes vor: „Dělnické hnutí v Rakousku a v Čechách“ (Die Arbeiterbewegung in Österreich und in Böhmen). Gerade dieses Heft aber erweckt mehr Interesse als der theoretische Einleitungsband, weil es u. a. auch akute Zeitprobleme der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie berührt.

Die letztere ist seit einigen Jahren in einem Entwicklungsprozeß begriffen, der auf ihre gänzliche Verselbständigung abzielt. Diese Verselbständigung vollzog sich zuerst in der politischen Organisation, erfuhr dann ganz natürliche Übertragung auf die Gewerkschaftsbewegung und hat schließlich auch das Genossenschaftswesen erfaßt. M. E. ist hierin ein elementares Geschehnis zu erblicken, gegen das man sich vergeblich sträuben würde, ein Exponent der wachsenden materiellen, biologischen und kulturellen Vitalität eines aufsteigenden Volkes. Die tschechische Sozialdemokratie fühlt ihre Kraft, und ihr Selbstbewußtsein wird durch die Überzeugung gesteigert, das Recht sei auf ihrer Seite. Diese elementare Entwicklung ist gesund, und zwar nicht nur für die tschechische Sozialdemokratie, sondern auch für die österreichische überhaupt und nicht weniger für die gesamte Internationale. Denn zweifellos ist den Zielen der Internationale um so besser gedient, je kräftiger, konsolidierter und lebensfroher die Sozialdemokratie jeder Nation als Einheit innerhalb des Rahmens der internationalen Harmonie ihren Platz einnimmt. Und das muß der tschechischen Sozialdemokratie zugute gerechnet werden, daß sie aus voller Überzeugung und besten Willens bestrebt ist, sich dieser Harmonie einzufügen, und daß sie den Hauptzielen und Hauptprinzipien der Internationale redlich Treue hält. Die Grundlage ihres Verselbständigungsprozesses ist auch eine durchaus sozialistische. Gebührt ja nicht in letzter Linie eben dem Sozialismus das Verdienst mutiger und gerechter Verfechtung des modernen Prinzips, daß jeder Nation, sei sie groß oder klein, das Recht der Selbstbestimmung eigne. Denn dieses Prinzip ist die Folge nicht nur der modernen Entwicklung zur Menschenwürde, sondern auch der sozialistischen Lehre von der Ausbeutung, resp. Nichtausbeutung. Übrigens ist die angedeutete Entwicklung innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie so spontan und stark, daß sie eigentlich so alt ist wie diese selbst: Sehr früh schon, nämlich bereits am 7. IV. 1878, haben sich die tschechischen Sozialisten in Prag (im Gasthaus zu St. Margareten hinter dem Strahover Tor) als selbständige Partei konstituiert. Daß sie auf dem Hainfelder Parteitag von 1888/89 in der zentralistischen, ganzösterreichischen Organisation aufgingen, bedeutete nur eine Episode. Denn schon 1893 wurde in Budweis neuerdings die selbständige tschechoslawische sozialdemokratische Partei gegründet. Auf dem VI. Kongreß der österreichischen Sozialdemokratie in Wien (1897) kam es zum Neuaufbau der österreichischen Sozialdemokratie auf föderativer Basis. Seither zerfällt die früher einheitliche österreichische Partei in 6 selbständige (die deutsche, tschechische, polnische, ruthenische, italienische und südslawische) Parteien mit gemeinsamer Exekutive.

Bald nachdem in Österreich eine moderne Gewerkschaftsbewegung entstanden war, schloß sie sich zu einer zentralistischen Reichsorganisation zusammen. Die Verschmelzung der tschechischen Gewerkschaften mit dieser Reichsorganisation hat ebenfalls nicht lange gedauert. Schon 1896 kam es zur Bildung einer selbständigen tschechoslawischen Gewerkschaftsorganisation, der immer zahlreichere Gewerkschaften beitraten, und die Konzentration sämtlicher tschechischen Gewerkschaften ist nur eine Frage der Zeit. Und da die tschechische Sozialdemokratie auch über ein selbständiges Genossenschaftswesen verfügt, so wird sie in kurzem auf allen vier Gebieten sozialistischer Betätigung — der politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen, kulturellen — als einheitlicher, konsolidierter, in allen Teilen von gleichem Geist erfüllter Körper dastehen. Jetzt schon ist ihre Potenz eine beachtenswerte: zählt ja die Partei bereits mehr als 130 000 organisierte Mitglieder. Das sollte, möchte man meinen, von der ganzen sozialistischen Welt nur mit Freude begrüßt und gefördert werden. Indessen hat es bei der Internationale, wie deren Beschluß auf dem Kopenhagener Kongreß von 1910 gezeigt hat, nur wenig Anerkennung gefunden und noch geringere bei der deutschen Sozialdemokratie in Österreich. Zum Teil erklärt sich diese Erscheinung dadurch, daß man das Wesen und die Bedeutung der Entwicklung innerhalb des tschechischen Sozialismus nicht klar begriffen und daher auch nicht richtig gewürdigt hat. Solches ist auch, z. B. für einen Engländer oder Franzosen, mit Rücksicht auf die besonders eigenartige Gestaltung und Kompliziertheit der Verhältnisse in Österreich sehr schwer. So wird es wohl noch einige Zeit brauchen, bis richtige Einsicht sich Bahn bricht.

Hierzu könnte einigermaßen eine gründliche historisch-kritische Darstellung der sozialen Bewegung in Österreich und eine objektive soziologische Würdigung der sozialistischen Bestrebungen bei den einzelnen Nationen beitragen, aus denen dieses Staatswesen sich zusammensetzt. An derartigen Monographien mangelt es jedoch zurzeit noch stark. Erst i. J. 1908 ist eine Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von JULIUS DEUTSCH erschienen, ein Werk, das also auch nicht die gesamte soziale Bewegung zum Gegenstand hat. Ebenso gibt es keine eingehende und erschöpfende Darstellung der tschechischen Arbeiterbewegung. Eine sehr gute Studie über ihre Anfänge ist aus der Feder des Prager Universitätsprofessors CYRILL HORÁČEK vorhanden: *Počátkové dělnického hnutí v Čechách*, Prag 1896. Denselben Gegenstand hat später Dr. ZDENĚK TOBOLKA behandelt in: *Počátky dělnického hnutí v Čechách*, Prag 1903. Einige Beiträge zur Geschichte der Partei hat sodann J. ŠREINER geliefert: *Utrpení sociální demokracie československé* (Der Leidensweg der tschechoslawischen Sozialdemokratie), Prag 1902. Eine Übersicht über die Gewerkschaftsbewegung haben J. ŠREINER und E. ŠKATULA geboten mit: *Deset let odborového hnutí československého* (10 Jahre tschecho-

slawischer Gewerkschaftsbewegung), Prag 1907. Ferner hat der dem Lager der deutschen Sozialdemokratie angehörige Dr. OTTO BAUER veröffentlicht: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1908, und auf tschechischer Seite der Abgeordnete FRANZ MODRÁČEK: Národnostní otázka v sociální demokracii rakouské (Die Nationalitätenfrage in der österreichischen Sozialdemokratie), Prag 1908. Es gibt schließlich noch weitere instruktive Abhandlungen über die Entwicklung und den jetzigen Stand der tschechischen sozialen Bewegung, z. B. von Dr. LEO WINTER in der „Tschechischen Revue“ (Jahrg. I, III, IV). Eine zusammenfassende Behandlung der ganzen Bewegung steht aber noch aus.

Das Unternehmen B.s, auf breiterer Basis die historische Entwicklung der sozialen Bewegung in Österreich von ihren Anfängen um das Jahr 1848 bis zu den heißen Kämpfen der neuesten Zeit zu verfolgen und zu würdigen, verdient demnach Anerkennung. Allerdings ist seine Schrift nicht erschöpfend. Sie stellt sich vielmehr als erster Versuch dar, sich auf den verwickelten Bahnen der Sozialdemokratie in Österreich zu orientieren. Zu diesem Zweck zerlegt B. die dargestellte Zeit in eine Reihe von Abschnitten, für die er sodann nacheinander je die deutsche und die tschechische Arbeiterbewegung gesondert schildert. In einem Schlußkapitel wird außerdem die Entwicklung bei den übrigen Nationen Österreichs übersichtlich skizziert, und zwar zuerst die polnische Bewegung in Galizien, sodann die Bildung der selbständigen ukrainischen, ferner der südslawischen und zuletzt der italienischen Partei.

Das meiste Interesse beansprucht die Schilderung des Verhältnisses zwischen der deutschen und der tschechischen sozialen Bewegung. Mit Recht hebt B. hervor, daß der tschechischen Bewegung — bei aller ihrer, schon durch die Zeitfolge der Entwicklung bedingten Abhängigkeit von der deutsch-österreichischen — doch stets eine gewisse Selbständigkeit und Originalität geeignet hat. Zu den hierfür von B. erwähnten Gründen möchte ich noch den anführen: daß der Sozialismus auf tschechischem Boden von jeher Heimatsrecht hat. Man denke nur an den Kommunismus der Taboriten und der Böhmischen Brüder! Auch er schon ermangelte nicht der Originalität. Für die moderne Zeit betont B. richtig, daß die tschechische sozialdemokratische Partei schon seit 1887 ihr eigenes, präzis ausgearbeitetes, klares und modern sozialistisches Programm besitzt. Was in diesem gefordert wurde, das hat später in Hainfeld die sozialdemokratische Partei Österreichs in wenig veränderter Form auch auf ihre Fahne geschrieben. Der Hainfelder Kongreß hat dann allerdings seinerseits die tschechische Bewegung beeinflußt. Allein die in Hainfeld beschlossene Einheitlichkeit der ganzösterreichischen Partei hat eigentlich immer nur mehr in der Theorie als in der Praxis existiert. „Tatsächlich entwickelten sich die Verhältnisse in Böhmen immer selbständig, und so existierte auch jetzt — trotz der Annahme des einheitlichen Programmes — in Böhmen eine gewisse Unabhängigkeit, wenn nicht

formell, so doch tatsächlich. Die Partei besaß eine viel zu fest gewurzelte Tradition, als daß sie infolge eines Kongreßbeschlusses mit ihrer aus der Vergangenheit überkommenen organischen, inneren Einheitlichkeit und Selbständigkeit hätte brechen und zu unbedingter Einheit mit der österreichischen Bewegung verschmelzen können.“ Und der politischen analog war auch die Entwicklung im Gewerkschaftswesen, die eben den wunden Streitpunkt innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie ausmacht.

B. schildert den Kampf um die Gewerkschaften von Anfang bis über den Kopenhagener Beschluß hinaus mit ziemlicher Ausführlichkeit. Er sieht in ihm mehr als einen bloßen Streit um die Form der Gewerkschaftsorganisation. Dieser erscheint ihm nur als etwas Äußerliches; den inneren Grund und das wahre Wesen des Kampfes sucht er anderswo, vor allem nämlich in dem lebendigen Nationalgefühl sowohl auf tschechischer wie auf deutscher Seite. Dieses Nationalgefühl mag hie und da manchmal unter der Bewußtseinschwelle bleiben, schwächer wird es deswegen nicht. Denn es ist ein psychologisches Element, das, auf dem Gattungsbewußtsein gegründet, sich in jedem menschlichen Wesen spontan entwickelt, einen wesentlichen Teil der menschlichen Individualität ausmacht und meistens ohne Wissen dieser oder jener Persönlichkeit nach seinem Recht ruft. Außerdem aber manifestiert sich im Verselbständigungsprozeß auf dem Gebiete des Gewerkschaftswesens die der tschechischen Nation überhaupt eigene Hinneigung zur Idee des Föderalismus. Neben diesen beiden Gründen führt B. als dritten auch den an, den die tschechische Sozialdemokratie selbst ins Treffen führt: den Hinweis darauf, daß die Partei sich nicht würde gedeihlich entwickeln können, wenn sie hinter sich keine starke Gewerkschaftsorganisation hätte.

B. bemüht sich, in dem Streite möglichste Unparteilichkeit zu bewahren. Er anerkennt die Vorteile einer starken zentralistischen Gewerkschaftsorganisation, muß aber zuletzt zugestehen, daß das Recht ausschließlich auf der tschechischen Seite ist. An einer Reihe von Beispielen zeigt er, wie das Nationalgefühl der deutschösterreichischen Sozialdemokratie in eine Ignorierung der gerechten Forderungen der tschechischen Partei mündet und sogar in nationale Ungerechtigkeit ausartet, und sieht darin einen sozialistischen Bankerott ihres Sozialismus, wie er überhaupt meint: der Sozialismus, der zuerst die Lösung der nationalen Gegensätze verheißen hat, sei eben an diesem Punkte gescheitert. Als Mittel zur Lösung dieser akuten Nationalstreitigkeiten auf dem Gebiete des Gewerkschaftswesens schlägt er dessen Föderalisierung unter Beibehaltung eines vermittelnden Zentralausschusses vor, denselben Weg also, den die politische Organisation beschritten hat.

Bei seiner Betrachtung der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie in Österreich gelangt B. zum Schlusse, daß die Sozialdemokratie in diesem Staatswesen einen selbständigen Typus neben der reichsdeutschen, französischen oder englischen repräsentiere. Sie ist seiner Meinung nach

wesentlich, innerlich und prinzipiell reformistisch, formell, äußerlich und taktisch marxistisch-orthodox. Die Partei hat offiziell ein Programm angenommen, das sich in revisionistischer und reformistischer Richtung beliebig ausdehnen läßt, hat aber diesem inneren Reformismus einen äußerlich radikalen und marxistischen Anstrich gegeben. Sie ist so zwar nicht konsequent, aber ihr unerschütterliches Prinzip ist absolute Ausschließlichkeit, eine splendid isolation. Diese Haltung hilft ihr über innere Konflikte hinweg, denn die Reformisten müssen durch die reformistische Tätigkeit befriedigt sein, und die Marxisten sind zufrieden, daß sie als Machthaber den reformistischen Handlungen orthodoxen Sinn unterlegen. Das ist ein wahres Unikum in der ganzen sozialistischen Welt. Allein die Entwicklung und die Erfolge der Partei haben gezeigt, daß ihr dieser Zustand zustatten kommt. Ein weiterer charakteristischer Zug der österreichischen Sozialdemokratie ist ihre praktische Tendenz. Auch die Führer sind vorwiegend Männer der Praxis. Die Bewegung leidet an Mangel an Theorie. In Österreich gibt es keinen einzigen sozialistischen Theoretiker großen Stils. Die österreichische Sozialdemokratie zeichnet sich ferner durch die Ehrfurcht vor der Legalität aus. Und schließlich ist für sie eine ungeweinte Intimität zwischen politischer und gewerkschaftlicher Organisation bezeichnend, die für die Sozialdemokratie der anderen europäischen Länder seit dem internationalen Kongreß zu Stuttgart vorbildlich geworden ist.

Bei der tschechischen Sozialdemokratie kehren im ganzen dieselben Züge wieder. Daneben aber begegnet man aber auch einigen besonderen: vor allem einer gewissen Derbheit, Folgerichtigkeit und tschechischer Hartköpfigkeit. Ebendeshwegen glaubt sie an einige sozialistische Lösungsworte aufrichtiger als andere sozialistische Parteien und steht der tschechischen Bourgeoisie verschlossener gegenüber als die deutsche Partei dem deutschen Bürgertum. Deswegen hat sie auch zur Überraschung der ganzen tschechischen Öffentlichkeit im Parlament eine gegenstaatsrechtliche Erklärung abgegeben, trotzdem sie wußte, wie erregend dieselbe auf die übrigen tschechischen Parteien einwirken muß, nur um einen Beweis ihrer Überzeugung zu liefern. Für die Theorie zeigte sie mehr Sinn, denn sie besitzt schon seit über 15 Jahren eine wissenschaftliche Revue: die „Akademie“. Zurzeit ist sie freilich durch praktische Tätigkeit zu sehr absorbiert. Ihr eigenartigster Zug aber ist, daß sie eine exklusive Arbeiterpartei ist, was wiederum dem Charakter des tschechischen Volkes entspricht. — Dieser Charakteristik möchte ich noch beifügen, daß der tschechische Sozialismus schon seit dem Kommunismus der Böhmisches Brüder sich ununterbrochen durch eine gewisse Vergeistigung von dem materialistisch gerichteten deutschen unterscheidet.

Manchen Ansichten des Verf. möchte ich nicht beistimmen. Doch ist hier nicht der Ort, hierauf näher einzugehen. Was die formelle Seite anbelangt, so war es bei der gewählten Stoffanordnung und angesichts der

außerordentlichen Kompliziertheit des behandelten Problems sicherlich schwer, öftere Wiederholungen zu vermeiden. Aber es hätte sich wohl manches konziser und genauer formulieren lassen. Man hat den Eindruck etwas zu großer Hast. Der Verf. bekennt übrigens selbst, daß er die letzte Hand an sein Werk nicht habe anlegen können. Diesem Umstande ist auch eine gewisse Schwerfälligkeit der Ausdrucksweise zuzurechnen. Doch soll durch diese Bemerkungen das Verdienst des Verf. nicht geschmälert werden. Seine Arbeit wird von einem künftigen Geschichtschreiber der tschechischen Arbeiterbewegung nicht übersehen werden dürfen.

Prag.

BŘETISLAV FOUSTKA.

Chronik.

Juli 1911 — Juni 1912.

I.

VII. Internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Budapest 10.—12. VIII. 1911¹⁾.

Vertreten waren die angeschlossenen Landeszentralen von Belgien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Kroatien, Österreich, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Spanien, Ungarn, den Vereinigten Staaten; außerdem durch Gastdelegierte die nicht angeschlossene Landeszentrale von Bulgarien und die I(ndustrial) W(orkers) of the W(orld) aus den Vereinigten Staaten.

Die gefaßten Beschlüsse bezogen sich auf:

I. Die gewerkschaftliche Einheit in den verschiedenen Ländern.

1. Abgelehnt wurde mit allen gegen die französischen Stimmen der — von diesen vertretene — Antrag auf Zulassung der I. W. W.²⁾

2. Angenommen wurde — mit allen gegen die bulgarischen Stimmen — ein von Österreich, Ungarn, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien eingebrachter Antrag, der die beiden streitenden bulgarischen Landeszentralen³⁾ zu nochmaligen Ein-

1) Nach dem Bericht: im Achten Intern. Bericht über d. Gewerkschaftsbewegung 1910. Hrsg. v. Intern. Sekret. d. gewerkschaftl. Landeszentralen Berlin 1911, S. 20/40

2) In Amerika befehlen sich die angeschlossene A(merica) F(ederation of) L(abor) und die 1905 auf revolutionärer Grundlage von DEBS, HEYWOOD und DE LEON gegründeten I. W. W., die der A. I. L. „Harmonieduselei“ vorwerfen.

3) Die bisher angeschlossenen „Weitherzigen“ mit 6 Verbänden und 4016 Mitgliedern und die „Engherzigen“ mit 11 Verbänden und 6038 Mitgliedern.

gungsversuchen im eigenen Land und zur Berichterstattung hierüber an das I(nternationale) S(ekretariat) behufs eventueller weiterer Entscheidung verpflichtete, bis dahin aber beide als außerhalb des I. S. stehend erklärte.

3. Wurde diskussionslos ausgesprochen:

„Es werden unter Wiederholung der 1907 in Christiana beschlossenen Pflicht der Organisationen, sich ihrer Landeszentrale anzuschließen, die internat. Berufssekretariate und Verbände ersucht, nur solche Organisationen zuzulassen, die ihrer zuständigen Landeszentrale angehören, und auf diejenigen Organisationen, die ihren internat. Berufssekretariaten angeschlossen sind, ohne ihrer Landeszentrale anzugehören, dahin zu wirken, daß sie sich der zuständigen Landeszentrale anschließen.“

4. Wurde ebenfalls diskussionslos folgende Resolution angenommen:

„Die Einheit der Arbeiterbewegung wird immer zwingender angesichts des sich mehr und mehr und ohne Unterlaß zentralisierenden Unternehmertums. Die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen, deren Mission die Verteidigung der allgemeinen Interessen des Proletariats ist, können keinesfalls die Fortdauer des jetzigen Zustandes der Arbeiterzersplitterung wünschen. — Zur Erreichung ihres endgiltigen Zieles soll die Gewerkschaftsbewegung auf dem ökonomischen Gebiete des Klassenkampfes die Gesamtheit der Lohnarbeiter, ganz gleich welcher Richtung, umfassen. Diesem Grundsatz entsprechend (stimmen) die Vertreter des Proletariats aller Länder . . der Verpflichtung zu, unter Ausschaltung aller persönlichen Fragen alles zu tun, um die Einheit der Arbeiterbewegung in ihren Ländern herbeizuführen.“

II. Internationale Hilfsaktionen.

a) „Das I. S. hat sich an internat. Hilfsaktionen nur dann zu beteiligen, wenn gleichzeitig mehrere Berufs- oder Industrieverbände eines Landes derart in wirtschaftliche Kämpfe verwickelt sind, daß die zu deren Durchführung erforderlichen Mittel im eigenen Lande oder von den internat. Branchenorganisationen, denen die beteiligten Verbände angehören, nicht aufgebracht werden können.

b) Die Einleitung einer internat. Hilfsaktion hat ferner nur dann zu erfolgen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: 1. Von der Landeszentrale, der die zu unterstützenden Organisationen angehören, ist ein motiviertes Gesuch an das I. Gewerkschafts-S. einzureichen. Die Motivierung soll enthalten: einen summarischen Bericht über Ursachen

und bisherigen Verlauf des Konflikts, ferner eine Übersicht über die Organisationsstärke und die finanzielle Leistungsfähigkeit der hilfesuchenden Organisationen. 2. Die zu unterstützenden Organisationen müssen Mitglieder einer dem I. Gewerkschafts-S. angeschlossenen Landeszentrale sein, insofern nicht besondere politische Verhältnisse des Landes dies unmöglich machen. In Ausnahmefällen kann das I. S. auch eine Hilfsaktion einleiten, wenn in einem Lande eine solch große Anzahl Arbeiter eines Berufes im Kampfe steht, daß die Mittel des eigenen Landes oder vom I. Gewerkschafts-S. nicht ausreichen. 3. Ferner wird die Unterstützungsaktion nur für solche Organisationen weitergeführt, die das I. S. durch regelmäßige Information über den Verlauf der Kämpfe orientieren und sich zur Veröffentlichung der Abrechnung über die Kosten des Kampfes verpflichten.

c) Sind die im Abschnitt b) bezeichneten Bedingungen erfüllt, so hat das I. Gewerkschafts-S. die Hilfsaktion einzuleiten. Das an die Landeszentralen gerichtete Unterstützungsgesuch soll enthalten: eine kurze Begründung, ein Gutachten des I. S. und, soweit dies möglich erscheint, bestimmte Vorschläge über die Art und Weise, wie die Unterstützung am zweckmäßigsten erfolgen könnte.

d) Das I. S. hat ferner dafür zu sorgen, daß bei länger andauernden Kämpfen die an der Hilfsaktion sich beteiligenden Landeszentralen von Zeit zu Zeit über die Situation unterrichtet werden und daß in allen Fällen baldmöglichst nach Abschluß des Kampfes den betreffenden Landeszentralen Bericht und Abrechnung über den Kampf erstattet werden.

e) Alle Gelder werden dem I. S. übermittelt, welches nach Abschluß des Kampfes eine Abrechnung veröffentlicht.“

(Einstimmig angenommen¹⁾).

III. Die Zuwanderung ausländischer Arbeiter während Lohnkämpfen und in Zeiten wirtschaftlicher Depression.

„Die Konferenz erklärt, daß es das Ziel der Arbeiterbewegung aller Länder ist, mit allen Kräften die Abwanderung der Arbeiter aus einem Lande in andere Länder in Zeiten industrieller Depression, während Lohnkämpfen oder wenn solche bevorstehen, zu verhindern; es ist die

1) Auf Antrag der Schweiz; nur der zweite Satz von b₂ und e auf Antrag Hollands eingeschaltet.

Pflicht der verantwortlichen Vertreter der Arbeiterbewegung des in Frage kommenden Landes, den I. S. zu informieren, welcher seinerseits sofort den Vertretern der Arbeiterschaft jeden Landes Mitteilung macht¹⁾.“

IV. Die Bekämpfung der Nachtarbeit.

„Die Konferenz fordert die Arbeitervertreter in allen Parlamenten auf, dafür zu wirken, daß in ihren Ländern ein gesetzliches Verbot der Nachtarbeit in allen denjenigen Industrien, in welchen diese nicht unbedingt notwendig ist, eingeführt wird²⁾.“

Außerdem wurde beschlossen: a) ein Protest wider die feindselige und hemmende Haltung der rumänischen Regierung gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter Rumäniens; b) eine Sympathieresolution zugunsten der norwegischen Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Unternehmer; c) die Überweisung eines holländischen Antrags an das I. S. auf Ersuchen an die Landeszentralen, Nationalkomitees zur Bekämpfung der Heimarbeit zu gründen oder solchen Komitees beizutreten, die sich dem „Bureau permanent du travail à domicile in Brüssel“ anschließen.

Anträge auf Abhaltung Internationaler Kongresse (Frankreich) und auf Begründung einer Internationalen Arbeitsfördererunion (Verein. Staaten) wurden den Landesorganisationen zum Studium zugewiesen.

II. Deutsches Reich.

Landesversammlung der Sozialdemokratie Elsaß-Lothringens zu Mühlhausen i. Els. 23. VII. 1911³⁾.

Angenommen wurden Resolutionen „Gegen das Marokko-Abenteuer“ und „Gegen die Eisenbahner-Maßregelungen“; ferner Beschlüsse über eine durch die neue Landesverfassung bedingte Änderung des Organisationsstatuts sowie über die Taktik bei Reichstagswahlen; endlich folgende Resolution über die

1) Auf Antrag der Verein. Staaten.

2) Auf Antrag Schwedens.

3) Nach dem Berichte im Berliner „Vorwärts“ v. 27. VII. 1911.

Landtagswahlen:

„Die ... L.V. ... erklärt es als Pflicht der Parteigenossen, bei den bevorstehenden Landtagswahlen in allen jenen Wahlkreisen in den Wahlkampf einzutreten, in denen ein agitatorischer, organisatorischer oder Mandaterfolg irgendwie nur möglich erscheint. Die sozialdemokratische Partei führt in sämtlichen Wahlkreisen den Wahlkampf in vollständiger Unabhängigkeit, ohne Rücksichtnahme auf irgend eine der bürgerlichen Parteien, mit allem Nachdruck die grundsätzlichen Forderungen der klassenbewußten Arbeiterschaft betonend und für die Verwirklichung des Sozialismus wirkend. Ob und inwieweit nach dem ersten Wahlgange eine Vereinbarung mit anderen Parteien erfolgen darf, entscheiden mit bindender Kraft für die Genossen der Landesvorstand und die Landeskontrollkommission, die als Zentralwahlkomitee eingesetzt sind, in gemeinsamer Sitzung mit den Vertretern der Kreisvorstände. Diese Sitzung findet am Tage nach der Hauptwahl in Straßburg statt.“

Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens in Meissen 20.—22. VIII. 1911¹⁾.

Beschlossen wurde mit allen gegen 9 Stimmen ein neues Organisations-Statut für die Landespartei, das sofort in Kraft trat.

Parteitag der sozialdemokratischen Landesorganisation Badens in Offenburg 26.—27. VIII. 1911²⁾.

Beschlossen wurden Resolutionen über:

I. Die Maifeier.

„Ausgehend von den Maifeierbeschlüssen der Intern. Sozialist. Kongresse und der deutschen Parteitage hält der PT. der badischen Landesorganisation daran fest, daß die würdigste Demonstration für den Maifeiergedanken die Arbeitsruhe ist. — Der PT. macht den Parteigenossen zur Pflicht, ihre Maifeiern ausschließlich nur am 1. Mai abzuhalten. Veranstaltungen vor oder nach dem 1. Mai haben keinen Anspruch auf die Bezeichnung ‚Maifeier‘.“

(Einstimmig angenommen.)

1) Protokoll über d. Verhandlungen d. Landesversammlung. Dresden, Kaden & Co. 1911. 2) Protokoll und Bericht des soz. dem. Landesorganisation Badens. Mannheim 1911.

II. Sonderorganisationen und -Klubs.

„Der PT. beschließt, daß ohne Zustimmung der örtlichen Organisationen keine Klubs und Sonderorganisationen gegründet werden oder bestehen dürfen. Da, wo zu Bildungszwecken besondere Vereinigungen und Zusammenkünfte notwendig sind, sind solche nur im Rahmen der Parteiorganisation zulässig^{1) 2)}.“

(In namentlicher Abstimmung mit 116 gegen 34 Stimmen angenommen.)

Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei für das Großherzogtum Hessen zu Worms. 26.—27. VIII. 1911³⁾.

Angenommen wurde ein Antrag:

„Die LK. spricht die Erwartung aus, daß die Delegierten zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie (Jena) für Aufhebung des Parteibeschlusses, die Abführung des Tagesverdienstes am 1. Mai betreffend, eintreten.“

1) Dieser Beschluß richtete sich gegen den Mannheimer „Karl Marx-Klub“, der nach dem Magdeburger Parteitag (1910) von Gegnern der Budgetbewilligung (vgl. Archiv II, 208/09, 203/05) gegründet wurde, „um — auf dem Boden der Beschlüsse der Gesamtpartei — innere Vertiefung in das Parteileben hineinzutragen, durch gegenseitiges Diskutieren und gegenseitige Belehrung . . . die Gedanken des wissenschaftlichen Sozialismus in die Massen zu bringen und sie zu parteitaktischer Sicherheit (zu) erziehen“. (Deleg. Merkel. Vgl. Protokoll S. 16). Der Landesvorstand dagegen (vgl. Protokoll S. 17) warf ihm vor, „eine Sonderbündelei“ zu sein, mit dem „Zweck, sich zu einer Kamarilla auszuwachsen, einer Nebenregierung, die die Gesamtpartei nicht dulden darf.“ Und im Namen des Gesamtparteivorstandes gab dann auch EBERT (Protokoll S. 14/15) die Erklärung ab: die Partei müsse „besondere Organisationen neben der offiziellen Parteiorganisation, die sich (wie zweifellos der „Karl Marx-Klub“) mit Parteipolitik oder Parteiverwaltungsfragen befassen,“ entschieden bekämpfen. 2) Mit demselben Stimmenverhältnis wurde der von den Budgetgegnern eingebrachte Zusatzantrag abgelehnt: „Der PT. erachtet es für selbstverständlich, daß auch die badische Parteigenossenschaft sich auf den Boden der Beschlüsse des deutschen Parteitages zu stellen und namentlich bei Abstimmungen über das Budget den Klassencharakter des Staates darzutun hat.“ 3) Bericht d. Landesvorstands u. d. Parteisekretärs v. 1. VII. 1910 bis 30. VI. 1911, sowie der Landeskonferenz. Mainz, Volkszeitung.

Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs in Stuttgart. 2.—3. IX. 1911 ¹⁾.

Beschlossen wurden außer einigen Änderungen und Zusätzen zur Geschäftsordnung der Landesversammlung sowie zum Organisationsstatut, ferner zwei Resolutionen, die sich auf Streitigkeiten innerhalb der Landespartei bezogen, endlich einer Resolution „gegen die Einmischung der deutschen Regierung in den Marokko-handel und den empörenden Versuch, in Verbindung damit Deutschland in einen Krieg mit Frankreich hineinzuhetzen“, folgende Erklärung über

Das Wesen des Delegiertenmandats:

„Die LV. erkennt das Recht nicht an, den gewählten Delegierten für ihre Abstimmungen auf der LV. eine bestimmte Stellungnahme zur unabänderlichen Pflicht zu machen. Die einzelnen Abstimmungen müssen vielmehr immer das Ergebnis der auf der LV. selbst geführten Debatten sein, da der Wert und die Bedeutung dieser Debatten sonst illusorisch gemacht würden.“

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Jena. 10.—16. IX. 1911 ²⁾.

Angenommen wurden — außer Anträgen: a) Auf Anweisung der Delegierten der Partei im Internationalen Bureau: sie mögen „dahin wirken, daß die Maifeier auf die Tagesordnung des nächsten Intern. Sozialistenkongresses gesetzt“ werde; b) auf dringliche Aufforderung der Arbeiter zur Einhaltung des vom Leipziger Parteitage (1909) beschlossenen Schnapsboykotts; c) auf Wahl einer Kommission zwecks Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und Berichterstattung auf dem nächsten Parteitag; d) gegen die Vergewaltigung Finnlands durch den Zarismus; e) auf Veranlassung einer Broschüre über die Lage der englischen und deutschen Arbeiter und ihre Interessensolidarität; f) auf

1) Bericht d. Landesvorstandes, sowie Protokoll über d. Landesversammlung in Stuttgart 1911. 2) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages. Berlin, Vorwärts-Buchhandlung, 1911.

Einberufung von Frauenversammlungen zur Zeit der Reichstags-eröffnung behufs Protesterhebung gegen Lebensmittelwucher und Preistreiberei in allen Formen; g) auf Interpellation des Reichskanzlers durch die Reichstagsfraktion beim Zusammentritt des Reichstages über die Teuerung und Forderung von Reichs-, Landes- und Kommunalmaßnahmen gegen sie, sowie Aufforderung der Arbeiter zu gewerkschaftlichem, genossenschaftlichem und politisch-organisatorischem Zusammenschlusse; h) gegen die polizei-, schulaufsichts- und justizbehördliche Verfolgung der proletarischen Jugendbewegung und auf Aufforderung der Arbeiter und Arbeiterinnen zur Unterstützung der letzteren — folgende Resolutionen:

Ia. Zur Reichsverfassung.

Beauftragung der Reichstagsfraktion zu unverzüglicher Einbringung eines Antrages auf Abänderung und Ergänzung der Reichsverfassung in folgender Richtung:

„Unter Aufnahme der bereits gestellten Anträge die konstitutionell-demokratischen Forderungen des Erfurter Programms (Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege) in die Reichsverfassung zugleich als Verfassungsbestimmung eine Reichskriegssteuer auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften einzuführen, die im Falle eines Krieges mit dem Tage der Mobilmachung in Kraft tritt.“

Ib. Zur Frage internationaler Verwicklungen.

Beauftragung der Reichstagsfraktion zur Einbringung eines Antrages im Reichstage „wonach die Reichsregierung verpflichtet werden kann, in Fällen internationaler Verwicklungen den Reichstag einzuberufen und die gewählte Volksvertretung über die Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen unterrichtet zu halten.“
(Einstimmig angenommen.)

II. Zur Marokkoangelegenheit.

„Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Jena erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen jeden Versuch, einen männermordenden Krieg zwischen Kulturvölkern, wie sie das französische,

englische und deutsche sind, hervorzurufen, der notwendig ein Weltkrieg werden müßte und mit einer allgemeinen Katastrophe enden würde.

Die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique, in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszubeuten und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen, unter der verlogenen Vorgabe, „daß die Ehre und die Interessen der Nation“ dieses erfordern, weist der Parteitag als bewußte Fälschung der Tatsachen und schamlose Heuchelei zurück.

Die einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhetzung verschiedener Kulturvölker ein Interesse haben, sind neben den Kolonialpiraten die Chauvinisten zu Wasser und zu Lande, deren Handwerk der Krieg ist, die nach Avancement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Tasche stecken auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Kämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unglück gestürzt werden.

Nur den seit vielen Jahren betriebenen Hetzereien der interessierten Kreise ist es zu danken, daß Mittel- und Westeuropa wiederholt in einen Zustand kriegerischer Unruhe versetzt wurden. Diese Beutemacher versuchten dabei die Reichsregierung in die Rolle des gefügigen Handlangers zu drängen, damit sie die Wehr- und Volkskraft der Nation ihren Interessen opfere. Der Grad, in dem ihnen dies gelang, zeigt, wie die heutigen Regierungen nur der Verwaltungsanschluß für die Interessen der besitzenden Klassen sind.

Der Parteitag weist mit Empörung diese dem Volke gemachten Zumutungen zurück und erwartet, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern.

Der Parteitag fordert die sofortige Einberufung des Reichstags, damit der Volksvertretung Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern und den volksfeindlichen Machinationen entgegenzutreten.“

(Einstimmig angenommen¹.)

1) Zu diesem Resolutionsantrag — des Parteivorstandes — hatten Max und Hulda Maurenbrecher, sowie Gerhard Hildebrand folgenden Gegenantrag eingebracht:

„1. Angesichts des schnell zunehmenden Bedarfs der Kulturvölker an tropischen und subtropischen Nutstoffen; 2. angesichts der tatsächlichen Unfähigkeit vieler tropischer und subtropischer Völker, die von ihnen bewohnten

Die Reichstagswahl.

„Der Parteitag erwartet, daß, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, in denen die Partei

Gebiete schon jetzt in Einklang mit den Bedürfnissen der internationalen Verkehrswirtschaft zu verwalten und zu entwickeln; 3. angesichts der großen und dauernden Gefährdung des Weltfriedens durch eine ungerichtete, wesentlich von Sonderinteressen einzelner Kapitalistengruppen bestimmte Expansionspolitik der Kulturstaaten; 4. angesichts aber auch der handgreiflichen Gefährdung der Lebensinteressen des deutschen Volkes und namentlich der deutschen Arbeiterklasse durch die rücksichtslosen kolonialpolitischen Monopolbestrebungen der herrschenden Klassen in Frankreich und England erklärt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

1. Die deutsche Sozialdemokratie betrachtet es nach wie vor als ihre wichtigste Aufgabe auf dem Gebiete der internationalen Politik, im Verein mit den ausländischen Bruderparteien für einen friedlichen und dauernden Ausgleich internationaler Interessengegensätze einzutreten. 2. Ein solcher Ausgleich ist aber nur möglich, wenn keine einzelne Nation in der kolonialen Versorgung einen monopolistischen Vorsprung für sich beansprucht und keine sich vom friedlichen Wettbewerb mit gleichen Chancen gewaltsam ausgeschlossen sieht. 3. Der Ausgleich der einander widerstreitenden kolonialpolitischen Interessen der Kulturvölker könnte entweder in der völligen Aufhebung aller einzelstaatlichen Monopole und Vorzugsstellungen zugunsten gemeinschaftlicher Verwaltung und Erschließung kolonialer Gebiete bestehen oder durch eine proportionale Verteilung der ausländischen Einflußgebiete nach Maßgabe ihres wirtschaftlichen Wertes und der Versorgungsbedürfnisse der Besitzerstaaten herbeigeführt werden. 4. Solange eine Verständigung auf einer dieser Grundlagen nicht erreichbar ist, wird sich die deutsche Sozialdemokratie im Verein mit den übrigen Teilen des deutschen Volkes allen Versuchen anderer Kolonialmächte widersetzen, ihre bereits unverhältnismäßig wertvollen Einflußgebiete unter systematischer Nichtachtung der deutschen Wirtschaftsbedürfnisse durch weitere Besitz- und Vormachtausdehnung immer noch mehr einseitig zu vergrößern; denn dadurch würde der Spielraum der deutschen Volkswirtschaft unerträglich eingeengt und der kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiter gehemmt oder von den unkontrollierbaren Zufälligkeiten ausländischer Wirtschaftspolitik abhängig gemacht werden. 5. Soweit die deutsche Diplomatie kein anderes Ziel verfolgt, als die Nichtbeachtung deutscher Wirtschaftsinteressen durch die englische und französische Diplomatie zu verhindern, soweit ihr Vorgehen also nur der Verteidigung berechtigter Gesamtinteressen des deutschen Wirtschaftslebens dient, soweit hat die deutsche Sozialdemokratie keinen Grund, ihre Oppositionsstellung aus der inneren auch auf die äußere Politik der Regierung zu übertragen.“

Anhänger besitzt, unverzüglich die Vorbereitungen zur Reichstagswahl treffen, um selbständig in die Wahl einzutreten.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Parteigenossen die Wahl-agitation gründlich ausnützen, um sowohl neue Mitglieder für die Parteiorganisation, wie neue Abonnenten für die Parteipresse zu werben.

Insbesondere muß die Wahlagitation auch für Erlangung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Sinne des Parteiprogramms für die Wahlen zum Landtag in Preußen wie in den Staaten, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht noch nicht besitzen, ausgenutzt werden.

Wo nach dem Ausfall der Hauptwahlen die Parteigenossen bei engeren Wahlen eine Entscheidung zwischen gegnerischen Kandidaten zu treffen haben, dürfen sie nur demjenigen Kandidaten ihre Stimmen zuwenden, der sich verpflichtet: 1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag; 2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts; 3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts; 4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz; 5. gegen jede Erhöhung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse; 6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse einzutreten und zu stimmen.

Der betreffende Kandidat ist zu ersuchen, seine Erklärung vor Zeugen oder schriftlich abzugeben.

Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen.

In jedem anderen Falle ist strikte Stimmenenthaltung zu proklamieren.“
(Einstimmig angenommen.)

VI. Sozialdemokratische Frauenkonferenz in Jena. 8.—9. IX. 1911¹⁾.

Angenommen wurde eine Resolution

Zur Mutter- und Säuglingsfürsorge.

„Die Konferenz erklärt, daß sie als Minimum einer Mutter- und Säuglingsfürsorge in der Versicherungsgesetzgebung ansieht: 1. Aus-

Bei der Unterstützungsfrage für die Resolution erhob sich jedoch keine Hand. Die Antragsteller selbst waren auf dem Parteitage nicht anwesend, da sie kein Mandat zu demselben erlangt hatten.

1) S. 366 Anm. 2 zit. Protokoll. S. 414/459.

dehnung der Krankenversicherung auf alle lohnarbeitenden Frauen, sowie auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 5000 Mk. nicht übersteigt; 2. obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen; 3. freie obligatorische Gewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden; 4. obligatorische Gewährung der Wöchnerinnenunterstützung auf 8 Wochen; 5. die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung ist den Arbeiterinnen in der Höhe des versicherten Lohnes, den übrigen Frauen in der Höhe des durchschnittlichen Tageslohnes für weibliche Arbeiter zu gewähren; 6. obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen; 7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und volles Selbstverwaltungsrecht der Versicherten.

Die Konferenz verpflichtet die sozialdemokratischen Frauen, den Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen mit aller Schärfe weiterzuführen.“

III. Österreich.

A. Nachträge:

Zu Archiv II, 193.

Erklärung der Delegierten der tschechischen sozialdemokratischen Partei vom 30. X. 1905

abgegeben auf dem Gesamtparteitage der Soz.dem. Arbeiterpartei in Österreich zu Wien (29. X. — 2. XI. 1905)¹⁾.

„Die Delegierten . . . erklären:

Daß sie sich im Hinblick auf den äußerst kritischen Moment seines (scil. d. Parteitags) Zusammentretens, wo das Signal zum gemeinsamen entscheidenden Angriff des Proletariats aller Nationalitäten in Österreich auf die Wahlprivilegien und zum Kampfe für das allgemeine Wahlrecht gegeben werden soll²⁾, im gegenwärtigen, von ihnen als historisch anerkannten Moment nur dieser Sache widmen wollen.

1) Protokoll über die Verhandlungen dieses Parteitags. Wien, Wiener Volksbuchhandlung 1905, S. 70/71. 2) Den Hauptberatungspunkt bildete: „Die österreichische Krise und das Wahlrecht“ und — im Zusammenhang damit — „Der Generalstreik“. In Gemäßheit der gefaßten Beschlüsse kam

Im Hinblick auf den Beschluß der Gesamtparteivertretung, namentlich der polnischen, slovenischen und italienischen Genossen, welche eingehende Informationen fordern, verschieben sie ihre Forderungen hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisationen¹⁾ auf eine der nächsten Sitzungen der Gesamtparteivertretung mit den Prager und Wiener Gewerkschaftskommissionen, eventuell auf einen außerordentlichen gemeinsamen Parteitag, der berufen wäre, sich mit dieser Sache zu befassen.

Sie fordern jedoch eindringlichst, daß diese Angelegenheit in kürzester Zeit erledigt werde, da sie ihre günstige und dem Nationalitätenprogramm der Gesamtpartei entsprechende Austragung für eine unerläßliche Bedingung des weiteren gemeinsamen Vorgehens und der Existenz der soz. dem. Arbeiter-Gesamtpartei in Österreich halten.

An diesen Grundforderungen müssen sie schon deswegen festhalten, weil auch das gemeinsame Vorgehen und die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation unter dem Proletariat in Österreich, entsprechend den Intentionen der internationalen Sozialdemokratie, bedingt sind in der absoluten Gleichberechtigung und Gleichwertung der Arbeiterschaft aller Nationalitäten in Österreich.“

Zu Archiv II, 214.

Konferenz der tschechischen sozialdemokratischen Partei zu Prag vom 25. IX. 1910²⁾.

Diese von der tschechoslaw. Parteivertretung, den Abgeordneten und Vertrauensmännern beschickte Konferenz nahm folgende Resolutionen an:

a) Über den Internationalen Kongreß zu Kopenhagen:

„Nach Anhörung des Berichtes der Delegierten der tschech. Soz. Dem. zum intern. Kongr. in Kopenhagen beschließt die Konferenz der Vertreter der tschech. Soz. Dem. mit den Wahlkreisvertrauensmännern

es sodann in allen Industriezentren Österreichs und vorab in Wien (28. XI. 1905) zu Arbeiter-Massenaufzügen, durch welche die Wahlreformbewegung in raschen Fluß gebracht wurde, die mit der Wahlreform v. 26. I. 1907 abschloß.

1) Formuliert auf der Brüner Konferenz v. 4. X. 1905 (abgedruckt im Archiv II, 193/94). 2) Reproduziert sub „Materialien“ i. d. Verhandlungen d. deutschen soz. dem. Arbeiterpartei zu Innsbruck v. 1911, S. 76/79.

aus Böhmen, Mähren, Schlesien und Niederösterreich folgendes: Mit Hinblick auf die Grundforderungen unseres gemeinsamen soz. dem. Programms über absolute Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit und das Recht jedes Individuums und jeder Nation auf ungestörte Entwicklung in allen Richtungen; mit Hinblick weiter auf das vom Gesamtparteitag in Brünn i. J. 1897 beschlossene Nationalitätenprogramm, in dem feierlich das Recht jeder Nation auf nationale Existenz und nationale Entwicklung und Autonomie aller Völker proklamiert wird; mit Hinblick weiter auf die Stuttgarter Resolution, deren wesentlicher Bestandteil allen sozialistischen Parteien einmütiges Zusammenwirken und solidarisches Vorgehen der politischen mit den gewerkschaftlichen Organisationen auferlegt; mit Hinblick schließlich auf die Resolution über die Einheitlichkeit der Partei, mit der der Kopenhagener Kongreß neuerdings den Beschluß des Amsterdamer Kongresses v. J. 1904 bestätigte, mit dem dem Proletariat aller Nationen auferlegt wird, daß jede Sektion der Internationale eine einheitliche und zusammengeschlossene Gruppe bilden soll; und unerschütterlich auf den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses v. J. 1907 beharrend, die festsetzten, daß die tschechische Gewerkschaftskommission die einzige Zentrale der tschechischen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist; erklärt die Konferenz,

daß sie mit den Beschlüssen der Parteivertretung v. 27. u. 28. III. 1910 vollauf übereinstimmt und das Vorgehen der tschech. Delegation beim Kopenhagener Kongreß billigt, das mit dem allgemeinen soz. dem. Programm, wie auch mit den Statuten und Beschlüssen der Kongresse der sozialistischen Internationale und mit dem ganzen bisherigen Vorgehen der tschech. Soz. Dem. übereinstimmt.

Mit Nachdruck weist die Konferenz die durch die Herausgabe des Pamphlets „Proletář“ bekundeten Bestrebungen zurück, mit dem unter Mithilfe der deutschen Genossen aus unserer Partei ausgeschlossene Leute auf die Spaltung unserer bisherigen einheitlichen Bewegung hinarbeiten.

Nicht weniger entschieden protestiert die Konferenz gegen die unzulässige Art, wie sich die Mitglieder der deutschen Sektion beim Kopenhagener Kongreß in innere Angelegenheiten der tschechischen Sektion eingemischt haben; besonders verwahrt sie sich gegen die Behauptung, daß sie im Namen von 118 000 tschechischen, in den zentralistischen Verbänden organisierten Arbeitern sprechen, da sie von niemand dazu ermächtigt wurden, wie jetzt die Proteste dieser

Organisationen selbst beweisen. Indem sie der tschech. Delegation Delegierte aufzwangen, die zum Kongreß ohne Wissen und Teilnahme der Partei entsendet wurden, haben sie ihnen zu unserer Schwächung in der Internationale für diesen Kongreß provisorisch zwei abgesplitterte Stimmen erwirkt. — Die Verantwortung dafür fällt auf alle die, die auf diese Weise die auf Untergrabung der bisherigen Einheitlichkeit der tschech.-soz.dem. Arbeiterpartei, einer der festesten und verlässlichsten Sektionen der sozialistischen Internationale, gerichteten Bestrebungen unterstützt haben.“

b) Über das weitere Vorgehen:

„Die Konferenz beschließt nach reiflicher Überlegung:

Auf den Grundprinzipien des Sozialismus, auf den Statuten und Beschlüssen der intern. Kongresse als auch auf den Beschlüssen der eigenen Parteitage fußend, erklärt die tschech. Soz.Dem. feierlich, daß sie so wie bisher auch weiterhin unerschütterlich die Gebote der proletarischen Solidarität mit der klassenbewußten Arbeiterschaft aller Nationen hochhalten, mit ihr in einer Schlachtlinie kämpfen wird für die Befreiung aus der Lohnsklaverei, für die Eroberung der politischen Macht und für die Demokratisierung und Sozialisierung aller öffentlichen Einrichtungen. Dazu bedarf sie in erster Reihe unbedingt voller Freiheit der Entwicklung, voller Selbständigkeit und Einheitlichkeit des Vorgehens der politischen mit den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der gesamten tschech. Arbeiterschaft. Indem die sozialistische Internationale die Arbeiterschaft aller Nationen für gleichberechtigt und gleichwertig anerkennt, verlangt sie zugleich, daß auch sie von der Arbeiterschaft aller Nationen als gleichberechtigt anerkannt werde.

Wir wollen auch weiterhin mit den deutschen Genossen in einer Schlachtlinie vorgehen, aber nur als Gleiche neben Gleichen, als selbständige und eigenberechtigte Abteilung der großen sozialistischen internationalen Armee, mit Hinblick auf die Selbständigkeit und Einheitlichkeit unserer Bewegung und die unbedingt notwendige gemeinsame Aktion der politischen mit den gewerkschaftlichen Organisationen.

Unter welchen Umständen und Bedingungen das gegenseitige Zusammenwirken der tschechischen Gewerkschaften mit den anderen Organisationen möglich ist, ist Sache der Verständigung unserer dazu berufenen gewerkschaftlichen Korporationen mit den zuständigen Korporationen der anderen Nationen. Die Verhältnisse der Sozialdemo-

kratie in Österreich sind derart, daß sie im jetzigen Stadium der Entwicklung in keinem anderen Staate der Welt eine Analogie haben. Besonders seit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für das Reichsparlament hat es sich bestätigt, daß hier nebeneinander und gemeinsam zwei Parteien arbeiten, die tschechische und die deutsche Sozialdemokratie, von denen jede zu den mächtigsten Sektionen der sozialistischen Internationale gehört, die beide gezwungen sind, in den schwierigsten Situationen und unter den beschwerlichsten Bedingungen zu arbeiten, in einem Staate, der sich in rascher Umbildung vom agrarischen zum Industriestaat befindet und in seinen Grundlagen erschüttert wird von inneren Streitigkeiten einiger Nationen entweder zum Schutze ihrer Existenz, ihrer Entwicklung oder im Kampfe um die Selbständigkeit gegen die Bourgeoisie eines Volkes, die die Erhaltung ihrer ausschließlichen, aber auf die Dauer unhaltbaren Macht im mehrsprachigen Staat erstrebt. Es ist selbstverständlich, daß das gegenseitige Zusammenleben und das gemeinsame Vorgehen beider Parteien, die Hunderttausende von deutschen und tschechischen Proletariern vertreten, unter solchen Umständen eine besonders sorgfältige Regelung heischen, damit das Vorgehen und die Entwicklung keines dieser beiden großen Zweige der Internationale erschwert oder gar unmöglich gemacht werden; aber daß doch jede Partei soviel Freiheit der Bewegung, Selbständigkeit und der wirtschaftlichen Potenz habe, daß sie das Proletariat ihres Volkes nach und nach ganz auf das Gebiet des Klassenkampfes und des internationalen Sozialismus bringen könne. Diese Kompliziertheit der Dinge hat gewiß den Antrag der tschechischen Sektion begründet und auch ihre warnende Stimme: der internationale Kongreß möge über den heutigen Gewerkschaftsstreit nicht voreilig und übereilt ein Gutachten abgeben. Wenn aber der internationale Kongreß gegen alle bisherige Gepflogenheit sich in den internen organisatorischen Streit zweier Sektionen eingemischt und im vorhinein eine bestimmte These über die Form der Gewerkschaften ausgesprochen hat und dann das internationale Sekretariat, das politische und das gewerkschaftliche auffordert, ihre guten Dienste zur Erreichung einer Verständigung anzubieten, wenn er sich also die Kompetenz arrogiert hat, im vorhinein in einer Sache zu entscheiden, über die erst entschieden werden sollte nach vorhergegangener Verhandlung der beteiligten Parteien, so hat er ein geradezu verkehrtes Vorgehen gewählt und hat dem Werke der Einigung in keiner Richtung gedient.

Auf unserer Seite war gewiß nie Mangel an Bereitwilligkeit zur Verständigung. Aber es war nicht in unserer Macht, die Kurzsichtigkeit und verblendete Hartnäckigkeit zu überwinden dort, wo wir Verständnis, parteigenössisches Vertrauen und genügend sozialistische Solidarität erwarten konnten. Wir tschechischen Sozialdemokraten haben immer treu erfüllt, was uns die gemeinsame Sache des Sozialismus auferlegt. Das werden wir auch in aller Zukunft tun. Deswegen appellieren wir in der heutigen schweren Zeit an alle Anhänger der Partei, daß sie mit allen Kräften dazu arbeiten, daß unsere gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung möglichst fest vereinigt und verbunden sei mit unserer Partei, in der Überzeugung, daß je stärker und mächtiger unsere Partei in allen ihren Zweigen sein wird, im politischen sowie im gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen, wir um so eher das ganze tschechische Proletariat organisiert haben werden; um so mehr werden wir seinen Klassenkampf stärken und um so mehr werden wir der Sozialdemokratie ganz Österreichs nützen und der sozialistischen Internationale der ganzen Welt.“

c) Über die Resolution des Kopenhagener Internationalen Kongresses zur Genossenschaftsbewegung.

„Die Konferenz wiederholt mit Nachdruck den Beschluß des Kongresses der tschech. Soz. Dem. v. J. 1907, womit allen genossenschaftlichen Unternehmungen, die Anspruch darauf erheben, als Glied der tschechischen Arbeiterbewegung anerkannt zu werden, die Zugehörigkeit zum Zentralverband der tschechischen Konsum-, Produktiv- und Wirtschaftsgenossenschaften in Prag zur Pflicht gemacht wird.

Dieser Beschluß möge im Interesse einer einheitlichen Bewegung der Wegweiser für alle die Genossen sein, die ein Interesse daran haben, daß alle Arbeiterkorporationen, politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche, ein einheitliches Ganzes in der Bewegung des tschech. Proletariats zu seiner Entwicklung und Kräftigung im Kampfe gegen das System der privatkapitalistischen Produktion und gegen die gesellschaftlichen Einrichtungen seien.“

Zu Archiv II, 214.

In Gemäßheit des Beschlusses der Gesamtexekutive vom 30. IX. 1910 erging folgende

Einberufung der Einigungskonferenz¹⁾.

„Parteigenossen! Die Kommission zur Schlichtung des Gewerkschaftsstreites, die von der Gesamtexekutive vorgeschlagen wurde, wird, nachdem alle Instanzen ihre Zustimmung gegeben haben, am Sonntag den 13. XI. in Prag zusammentreten und ihre Arbeiten beginnen. — Dieser Versuch der Verständigung in einer Lebensfrage des österreichischen Proletariats soll mit allem Ernst und in aller Ruhe unternommen werden. Darum fordern wir in Durchführung eines einstimmigen Beschlusses der Gesamtexekutive alle Organisationen und Blätter beider streitenden Teile sowie alle einzelnen Genossen auf, sich bis auf weiteres der gegenseitigen Angriffe zu enthalten, um so für die Verhandlungen möglichst günstige Bedingungen zu schaffen.

Wien, 9. XI. 1910.

Für die Gesamtexekutive

ADLER, NĚMEC, DIAMAND, PITTONI.“

Zu Archiv II, 227.

Verständigungskonferenzen.

I. Sitzung in Prag vom 13.—14. XI. 1910²⁾.

II. Sitzung in Wien vom 15. XII. 1910³⁾.

In der letzteren wurden von der Reichs-Gewerkschaftskommission zur Debatte gestellt folgende:

„Grundprinzipien, nach welchen die Vertreter der Reichskommission mit den Vertretern der Prager Kommission in Verhandlungen zur Herstellung des Friedens eingehen können.“

I. Lohnbewegungen.

1. Die Lohnbewegungen im Angriff und in der Abwehr sowie Streiks, Boykotts und Aussperrungen sind organisatorisch einheitlich zu führen.

1) Reproduziert sub „Materialien“ a. a. O. S. 81. 2) S. Archiv II, 226. Das Datum ist daselbst unrichtig mit 12.—13. XI. 1910 angegeben.

3) Reproduziert sub „Materialien“ a. a. O. S. 83/84.

2. Zur Führung dieser gewerkschaftlichen Kampfesaktionen werden einheitliche Ausschüsse, die nach der Anzahl der vertretenen Mitglieder beider Organisationen bestimmt werden, zusammengesetzt; die einheitlich gebildeten Ausschüsse sind ständige Einrichtungen der Vorstände beider Organisationen und diesen auch verantwortlich. Zur Durchführung der Beschlüsse des einheitlichen Ausschusses wird ein Sekretär von der Reichsberufsorganisation beigelegt.

3. Sämtliche Mitglieder der autonomen Organisationen haben den obligaten Beitrag an den zentralen Widerstandsfonds durch ihre Zentralen an die Reichsberufsorganisationen abzuführen, der einheitlich für die gesamte Organisation im Reiche verwendet und verwaltet wird.

4. Die autonomen Organisationen können für den eigenen Gebrauch Lokalwiderstandsfonds einführen und verwalten, um kleinere Streiks im eigenen Wirkungskreis zu führen. Doch müssen solche Streiks der Leitung des einheitlichen Ausschusses vorher angemeldet und über dessen Verlauf und Ergebnis berichtet werden.

5. Bei Streiks und Aussperrungen, die die Kräfte der einzelnen Berufsorganisationen bereits erschöpft haben, kann die Hilfe der Reichskommission im Sinne des Streikreglements und der Bestimmungen über den Solidaritätsfonds in Anspruch genommen werden.

6. Die Reichskommission hat jedoch zur entscheidenden Sitzung Vertreter der gemeinsamen Ausschüsse resp. Vertreter der Prager Kommission einzuladen, sofern sich diese Hilfe auf den Wirkungskreis der Prager Kommission ausdehnt.

7. Die Entscheidung über die zu gewährende materielle Hilfe obliegt nur der Reichskommission.

II. Organisation.

8. Gegen derzeit noch bestehende Zentralorganisationen und zentrale Ortsgruppen dürfen keine auf Spaltung oder zum Übertritt hinwirkende Agitationen eingeleitet werden.

9. Die autonomen Organisationen beschränken ihre Tätigkeit auf jene Orte in Böhmen, an welchen sie bereits Ortsgruppen oder Zahlstellen errichtet haben.

10. An Orten in Böhmen, wo bereits Ortsgruppen von Zentralverbänden bestehen, sind Neueinrichtungen autonomer Ortsgruppen oder Zahlstellen zu unterlassen.

11. In gemischtsprachigen Orten sind in Zukunft Ortsgruppen nur von Zentralorganisationen zu errichten.

III. Vertragsbestimmungen.

12. Die Ausarbeitung von Einzeldetails der Vertragsbestimmungen und Regulativs kann nur Sache der einzelnen Verbände mit den autonomen Organisationen sein.

13. Vereinbarungen der Zentralverbände mit den auton. Organisationen dürfen aber die Grundprinzipien, die hier aufgestellt sind, nicht verletzen.

14. Alle Vereinbarungen, bevor sie gegenseitig abgeschlossen und unterfertigt werden, sollen vorher den beiden Kommissionen zur Begutachtung vorgelegt werden.

15. Beide Kommissionen sind berechtigt, einen Delegierten zu allen Verhandlungen, die mit den autonomen Organisationen gepflogen werden, zu entsenden.

16. Ein Zwang für die Zentralverbände, in ein engeres Verhältnis mit den autonomen Organisationen einzugehen, wie dies in den Grundprinzipien festgelegt wurde, besteht für sie nicht und es bleibt ihrem Ermessen freigestellt, ein solch engeres Verhältnis zu vereinbaren.

17. Sämtliche Vereinbarungen, die im obigen Sinne mit den autonomen Organisationen getroffen wurden, haben bis zu den nächsten Kongressen der Zentral- oder autonomen Organisationen Geltung.

18. Die Reichskommission ist berechtigt, in allen sprachlichen und national-kulturellen Angelegenheiten oder bei Fragen, die das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei berühren, Vertreter der betreffenden nationalen Parteieuxekutiven der Beratung beizuziehen.

Die tschechischen Vertreter erklärten, diese Vorschläge der tschechoslaw. Gewerkschaftskommission und den autonomen Organisationen zur Diskussion unterbreiten zu wollen, worauf einstimmig beschlossen wurde: ihre Beantwortung der „Grundprinzipien“ sollten nach Einlangen durch den Konferenzvorsitzenden den einzelnen Delegierten übermittelt und sodann eine neuerliche Sitzung einberufen werden.

Zu einer solchen kam es jedoch nicht, da die in einer Plenarversammlung der tschechoslaw. Vertrauensmänner und der Prager Gewerkschaftskommission zu Prag am 2. III. 1911 formulierten Gegenvorschläge (s. Archiv II, 229/230) von der Reichskonferenz der Zentralgewerkschaften Österreichs zu Wien am 17. III. 1911 zurückgewiesen wurden (s. Archiv II, 231/32).

**B. Fortsetzung der „Chronik“ im Archiv II, 233.
Konstituierender Parteitag der Tschechischen sozialdemokratischen
Arbeiterpartei in Brünn 13.—14. V. 1911.**

Derselbe beschloß folgende

„Prinzipienerklärung.

1. Wir fühlen uns als ein Glied der Internationale der Welt und der österreichischen Internationale, in deren Kongressen wir unsere höchste Instanz sehen.

2. Wir betrachten als unsere vornehmste Pflicht, das Proletariat nach den Bedürfnissen des Klassenkampfes und in den Grundsätzen der internationalen Solidarität zu erziehen.

3. Nur die internationalen Gewerkschaftsorganisationen, deren Mitgliedschaft wir unseren Parteiangehörigen als Pflicht auferlegen, können als ein Ausdruck des lebendigen Internationalismus und als wirksames Instrument des wirtschaftlichen Kampfes angesehen werden.

4. Die nationale Frage im heutigen Staate ist in erster Reihe eine Verwaltungsfrage, an deren Lösung vor allem die besitzenden Klassen interessiert sind.

5. In der Frage, die jetzt im Vordergrund steht, der Frage der Minoritätsschulen, ist unter den gegebenen Umständen nach dem Antrag der soz. dem. Abgeordneten im Parlament vorzugehen, d. h. durch Subventionierung privater Minoritätsschulen aus einem besonderen vom Staate dotierten Fonds^{1) 2) 3).}“

1) Reproduziert aus „Materialien“ a. a. O. S. 91/92. 2) Die im Oktober 1910 aus der Tschechoslaw. Partei ausgeschlossenen mährischen „Zentralisten“ (s. Archiv II, 214/216) richteten gegen ihren Ausschluß eine Beschwerde dat. Brünn 20. X. 1910 an die Parteivertretung der tschech. Sozialdemokratie in Prag. Dieselbe blieb jedoch unerledigt. Der Abbruch der Verständigungskonferenzen über den Gewerkschaftsstreit (siehe Archiv II, 231/32) traf zeitlich mit der Auflösung des im Mai 1907 gewählten Abgeordnetenhauses zusammen (30. III. 1911), worauf die „Zentralisten“ in Mähren und Schlesien beschlossen, sich als selbständige Partei zu konstituieren und als solche in den Parteikampf einzutreten.

3) Auf diesem konstituierenden Parteitage war die Deutsche soz. dem. Arbeiterpartei in Österreich nicht vertreten, vielmehr hatte sie die Einladung hierzu vom 22. IV. 1911 mit einer Zuschrift an den Einberufer MERTA abgelehnt, in der es hieß:

„So sehr wir mit Ihrer Haltung in der Frage der Gewerkschaftsorganisation solidarisch waren und sind, so wenig können wir eine Spaltung der

Beschluß der Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie vom 27. VI. 1911.

„Die Parteivertretung empfiehlt ihren Abgeordneten, sich im künftigen Parlament¹⁾ als Klub der deutschen Sozialdemokraten zu konstituieren²⁾).

So dringend das österreichische Proletariat einer möglichst einheitlichen Vertretung und Aktion bedarf, so sicher ist es, daß im bisherigen Verband der soz. dem. Abgeordneten diese Aufgabe nicht voll erfüllt werden konnte. Es erscheint darum derzeit geboten, den Vorstand des Klubs zu beauftragen, mit den soz. dem. Klubs anderer Nationen in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen möglichst enge Fühlung und Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten.

Dementsprechend erfolgte am 6. VII. 1911 die Konstituierung des „Klub der deutschen soz. dem. Abgeordneten“, dem auch die drei italienischen soz. dem. Abgeordneten und der

tschechoslawischen Partei billigen und sind darum außerstande, an dem organisatorischen Vollzug derselben in irgendeiner Weise teilzunehmen. Wir beklagen auf das Tiefste den Streit unter den tschechischen Genossen, der nicht nur die tschechischen Arbeiter, sondern im gleichen Maße das Proletariat aller anderen Nationen schädigt. Wir sind jedoch nach wie vor der Überzeugung, daß die deutsche Sozialdemokratie weder das Recht noch die Möglichkeit hat, sich in diesen Streit in irgendeiner Weise einzumischen . . .“

1) Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus hatten in der Zeit vom 13. VI. bis 8. VII. 1911 stattgefunden. Das Parlament trat am 17. VII. 1911 zusammen.

2) Schon i. J. 1907 hatten sich innerhalb des gemeinsamen „Soz. dem. Verbandes im Abgeordnetenhaus“ — ebenso wie Klubs der tschechoslawischen, der polnischen und der italienischen sowie der Vertretung der ruthenisch-ukrainischen soz. dem. Abgeordneten auch ein „Klub d. deutsch. Soz. dem. i. Abgeordnetenhaus“ gebildet. — Dies entsprach auch dem 1897 (zu Wien) und 1899 (zu Brünn) festgelegten Statut über die „Gesamtorganisation der Sozialdemokratie Österreichs“, in dem es sub. II heißt: „Die politische Leitung der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Österreich. . . Die Gesamtvertretung setzt sich aus den Exekutivkomitees der deutschen, tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslawischen Organisationen zusammen“. Ein Vertreter der letzteren ist weder 1907 noch 1911 ins Abgeordnetenhaus gelangt.

Nach den Neuwahlen von 1911 erwies sich die Wiederaufrichtung des internationalen parlamentarischen Verbandes als unmöglich.

einzig gewählte Vertreter der ruthenisch-ukrainischen Soz. dem. beitraten, so daß er im ganzen 48 Mitglieder zählte¹⁾.

Ebenso konstituierten sich selbständig: auf der Konferenz in Bladno vom 2. VII. 1911 der „Klub der tschechoslawischen soz. dem. Abgeordneten“ mit 25 Mitgliedern und der „Klub der polnischen soz. dem. Abgeordneten“, dem sich auch der einzige Abgeordnete der Tschechischen soz. dem. Arbeiterpartei anschloß, mit insgesamt 9 (10) Mitgliedern²⁾.

Bezirkskonferenz der deutschen Sozialdemokratie Mährens zu Brünn vom 3. IX. 1911³⁾.

Beschlossen wurde die Vorlage eines Memorandums über die separatistische Bewegung an den Innsbrucker Parteitag der Deutschen soz. dem. Partei (s. unten S. 391), das in der Forderung gipfelt:

„Wir verlangen . . ., daß die tschechische soz. dem. Partei als einzige berufene Vertreterin der international denkenden Arbeiterschaft anerkannt werde. Mit den Autonomisten in Mähren ist aus prinzipiellen und persönlichen Gründen jedes Zusammenarbeiten ausgeschlossen. Zur endgültigen Beschlußfassung in der schwebenden Angelegenheit wolle ungesäumt der Gesamtparteitag einberufen werden.“

Reden österreichischer Sozialdemokraten auf dem Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Jena vom 10.—16. IX. 1911⁴⁾.

Von den aus Österreich erschienenen Gastdelegierten hielten auch Dr. VIKTOR SOUKUP namens der Tschechoslawischen, VIKTOR ADLER namens der Deutschen Soz. Demokratie, und VIKTOR

1) Aus: Die Tätigkeit der soz. dem. im österr. Reichsrat XII. Legislaturperiode. I. Heft. Wien, Wiener Volksbuchhandlung 1912. S. 6. 2) Die Tätigkeit u. s. w. S. 6, und Wiener „Arbeiterzeitung“ v. 5. VII. 1911.

3) Protokoll i. d. Brünner Parteiorgau „Volksfreund“ v. 5. u. 8. IX. 1911.

4) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages. Berliner Vorwärts-Buchhandlung 1911. S. 176/180.

STEIN namens der Tschech. soz. dem. Arbeiterpartei Begrüßungsansprachen, in denen sie u. a. ausführten:

SOUKUP: „. . . Entschuldigen Sie, wenn ich das Bedürfnis fühle, auf diesem Platze auch ein Wort über Dinge zu sagen, die das bisherige Zusammenarbeiten der internationalen Sozialdemokratie in Österreich schwer beeinträchtigen. Ich spreche hier im Namen der Partei, die m. A. nach weit über die Grenzen Österreichs diffamiert ist. Wer die Geschichte der Partei kennt, der muß meiner bescheidenen Ansicht nach den Worten Adlers im letzten „Kampf“¹⁾ zustimmen, daß die tschechische Sozialdemokratie eine durch und durch proletarische, in hundert schweren Kämpfen erprobte Partei ist, die sich mit Recht rühmt, eines der stolzesten Bataillone der internationalen Armee zu sein. In den letzten Jahren sehen wir leider die Degradation dieser Partei in der Internationale als eine nationalistische, als eine separatistische und als eine im Internationalismus minderwertige Partei. Ich wage zu behaupten, daß uns hier ein schweres Unrecht geschieht, das wir nicht verdienen. Es ist selbstverständlich hier nicht der Ort dazu, wo wir über rein österreichische interne Parteiprobleme Vorträge halten können. Aber Ihnen gegenüber, deren Arbeit wir hoch schätzen und deren Urteil uns nicht gleichgültig ist, muß ich erklären: Wir sind keine Nationalisten, wir sind auch keine Separatisten, sondern wir sind internationale Sozialdemokraten, so, wie wir es seit vier Dezennien immer waren. Die Sache ist nicht so primitiv, wie man sie sich vorstellen könnte. Es ist gewiß nicht denkbar, daß die Tausende und Hunderttausende des tschechischen Proletariats, die die Sache der internationalen Sozialdemokratie 40 Jahre ununterbrochen und ehrlich hochgehalten haben, und die ihr in den Reihen des tschechischen Volkes zum großen Siege verholfen haben, nun mit einem Schlage aufgehört haben, sozialdemokratisch zu denken und zu handeln. Wir fordern, daß überall in Österreich, wo das Bedürfnis besteht, das Kind in der Schule die Muttersprache sprechen kann, die es versteht und in der es sich am leichtesten die elementaren Kenntnisse aneignen kann, um für das Leben gut gewaffnet zu sein. Das ist nicht nur ein Gebot der modernen Pädagogik, sondern ein rein proletarisches Interesse. Wir wünschen auch, daß im Verkehrsleben ein Arbeiter überall, wo seine Sprache landesüblich ist, sich auch in dieser Sprache

1) Gemeint ist der Artikel von VIKTOR ADLER, Die separatistische Krise, in „Der Kampf“ IV, 527 ff.

überall orientieren kann. Wenn wir wünschen, daß das Recht dem Proletarier in seiner Sprache gesprochen wird, so ist das nicht nur die höchste Maxime der modernen Straf- und Zivilprozeßordnung, die Maxime der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit, daß der Mensch, der gerichtet werden soll, seinen Richter versteht, es ist ein rein proletarisches Interesse, daß der Mensch da, wo über seine materiellen und ideellen Güter verhandelt wird, sich auch vollständig verteidigen kann. Das ist unser Nationalismus; darauf bestehen wir und können nichts anderes und identifizieren uns hier mit AUGUST BEBEL, der ausgesprochen hat: „Die Aufgabe der Arbeiterklassen aller Kulturländer ist eine nationale und internationale. Indem sie innerhalb der eigenen Nation, des engeren Heimatlandes, für die Durchführung von Maßnahmen und Einrichtungen kämpft, die ihre Lebenslage verbessern, höhere Kulturbedürfnisse zu befriedigen ermöglichen und schließlich die Gleichberechtigung und soziale Gleichstellung Aller ermöglichen, mußte sie auf internationalem Gebiete die gleichen Bestrebungen durchzuführen suchen, weil sie sich dadurch allein die Dauer der Verbesserungen im eigenen Heimatlande erst garantiert und sichert. National und international sind also keine Begriffe und Bestrebungen, die sich gegenseitig ausschließen, sondern sie ergänzen sich gegenseitig.“ Natürlich . . . sind bei der praktischen Durchführung dieser Probleme Schwierigkeiten und Differenzen vorhanden, weil die innere Entwicklung Österreichs, der Kampf der Nationen um den Staat, noch lange nicht finalisiert und durch das allgemeine Wahlrecht noch nicht zum Ende gebracht wurde.

Wir sind . . . aber auch keine Separatisten. Wir wollen uns separieren nur von dem Unverstand, mit dem unabänderliche Tatsachen bei uns begriffen werden. Aber die Absicht einer Separation von der Internationale oder von unseren deutschen Brüdern in Österreich uns zuzuschieben, ist ein Unding. Wir werden . . . speziell in der deutschen Presse, speziell in Deutschland, diffamiert, wir werden als diejenigen hingestellt, Wirren in die österreichische Sozialdemokratie hineingetragen und die die Lebenskraft des österreichischen Proletariats gelähmt haben. Tatsache ist, daß in Österreich fast alle gewerkschaftlichen Organisationen auseinandergegangen sind in dem Sinne, daß sich selbständige Gewerkschaften gebildet haben und daß der Kopenhagener Kongreß nicht instande war, diesen Prozeß aufzuhalten oder eine Revindikation herbeizuführen. Das alles aber sind Symptome einer schweren Krisis, die in Österreich der Internationale

beschieden ist und die überwunden werden muß. Wir sind zu stark und zu schnell gewachsen. Die Partei hat das allgemeine Wahlrecht erobert und ist mit einem Schlage zu einer parlamentarischen Macht von etwa 80 Mandaten geworden. Eine große Reihe von Fragen, an denen die Partei früher vorübergehen konnte, sind lebendig geworden und rufen nach Lösung. In Österreich sind zwei Parteien vorhanden, die tschechische und die deutsche. In der Art ihrer Ausdehnung liegt die Zukunft in Österreich. Wir haben schwer beklagt, daß einer der hervorragendsten Männer der deutschen Sozialdemokratie und ein Träger der Wissenschaft in diesen Kampf eingetreten ist, wobei er das erste Gebot der Objektivität und Kritik fallen gelassen hat¹⁾, Ich glaube, mit Brandfackeln und Kriegsproklamationen wird man nichts ausrichten können, wo nur Ruhe und Objektivität Heilung bringen können. Und kann die österreichische Internationale nicht als eine mathematische Einheit existieren, so kann sie doch weiter bestehen als eine Konföderation, in der große Einheiten zusammengefaßt werden. Und wenn die ruhig denkenden Männer in der deutschen Sozialdemokratie in Österreich die Überzeugung gewinnen werden, daß die stramme Zentralisation in Österreich, speziell was die tschechische Sozialdemokratie anlangt, ein Ding der Unmöglichkeit ist, so bleibt nur ein technisches Problem, das zu lösen nicht unmöglich ist. Auch in der Gewerkschaft wünscht das tschechische Proletariat nur so viel Bewegungsfreiheit, als unbedingt nötig, und so viel Vertrauen verdient es schon, daß es im Moment der Gefahr alles aufbieten wird, um der gemeinsamen Sache des Proletariats zum Siege zu verhelfen. Das tschechische Proletariat ist dasselbe geblieben, wie seit vierzig Jahren, nur die Methoden des Kampfes haben sich geändert. Das tschechische Proletariat hat vor kurzem einen Kampf bestanden, der ohne Beispiel in der Geschichte ist. Die gesamte Bourgeoisie hatte sich zu einem vernichtenden Schlage organisiert. Aber wir haben den Schlag pariert und das behauptet, was wir früher erobert haben. Aber die Zeiten sind zu ernst, nicht zu einem Bruderkampf dürfen wir rufen, sondern zu einer Aussöhnung zwischen den Brüdern, die miteinander kämpfen müssen. In keinem Staat gibt es so viele verwickelte Probleme wie in Österreich, in keinem werden auch so viele Ansprüche an die Vernunft und Ruhe des Proletariats gestellt, und ich habe keinen heißeren Wunsch, als daß wir auf dem nächsten internationalen Partei-

1) Gemeint ist KARL KAUTSKY und dessen Artikel: Eine Frage, in „Der Kampf“ IV, 481/84.

tag in Wien der ganzen Welt beweisen können, daß das österreichische Proletariat nicht nur in den Zeiten des Sturmes und Dranges, sondern auch in den Zeiten der positiven Arbeit immer auf der Höhe gestanden hat und stehen wird.“

STEIN: „... Als eine Art Verkörperung des österreichischen Jammers komme ich hierher, als Vertreter der von der Not der Verhältnisse geschaffenen politischen Organisationen der zentralistischen internationalen tschechischen Sozialdemokratie Österreichs. Ich bin nicht hierher gekommen, um Klagen zu erheben, denn zum Klagen fühlen wir uns viel zu stark, da wir auf den Beschlüssen des Kopenhagener Kongresses und den bewährten sozialistischen Prinzipien fußen. Wir sind auch nicht hierhergekommen, um irgendwelchen Sentimentalitäten nachzugehen, sondern Ihnen zu sagen, daß wir aus Ihren Verhandlungen aus der Geschichte Ihrer Partei neue Kraft schöpfen und mit Leidenschaftlichkeit und Ausdauer den schweren leidvollen Kampf für die Erhaltung der einheitlichen internationalen gewerkschaftlichen Organisationen in Österreich führen wollen und uns bemühen, so viel an uns liegt, eine einheitliche Partei in Österreich zu erreichen...“

ADLER: „... Ich komme aus Österreich, aus dem Lande der tragischen nationalen Konflikte, und wenn Sie hier einen kleinen Ausschnitt davon zu hören bekommen haben, so bitte ich Sie, nicht allzu weitgehende Schlüsse aus diesen Konflikten zu ziehen. Wir deutsche Sozialdemokraten in Österreich, die von Euch getrennt sind nur durch die Grenze, durch sonst aber nichts, die mit Euch geboren wurden, die mit Euch gewachsen sind, haben wohl das schwerste und komplizierteste Geschäft, das je einer Sozialdemokratie zgedacht war. Ich bin darin mit meinem Vorredner einverstanden, daß hier nicht der Ort ist, um unsere Schmerzen vor Sie zu bringen, um Fragen zur Entscheidung, auch nur zur Beurteilung zu bringen, an denen wir uns jahraus, jahrein abplagen müssen. Das eine Wort möchte ich Ihnen aber doch sagen: Wenn es sich in dem Kampfe, der sich leider innerhalb und zwischen den einzelnen nationalen Organisationen in Österreich nunmehr entsponnen hat, um die nationalen Forderungen handeln würde, die Ihnen Genosse Soukup entwickelt hat, das Recht des tschechischen Proletariats auf tschechische Schulen, auf tschechisches Amt, dann würde dieser Konflikt nicht existieren. Mehr will ich darüber nicht sagen. Wir haben den Kampf bei uns auszufechten, und seien Sie überzeugt, wir fühlen die Kraft in uns, trotz dieser Widerwärtigkeiten und trotz dieser furchtbaren Konflikte die Verantwortung

voll zu tragen für die Geschicke des Proletariats aller Zungen in Österreich . . .“

Und unter Hinweis auf die zunehmende und stetig die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen bedrohende Teuerung wies ADLER auf die Wahrscheinlichkeit hin, „daß . . . das Proletariat gezwungen sein wird, da man ihm billige Lebensmittel nicht verschaffen kann, den Kampf um höhere Löhne mit um so größerer Intensität zu führen. Das steht uns bevor; wie weit es für Deutschland zutrifft, weiß ich nicht. Und nun werden Sie begreifen, mit welchem Schmerz wir gerade in diesem Moment organisatorische Schwierigkeiten in unserer gewerkschaftlichen Organisation sehen, nun werden Sie begreifen, was für uns in diesem Moment mehr wie je die Einheit der Gewerkschaft bedeutet, die Frage, um die sich heute alles in der Arbeiterschaft Österreichs dreht.“

Parteitag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich zu Innsbruck. 29. X.—2. XI. 1911¹⁾ 2).

Angenommen wurden folgende Resolutionen:

I. Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien in Österreich.

„Die internationale Geschlossenheit der sozialdemokratischen Gesamtpartei Österreichs hat sich in den schwersten Kämpfen gegen den gemeinsamen Gegner der Arbeiterklasse glänzend bewährt und hat die Sozialdemokratie von Erfolg zu Erfolg geführt; sie war und ist die stärkste und unentbehrlichste Waffe gegen die Verlockungen sowohl

1) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages. Wien, Wiener Volksbuchhandlung 1911. 2) Von den andersnationalen soz. dem. Parteien Österreichs hatten Vertreter entsandt: die polnische, italienische, südslawische, ruthenische sowie die tschechische soz. dem. Arbeiterpartei. Von der tschechoslawischen war folgendes Schreiben eingelangt: „Die Exekutive der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat in ihrer letzten Sitzung über die freundschaftliche Einladung vom 9. d. (X. 1911) zu dem bedeutungsvollen Kongreß der deutschen Bruderpartei beraten und hat mich damit betraut, Sie zu bitten, gefälligst für diesmal die Abwesenheit von Delegierten unserer Partei auf Ihrem Kongreß entschuldigen zu wollen.“

Die Parteixekutive begreift vollanf die Bedeutung der Verhandlungen des Innsbrucker Kongresses, soweit sie in dem dritten Punkt der Tagesordnung

wie gegen die Bedrohungen durch die bürgerliche nationalistische Demagogie; sie ist der selbständigen Entwicklung der national gegliederten proletarischen Parteien niemals und nirgends ein Hemmnis gewesen, vielmehr hat sie immer und überall ihren Aktionen Kraft und Zusammenhang, Nachdruck und Würde gegeben.

Diese internationale Geschlossenheit der Sozialdemokratie in Österreich ist nun in beklagenswerter Weise schwer gefährdet. Indem die tschechoslawische Sozialdemokratie den gewerkschaftlichen Separatismus im Gegensatz zu der deutlich ausgesprochenen Überzeugung der Vertrauensmänner der gesamten Weltinternationale als prinzipielle Richtschnur ihrer Parteipolitik und als Grundlage ihrer Parteiorganisation proklamierte, hat sie sich mit der schweren Verantwortung dafür belastet, daß die gewerkschaftliche Organisation und damit die wirtschaftliche Kampffähigkeit des Proletariats aller Nationen in Österreich, nicht zum mindesten die des tschechischen Proletariats selbst empfindlich geschwächt wurden, daß das Bewußtsein der internationalen Interessengemeinschaft und Solidarität der Arbeiterschaft in Österreich getrübt und gestört, ja die Gefahr der Einschleppung nationalistischer Feindseligkeit in proletarische Organisationen heraufbeschworen wurde, sowie daß schließlich vor allem das internationale Einvernehmen sowie die Geschlossenheit der Aktion der österreichischen Gesamtpartei in bedenklicher Weise beeinträchtigt wurden.

Angesichts dieser Tatsachen erklärt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

Wir wissen uns eins mit der gesamten Internationale, deren einstimmigem Votum die tschechoslawische Partei beklagenswerterweise demonstrative Mißachtung entgegengesetzt hat; wir wissen uns eins ausgedrückt sind, und sie will auch nicht im geringsten den Kongreß beeinflussen und will insbesondere nicht, daß der Kongreß und die auf dem Kongreß abzuführende Debatte infolge der Anwesenheit unserer Delegierten durch die gesellschaftlichen Rücksichten gebunden wären, wie sie bisher immer auf den Kongressen aller Bruderparteien gegenüber den Delegierten als geladenen Gästen ängstlich beobachtet wurden. Deshalb hat mir die Exekutive aufgetragen, an Sie die obenerwähnte parteigenössische Bitte zu richten, die Sie uns, wie wir glauben, nicht abschlagen werden, und Sie werden Ihrem Kongreß versichern, daß die Exekutive der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich Ihrem Kongreß und seinen Beschlüssen vollen Erfolg wünscht.

Gemäß dem Beschluß der Exekutive der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit Parteigruß ANTON BRUHA, Sekretär.“

mit allen anderen der österreichischen Gesamtpartei angehörenden nationalen Parteien, die von diesen Ereignissen nicht minder schwer berührt werden als das deutsche Proletariat, wenn wir den Separatismus, als der internationalen Grundanschauung der Sozialdemokratie widersprechend, prinzipiell ablehnen. Wir stützen uns auf traurigste Erfahrungen in letzter Zeit und am eigenen Leibe des Proletariats aller Zungen in Österreich, wenn wir den gewerkschaftlichen Separatismus und die durch ihn bewirkte Zerschlagung der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen für praktisch verderblich erklären.

Wir sind der Überzeugung, daß der täglich deutlicher und mächtiger werdende internationale Zusammenschluß des Unternehmertums zwingender denn je die international geschlossene Zentralisation unserer Gewerkschaftsorganisation zur ersten Bedingung erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampfes macht, deren Preisgabe die Lebenshaltung des organisierten Proletariats schwer gefährden muß.

Der Separatismus widerspricht also nicht nur dem Grundgedanken der sozialistischen Internationale, er ist auch eine ernste Gefährdung unseres politischen und gewerkschaftlichen Kampfes.

Die deutsche Sozialdemokratie muß die Verantwortung für diese Erscheinungen der tschechoslawischen Sozialdemokratie überlassen; um so mehr hat sie die Pflicht, ihren eigenen Boden, ihre eigene politische Entwicklung und Aktion vor den Folgen des separatistischen Irrweges zu schützen.

Der Parteitag billigt es darum, daß sich die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament als selbständiger Klub konstituiert haben, und erwartet, daß sie nach wie vor in möglichst enger Fühlung mit den sozialdemokratischen Abgeordneten der anderen Nationen echt proletarische Politik im Parlament machen werden.

Der Parteitag billigt es, daß sich die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten niemals den demagogischen Bedürfnissen und dem Gebot der deutschbürgerlichen Nationalisten, aber ebensowenig der tschechischbürgerlichen Nationalisten gebeugt haben, und er erwartet, daß der deutsche sozialdemokratische Klub nach wie vor das Recht und die Interessen des deutschen Proletariats zu vertreten sowie dem Gebot der internationalen Vernunft zu folgen wissen werde.

Die deutsche Sozialdemokratie wird alles, was in ihrer Macht steht, tun, um den traurigen Zustand zu beseitigen, der durch den tschechoslawischen Separatismus herbeigeführt wurde, zunächst aber seine verhängnisvollen Folgen möglichst einzuschränken suchen. Die Partei

wird darum die gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in dem ihnen aufgezwungenen Abwehrkampf gegen die separatistische Zerschlagungstaktik mit ihrem ganzen Einfluß und aller Energie unterstützen.

Der Separatismus hat schließlich auch zu einer Spaltung innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie geführt. Er trägt die Verantwortung dafür, wenn die dem Separatismus widerstrebenden Gruppen des klassenbewußten tschechischen Proletariats **gezwungen waren** ¹⁾, sich entgegen dem von allen internationalen Kongressen sanktionierten Prinzip der Parteieinheit zu einer eigenen Partei zusammenzuschließen. So sehr der Parteitag diese Spaltung, die eine notwendige Konsequenz der separatistischen Methode ist, bedauert, so sehr muß er die Tatsache begrüßen, daß ein erheblicher Teil der tschechischen Arbeiter den Grundsätzen der Internationale unbeirrt treu geblieben ist. Der Parteitag erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie die neugegründete „Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich“ als proletarische Bruderpartei anerkennt und daß er ihren Anspruch, in die Gesamtpartei **und in die Internationale** ²⁾ als gleichberechtigte politische Organisation aufgenommen zu werden, unterstützen wird.

Der Parteitag wünscht dringend, die Hoffnung möge nicht vergebens sein, daß auch in der Masse der tschechoslawischen Partei das Bewußtsein wieder erwachen werde, daß die Rückkehr zu ihrer ruhmvollen internationalen Tradition das wichtigste Gebot der Selbsterhaltung für das tschechische Proletariat und eine Grundbedingung des Klassenkampfes für das Proletariat aller Zungen in Österreich ist.

Diese Entwicklung zu beschleunigen und den Weg zum Frieden in zäher Geduld offen zu halten, ist die unverbrüchliche Pflicht der deutschen Sozialdemokratie.

Da gegenwärtig die Einberufung eines Gesamtparteitags kaum möglich und sicher nicht erfolgreich wäre, beschließt der Parteitag, die Parteivertretung zu beauftragen, zu der ihr geeignet erscheinenden Zeit die Initiative zur Einberufung einer außerordentlichen Reichskonferenz der Exekutiven aller sozialdemokratischen Parteien in Österreich zu ergreifen, der es obliegen soll, die internationale Organisation der

1) In dem vom Parteivorstand vorgelegten Resolutionsentwurf waren die Worte „gezwungen waren“ ersetzt durch: „gezwungen zu sein glaubten“. 2) Im Resolutionsentwurf fehlten die Worte: „und in die Internationale“.

sozialdemokratischen Gesamtpartei wieder aufzurichten und den gegenwärtig gegebenen politischen Bedingungen anzupassen“^{1) 2)}).

(Einstimmig angenommen.)

II. Die Lebensmittelteuerung und die Wohnungsnot.

„I. Die Teuerung ist eine Wirkung der kapitalistischen, auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Produktionsweise. Der Kapitalismus ist nicht denkbar ohne Perioden der Teuerung, wie er nicht denkbar ist ohne Ausbeutung, ohne Arbeitslosigkeit, ohne die Zerstörung des Handwerks durch das Kapital, ohne die Verschuldung der Bauern, ohne das Verbrechen und ohne die Prostitution. Die Teuerung kann nicht beseitigt werden, ohne daß ihre Ursache beseitigt wird. Die Aufhebung des Massenelends setzt also voraus: die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die Expropriation der Expropriateure, die Verwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise.

II. Die Teuerung wird verschärft durch die Schutzzölle und Einfuhrverbote. Der Zolltarif vom Jahre 1906 beruht auf einem Kompromiß des industriellen Kapitals und des die Industrie beherrschenden Finanzkapitals mit den Großgrundbesitzern und den Großbauern. Er ist beschlossen worden von allen bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Er ist festgelegt bis zum Jahre 1917 durch die Verträge mit Ungarn. Die Linderung der Teuerung setzt daher die vollständige Revision des ganzen Zollsystems voraus, die

1) Der Resolutionsentwurf war von V. ADLER eingebracht worden.

2) Vielfach wurde in Anträgen die vor den Verhandlungen eingebracht worden waren, ein viel entschiedeneres Vorgehen gegen die separatistische tschechoslaw. Sozialdemokratie in dem Sinne gefordert, daß alle Beziehungen zu ihr autonom sofort oder von dem österreichischen Gesamtparteitag solidarisch abzubrechen und die tschech. Zentralisten „als einzige berufene Vertreter der international denkenden Arbeiterschaft anzuerkennen“ seien. (Anträge der Bezirksorganisationen Wien-Währing, Wien-Wieden, Wien-Margarethen, Mährisch Ostrau, sowie der Kreisorganisation Reichenberg und der Landesorganisation Salzburg. (Protokoll S. 105/108.) Vgl. auch den Beschluß der Brünner Bezirkskonferenz, oben S. 382). Von den meisten der genannten und von anderen Organisationen wurde auch die sofortige und ungesäumte Einberufung des Gesamtparteitags verlangt.

Hierzu ist festzuhalten, daß seit 1905 ein Gesamtparteitag nicht mehr stattgefunden hat.

nur im Klassenkampf gegen die an den Kartellschutzzöllen und an den Agrarschutzzöllen interessierten Klassen durchgesetzt werden kann.

III. Die Teuerung wird weiter verschärft durch die hohen indirekten Steuern. Dieses Steuersystem ist das Produkt: erstens der traurigen Geschichte Österreichs, die den Volksmassen eine ungeheure Staatsschuld aufgebürdet hat, in dem vergeblichen Bestreben, der Dynastie die Vorherrschaft in Deutschland, in Italien und auf der Balkanhalbinsel zu erhalten; zweitens der wachsenden Ansprüche des Militarismus und des Marinismus; drittens der Herrschaft der besitzenden Klassen, die den größten Teil der Steuerlast auf die Volksmassen abgewälzt haben. Die Linderung der Not setzt also voraus: die Befreiung des Staates von dem Tribut an das Finanzkapital; die Befreiung der Völker von den Lasten des Militarismus, des Marinismus und der Großmachtpolitik; die Befreiung des Gemeinwesens von der Herrschaft der besitzenden Klassen.

IV. Auch innerhalb des bestehenden Zoll- und Steuersystems gibt es Mittel zur Linderung der Teuerung. Zur sofortigen Abwehr der Lebensmittelteuerung fordern wir insbesondere: die unbeschränkte Zulassung der Einfuhr überseeischen Fleisches; die Abschließung von Handelsverträgen, die die Einfuhr von Lebendvieh und Fleisch nach Österreich zulassen; die zeitweilige Suspension der Zölle auf Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel; die Ermäßigung der Frachtgebühren für Milch und die Errichtung großer Milchwirtschaftsbetriebe durch den Staat und die Gemeinden; die Entziehung aller den Kartellen vom Staate gewährten Begünstigungen; die Vorbereitung der Enteignung der Kohlenbergwerke; die Schaffung eines zeitgemäßen Genossenschaftsgesetzes und die Befreiung der Konsumvereine von der Erwerbsteuer. Zur Abwehr der Wohnungsteuerung fordern wir insbesondere: ein Enteignungsgesetz, das die Gemeinden ermächtigt, Grund und Boden den Krallen der Bodenspekulation zu entziehen; Erbauung von Volkswohnungen durch die Gemeinden; Abschaffung der Gebäudesteuer für Neubauten; wirksame Besteuerung der städtischen Grundrente (Wertzuwachssteuer); die Ausgestaltung des Wohnungsfürsorgefonds; die Umgestaltung des Mietrechtes und die vollständige Trennung des Mietvertrages vom Arbeitsvertrag.

Der Parteitag verpflichtet die Vertreter der Partei im Abgeordnetenhaus und in den Gemeindestuben, den Kampf für diese Forderungen mit aller Tatkraft fortzusetzen.

V. Der Anwendung dieser Mittel zur Abwehr der Teuerung widersetzen sich die Nutznießer der Teuerung, die durch die Hofkamarilla, durch das Herrenhaus, durch die bürgerliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses, durch das Privilegienwahlrecht für die Landtage und die Gemeindevertretungen die ganze Gesetzgebung und Verwaltung beherrschen. Die Teuerung ist also in den politischen Machtverhältnissen begründet. Jede Linderung der Teuerung setzt große Verschiebungen in den politischen Machtverhältnissen voraus.

Die Arbeiterklasse muß den politischen Kampf gegen die Ursachen der Teuerung und ihre Nutznießer in der Erkenntnis führen, daß sie in diesem Kampfe auf den erbittertsten Widerstand der ihre Profite verteidigenden herrschenden Klassen stößt und stoßen muß. Diese Erkenntnis darf die Arbeiterklasse nicht entmutigen; die Kraft des Widerstandes der Klassen, die die Nutznießer der Teuerung sind, muß vielmehr die Arbeiterklasse anspornen, ihre Bemühungen zu verdoppeln, ihre politischen Organisationen zu kräftigen, die sozialistische Erkenntnis in den Volksmassen zu verbreiten und in dieser Weise den Umsturz der die Teuerung verursachenden politischen Machtverhältnisse vorzubereiten.

VI. Aber wenn heute die Kraft der Arbeiterklasse noch nicht zureicht, die in den politischen Machtverhältnissen gelegenen Ursachen der Teuerung auszurotten und durch ihre parlamentarische Aktion die Staatshilfe in den Dienst der Volksernährung zu stellen, so kann sie durch organisierte wirtschaftliche Selbsthilfe den Verelendungstendenzen des Kapitalismus wirksam entgegenarbeiten und die Arbeiterschaft kampffähig erhalten und immer kampffähiger machen.

Diese Selbsthilfe der Klasse ist eine doppelte: ihre Gewerkschaften müssen stark genug werden, um auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes maßgebenden Einfluß zu erlangen und zu behaupten, insbesondere die Lohnhöhe der allgemeinen Preisentwicklung anzupassen und durch die Stärke und Geschlossenheit der Organisation den Widerstand der Unternehmerverbände zu brechen.

Diese gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen auf der anderen Seite die Kaufkraft ihrer gesamten Klasse organisieren und den Lohn in ebenso planmäßiger sozialer Gemeinschaft aufwenden, wie sie ihn gewerkschaftlich erobert haben, und dadurch bestimmenden Einfluß auf den Warenmarkt zu gewinnen suchen. Sie müssen durch den lokalen Konsumverein den Ring der Detailhändler durchbrechen, durch den zentralen Einkauf im großen den Zwischengewinn der Großhändler

und schließlich durch Eigenproduktion, vor allem in den durch Kartelle beherrschten Industrien, den Profit der privatkapitalistischen Produzenten auszuschalten streben.

Der Parteitag verpflichtet daher alle Organe und Organisationen der Partei, ihre ganze Kraft und alle Mittel ihrer Propaganda in den Dienst der Gewerkschaften sowohl wie der Genossenschaften zu stellen¹⁾.“

(Einstimmig angenommen.)

III. Die Wehrreform in Österreich.

„Die Sozialdemokratie verhält sich gegen alle Forderungen des Militarismus prinzipiell ablehnend und steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es gegenüber einem Wehrsystem, das lediglich als ein Machtinstrument der herrschenden Klassen funktioniert und in seiner Abhängigkeit von dynastischen und imperialistischen Einflüssen eine stete Gefahr für den Weltfrieden bildet, keine andere Politik geben kann als die der unversöhnlichsten, jeden Mann und jeden Groschen verweigernden Opposition.

Eine parlamentarische Mitarbeit an Heeresreformen kann es daher für eine sozialdemokratische Fraktion nur in dem Sinne geben, als die Möglichkeit besteht, einerseits die Militärlasten der Bevölkerung zu erleichtern und andererseits die Vorbedingungen für eine allmähliche Umwandlung des stehenden militaristischen Heeres in eine demokratische Wehrgenossenschaft, in eine Volksmiliz zu schaffen.

1) Punkt VI der Resolution erhielt die vorliegende Fassung auf Grund der Debatte. Ursprünglich hatte er gelautet: „Solange die Kraft der Arbeiterklasse nicht zureicht, die in den politischen Machtverhältnissen gelegenen Ursachen der Teuerung auszurotten, kann sie ihre Lage nur durch die Kräftigung ihrer wirtschaftlichen Organisation verbessern. Die Arbeiterklasse muß die Konsumgenossenschaften stärken, damit ihr Einfluß auf die Warenpreise wachse. Die Arbeiterklasse muß ihre Gewerkschaften kräftigen, damit sie stark genug werden, die Höhe der Arbeitslöhne der verringerten Kaufkraft des Geldes anzupassen. In den Lohnkämpfen, zu denen die Teuerung unvermeidlich führen muß, wird die Arbeiterklasse auf den erbitterten Widerstand des in den Unternehmerverbänden organisierten Kapitals stoßen. Nur starke Organisationen des Proletariats werden die Kraft des organisierten Kapitals zu brechen vermögen. Der Parteitag verpflichtet daher alle Organe und alle Organisationen der Partei, ihre ganze Kraft und alle Mittel ihrer Propaganda in den Dienst der Ausdehnung und Kräftigung der Gewerkschaften zu stellen.“

Die sozialdemokratische Fraktion hat demgemäß mit aller Energie für eine ausgiebige und für alle in gleicher Weise geltende Abkürzung der Aktivdienstzeit — zunächst auf zwei Jahre, im weiteren Verlauf auf vierzehn Monate —, bei gleichzeitiger Aufhebung aller Begünstigungen, mit Ausnahme derer, die besitzlosen Familienerhalter zugute kommen, wie auch für die gesetzliche Gleichstellung der Soldaten mit den anderen Staatsbürgern unter Abschaffung jeder Sondergerichtsbarkeit einzutreten.

In Erwägung, daß der von der Regierung eingebrachte Entwurf zur Reform des Wehrgesetzes eine ungeheure Mehrbelastung der Bevölkerung anstrebt;

in fernerer Erwägung, daß der statt der einheitlichen zweijährigen Dienstzeit gebotene trügerische Schein einer Dienstzeitverkürzung nicht nur keinerlei Kompensationen bietet, sondern bloß einen Zustand schaffen würde, der die Härten der Militärdienstpflicht, zumal für die Arbeiterklasse, noch unerträglicher machen müßte;

in weiterer Erwägung, daß die Reformvorlagen auch schwere finanzielle Mehrbelastungen vorsehen, die ohne Rücksicht auf die akute wirtschaftliche Bedrängnis der Bevölkerung aufgebürdet werden sollen;

in weiterer Erwägung, daß diese Vorlagen bei noch größerer Berücksichtigung der Interessen des Bürgertums jede soziale Einsicht gegenüber dem Proletariat vermissen lassen;

in schließlicher Erwägung, daß demnach die von der Regierung beabsichtigte Reform der Heeresorganisation in jeder Hinsicht einen Rückschritt darstellt, erklärt der Parteitag, daß diese Vorlagen in der entschiedensten Weise zu bekämpfen sind, daß aber zugleich mit nicht geringerer Entschiedenheit der Kampf um die bedingungslose Verkürzung der Aktivdienstzeit auf zwei Jahre ohne Vergrößerung des Friedenspräsenzstandes zu führen ist.

Der Parteitag fordert nachdrücklich die Abschaffung der gesonderten Militärgerichtsbarkeit und die Unterstellung aller Staatsbürger, ob sie Soldaten sind oder nicht, unter dasselbe Recht und unter dieselben Gerichte. Er verurteilt den von der Regierung vorgelegten Entwurf einer neuen Militärstrafprozeßordnung, um so mehr, als er ein Hohn auf die Grundsätze der Unabhängigkeit der Gerichte und der Öffentlichkeit des Verfahrens ist und sogar eine von der Gunst der Regierung unabhängige Verteidigung ausschließt.“

(Einstimmig angenommen.)

XII. Parteitag der Polnischen sozialdemokratischen Partei in Lemberg. 10. XII. 1911¹⁾.

Beschlossen wurden Resolutionen über:

I. Das Verhältnis zu den andern sozialistischen Parteien.

„Die Spaltung der einheitlichen internationalen gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation aller Nationen Österreichs, konsequent und zielbewusst von der tschechoslawischen sozialdemokratischen Partei vollbracht, hat die Kraft dieser Organisation im Kampfe mit der geeinigten Kapitalistenklasse geschwächt; sie brachte Uneinigkeit und Mißtrauen in das Parteileben, führte zur Entzweiung der politischen und parlamentarischen Organisation des Proletariats in Österreich und artet immer mehr in einen Bruderkampf zwischen den einzelnen national organisierten sozialdemokratischen Parteien aus. Schließlich entstand im tschechischen Proletariat eine zweite Partei, die „Tschechische sozialdemokratische Partei“, und es kam zur Spaltung, deren Beseitigung die wichtigste Aufgabe jeder Klassenorganisation des Proletariats bildet.

Der XII. Kongreß der polnischen Sozialdemokratie in Galizien und Schlesien gibt seinem lebhaftesten Bedauern über diese Erscheinungen und seiner Überzeugung Ausdruck, daß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter aller Nationen Österreichs einheitlich sein muß. Sie muß fürsorglich mit allen Bedürfnissen der Arbeiter aller Nationen rechnen. Zum Kampfe mit dem Kapitalismus, zum Kampfe um die Existenz, um die Entwicklung und die Zukunft des Proletariats ist sie aber nur dann befähigt, wenn sie alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ohne Rücksicht auf die Nation umfaßt.

Der Kongreß empfiehlt der Exekutive, an der einzuberufenden Konferenz aller Exekutiven der national organisierten sozialdemokratischen Parteien in Österreich teilzunehmen, um dort im Geiste der internationalen Solidarität die Beseitigung der Spaltung dieser Organisationen anzustreben.

Der Kongreß nimmt die Bildung der Tschechischen sozialdemokratischen Partei zur Kenntnis, erkennt sie als eine Bruderpartei an und gibt im Sinne der internationalen Kongresse dem Wunsche Ausdruck, daß der Bruch im tschechischen Proletariat in nächster Zukunft beseitigt werde, daß die Einigung aller sozialistischen Organisationen

1) Aus d. Wiener Arbeiter-Zeitung v. 19. XII. 1911.

des tschechischen Proletariats erfolge und daß das tschechische Proletariat zur einheitlichen zentralen Gewerkschaft zurückkehre.

Der Kongreß fordert den polnischen sozialdemokratischen Klub im Parlament auf, er möge wie bisher die Wiedererrichtung des Verbandes anstreben und jedenfalls für die zeitweilige Verständigung aller sozialistischen Klubs sorgen.“

Bei getrennter Abstimmung wurden Abs. I—IV einstimmig, Abs. V mit allen gegen 3 Stimmen und sodann bei der GesamtAbstimmung die ganze Resolution einstimmig angenommen.

II. Das Verhältnis zu den jüdischen Sozialdemokraten.

„Der Kongreß nimmt die Bestrebungen des Vorstandes der polnischen Partei, mit der Jüdischen sozialdemokratischen Partei eine Vereinbarung zu treffen, zur Kenntnis und erklärt, daß für die polnische Partei eine solche Einigung nur unter der Bedingung der Aufrechterhaltung einer einheitlichen sozialistischen Politik auf dem Territorium der Polnischen sozialdemokratischen Partei, geleitet von unserer Partei, möglich ist. Der Kongreß schickt den Entwurf der Einigungserklärung an den Vorstand zurück mit dem Auftrag, die Verhandlungen fortzusetzen und unter den oben angeführten Bedingungen eine Vereinbarung zu treffen. Wir erklären vorläufig, daß die neugebildete jüdische sozialdemokratische Partei autonom zu wirken berechtigt ist in der jüdischen Arbeiterbevölkerung, die die polnische Sprache nicht versteht, von der polnischen Kultur noch nicht erfaßt ist und die Fähigkeiten noch nicht erreicht hat, zum gemeinschaftlichen Klassenkampf und zur Politik, die die Polnische sozialdemokratische Partei im Lande führt.

Alle jüdischen Parteigenossen, die sich als Polen fühlen und mit uns verbunden sind durch unzerreißbare Bande der Brüderlichkeit, sehen wir als vollberechtigte Mitglieder der Polnischen sozialdemokratischen Partei an. Der Kongreß erklärt sich mit dem Vorschlag der Jüdischen Partei, daß ihre Mitglieder zu gleicher Zeit beiden Parteien angehören können, aus dem Grunde nicht einverstanden, damit unkontrollierbare Einflüsse auf die Beschlüsse und Instanzen der Polnischen sozialdemokratischen Partei ausgeschaltet werden.“

Landesparteitag der deutschen Sozialdemokratie Böhmens in Aussig. 24. III. 1912¹⁾.

Einstimmig angenommen wurde eine Resolution „gegen die Klassenjustiz in Deutschböhmen“, und eine Sympathiekundgebung zugunsten der Lohnbewegung der Bergarbeiter Österreichs.

XIX. Landesparteitag der deutschen Sozialdemokratie Wiens und Niederösterreichs zu Wien. 2.—4. II. 1912²⁾.

Angenommen wurden folgende Resolutionen über:

I. Gründung von Bau- und Wohnungsgenossenschaften.

„In der Erwägung, daß das heutige Privateigentum an Grund und Boden im Zusammenhang mit der privatkapitalistischen Produktionsweise die ständig steigende Teuerung nicht nur aller Lebensmittel, sondern auch der Wohnungen und Mietzinse herbeiführt und dadurch das Wohnungselend der sogenannten unteren Volksschichten mit allen seinen Begleiterscheinungen hervorruft; in weiterer Erwägung, daß durch die stark gesunkene Kaufkraft des Lohnes der Arbeiter und die fortwährend steigenden Wohnungs- und Lebensmittelpreise eine durchgreifende Selbsthilfe für die breiten Massen der Arbeiterschaft auf absehbare Zeit ausgeschlossen ist, die heutige privatkapitalistische Bauspekulation, die aber nur auf Profit ausgeht, nicht imstande ist, aus eigenem das Wohnungselend zu beseitigen und den von ihr ausgebeuteten Volksklassen Dach und Herd zu sichern; in weiterer Erwägung, daß in allererster Linie die Gemeinden verpflichtet und berufen sind, auf die Gestaltung der Wohnungsverhältnisse den entsprechenden Einfluß auszuüben, erklärt der heute tagende Parteitag:

1. Vor allem ist darauf hinzuwirken, daß die Gemeinden als die berufenen Organe dem herrschenden Bodenwucher und dem Mangel an Kleinwohnungen durch Erwerbung von Verbaunungsgrundstücken und Errichtung von Häusern mit Kleinwohnungen und durch eine vernünftige Verkehrspolitik im Sinne einer Verbilligung und Verdichtung des Verkehrs zu steuern verpflichtet sind. In allen Gemeinden ist

1) Protokoll in dem Teplitz-Schönauer Parteiorgan „Freiheit“ v. 26. III. 1912.

2) Protokoll in dem Wiener Wochenblatt „Volkstribüne“ v. 24. und 31. I., 7. 14. 21. 28. II. 1912.

weiter durch die Bildung von Wohnungsausschüssen und die Einführung einer entsprechenden Wohnungsinspektion dafür Vorsorge zu treffen, daß das Wohnungselend der Arbeiterschaft nach Möglichkeit gemildert und beseitigt wird.

2. Die Gründung von Arbeiterbau- und Wohnungsgenossenschaften, die nur auf die Selbsthilfe der Mitglieder sowie auf die Unterstützung und Förderung des Wohnungsfürsorgefonds angewiesen sind, wird für jene Orte und Bezirke empfohlen, in denen die Gemeinden den ihnen obliegenden Verpflichtungen nicht oder nur in ungenügendem Maße nachkommen, und alle sonstigen Voraussetzungen für die erfolgreiche Gründung von Bau- und Wohnungsgenossenschaften bestehen.

3. Die Gründung von Bau- und Wohnungsgenossenschaften soll nur dann erfolgen, wenn eine genügende Anzahl von Mitgliedern im Orte oder in der nächsten Umgebung vorhanden ist, die auch entsprechend hohe Geschäftsanteile einzahlen und der Genossenschaft dauernd anzugehören in der Lage sind. Zwerggenossenschaften sind ebenso zu vermeiden, wie übergroße Genossenschaften ohne örtlichen und persönlichen Zusammenhang der Mitglieder.

Der Parteitag empfiehlt nur die Gründung von Bau- und Wohnungsgenossenschaften nach Städtebezirken oder nach Berufsgruppen, um die unnötige Zersplitterung der Kräfte nach Möglichkeit hintanzuhalten und von vornherein die Entwicklungsmöglichkeit zu sichern. Um leichtfertigen Gründungen von vornherein zu begegnen und die Genossenschaftler vor Schaden zu bewahren, empfiehlt der Parteitag den Beitritt nur zu jenen Bau- und Wohnungsgenossenschaften, welche mit Zustimmung des Zentralvereines österreichischer Konsumvereine gegründet wurden und ihm als Mitglieder angehören.

Der Parteitag warnt zugleich vor dem Eintritt in jene Genossenschaften, welche bei niedrigen Anteilen jedem Beitretenden die Erwerbung eines eigenen Wohnhauses zusichern oder sonstige übertriebene Hoffnungen erwecken, die bei den heutigen Grundpreisen und Baupreisen nie erfüllt werden können.

Die Geschäftsanteile der Mitglieder einer Bau- und Wohnungsgenossenschaft müssen mindestens ein Zehntel der Bau- und Herstellungskosten einer zu erstehenden Wohnung betragen. Da Einfamilienhäuser hohe Kosten verursachen und überdies auf den Wohnungsmarkt nur geringe Einwirkung üben, empfiehlt der Parteitag den Bau- und Wohnungsgenossenschaften, ihre Tätigkeit zunächst auf den Bau von Miethäusern zu beschränken und Einfamilienhäuser nur dort

anzustreben, wo gutgestellte Arbeiter mit beträchtlichen Ersparnissen und mit stabilen Arbeitsverhältnissen unter der Mitgliedschaft überwiegen, und die Grundpreise niedrig sind.“

Außerdem gelangte der Zusatzantrag zur Annahme:

„Der Parteitag erklärt es als die Pflicht der Gemeinden, die Bau- und Wohnungsgenossenschaften durch die Beistellung von Grund, durch Hypothekendarlehen der Gemeindesparkassen und durch den Verzicht auf die Gemeindeumlagen bei genossenschaftlichen Kleinwohnungshäusern tatkräftigst zu fördern.

Der Parteitag verurteilt die vollständige Untätigkeit der Wiener christlich-sozialen Gemeindeherrscher auf dem Gebiet der Wohnungsreform und ruft die Bevölkerung zum entschiedensten Kampfe gegen den Wohnungswucher und diejenigen, die daran schuld sind, auf.“

II. Separatismus.

„Der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Niederösterreichs verurteilt jeden nationalen Separatismus als eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse.

Gerade in Niederösterreich, wo in allen Großbetrieben deutsche und tschechische Arbeiter, in vielen anderen auch magyrische, slowakische, polnische und italienische Arbeiter von denselben Kapitalisten ausgebeutet werden, müßte die nationale Zersplitterung die vollständige Kampfunfähigkeit des Proletariats herbeiführen. Gerade in Niederösterreich, wo die Unternehmerorganisationen stärker entwickelt sind als in den anderen Ländern, muß die ganze Arbeiterschaft, in einheitliche Organisationen vereinigt, den gemeinschaftlichen Kampf gegen die Ausbeutung führen. Der Parteitag begrüßt es daher, daß die Mehrheit der tschechischen Arbeiter Niederösterreichs der internationalen gewerkschaftlichen Organisation treu geblieben ist, und verpflichtet die Presse und die Vertrauensmänner der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die tschechischen Genossen im Kampfe gegen die Verlockungen des Separatismus zu unterstützen.

Der Parteitag entbietet schließlich den von einem brutalen Unternehmertum ausgesperrten Metallarbeitern in Böhmen seinen brüderlichen Gruß. Er hofft, daß es ihnen gelingen werde, den frechen Anschlag des international organisierten Unternehmertums abzuwehren. Er erwartet, daß der Übermut der böhmischen Maschinenfabrikanten, die, ob Deutsche, ob Tschechen, ob Juden, ob Christen, sich zur Niederwerfung der Arbeiter verbündet haben, die tschechische Arbeiter-

schaft in der Überzeugung befestigen werde, daß der Kampf gegen das international organisierte Kapital nur von der international organisierten Arbeiterschaft bestanden werden kann.“

III. Frauenwahlrecht.

„Bei Einbringung aller selbständigen Anträge auf Erweiterung des Wahlrechts ist nicht nur im Landtag und in der Reichshauptstadt Wien, sondern in allen Gemeinden, die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen ausdrücklich zu fordern und zu begründen.“

Parteitag der südslawischen Sozialdemokraten in Laibach.

26.—28. V. 1912¹⁾.

Angenommen wurden Resolutionen, in denen: der Wahlrechtskampf der Arbeiterklasse in Ungarn begrüßt, gegen die Aufhebung der Verfassung und die Gewaltherrschaft des Kgl. Kommissars CUVAJ in Kroatien-Slawonien protestiert, die nationalistische Politik der bürgerlichen Parteien in Österreich gebrandmarkt und die Umgestaltung des Reiches auf Basis der nationalen Autonomie und der internationalen Solidarität gefordert wird.

Ferner wurde einstimmig folgende Resolution angenommen, über

Das Verhältnis zu den anderen sozialistischen Parteien
in Österreich.

„Die südslawische Sozialdemokratie steht unerschütterlich auf dem Boden der politischen Autonomie und der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft, um sich die Freiheit der Aktion in ihren eigenen Angelegenheiten zu wahren, zugleich aber möglichst wirksamen Schutz der Arbeiterinteressen zu sichern. — Die politische Lage der Nation, in der die Partei wirkt, legt ihr — abgesehen von der Gesamtinternationalen — Beziehungen nach zwei Richtungen auf:

1. gegenüber den Bruderparteien in Österreich, mit welchen sie staatlich in einem Hause, zum Teil in nächster Nachbarschaft und in gemischten Siedlungen lebt;
2. gegenüber den national verwandten Bruderparteien in der anderen Reichshälfte, in Bosnien und der Herzegowina und am Balkan.

1) Aus d. Wiener Arbeiter-Zeitung v. 29. V. 1912.

Die Beziehungen mit den an zweiter Stelle genannten Parteien pflegt die Partei im Sinne der Beschlüsse der ersten südslawischen sozialdemokratischen Konferenz. — In Österreich strebt sie nach einem solchen Verband der sozialdemokratischen Parteien, welcher eine möglichst enge Gemeinschaft und ein einheitliches Vorgehen in allen Angelegenheiten verbürgt, die die Interessen der Arbeiterschaft aller Nationen berühren.

Die Partei bedauert, daß die einst mustergültige Eintracht der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft getrübt wurde, sie hofft, daß das gesunde Empfinden der klassenbewußten Arbeiterschaft die Anlässe beseitigen wird, welche die Verschlechterung des Verhältnisses verursacht haben, und erwartet, daß die Gesamtexekutive alle geeigneten Maßregeln ergreifen wird, um der Arbeiterschaft die in der internationalen Gemeinschaft begründete Kampffähigkeit wiederzugeben.

Obwohl die Partei bedauert, daß sich das tschechische Proletariat in zwei Parteien gespalten hat, würdigt sie die Gründe, welche die Gründung der Tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Tschechische Zentralisten) herbeigeführt haben, und erkennt sie als Bruderpartei an.

Auf dem gewerkschaftlichen Gebiet sieht die südslawische Sozialdemokratie eine starke zentralistische Organisation zum Kampfe gegen das internationale Kapital als unentbehrlich an; sie lehnt jede Spaltung dieser Organisation ab und wünscht, daß auch die tschechoslawische Sozialdemokratie zurückkehre auf das einzige Gebiet, wo die Arbeiterschaft Erfolge erreichen kann¹⁾.

Sitzung der Gesamtexekutive der österreichischen Sozialdemokratie zu Wien vom 20. VI. 1912.

Dieselbe trat in Gemäßheit der Beschlüsse der deutschen, der polnischen und der südslawischen Sozialdemokratie zusammen. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt „Die Eingliede-

1) Der letzte Absatz wurde in die Resolution erst auf Grund der Debatte aufgenommen, in der sehr entschieden die Meinung zutage trat, daß der ursprüngliche Resolutionsentwurf den Separatismus nicht scharf genug verurteile und sogar gefordert wurde: die Parteivertretung sei zu beauftragen, sie möge im Internationalen Bureau in Brüssel die Ausschließung der tschechoslawischen Sozialdemokratie aus der Internationale beantragen.

rung der tschechischen Sozialdemokratie in die Gesamtpartei. Erschienen waren die Vertreter der deutschen, polnischen, südslawischen und italienischen Exekutiven, während der Vertreter der ruthenischen Exekutive, am persönlichen Erscheinen verhindert, schriftlich mitteilte, seine Partei sei der Ansicht, daß den tschechischen Zentralisten Sitz und Stimme in der Gesamtexekutive zu gewähren sei.

Die tschechoslawische Exekutive war unvertreten. Von ihr lag der Konferenz der folgende Brief vor:

„Prag, 17. Juni 1912.

Die Exekutive der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat in ihrer letzten Sitzung über Ihre Einladung zu der Sitzung der Gesamtexekutive der Partei in Österreich verhandelt, welche für Donnerstag den 20. VI. 1912 einberufen ist, und mir aufgetragen, Ihnen mitzuteilen, daß sie sich mit Rücksicht auf den ersten Punkt der Tagesordnung an der Sitzung der Gesamtexekutive nicht beteiligen kann. Die Exekutive unserer Partei könnte an der Verhandlung der Gesamtexekutive nur dann teilnehmen, wenn der erste Punkt der Tagesordnung abgesetzt würde.

Unsere Vertreter haben in der letzten Sitzung der Gesamtexekutive durch den Mund des Genossen ANTON NEMEC in einer jeden Zweifel ausschließenden Erklärung mitgeteilt, daß die Aufnahme der tschechischen Zentralisten, dieser bewußten Schädiger der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, von uns betrachtet würde als unsere Ausweisung aus der Gesamtexekutive.

Außerdem haben wir durch unsere Zuschrift vom 14. XII. 1911 mitgeteilt, daß nach unserer Ansicht die Gesamtexekutive gemäß dem Beschluß des Gesamtparteitages der sozialdemokratischen Parteien, welcher vom 24. bis zum 29. VIII. 1899 in Brünn abgehalten wurde, kein Recht hat, in ihren Verband irgend welche neue Parteien aufzunehmen oder ihnen eine Vertretung zu gewähren. Das bisher gültige Organisationsstatut der Gesamtpartei zählt die Parteien, welche in den Verband der Gesamtexekutive gehören, ausdrücklich auf und gibt nirgends der Gesamtexekutive das Recht, irgend welchen neuen Parteien eine Vertretung zu gewähren.

Über diese Angelegenheit kann rechtsgültig nur der Parteitag der österreichischen Internationale entscheiden, der den Beschluß über die

1) Aus d. Wiener Arbeiter-Zeitung v. 24. VI. 1912.

Zusammensetzung der Gesamtexekutive ändern müßte, damit diese um die Vertreter irgendwelcher neuen Partei erweitert werden könnte.

Auf dieser Ansicht beharren bis heute die Exekutive und die Parteivertretung unserer Partei und aus diesen Gründen mußte die Exekutive mit Rücksicht auf den ersten Punkt der Tagesordnung ihre Teilnahme ablehnen und sie kann sich an der Sitzung der Gesamtexekutive nur dann beteiligen, wenn der angeführte erste Punkt von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Auf Grund eines Beschlusses der Exekutive der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Für das Sekretariat: ANTON BRUHA, Sekretär.“

Die Gesamtexekutive faßte sodann einstimmig folgenden Beschluß:

„In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der deutschen, der polnischen, der slovenischen, der ukrainischen und der italienischen Organisation wird die Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei als ein Glied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich anerkannt und ihrer Exekutive Sitz und Stimme in der Gesamtexekutive eingeräumt“,

worauf sofort die Vertreter der anerkannten Partei zur Teilnahme an der Fortsetzung der Konferenz zugelassen wurden.

Der Tschechoslawischen Partei wurde folgende Begründung dieses Beschlusses schriftlich mitgeteilt.

„Die neugegründete Partei entspricht in ihrem Programm und in ihrer Taktik den Grundsätzen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei; sie ist von den deutschen, den polnischen und den südslawischen Organisationen durch Parteitagsbeschlüsse als Bruderpartei anerkannt und die italienische Exekutive hat in der heutigen Sitzung mündlich, die ukrainische schriftlich mitgeteilt, daß auch die italienische und die ukrainische Sozialdemokratie auf dem gleichen Standpunkt stehen. Es besteht also kein Zweifel, daß die tschechische Sozialdemokratie eine Organisation des klassenbewußten Proletariats ist. So sehr die Gesamtexekutive, was die Vertreter aller nationalen Exekutiven übereinstimmend erklärten, die Spaltung des tschechischen Proletariats bedauert, und so herzlich sie seine Wiedervereinigung wünscht, kann sie doch nicht verkennen, daß die unheilvolle Spaltung nur unter dem unwiderstehlichen Zwang eines Notstandes erfolgt ist und daß sie als eine vollendete Tatsache anerkannt werden muß. Die Verweigerung

der Aufnahme der neuen Partei würde diesen Tatsachen widersprechen. Sie wäre mit dem Sinne und dem Wortlaut des Organisationsstatuts der Gesamtpartei nicht in Einklang zu bringen.

Auch der Einwand, daß die Gesamtexekutive nicht kompetent sei, die Aufnahme zu beschließen, ist nicht stichhaltig. Er kann sich weder auf den Wortlaut des Organisationsstatuts noch auf die bisherige Übung berufen. In dem einzigen Falle, in dem eine neugebildete Partei sich bisher um ihre Aufnahme in die Gesamtpartei beworben hat, hat die tschechoslawische Sozialdemokratie selbst anerkannt, daß die Gesamtexekutive das Recht hat, die Aufnahme zu gewähren oder zu verweigern. Die Entscheidung der Gesamtexekutive ist in dem jetzigen Falle umso mehr geboten, weil — wie die tschechoslawische Sozialdemokratie sehr gut weiß — die Einberufung eines Gesamtparteitages nicht ohne weiteres möglich ist. Die organisatorischen Verhältnisse, auf denen die alten Bestimmungen über die Zusammensetzung des Gesamtparteitags beruhten, sind vollständig umgestaltet worden. Ehe ein Gesamtparteitag einberufen werden könnte, müßte also in einer Konferenz der Exekutiven das Recht der Delegierung geregelt werden. Von einer solchen Konferenz könnte aber auch die tschechische Sozialdemokratie unmöglich ausgeschlossen werden. Es ist also unvermeidlich, daß die Gesamtexekutive zunächst selbst entscheidet.

Die Gesamtexekutive kann daher die Auffassung, als ob die Aufnahme der tschechischen Sozialdemokratie in die Gesamtpartei der „Ausweisung“ der tschechoslawischen Sozialdemokratie gleichkäme, nicht anerkennen. Sie bedauert, daß die tschechoslawische Exekutive an der Sitzung nicht teilgenommen hat, und spricht die Hoffnung aus, daß die tschechoslawische Exekutive sich der in voller Einmütigkeit und mit der größten Bestimmtheit geäußerten Meinung der anderen Exekutiven anschließen wird.“

Bibliographie. ¹⁾

II (Schluß).

Gliederung. VI. Gewerkschaftsbewegung. a) Darstellende Schriften S. 407. b) Materialien S. 409. VII. Zur Genossenschaftsfrage S. 412.

VI a.

*Acht, s. sub IV a.

†AMMAN, WERNER, Die Wahrung d. Berufsinteressen d. öffentl. Angestellten unter bes. Berücksichtigung d. französ. Verhältnisse. Aarau, Sauerländer & Co. 1912. IX—251 S.

†Arbeits-einstellungen und Aussperrungen, Die, in Österreich während d. J. 1910. Hrsg. v. k. k. Arbeitsstatist. Amt. Wien, Hölder 1911. 336 S.

†Arbeits- und Lohnverträge in Österreich, Die kollektiven. Hrsg. v. k. k. Arbeitsstatist. Amt. Ebda. 1911. 228 S.

BASNER, EM., Geschichte d. deutsch. Schmiedebewegung, I. Bd. Berlin, Verlag d. Schmiedeverbands 1912. 312 S.

†BAUER, TH., Gewerkschaft u. Volkswirtschaft. Jena, Fischer 1912. 104 S.

BONTRON, M., Le massacre de la Léna (Vie ouvrière, 20. VII. 1912). Buchbinder-Verband, Der deutsche,

i. J. 1910. Berlin, Selbstverlag 1912. 116 S.

Buchbinder-Verband, Der deutsche, i. J. 1911. . . . 106 S.

Bulgarien, Allgem. Gewerkschaftsbund in, Bericht an d. VII. Intern. Konferenz d. Vertreter d. gewerkschaftl. Landeszentralen in Budapest. Sofia. 23 S.

CLAY, ARTH., Syndicalism and labour. London, Murray 1912.

†DEHN, P., Verrufe. Leipzig, Duncker & Humblot 1911.

Eilenburg, Der Kampf d. Sozialdemokratie um die Vorherrschaft in. Verl. d. Eilenburger Gewerkschaftskartells 1912. 45 S.

Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie in Österreich, Die wirtschaftl. Kämpfe i. d., Statistik d. Streiks, Aussperrungen u. Bewegungen z. Einstellung d. Arbeit sowie d. abgeschloss. Tarifverträge 1908—1910. Wien. 464 S.

EXPERT-BESANÇON, JACQUES, Les organisations de défense patronale. Paris 1912. 282 S.

1) Vgl. S. 195.

- FEHLINGER, H., Kollektive Arbeitsverträge in Großbritannien (Ztschr. f. d. ges. Staatswiss. 1911).
- R., Gelbe Gewerkschaften (Preuß. Jahrb. 1910/IX).
- † GARGAS, SIGISM., Der öffentliche Arbeitsnachweis in Galizien. Wien, Hölder 1911. 105 S.
- † Gedenkschrift zum 25 jähr. Bestande 1885—1910 des Verbandes d. Bäckereiarbeiter Österreichs. Gesangsektion Wien. Wien 1910. 28 S.
- GEMAHLING, P., La lutte syndicale entre les sous-concurrences ouvrières. Paris, Bloud & Co. 1910. 436 S.
- † GEORGES-CAHEN, Les fonctionnaires, leur action corporative. Paris, Colin 1911. VII—394 S.
- Ghilde, Le syndicalisme professionnel. Paris, Jouve & Co. 1912.
- † HOMMER, OTTO, Die Entwicklung und Tätigkeit d. deutsch. Metallarbeiterverbandes. Ein Beitrag z. Gewerkschaftsproblem. Berlin, C. Heymann 1912. XI—174 S.
- † HUPPERT, STEF., 20 Jahre Organisation der Faßbinder und Brauereiarbeiter Wiens u. Umgebung 1891 bis 1911. Wien, Verl. d. Verbandes 1911. 64 S.
- IMBUSCH, HEINR., Bergarbeiter-Streik i. Ruhrgebiet i. Frühjahr 1912. Cöln, Christl. Gewerkschaftsverl. 1912. 80 S.
- † KESSLER, GERH., Die Arbeitsnachweise d. Arbeitgeberverbände. Leipzig, Duncker & Humblot 1911. VII—203 S.
- † KISKER, IDA, Die Frauenarbeit in d. Kontoren einer Großstadt. Eine Studie üb. d. Leipziger Kontoristinnen. Mit ein. Anhang üb. d. Berufsvereine d. Handlungsgehilfinnen. Tübingen, Mohr 1911. 168 S.
- † KLÄRMANN, SOPHIE, Die freien Gewerkschaften i. Gesetzgebung u. Politik. (Staats- u. sozialwiss. Forschungen von SCHMOLLER und SERING.) Leipzig, Duncker & Humblot 1912. VII—115 S.
- KLEEIS, FRIEDR., Die Sozialpolitik d. Sozialdemokratie. Halle a. S., Volksbuchhdlg. 1911. 32 S.
- Krankenpflegerinnen, Deutschlands, Berufsorganisation der. Referate d. Kongresses auf d. Hygieneausstellung i. Dresden am 6. X. 1911. Berlin, Deutscher Verlag 32 S.
- Lederarbeiter- u. Arbeiterinnen Deutschlands, Zentralverband d., Statistik üb. d. Berufs-, Arbeits-, Lohn- u. Organisationsverhältn. d. Handshuhindustrie Deutschlands i. J. 1911. 99 S.
- LEDERER, EML., Die Privatangestellten i. d. modern. Wirtschaftsentwicklung. Tübingen, Mohr 1912. 300 S.
- Liste systématique des journaux syndicaux. Bruxelles, Bureau Soc. Intern. 1911. 63 S.
- * LORENZ, JAC., Die wirtschaftl. und sozialen Verhältnisse i. d. Schweiz. Heinarbeit. II. Heft, 2. Teil. Zürich, Grütlbuchhandlung 1911.
- * LOUIS, P., Histoire de mouvement syndical en France 1789—1910. II^e édit. Paris, Alcan 1911. VIII—284 S.
- † — Geschichte d. Gewerkschaftsbewegung i. Frankreich 1789—1912. Autor. Übersetzung v. HEDWIG KURUCZ-ECKSTEIN. Hrsg. u. mit ein. Einleitg.: „Der Syndikalismus

- und seine Lebensbedingungen in Frankreich“ versehen v. GUST. ECKSTEIN. Stuttgart, Dietz 1912. 317 S.
- † MC CABE, DAV. A., The standard rate in American trade-unions (Johns Hopkins Univers. Studies in hist. and polit. science. XXX/2). Baltimore 1912. 251 S.
- † MAMROTH, K., Gewerblicher Konstitutionalismus. D. Arbeitstarifverträge i. ihr. volksw. u. soz. Bedeutung. Jena, Fischer 1911. IV—126 S.
- MESCHEWETSCHI, PEISACH, Die Fabrikgesetzgebung in Rußland. Tübingen, Laupp 1910. VIII—123 S.
- † MICHALKE, O., Die Arbeitsnachweise d. Gewerkschaften i. Deutschen Reich. Berlin, Reimer 1912. 306 S.
- † MÖLLER, HEINR., Geschichte d. österreichisch. Schuhmacherorganisation 1871—1911. Wien, Selbstverlag 1911. 43 S.
- * PAWLOWSKI, AUG., Les syndicats jaunes. Paris, Alcan 1911. 176 S.
- † PRATT, EDW. EWING, Industrial causes of congestion of population in New York City (Stud. in hist., econ. and publ. law of Columbia University, t. XLIII/1). New York, Longmans, Green & Co. 1911. 259 S.
- † PUSZKA, HERM., Bergarbeiterbevölkerung n. Fruchtbarkeit. München, Birk & Co. 1911. IV—39 S. u. 19 Tab.
- † RIEM, GUST., Aus d. Geschichte d. Dresdener Arbeiterbewegung. Dresden, Gewerkschaftskartell 1911. 62 S.
- † (ROTH, FRIEDR.) 20 Jahre Organisation der Rauchwarenbranche 1891—1912. Wien 1912. 72 S.
- † SALZ, ART., Der Unternehmer unserer Zeit. Heidelberg, Weiß 1912. 47 S.
- SCHIPPEL, MAX, Aus der Zeit d. gewerkschaftlich. Kinderkrankheiten. (Soz. Monatshefte 1911/III).
- SCHNEIDER, H., Gefahren d. Arbeit i. d. chemischen Industrie. Hrsg. v. Verband d. Fabrikarbeiter Deutschlands. Hannover, Dörnke & May (1911). 123 S.
- * Separatismus, Dokumente des. Hrsg. v. Österreich. Metallarbeiterverband zum X. ordentl. Verbandstag. Wien, Verl. d. Verbands 1911. 166 S.
- * —, Die Revolte des. S.-A. aus d. Rechenschaftsbericht d. Österreich. Metallarbeiterverbandes f. 1908 bis 1910. Ebda. 1911. 52 S.
- Tapeziergewerbe, Die Lohn- u. Arbeitsverhältnisse im. Hrsg. v. Verbandsvorstand. Berlin 1912. 73 S.
- FISCHER, A., Der Kampf i. deutsch. Baugewerbe 1910. Leipzig, Duncker & Humblot 1912.
- † TRAUTMANN, WILH. E., One big union. An outline of a possible industrial organisation of the working class, with Chart. Chicago, Kerr & Co. 1911. 31 S.
- Unternehmer, Die Organisation der. S.-A. aus d. Rechenschaftsbericht d. Österr. Metallarbeiterverbandes f. 1908—1910. Wien, Verl. d. Verbands 1911. 40 S.
- * WEBER, ADOLF, Der Kampf zwischen Kapital u. Arbeit. Tübingen, Mohr 1910. XVI—570 S.
- WINNIG, AUG., Der große Kampf i. deutsch. Baugewerbe 1910. Im Auftrag d. Verbandsvorstandes. Hamburg 1911. 288 S.

WOLDT, RICHARD, Das industrielle Beamtentum. Stuttgart, Dietz 1912. 117 S.

ZÉVAËS, ALEX., Le syndicalisme contemporain. Paris, RIVIÈRE & Co. 1912. 80 S.

VI b.

Almanach d. deutsch. Holzarbeiterverbandes f. d. J. 1912. Im Auftr. d. Verbandsvorstands, hrsg. v. Th. Leipert, Berlin.

Arbeitersekretariats Altenburg, XII. Jahresbericht d., f. 1910 nebst Bericht d. Gewerkschaftskartells u. Bildungsausschusses sowie statist. Übersicht über die Gewerkschaftsbewegung. 21 S.

— u. Gewerkschaftskartells Aschaffenburg, Jahresbericht d. 1910. 21 S.

— Berlin u. Umgegend, XXII. Jahres- u. Kassenber. d. Gewerkschaftskommiss. u. Bericht d., pro 1910. 104 S.

— Bielefeld, Jahresber. des, u. Gewerkschaftskartells 1911. 27 S.

— Brandenburg a. H., V. Jahresber. 1910. Bericht d. Gewerksch. Kartells, d. Gewerkschaften, d. Arbeiterbibliothek u. d. Bildungsausschusses. 52 S.

— Braunschweig, Jahresber. d., u. d. Gewerkschaftskartells, f. 1911. 88 S.

— Bremen, XI. Jahresber. f. 1910, d. Nebst Berichten üb. Stand, Leistungen u. wirtschaftl. Kämpfe d. Gewerkschaften, d. Gewerkschaftskartelle, d. Gewerbegerichts. 72 S.

— Darmstadt, Jahresber. f. d. XII. Geschäftsjahr 1910. 28 S.

— ... 1911. 8 S.

— Dessau, Jahresber. d., nebst d. Be-

richten d. Gewerkschaftskartelle Dessau usw. f. 1911. 22 S.

Arbeitersekretariats Erfurt, Bericht d. Kartells und, 1911. 40 S.

— Frankfurt a. M., XII. Jahresber. f. 1910, d., nebst Bericht d. Gewerkschaftssekretärs u. ein. Anhang z. Frage d. öffentl.-rechtl. Interessenvertretung f. d. Arbeiterschaft. 144 S.

— Fürth, Jahresber. 1910 des, d. Gewerkschaftskartells u. d. Gewerkschaften, d. Jugendbildungsvereins, d. Bildungsausschusses u. d. Gewerkschaftsbiblioth. 60 S.

— ... 1911. 18 S.

— Gera, Geschäftsbericht des, nebst Berichten d. Gewerkschaftskartells und Bildungsausschusses f. 1911. 55 S.

— des u. d. Gewerkschaften in Halle a. S. i. J. 1910. 68 S.

— Hamburg m. Altona u. Umgebung, XV. Bericht d. Gewerkschaftskartells und, 1911. 194 S.

— Harburg a. d. E., Bericht d., u. d. Gewerkschaftskartells f. 1911. 16 S.

— Jena, Bericht d. Gewerkschaftskartells u., f. 1910 u. f. 1911. 36 u. 36 S.

— f. Kiel u. Umgebung, X. Bericht üb. d. Geschäftsj. 1910. 140 S.

— Königsberg i. Pr., Bericht üb. d. Geschäftsjahr 1910 u. 1911. 47 u. 32 S.

— Kronach, VIII. Geschäftsber. d., f. 1910 nebst Jahresber. d. Gewerkschaftskartells. 24 S.

— das Leipziger. Leipziger Gewerkschaften i. J. 1910. VII. Jahresbericht. 80 S.

— das, in Lübeck. X. Jahresber., nebst Jahresber. d. Aufsichtskom-

- mission u. d. Gewerkschaftskartells. 71 S.
- Arbeitersekretariat, das, in Lübeck. X. Jahresbericht, nebst Jahresber. d. Aufsichtskommission u. d. Gewerkschaftskartells. f. 1911. 23 S.
- Magdeburg, das, u. die Gewerkschaften i. J. 1911. 24 S.
- München, XIII. Jahresber. des, u. Geschäftsber. d. Gewerkschaftsvereins pro 1910. 114 S.
- ... XIV. ... 1911. 55 S.
- Offenbach a. M., V. Jahresber. d., u. XI. Jahresber. d. Gewerkschaftskartells f. 1910. 72 S.
- ... VI. ... XII. 1911. 51 S.
- Pirna, Jahresbericht d. Gewerkschaftskartells und, 1911. 13 S.
- Stuttgart, XIII., XIV., XV. Bericht d., u. d. Vereinig. Gewerkschaften. 1909, 1910, 1911. 32, 24, 24 S.
- Vergesack, V. Jahresbericht d. Gewerkschaftskartells und, 1911. Bericht d. Zentralbibliothek. 31 S.
- Bericht über die Tätigkeit d. Vereins d. Buchbinder, Rastrierer etc. Österreichs. 1. I. 1908—31. XII. 1909. Wien 1910. 39 S.
- desselben Vereins. 1. I. 1910 bis 31. XII. 1910. Ebd. 1911. 43 S.
- d. Verbands d. Vereine d. Buchdrucker und Schriftgießer u. verwandter Berufe Österreichs üb. d. Tätigkeit d. Verbands i. J. 1911. Rückblick auf d. Gesamtgebarung d. Verbandsvereine seit deren Gründung (1894). Wien 1912. 88 S.
- üb. d. Tätigkeit u. Entwicklung d. deutsch. Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) u. ihres Verbandstages (insbes. f. d. J. 1907—1910). Erst. auf d. 17. Verbandstag z. Berlin am 17. V. 1910. Berlin 1910. 64 S.
- Bericht, VII. Internationaler, über die Gewerkschaftsbewegung 1909. Hrsg. v. d. Internat. Sekretär d. gewerkschaftl. Landeszentralen. Berlin 1911. 247 S.
- , VIII. ... 1910. Berlin 1911. 188 S.
- d. Vorstandes u. Ausschusses d. Zentralverbands der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Sitz Hamburg 1908—1909, nebst Prot. d. VII. Generalvers. 16.—17. V. 1910 i. Hamburg. 52 S.
- üb. d. Tätigkeit d. Verwaltungsstelle Hamburg d. Deutsch. Holzarbeiterverbands f. d. J. 1911. Hamburg, W. Momberg 1911. 234 S.
- d. Vorstandes d. Maschinisten u. Heizer f. 1910 u. 1911. Berlin. 478 S.
- üb. d. Tätigkeit d. Österr. Metallarbeiterverbandes in d. Verwaltungsjahren 1908—1910. Wien 1911. 336 S.
- , Administrativer, d. Allgem. Rechtsschutz- u. Gewerkschaftsvereins f. Österreich, Sitz i. Wien f. d. Zeit vom 1. I. 1909—31. XII. 1910. Im Anschluß: Bericht d. Fachpresse f. denselben Zeitraum. Wien 1911. 163 S.
- üb. d. Verhandlungen d. V. ord. Generalvers. d. Verbands d. Porzellanarbeiter Österreichs, 15.—17. V. 1910. Fischern 1910. 64 S.
- d. Union d. Textilarbeiter Österreichs üb. d. Tätigkeit i. d. V. Verwaltungsperiode 1909 u. 1910. Wien 1911. 186 S.
- Geschäftsbericht d. Zentralverbands christlicher Textilarbeiter Deutschlands v. 1. VII. 1908—30.

- VI. 1910, nebst Protokoll d. Generalvers. in Aachen 11.—14. X. 1910. Düsseldorf 1910. 350—VIS.
- Gewerkschaftsbewegung, Die, i. Bremen 1911. 71 S.
- Die, i. Chemnitz i. J. 1911. 54 S.
- , Die Leipziger, i. J. 1911. 95 S.
- , Die, zu Neumünster 1893—1911. 31 S.
- Gewerkschaftskartells Bamberg, Geschäftsbericht des, u. d. Auskunftsstelle f. 1911. 40 S.
- Crimmitschau, Bericht des, für 1910/11. 83 S.
- Solingen, Geschäftsbericht d., f. 1911. 16 S.
- Bericht des, u. d. Rechtsauskunftsstelle Staßfurt 1911. 16 S.
- Gewerkschaftsleben, Das, in Kiel u. Umgebung i. J. 1911. 47 S.
- Jahrbuch f. d. Bibliothekswesen d. Leipziger Arbeiterorganisationen. Hrg. v. G. HENNIG, I. Jhrg. 1911. 76 S.
- d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter für 1911. 486 S.
- d. Kölner Gewerkschaften 1910. Bericht d. Arbeitersekretariats, d. Kartells, d. Zentralbiblioth. u. d. freien Gewerkschaften. 158 S.
- ... 1911 ... 142 S.
- d. Schmiedeverbandes f. 1911. Hamburg 180 S.
- d. Textilarbeiterverbandes 1911. Berlin Karl Hübsch. 274 S.
- d. deutschen Transportarbeiterverbandes 1911. Mit Anhang: Tabell. Übersicht u. graph. Darstellung der Entwickl. der Verbandes 1897—1911. Berlin, Verlagsanstalt „Courier“. 326+24 S.
- Jahresbericht d. Verbandes d. Bergarbeiter Deutschlands 1909 u. 1910. Bochum, Hausmann & Co. 282 S.
- Jahresbericht d. Verbandes d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter 1910. 154 S.
- d. Deutschen Holzarbeiterverbandes Zahlstelle Nürnberg. 1910. 83 S.
- ... Verwaltung Berlin f. d. J. 1910. 144 S.
- d. Deutsch. Tabakarbeiterverbandes 1911. 113 S.
- d. Deutsch. Transportarbeiterverbandes, Bezirksverwalt. f. d. J. 1911. 171 S.
- Konferenz, II., der Kaliwerksarbeiter Deutschlands. Abgeh. am 18. VI. 1911 z. Hildesheim. Bochum, Hausmann & Co. 28 S.
- Protokoll d. IV. Generalversammlung d. Asphaltreue z. Bamberg 1912. Berlin, W. Püstow. 45 S.
- d. XIX. Generalvers. d. Verbandes d. Bergarbeiter Deutschlands zu Bochum, 21—26. V. 1911. Bochum, G. Hausmann & Co. 253 S.
- d. II. Internat. Konferenz d. Arbeiter öffentl. Betriebe, 4.—6. IX. 1910 zu Kopenhagen. Berlin. 68 S.
- d. Verhandlungen d. II. Verbandstages d. Verbandes d. Bureauangestellten Deutschlands, Sitz Berlin, v. 7.—9. VIII. 1911 zu Cöln a. Rh. Anhang: Geschäftsbericht f. d. Zeit v. 1. VII. 1908—31. XII. 1910. Berlin, C. Giebel 1911. 128+62 S.
- d. IX. Verbandstages d. Dachdecker in Nürnberg 1912. 299 S.
- d. Verhdlgen d. III. deutsch. Gasarbeiter-Konferenz. Verband der Gemeinde u. Staatsarbeiter v. 23. bis 24. VIII. 1911 zu Berlin. 104 S.
- d. VII. Verbandstages d. Gastwirtegehilfen zu Nürnberg 1912. 180 S.

- Protokoll d. Verhdlgen d. VIII. Kongresses d. Gewerkschaften Deutschlands, zu Dresden v. 26. VI. bis 1. VII. 1911. Nebst Prot. d. Verhdlgen d. III. Konferenz d. Arbeitersekretäre v. 3.—4. VII. 1911. Berlin, Generalkommission d. Gewerkschaft. 1911. 448 S.
- üb. d. Verhandlungen d. XIII. Verbandstages der Glaser in Dresden 1912. Karlsruhe. 108 S.
- d. Verhandlungen d. Deutsch. Heimarbeitertags in Berlin, 12. I. 1911. Berlin, Vaterländ. Verlagsanstalt. 92 S.
- d. Verhandlungen d. X. Verbandstages d. Holzarbeiter Österreichs. Abgeh. 16.—18. IV. 1911 in Brünn. Wien. 189 S.
- d. II. Verbandstages d. Kunstgewerbezeichner zu Plauen 1912. Berlin. 116 S.
- d. XII. ordtl. Generalversammlg. d. Lagerhalter u. -halterinnen Deutschlands. Leipzig 1912. 180 S.
- üb. d. Verhandlungen d. VI. Generalvers. d. Christl. Metallarbeiter i. Duisburg 3.—6. VII. 1910. 126 S.
- d. Verhandlungen d. XIV. Generalversammlung d. Gewerkschaft d. Tabakarbeiterinnen und -arbeiter Österreichs. Abgeh. 16.—17. IV. 1911 in Wien. 75 S.
- d. I. Reichskonferenz d. Versicherungsangestellten am 17. IV. 1911 in Berlin. Veranstaltet v. Verband d. Bureauangestellten usw. Deutschlands. Berlin, C. Giebel. 50 S.
- d. Verhandlungen d. IV. Verbandstages d. Verbandes d. Zimmerer Österreichs, abgeh. i. Brünn 15. bis 17. V. 1910. Wien. 210 S.
- Rechenschaftsbericht der Generalkommission d. Gewerkschaften Deutschlands 1. VI. 1908—31. V. 1911. Berlin 1911.
- Tätigkeitsbericht des Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereins f. Österreich, Sitz in Wien, 1. I. 1908—31. XII. 1910. 225 S.
- VII.
- BURKHARDT, W., D. Entwicklung d. Genossenschaftswesens i. d. Schweiz (Monatshefte f. christl. Sozialreform) 1911.
- † BUISSON, 'ET., La nationalisation des assurances. Paris, Rivière & Co. 1911. 75 S.
- CHERNESSON, JOS., Les associations ouvrières de production et le collectivisme. Paris, Giard & Brière 1912.
- DÖHNEL, G., D. Konsumgenossenschaften als Arbeitgeber u. ihre Beziehungen z. modern. Arbeiterbewegung. Leipzig, Verl. d. Lagerhalterverbandes 1912. 17 S.
- * FLEISSNER, HERM., Genossenschaften u. Arbeiterbewegung. Dresden, Kaden & Co. 1911. 89 S.
- * FOURNIÈRE, EUG., L'unité coopérative. Paris, Rivière & Co. 1910. 81 S.
- Genossenschafts-Krankenkassen Wiens u. Niederösterreichs, Bericht d. Verbandes d., f. d. J. 1910. Wien 1911. 148 S.
- * GOLDSCHMIDT, CONR., Bäckereigerbe u. Konsumvereine (Münch. Volksw. Stud. von BRENTANO und LOTZ, Heft 110). Stuttgart, Cotta 1910. 96 S.
- Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“, Geschäftsbericht d., f. 1911. Hamburg. 104 S.

- † Konsumvereine, Der Zentralverband deutsch., i. J. 1910. Jahresbericht üb. d. Entwicklung d. Zentralverbandes v. J. 1910 erst. zu Händen d. VIII. ordentl. Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutsch. Konsumvereine v. 19.—21. VI. 1911 i. Leipzig. Hrsg. v. Generalsekretär HEINR. KAUFMANN. Hamburg 1911. XIX—551 S.
- † — . . . 1911 . . . 17.—19. VI. 1912. . . Hrsg. v. DEMSELBEN. Ebda. 1912. XXIII—654 S.
- Jahrbuch des Zentralverbandes deutsch. Konsumvereine. Hrsg. v. DEMSELBEN, IX. Jhrg. 1910. 2 Bde. Ebda. 1911. XIV—966 u. VIII—1042 S.
- , Großeinkaufsgesellschaft deutsch., m. b. H. Bericht üb. d. 18. Geschäftsjahr v. 1. I.—31. XII. 1911. Hamburg. 75 S.
- . . . Umsatzstatistik f. 1911. Ebda. 227 S.
- † LAZAR, SIMA, Der Sozialismus und d. Genossenschaftsbewegung (Berl. Diss.) 1911. 106 S.
- MÜLLER, AUG., Konsumgenossenschaftshrevier. Urteile von Männern d. Wissenschaft u. Praxis üb. d. Konsumvereine. Hamburg, Zentralverb. deutsch. Konsumvereine, 1911. 40 S.
- † MUTSCHLER, C., Coopératives et syndicats. Paris, Rivière & Co. 1912. 71 S.
- * NICCOLI, V., Cooperative rurali di credito, di lavoro, di produzione. II^a ediz. Milano, Hoepli 1909. 393 S.
- POEHLMANN, A., Geschichte d. Genossenschaftsbewegung i. Schweden. (Der Konsumverein 1911/VII.) Wien.
- SCHNEEBERGER, O., Beziehungen zwischen Gewerkschaften u. Genossenschaften. Referat geh. i. schweiz. Gewerkschaftskongreß v. 23—25. IX. 1911. Bern, Unionsdruckerei. 31 S.
- STAUDINGER, F., Kurze Übersicht üb. d. genossenschaftl. Bildungswesen. I. Auftr. d. Bildungsausschusses d. Zentralverbandes deutsch. Konsumvereine. Hamburg, Verl. d. Zentralverbandes 1911. 96 S.
- WOLFF, W., Die Genossenschaft in Amerika (Die Genossenschaft 1911/XIV). Wien.
- * WYGODZINSKI, W., Das Genossenschaftswesen i. Deutschland. Leipzig, Teubner 1911. 284 S.

Der Untergang der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ und des Pariser „Vorwärts“.

Von

Gustav Mayer (Berlin-Zehlendorf).

I.

Nach dem Verbot der „Deutschen Jahrbücher“ und der Unterdrückung der „Rheinischen Zeitung“ mußten die Führer der radikalen Opposition in Preußen einsehen, daß es vergebliche Mühe sein würde, wenn sie innerhalb des Bereichs der aller vorübergehenden liberalen Verkleidungen von neuem beraubten Zensur den publizistischen Kampf gegen den Absolutismus noch einmal aufnehmen wollten. Sie waren es auch reichlich überdrüssig, daß sie kein Wort zu ihrem Volke sprechen sollten, ohne es zuvor, wie JOHANN JACOBY damals an ARNOLD RUGE schrieb, „durch einen von den Staatsheuchlern erkauften Dummkopf prüfen zu lassen“¹⁾. Wie die Verhältnisse lagen, blieb der Bewegungspartei, sofern sie überhaupt noch in der Presse zu Wort kommen wollte, kein anderer Weg übrig, als außerhalb des deutschen Bundesgebiets sich ein Organ zu schaffen. Da lag am nächsten, daß sie die Augen auf das Literarische Comptoir in Zürich-Winterthur richtete, das schon seit einigen Jahren das ultimum refugium für alle solche Schriften bildete, die innerhalb des Deutschen Bundes nicht gedruckt werden konnten. Aber die konservative Züricher Regierung bot, wie die Ausweisung HERWEGHS bewies, keine Gewähr dafür, daß sie diplomatischen Schritten der Berliner Regierung Widerstand leisten würde. Deshalb wandte der im Mittelpunkt jener organisatorischen Bestrebungen stehende RUGE den Blick frühzeitig nach Westen.

1) JACOBY an RUGE, 25. November 1843 (ungedruckt).

Auf französischem Boden, in der Heimat der demokratischen Ideen, sollte der freie deutsche Gedanke seine Zuflucht suchen! Ursprünglich wollte man in Straßburg eine Buchhandlung gründen, als Filiale des Literarischen Comptoirs, in das RUGE um diese Zeit mit einem größeren Betrag als Teilnehmer eintrat. Aber die anfänglich gehegte Hoffnung, daß die Aktionäre der ehemaligen Rheinischen Zeitung und die ostpreußischen und andere Liberale in großem Umfang pekuniäre Beihilfe leisten würden, erfüllte sich nicht. Das deutsche Bürgertum war noch nicht hinreichend politisch erzogen, um für solche Zwecke Geldopfer zu bringen. Die geplante von der Zensur emanzipierte Buchhandlung, „der Freunde der freien Presse“, die eine Aktiengesellschaft sein sollte, kam nicht zustande¹⁾. Ein näheres Eingehen auf die einzelnen Stadien, die das Projekt durchlief, bis am Ende weiter nichts als das bekannte einzige Doppelheft „Deutsch-Französischer Jahrbücher“ dabei herauskam, ist hier überflüssig, weil schon MEHRING die wichtigsten Daten anschaulich zusammengestellt²⁾ hat.

Der preußischen Regierung lag von vorne herein sehr viel daran, das Wiederaufleben der von ihr im Inland unterdrückten radikalen Zeitungen in der alten oder in veränderter Gestalt auf zensurfreiem ausländischem Boden zu verhüten. Obgleich sie Ende November 1843 bereits wußte, daß das Straßburger Projekt sich zerschlagen hatte, hielt sie es dennoch nicht für überflüssig, ihren Karlsruher Gesandten, den Oberst VON RADOWITZ zu ermahnen, daß er ferner die publizistischen Bestrebungen verdächtigen Inhalts im nahen Elsaß genau im Auge behielte³⁾.

Schon einige Wochen früher hatte BUNSEN, der preußische

1) FRÖBEL, Ein Lebenslauf, Stuttgart 1890, Bd. I, S. 99 f. und 104 ff. Die Statuten in RUGES Briefwechsel etc., Bd. I, S. 314.

2) Aus dem lit. Nachlaß von Marx, Engels, Lassalle, hrsg. von MEHRING. Stuttgart 1902, Bd. I, S. 331 ff.

3) Minister des Auswärtigen VON BÜLOW an den Minister des Innern Graf von ARNIM-BOITZENBURG, 26. November 1843, (Kgl. Preuß. Geheim. Staatsarchiv). Soweit nicht ausdrücklich andere Quellen angegeben werden, beruht die ganze folgende Darstellung auf dem Aktenmaterial des eben genannten Archivs in Berlin.

Gesandte in London und persönliche Freund des Königs, die Blicke seiner Regierung nach Paris gelenkt. Er wollte aus sehr vertrauter Quelle erfahren haben, daß sich dort unter dem Namen „La nouvelle Allemagne“ eine Gesellschaft revolutionärer Deutscher und Polen zusammengetan hätte, die u. a. mit Hilfe einer lithographischen Korrespondenz lügenhafte Nachrichten über deutsche Zustände in die englische Presse zu bringen gedächten¹⁾. Aber als der Minister des Auswärtigen Erkundigungen in Paris einzog, erhielt er die Antwort, daß es sich bei dieser Mitteilung offenbar um eine Verwechslung mit der Übersetzungsfabrik für französische Theaterstücke handle, die vor kurzem der ehemalige Schauspieler HEINRICH BÖRNSTEIN zusammen mit dem angeblichen Polen MAX MARETZEK dort gegründet hätte²⁾. Erst 14 Tage danach, auf dem Umweg über Wien, erfuhr die preußische Regierung, daß tatsächlich die deutsche revolutionäre Richtung in der französischen Hauptstadt ein Organ herauszugeben im Begriffe stand. METTERNICH, der sich seinen Nachrichtendienst etwas kosten ließ, hatte gleich von zwei Projekten gehört, über die er am 12. Dezember dem Grafen VON TRAUTTMANSDORFF, der Österreich in Berlin vertrat, mit dem Auftrag berichtete, die preußische Regierung zu gemeinsamen Vorkehrungsmaßnahmen gegen die drohende Invasion zu veranlassen. Einmal hatte er von einer Zeitung erfahren, als deren Redakteure der preußische Exoffizier ADALBERT VON BORNSTEDT und der „Theaterkorrespondent“ BÖRNSTEIN genannt wurden, und die „allem Abschaum deutscher politischer Schriftstellerei“, der innerhalb des Bundesgebiets nicht gedruckt werden könne, die eigenen Spalten öffnen wollte. Außerdem würde ein ähnliches Unternehmen mit dem Titel einer deutschen Monatsrevue und rein kommunistischer Tendenz

1) BUNSEN an BÜLOW, 19. Oktober 1843.

2) BÜLOW an ARNIM-BOITZENBURG, 26. November 1843. Näheres über die im Text erwähnte Übersetzungsfabrik findet man in BÖRNSTEINS nur mit Vorsicht zu lesenden Memoiren: „75 Jahre in der alten und neuen Welt“. II. Aufl., Leipzig 1884, Bd. I, S. 324 ff. MARETZEK war übrigens nicht einmal Pole; er stammte aus Brünn. BÖRNSTEIN erwähnt von ihm nicht, daß er an seinem Unternehmen beteiligt war.

durch die bekannten HERWEGH, RUGE, FRÖBEL und HESS vorbereitet.

Nun stand freilich BORNSTEDT, wie sich noch späterhin zeigen wird, im Solde der preußischen Regierung und diese durfte annehmen, daß ihr von einem Blatt, an dessen Redaktion jener sich beteiligte, keine Gefahr drohen werde¹⁾. Aber selbst für den Fall, daß die Tendenz der fraglichen Journale nicht ganz so schlimm ausfallen würde, wie METTERNICH befürchtete, erachteten die Minister und der König, den HERWEGH'S „21 Bogen aus der Schweiz“ neuerdings noch mehr gegen die freie Presse erbittert hatten, es für angebracht, auf den Wiener Vorschlag einzugehen. Ließ sich gar ein Zusammenwirken aller deutschen Regierungen zu diesem Zwecke bewerkstelligen, so bekundeten sie damit offensichtlich, daß sie nach wie vor an dem Bundesbeschluß vom 5. Juli 1832 und dem Beschluß der Wiener Konferenz von 1834 festhielten, und zügelten dadurch den Übermut der deutschen Zeitungsopposition²⁾. Aber die in diesem Sinne an die preußischen Vertreter bei den deutschen Höfen und freien Städten ergangenen Instruktionen mußten alsbald zurückgenommen werden. Denn der Bundestag in Frankfurt hatte inzwischen am 18. Januar 1844 seinerseits einen Beschluß gefaßt, der den Regierungen in die Erinnerung rief, daß außerhalb des Bundesgebiets in deutscher Sprache erscheinende Druckschriften politischen Inhalts von weniger als 20 Bogen für den Vertrieb in Deutschland einer vorgängigen Genehmigung bedürften. Der Antrag war im Auftrage des Ausschusses für Preßangelegenheiten von dem preußischen Bundestagsgesandten Grafen DÖNHOF ausgegangen, der bei der Begründung ausdrücklich auf die „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ hinwies³⁾.

Nun erachtete aber METTERNICH plötzlich einen solchen Be-

1) ARNIM-BOITZENBURG an BÜLOW, 31. Dezember 1843; BÜLOW'S Antwort, 21. Februar 1844.

2) ARNIM-BOITZENBURG an BÜLOW, Februar 1844 (ohne genaues Datum), BÜLOW an ARNIM-B., 21. Februar 1844.

3) BÜLOW'S Zirkular an die preußischen Vertreter bei den deutschen Regierungen vom 13. Februar 1844.

schluß für ausreichend, um den beiden neuen Zeitschriften das Lebenslicht auszublases, und richtete eine Depesche nach Berlin, in der er die zuvor von ihm angeregte Sonderaktion der beiden Großmächte für überflüssig erklärte. „Allein und nunmehr gewissermaßen im Widerspruch mit Österreich“ wollte Preußen umsoweniger vorgehen, als DÖNHOF gleichzeitig berichtete, daß mit jenem Bundesbeschluß das Höchste erreicht worden sei, was bei der Disposition der einzelstaatlichen Regierungen auf diesem Wege erzielt werden könnte¹). Man hatte in Berlin um so mehr Grund, sich zurückzuhalten, als man in den letzten Jahren beobachten konnte, daß das Wiener Kabinett je länger je mehr „jedes offene und selbsttätige Hervortreten in Preßangelegenheiten“ sorgfältig vermied. Preußens Sache konnte es unmöglich sein, ein Odium auf sich zu laden, dem Österreich aus dem Wege ging²).

Nun hatten aber in neuester Zeit die scharfen Angriffe der Presse auf seine Person und sein System den König derart erbittert, daß er jetzt entschlossen war, auch den Rest der Zensurerleichterungen zurückzunehmen, die er vor 2 Jahren gewährt hatte. Schon vor den eben geschilderten Vorgängen am 27. Januar 1844 erließ er eine Kabinettsordre, die ein Verbot des gesamten Verlags des Literarischen Comptoirs, bei dem HERWEGHS Sammel-schrift erschienen war, anregte und den Minister des Auswärtigen VON BÜLOW beauftragte, eine Ausdehnung des Bundesbeschlusses vom 5. Juli 1832 auch auf Bücher von mehr als 20 Bogen bei den Kabinetten von Wien, München, Hannover und Dresden zu beantragen. Auf DÖNHOFs Berichte gestützt bat BÜLOW jetzt den König, ihn von der Befolgung der in jener Kabinettsordre gegebenen Befehle zu entbinden. Denn selbst auf Österreichs Unterstützung wäre dabei schwerlich zu rechnen, da Fürst METTERNICH bereits zu wiederholten Malen seine Ansicht dahin ausgesprochen habe, daß es ihm nicht rätlich erscheine, an der bestehenden, im wesentlichen für ausreichend zu

1) BÜLOWs Immediateingabe an den König vom 6. Februar 1844.

2) BÜLOW an ARNIM-BOITZENBURG, 21. Februar 1844; BÜLOW an den König, 6. Februar; ARNIM-BOITZENBURG an BÜLOW, 8. März 1844.

erachtenden Bundespreßgesetzgebung zu rütteln. Auch Bayern habe schon bei früheren Anlässen betont, daß es bundespreßgesetzliche Bestimmungen nur soweit durchführen könne, als sie mit seiner Verfassung vereinbar wären. Wie sehr der österreichischen Regierung daran läge, dem norddeutschen Publikum nicht als die treibende Kraft bei allen Maßregeln gegen die auf Preßfreiheit und Verfassung gerichteten Bestrebungen zu gelten, möge der Monarch daraus ersehen, daß sie zum Zweck der ständigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung in diesen Gebieten den Geheimen Archivrat ZIMMERMANN in Hannover in ihren Sold genommen habe.

Aber was auf dem Wege über Frankfurt anzustreben nicht rätlich erschien, ließ sich durch außeramtliche Vorstellungen bei den einzelnen Höfen und für das eigene Gebiet durch Verfügungen an die Oberpräsidenten erreichen. Der Eintritt der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ in Deutschland mußte unbedingt verhindert werden. Denn daß sie zu den „verderblichsten“ und gefährlichsten Produkten der oppositionellen Literatur gehörten, konnte der Berliner Regierung nach dem Bericht, den ihr Pariser Gesandter HEINRICH FRIEDRICH VON ARNIM (WERBELOW) am 8. März 1844 darüber erstattete, nicht im geringsten mehr zweifelhaft sein ¹⁾. Dieser Diplomat skizzierte hier kurz den politischen Charakter der einzelnen Beiträge, die begreiflicher Weise durchweg nicht nach seinem Geschmack waren: HEINES Lobgesänge auf König Ludwig fand er „niedrig und skandalös“; in HERWEGHS Gedicht „Verrat!“ würden alle deutschen Souveräne als Verräter an dem Recht der Völker angeklagt; der Briefwechsel von 1843 enthielte Ausfälle gegen Seine Majestät den König von Preußen; in seiner Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie deute MARX auf eine tätliche Revolution in Deutschland hin. Die Zeitungsschau von BERNAYS melde die Unterschlagung von Staatsgeldern durch den König von Bayern und verunglimpfe den Großherzog

1) Gesandter VON ARNIM an BÜLOW, 8. März 1844. — MEHRINGS Annahme (Nachlaß etc. Bd. I, S. 335), daß die Jahrbücher erst Ende März herausgekommen seien, ist zu berichtigen. Sie wurden in Paris schon in den letzten Februartagen ausgegeben.

von Baden (BERNAYS hielt der Gesandte, der später über seinen Irrtum belehrt wurde, noch nur für ein Pseudonym von MARX). Weil hier HESS in seinen Briefen aus Paris von der Korruption in Frankreich und der Lügenhaftigkeit der letzten Thronrede gesprochen hatte, hoffte ARNIM, daß eine Intervention zur Verhinderung des Weitererscheinens der Jahrbücher, die er seiner Regierung ankündigte, bei den französischen Ministern auf guten Boden fallen würde. Einen ausführlicheren Bericht über den Inhalt des Doppelhefts erstattete 14 Tage später Geheimrat SULZER aus dem Ministerium des Inneren seinem Chef dem Grafen ARNIM-BOITZENBURG: Die Tendenz der Herausgeber sei Insurrektion der Gedanken als Mittel zur Revolution. Auf Preußen hätten sie es vorzugsweise abgesehen, die Schmähungen auf des Königs Majestät überstiegen alle Grenzen, die Hohenzollern würden wiederholt mit dem Schicksal der Stuarts und Bourbons bedroht. Österreich dagegen werde kaum genannt, und fast möchte man darin die Aufklärung für den Widerruf der von dessen Regierung gegen die Jahrbücher angeregten Maßregeln erkennen. Der Beitrag von HESS, der sich neuerdings wieder in Köln aufhalte, sei nicht verbrecherisch, und auch gegen JACOBY ließe sich wegen des Abdrucks seiner vom Oberzensurgericht zurückgewiesenen Schrift nicht einschreiten¹⁾.

Auf Grund dieses Referats gab der Minister des Inneren am 16. April allen Oberpräsidenten Nachricht davon, daß die „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ den Tatbestand des versuchten Hochverrats und des Majestätsverbrechens darstellten, daß die Verfasser der einzelnen verbrecherischen Artikel und die Herausgeber dafür verantwortlich seien und daß an die Polizeibehörden, ohne dadurch Aufsehen zu erregen, die Anweisung zu ergehen habe, RUGE, MARX, HEINE und BERNAYS, sobald sie preußisches Gebiet beträten, unter Beschlagnahme ihrer Papiere zu verhaften. Übrigens hatte schon am 28. März 1844 der Oberpräsident der Rheinprovinz nach Berlin gemeldet, daß an der pfälzisch-französischen Grenze in Bergzabern 230 Exemplare der Jahrbücher

1) SULZER an ARNIM-BOITZENBURG, 23. März 1844.

beschlagnahmt worden seien. Das war anscheinend ein recht beträchtlicher Teil der Auflage ¹⁾. Wie schwierig bei dieser Wachsamkeit der Regierungen der Vertrieb der Jahrbücher nach Deutschland sich gestaltete, beweist auch ein ungedruckter Brief von BERNAYS an den Buchhändler WILLERT in Königsberg, dessen Hilfe er nötig hatte, um wenigstens JOHANN JACOBY ein Exemplar der Schrift zustellen zu können ²⁾.

Der Pariser ARNIM, bemühte sich, um bei der Regierung des Bürgerkönigs die Unterdrückung der Jahrbücher und die Ausweisung ihrer Herausgeber durchzusetzen. Aber gleich aus den ersten Berichten, die er über seine diesbezüglichen Unterhaltungen mit GUIZOT nach Berlin erstattete, gewinnt man den Eindruck von einem anfänglich sehr geringen Entgegenkommen des französischen Ministers, der die Angelegenheit offenbar dilatorisch behandelte. Er erklärte sich zwar „soweit es die gesetzlichen Bestimmungen nur irgend zuließen“, geneigt, der Berliner Regierung gefällig zu sein, fügte aber hinzu, „daß er noch nicht absehen könne, ob solches möglich wäre ³⁾. Das war der Grund, aus dem man in Berlin schon im April erwog, ob sich das Eingehen der Jahrbücher nicht leichter auf dem Umweg über die französischen Preßgesetze erreichen ließe ⁴⁾. Jedoch für das erste erschien es „weder erforderlich noch ratsam“ ⁵⁾, diese immerhin delikatzen Bemühungen in Paris fortzusetzen. Denn von dort kam jetzt die erwünschte Nachricht, daß aus Mangel an Geld keine weitere Lieferung mehr herauskommen werde. Das Gerede von einer Umwandlung der Jahrbücher in eine Vierteljahrschrift habe nur den Zweck, den Bankerott der RUGE und MARX zu verbergen ⁶⁾. Überdies hätte der grobe und pöbelhafte Stil des Heftes sogar das Missfallen verschiedener deutscher Flüchtlinge

1) FRÖBEL a. a. O. I, S. 134.

2) BERNAYS an WILLERT, 1. März 1844.

3) ARNIM (Paris) an BÜLOW, 20. März 1844.

4) BÜLOW an ARNIM-BOITZENBURG, 4. April und dessen nicht genau datierte Antwort.

5) ARNIM-BOITZENBURG an BÜLOW 23. April 1844.

6) ARNIM (Paris) an BÜLOW, 1. April 1844.

erregt. VENEDEY habe den Herausgebern erklärt, daß der Inhalt ihrer Zeitschrift keineswegs das Mittel sei, eine Reform in Deutschland zu Wege zu bringen, und FRÖBELS Rücktritt von dem Unternehmen sei auf den heftigen Ton zurückzuführen, der in dem Doppelheft angeschlagen wurde¹⁾.

So schien es, als ob durch das Scheitern des RUGE-MARXSchen Projekts die preußische Regierung der peinlichen Notwendigkeit enthoben wurde, die Schergendienste GUIZOTS zur Unterdrückung der nach Paris geflüchteten freien deutschen Presse in Anspruch zu nehmen. Der Gesandte erhielt den Auftrag, weitere Schritte vorläufig zu unterlassen; und bloß die Verhaftbefehle gegen die bei den Jahrbüchern kompromittierten Personen wurden aufrecht erhalten. Der Oberpräsident von Schlesien erbat sich damals die Signalements von RUGE, MARX, HEINE und BERNAYS. Aber man besaß in Berlin bloß ein nicht mehr brauchbares, weil aus dem Jahre 1832 stammendes, von RUGE. Der Minister Graf ARNIM erklärte deren Beschaffung noch für keine unumgängliche Notwendigkeit, denn es käme nicht sowohl darauf an, sich jener Individuen zu bemächtigen als ihnen den Aufenthalt im Lande unmöglich zu machen²⁾. Was hätte er auch mit HEINRICH HEINE als gefangen gesetzten Hochverräter anfangen sollen? Erst einige Monate später, als er, um den „Vorwärts“ mundtot zu machen, die Ausweisung der deutschen revolutionären Schriftsteller aus Frankreich von neuem betrieb, nahm er für die Beschaffung jener Signalements die Hilfe der Pariser Polizei in Anspruch³⁾. Die Auskunft über HEINE sei hier wiedergegeben: „Heine, homme de lettres, cinquante ans, taille moyenne, nez et menton pointus, type israélite marqué, c'est un debauché dont le corps affaissé dénote l'épuisement.“ HERWEGHS Erkennungszeichen waren seine guten Manieren; BERNAYS, sein vieles Reden und sein höchst exzentrisches Wesen. Ein Signalement von MARX fand ich an dieser Stelle nicht bei den Akten.

1) ARNIM (Paris) an BÜLOW, 20. März 1844.

2) ARNIM-BOITZENBURG an MERCKEL 17. Mai 1844.

3) ARNIM-BOITZENBURG an BÜLOW 24. September.

II.

Die „Deutsch-französischen Jahrbücher“ waren mit der ausgesprochenen Absicht gegründet worden, der aus Preußen vertriebenen radikalen Opposition ein neues Sammelbecken zu schaffen. Dagegen hatte der „Vorwärts“ zunächst eine weit harmlosere Tendenz, die erst umschlug, als dem Blatt voreiliger Weise jenseits des Rheins der Eintritt verweigert wurde. Der aus Hamburg gebürtige ehemalige österreichische Korporal, Schauspieler, Theaterregisseur und Literat HEINRICH BÖRNSTEIN, der das Blättchen aus Geschäftsstreberei und Eitelkeit ins Leben rief, war so wenig ein roter Revolutionär wie der königlich preussische Generalmusikdirektor MEYERBEER, der dem gewandten aber bis dahin unpolitischen Impresario aus Gefälligkeit das Geld zur Verfügung stellte.

Das Blatt hielt anfänglich eine so gemäßigte Richtung ein, daß es sich den Spott aller radikaler gesinnten Deutschen in Paris zuzog. ALEXANDER WEILL konnte im März 1844 an GUTZKOWS „Telegraph“ berichten, der „Vorwärts“ beweiße, daß man auch ohne Zensur dumm und flach sein könne; ähnlich äusserte sich RUGE im Mai in einem Brief an MORITZ FLEISCHER. BÖRNSTEINS spiritus rector in politischen Fragen war während dieser Zeit jener ADALBERT VON BORNSTEDT, ein ziemlich dunkler Ehrenmann, über den aber schon deshalb einige Mitteilungen hier am Platze sind, weil MARX und ENGELS bekanntlich noch 1847 an der von ihm herausgegebenen „Deutschen Brüsseler Zeitung“ mitarbeiteten. Dieser ehemalige preussische Offizier, der erst 20 Jahre alt, zur Zeit der Julirevolution freiwillig oder unfreiwillig den Dienst quittierte und seinen dauernden Wohnsitz in Frankreich nahm, hatte sich in Paris besonders in journalistischen Kreisen gut eingenistet. Von hier aus entfaltete er eine beträchtliche Korrespondententätigkeit besonders für die Augsburger „Allgemeine Zeitung“, wobei er in geschickter Weise zwischen den deutschen Regierungen, von denen er sich bezahlen ließ, und den deutschen Flüchtlingskreisen, in denen er sich häufig Anregungen holte, zu lavieren verstand. Für seine besonderen Zwecke hatte sich der literarisch

ganz begabte Abenteurer ein politisches Programm zurechtgemacht, das ungefähr dem damals in Frankreich beliebten Juste-Milieu entsprach. Einer kleinen Schrift, die er 1838 bei OTTO WIGAND erscheinen liess, setzte er das Motto „Toleranz“ voraus. Er machte sich darin anheischig, die Wagschale halten zu wollen, zwischen den Theorien des äussersten Radikalismus und des einseitigen Absolutismus ¹⁾. An METTERNICH schickte er, wie verlautet, in den 30er Jahren, hauptsächlich auch über HEINE, gut bezahlte Berichte; — der Dichter selbst nennt ihn in einem Brief an AUGUST LEWALD einen „agent provocateur bei den deutschen Handwerkern“ ²⁾. Mit der preußischen Regierung knüpfte er nachweislich erst 1840 an, nachdem eine von ihm 1838 herausgegebene Deutsche Pariser Zeitung raschen Schiffbruch erlitten hatte. Auf Empfehlung der Gesandtschaft ernannte ihn damals ROCHOW gegen festes Gehalt zum Korrespondenten der Staatszeitung, und BORNSTEDT verpflichtete sich dafür, auch in anderen deutschen und in französischen Blättern im preußischen Sinne zu wirken ³⁾.

Daß diese beiden Helden, die gleichzeitig auch noch die Errichtung eines deutschen Hilfsvereins in Paris betrieben, unter einer Decke steckten, war, wie wir schon sahen, allgemein bekannt. Die damals noch in Brüssel erscheinenden „Grenzboten“ warfen, weil sie BORNSTEDTS geheime Beziehungen kennen mochten, im Februar 1844 dem „Vorwärts“ vor, daß er zwar gewaltig liberal tue, aber trotzdem ein Organ der Pariser preußischen Gesandtschaft sei. Auf diese Anschuldigung hin wiederholte das Blatt nur, daß es den gemäßigten Fortschritt ver-

1) A. VON BORNSTEDT, Hauts Reliefs der Gegenwart. Worte an meine Zeit und mein Vaterland. Leipzig 1838, S. 107.

2) H. H. HOUBEN, Jung-Deutscher Sturm und Drang. S. 161; DRAEGER, Mundt. S. 157 ff.

3) BORNSTEDT richtete am 29. August 1844 ein langes Memorandum an den Minister des Auswärtigen VON BÜLOW, in dem er seine Verdienste um Preußen auseinandersetzte. Im Oktober kam er nach Berlin, wo er zwei lange Verhöre durch SULZER zu bestehen hatte. Über seine Benützung durch die preußische Regierung: BÜLOW an ARNIM-BOITZENBURG, 28. Februar und 3. Juli 1844.

treten wolle und allem „Ultra-Wesen“ abgeneigt sei. Es wies aber gleichzeitig darauf hin, daß der Vertrieb des „Vorwärts“ durch die Post in Preußen verboten worden wäre. Als das erste und einzige Doppelheft der „Deutsch-französischen Jahrbücher“ erschienen war, wandte der „Vorwärts“ sich voll Pathos gegen die Schriftsteller, welche „die rote Jakobinermütze auf einer steilen Felsenspitze am schwindelnden Abgrunde aufpflanzen und das Volk gewaltsam mit sich hinaufreißen wollen, statt in seine Mitte hinabzusteigen und belehrend . . . unter ihm zu wandeln Wir finden nur Negierung alles Bestehenden und schimmernde Luftgebäude in unkenntlicher Ferne als Ersatz dafür.“ Ende März verbreitete sich BÖRNSTEIN eingehender über die Schikanen, die dem Vertrieb des „Vorwärts“ jenseits des Rheins entgegengesetzt würden: Sachsen und Lübeck täten es darin Preußen gleich; Österreich, Württemberg, Baden und Bayern benähmen sich bis jetzt mit größerer Klugheit und Mäßigung. Mit richtiger und ehrlich gemeinter Selbsteinschätzung fügte BÖRNSTEIN hinzu, daß die deutschen Fürsten, wenn sie dieses Blatt, das gar nicht einmal für die Heimat, sondern für die Deutschen in Frankreich, England, Amerika usw., bestimmt sei, lesen würden, es sicherlich nicht verboten hätten.

Offenbar waren neben dem erwähnten Einfuhrverbot eher Gründe persönlicher als politischer Art dafür entscheidend, daß das Blättchen, das eben erst die „Deutsch-französischen Jahrbücher“ so hart verurteilt hatte, sich noch in dem gleichen Frühling den Mitarbeitern jener inzwischen eingegangenen Zeitschrift zur Verfügung stellte. Nun hat sich BORNSTEDT damals und später, als er in Berlin zur Rechenschaft gezogen wurde, bei den preußischen Behörden das Verdienst zugesprochen, daß er es gewesen sei, der BÖRNSTEIN so lange vor der Umgarnung des Bösen bewahrte und den Einfluß der „Rugianer“ auf das Blatt hintanhielt, von dem er sich erst getrennt hätte, als er erkannte, daß dessen Tendenz mit seinen Überzeugungen nicht mehr vereinbar wäre. Aber auf Angaben solcher Menschen läßt sich nicht bauen. Tatsache bleibt jedenfalls, daß der „Vorwärts“ Anfang Mai mitteilte, BORNSTEDT habe eine Reise ins

Ausland angetreten und fast gleichzeitig die ersten Artikel von FERDINAND COELESTIN BERNAYS abdruckte, der nun bei BÖRNSTEIN in die Stelle des offensichtlich abgehalfterten preußischen Spitzels trat¹⁾. Am 11. Mai erschien im „Vorwärts“ HEINES soeben entstandene blutige Parodie auf FRIEDRICH WILHELM IV., „Der Kaiser von China“, und in kurzen Zwischenräumen folgten dieser Satyre einige seiner gepfeffertsten und revolutionärsten Zeitgedichte, u. a. auch „Die armen Weber“. Die Nummer vom 15. Juni enthielt die beiden ersten Abschnitte des den König von Preußen als Trunkenbold karikierenden „Neuen Alexander“, und 4 Tage später begann der durch das erneute Scheitern seiner publizistischen Pläne stark verbitterte RUGE seine hauptsächlich gegen die preußische Regierung gerichtete Mitarbeit an diesem Blatt, das nun mit einem Schlage für die Berliner Regierung zu dem gefährlichsten Organ der oppositionellen Presse wurde!

Die „empörenden Schmähungen auf des Königs Majestät“ führten alsbald zu einem lebhaften Meinungs-austausch zwischen dem Minister des Inneren und des Äusseren über den geeignetsten Weg, auf dem am schnellsten diesem Unwesen zu steuern wäre. Mit dem Haftbefehl, den man sofort gegen den behaglich in Paris sitzenden BÖRNSTEIN erließ, war noch nichts erreicht. Graf ARNIM drang alsbald stürmisch auf ein „direktes offenes Einschreiten“ bei der französischen Regierung. Dagegen hielt BÜLOW es für unratsam, gerade aus Anlass der Schmähungen auf den König der französischen Regierung gegenüberzutreten, „weil unsere diesfällige Entrüstung, so gerecht sie gewiß an und für sich ist, nur zu leicht eine Deutung erhalten könnte, die uns, so unbegründet sie auch sein würde, doch überall schon nicht gleichgültig sein kann“. Der Minister des Inneren erachtete es in diesem Falle mit der Würde der Regierung für kaum vereinbar, daß man sich, wie sein Rat MATHIS es angeregt hatte, zur Beeinflussung BÖRNSTEINS im Sinne der Mäßigung des von BORNSTEDT bediente, von dessen Entzweiung mit dem bisherigen

1) H. BÖRNSTEIN, 75 Jahre in der alten und neuen Welt etc. Bd. I S. 349 ff. Vgl. oben S. 2.

Kumpan man in Berlin noch keine Kunde hatte. Aber WILHELM VON HUMBOLDTS Schwiegersohn urteilte bei solchem Anlaß kühler und auch wohl konsequenter als der ueckermärkische Grande in seinem ritterlichen Royalismus: Benutze die Regierung einmal Männer wie den VON BORNSTEDT, um u. a. auch auf die fremde Presse einzuwirken, und stehe sie sogar nicht an, selbst ihren diplomatischen Agenten die persönliche Einwirkung auf die Redakteure preußenfeindlicher Blätter zur Pflicht zu machen, so sehe er nicht ein, warum man im vorliegenden Fall vor einer solchen Auskunft zurückschrecken sollte. Was für einen Wert hätte es überhaupt, ein Verhältnis, wie es zwischen der Regierung und VON BORNSTEDT bestehe, fort dauern zu lassen und Geld daran zu wenden, wenn man bei einer solchen Gelegenheit nicht daraus Nutzen zöge? Wirklich wäre BÜLOW für diesesmal mit seinen Gründen durchgedrungen, wenn nicht von dem Pariser Gesandten die Antwort gekommen wäre, daß die Beziehungen zwischen BORNSTEDT und BÖRNSTEIN ein Ende genommen hätten¹⁾, weshalb durch diesen bei jenem nichts mehr zu erreichen wäre.

Wenn aber der „Vorwärts“ sich im Juli selbstbewusst rühmte, daß ein „deutscher“ Gesandter in Paris geäußert hätte, das Blatt läge ihm gewaltig im Magen, so sagte er die Wahrheit. Mit dem Schluß des „neuen Alexander“, der damals erschien, setzte HEINE seinen poetischen Majestätsbeleidigungen die Krone auf. Graf ARNIM-BOITZNBURG sah sich am 8. August 1844 von neuem genötigt, die „steigende Frechheit und Gemeinheit“, womit in den Nummern 56, 57 und 58 des Königs Majestät verunglimpft werde, beim Minister des Äußeren zur Sprache zu bringen. Er bat den Kollegen jetzt, kein Mittel unversucht zu lassen, um jenen Schändlichkeiten baldigst ein Ziel zu setzen. Am 26. Juli hatte das bekannte Attentat des abgesetzten Bürgermeisters TSCHECH auf FRIEDRICH WILHELM IV. stattgefunden. Angesichts der durch dieses Ereignis hervorgerufenen Stimmung konnte

1) MATHIS an ARNIM, 23. Juni; ARNIM an BÜLOW, 28. Juni; BÜLOW an ARNIM 3. Juli und 12. August 1844.

auch BÜLOW sich nicht länger sträuben, bei der französischen Regierung direkte Vorstellungen gegen das Treiben des „Vorwärts“ und seiner Mitarbeiter zu erheben. Wenn wir VARNHAGEN, der der Familie BÜLOW-HUMBOLDT nahe stand, Glauben schenken, so hatte Graf ARNIM anfänglich hinter BÜLOWS Rücken den Pariser Gesandten zu einem Schritt bei GUIZOT bestimmt, der aber erfolglos geblieben wäre und dem Pariser ARNIM noch obendrein einen tüchtigen Rüffel seiner nächsten Vorgesetzten eingetragen hätte. In welchem Monat diese anscheinend früheste Aktion zu setzen wäre, ließ sich nicht feststellen¹⁾. Aber auch über den Verlauf der diplomatischen Verhandlungen mit dem Pariser Kabinet, die nun darzustellen sind, enthielt das von mir benutzte Material des Berliner Geheimen Staatsarchivs einige Lücken. Immerhin vermag ich deren Gang in der Hauptsache anschaulich zu machen.

Wohl unter dem frischen Eindruck des Attentats hatte der preußische Gesandte in Paris eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten, in der er diesen auf das „verbrecherische Treiben“ des „Vorwärts“ und auf die Notwendigkeit, ihm Einhalt zu tun, aufmerksam machte²⁾. GUIZOT gab ihm zur Antwort, dass das Blatt höchstens wegen Mangels einer gesetzlichen Kautio n direkt unterdrückt werden könne. Andernfalls müßte die preußische Regierung einen offiziellen Antrag auf Ausweisung des BÖRNSTEIN und seiner Gefährten aus dem französischen Staatsgebiet stellen. Der Gesandte richtete hierauf nach Berlin die Frage, ob man dazu bereit wäre. Aber wegen des Aufsehens, das ein derartiger Schritt und noch mehr die Ausweisung selbst erregen würde, hielt BÜLOW es für angezeigt, daß man sich dabei zuvor der ausdrücklichen Zustimmung des Monarchen versicherte. Dagegen hatte der Minister des Inneren nichts einzuwenden, nur müßte es schnell geschehen.

Inzwischen hatte der „Vorwärts“ das Attentat des TSCHECH auf seine Weise glossiert und sich dabei zu der Behauptung

1) VARNHAGENS Aufzeichnung steht in seinem Tagebuch unter dem 27. März 1845.

2) Der Bericht des Gesandten darüber ist vom 31. Juli datiert.

verstiegen, daß für Deutschland, nachdem dort alle anderen Beweise nicht eingeschlagen hätten, eine Tat dieser Art der einzige Beweis gegen den Absolutismus geworden sei. Sobald der Absolutismus angreifbar werde, verliere er seine göttlich unfehlbare Natur! Hinfort könne es in den Augen der deutschen Menschheit keine Unmöglichkeit mehr sein, sich an einem König zu rächen!

König HUMBERT nannte einmal die Attentate die Berufs-unfälle der Könige. Da LOUIS PHILIPP FIESCHI und seine Nachfolger noch nicht vergessen haben konnte, so mußte es auf den französischen Premierminister Eindruck machen, daß ein Blatt, das solche Taten nicht grundsätzlich verurteilte, in der Hauptstadt der Monarchie geduldet wurde. Als ihm daher der preussische Gesandte in einer zweiten Unterredung in der ersten Augustwoche jenes Zeitungsblatt überreichte, erklärte GUIZOT sich bereit, diesen „den Königsmord in Schutz nehmenden Artikel dem Conseil vorzulegen und auf die Expulsion von BÖRNSTEIN, RUGE, MARX und HEINE anzutragen“. Über den scheinbar günstigen Fortgang der Angelegenheit war besonders der preußische Minister des Innern erfreut. Obgleich ARNIM-BOITZENBURG seinem Kollegen BÜLOW gestanden hatte, daß er bei der Schwere des Falles vor einem ausdrücklichen Ausweisungsantrag in Paris nicht zurückschrecken würde, so sah doch auch er aus mancherlei Gründen es lieber, wenn man ohne einen solchen zum Ziele kam. Die Auswahl, die er unter den politischen Flüchtlingen, auf deren Vertreibung Gewicht zu legen wäre, traf, begründete er BÜLOW gegenüber damit, daß BÖRNSTEIN als Redakteur des „Vorwärts“, HEINE wegen „verbrecherischer Lieder“, die er in das Blatt habe einrücken lassen, RUGE und MARX wegen Herausgabe der „Deutsch-französischen Jahrbücher“ sich einer Kriminaluntersuchung schuldig gemacht hätten.

Am 20. August 1844 teilte GUIZOT dem Pariser ARNIM das Ergebnis der Conseilssitzung mit, in der er, wie anderweitig berichtet wird, LOUIS PHILIPP mit dem Inhalt jenes „Vorwärts“-Artikels bekannt gemacht hatte. GUIZOT gestand, daß die französische Regierung nunmehr die Notwendigkeit eingesehen

hätte, gegen die Redakteure des „Vorwärts“ wegen des „verruhten Artikels vorzugehen“. Es käme für sie ein doppelter Weg in Betracht: Einmal würde gegen BERNAYS, der seit dem Juli für BÖRNSTEIN verantwortlich zeichnete, vor der Police correctionnelle ein Verfahren eingeleitet werden, weil er das Blatt ohne Kaution erscheinen ließe; sodann sollte der Staatsanwalt den Befehl erhalten, die Redakteure wegen Aufforderung zum Königsmord von Amts wegen gerichtlich zu verfolgen und vor die Geschworenen zu stellen. GUIZOT meinte, daß diese jetzt mit Sicherheit eine Verurteilung aussprechen würden. Aber selbst wenn es nicht geschähe, werde es möglich sein, die Redakteure auszuweisen!

Da der französische Ministerpräsident bald nach dieser Unterredung von einem wirklichen oder diplomatischen Unwohlsein betroffen wurde, so konnte ihm der Gesandte erst am 4. Oktober den Dank der preußischen Regierung „für das gegen die Herausgabe des gedachten Blattes angeordnete Verfahren“ aussprechen. GUIZOT wies in seiner Erwiderung darauf hin, daß die Angelegenheit durch die inzwischen eingetretenen Gerichtsferien eine Verzögerung erlitten hätte!

Man erinnert sich, daß in erster Reihe die beißenden Gedichte HEINES auf FRIEDRICH WILHELM IV. den Anstoß zu der gegen den „Vorwärts“ gerichteten diplomatischen Aktion gegeben hatten, und man stutzt deshalb anfänglich über den folgenden Satz, der sich in dem Bericht des Gesandten vom 4. Oktober befindet: „Dagegen sind bei mir Zweifel darüber entstanden, ob der p. Heine wirklich Mitarbeiter an dem Vorwärts ist. Es haben zwei(!) Gedichte von ihm in diesem Blatte gestanden, es scheint aber nicht gewiß, ob er an der Redaktion teilnimmt. Der Untersuchungsrichter wird indessen hierüber bald Gewißheit haben . . .“ Und ARNIM-BOITZENBURG ließ am 29. Oktober diesen Bericht, der ihm von BÜLOW zur Kenntnisnahme eingeschickt worden war, an diesen mit dem Bemerkten zurückgehen, daß auch ihm keine Umstände bekannt seien, welche auf eine Teilnahme des H. HEINE an der Redaktion schließen ließen. Nun hatte aber HEINE im „Vorwärts“ bis zum Oktober 1844 nicht bloß 2, son-

dern 11 Gedichte, die alle eine politische Spitze hatten, zum Abdruck gebracht, und es wäre höchst befremdlich, wenn dem preußischen Gesandten in Paris, der das Blatt von Amts wegen genau lesen mußte, dieser Tatbestand unbekannt geblieben wäre. Wenn er also die Tendenz verfolgte, den Dichter zu schonen und wenn sein Namensvetter in Berlin ebenfalls auf dessen Verfolgung keinen übermäßigen Wert legte, so muß man die Gründe für eine solche Haltung, da Sympathien für den schlimmsten Beleidiger der Person des Königs bei ihnen schwerlich ausschlaggebend gewesen sein werden, in politischen Erwägungen suchen. Beiden ARNIMS kam es, was der BOITZENBURGER mit großer Offenheit aussprach, zunächst und hauptsächlich darauf an, den „Vorwärts“ so schnell als möglich mundtot zu machen. Diese Aufgabe hätten sie sich unnötig kompliziert, wenn sie die Ausweisung HEINES bei ihrer diplomatischen Aktion in den Vordergrund gerückt hätten. Sie mußten wissen, daß die parlamentarische Lage des Ministeriums GUIZOT eine ziemlich unsichere war und daß dieses sich sehr hüten mußte, der Opposition in der Deputiertenkammer Wasser auf ihre Mühle zu liefern. Wie würden THIERS und gar LEDRU-ROLLIN es ausgebeutet haben, wenn Frankreich dem berühmten Dichter auf Vorstellungen Preußens das Asyl gekündigt hätte!

Nun verfügte freilich eine Kabinettsordre FRIEDRICH WILHELMS vom 12. Dezember 1844 außer der Verhaftung von BÖRNSTEIN, RUGE und MARX auch diejenige HEINES, falls er die preußische Grenze überschritte. Aber ein Haftbefehl war, wie man weiß, gegen den Dichter schon im April ergangen, und es stand nicht zu erwarten, daß dieser, von seiner Reise nach Hamburg eben wohlbehalten nach Paris zurückgekehrt und über die Maßregeln, die man in Preußen gegen ihn getroffen hatte, genau unterrichtet, irgendwie Lust verspüren würde, sich freiwillig in die Fänge des Adlers zu begeben, den er gerade in der letzten Zeit so arg und oft gezaust hatte!

Auf die kommunistischen Tendenzen des „Vorwärts“, die darin am lebendigsten, wenn auch nur anonym, WEERTH und ENGELS verfochten, wies in Berlin besonders nachdrücklich eine

Denunziation BORNSTEDTS hin, die vom 29. August 1844 datiert war. Von dem Bestreben geleitet, sich wegen seiner vorherigen Mitarbeit an dem Blatt, dem er nun mit Entrüstung den Rücken gekehrt hätte, rein zu waschen und seine gefährdete Pension zu retten, bezeichnete er dieses jetzt als „ein Verbrechen am deutschen Geist“. Seit dem 1. Juli werde es offiziell von dem aus Deutschland ausgewiesenen BERNAYS, einem Mitglied der Pariser deutschen Kommunisterei, geleitet. Dieser sei ein wilder, verbitterter und gereizter Radikaler, der darin gemeinsam mit HEINE, RUGE, MARX, HESS, WEBER¹⁾, MÄURER den Umsturz aller Religion, Güterteilung, Kommunismus und Rechtfertigung des Königsmordes predige.

Von ministerieller Seite finde ich das Stichwort des Kommunismus zuerst in einem Schreiben BÜLWOS an seinen Kollegen im Ministerium des Inneren vom 14. November 1844 aufgegriffen, das an zwei weitere seither eingegangene Berichte des Pariser Gesandten anknüpft und uns im Verständnis der inzwischen fortgesetzten Verhandlungen mit GUIZOT weiterführt. Ziehe man in Betracht, so schreibt der Minister hier, daß alles darauf ankommen müsse, das Blatt so zeitig wie möglich zu unterdrücken und die Redakteure sowie einige der gefährlichsten Kommunisten unverweilt aus Frankreich ausgewiesen zu sehen, erwäge man ferner die Unsicherheit der Hoffnung auf eine Verurteilung durch die Geschworenen und bedenke man endlich, daß bei einer solchen öffentlichen Verhandlung leicht Momente zur Sprache kommen könnten, die der preußischen Regierung nicht ganz gleichgiltig sein möchten, so müsse man aus vollster Überzeugung die Wendung genehm halten, die der königliche Gesandte in Paris der Sache gegeben habe. Dort hatte nämlich inzwischen ARNIM mit GUIZOT verabredet, daß sie von einem Prozeß vor den Geschworenen gänzlich absehen und bloß darauf Wert legen wollten, daß der „Vorwärts“ im Wege des zuchtpolizeigerichtlichen Verfahrens unterdrückt würde. Außer den Redakteuren

1) Die G. WEBER gezeichneten Artikel sind allem Anschein nach von WERTH verfaßt. Ob ENGELS irgendwie an ihnen beteiligt war, ist eine noch ungelöste Frage.

sollten bei dieser Gelegenheit dann auch einige der bedeutendsten Kommunisten vertrieben werden. Der Minister des Inneren stimmte diesem Kompromiß unter der Bedingung zu, daß der Gesandte, wenn GUIZOT in der Erfüllung seines Versprechens sich saumselig zeigen sollte, die Ausweisung „der betreffenden Individuen“ eifrigst betreiben werde.

Nun konnte aber der Pariser ARNIM am 13. Dezember 1844 seiner Regierung die Kunde geben, daß BERNAYS wegen des Erscheinens des Blattes ohne Leistung der gesetzmäßigen Kaution zu zweimonatlicher Gefängnishaft verurteilt worden sei: „Bereits gestern Abend setzte mich Herr GUIZOT schriftlich von dem Ausgang des Prozesses in Kenntnis, indem er hinzufügte, daß er bei unserem nächsten Zusammentreffen mit mir über das weitere Rücksprache zu nehmen beabsichtige“. Leider befand sich der vom 21. Dezember datierte Bericht des Gesandten über diese wichtige mündliche Unterredung nicht unter den mir zugänglich gemachten Akten. Immerhin ergibt sich aus der Korrespondenz zwischen den Ministern des Inneren und des Äußeren, die darauf Bezug nimmt, daß GUIZOT in jener Unterredung der Vertreibung von BÖRNSTEIN, BERNAYS und MARX zustimmte, aber gegen die Ausweisung einiger anderer „Flüchtlinge“, deren Namen ich nun leider nicht zu nennen vermag, die aber in dem Aktenstück angeführt sind, Bedenken erhob. Zweifelsohne war hier auch von HEINE die Rede! Weil er mit der Vertreibung der Redakteure die Unterdrückung des „Vorwärts“ vollständig erreicht zu haben glaubte, legte selbst der BOITZENBURGER in der ersten Freude keinen Wert mehr darauf, beim französischen Ministerium noch weitere Ausweisungen durchzusetzen. Wohl aber schärfte er den Oberpräsidenten ein, jene drei Staatsverbrecher und auch RUGE, falls sie sich auf preußischem Gebiet betreffen ließen, sofort zu verhaften.

Als aber dann die französische Regierung ihrem Versprechen nicht mit preußischer Schneidigkeit nachkam, erachtete man es in Berlin für ratsamer, sich ebenfalls nicht zu entgegenkommend zu zeigen. Da die Mehrzahl der Mitarbeiter des „Vorwärts“ sich noch immer in Paris befand, so mußte man befürchten,

daß dessen im Dezember angekündigtes Wiederaufleben als kautionsfreie Monatsschrift zustande kommen könnte. Die preußische Regierung zögerte um so mehr, an der ursprünglich geplanten Modifikation des früheren Antrages festzuhalten, als die scharfe Kritik, auf die der Ausweisungsbefehl in Frankreich bei den Republikanern und Legitimisten gestoßen war, das Ministerium GUIZOT bei dessen Ausführung mindestens zur allergrößten Nachsicht und zur Vermeidung jeder Härte bestimmen mußte.

Die mir zugänglich gewordenen Akten enthalten keine Mitteilung darüber, wie es im einzelnen dahin kam, daß Preußen wenigstens formell die Ausweisung einer größeren Anzahl von Schriftstellern, darunter auch HERWEGHS und HEINES, verlangte. Dieses Dunkel erleuchtet vielleicht ein bisher ungedruckter Brief ARNOLD RUGES an SIMON MEYEROWITZ, den nahen Freund JOHANN JACOBYS in Königsberg. RUGE schreibt am 11. Februar 1845; „Die Preußische Gesandtschaft hat die Maßregel lange vergeblich gefordert. Dann hat sie den Preßprozeß vom Vorwärts möglich gemacht und nun sich versprechen lassen, wenn der Prozeß nicht zur Unterdrückung der Publikation führte, so sollte Guizot die Redakteure ausweisen. Als nun die Prospekte der projektierten Revue „Vorwärts“ erschienen, verlangte Arnim die Erfüllung jenes Versprechens. GUIZOT hat sich nun eine Liste von ihm geben lassen und so habe ich die Ehre, von Herrn von Arnim für den Chef dieser unglücklichen Vorwärtser ausgegeben zu sein. Das ist piffig; denn den Franzosen ist es schwer begreiflich zu machen, dass ich ihnen nur abgeprellt bin, da sie von diesem ganzen Kram garnichts wissen . . . Indessen verzweifle ich noch nicht ganz, die Zurücknahme zu bewirken . . . Doch ist die Geschichte nicht so leicht, weil der König persönlich dafür gewonnen sein soll. Er hat in seinen Salons gesagt: *Il faut purifier Paris des doctrines subversives de l'Allemagne.* Man sagt Humboldt hätte ihm diese lächerlichen Heilsgedanken beigebracht. Humboldt leugnet es zwar, aber die Regel: *si fecisti, nega!* ist ihm gewiß bekannt.“

Die Meinung, daß ALEXANDER VON HUMBOLDT bei der Aus-

weisung der deutschen radikalen Schriftsteller in Paris die Hand im Spiel gehabt haben sollte, war damals verbreitet, und auch FRIEDRICH ENGELS hat sich noch nach Jahrzehnten zu ihrem Dolmetsch gemacht. Aber die Annahme hat keine Wahrscheinlichkeit für sich, daß der Gatte seiner Nichte GABRIELE, der die auswärtige Politik Preußens bis dahin leitete, die Dienste des großen Gelehrten, der sich sonst öfter zu diplomatischen Missionen bereit finden ließ, zu diesem Zwecke in Anspruch genommen hätte. Die Akten liefern keinen Anhalt dafür, und sachliche Erwägungen sprechen durchaus dagegen.

Noch am 14. März 1845 wußte der preußische Minister des Inneren nicht genau, welche Personen wegen ihrer Beteiligung am „Vorwärts“ aus Frankreich bereits ausgewiesen waren oder erst ausgewiesen werden sollten, da GUIZOT Wert darauf gelegt hatte, daß die Mitarbeiter der Zeitung nur nach und nach von Paris entfernt würden. ARNIM-BOITZENBURG hat deshalb seinen Kollegen vom auswärtigen Amt, in Paris Erkundigungen darüber einzuziehen, gegen welche Personen der Ausweisungsbefehl zurückgenommen oder sistiert worden wäre. Hierauf erwiderte der dortige Gesandte 14 Tage später, er habe von dem französischen Minister des Innern auf seine Anfrage, „wie es mit der Ausweisung stehe, ob sie aufgehoben sei oder noch in Ausführung gebracht werden würde“, bisher noch keine Antwort erhalten. Für RUGE habe sich der sächsische Gesandte verwandt, und er wie BÖRNSTEIN, der auch Beschützer gefunden, hätten einen Aufschub erlangt. BERNAYS habe seine Haft abgebüßt und befände sich nur deshalb noch in Paris, weil der Minister des Inneren in der Kommission der Deputiertenkammer, welche den Bericht über das demnächst zu diskutierende Gesetz über die politischen Flüchtlinge abfassen sollte, über die Gründe der Ausweisungen interpelliert worden wäre und fürchtete, daß in der Kammer zuviel Gerede entstehen könnte, wenn die Ausweisung jetzt erfolgte. Daß MARX Paris verlassen und sich zuerst nach Lüttich und dann nach Brüssel gewandt hatte, wußte man in Berlin bereits aus einem Bericht des Freiherrn HEINRICH ALEXANDER VON ARNIM-SUCKOW, der Preußen bei der

belgischen Regierung vertrat und im folgenden Jahr der Nachfolger des Pariser ARNIM wurde.

Um die Mitteilungen über die diplomatischen Verhandlungen in dieser Angelegenheit zu beenden, sei noch erwähnt, daß ein Bericht des Pariser Gesandten vom 7. Juli 1845, über dessen Inhalt ich nur ein kurzes Referat fand, nach Berlin die Gründe mitteilte, aus denen die französische Regierung „der Ausführung der gegen die Herausgeber und Mitarbeiter der Deutsch-französischen Jahrbücher und des Vorwärts angeordneten Maßregeln vor der Hand Anstand gegeben hat.“ Diese Gründe waren, wie sich schon zeigte, innerpolitischer Natur. Das Schlußwort lassen wir billig dem Grafen ARNIM-BOITZENBURG, der am 26. Juli 1845 sein Bedauern darüber aussprach, daß die französische Regierung ihr gegebenes Versprechen unerfüllt gelassen hätte und daß ihr Verhalten „zu einem geringen Vertrauen in solchen Fällen für die Zukunft berechtigt“. Da indessen, mindestens für den Augenblick, die Ausweisung der fraglichen Literaten für sein Ressort nicht mehr notwendig erschien, so wollte er die weitere Entschließung in der Angelegenheit lediglich dem erleuchteten Ermessen des neuen Ministers des Auswärtigen überlassen, der den unheilbar erkrankten BÜLOW ersetzen sollte. FREIHERR VON CANTIZ hat die Angelegenheit dann anscheinend einschlafen lassen. Er konnte sich dazu verstehen, da BÖRNSTEIN, um in Frankreich verbleiben zu können, auf die Umwandlung des unterdrückten „Vorwärts“ in eine kautionsfreie Monatsschrift verzichtet hatte.

Freilich hatte die preußische Regierung ihr nächstes Ziel erreicht und die nach Frankreich geflüchteten letzten Ausläufer der großen publizistischen Oppositionswelle von 1842 zum Schweigen gebracht. Aber das freie Wort läßt sich nicht mit Gewalt niederhalten in einer Nation, die der politischen Mündigkeit entgegenreift. Das System FRIEDRICH WILHELMS IV brach 3 Jahre danach zusammen, weil es sich dieser Erkenntnis zu lange verschlossen hatte!

Die sozialistische Bewegung in Norwegen¹⁾.

Von

Edv. Bull (Kristiania).

I.

Die von MARCUS THRANE 1848 erstmals in Norwegen entfachte Arbeiterbewegung wurde von der Regierung schon i. J. 1851 vollständig niedergeschlagen. Es folgten dann in den 50er und 60er Jahren ruhige Zeiten, in denen das norwegische Wirtschaftsleben kräftig emporwuchs, und moderne Industrie sowie Fabrikbetrieb festen Fuß im Lande fassten. In den 70er Jahren nahmen Verfassungskämpfe alles öffentliche Interesse in Anspruch, und erst als diese 1884 ein vorläufiges Ende mit dem Siege der Fortschrittspartei gefunden hatten, war die Möglichkeit für die Entstehung einer dauerhaften Arbeiterbewegung auf sozialistischer Grundlage gegeben.

Die „Thranitenbewegung“ war größtenteils eine bäuerliche gewesen. Die Landarbeiter, sowohl die eigentlichen Tagelöhner als auch die „Hausmänner“, waren noch auf lange hin weitaus zahlreicher als die städtischen Handwerksgesellen und Industriearbeiter. Allmählich aber vollzog sich hierin eine Wandlung.

1) Literatur: Eine zusammenfassende Geschichte der sozialistischen Bewegung in Norwegen gibt es zurzeit noch nicht, sondern nur eine kurze bis 1903 reichende Darstellung von HALVDAN KOHT im II. Bde. des von C. E. JENSEN und F. J. BORGBJERG hrsg. dänischen Sammelwerkes „Socialdemokratiets Aarhundrede“, Kopenhagen 1904. — Über die 48er Arbeiterbewegung hat DERSELBE in diesem „Archiv“ II, 237—274 berichtet. — Als weitere Quellen sind zu nennen: OLAV KRINGEN, Det norske arbeiderpartis landsmøter (Sammlung der soz. dem. Parteitagbeschlüsse), Kristiania 1910; DERSELBE, De første socialister i Norge (über die Bewegung in den 70er Jahren) ebenda 1910; endlich die soz. Zeitschrift „Det tyvende aarhundrede“, ebenda 1901—12.

I. J. 1850 waren nur etwa 12000 Arbeiter in Fabriken beschäftigt; 15 Jahre später zählte man deren schon 23750, eine Zahl, die innerhalb des nächsten Dezenniums sich wieder fast verdoppelte. Der Hochkonjunktur zu Beginn der 70er Jahre folgte dann freilich ein Stillstand. Von 1875—1885 fiel sogar die Zahl der Industriearbeiter von 45660 auf 45310. Dann aber steigt sie neuerdings: 1895 auf 59800, 1900 auf 79450, 1908 auf 102850 — Ziffern, die mit der absoluten Bevölkerungszunahme zusammengehalten eine Vorstellung von der gewaltig wachsenden Bedeutung der Industriearbeiterschaft geben. Denn diese hat 1865—1908 eine Zunahme von 305 % erfahren, während die Gesamtbevölkerung dagegen 1865—1910 einen Zuwachs von nur etwa 41 % aufweist. — Die Zahl der Landarbeiter¹⁾ stellte sich 1908 auf 34500. Dazu kommen noch Fischer, Seeleute, Arbeiter in Handel und Kommunikationswesen sowie verschiedene andere Gruppen. Die Gesamtziffer der „organisierbaren“ Arbeiter Norwegens wurde 1908 von der gewerkschaftlichen Landesorganisation auf 229260 berechnet, darunter 25670 Frauen — also auf beinahe 10 % der Gesamtbevölkerung, die am 31. Dezember 1909 mit 2370000 Köpfen festgestellt worden ist.

Infolge der kräftigen Repressionsmassregeln der Regierung waren die meisten der von THRANE gegründeten Arbeitervereine der Auflösung verfallen. Andere, die fortbestanden, hatten jedenfalls ihr Programm dermaßen geändert, daß sie fortan eigentlich nur als Hilfs- und Krankenkassen funktionierten. Als Gegengewicht gegen die klassenbewußten Thranitenvereine war aber schon 1850 eine neue Bewegung zustande gekommen. Der Pfarrer HONORATUS HALLING hatte in einem der Vororte Kristianias einen christlich-sozialen Verein „Enerhaugens Samfund“ gegründet und ähnliche Vereine entstanden kurz nachher auch in Bergen, Trondhjem und anderen Städten. Auch die gegen-

1) Die Hausmänner jedoch nicht mitgerechnet. Die Stellung derselben ist, hauptsächlich durch das Gesetz vom 24. IX. 1851, wesentlich verändert worden, durch das ihnen größere Unabhängigkeit von den Hofbauern gesichert wurde. Ihre Zahl ist in der Zeit von 1855—1890 von 67400 auf etwa 30000 gesunken.

seitigen Hilfs- und Krankenkassen nahmen in den 50er, 60er und 70er Jahren großen Aufschwung und hielten wenigstens den Organisationsgedanken in der norwegischen Arbeiterschaft wach. Noch wichtiger wurde in dieser Hinsicht die edle und humane Wirksamkeit EILERT SUNDTS. Dieser widmete sein Leben dem Studium der unteren Volksschichten und es wurde ihm bald klar, daß die unheimlich starke Verbreitung der sittlichen Übel ihren eigentlichen Grund in dem immer mehr hervortretenden Pauperismus hatten. Diesen aber meinte er wenigstens teilweise beseitigen zu können durch bessere Volksaufklärung und durch Aufmunterung der Arbeiter zur Selbsthilfe. So setzte er in gewissem Sinne die Wirksamkeit des großen Dichters und Volksfreundes HENRIK WERGELAND (1808—45) fort. Das Zentrum der Bestrebungen EILERT SUNDTS wurde seit 1864 der von ihm gegründete und durch die ersten 6 Jahre auch präsiidierte Verein „Kristiania Arbeidersamfund“. Die Verhandlungen in diesem Vereine führten zur Errichtung einer Reihe von Konsumvereinen nicht nur in Kristiania, sondern auch in vielen anderen Städten, und im Jahre 1871 bildete sich auch, auf dem Vorschlag des jungen Sozialstatistikers und Nationalökonomen J. N. MOHN eine kooperative Landesunion, die freilich nur sehr kurzlebig war; erst 20 Jahre später konnte in Norwegen eine wirklich lebensfähige Kooperation entstehen.

Politik aber wurde dem Arbeidersamfund fern gehalten. Nur einmal, 1868, war derselbe an einer Petition an das „Storting“ um Ausdehnung des Wahlrechts beteiligt. Sonst wurde, selbst dem Vorsitzenden gegenüber, streng darüber gewacht, daß politische Meinungen nicht laut wurden. Von 1870 ab wird dies alles anders. EILERT SUNDT und mit ihm der grösste Teil des Vorstandes traten aus dem Verein aus. Und da fortan allgemeinen Diskussionen gegenüber noch größere Vorsicht waltete als früher, so riefen eifrige Mitglieder einen engeren Diskussionsklub innerhalb des „Samfund“ ins Leben, in dem über Streiks, Kinderarbeit in Fabriken, Arbeitslohn u.s.w. debattiert wurde, wobei der junge, radikale Student O. J. FJØRTOFT bald eine Hauptrolle spielte. In dem von ihm mit einigen Freunden redigierten Wochen-

blatt „Fram“ (Vorwärts) wurden die Prinzipien des Sozialismus und der „Internationale“ dargelegt; hier wagte man es auch zum ersten Male wieder sympathisch von MARCUS THRANE und der Thranitenbewegung zu schreiben. Auch die bürgerlichen Zeitungen beschäftigten sich viel mit der Internationale, mit der Pariser Kommune, und selbst im „Arbeidersamfund“ wurde ein Vortrag „über den Sozialismus“ von einem schwedischen Baron LÖWENBORG gehalten. Im Jahre 1872 fanden auch mehrere Arbeitseinstellungen statt, die man im konservativen Lager dem Einfluss der Internationale zuschrieb.

Gleichzeitig wurde der Verfassungskampf akut. Die Linke, die im Storting die Regierung bekämpfte, war früher fast ausschließlich eine Bauernpartei gewesen; unter der Leitung von JOHAN SVERDRUP und SÖREN JAABÆK entfaltete sie sich aber nun zu einer wirklichen demokratischen Partei auf breiter Basis. Namentlich JAABÆK agitierte nicht nur für das allgemeine Wahlrecht, sondern auch für mehr spezielle Arbeiterforderungen wie den Normalarbeitstag u. a. Die natürliche Folge war, daß die Arbeiter jetzt begannen, politischen Fragen grösseres Interesse entgegenzubringen.

Parallel zum politischen vollzog sich auch ein literarischer und moralischer Kampf. Die neuen Ideen, deren Vorkämpfer in Dänemark GEORG BRANDES war, fanden auch in Norwegen fruchtbaren Boden. Die großen Dichter IBSEN und BJÖRNSON in erster Linie und in ihrem Gefolge eine ganze Reihe beachtenswerter Talente — ALEXANDER KIELLAND, JONAS LIE, ARNE GARBORG, AMALIE SKRAM — führten das Leben mitten in ihre Dichtung hinein. „Probleme wurden zur Debatte gestellt“; „das freie Denken“ wagte sich an alles heran; die konventionellen Anschauungen über Politik, Gesellschaft, Religion, Moral gerieten ins Wanken. So war im Anfang der 70er Jahren Gährungsstoff in Fülle vorhanden; die Geister waren auf Neues wohl vorbereitet.

In den Jahren 1871 und 1872 war in Dänemark eine wirklich sozialistische Bewegung zustande gekommen. Der junge Student LOUIS PIO hatte sie angefacht, indem er eine Sektion

der „Internationale“ gründete. Wohl wurde sie schon 1873 von den Behörden gewaltsam aufgelöst; inzwischen hatten sich aber Gewerkschaften gebildet, die die Bewegung ununterbrochen weiterführen konnten. Von Dänemark aus kam dann die Bewegung nach Norwegen. Ein kopenhagener Sattelmachergeselle, MARIUS JANTZEN, war an der dortigen internationalistischen Propaganda eifrig beteiligt gewesen — so eifrig, daß er es nach deren polizeilicher Unterdrückung für ratsam fand, sich nach Kristiania zu begeben. Hier kündigte er schon wenige Wochen darauf (im August 1873) in den Zeitungen einen Vortrag über die „Arbeiterfrage“ an und berief zu diesem Zwecke eine öffentliche Arbeiterversammlung ein. Sie verlief sehr stürmisch, und es wurde daher für die Folge JANTZEN unmöglich, ein passendes Lokal zu bekommen, so daß die späteren Versammlungen im Freien abgehalten werden mußten. JANTZEN wurde von dem oben genannten FJÖRTOFT und dem schwedischen Tischler J. O. LJUNGDAL, der ebenfalls an der Internationale in Kopenhagen beteiligt gewesen war, unterstützt. Dieser und JANTZEN selbst wurden hierauf von ihren Arbeitgebern entlassen, FJÖRTOFT aber wurde aus dem „Arbeidersamfund“ ausgeschlossen. Obwohl die Versammlungen häufig sowohl von betrunkenen Gesellen als auch von jungen Lümmeln aus der Bourgeoisie recht empfindlich gestört wurden, waren sie doch meist gut besucht und JANTZEN wie seine Kameraden erwiesen sich in den Diskussionen als ihren Gegnern vollständig überlegen. Es gelang ihm denn auch schließlich einen „Verein norwegischer Arbeiter“ sowie eine Zeitung „Demokraten“ zu gründen, von der einige Nummern erscheinen konnten. Nach etwa einem Jahr aber begann die Bewegung hinzusiechen. Von 1875 ab waren die Konjunkturen für mehrere Jahre im Sinken begriffen. FJÖRTOFT erkrankte und schied aus dem öffentlichen Leben, die übrigen Leiter aber sahen sich genötigt auszuwandern. Die zweite sozialistische Bewegung war anscheinend spurlos verschwunden.

Nur einige Gewerkschaften erhielten sich. Die älteste ist der 1872 entstandene „Typographische Verein in Kristiania“. Ebenfalls 1872 organisierten sich auch die Tischler und 1876

die Bäcker. Auch in einzelnen anderen Städten kam es zur Bildung von Organisationen in diesen und in einigen anderen Branchen, doch waren das vorläufig nur Ausnahmen. In den schlechten Zeiten von 1878—80 versuchten die Arbeitgeber mannigfach die Löhne zu drücken; die Arbeiter antworteten mit Streiks und gewaltsamen Demonstrationen, die aber meist völlig resultatlos verliefen; mehrmals wurde die bewaffnete Macht gegen sie aufgeboten¹⁾. In bürgerlichen Kreisen machte sich die Auffassung geltend, daß die Arbeitseinstellungen gesetzwidrig seien²⁾, während unter den Arbeitern ein immer stärkeres Missvergnügen mit den bestehenden Arbeitsverhältnissen sich äusserte.

Mit dem Jahre 1879 war der Tiefpunkt der „schlechten Zeiten“ erreicht, und allmählich setzte ein neuerlicher Aufstieg ein. Gleichzeitig bekamen auch im „Arbeidersamfund“ neue Strömungen die Oberhand. Der radikale Flügel der Linken suchte die Arbeiter zur Selbstwirksamkeit zu bringen, und diese Bestrebungen hatten ihren natürlichen Mittelpunkt im „Arbeidersamfund“ und in dem alten FJÖRTOFTSchen Diskussionsklub, der wieder zum Leben erwachte. Von hier aus wurde, in engem Anschluß an die Politik der Fortschrittspartei, in den folgenden Jahren eine eifrige politische und soziale Agitation unter der Arbeiterschaft der Hauptstadt betrieben und zugleich auch eine fruchtbringende Aufklärungsarbeit, beides namentlich unter Leitung des Staatsrevisor ANDREAS HÖLAAS und des Armenvorsteher ANDREAS JOHNSON. Eine Zeitung wurde gegründet und zum ersten Male seit der Zeit THRANES wurden allgemeine norwegische Arbeiterkongresse abgehalten, in Kristiania 1880 und in Trondhjem 1882. Der letztere setzte auf sein Programm das allgemeine Wahlrecht und beschloß auch die Bildung eines Zentralverbandes aller norwegischer Arbeitervereine, die aber allerdings erst 1885 gelang³⁾.

1) Eine gute Schilderung einer solchen Bewegung in Drammen (1881) findet man in dem Roman „Streik“ von PER SIVLE (Kristiania 1890).

2) Bürgerlichen Kreisen entsprungen war auch die skandinavische sog. „Arbeiterversammlung“ in Stockholm 1870, die sich gegen jede kollektive Arbeitseinstellung aussprach.

3) Auch später (1885, 1888, 1891) haben solche Kongresse stattgefunden ohne doch zu grösserem Einfluss zu gelangen.

II.

Inzwischen vollzog sich der Sieg der Fortschrittspartei. Im Jahre 1884 wurde das alte Ministerium von dem politischen „Reichsgericht“ verurteilt und der König sah sich gezwungen, die Bildung des neuen Kabinetts dem Führer der Linken, JOHAN SVERDRUP, zu übertragen. Der Verfassungskampf war zu Ende, der Parlamentarismus durchgeführt, für das politische und soziale Leben Norwegens eine neue Zeit herangebrochen. Gleichzeitig aber beginnt eine neue Epoche auch für die Arbeiterbewegung. In zweifachem Sinne: sie befreit sich endgiltig von der Vormundschaft der Bourgeoisie und wird wirklich zu einer Bewegung der Arbeiter, und zugleich wird sie sozialistisch.

Ende 1883 gab es in Kristiania etwa 15 Gewerkschaften. Auf Antrieb des damaligen Vorsitzenden des Kristianiaer Typographischen Vereins CHRISTIAN HOLTERMANN KNUDSEN (geb. 1845), der noch heute an der Spitze der norwegischen Arbeiterpartei steht, traten Vertreter dieser Gewerkvereine zu einer Zentralkommission mit dem Ziele zusammen, eine kräftigere, gewerkschaftliche Organisation vorzubereiten. Vor allem mußte eine allgemeine Arbeiterversammlung in Kristiania abgehalten werden, um das Programm der neuen Organisation festzustellen, und zu dieser Gelegenheit (Mai 1884) brachte KNUDSEN auch die Probenummer einer neuen Zeitung „Vort Arbeide“ (Unsere Arbeit) heraus. Nicht ohne große Schwierigkeiten: die bürgerlichen Druckereien weigerten sich, das Blatt zu drucken und KNUDSEN selbst wurde von seinem Prinzipal entlassen. Er ließ sich jedoch nicht entmutigen, sondern gründete eine eigene Druckerei.

Schon von Anfang an wurde in „Vort Arbeide“ der Klassenkampf gepredigt. Die Lehre fand auch starken Anklang. Denn es zeigte sich bald, daß die Arbeiter von der siegreichen Linken nicht viel erhoffen durften. Wohl war es zu einer kleinen Wahlrechtserweiterung gekommen, auf das allgemeine Wahlrecht wollte sich aber das neue Ministerium nicht einlassen. „Vort Arbeide“ vertrat daher die politische Verselbständigung der Arbeiter und die Bildung einer eigenen Partei. Diese Tendenzen erhielten

durch den Tischler LJUNGDAL¹⁾, einem Schweden, der schon an der Bewegung von 1873—1874 beteiligt gewesen war, Unterstützung. Derselbe hielt im Winter 1884—1885 sozialistische Vorträge in den Gewerkschaften. Im März 1885 wurde sodann der heute noch bestehende „Sozialdemokratische Verein“ in Kristiania mit etwa 100 Mitgliedern begründet, welcher fortan „Vort Arbeide“ herausgab. Seit 1886 nahm das Blatt den Namen „Social-Demokraten“ an²⁾. Eine bedeutende agitatorische und journalistische Kraft gewann die Bewegung bald in dem jungen dänischen Bürstenbinder CARL JEPPESEN, der von 1887 an die Redaktion des Hauptorgans übernahm.

Auch in Bergen, der zweitgrößten Stadt Norwegens, war seit 1885 eine ähnliche Bewegung ins Leben getreten und auch hier waren die Typographen die ersten, welche mit der gewerkschaftlichen Organisation vorangegangen (1876). Zum Klassenkampf-bewußtsein aber wurden die bergenschen Arbeiter erst 1885 durch die Agitation des Dänen SOPHUS PIHL geweckt. PIHL hatte ebenso wie JANTZEN und LJUNGDAL an der sozialistischen Wirksamkeit Pros in Kopenhagen 1871—1872 teilgenommen und hatte sogar mehr als ein Jahr im Gefängnis gesessen. Er war sodann nach Südafrika ausgewandert, wo er 7 Jahre verlebte, und ging von dort aus nach Bergen, wo er — zeitweise von dem deutschen Studenten VICTOR BRAUNE aus Dresden tüchtig sekundierte — durch 3 Jahre bis zu seinem Tode (1888) eine rege und erfolgreiche Organisationsarbeit auf gewerkschaftlichem Gebiete leistete.

Noch an einer dritten Stelle regte sich um dieselbe Zeit eine starke und radikale Arbeiterbewegung: in der kleinen Seestadt Arendal. Sie war freilich aus zufälligen Ursachen entstanden und daher nur von kurzer Dauer, in ihren mittelbaren Wirkungen aber war sie von großer Wichtigkeit. Das Geschäftsleben der Stadt, besonders die Seefahrt, war in den 70er Jahren kräftig

1) LJUNGDAL (geb. 1843) blieb nicht lange in Kristiania. Er kehrte nach einem sehr abenteuerlichen Leben in seine schwedische Heimat zurück, wo er noch 1910 im Armenhaus bei Malmö lebte.

2) Vom 1. Januar 1894 an wurde die Zeitung von der Partei übernommen.

emorgeblüht, die Bevölkerung wuchs, überall zeigte sich große Regsamkeit: da kam es plötzlich zu einem großen Bankkrach und in seinem Gefolge zu Ruin und Arbeitslosigkeit. Die Erbitterung der Arbeiter war groß, und um sich der drohenden Not einigermaßen zu erwehren, schlossen sie sich in einem zahlreichen Verein „Samhold“ (Einigkeit) zusammen; bald wurde auch eine Zeitung, „Samholds Avis“, gegründet und Zweigvereine entstanden in den angrenzenden Landdistrikten.

Von dem Redakteur des „Samholds Avis“ ANDREAS HANSSON, ging die Idee einer Versammlung von Repräsentanten aller wirklichen Arbeitervereine aus, welche die Grundlagen für deren politisches Zusammenwirken schaffen sollte. Die Versammlung fand denn auch am 21. und 22. August 1887 statt. Es waren auf ihr 19 Vereine — darunter der sozialdemokratische Verein in Kristiania durch JEPPESEN und KNUDSEN — vertreten. Sie beschloß die Schaffung einer politischen Organisation unter dem Namen „Die (vereinigte)¹⁾ norwegische Arbeiterpartei“ mit folgendem Programm: Allgemeines Wahlrecht; Einführung eines Arbeiterschutzgesetzes und speziell des Normalarbeitstages; Aufhebung aller Zölle auf notwendige Gebrauchsartikel sowie Einführung einer progressiven direkten Besteuerung; Unterstützung jeder berechtigten und anerkannten Arbeitseinstellung durch die Arbeiterorganisation.

Man sieht: in diesem Programm ist von Sozialismus mit keinem Worte die Rede. Neu an ihm war nur, daß die Arbeiter — durch die Haltung der Linken in der Wahlrechtsfrage tief enttäuscht — ihre Sache in eigene Hände nahmen und daß Klassenpolitik an Stelle der Parteipolitik trat. Schon dies aber bedeutete einen entschiedenen Sieg der überzeugten Sozialisten, und es sollte sich bald zeigen, daß das Prinzip des Klassenkampfes binnen kurzen die neue Bewegung mit sozialistischem Geiste erfüllen mußte.

Die Hauptsache war zunächst die Erringung des allgemeinen Wahlrechts. Zu diesem Zwecke wurde in Arendal beschlossen:

1) Dieses Wort wurde bei der Statutenrevision von 1891 als überflüssig gestrichen.

die Arbeiterpartei solle versuchen, die schon bestehende Organisation, die verbündeten norwegischen Arbeitervereine, für ihr Programm zu gewinnen. Demgemäß wurde die Wahlrechtsfrage auf dem im darauffolgenden Sommer 1888 abgehaltenen Kongreß der Arbeitervereine von KNUDSEN und O. G. GJÖSTEEN zur Debatte gestellt und auf des ersteren Vorschlag beschlossen: daß die Arbeiter überall, wo die Linke sich nicht auf das allgemeine Wahlrecht sollte verpflichten wollen, eigene Wahlmänner-Kandidaturen¹⁾ aufstellen sollten. Dies bewirkte, daß die Linke sich tatsächlich genötigt sah, in mehreren städtischen Wahlkreisen der Forderung der Arbeiter sich anzubequemen; in Kristiania wurde sogar GJÖSTEEN als Kandidat für das Storting aufgestellt. Da aber die Linke aus verschiedenen Elementen zusammengesetzt und nur durch den Verfassungskampf zusammengehalten worden war, so spaltete sie sich nun in einen „moderaten“ und einen „radikalen“ Flügel, die „reine“ Linke — eine Entwicklung, die ihrerseits wieder zum ersten Male seit 20 Jahren den Konservativen zur Stellung der stärksten Partei im Storting verhalf.

Inzwischen wuchs die Gewerkschaftsbewegung kräftig empor. Unter den verschiedenen Organisationen bestand anfänglich keine nähere Verbindung. In Kristiania gab es wohl seit 1883 eine Zentralkommission der Gewerkschaften, sie war aber mehr politischen als fachlichen Zwecken angepaßt. Und das Beispiel der Typographen, die auch diesmal als Erste den richtigen Weg beschrritten und 1882 einen nationalen Verband schufen, fand zunächst keine Nachahmung. Erst der erste skandinavische Gewerkschaftskongreß in Göteborg, 1886, schuf hierin Wandel, indem er sich bestimmt für die Bildung nationaler Fachverbände aussprach. Von da ab ging es dann allerdings schnell vorwärts: 1889 wurde der Holzarbeiterverband gegründet und in rascher Folge in den nächsten Jahren andere Zentralverbände. Erst durch diese fachliche Zentralisation wurde die Gewerkschaftsbewegung eine wirkliche Macht.

Die ersten skandinavischen Gewerkschaftskongresse (Göte-

1) Die Wahlen zum Storting waren damals noch indirekt.

borg 1886; Kjöbenhavn 1888; Kristiania 1890) wurden auch in anderer Hinsicht für die norwegische Arbeiterbewegung bedeutungsvoll. Die Bewegung in Dänemark und Schweden war schon ausgesprochen sozialistisch: in diesem Sinne wirkte nun der nähere Zusammenschluß auch in Norwegen und nicht minder der internationale Kongreß in Paris 1889, auf dem Norwegen zum ersten Male vertreten war.

Die Beratungen der Gewerkschaftskongresse über die Organisation von Streiks, Unterstützungen usw. sollten sich bald als von der Zeit gefordert zeigen. Seit 1888 äußerte sich die ansteigende Preisbewegung auch in einer Verteuerung der notwendigen Bedarfsartikel. Diese aber zwang die Arbeiter zu Versuchen, ihre Lage zu verbessern, und zeitigte eine Reihe aufsehenerregender Streiks in Kristiania, Bergen, Fredrikshald und anderen Orten. Besonders charakteristisch war der Arbeiterinnenstreik in der Zündholzindustrie bei Kristiania. Die Arbeiterinnen waren gänzlich unorganisiert und die Arbeitseinstellung war eine rein impulsive gewesen. Bald aber übernahmen die sozialistischen Führer die Leitung des Streiks. Neben JEPPESEN und KNUDSEN trat hierbei besonders der Arzt OSCAR NISSEN hervor, der von der Beschäftigung mit Fragen sozialer Hygiene, besonders des Alkoholismus, nach und nach zu einer sozialistischen Gesamtaufassung gelangt war und ebensowohl durch seine hohe Bildung wie durch seine vollständige Selbstlosigkeit einen großen Gewinn für die junge Partei bedeutete. Der Streik wurde nach sieben Wochen verloren; die Vorführung aber der jungen Arbeiterinnen mit den von der Phosphornekrose entstellten Gesichtern und die Schilderung NISSENS, wie diese Krankheit von den in der Industrie angewandten Giftstoffen hervorgerufen werde, prägte sich dem Bewußtsein der Arbeiter ein als das Bild des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Wie in diesem Kampf unterlagen die Arbeiter auch in den meisten anderen von 1888—1890 abgeführten. Gerade diese Niederlagen aber wurden für die weitere Entwicklung wichtig, denn sie führten zur Gründung vieler neuer Gewerkschaften und vertieften das Klassenbewußtsein der Arbeiter.

So vereinigten sich alle Umstände, um die vorsichtige Politik der sozialistischen Führer bei der Bildung der Partei zu rechtfertigen. Die Arbeiterpartei trieb von selbst dem Sozialismus entgegen. Schon auf dem III. Parteitage (Kristiania 1889) wurde das Programm mit einer kurzen Einleitung versehen, die als eine Art Brücke zu einer wirklich sozialistischen Formulierung dienen konnte. Auch in anderen Beschlüssen gaben sich sozialistische Tendenzen kund: so auch in der Wahl KNUDSENS und im darauffolgenden Jahre JEPPESENS zu Vorsitzenden. Im Sommer 1891 endlich vollzog sich der endgiltige Übergang der Arbeiterpartei zur Sozialdemokratie. Mitte Juli wurde in Drammen ein Kongreß der verbündeten Arbeitervereine abgehalten, zu dem sich auch mehrere Männer der Arbeiterpartei eingefunden hatten, um ihre sozialistischen Prinzipien zu verfechten, so vor allem JEPPESEN und NISSEN. Es kam zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen der alten, „demokratischen“ und der neuen, sozialistischen Arbeiterbewegung. Die letztere wurde geschlagen, und der Kongreß entschied nicht nur gegen den Sozialismus, sondern auch gegen alles Zusammenwirken mit den Sozialdemokraten. Drei Wochen später hielt die Arbeiterpartei ihren V. Parteitag in Kristiania. Er war von der Auffassung beherrscht, daß nach der Entscheidung in Drammen jede Hoffnung auf Gewinnung der älteren Organisation für die Ziele der jüngeren aufgegeben werden müsse und daß daher die Fortsetzung der früheren, vorsichtigen Politik fürderhin unklug wäre. So nahm er denn ein Programm entschieden sozialistischer Prägung an, das mit dem zwei Monate später in Erfurt votierten deutschen nahe verwandt war.

In die Wahlen von 1891 trat die „reine“ Linke mit dem Programm des allgemeinen Wahlrechts ein und erhielt daher die Stimmen der Arbeiterpartei. Sie siegte denn auch, erlangte jedoch nicht die zur Verfassungsänderung notwendige Zweidrittel-Mehrheit. Demgemäß mußte auch die politische Wahlrechtserweiterung unterbleiben. Dagegen forderten die Arbeiter sofortige Ausdehnung des Kommunalwahlrechts, wozu ein durch die absolute Mehrheit zu beschließendes Gesetz genügte. Dieser Forderung wollte sich aber die Linke nicht fügen und ihre

Weigerung nützte natürlich nur der selbständigen Politik der Arbeiterpartei, die auch auf dem Parteitage von 1892 beschloß, künftig sich an allen Wahlen als selbständige Partei zu beteiligen. Wahlbündnisse sollten nur mit jenen Parteien zulässig sein, die sich auf das allgemeine Wahlrecht verpflichten und versprechen würden, eventuell wenigstens das kommunale Wahlrecht allein auszudehnen. Während der Wahlen von 1894 gab auch die Linke tatsächlich ein solches Versprechen.

Um jene Zeit zeigte sich ein rasches Wachstum der Arbeiterpartei. Unmittelbar nach ihrer Begründung in Arendal (1887) hatte ihre Mitgliederzahl beinahe stagniert. Ja, es war sogar insofern ein Rückgang eingetreten, als die „Samholds“-Vereine in und bei Arendal schon 1888 und 1889 zusammengebrochen waren. Nach dem offenen Bekenntnis zum Sozialismus (1891) ging es aber schnell vorwärts: 1892 zählte die Partei etwa 3000 Mitglieder, zwei Jahre später aber schon 11 500. Besonders erfreulich bei diesem Zuwachs waren zwei Umstände: erstens die Eroberung des alten Vereins EILERT SUNDTS, „Kristiania Arbeidersamfund“, der festen Burg der Linken in Kristiania; zweitens der Übergang von der alten „demokratischen“ Arbeiterbewegung zu der Arbeiterpartei, der sich in dem Bezirke Buskerud vollzog. Auch die Landarbeiter wurden nunmehr in die Bewegung mit hineingezogen. Die Arbeiterpartei blieb nicht mehr auf einige wenige Städte beschränkt. — Die Maifeiertags-Demonstrationen in Kristiania und einzelnen anderen Städten seit 1890 wiesen ebenfalls zunehmende Beteiligung auf. Am deutlichsten aber manifestierte sich der Fortschritt in der Presse. Seit Anfang 1894 verfügte die Partei über zwei täglich erscheinende Zeitungen: den „Social-Demokraten“ in Kristiania, der früher nur zwei- bis dreimal wöchentlich erschienen war, und die neubegründete „Arbeidet“ in Bergen.

Das rasche Wachstum der Arbeiterpartei drängte zu organisatorischen Änderungen in ihrem Aufbau. Von Anfang an beruhte dieser auf gewerkschaftlicher Grundlage: die Fachvereine waren der Partei angeschlossen; sie waren auf den Parteitag vertreten; sie wählten auch die Parteileitung und bestimmten die

politische Richtung der Bewegung. Eine zentralisierte Leitung der Gewerkschaften gab es aber in den ersten Jahren nicht, und ebensowenig bestimmte Streikkontingente. Der Parteileitung oblag daher nicht bloß politische Wirksamkeit, sie mußte vielmehr auch in die Lohnkämpfe der einzelnen Gewerkschaften mit Rat und Tat eingreifen. Eine allmähliche Wendung zum Bessern trat hierin erst mit der Bildung der Fachverbände im Laufe der 90er Jahre ein; und in noch stärkerem Maße dadurch, daß die sozialdemokratischen Fachvereine in Kristiania im Jahre 1893 die Gesamtorganisation aller Arbeitervereine verließen und sich in einem einheitlich gesinnten Verband der „Samvirkende Fagforeninger“ (zusammenwirkende Fachvereine) zusammenschlossen, in dessen Vorstand die Parteileitung zwei Mitglieder zu delegieren das Recht erhielt, so daß die enge Verbindung zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Richtung der Arbeiterbewegung erhalten blieb, die Parteileitung aber fürderhin der Notwendigkeit enthoben wurde, sich unmittelbar mit den Lohnkämpfen in Kristiania zu befassen, während sie allerdings noch bis zur Bildung der „Faglige Landsorganisation“ (fachliche Landesorganisation), 1899, an der Leitung von Streiks außerhalb Kristiania Teil nehmen mußte.

Nach dem großen Aufschwung in den Jahren 1891—1894 kam ein Rückschlag; von 1894 bis 1895 sank die Mitgliederzahl der Partei von 11 000 auf etwa 6000, um sich freilich schon nach 2 Jahren wieder bis zu 12 000 zu heben. Die Ursache lag hauptsächlich in der erstarkten Stellung der Linken. Das Storting von 1892—1894 hatte eine Reihe von Arbeiterschutz-Gesetzen angenommen (Verbot der Fabrikarbeit für Kinder; feste Regeln für die Gesundheits- und Sicherheits-Verhältnisse in Fabriken; Unfallversicherung usw.), wodurch natürlich die Arbeiter der linken Stortings-Mehrheit gegenüber günstiger gestimmt wurden. Noch wichtiger aber war die Unionsfrage. In dem unablässigen Kampfe mit Schweden um volle Gleichstellung in der Union erlitt Norwegen 1894—1895 eine empfindliche Niederlage. Der radikale Standpunkt der Arbeiterpartei¹⁾, dem auch leitende

1) Der Parteitag von Skien (1895) sprach sich dahin aus, daß alle „Abteilungen der Partei mitwirken (sollten), um die Bevölkerung für die Auf-

Männer der schwedischen Sozialdemokraten beitraten, war der überwiegenden Mehrheit des Volkes ebenso neu wie fremd; die Sozialisten mußten wiederholt gegen die nationale Erregung auftreten; die Linke aber war immer die feste und treue Hüterin der nationalen Unabhängigkeit gewesen. Sie errang denn auch bei den Wahlen für die Legislaturperiode 1898—1900 79 von den 114 Stortingsitzen, während die Arbeiterpartei 1897 nur 947 (gegen 732 im Jahre 1894) Stimmen auf ihre Kandidaten zu vereinigen vermochte. Ökonomisch machte sich der Rückgang ebenfalls fühlbar: das Defizit des „Social-Demokraten“ wurde immer größer und nur große Opfer des immer hilfsbereiten KNUDSEN ermöglichten den Fortbestand des Blattes.

III.

Mit den Jahren 1897/98 beginnt ein neuerlicher Aufstieg der Arbeiterpartei. Die Linke hatte während der Wahlen die Verpflichtung übernommen, bei Erlangung der qualifizierten Mehrheit im Storting, das allgemeine Wahlrecht einzuführen. Dies geschah auch 1898 insofern, als allen über 25jährigen Männern, die in dem der Wahl vorangegangenen Jahr keine Armenunterstützung erhalten hatten, das Stimmrecht gewährt wurde. Für die Kommunalwahlen war die fakultative Einführung des Proportionalwahlrechts schon 2 Jahre früher erfolgt. Sodann wurde auch den Frauen erst (1901) das Gemeindewahlrecht in ungefähr demselben Maße eingeräumt wie 1898 den Männern und weiterhin (1907) auch das politische. Die Folgen dieser Wahlrechtsänderungen, die allerdings noch etwa die Hälfte aller erwachsenen Frauen ohne Stimmrecht gelassen haben, zeigten sich schon bei den kommunalen Wahlen von 1898, bei denen die Arbeiterpartei 25 Sitze in verschiedenen Stadt- und Gemeindeverwaltungen

lösung der norwegisch-schwedischen Union zu gewinnen“. Gleichzeitig erklärte er es „für höchst wichtig, daß die Sozialdemokratie in Norwegen und Schweden sich in der Arbeit für diese Sache vereinige, weil die Union jede soziale Fortschrittsarbeit in beiden Ländern von jeher gehindert habe und stets hindern werde“ (Vgl. KRINGEN, Arbeiterpartiets landsmöter, S. 35).

errang¹⁾, darunter in Kristiania für alle Führer: JEPPESEN, KNUDSEN, GJÖSTEEN, NISSEN.

Unter den leitenden Köpfen der Arbeiterpartei trat von dieser Zeit an für einige Jahre ein neuer Mann besonders hervor, der Rechtsanwalt LUDVIG MEYER. Er hatte sich an den literarischen und moralischen Kämpfen der 80er Jahre als Verteidiger einzelner wegen „Unsittlichkeit“ angeschuldigter Schriftsteller eifrig beteiligt. Im Streite für die Freiheit der Literatur und gegen die polizeiliche Konfiskationspraxis nahm nun die Arbeiterpartei eine konsequentere Stellung ein als irgend eine andere Partei. Hierdurch wurde ihr MEYER zugeführt und er ward bald zum fleißigen Mitarbeiter des „Social-Demokraten“. Größeren Einfluß als durch seine publizistische Tätigkeit gewann er aber als Redner; seine elegante und spöttische Form machte ihn zu einem gefürchteten, fast unüberwindlichen Gegner. Schon 1892 war er in die Parteileitung entsendet worden; aber erst, nachdem er 1897 zu ihrem Vorsitzenden gewählt worden war, vermochte er — für etwa 3 Jahre — der ganzen Bewegung gewissermaßen sein Gepräge aufzudrücken. Allerdings begegnete er von erster Stunde an der Gegnerschaft einiger unter den anderen Führern, namentlich JEPPESENS und NISSENS. Der letztere insbesondere wollte die seit 1894 innegehabte Redaktion des „Social-Demokraten“ unter MEYERS Führung nicht behalten und so wurde MEYER 1898 auch Redakteur des Hauptorgans der Partei.

Unter der Leitung MEYERS traten theoretische und gewerkschaftliche Fragen in den Hintergrund und die Partei erhielt eine mehr praktisch-politische Orientierung, so daß ihre Haltung oft eher durch opportunistische als durch prinzipielle Rücksichten bestimmt erschien. Die Presse machte gewaltige Fortschritte; in mehreren Städten wurden lokale Zeitungen gegründet; „Social-Demokraten“ in Kristiania wurde erweitert und den Forderungen der modernen Journalistik angepasst; das hierdurch entstandene, bedeutende Defizit deckte MEYER aus eigenen Mitteln — eine Tatsache, die einerseits die Partei ihm gegenüber in eine ge-

1) 1901 betrug die Zahl schon 147; 1904 330; 1907 873; 1910 1071.

wisse, ökonomische Abhängigkeit brachte, andererseits aber den Widerstand gegen seinen überwältigenden Einfluß verstärkte.

Von grosser Wichtigkeit wurde die 1899 erfolgte Bildung der „Faglige Landsorganisation“ (Fachliche Landesorganisation). Der skandinavische Arbeiterkongress in Stockholm, 1897, hatte sich für die Gründung gewerkschaftlicher Zentralorganisationen in den drei Ländern ausgesprochen, und nach zwei Jahren konnte eine solche in Norwegen mit etwa 4000 Mitgliedern ins Leben treten. Damals haben sich nur 5 Verbände der Zentrale angeschlossen; heute gehören ihr 24 Verbände und 7 Einzelvereine mit etwa 57 000 Mitgliedern an, und nur die — interskandinavisch organisierten — Sattler stehen außerhalb der nationalen Zentralleitung.

Seit diesem organisatorischen Zusammenschluß hat der Aufbau der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Norwegen keine wesentliche Änderungen erfahren. Politisch sind die Gewerkschaften entweder einzeln der Partei angeschlossen oder durch ihren Stadt-, Bezirks- oder Kreisverband; gewerkschaftlich dagegen sind sie in nationale Berufsverbände vereinigt, die dann ihrerseits der Gewerkschaftszentrale untergeordnet sind. Übrigens sind nicht alle Gewerkschaften politisch organisiert; so zählte die Partei Ende 1911 nur 36 000 Mitglieder, während in der Fachlichen Landesorganisation 57 000 Arbeiter vereinigt sind. Eine Schwäche der politischen Organisation bildet auch folgender Umstand: wenn die Mehrzahl eines Fachvereins den Beitritt zur Arbeiterpartei beschließt, so sind sämtliche Mitglieder zur Zahlung des Parteibeitrages gehalten, obwohl natürlich der Zutritt zu den Gewerkschaften jedem Arbeiter ohne Rücksicht auf politische Anschauungen offen steht. In Schweden, wo die Organisation im übrigen der norwegischen sehr ähnlich ist, besteht die eben erwähnte Verpflichtung nicht, und demgemäß ist auch — ohne Schaden für das intime Zusammenwirken beider Zweige der Bewegung — eine Quelle von viel Mißvergnügen und Unklarheit verstopft. Die Zusammenarbeit von gewerkschaftlicher und politischer Bewegung manifestiert sich in Norwegen u. a. darin, dass die Parteileitung in das Sekre-

tariat der Gewerkschaftszentrale und umgekehrt diese in die Parteileitung einen Vertreter entsendet.

1899/1900 wurde das ganze Land, besonders die Hauptstadt, von einer schweren Wirtschaftskrise heimgesucht. Die Arbeitslosigkeit wurde in den nächsten Jahren immer umfangreicher; Tausende von Arbeitern wanderten nach Amerika aus, andere sahen sich auf Armenversorgung angewiesen und gingen so ihres Wahlrechtes verlustig; die Mitgliederzahl der Vereine erfuhr vielfach einen beträchtlichen Rückgang, und es wird daher verständlich, daß die Arbeiterpartei bei den Wahlen von 1900, trotz der Wahlreform von 1898 nur etwa 7000 Stimmen mustern konnte. Innere Schwierigkeiten kamen hinzu. Teils infolge der kräftigen Opposition, teils und hauptsächlich infolge persönlicher Verhältnisse trat LUDVIG MEYER immer mehr in den Hintergrund, bis er schließlich 1903 mit der Arbeiterpartei vollständig brach. Das große Defizit des „Social-Demokraten“ wurde damit eine schwere Last für die Partei, die Zeitung musste stark eingeschränkt werden und erst 1904 wurde das Gleichgewicht im Budget wieder hergestellt. Auch andere Kräfte gingen verloren. So der — seit den 90er Jahren in der Partei tätig gewesene — Tischler EDVARD OLSEN, der teils aus prinzipiellen, teils aus persönlichen Motiven zu der Linken übertrat. Auch GJÖSTEEN wurde, ohne die Sozialdemokratie zu verlassen, der Bewegung mehr und mehr entfremdet.

Damals schob sich auch das Agrarproblem immer mehr in den Vordergrund. Die alte, orthodox-sozialistische Schule war von der Auffassung beherrscht gewesen, daß auch auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion ein gesellschaftlich geordneter Großbetrieb Platz zu greifen habe. Angesichts der natürlichen Produktionsbedingungen Norwegens erschien jedoch ein solcher mehr oder weniger undurchführbar, und in den meisten Teilen des Landes der Kleinbetrieb als die einzig mögliche Betriebsform. Die kleinen Bauern Norwegens sind keine Kapitalisten. Im Gegenteil, sie werden von dem Großkapital durch Hypotheken und andere Schuldverpflichtungen mindestens ebenso stark ausgebeutet wie die Industriearbeiter. Den Kleinbauern und Land-

arbeitern, die im letzten Jahrzehnt der Partei beigetreten waren, kam es daher hauptsächlich darauf an, diese Ausbeutung zu verhindern und auf dem Parteitage in Trondhjem (1902) gelang es ihnen schließlich, unter der tüchtigen Leitung von CHR. HORNSRUD aus Buskerud, ihre Meinungen durchzusetzen. Das dort beschlossene Programm fordert: Staat und Gemeinde sollen den Landarbeitern zu Grundbesitz verhelfen und den Kleingrundbesitz gegen Zwangsvollstreckung wie überhaupt gegen jeden Eingriff der Gläubiger schützen; wo dagegen Großbetrieb im Ackerbau noch existiert, sollen Minimallohn und Maximalarbeitstag gesetzlich festgelegt werden. Auf dem folgenden Parteitag in Kristiania (1903) wurde dieser Sieg der opportunistischen Elemente nach hartem Kampfe dadurch bekräftigt, daß HORNSRUD zum Vorsitzenden gewählt wurde. Die wenige Monate darauf stattgefundenen neuerlichen Wahlen brachten der Arbeiterpartei erstmals wirklichen Erfolg: die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen stieg von 7000 im Jahr 1900 auf 24 000, und 5 Sozialdemokraten — alle aus dem Norden des Landes — hielten ihren Einzug in das Storting.

Das Verdienst hieran hatte vor allem der Pfarrer ALFRED ERIKSEN. Die Arbeiterbewegung im Norden datierte auch nur wenige Jahre zurück, der Klassengegensatz dagegen war dort alt und tief. Die zu ihrem Unterhalt hauptsächlich auf Fischerei angewiesene Bevölkerung befindet sich in großer Abhängigkeit von den Händlern. So war es allerdings schon seit Jahrhunderten gewesen, in den 90er Jahren aber steigerte sich dieses Abhängigkeitsverhältnis in bedenklichem Umfange, der moderne Kapitalismus mit Maschinen u. ä. bemächtigte sich des Fischfanges, die Fischer wurden fast in Lohnarbeiter verwandelt, der Klassengegensatz spitzte sich zu, ein gärendes Mißvergnügen war vorhanden, es fehlte nur der Führer. Er fand sich in ERIKSEN — dem größten agitatorischen Talent in der norwegischen Arbeiterbewegung. Seine kalte, beißende Ironie ist von allen Gegnern gefürchtet; noch stärker wirkt er aber auf die Massen durch sein gewaltiges, suggestives Vermögen. Hat er doch sogar, bevor er seine sozialistische Laufbahn begann, als „Mirakeldoktor“

Wunderkuren vollbracht! Im Laufe von nur zwei Jahren wurde das dumpfe Mißvergnügen der Fischer in klares Klassenbewußtsein verwandelt — obgleich natürlich ihr theoretisches Verständnis für die Ziele und Aufgaben des Sozialismus noch viel zu wünschen übrig ließ; eine Organisation wurde geschaffen, der Kampf gegen Beamte und „Händler“ mit unbarmherziger Konsequenz geführt, und das Endergebnis war eben die Wahl der ersten 5 sozialdemokratischen Stortingsmänner¹⁾.

Trotz dieses Erfolges stellten sich aber die folgenden Jahre als eine Ruheperiode für die sozialistische Bewegung dar. Alles öffentliches Interesse war von der Unionsfrage in Anspruch genommen. In rascher Entwicklung führte der Unionsstreit mit Schweden, der 1903 fast beigelegt schien, zu einer Krise, die mit der Auflösung der Union endete (7. Juni 1905). Die Sozialdemokraten waren mit den übrigen Parteien einig, daß die Union aufgelöst werden müsse, suchten aber gleichzeitig den schwedischen Arbeitern gegenüber ihren absoluten Willen, den Frieden zu bewahren, zum Ausdruck zu bringen. Noch bedeutungsvoller war in dieser Hinsicht die Haltung der schwedischen Arbeiter. Einerseits anerkannten sie unbedingt das Recht der Norweger, die Union aufzulösen, und anderseits wandten sie sich gegen die Kriegspartei in ihrem eigenen Lande und trugen so nicht wenig zur Erhaltung des Friedens bei. Die nationalistischen Parteien in Schweden wollten aber die Union nicht bedingungslos aufgeben, und nach schwierigen Unterhandlungen kam schließlich der Traktat von Karlstad zustande, in dem Norwegen u. a. verpflichtet wurde, seine Grenzfestungen gegen Schweden zu schleifen. Die überwiegende Mehrzahl des Volkes fügte sich, obwohl mit schwerem Herzen, dieser Übereinkunft; so auch die Sozialdemokraten, mit alleiniger Ausnahme von ALFRED ERIKSEN. Dieser folgte dem kleinen radikalen Flügel der Linken, der den Vertrag als nationale Demütigung empfand und es daher lieber auf den Krieg mit Schweden ankommen lassen wollte.

1) Einer unter ihnen, EGEDE NISSEN, war schon seit 1900 Mitglied des Stortings, gehörte aber bis 1903 dem radikalen Flügel der Linken an.

In einer anderen Verfassungsreformfrage dagegen standen die Sozialisten einmütig den Bürgerlich-Radikalen zur Seite. Die Rechte sowohl wie der größte Teil der Linken wollten das Königtum beibehalten wissen, während die Radikalen und Sozialisten Anhänger der Republik waren. Der kräftigen Agitation und dem suggestiven Einfluß des ungemein populären Staatsministers CHR. MICHELSEN gelang es aber, den Republikanern eine große Stimmenzahl abwendig zu machen, und so hatten sie schließlich bei der Volksabstimmung (12.—13. Nov. 1905) nur etwa 70 000 Wähler auf ihrer Seite gegen 260 000 royalistische.

Die Auflösung der Union brachte dem Lande eine gänzlich neue politische Orientierung. War früher die Struktur der Parteien hauptsächlich durch nationale Rücksichten bestimmt gewesen, so traten nunmehr soziale und wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund und damit geht Hand in Hand einerseits ein starkes Wachstum der Sozialdemokratie, sowie andererseits die mehr oder weniger deutliche Tendenz zum Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien zu einem antisozialistischen Block.

In deutlicher Weise wird das Wachstum der Arbeiterpartei durch die Stimmenzahl bei den Stortingswahlen illustriert: 1903 betrug sie 24 500; 1906 schon 43 000; 1909 endlich 91 000¹⁾. Eine ganz analoge Entwicklung zeigt auch die gewerkschaftliche Organisation: im Jahrfünft 1900—1905 stieg die Zahl der organisierten Arbeiter bloß von 12 000—16 000; in dem einen Jahre 1905—1906 dagegen weiter auf 26 000; sodann 1907 auf 39 000 und 1908 auf 46 000; es folgt dann ein kurzer Stillstand, aber seit 1910 geht es wieder schnell aufwärts bis zu der jetzigen, auf etwa 57 000 berechneten Zahl.

Auch nach innen ist die Arbeiterpartei seit 1905 bedeutend

1) Festzuhalten ist jedoch bei der Würdigung dieser Ziffern, daß zwischen 1906 und 1909 die politische Wahlberechtigung der Frauen eingetreten ist. Da aber durch einen für die Männer nicht mehr gültigen Zensus etwa die Hälfte der erwachsenen Frauen des Stimmrechts beraubt geblieben ist, so läßt sich vermuten, daß die meisten der abgegebenen Frauenstimmen den bürgerlichen Parteien zugefallen sind.

erstarkt. Der Parteitag von 1906 ¹⁾ schwenkte von der opportunistischen Richtung, die unter dem Präsidium LUDVIG MEYERS und auch später unter HORNSRUD vorgeherrscht hatte, ab; dies kam dadurch zum Ausdruck, daß nunmehr zum Vorsitzenden NISSEN und nach dessen Tode (1910) CHR. H. KNUDSEN gewählt wurde. An ERIKSENS Haltung gegenüber dem Karlstader Vertrag wurde scharfe Kritik geübt. Auch andere Stortingsmänner der Partei, so namentlich der Fischer LIND JOHANSEN, hatten sich der Parteidisziplin nicht fügen wollen und wurden daher nachdrücklich gerügt. Gleiches widerfuhr dem Redakteur OLAV KRINGEN und seine Stellung wurde mit JEPPESEN besetzt. Das Parteistatut wurde durch straffere Disziplinarbestimmungen ergänzt. Wahlallianzen mit anderen Parteien wurden verboten und es wurde beschlossen, daß zu Kandidaturen der Arbeiterpartei für den Storting oder die Kommunalräte nur Mitglieder eines Parteivereins zugelassen werden sollten, die integral das prinzipielle und praktische Parteiprogramm anerkennen. — Die späteren ordentlichen Parteitage von Hamar (1909) und Stavanger (1912) sowie der außerordentliche von Kristiania (1911) haben im großen und ganzen auf demselben intransigenten Standpunkt verharret und sind daher häufig genötigt gewesen, der Stortingsfraktion gegenüber entschiedene Kritik zu üben.

In besonders scharfer Weise ist dies von seiten der „Ungdomsbevægelse“ (Jugendbewegung) geschehen. Schon um das Jahr 1900 waren in den größeren Städten sozialistische Vereine für die Arbeiterjugend gegründet worden, in denen sich bald eine syndikalistische Agitation — hauptsächlich schwedischen Ursprungs, teilweise aber auch direkt aus Frankreich herstammend — geltend machte, und der antiparlamentarische „Jungsozialismus“ schien um das Jahr 1907—1908 eine große Zukunft in Norwegen zu haben. Ebenso schnell wie sie emporgekommen war, brach jedoch diese Bewegung zusammen: zum Teil infolge persönlicher Schwierigkeiten

1) 1904 war ein neues Statut angenommen worden, wornach die ordentlichen Parteitage fortan nur in 3jährigen, mit den Legislaturperioden zusammenfallenden Abständen in denselben Jahren wie die Stortingswahlen stattfinden sollen.

unter den Führern, zum Teil aber auch infolge des Eingreifens der Arbeiterpartei. Die meisten der Jugendvereine blieben bei dieser Partei; dank der jungsozialistischen Agitation ist ihnen aber ein radikaler Geist eingehaucht worden, der sich bei mehreren Gelegenheiten bemerkbar gemacht hat. So ist die rein und konsequent festgehaltene, antimilitaristische Haltung der Arbeiterpartei größtenteils dem Einfluß der Jugendvereine zuzuschreiben; ebenso die programmatische Forderung eines absoluten Verbotes gegen den Handel mit alkoholischen Getränken (Branntwein, Wein, Bier) und gegen deren Genuß — eine Forderung, die allerdings durch die langjährige Arbeit der bürgerlichen Abstinenzler sowohl als durch die Wirksamkeit OSCAR NISSENS unter den Arbeitern von langher vorbereitet erscheint.

Auch in der Gewerkschaftsbewegung strebt die „neue Richtung“, unter der tüchtigen Leitung MARTIN TRANMÆLS, nach Geltung. Wie oben gezeigt, setzte 1906 eine neue Periode schnellen Wachstums für die zentralisierte Gewerkschaftsorganisation ein. Etwa um die gleiche Zeit gelangte auch der 1900 gegründete „Norsk Arbeidsgiverforening“ (Norwegischer Arbeitgeberverein) zu größerer Bedeutung. Natürlich nahm damit die Zahl der Lohnbewegungen zu, und ebenso selbstverständlich ist es, daß diese auch durchgängig der Kontrolle der Landesorganisation unterliegen. Die Macht der letzteren ist in diesen Fragen in Norwegen recht groß, größer als z. B. in Schweden. Die Taktik der „Fachlichen Landesorganisation“ ist nun im großen und ganzen den Arbeitgebern gegenüber eine vorsichtige gewesen: von 762 Lohnbewegungen in den Jahren 1903—1910 sind 489 oder 65 % durch Verhandlungen beendet worden und nur 35 % haben zu offenem Konflikt geführt. Der Arbeitgeberverein auf der anderen Seite zeigt eine entschiedene Lust vorkommenden Konflikten möglich größten Umfang zu geben. Schon 1907 und 1908 kam es zu bedeutenden Aussperrungen in der Papier- und Zellulose- sowie in der Bau-Industrie. Die nächsten zwei Jahre verliefen zwar ruhig; 1911 aber brachte den — bisher in Norwegen überhaupt — größten Konflikt, indem 32 000 Arbeiter ausgesperrt wurden. Es gelang freilich in diesem Kampf den

Arbeitgebern nicht, den Arbeitern eine Niederlage zu bereiten, wie bei dem Riesenstreik in Schweden zwei Jahre zuvor. Wohl aber wurden die Kräfte der Gewerkschaften stark mitgenommen und ihre Kassen beinahe vollständig geleert.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß eine radikale Richtung unter den Arbeitern zu größerem Einfluß gelangt ist. Diese, die ihren Hauptsitz in Trondhjem hat, verfiel die These, daß die beiderseitig verpflichtenden Tarifverträge zwar früher den Arbeitern nützlich gewesen seien, jetzt aber den Arbeitgebern größere Vorteile gewähren; das gleiche gelte auch von den Hilfs- und Versicherungskassen; die Arbeitskämpfe seien überhaupt nicht so sehr mit Geld zu führen als durch „direkte Aktion“ der Arbeiter, und als Kampfmittel wird u. a. die Sabotage empfohlen. Dieses letztere Wort ist nicht nur von den bürgerlichen Parteien, sondern auch von den konservativeren Gewerkschaftlern selbst aufgegriffen worden und bildete den Anlaß zu einer heftigen Agitation gegen die „neue Richtung“ und deren Führer TRANMÆL. Noch heute gehen die Wogen hoch.

Der Streit zwischen revolutionären und revisionistischen Sozialisten — um einen auch in Norwegen einigermaßen adäquaten Ausdruck zu gebrauchen — wird noch komplizierter durch die Haltung ALFRED ERIKSENS in dem Sprachenkampf. Die Schriftsprache Norwegens ist ihrem Ursprung nach dänisch. In dem nationalen das ganze 19. Jahrhundert ausfüllenden Kampfe mit Schweden ist aber eine Richtung entstanden, die auch auf sprachlichem Gebiet volle Selbständigkeit fordert und eine nationale Schriftsprache auf den Bauerndialekten aufbauen will. Ihre Gegner hinwiederum betonen, daß moderne Kulturbegriffe sich in den Bauerndialekten nicht ausdrücken lassen und daß die „Norwegisierung“ der Schriftsprache nur sehr langsam erfolgen könne. Der Streit wird von beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt und macht sich auch auf politischem Gebiete geltend. Die Arbeiterpartei hat sich für volle Neutralität entschieden, ihr Führer im Storting aber, ALFRED ERIKSEN, hat sich zum Vorsitzenden des „Reichssprachverbandes“, der für die gegenwärtige Schriftsprache eintritt, wählen lassen. Dieser Verein wirkt nun

bei den Wahlen für Kandidaten, die sich auf sein Programm verpflichten und kann so unter Umständen gegen die sozialdemokratischen Wahlwerber auftreten müssen. Der diesjährige Parteitag hat daher erklärt: die Doppelstellung ERIKSENS sei mit der Parteidisziplin unvereinbar. Dieser hat sich jedoch dem Parteibeschluss nicht gefügt und seine Stellung als Vorsitzender des „Reichssprachverbandes“ nicht niedergelegt, weshalb ihn die Parteileitung als aus der Partei ausgetreten deklariert. ERIKSEN seinerseits bestreitet der Parteileitung das Recht hierzu, kandidiert neuerdings als Sozialdemokrat für das Storting und scheint auch Anhänger zu finden.

So befindet sich die Sozialdemokratie Norwegens augenblicklich in einer inneren Krise. Wie tief diese geht und in welchem Maße sie die Stellung der Arbeiterpartei den anderen Parteien gegenüber beeinflussen wird, läßt sich heute nicht überschauen. Daß die diesjährigen Stortingswahlen Stillstand oder gar Rückgang zeigen werden, ist wohl möglich. Für eine ernstliche Gefährdung der Einheit in der sozialistischen Bewegung sind aber keine Symptome vorhanden ¹⁾.

1) Der vorstehende Artikel ist am 1. IX. 1912 abgeschlossen worden. Seither haben in der Zeit vom 21. X.—11. XI. 1912 die Neuwahlen zum Storting stattgefunden; mit dem Ergebnis, daß die Sozialisten 12 neue und im Ganzen 23 Sitze erobert haben, während ihre Stimmzahl von 91000 auf ca. 140000 gestiegen ist. Auch innerhalb der bürgerlichen Parteien hat sich eine entschiedene Wendung nach links vollzogen: die Mandatzahl der Rechten ist von 64 auf 24 zurückgegangen, die der Linken von 48 auf 76 gestiegen.

Der offizielle Kandidat der Arbeiterpartei trug in Oslo einen glänzenden Sieg über ALFRED ERIKSEN davon, obwohl dieser sogar konservative Stimmen erhalten hat.

Daß die „neue Richtung“ sich jetzt nicht mehr auf das gewerkschaftliche Gebiet beschränkt, sondern sich auch politisch geltend zu machen beginnt, zeigt die am 21. XI. 1912 erfolgte Wahl TRANMÆLS zum Redakteur des Hauptorgans im Norden des Landes „Ny Tid“ (Neue Zeit).

Der Einfluß des Sozialismus auf die Volkswirtschaftslehre.

Von

Lewis H. Haney (Austin-Texas)¹⁾.

I.

Um die Wirkungen des Sozialismus auf die Volkswirtschaftslehre zu verstehen, muß man von gründlicher Kenntnis der Ziele und des logischen Zusammenhanges dieser beiden Ideenkomplexe ausgehen. Kein Irrtum ist häufiger als der, sie als einander feindselig und notwendig entgegenwirkend zu betrachten. Die Verfehltheit dieser Auffassung wird am besten durch gewisse Feststellungen illustriert, die auch sehr gut dazu dienen werden, die einzuhaltenden Gesichtspunkte zu fixieren.

Erstens ist zwischen dem Sozialismus als politischer Propaganda und als Gedankensystem oder Gesellschaftsphilosophie wohl zu unterscheiden, und es bedarf keiner weiteren Begründung, daß der Sozialismus im ersterwähnten Sinne der Volkswirtschaftslehre nicht feindlich sein kann, denn diese ist eine Wissenschaft und bewegt sich daher auf ganz anderem Boden. Würdigen wir aber den Sozialismus als philosophisches System, so bemerken wir sofort, daß er als solches mehr bedeutet als die Volkswirtschaftslehre, daß sein Ideenkreis umfassenderer ist.

Auch ohne daß wir uns auf eine genaue Definition des Sozialismus einlassen, wird uns jeder zugeben, daß derselbe viel mehr von Wohlfahrt als von bloßem Reichtum handelt und den Menschen auch in anderen als rein wirtschaftlichen Beziehungen betrachtet.

Der Unterschied ist also ein extensiver und nicht notwendig ein solcher der Richtung. Es gibt auch tatsächlich zweierlei

¹⁾ Aus dem englischen Manuskript übersetzt von A. Sz.

Ökonomen: sozialistische und nicht sozialistische. Oder um dasselbe anders auszudrücken: es gibt individualistische und nicht-individualistische Ökonomen. Diese unterscheiden sich von jenen durch den Umfang ihres Gedankengebietes, sie müssen ihnen aber nicht notwendig in rein wirtschaftlichen Dingen opponieren. Das Gebiet dieser letzteren ist vielmehr beiden Gruppen gemeinsam. Ja, noch mehr: es trifft nicht einmal zu, daß alle nicht-sozialistischen Ökonomen sich mit dem Sozialismus in jenem zweiten Sinne der politischen Propaganda in Widerspruch befinden. Freilich fehlt es nicht an antisozialistischen Volkswirtschaftlern des individualistischen Typus, wie jene, die sich auf der — zuweilen als „Solidarität“ bezeichneten — goldenen Mittelstraße halten. Andererseits aber gibt es auch eine ansehnliche Gruppe von nicht-sozialistischen Ökonomen, die ihr Gebiet lediglich derart einschränken, daß sie die Folgerungen in der Richtung zur sozialistischen Philosophie hin ausschließen. Man darf sie mit einem aus der politischen Geschichte Amerikas entlehnten Wort als die „strengen Konstruktionisten“ (strict constructionists) bezeichnen. Denn sie gehen allen ethischen Fragen aus dem Wege, und manche unter ihnen schalten sogar aus ihren Betrachtungen alle anderen als rein ökonomischen Motive aus und begnügen sich hauptsächlich mit der Beschreibung der bestehenden gewerblich-industriellen Ordnung. Ökonomen, die so orientiert sind, geraten in keinen unmittelbaren Streit mit der sozialistischen Propaganda. Ebenso gibt es „wissenschaftliche Sozialisten“, deren Betrachtungsweise eine rein wirtschaftliche ist, und andere, bei denen dies nur teilweise zutrifft, wie etwa die „christlichen Sozialisten“.

Über die bloße Analyse der bestehenden Wirtschaftsverfassung hinaus führt die weiterschauende sozialistische Philosophie notwendig zu einer Kritik dieser mit ihr im Widerspruch befindlichen Einrichtungen. Ihre Vertreter arbeiten stark mit Gesetzen, deren Voraussetzungen mit dem bestehenden Industriesystem verflochten sind, mit Gesetzen, deren Prämissen variabel sind und deren gegenwärtigem Status nur relative Giltigkeit zukommt. Soweit aber diese Gesetze die herrschende Wirtschaftsordnung zur Voraus-

setzung haben, steht der Sozialismus ihrem Geltungsanspruch kritisch gegenüber.

Damit wird nicht die Volkswirtschaftslehre an sich angegriffen, sondern nur eine ihrer Seiten oder, besser gesagt, eine gewisse Stellung einiger Ökonomen. Denn weder steht die Existenz der Volkswirtschaftslehre notwendig mit irgend einer besonderen Struktur der Gesellschaft in untrennbarem Zusammenhang, noch obliegt den Ökonomen eine aus dem Wesen ihrer Wissenschaft fließende Pflicht zur Verteidigung irgend einer bestimmten Gesellschaftsordnung. In der Tat, finden wir nicht selbst unter den antisozialistischen Ökonomen, die individualistisch orientiert sind, solche, denen die Gesellschaft als wirklicher Organismus erscheint, und andere wieder, welche die goldene Mittelstraße in der Synthese von Wirkung und Gegenwirkung suchen? Jene Volkswirtschaftslehrer, welche die Prämissen ihrer relativ gültigen Gesetze verteidigen, sind mehr als bloße Ökonomen. Sie werden zu Individualisten und befinden sich im Widerspruch zu der ersten der oben beschriebenen Formen des Sozialismus. Der Sozialismus als Gesellschaftsphilosophie war konstruktiv und hat die Wissenschaft vom Wirtschaftsleben bereichert. Er hat versucht, auf den Individualismus zerstörend einzuwirken und hat auch in diesem Sinne gewirkt. Sie bekämpfen sich gegenseitig und streben, sei es als einseitige Philosophie sei es als politische Propaganda, danach, einander entgegenzuarbeiten. Diejenigen Wirtschaftsgesetze, die auf breiter Basis aufgebaut und logisch wohlbegründet sind — Gesetze, die nicht von individualistischer Ethik gefärbt waren — sind unverändert geblieben. Das Endergebnis war eine Art von Beiseiteschiebung der Ethik des 18. Jahrhunderts, in welcher die Volkswirtschaftslehre ursprünglich eingebettet war.

II.

Der Sozialismus als solcher kam zuerst als Kritik der Volkswirtschaftslehre in Frankreich auf. SAINT-SIMON bekämpfte zwischen 1803 und 1823 die optimistische Auffassung des Individualinteresses als des großen Motors im Wirtschaftsleben und betonte die Funktionen und Pflichten des Individuums in der Gesellschaft

nachdrücklicher als dessen Rechte und Privilegien. Zugleich zeigte er Müßiggang und falsche Leitung der Industrie als Mißstände auf. Seine Nachfolger rollten jene soziale Frage auf, die eine Begleiterscheinung ist der Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln, und wiesen auf den Niedergang des Mittelstandes hin. — FOURIER hinwiederum betonte die Idee des Konsums und den Wert der Assoziation in der Produktion. — Minder utopistisch durchleuchteten sodann BLANC und PROUDHON zwischen 1840 bis 1846 das Wesen der freien Konkurrenz und stellten die Forderung des Rechtes auf Subsistenz auf. Besonders gilt dies von PROUDHON, der wengleich inkohärente, so doch ungemein heftige direkte Angriffe gegen die Volkswirtschaftslehre richtete und dessen Kritik gleichermaßen die Ökonomen wie die späteren Sozialisten beeinflußt hat. Er verwarf nachdrücklich das Privateigentum, speziell an Grund und Boden, und leugnete die Gerechtigkeit des Unternehmergewinnes. Er machte sich über die Werttheorie der Ökonomen lustig und stellte selbst eine Arbeitskosten-Theorie auf. Die geschichtliche Auffassung von der Gesellschaft war bei all diesen älteren französischen Sozialisten eine ziemlich mechanische.

Mit dem Mißerfolg der Revolution von 1848 erlosch auch der französische Sozialismus. Seine Wirkungen aber überlebten ihn. Er rief unter den Ökonomen auf französischem Boden leidenschaftliche Gegnerschaft hervor, als deren teilweise Folge man zweifellos die Auswüchse des französischen Liberalismus von BASTIAT bis auf unsere Tage anzusehen hat. Wichtiger aber war: die Fackel des Sozialismus wurde von deutschen Denkern übernommen. 1842 erschien LORENZ STEINS „Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreichs“ und vier Jahre darauf schrieb STEIN die prophetischen Worte nieder: „Die reichen Arbeiten der sozialistischen Literatur bilden ein selbständiges Ganzes neben der alten Nationalökonomie. Sie sind ihr noch nicht einverleibt, aber es wird unmöglich sein, auf die Dauer ihnen neben andern Theoremen ihren Platz zu verweigern“¹⁾. Auf deutschem

1) L. STEIN, Der Begriff der Arbeit und die Prinzipien des Arbeitslohnes in ihrem Verhältnis zum Sozialismus und Kommunismus, i. Zeitschrift f. d. ges. Staatswissenschaft, 1846, S. 242.

Boden hat denn auch diese Prophezeiung vollere Erfüllung gefunden als in irgend einem anderen Lande.

Erst entstand der deutsche „wissenschaftliche“ Sozialismus mit ROBERTUS und MARX. Vom Kommunistischen Manifest (1848) etwa an datiert die Ausbildung einer Theorie der sozialen Entwicklung, die mit ihrer Betonung der materialistischen Grundlagen der Gesellschaft und ihrer Lehre vom Klassenkampf die Volkswirtschaftslehre auf das Tiefste beeinflußt hat.

Bis gegen 1850 hatte der sozialistische Gedanke in Deutschland sowohl in der Tagespresse wie in der gelehrten Publizistik geringen, wenn überhaupt einen Widerhall gefunden. Aber um das Revolutionsjahr ward das Feuer entzündet und seine Glut färbte rasch die Ideen der Nationalökonomien. Schon 1848 beleuchtete BRUNO HILDEBRAND in seiner „Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft“ die Verdienste der Sozialisten um die Betonung ethische Faktoren in der Wirtschaftslehre. Mannigfache dem deutschen Geistesleben jener Zeit eigentümliche Umstände förderten diese Entwicklung. Daß die Auffassung von der Zulässigkeit staatlicher Eingriffe auf dem Gebiete der industriellen Produktion sich in Deutschland leichter Bahn brach als beispielsweise in England, war sicherlich auch eine Nachwirkung der Kameralistik. Vor allem aber: es kristallisierte sich ein neuer und richtigerer Begriff von der Gesellschaft heraus¹⁾. Erst erkannte man Recht und Staat als Produkte der Entwicklung und unterschied sodann klar zwischen Staat und Gesellschaft. Die klassische Nationalökonomie war großenteils von der Betrachtung des Staates oder der Regierung als der höchsten menschlichen Gemeinschaftserscheinung ausgegangen. Innerhalb des Staates, den sie als eine quasi mechanisch-politische Organisation auffaßte, bewegten sich die Individualatome im Spiel ihrer Sonderinteressen. Es mangelte also der Begriff einer tieferliegenden Beziehung zwischen den Menschen — die Idee der „Gesellschaft“ als etwas vom Staat Verschiedenen — und daher wurden auch gewisse ins

1) Vgl. E. v. PHILIPPOVICH, Das Eindringen der sozialpolitischen Ideen in die Literatur, in „Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im XIX. Jahrhundert“. Leipzig 1908, II. Bd. XXXI, S. 6 f.

Breitere und Tiefere wirkende Kräfte, die aus den sozialen Beziehungen erwachsen, übersehen. So wurde die Wirkung niedriger Löhne auf die Gesellschaft nur wenig beachtet. Aber selbst soweit bei den Klassikern bereits ein blasser Gesellschaftsbegriff auftaucht, ist er ziemlich abstrakt und kalt. Der Sozialismus hingegen machte durch den Nachdruck, den er auf die Idee der Klasse legte, wenigstens diese lebendig und tat mit seiner Lehre von den Klassen — die ja Teile einer lebenden Gesellschaft sind — einen Schritt vorwärts zu einem umfassenderen sozialen Gesichtspunkt hin. Das deutsche Denken aber bewegte sich weit über jenen engen Gesellschaftsbegriff hinaus; und dies im Verein mit den bereits angedeuteten Umständen bewirkte, daß die Philosophie der Sozialisten in Deutschland lebhaftere Wertschätzung fand als anderwärts. Die „Entdeckung“ der Gesellschaft brachte eben daher der Nationalökonomie auf deutschem Boden nur verhältnismäßig geringe Erschütterung.

So kam es, daß in den 60er Jahren die vereinigten Kräfte des Sozialismus und der allgemeinen historischen und ethischen Auffassungen vom Wesen der Gesellschaft in den Schriften der führenden Vertreter der Volkswirtschaftslehre zu klarem Ausdruck gelangten. Ihren Höhepunkt erreichten sie mit ADOLPH WAGNERS „Rede über die soziale Frage“ (1872) und mit der Gründung des „Vereins für Sozialpolitik“ (1873).

Es ist interessant mit der skizzierten deutschen die gleichzeitige ganz parallel laufende englische Ideenentwicklung zusammenzuhalten, obgleich in England weder der Sozialismus noch die historische Schule zu einer auch nur annähernd gleichen Rolle wie in Deutschland gelangt sind. Die 1848 erschienenen „Principles of political economy“ von J. St. MILL zeigten sich wohl einigermaßen durch SAINT-SIMON und SISMONDI beeinflußt. Zwischen 1850 und 1860 aber ist in den Diskussionen des „Political economy club“ keinerlei Einwirkung des Sozialismus zu bemerken. 1869 soll dann MILL eine Schrift über Sozialismus geplant haben, und erst in den 70er Jahren begegnen wir deutlicherem Ausdruck eines umfassenderen Begriffes von der „Gesellschaft“ in BAGEHOT'S „Physics and Politics“ (1872) und bei

LESLIE (1876). — Natürlich fehlt es auch in älteren Büchern nicht an Diskussionen über Sozialismus. Allein die Bedeutung desselben für die Lehre vom Wert und von der Güterverteilung — des „Gesellschafts“-Begriffes gar nicht zu gedenken — wird in ihnen im allgemeinen nicht erkannt. Sie begnügen sich vielmehr lediglich mit der Verteidigung des Privateigentums als bewegender Kraft in der Produktion. So verfocht M' CULLOCH in seinen „Principles“ (1825) die Sicherheit des Eigentums gegen Schriftsteller wie ROUSSEAU, BECCARIA und MABLY, ging aber dabei so weit, die Arbeit als Quelle des Reichstums zu erklären, ohne jene Autoren auch nur zu erwähnen. MALTHUS hingegen zeigt sich einigermaßen mit sozialistischer Spekulation bekannt und durch sie beeinflusst, wenn er eine bessere Organisation der Gesellschaft fordert und auf die Vervollkommnungsfähigkeit der menschlichen Natur hinweist.

Von Deutschland ging die Fackel des Sozialismus an die Vereinigten Staaten über. Hier beginnt der Sozialismus um 1885 Einfluß zu üben, wie nicht nur eine Anzahl von Schriften aus jener Zeit¹⁾, sondern auch die Tatsache beweist, daß in den Arbeiten bürgerlicher Nationalökonomien sozialistische Einwirkung bemerkbar wird. So halten sich die „Elements of political economy“ (1873) von PERRY noch ganz von sozialistischen Gedankenreihen frei. PERRY konfundiert noch die Begriffe „Staat“ und „Gesellschaft“ und vertritt noch ganz im Sinne BASTIATS, allerdings nur mit wenig Talent, das Prinzip des *laissez faire*. Zwölf Jahre später jedoch widmet schon Professor NEWCOMB in seinen „Principles of political economy“ (1885) dem Sozialismus einige Beachtung und die „Political economy“ von WALKER (1887)

1) Eine Übersetzung von PROUDHONS „Qu'est ce que la propriété“ erschien bereits 1876 in Boston. Ihr folgten: 1880 COOKS „Socialism“ und WOOLSEYS „Communism and Socialism“. 1884 schrieben sodann STARKWEATHER und WILSON „Socialism“ und 1885 SUMNER „What social classes owe each other“, sowie HILL „Principles and fallacies of socialism“. Das Jahr 1886 endlich brachte die Werke: ELY, French and German Socialism; OSGOOD, Scientific Socialism; BROWN, Studies in Modern Socialism; GRAHAM, The Social Problem; ROLES, The Social Danger; BEHREND'S, Socialism and Christianity.

läßt bereits die Wirkungen des sozialistischen Sauerteigs deutlich erkennen. WALKER wendet sich gegen die Behauptung, daß Lohnherabsetzungen ungefährlich seien, und weist nach, daß der größere Profit weit eher Luxusausgaben zeitige, als die Nachfrage nach Arbeit steigere, so daß hierdurch diese fortwährend entwertet werden könne. Er spricht von den großen Massen vergewaltigter Arbeiter in Europa als von einer unbestreitbaren Tatsache und leugnet, daß das Selbstinteresse ausreiche, um einsichtiges Handeln zu garantieren, wie er auch mit seiner Kritik gegen BASTIATS Rechtfertigung der herrschenden Ordnung namentlich die Grenzen rein ökonomischer Betrachtungsweise zutreffend zieht.

Die Gründe dafür, daß diese Reaktion in Amerika so spät einsetzte, sind verhältnismäßig einfach. Ein streng individualistisches Volk auf reichem Neuland mit schwacher Entfaltung von Kapitalismus und Klassenbewußtsein bietet sozialistischer Saat einen nur seichten Boden. Die Krise von 1873 jedoch lockerte ihr das Erdreich und machte es aufnahmefähiger. Mit dem Bürgerkrieg erwachte der patriotische Geist und erhielt durch das Wachstum von Handel und Gewerbe weitere Verstärkung. In der Periode zwischen dem Krieg und 1873 kam der Kapitalismus zu bedeutsamer Entfaltung; die Arbeiterbewegung brach sich Bahn und fand in großen Streiks und in der politischen Propaganda um 1876 ihren Ausdruck. Zuletzt ebnete dann zu Beginn der 80er Jahre eine ansehnliche Zahl junger Gelehrter, die in Deutschland ihre wissenschaftliche Ausbildung erfahren hatten, neuen Auffassungen über die Gesellschaft den Weg und importierten Ideen über Methode und Staatsintervention, die vorher in den Vereinigten Staaten keinen Kurs gehabt hatten.

III.

Alle Einwirkungen des Sozialismus auf die Volkswirtschaftslehre kann man unter folgenden Rubriken zusammenfassen: Philosophie, Ziele, Methode und Logik der reinen Ökonomik, deren drei erste sich augenscheinlich auf die Voraussetzungen beziehen, während die letzte von der Richtigkeit der ökonomistischen Prä-

müssen ausgeht und sich auf die Giltigkeit der aus ihnen abgeleiteten Schlußfolgerungen bezieht. Hier sollen hauptsächlich die Einwirkungen der zweiten und vierten Kategorie besprochen werden. Doch müssen vorerst auch Philosophie und Methode summarisch berührt werden¹⁾.

Die Volkswirtschaftslehre handelt von den Bemühungen der Menschen, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen. Der Mensch lebt jedoch nicht vom Brot allein. Außerdem können die Anschauungen über das große Problem des Daseinszweckes notwendigerweise nicht ohne modifizierenden Einfluß bleiben auf jene über die Gewinnung des Brotes und sogar auch — des Butterbrotes. Oder deutlicher: indem sich die Volkswirtschaftslehre mit dem Menschen und besonders mit dem Menschen innerhalb der Gesellschaft beschäftigt, formuliert sie Gesetze, welche die Geltung gewisser philosophischer und epistemologischer Prämissen zur Grundlage haben. Demgemäß hängt die Gestaltung der Betrachtungsweise und der Folgerungen auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens davon ab, ob der Ausgangspunkt ein materialistischer, idealistischer oder utilitarischer ist. Und das Gleiche gilt auch von der Methode. Der Mechanismus der Maschine bestimmt zum Teil ihre Leistung. Daher wird ein Anhänger der historischen Schule wahrscheinlich zu anderen Ergebnissen gelangen als der Jünger der „exakten“ deduktiven Methode. Nun ist der Sozialismus logisch mit einer bestimmten philosophischen Anschauung verbunden und verfolgt gewöhnlich — wenn auch nicht notwendig — eine bestimmte Methode. So hat denn sozialistisches Denken auf diesem Wege indirekt auf die ökonomischen Wissenschaften eingewirkt; insbesondere in dem Sinne, daß es im ganzen zu einer mehr idealistisch-philosophischen Begründung der ökonomischen Analyse geführt hat, während es in seinen neueren Phasen die historische Methode gefördert hat.

Gehen wir nun zu den Problemen des Ziels und der Logik über, so finden wir zunächst im Gefolge des Sozialismus eine Hinausrückung der Ziele der Volkswirtschaftslehre. Ihm ist es

¹⁾ Vgl. meine *History of economic thought*. New York 1911. S. 7 ff.

vor allem zu verdanken, daß die Ideenreihen vieler National-ökonomien einen — zuweilen bewußten und wohlwogeneren — ethischen Einschlag erhalten haben. Indem der Sozialismus die große Frage nach einer gerechten Güterverteilung aufwarf, zwang er, nach einer Antwort hierauf zu suchen — die anders als durch Aufstellung ethischer Forderungen nicht gegeben zu werden vermag. In der Tat, was hat man unter „gerechtem“ Lohn zu verstehen? Und ist der Gewinn des Unternehmers berechtigt? Diese Probleme werden nun häufig in ökonomischen Abhandlungen erörtert. Das alte Durcheinander von Theorie und Politik dauert hierbei fort. Die Einführung ethischer Momente in die Betrachtung verleiht den Schlußfolgerungen teleologischen Charakter. Das Studium des Wirtschaftslebens wird hierdurch zweckbestimmt. Sein Ziel wird eine bessere Güterverteilung usw.¹⁾. Unter dem Einfluß ethischer und teleologischer Tendenzen wird — vielleicht in allzurash zufahrender Weise — die Scheidung zwischen den Gesetzen der Produktion und der Verteilung vollzogen. Ist diese letztere, ethisch betrachtet, schlecht und ist es Pflicht der Wissenschaft, sie zu verbessern, so kommt es wesentlich darauf an, die Möglichkeit einer Regulierung der Distribution nachzuweisen. So wird denn an den Staat appelliert und der Volkswirtschaftler aufgefordert, staatsmännische Aufgaben auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu lösen. Kurz, es kommt zu einer Fusion verschiedener Werte oder Bewertungsstandpunkte. Die Erweiterung in der Zwecksetzung der Volkswirtschaftslehre durch den Sozialismus hat also die Verbindung ethischer, rechtlicher und politischer Urteile mit rein ökonomischen gezeitigt.

Tatsächlich ist auch hierdurch die Ausbildung der Soziologie als selbständiger Disziplin verzögert worden. Von dem, was in Amerika rasch als „Soziologie“ Verbreitung findet, scheint nämlich in Deutschland wenig zu existieren. Allerdings geht diese Erscheinung auch auf andere Ursachen zurück als auf den Sozialismus, in erster Linie aber doch auf die Hinausschiebung der Ziele

1) Vgl. POHLE, Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre. Leipzig 1911.

für die deutsche Volkswirtschaftslehre. Was ich damit meine, erhellt, wenn wir PHILIPPOVICH feststellen hören: „Aus einer bloßen Wirtschaftslehre wurde die Nationalökonomie zur Soziallehre, welche nicht nur den einfachen Zusammenhang zwischen Gütern und handelndem Eigeninteresse beschreiben, sondern ihn auch als Ursache und Wirkung anderen Geschehens erkennen und damit den Wandel der Wirtschaft unter dem Einflusse der Natur und der Gesittung verstehen lehren soll, damit wir lernen ihn zu beherrschen“¹⁾. Und unter dem direkten Einfluß von COMTE und dem indirekten der zeitgenössischen sozialistischen Bewegung schrieb INGRAM: „The truth is, that at the bottom of all economic investigation must lie the idea of the destination of wealth for the maintenance and evolution of society“²⁾. Er würde die Nationalökonomie zu einem Teil einer umfassenderen Wissenschaft der Soziologie gestaltet haben. Es obwaltete mit einem Wort die wohlbedachte Tendenz zur Aufhebung der Unterschiede zwischen den verschiedenartigen Behauptungen und Bewertungen und zu deren Verschmelzung in einer einzigen Gesellschaftswissenschaft, und man kann hierin eine Wirkung des sozialistischen Kritizismus erkennen.

Was nun dessen Einfluß auf die Logik der reinen Wirtschaftslehre im engeren Sinne betrifft, so ist zunächst als bedeutsam festzuhalten das Resultat des vom Sozialismus nachdrücklich hervorgehobenen gesellschaftlichen Gesichtspunktes. Dieses Ergebnis ist natürlich innig mit der Einwirkung auf die Philosophie verknüpft. Es ist jedenfalls wesentlich für die Wirtschaftslehre, mag sie noch so eng aufgefaßt werden, den Menschen als ein Mitglied der Gesellschaft zu betrachten: Der Mensch im Rahmen der gegenständlichen Welt steht nicht vereinzelt da. Wenn dies auch nicht heißen soll, daß der Nationalökonom die Frage nach der besten Gesellschaftsform zu beantworten hat, so doch, daß jegliche Robinson-Theorie praktisch wertlos ist. Durch die sozialistische Kritik sind die Nationalökonomien zu höherer Auffassung des Begriffs der reinen Nützlichkeit für die Gesellschaft

1) PHILIPPOVICH a. a. O. S. 51. 2) J. K. INGRAM, History of political economy. New York 1897. S. 241.

hingedrängt worden. In letzter Instanz müssen die Ergebnisse jeglicher Individualpolitik oder -Tätigkeit unter dem Gesichtspunkt dieses Nützlichkeitsbegriffs gewürdigt werden. Denn das Leben der Gesellschaft, von der das Individuum einen Teil ausmacht, erstreckt sich über viele Generationen. Auch hat die wachsende Erkenntnis von der Interessensolidarität innerhalb der Gesellschaft die fernere Erkenntnis gezeitigt, daß die lediglich individuellen Ansprüche auf Reichtum ausgeschaltet werden müssen, weil sie als Reichtum unter sozialem Gesichtspunkt etwas Geringeres begreifen, denn die Summe der Einzelansprüche. Und um die Giltigkeit dieses allgemeinen Satzes zu illustrieren, bedarf es bloß des Hinweises auf die persönlich so wechselnde Quote an Arbeit und Luxus.

Eines der ersten und wichtigsten Resultate des Sozialismus war die Feststellung der einfachen Tatsache, daß die Arbeit unzer trennlich ist von den menschlichen Persönlichkeiten, welche Teile des sozialen Ganzen darstellen. Infolge dessen hat das Lohnproblem eine größere Bedeutung gewonnen: Niedriger Lohn bedeutet mehr als ein niedriger Preis für eine Ware, denn er vermindert die Leistungsfähigkeit der Arbeit und schädigt so die Gesellschaft. Es gibt ferner heutzutage nur wenige ökonomische Schriften, in denen nicht der Luxus erörtert und die Verwendung der Güter zu andern Zwecken als zur höchstmöglichen Befriedigung sozialer Bedürfnisse nicht direkt oder indirekt verurteilt würde.

In engem Zusammenhang mit dem Vorhergehenden steht auch der Einfluß des Sozialismus auf die Lehre vom Segen des Wettbewerbs. Kein Dogma der klassischen Nationalökonomie ist von den Sozialisten frühzeitiger und heftiger angefochten worden. Die alten Ökonomen, namentlich jene der französischen und englischen Schule, waren geneigt, in der freien Konkurrenz etwas schlechthin Gutes zu erblicken. Jetzt verwenden wir sie noch rein theoretisch als logische Abstraktion wie der Physiker den leeren Raum, schränken aber, wenn wir das bestehende Industriesystem schildern oder einen idealen Zustand ausmalen, ihren Spielraum wesentlich ein und betrachten sie als ein Mittel, das wirt-

schaftlich nur dann wünschenswert ist, wenn es die Freiheit des Austausches auf sozial produktive Weise fördert. Es wird nunmehr wohl allgemein zugegeben: erstens, daß ein Gebiet natürlichen Monopols existiert, auf welchem die Konkurrenz nicht wünschenswert ist; zweitens, daß es für ein anderes bestritten wird, ob nicht die Nachteile der Konkurrenz ihre Vorteile aufwiegen; drittens, daß es ein innerökonomisches Gebiet gibt, auf dem ein unethischer Kampf sich abspielt, der lieber vermieden werden sollte. Kein Element aber des volkswirtschaftlichen Denkens war der Entwicklung wahren Verständnisses der Konkurrenz so förderlich wie die sozialistische Kritik.

In Wechselbeziehung zu dem eben Besprochenen steht sodann eine folgerichtiger Analyse der Funktionen des Staates in der Industrie. Eine solche Analyse war früher für die Berichtigung englischer Ideen sehr notwendig, und JOHN STUART MILL bedeutet hierin einen Wendepunkt. Unter dem Einfluß des Sozialismus gelangte er zur Verfechtung von Maßnahmen wie die gesetzliche Festlegung des 9stündigen Arbeitstages und innere Kolonisation von Staatswegen. Seit den Tagen MILLS aber ist der Fortschritt ein so rapider gewesen, daß heute die Nationalökonomien im englischen Sprachgebiet, um den Attacken des Sozialismus auszuweichen, gezwungen sind, in ihren Feststellungen der Grundlagen staatlicher Einmischung zwischen „Sozialismus“ und „sozialer Reform“ zu unterscheiden. Mir erscheint diese Tatsache als eines der segensreichsten Ergebnisse der sozialistischen Kritik und als ein Fortschritt in der Richtung wahrer Synthetisierung der sozialistischen und der individualistischen Philosophie.

Als nicht minder interessant stellt sich der Einfluß des sozialistischen Denkens auf die Behandlung des Distributionsproblems als besonderen Zweiges der Volkswirtschaftslehre dar. Die Tendenz des Sozialismus geht zur Gänze dahin, Distribution und Produktion gesondert zu betrachten. Mit dem Wachsen des sozialen Problems und zunehmender Dringlichkeit der Fragen nach Gerechtigkeit in der Güterverteilung rückte diese immer mehr in den Vordergrund der volkswirtschaftlichen Erörterung. Sicherlich wäre dies einigermaßen auch ohne den Sozialismus

geschehen. Die sozialistischen Gedankenreihen haben jedoch den Prozeß in hohem Maße gefördert. Nicht genug an dem aber finden wir auch, daß MILL bemüht ist, die Förderung sozialer Reformen den „natürlichen“ Gesetzen der klassischen Nationalökonomie anzupassen, zwischen den Gesetzen der Güterverteilung und der Produktion unterscheidet und dafür hält, daß die ersteren von sozialen Einrichtungen in stärkerem Maße abhängen und daher Veränderungen zugänglicher sind. Dieser Unterschied wurde denn auch in weitem Umfang anerkannt. Doch haben, was nicht weiter befremdlich ist, einige jüngere, dem Sozialismus feindliche Ökonomen diese Unterscheidung MILLS wieder zu beseitigen gesucht. So u. A. J. B. CLARK, der daran festhält, daß die traditionelle Teilung der Nationalökonomie in die Lehre von der Produktion und von der Distribution sich logisch nicht rechtfertigen lasse. Ich für meine Person kann zwar keinen entscheidenden Beweis zu ihren Gunsten anführen, glaube aber, daß der Sozialismus zum wenigsten den Niedergang der Lohnfondstheorie beschleunigt hat, die bekanntlich ROBERTUS besonders eingehender Kritik unterzogen hat und deren Verfechtung der Vorherrschaft des Kapitals wesentlich Gegenstand heftigster Angriffe von seiten der sozialistischen Analyse geworden ist.

Höchst kompliziert war die Einwirkung des Sozialismus auf die Wertlehre. SMITH und RICARDO hatten beweislos in unklarer Weise gelehrt, daß die Arbeit die „wahre Quelle“ des Wertes sei. MARX und andere nahmen die klassische Theorie auf und versuchten ihre Ausbildung zu einer extremen Arbeitswerttheorie. Indem sie die Lehre logisch zu Ende dachten, führten sie sie ad absurdum. — Dann entwickelten im Gegensatz hierzu die Österreicherische Schule und JEVONS eine extrem-subjektive Nutzwerttheorie, die früher schon, aber ohne allen äußeren Erfolg, in Deutschland von HERM. HEINR. GOSSEN und in England von LLOYD vorgetragen worden war. Auch sie ihrerseits wurde kritisiert und der Sozialismus — immer alert — hat den modifizierenden Einfluß ungleicher Güterverteilung in den Vordergrund geschoben. So bewahrte er uns davor, zu vergessen, daß die Nützlichkeit nicht schon Nachfrage ist, sondern lediglich ein

Element derselben neben dem anderen, das dariu besteht, denjenigen, der das Gut begehrt, die Verfügungsgewalt darüber zu verschaffen. So gebührt denn unseren sozialistischen Freunden zu nicht geringem Teil das Verdienst, uns durch eine verwickelte Reihe von Wirkungen und Gegenwirkungen den Weg zu einer richtigen und vollständigen Werttheorie gewiesen zu haben. Als Zeugen für den Weg, den die Werttheorie durchgemacht hat, sei an WIESERS Bemerkungen über die Wertantinomie¹⁾ erinnert, in denen auf PROUDHON zurückgegangen und die Wichtigkeit der sozialistischen Attacken anerkannt wird. „Proudhon hat — führt WIESER aus —, wenn er auch seine Behauptung nicht ganz richtig formuliert hat, eine Antinomie des Verkehrswertes behauptet“, die darin bestehe, daß dieser nicht dem gesellschaftlichen Nutzen entspricht und daß daher, da die Produktion unter dem Einfluß des Verkehrswertes sich vollzieht, die Güter nicht im Verhältnis zum gesellschaftlichen Bedarf erzeugt werden. WIESER ist denn auch in Erwiderung darauf genötigt, zuzugeben, daß der Verkehrswert „seinen Dienst in der Volkswirtschaft nur in unvollkommener Weise zu vollziehen geeignet ist“. Er anerkennt, daß „die Produktion sich . . . statt der bloßen Bedürftigkeit auch dem Reichtum unterordnet“ und daß „überall dort, wo die Versorgung der Gesellschaft mit Gütern durch private Unternehmer stattfindet, welche hieraus einen Erwerb machen, . . . jeder Unternehmer seinen Vorteil dabei findet, wenn es ihm gelingt, freie Güter in . . . wirtschaftlich knappe zu verwandeln und . . . die Verkaufsmenge zugunsten der Steigerung des Erlöses zu vermehren“ — und umgekehrt. Nur wenn die Produktion sich „im aufsteigenden Ast“ befinde, könne man mit Sicherheit darauf rechnen, daß Einzelinteresse und Verkehrswert im Sinne des gesellschaftlichen Interesses wirken. Woraus folgt, daß Dank dieser von PROUDHON und anderen angeregten Diskussion unsere Analyse von der Eignung des Verkehrswertes zum Regulator der industriellen Tätigkeit und von der Begrenzt-

1) Vgl. FRIEDR. VON WIESER, Der natürliche Wert. Wien, 1889. S. 32 ff., 53 f., 55 ff.

heit dieser Eignung eine klarere und gesündere geworden ist, als sie es ohne PROUDHON geworden wäre.

Die vorstehende Skizzierung der Einwirkung des Sozialismus auf die Werttheorie beweist, wie subtil sie in manchen Beziehungen gewesen ist. In der Tat sind nicht die unwichtigsten dieser Einflüsse indirekte gewesen und haben ihren Ausdruck in gewissen stillschweigenden Weglassungen oder Wiederholungen gefunden, die dazu bestimmt waren, der Kritik vorzubeugen oder ihr zu begegnen. Das Kapital- und Zinsproblem wird dies beleuchten.

Die Berechtigung des Kapitalzinses ist von Sozialisten sehr hartnäckig bestritten worden. Eine Folge davon war, daß die Nationalökonomien mit einander wetteiferten, ihre Analysen des Prozesses der Kapitalbildung und der Natur des Zinses zu verfeinern. Zuerst entwickelte N. W. SENIOR in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts seine Abstinenztheorie. In der Folge wurde — teilweise Dank der sozialistischen Kritik — ihre Vollständigkeit oder ihre Angemessenheit angezweifelt, und jetzt sind wir gewohnt, den Terminus „entbehren“ zu vermeiden, und ihn durch „sparen“ und „warten“ zu ersetzen. Hat hierzu nicht LASSALLES klassischer Pfeil der Ironie bezüglich der Abstinenz des Barons ROTHSCHILD beigetragen? Gleichermaßen waren die Nationalökonomien auch gezwungen, bei aller Zurückweisung der Auffassung, daß Kapital nur „angehäufte“ oder „vorgetane Arbeit“ und Profit „Raub“ sei, die Lehren SMITH' und RICARDOS in bezug auf Kapital und Zins genauer zu analysieren, als sie es vor den Schriften ROBERTUS und MARX' getan hatten. Und erklärt sich, um ein anderes Beispiel zu nennen, nicht auf gleiche Weise auch JOHN B. CLARKS Verteilungstheorie? Indem CLARK behauptet, daß beim Walten freier Konkurrenz jedem Produktionsfaktor soviel Anteil am Produkt zufällt, als er selbst hervorgebracht hat, ist er in erster Linie bemüht, mit den „Residuen“ und ausbeuterischen Anteilen aufzuräumen und die Anteile von Arbeit und Kapital als durch normale ökonomische Kräfte nach dem Schlüssel der Grenzproduktivität genau bestimmt hinzustellen. Er und seine Anhänger äußern mehr oder weniger

offen die Überzeugung, daß, wenn erst einmal ihre Lehre durchgedrungen wäre, auch die Gerechtigkeit des herrschenden Verteilungssystems der Hauptsache nach festgestellt wäre. Denn wenn die Verteilung der Gerechtigkeit entsprechen solle und wenn bewiesen werde, daß das die Verteilung bestimmende Element die Produktivität sei, so sei auch schon hiermit das Problem der distributiven Gerechtigkeit gelöst. Wobei aber kaum dargetan zu werden braucht, daß mit dieser Argumentation, die sich auf die Produktionsfaktoren als solche bezieht, nichts für das Problem der persönlich-individuellen Verteilung gewonnen ist.

Doch genug! Sämtliche Einflüsse des Sozialismus auf die nationalökonomische Theorie im Rahmen dieser flüchtigen Skizze zu besprechen, wäre auch dann unmöglich, wenn man imstande wäre, sie in ihrer Gesamtheit aufzudecken und zu analysieren. Wir brechen also hier einfach deshalb ab, weil wir an irgend einem Punkt abbrechen müssen. Zum Schlusse aber noch ein Wort der Vorsicht und der Einschränkung.

Ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, daß der Sozialismus ein Monopol auf „soziale Betrachtungsweise“ hat, oder auch nur, daß diese, soweit wir ihr bei Sozialisten begegnen, die richtigste ist. Und sicherlich trifft dies bei vielen unter den führenden Sozialisten der Vergangenheit nicht zu. Man muß vielmehr einige, verschiedene Arten „sozialer Betrachtungsweise“ unterscheiden. In der klassischen Nationalökonomie tritt sie uns in der Form entgegen, daß auf das größte Vermögen der größten Zahl, den Reichtum der Nation usw. Nachdruck gelegt erscheint. Aber diese Anschauung ist unvollständig und einseitig. Denn weder unterscheidet sie hinreichend zwischen Reichtum und Wohlfahrt, noch berücksichtigt sie genügend, daß Produzenten auch Konsumenten sind. Die soziale Anschauung der Sozialisten hinwiederum war zu sehr eingestellt auf den Gesamtnutzen und befaßte sich zu wenig mit dem Problem einsichtsvollster Leitung der Produktion. Ferner wäre noch jene Auffassung zu erwähnen, die in der Volkswirtschaft einen nach einheitlichem Plan vorgehenden Organismus sieht mit ihrem Grenznutzen-Begriff. M. E. aber trifft ebenso wie die anderen auch sie nicht die

Wahrheit, die darin besteht, daß, wie eng auch die Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft sein mögen, doch das Individuum ein Ding für sich ist und die Gesellschaft ein anderes; daß das reale Individuum jedoch nur in der Gesellschaft lebt und durch seine Nebenmenschen allseitigst beeinflußt wird; und daß ferner, weil die Menschen sowohl Produzenten als auch Konsumenten sind, unter den gegenwärtigen Bedingungen der Preis- und Angebotsbeschränkungen die Höchstbefriedigung nur durch Beobachtung der marginalen Nützlichkeit in Verbrauch und Produktion gesichert werden kann.

Zur Verbreitung der Worte „Sozialist“ und „Sozialismus“ in Deutschland und in Ungarn.

Von

Ernst Czóbel (Budapest).

Nach den Feststellungen GRÜNBERGS¹⁾ war es ROCHAU (A. L. CHUROA), der in seinem 1840 erschienenen Buche: „Kritische Darstellung der Sozialtheorie Fouriers“ den Neologismus „Sozialist“ erstmals in deutscher Sprache zur Anwendung gebracht hat. Die von GRÜNBERG angezogene Stelle scheint denn auch tatsächlich zu beweisen, „daß ROCHAU selbst es gewesen ist, der das deutsche Wort neugebildet hat, um das zur Kennzeichnung von Fouriers Theorie dienende „sociétaire“ zutreffend zu übertragen; und demgemäß auch, daß dasselbe aus Frankreich in den deutschen Sprachschatz gelangt ist.

Demgegenüber ist jedoch hervorzuheben, daß das Wort „Sozialist“ gleichzeitig mit ROCHAU auch von anderer Seite in der deutschen wissenschaftlichen Literatur gebraucht worden ist, und zwar an zwei Stellen, von denen aus es viel leichter Verbreitung finden konnte, als durch das ROCHAUSCHE Buch und zugleich in einer Form, aus der sich schließen läßt, daß es auch schon früher bekannt gewesen ist.

Die eine dieser beiden Stellen findet sich in der „Deutschen Vierteljahrsschrift“, dem damaligen Organe der liberalen Publizisten, und zwar im III. Heft von 1840. Der betreffende Artikel, dessen Verfasser nicht genannt ist, trägt die Aufschrift: „Die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der politischen Ökonomie“, und rührt wohl von einem Mitarbeiter des ROTTECK-WELCKERSCHEN Staatslexikons her; vielleicht von MOHL, BÜLAU oder W. SCHULTZ, die auch an der „Vierteljahrsschrift“ mitarbeiteten. Der Anonymus weist in seiner Darstellung darauf hin, daß die klassische politische Ökonomie noch immer fest dastehe, daß sie aber inmitten der allgemeinen Umwandlung sämtlicher sozialer Wissenschaften ebenfalls einer Umgestaltung bedürfe, um „nicht länger die Veranlassung zu höchst gefährlichen Übeln“ zu geben. Wohl werde versucht, sie von Grund aus umzustürzen, jedoch ohne Erfolg. „Der Sturm der indisciplinierten Horden von ST. SIMON, FOURIER und OWEN“ habe ihr nichts anhaben können (S. 1). „Das „gänzliche Mißlingen der verschiedenen sozialistischen Angriffe rührt... nicht sowohl von der Unüberwindlichkeit der Lehre A. SMITHS, als teils von

1) Vgl. CARL GRÜNBERG, Der Ursprung der Worte „Sozialismus“ und „Sozialist“, in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“, IX (1906), S. 507; DERSELBE in diesem „Archiv“ II, 379.

„der manchfachen unverdauten Rohheit der neuen Sätze, theils von der un-
„sittlichen und atheistischen Beimischung . . .“ (S. 2—3). Hier stoßen wir
in dem erwähnten Artikel zum ersten Male auf das Wort „sozialistisch“, und
zwar entschieden zur gemeinsamen Bezeichnung der drei großen Reformatoren.

Im weiteren Verlaufe seiner Darlegungen, bespricht sodann der anonyme
Verfasser ausführlich jene Systeme, die infolge des Hervortretens der so-
genannten Schattenseiten des Industriesystems entstanden sind. Hierbei werden
die „reformatoryschen Systeme“ von SAINT-SIMON, FOURIER und OWEN
in einer besonderen Gruppe behandelt und einleitend wird darauf hingewiesen,
daß sie zur Zeit in Deutschland „in scharfer Bestimmtheit verhältnismäßig
„nur Wenigen gegenwärtig seyn möchten“. (S. 35—36.) Bei dieser Gelegen-
heit werden FOURIER und seine Schule als „sozietär“, OWENS System und
Lehre jedoch als „sozialistisch“ bezeichnet. Alle Versuche OWENS zur
Verwirklichung seiner Pläne — heißt es da — blieben erfolglos. „Wir reden
„hier nicht von New-Lanark, welches allerdings unter der persönlichen Leitung
„von OWEN in hoher Blüthe stand; hier war nicht von der Anwendung des
„sozialistischen Systems die Rede, sondern von der zweckmäßigen und
„menschlichen Einrichtung einer großen Fabrik unter Beibehaltung des ganzen
„Wesens unserer dermaligen Einrichtungen“ (S. 53—54). Um was es sich
allein handeln könne, seien vielmehr New-Harmony und Orbiston, die beide
gescheitert seien. „Doch es hätte dieser Probe gar nicht bedurft, um die
„Unausführbarkeit der sozialistischen Lehre . . . auf den ersten Blick
„zu zeigen.“ Denn ohne persönliches Eigentum verflüchtigt sich die Lust
zur Arbeit. „Zur Gütergemeinschaft werden sich immer Liebhaber melden;
„allein natürlich nur der Abschaum der Gesellschaft“ (S. 54).

In dieser Sonderwürdigung der einzelnen Systeme wird also bloß das-
jenige OWENS als „sozialistisch“ bezeichnet; und zwar wahrscheinlich im
Anschluß an — die übrigens vom Anonymus zitierte — berühmte und auch
in Deutschland sehr verbreitete Geschichte der politischen Ökonomie von
ADOLPHE BLANQUI, in der ebenfalls die Bezeichnung als sozialistisch ledig-
lich auf das OWENSche System beschränkt wird ¹⁾.

Mit BLANQUI — auch in deutscher Übersetzung erschienenen ²⁾ — Ge-
schichte der politischen Ökonomie hängt auch jene andere Stelle zusammen,
an der das Wort „Sozialist“, ebenfalls im Jahre 1840, gebraucht wird.
BLANQUI konstatiert einen schroffen Unterschied zwischen OWENS Lehre und
FOURIERS „sozietärem“ System und bezeichnet jene als sozialistisch. Nicht
diese Stelle aber ist es, die uns hier interessiert. Denn der II. Band der
deutschen Übersetzung, in welchem sie enthalten ist, erschien erst 1841. Der

1) Vgl. A. BLANQUI, Hist. de l'économie politique en Europe. Paris, 1837, II, 333/34.

2) ADOLPH BLANQUI, dem Älteren, Geschichte der politischen Ökonomie
in Europa von. Übersetzt von Dr. F. J. BUSS. 2 Bde. Karlsruhe 1840/41.

I. Band dagegen ist bereits 1840 zur Ausgabe gelangt, und der Übersetzer, FR. J. BUSS — der berühmte Vorkämpfer des Ultramontanismus in Baden, der als Vertreter des kleinbürgerlichen Sozialismus, bereits im Jahre 1837 im badischen Landtag mit sozialpolitischen Forderungen hervorgetreten war¹⁾ — hat ihm eine vom Juli 1840 datierte Vorrede vorausgeschickt, in der er das Wort „Sozialist“ anwendet. Sie enthält eine scharfe Kritik der deutschen Nationalökonomie, und indem sie auf die Krisen des Zeitalters hinweist, will sie die Notwendigkeit großer Ideen und einer allgemeinen Gesellschaftswissenschaft begründen. In dieser Richtung — führt BUSS weiter aus (I. S. IV/V) haben in erster Reihe die Franzosen Versuche gemacht: . . . Die französische ökonomische Schule hat den genommenen Anlauf zur „socialistischen Theorie fortgesponnen, ist aber dabei freilich auch ins „Leere, Gehalt- und Grenzenlose hinausgefallen. Vornehm hatten in Teutschland Viele auf diese Regungen, wie umschattende Träume, hinausgeblickt, „und glaubten so die Sache von sich abgewehrt zu haben. Allein die Noth „ist zudringlich . . . Schon der Pauperismus, dieser klopfende Wächter unserer „Zeit, mag uns mahnen, daß man mit Begriffen und Schulsystemen noch „keine Mächte beschwört. Mag auch des Verkehrten bei dem Owenismus, „Saint-Simonismus und Fourierismus noch so Vieles geboten werden, im „Hintergrund ruhen ein freches Bedürfnis und ein guter Stock gesunden „Guts . . . Es bedarf einer organischen Hierarchisierung des Isolierten in ein „lebendiges System. Lassen wir diesen socialistischen Schulen ihre „Schatten und Dichtung im constitutiven Theil: ihren kritischen Theil nehmen „wir an. In diesen Menschen glühen tiefere Triebe, aus ihnen reden stärkere „Nöthen, als aus unsern Meistern der regelrechtsten Compendien, mit den „sprossenreichsten Begriffsleitern und den zerklüftetsten Schematismen.“

Aus dem vorstehenden Zitat erhellt, daß BUSS den Neologismus „Sozialist“ nicht von BLANQUI übernommen hat. Wendet ihn doch dieser lediglich auf OWEN allein an. Außerdem aber beweist das Zitat auch, daß sich die deutsche Wissenschaft bereits zu Ende der Dreißigerjahre mit den Theorien der sogenannten Utopisten befaßte. Besonderes Interesse heischt im Zusammenhang mit der angeführten noch die folgende Stelle aus BUSS' Vorrede (S. XI): „Einer . . . Krise gehen wir entgegen! . . . Sehen wir nicht, wie hier der „Pauperismus die frevle Axt an den Grundstamm gesellschaftlicher Ordnung „legt, dort fremdartige Secten, wie Busseträger des sozialen Wehes . . . an „die Pforte des Doms eines sogenannten Neochristianismus klopfen?“ Worte, die darauf hinweisen, daß BUSS jene Systeme als sozialistisch bezeichnet, die auf eine radikale Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung hinarbeiten²⁾.

1) Vgl. FR. J. BUSS, Erste sozialpolitische Rede in einem deutschen Parlament im Jahre 1837. Offenburg, 1904. Geleitwort von A. BEBEL.

2) BUSS hat im Jahre 1839 eine „Geschichte der Staatswissenschaft“ herausgegeben — die eigentlich mit ihren 1618 Seiten eine Einleitung zu

Es ist ein bemerkenswerter Umstand, daß von ROCHAU bloß FOURIERS Lehre als sozialistisch bezeichnet wird, im Artikel der „Deutschen Vierteljahrschrift“ jedoch und noch entschiedener von BUSS das Kennwort zur gemeinsamen Charakterisierung auch der Doktrinen SAINT-SIMONS und OWENS benützt wird. Der Zusammenhang aber zwischen dieser Anwendung und BLANQUIS Geschichte erhärtet neuerlich GRÜNBERGS Feststellung, daß der Neologismus „Sozialist“ („sozialistisch“) aus Frankreich nach Deutschland gelangt ist.

Das Wort „Sozialismus“ kommt gleichzeitig mit der bekannten Schrift LORENZ STEINS und möglicherweise unabhängig von demselben im ROTTECKschen „Staatslexikon“ vor. In dem — von RUTENBERG signierten — Artikel „Radikal, Radikalismus“ des letzteren¹⁾ wird nämlich auf das religiöse Moment hingewiesen, das einen wichtigen Entstehungsgrund vieler radikaler Theorien und Bewegungen bilde: „Das religiöse Moment arbeitet sich unter den verschiedensten Formen immer wieder hervor, sollte es sich auch nur in einer bestimmten Theorie des Sozialismus erkennen lassen“ (S. 294) — zu welcher sodann LAMENNAIS, die Fraktion des „Reformateur“, FOURIER und OWEN gerechnet werden.

* * *

Auch in Ungarn wurden unsere beiden Neologismen in kurzer Zeit bekannt. Dem Wort „Sozialismus“ begegnen wir dort erstmals in einem 1842 von AUGUST TREFORT im „Tudománytár“, dem offiziellen Organ der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, veröffentlichten Vortrag über die Systeme der Nationalökonomie, den TREFORT am 6. Dezember 1841 in einer Akademiesitzung gehalten hatte.

Den Ausgangspunkt dieser Abhandlung bildet der Bankerott des Smithianismus. Derselbe, führt TREFORT aus, wird aus mehreren Lagern bestürmt. Die Vorkämpfer des dritten Lagers „richten ihre Waffen nicht bloß gegen dieses System, sondern gegen den gesamten wirtschaftlichen Zustand der Gegenwart, ja sogar gegen den gesamten Organismus der gegenwärtigen Gesellschaft. Der neuzeitliche gewerbliche Fortschritt hatte zur Folge, daß mit dem Zuwachs des gesamten Nationalreichtums der Zustand der Arbeiterklassen sich verschlechterte, da das Maschinenwesen mit dieser Klasse in Konkurrenz getreten ist, und dieser Umstand hat den Sozialismus hervorgerufen. Diese Schule will das Los der leidenden Arbeiterklassen durch Konzentration der zerstreuten Kräfte verbessern. Daß dieses Mittel zu

HEPPS „System der Staatswissenschaft“ bildet. Er bespricht daselbst SAINT-SIMON und FOURIER ausführlich, ohne aber das Wort „Sozialist“ zur Anwendung zu bringen. Hieraus läßt sich jedoch nicht mit Sicherheit auf den Zeitpunkt schließen, in dem BUSS diesen Terminus bildete oder mit ihm bekannt wurde. Denn wir erfahren aus den letzten Zeilen dieser riesigen Einleitung selbst, daß „über ein halbes Jahrzehnt an dem Buch gedruckt ward“.

1) XIII. Band. 1842.

„großen Hoffnungen berechtigt, beweist die Erfahrung; jedoch will der „Sozialismus dieses Mittel in sämtlichen Teilen des gesellschaftlichen Körpers „zur Anwendung bringen und trachtet nach einer neuen Religion, einem „neuen Recht, einer neuen Moral, und nach solchen Institutionen, wie sie „eine völlige Umgestaltung der menschlichen Natur voraussetzen“¹⁾.

TREFORT gehörte zu den Führern jener Gruppe von Gelehrten und Schriftstellern, welche die in Westeuropa aufgekommenen modern-liberalen staatswissenschaftlichen und nationalökonomischen Theorien durch eine regsame wissenschaftliche und publizistische Wirksamkeit in Ungarn zu verbreiten trachteten. Man bezeichnete sie damals als Zentralisten und Doktrinäre. Nach dem Sturze der Reaktion und nach dem Abschluß des Ausgleiches von 1867 erlangten sie die höchsten Stellen im konstitutionellen Staat, und auch TREFORT selbst wurde im Jahre 1872 zum Unterrichtsminister ernannt.

Im Jahre 1842 stoßen wir aber in der ungarischen Literatur auch noch ein zweites Mal auf den Terminus „Sozialist“. Auch diesmal auf liberalem Forum, im „Pesti Hírlap“ (Pester Zeitung), dem Organ LUDWIG KOSSUTHS, zu dessen Mitarbeitern schon damals die Doktrinären gehörten, die später die Leitung des Blattes ganz in ihre Hände nahmen. In der Nummer vom 12. Juni 1842, erschien eine Mitteilung über OWENS 72. Geburtstag in der OWEN als „Apostel der Sozialisten“ charakterisiert und zugleich auf den bevorstehenden VII. sozialistischen Kongreß hingewiesen wurde.

Um jene Zeit fanden die auf eine Besserung der gesellschaftlichen Mißstände und die Beschwichtigung der Unzufriedenheit hinielenden Theorien auch in Ungarn reges Interesse. So wurden denn auch die Theorien der Utopisten öfters erwähnt und besprochen, doch wird das Wort „Sozialismus“ oder „Sozialist“ in diesen Besprechungen nicht angewendet. Das Werk LORENZ STEINS vermittelte sodann gründlichere und ausführlichere Kenntnis dieser Theorien, welche hinfort allgemein als „sozialistisch“ bezeichnet wurden. Im Jahre 1843 erschien im „Athenaeum“, der Wochenschrift der liberalen und demokratischen Elemente, eine Abhandlung von MAURUS LUKÁCS unter dem Titel: „Einige Worte über den Sozialismus“. LUKÁCS, der hauptsächlich aus LORENZ STEINS Werk und den Ausführungen im obenerwähnten Artikel der „Deutschen Vierteljahrsschrift“ schöpfte, gehörte mit TREFORT zu jener Plejade von Publizisten, die ganz unter dem Einflusse westeuropäischer Bildung standen. Er war auch in den Jahren 1843—1844 der Korrespondent der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ aus Ungarn. Es ist nicht nötig, ein Zitat aus der erwähnten Abhandlung mitzuteilen. STEIN folgend bezeichnet auch er die Utopisten deshalb als Sozialisten, weil sie die Herstellung einer neuen Gesellschaft erstreben. Im übrigen gebrauchte er unsere beiden Termini bereits ganz ungezwungen und vermittelte sie so weiteren Kreisen auf ungarischem Boden.

1) Tndománytár 1842. Értekezések. XII. S. 61.

Statuts de l'association des travailleurs de toutes les professions et de tous les pays.

Materialien zur Geschichte der produktivgenossenschaftlichen Bewegung in Frankreich.

Mitgeteilt und eingeleitet von
Carl Grünberg (Wien).

Unter den Ideen und Plänen sozialer Reform, die während des Juli-königtums die geistige Atmosphäre Frankreichs erfüllten und weit über dessen Grenzen hinaus Widerhall weckten, steht der „Assoziations“-Gedanke obenan. Keiner hat magischere Wirkung geübt: trotz oder vielmehr wegen seiner Unbestimmtheit. Denn über die Mittel, ihn in die Wirklichkeit zu überführen, herrschte tiefstgreifende Meinungsverschiedenheit. An dieser Stelle interessiert uns jedoch nur eines derselben: die Produktivassoziation. Die Arbeiter, schlug man vor, sollten sich im Gefühl und in der Erkenntnis ihrer Interessensolidarität zu Erzeugergruppen zusammenschließen, deren wirtschaftliche Fundierung dadurch zu erfolgen hätte, daß jedes Mitglied seine Arbeitswerkzeuge und etwas Kapital einbrächte. So würden sie den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmer und Arbeiter durch deren persönliche Vereinigung aufheben und sich der Lohnsklaverei entledigen. Erst wenige und dann immer mehrere, zuletzt alle. Denn da ein Teil des Geschäftsgewinnes entweder zur Erweiterung der bereits bestehenden oder zur Begründung neuer Genossenschaften verwendet werden sollte, so hoffte man, allmählich und friedlich die bestehende Produktionsordnung zur Gänze in eine solche überleiten zu können, in welcher die Arbeiter und nur sie zugleich auch Herren der Produktionsmittel wären.

Diese Beschränkung der Vergenossenschaftung auf die private Initiative und die alleinige wirtschaftliche Kraft der Arbeiter sowie die hierdurch bedingte Hinausrückung des Endzieles in unabsehbare Ferne mußte freilich — wenn nicht enthusiastischste Stimmung ein Gegengewicht bildete — höchst nüchtern anmuten. In solcher Formulierung verlor der Assoziationsgedanke das Meiste von seinem Zauber, noch bevor Erfahrung über seine Unrealisierbarkeit belehrt hatte. Die Produktivgenossenschaften haben daher in der französischen Arbeiterbewegung weder vor der Februarrevolution noch auch während oder nach derselben irgend eine erhebliche Rolle gespielt.

Im Zeitraum von 1834—1846 sollen — nachdem die schon 1831 von BUCHEZ begründete Tischler-Produktivgenossenschaft überhaupt nicht hatte zur Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit gelangen können — im ganzen nicht mehr als 6 Genossenschaften in Paris (darunter die berühmte von BUCHEZ initiierte katholische „Association des bijoutiers en doré“), 3 in den Departements und 1 (landwirtschaftliche) in Algier, zusammen also 10 ins Leben gerufen worden sein¹⁾. Sehr wenige auch nur kamen in der ersten Hälfte des Jahres 1848 zu stande. Nichts ist leichter verständlich. Die hochgehenden Wogen der sozialen und politischen Bewegung hatten schon vor dem Ansbruch der Revolution schwere volkswirtschaftliche Störungen zeitigt; zahlreiche Arbeiter waren damals auch infolge des Saisoncharakters ihrer Berufstätigkeit beschäftigungslos; die revolutionären Ereignisse schließlich verschärften die Krise ins Ungemessene. Wie sollten unter solchen Umständen zu den alten neue — notwendig kapitalschwächste genossenschaftliche — Unternehmungen sich bilden, es sei denn, daß man der Absatzgelegenheit sicher war? Dies war nun — dank LOUIS BLANCS Initiative und Einfluß — der Fall zugunsten von 3 hauptstädtischen Produktivgenossenschaften: der Schneider in der Rue de Clichy, der Sattler und der Spinner, die insgesamt von der Pariser Munizipalität und den Staatsbehörden zu Lieferungen für die National- und die Mobilgarde herangezogen wurden²⁾. Außerdem sind noch zu nennen in Paris: die Société générale politique et philanthropique des mécaniciens et serruriers, und in Lyon: eine Spinnergenossenschaft und die von fourieristischen Ideen getragene „Union des travailleurs“, die sich bei den Eisenbahnbauten zwischen der Hauptstadt und Lyon betätigen wollte³⁾. Abgesehen aber davon! Tagte nicht im Palais Luxembourg unter BLANCS Vorsitz die „Commission du gouvernement pour les travailleurs“, um den Plan einer endgiltigen, allgemeinen, von Staats wegen durchzuführenden „Organisation der Arbeit“ zu entwerfen? Hatte nicht die provisorische Regierung inzwischen, nachdem sie in jener berühmten Proklamation vom 25. Februar das „Recht auf Arbeit“ feierlich anerkannt hatte, die „Ateliers nationaux“ errichtet? Freilich war es unmöglich, die kolossalen und durch Zuzug aus der Provinz sowie infolge von Streiks stetig anschwellenden Massen Arbeitsloser, die alle den „Nationalwerkstätten“ eingegliedert wurden, berufsmäßige oder auch nur gemeine Arbeit zuzuweisen. Das verschlug jedoch den Meisten gar wenig. Erhielten sie ja auch für den Nichtarbeitstag die Hälfte des reglementmäßigen Lohnes, d. h. 1 Fr. ausbezahlt — genug, um über die böse

1) Vgl. UGO RABBENO, Le società cooperative di produzione. Milano 1889. S. 186/187. 2) Vgl. LOUIS BLANC, Histoire de la révolution de 1848. Paris 1870. I. Bd. S. 199/211. 3) Vgl. GEORGES RENARD, La république de 1848 (IX. Bd. der „Histoire socialiste“ von JAURÈS, Paris o. J.), S. 275 f.

Zeit hinwegzukommen. So geschah es denn, daß die Produktivgenossenschaftsbewegung erst nach den Junitagen und der Auflösung der Nationalwerkstätten in lebhafteren Fluß geriet.

Am 4. Mai 1848 war die Konstituante — in der die Sozialisten eine verschwindende und überdies uneinige Minorität unter 900 Abgeordneten bildeten — zusammengetreten und hatte fünf Tage darauf die provisorische Regierung durch eine „Commission exécutive“ ersetzt. Sie war zum weitaus größten Teil innerlich oder offen monarchistisch gesinnt, und noch ausgeprägter war ihre konservative Struktur. So ist es denn nicht weiter verwunderlich, daß in ihrer Mitte die Abneigung gegen die „Nationalwerkstätten“ immer deutlicher hervortrat. Gewiß hatte diese Institution mit den von BLANC propagierten „Ateliers sociaux“ und mit dem von ihm ausgegebenen Schlagwort: „Organisation der Arbeit“ nichts zu tun. Sie war vielmehr von Anfang an als Gegengewicht gegen die sozialistischen Bestrebungen gedacht und insbesondere dazu bestimmt, BLANCs Einfluß auf die Pariser Arbeitermassen zu brechen. Praktisch aber hatte sie sich durch die Gewalt der Umstände zu einer — dazu noch sehr kostspieligen — Kampforganisation des Proletariats ausgewachsen. Gerade deshalb schien es um so dringlicher, mit ihr möglichst bald aufzuräumen, wie andererseits eine solche Kraftprobe — im Hinblick auf die bei den Wahlen zutage getretene Stimmung des Landes — mit keiner ernstlichen Gefahr verbunden. Immerhin wurde der auf die Auflösung der Nationalwerkstätten abzielende Regierungserlaß vom 24. Mai 1848 durch fast einen Monat geheimgehalten. Seine Veröffentlichung erfolgte erst am 21. Juni und löste sodann erst große Demonstrationen der Pariser Arbeiterschaft und im weiteren Verlaufe die viertägigen blutigen Straßenkämpfe vom 23.—26. Juni aus, die mit der vollständigen Niederwerfung der Aufständischen endeten¹⁾.

Dieser Katastrophe fielen auch die wenigen Produktivgenossenschaften zum Opfer, die unter LOUIS BLANCs Einfluß entstanden waren. Vor allem jene der Schneider in der Rue de Clichy. Sie hätten, hieß es, an der Juniinsurrektion teilgenommen. Ohne Rücksicht auch darauf aber sollte die Auflösungsmaßregel der Regierung den sozialistischen Geist treffen, der sie erfüllte. Vermochte ihnen ja auch der mit der Untersuchung betraute Polizeikommissär mit Sicherheit nur vorzuwerfen: sie hätten es während der Junius-tage abgelehnt, in den Reihen der Nationalgarde die Ordnung zu verteidigen, „parceque, disent-ils, ils ne savaient pas au juste ou était le bon droit“²⁾. Dafür aber rechnete er ihnen als schwere Verbrechen an: den Mangel fester

1) Vgl. ÉMILE THOMAS, Histoire des ateliers nationaux. Paris 1848. S. 265 ff.; LOUIS BLANC a. a. O. II. Bd. S. 71 ff., 131 ff.; DANIEL STERN, Histoire de la révolution de 1848. (Ausgabe von 1889.) III. Bd. S. 144 ff.
2) Vgl. Rapport de la Commission d'enquête sur l'insurrection ... du 23. Juin. II. S. 135. (Procès-verbal du commissaire de police Løyeux.)

Über- und Unterordnungsverhältnisse zwischen den — freigewählten — Leitern und den ausführenden Arbeitern; die Gleichbemessung der Löhne mit 2 Frs. für sämtliche Genossenschaftler ohne Rücksicht auf Tüchtigkeit, tatsächliche Leistung, Bedürfnis und die Möglichkeit anderwärts höheren Verdienstes; die Forderung öffentlicher Unterstützung auf Kosten des Steuer säckels und der Monopolzuweisung öffentlicher Lieferungen zum Schaden der Privatindustrie¹⁾. Und nicht besser als der Genossenschaft der Schneider erging es jenen der Spinner und Sattler²⁾.

Diese Unterdrückungsmaßregeln vermochten freilich die Massenarbeitslosigkeit ebensowenig augenblicklich aus der Welt zu schaffen, wie der politische und militärische Sieg der Ordnungsparteien und die Einstellung der Nationalwerkstätten. Ebendeshalb hatte auch der Leiter der letzteren, ÉMILE THOMAS, vor überstürzter Beseitigung dieses Surrogats von Arbeitsgelegenheit gewarnt und empfohlen, sie u. a. erst vorzubereiten durch Belebung des privaten Unternehmungsgeistes im Wege der Gewährung von Staatsvorschüssen an Gewerbetreibende, durch Inangriffnahme öffentlicher Bauten und namentlich der Herstellung von Arbeitervierteln, durch Schaffung von Fachwerkstätten und Arbeitersyndikaten³⁾. Wohl oder übel mußten daher Gesetzgebung und Verwaltung den Tatsachen Rechnung tragen und Abhilfe wenigstens bis zur Wiederkehr des normalen Wirtschaftslebens zu schaffen sich bemüht zeigen. Andererseits hatte zwar der Sozialismus eine — wie man damals meinte, endgiltig vernichtende — Niederlage erlitten, nicht aber auch der Assoziationsgedanke als solcher. Ja, dessen Vertreter in der gemäßigt-nüchternen Formulierung der Männer, die sich um die Zeitschrift „L'Atelier“ scharten, glaubten nun erst ihre Stunde gekommen. Und er mußte auch innerhalb der Arbeiterschaft um so stärkere Anhängerschaft finden, je mehr die Entwicklung seit den Februartagen ihre alten Illusionen und deren Voraussetzungen zerstört hatte.

All das muß zum Verständnis des Folgenden festgehalten werden.

An dem Tage, an dem die Juniusschlacht begonnen hatte, stand in der Nationalversammlung ein Antrag auf der Tagesordnung: es seien die „associations industrielles et agricoles formées soit entre ouvriers, soit entre patrons et ouvriers“ durch Gewährung von Staatsdarlehen zu fördern. Eingbracht hatte ihn der Abgeordnete MICHEL ALCAN schon am 30. Mai in der Debatte über die Nationalwerkstätten. Die auf den 5. Juli 1848 verschobene Beratung endete mit der einstimmigen Votierung eines Gesamtkredites von 3 Millionen Francs. Die Zuweisung der Darlehen sollte durch einen „Conseil d'encouragement“ unter dem Vorsitze des Ministers für Handel und Ackerbau erfolgen⁴⁾.

1) Ebenda S. 134/136. Vgl. auch SIGM. ENGLÄNDER, Geschichte der französ. Arbeiterassoziationen. Hamburg 1864. III. Bd. S. 46 ff. 2) Vgl. ENGLÄNDER ebenda S. 46 ff. 3) Vgl. THOMAS a. a. O. S. 269. 4) Vgl. L. PAILLOTET, De l'encouragement aux associations ouvrières voté par l'Assemblée constituante

Bedarf es erst ausdrücklicher Feststellung, daß in der Einhelligkeit dieses Beschlusses kein Maßstab für die wahre Gesinnung der Nationalversammlung den Assoziationsbestrebungen gegenüber zu erblicken ist? Schon die Geringfügigkeit des Unterstützungsfonds bezeugt es. Nach der Julirevolution von 1830 hatte der Staat der Industrie und den Banken einen Notstandskredit von 30 Millionen zur Verfügung gestellt¹⁾: nun sollte ein Zehntel dieser Summe genügen, um — wie wenigstens der Berichterstatter über den ALCANschen Antrag, CORBON, vermeinte²⁾ — einer neuen Organisationsform des Wirtschaftslebens die Wege zu ebnen! Nicht die Geringfügigkeit der Geldunterstützung war jedoch das Entscheidende. Sie wäre — gleich einhellig — auch größer bewilligt worden, wenn die Freunde des Produktivgenossenschaftsgedankens es gefordert hätten. ADOLPHE THIERS sprach es unumwunden aus: „Ce n'était pas trois millions, mais vingt qu'il fallait demander. Oui, vingt millions; nous les aurions donnés: ce n'était pas trop pour faire une expérience éclatante qui vous guérit tous de cette grande folie!“³⁾ Die Maßregel war eben von der Majorität in demselben Geiste gedacht wie die Nationalwerkstätten — und sie wurde auch in demselben Geiste durchgeführt.

Wohl gestatte die Nationalversammlung mit Dekret vom 15. Juli 1848 die Vergebung öffentlicher Arbeiten bis zum Betrage von 20 000 Frs. auch an Arbeitergenossenschaften. Ja, diese sollten sogar hierbei unter gleichen Bedingungen vor Privatunternehmern bevorzugt werden. Außerdem wurden ihnen Gebührenerleichterungen und die Befreiung von der Pflicht zur Kautionsbestellung gewährt⁴⁾. Das „Conseil d'encouragement“ seinerseits interpretierte in seiner Instruktion vom 12. Juli 1848 den einleitenden Satz des Dekrets vom 5. Juli in sehr ausgedehnter Weise. In diesem hatte er gelautet: „L'Assemblée nationale, voulant encourager l'esprit d'association sans nuire à la liberté des contrats“; in der Instruktion aber hieß es: „L'Assemblée nationale pénétrée du désir de voir s'améliorer la condition des Travailleurs et du devoir qui lui est imposé de concourir, par les moyens dont elle peut disposer, à faire passer les travailleurs de l'état de salariés à celui d'associés volontaires, a voulu encourager l'esprit d'association“⁵⁾. Dafür aber sollten die unterstützten Genossenschaften weitestgehender staatsbehördlicher Aufsicht

(im „Journal des économistes“, t. 24 (1849), S. 321/341, [und t. 25 [1850], S. 46/59]; LOUIS REYBAUD, Mémoire sur les associations entre ouvriers et entre patrons et ouvriers fondées en France avec une subvention le l'État (ebenda, t. 32 [1852], S. 209/254); E. LEVASSEUR, Histoire des classes ouvrières en France depuis 1789 jusqu'à nos jours. Paris 1867. t. 2, S. 262.

1) Vgl. LEVASSEUR a. a. O. S. 4/5. 2) Vgl. PAILLOTET a. a. O. t. 2, S. 321/322. 3) Vgl. RABBENO a. a. O. S. 80. 4) Vgl. LEVASSEUR a. a. O. S. 262/263. 5) Vgl. PAILLOTET a. a. O. t. 24, S. 323, 324 f.

und Überwachung sich unterwerfen. Das vom „Conseil d'encouragement“ für sie entworfene Musterstatut enthielt nur geringe Spuren der ursprünglichen BUCHEZschen Konzeption. Bei Licht besehen eigentlich nur: die Schaffung eines unteilbaren, prinzipiell der Verfügungsgewalt der Genossenschafter entzogenen, unabänderlich mit 10% des Gewinnes zu dotierenden Fonds (fond de retenue indivisible), der bei Auflösung der Genossenschaft der öffentlichen Gewalt (Staat, eventuell Departement) zu zweckgleicher oder zweckähnlicher Verwendung anheimfallen sollte. Andererseits aber schrieb er vor: die Rechtsform der Offenen Handelsgesellschaft und demgemäß auch eine zeitlich — mit mindestens 20 und höchstens 99 Jahren — begrenzte Dauer der Genossenschaft, sowie der Voraussetzungen, unter denen es den Sozietären gestattet sein sollte, sich zeitweise auch außerhalb der letzteren zu betätigen¹⁾; die Beschränkung der Austrittsbefugnis der Genossenschafter auf die Fälle von Krankheit, Invalidität (und Tod); die Ungleichbemessung der Löhne; so starke Ausdehnung der Vollmachten des Geschäftsführers, daß dieser tatsächlich zum Herrn der Unternehmung wurde; als Voraussetzung der Aufnahme neuer Genossenschafter, deren vorausgegangene Beschäftigung als Hilfsarbeiter der Genossenschaft durch gewisse Zeit, während deren sie zwar am Gewinn partizipieren, jedoch nicht zur Bucheinsicht berechtigt sein sollten; die Dotierung des Reservefonds mit einer bestimmten Prozentualquote des Gewinnes²⁾. Und es war nur folgerichtig, wenn jede Abänderung aller dieser entscheidend wichtigen Bestimmungen (Art. 6, 8, 18—20, 23, 25—27, 30—32) nicht nur an den Beschluß einer Zweidrittelmehrheit der Genossenschafter gebunden wurde, sondern überdies auch noch an die Autorisation des Handelsministers — eine Vorsicht „contre l'esprit d'innovation“, die auch der den Produktionsgenossenschaftern durchaus abholde PAILLOTET nicht anders denn als „excessive“ zu bezeichnen vermag³⁾.

Rechtlich stellte sich natürlich das Musterstatut nur als „Empfehlung“ dar. Die Genossenschaften, die Staatsdarlehen anstrebten, durften aber nur dann auf ein solches hoffen, wenn sie sich an die Empfehlung hielten. Sonst erachtete eben das „Conseil d'encouragement“ im Sinne seiner Instruktion vom 12. Juli 1848 die „garanties sérieuses de succès et de durée“⁴⁾ nicht als gegeben. Solchem Druck gegenüber versagte die Widerstandsfähigkeit der Meisten, und nichts ist charakteristischer einerseits für das Verhalten des „Conseil“ und andererseits für die Fügsamkeit der Darlehenswerber, als daß sogar PIERRE LEROUX um einer Staatsunterstützung für die von ihm entworfene Statut gegründete Buchdruckergenossenschaft willen das von ihm verlangte, und daß hinwiederum dieses eine solche Forderung einem Manne gegenüber wagte,

1) Vgl. unten S. 496. 2) Vgl. PAILLOTET a. a. O. t. 24, S. 330/341; LEVASSEUR a. a. O. II. S. 264; G. RENARD a. a. O. S. 278. 3) PAILLOTET a. a. O. t. 24, S. 332. 4) Ebenda S. 235.

„qui était bien en droit d'avoir un système à lui et d'en essayer l'exécution¹⁾. Man braucht diese Zwangsproselytenmacherei nicht gerade auf Böswilligkeit zurückzuführen und auf den Wunsch, das sozialökonomische Experiment, das die Produktivgenossenschaft darstellte, zum Scheitern zu bringen. Näher liegt die Erklärung zum Teil durch Sektengeist, zum Teil durch bureaukratische Überhebung: das „Conseil“ war eben von der Trefflichkeit seines Statutenschemas überzeugt — und zugleich darauf bedacht, das Risiko der Kreditgewährung möglichst abzuschwächen. Allein es ist klar, daß unter solchen Umständen von freier Entfaltung und Ansprobung originaler organisatorischer Ideen keine Rede sein konnte. Jegliche Eigenart wurde unterdrückt, Alles über einen Leisten geschlagen.

Übrigens kam der Staatskredit die Genossenschaften auch sonst nicht gar billig zu stehen. Das „Conseil d'encouragement“ hatte einen 3%igen Zinsfuß in Vorschlag gebracht, die Nationalversammlung ihn jedoch auf 5% erhöht, „pour rendre les chances plus égales avec l'industrie“. In Wirklichkeit betrug er, zuzüglich der Nebengebühren, mindestens 6%, in der Regel noch weit mehr²⁾. Und diese Teuerheit des Kredits wurde nicht einmal durch Heranziehung der Genossenschaften zu öffentlichen Lieferungen und Arbeiten kompensiert. Wohl war, wie wir wissen, die Regierung hierzu ermächtigt worden. Allein sie machte von dieser Ermächtigung so gut wie gar keinen Gebrauch. Ein Antrag aber auf Ausdehnung und Verallgemeinerung des im Dekret vom 15. Juli 1848 ausgesprochenen Grundsatzes wurde am 18. Juni 1850 in der — inzwischen neugewählten — Gesetzgebenden Versammlung niedergestimmt³⁾.

Wichtiger aber noch als das Alles war die Art, in der der 3 Millionen-Kredit zur Verwendung gelangte.

Daß der Zudrang der Bewerber um die Staatsunterstützung ein außerordentlicher war, ist leicht erklärlich. Noch im Jahre 1848 sollen mehr als 500 und im darauffolgenden Jahre neuerdings über 600 Unterstützungsgesuche eingebracht worden sein. Wirklich betheilt wurden nur

in Paris 30, darunter 27 Arbeiter- und 3 gemischte Genossenschaften mit 890 500 Francs;

in den Departements 26, darunter 11 Arbeiter- und 15 gemischte Genossenschaften mit 1 700 000 Francs,

so daß nach Abzug von Druck- u. ä. Kosten ein unverwendeter Betrag von

1) Ebenda S. 340/341. Übrigens ist der vom „Conseil“ der Genossenschaft „Pierre Leroux, Netré et comp., imprimeurs-typographes“ ursprünglich bewilligte Kredit von 20 000 Francs nachträglich wieder annulliert worden! (Vgl. REYBAUD a. a. O. S. 228.) 2) Vgl. PAILLOTET a. a. O. t. 25, S. 50/51; REYBAUD a. a. O. S. 223. 3) Vgl. LEVASSEUR a. a. O. II. S. 263; ENGLÄNDER a. a. O. III. S. 73.

400 000 Francs resultierte¹⁾. Den bei der Gesuchserledigung eingehaltenen Modus umschreibt REYBAUD mit den Worten: „il y eut une part laissée au hasard, une autre aux influences“²⁾. Und, muß man hinzufügen, der Rücksicht auf die politische Gesinnung der Bewerber³⁾, namentlich seit der am 10. Dezember 1848 erfolgten Wahl LOUIS NAPOLEONS zum Präsidenten der Republik und parallel zur allmählichen aber stetigen Ausmerzung jener Männer aus dem „Conseil d'encouragement“, die dem Assoziationsgedanken Verständnis oder doch wenigstens keine Feindseligkeit entgegenbrachten. Schon daß unter den 56 unterstützten Genossenschaften nicht weniger als 18 gemischte waren und daß in der Provinz diese überhaupt überwogen, bezeugt dies. Noch mehr aber auch ihre ganz außerordentliche Bevorzugung bei der Bemessung der Kredite im Vergleich mit den Arbeitergenossenschaften⁴⁾. Meist waren die gemischten nur Scheinassoziationen, bestimmt, Fabrikanten Staatshilfe zuzuführen, die in Schwierigkeiten geraten waren — ein Umstand, der auch das sonst unbegreifliche Mißverhältnis zwischen der Mitgliederzahl der unterstützten Genossenschaften und der Höhe der ihnen bewilligten Darlehen erklärt⁵⁾.

Die vorstehende Schilderung der Art, wie die im Juli 1848 von der Nationalversammlung beschlossene sozialökonomische Maßregel ins Werk gesetzt wurde, wäre unvollständig, wenn nicht auch die Rücksichtslosigkeit erwähnt würde, mit der der Staat als Gläubiger auftrat und die Darlehen in dem Augenblick kündigte, in dem er sie infolge schlechten Geschäftsganges gefährdet glaubte — was natürlich die betreffenden Genossenschaften sofortigem Untergang zutrieb. Dank diesem kleinlich-bureaukratischen Geist wurde allerdings — da für Darlehen von 800 000 Francs hypothekarische Sicherstellung gegeben worden war — die Verlustgefahr auf Seite des Staates von vorneherein auf etwa 1 $\frac{3}{4}$ Millionen und der tatsächliche Verlust auf etwa 600 000 Francs beschränkt⁶⁾.

1) Vgl. REYBAUD a. a. O. S. 226/228, wo eine genaue Liste der unterstützten Genossenschaften zu finden ist. 2) Ebenda S. 226. 3) Vgl. oben, S. 491/492, Anmerkung 1. 4) Vgl. die Details bei REYBAUD (a. a. O. S. 225 ff.) und ENGLÄNDER (a. a. O. III. S. 20 f.). Von der auf die Departements entfallenden Gesamtsumme von 1 700 000 Francs erhielten: die 11 Arbeitergenossenschaften bloß 480 000 (nach ENGLÄNDER [S. 25] gar nur 50000), die 15 gemischten dagegen 1 220 000 Francs. 5) Die Zahl der Sozietäre betrug in Paris: 434, von denen sich 194 in 6, der Rest von 240 in 24 Genossenschaften gruppierten. Jene erhielten Darlehen im Betrage von 178 000, durchschnittlich also pro Kopf 922 Francs; diese zusammen 612 500, im Durchschnitt demnach pro Kopf 2 250 Francs. Doch besagen diese Durchschnittsziffern nichts, wenn man bedenkt, daß allein der Assoziation der Shawlfabrikanten Bonfils, Michel, Sovraz et comp. mit 18 Mitgliedern 200 000 Francs, d. h. 11 000 auf den Kopf, zugeteilt wurden. (REYBAUD a. a. O. S. 229.) 6) Vgl. REYBAUD a. a. O. S. 219, 234; ENGLÄNDER a. a. O. III. S. 26 ff.

Bereits um die Mitte des Jahres 1851 waren denn auch in Paris 10, in der Provinz 8 der unterstützten Genossenschaften zugrunde gegangen: ein volles Drittel. Die meisten übrigen fielen dem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 zum Opfer. 1854 weiß ihrer AUDIGANNE nur mehr 9, sämtlich in Paris, zu nennen; ein Jahrzehnt später bloß 4—5¹⁾!

Allerdings erschöpfte sich die produktionsgenossenschaftliche Bewegung der Jahre 1847—1851 keineswegs in dem durch den 3 Millionen-Kredit gezogenen Rahmen. Vielmehr entstanden damals auch zahlreiche freie Assoziationen, die entweder Staatskredit nicht erhielten oder ihn verschmähten. Über ihre Zahl, ihre innere Struktur und den Umfang ihrer Mitgliedschaft sind wir jedoch weder vollständig noch zuverlässig unterrichtet — wie es ja leider noch immer an einer pragmatischen Geschichte dieser Seite der französischen Arbeiterbewegung während der zweiten Republik fehlt²⁾. Die Gründe hierfür liegen übrigens klar zutage. Vor allem war einem Großteil jener assoziativen Gebilde überhaupt nur eine Eintagsfliegen-Existenz beschieden, worauf sie spurlos aus dem Gesichtskreis verschwanden³⁾. Sodann gingen die Anschauungen darüber: welchen von ihnen produktionsgenossenschaftlicher Charakter zuzuerkennen sei, vielfach auseinander. Manche Schriftsteller schieden die nichtsozialistischen aus, andere wieder die nichtgewerblich-industriell tätigen; bei manchen obwaltet die Tendenz, die Bewegung als möglichst unbedeutend hinzustellen, bei anderen die entgegengesetzte. So wird es verständlich, daß REYBAUD⁴⁾ nur von 7 Produktivgenossenschaften zu berichten weiß und nur von 5 derselben als solchen „ou l'initiative de l'ouvrier est évidente et son action bien marquée“. ENGLÄNDER⁵⁾ dagegen zählt als zur Zeit des Staatsstreiches in der Hauptstadt allein vorhanden 281 auf, darunter freilich nicht weniger als:

50 von Köchen,	5 von Wäscherinnen.
38 „ Friseuren,	6 „ Apothekern,
26 „ Wein-, Bier-, Kaffee- und Limonadeausschänkern,	3 „ Medizinern und sogar 1 „ Hebammen!

DUVAL hinwiederum reduziert diese Zahl für den genannten Tag in Paris auf 210, erwähnt aber weitere 79 in den Departements⁶⁾. RABBENO endlich

1) Vgl. REYBAUD a. a. O. S. 234. 2) Vgl. A. AUDIGANNE, *Les populations ouvrières et les industries de la France*. Paris 1854 t. 2 S. 298 f.; derselbe, *Les ouvriers d'à présent*. Paris 1865. S. 383. 3) Vgl. außer den bereits zitierten Werken noch: L. R. VILLERMÉ, *Des associations ouvrières*. Paris 1849; A. COCHUT, *Les associations ouvrières. Histoire et théorie des tentatives de réorganisation industrielle opérées depuis la révolution de 1848*. Paris 1851; LEMERCIER, *Études sur les associations ouvrières*. Paris 1857. 4) a. a. O. S. 240/244. 5) a. a. O. IV. S. 294/304. 6) Vgl. J. DUVAL, *Du mouvement coopératif. Les origines*, in „L'association“ 1865. (Zit. nach RABBENO a. a. O. S. 74).

schätzt die Gesamtzahl der von 1848—1851 im ganzen Lande ins Leben gerufenen Assoziationen auf „vielleicht zwischen 300—400“, die der gleichzeitig existierenden im Durchschnitt auf etwa 150¹⁾.

Absolut sichere Lösung des Verbreitungsproblems ebensowohl wie der anderen oben angedeuteten Fragen wird kaum je zu erreichen sein. Ihre Voraussetzung wäre die Kenntnis der Statuten und Geschäftsberichte aller seit der Mitte des Jahres 1848 bis Ende 1851 geschaffenen Produktivgenossenschaften. Diese Voraussetzung formulieren, heißt aber auch schon die Schwierigkeit, ja fast Unmöglichkeit ihrer Erfüllung begreifen. Um so größeres Interesse dürfen daher wohl die nachstehend mitgeteilten Materialien beanspruchen²⁾.

Sie beziehen sich auf eine bisher absolut unbekannt gebliebene Produktivgenossenschaft, die zwar erst am 19. August 1849 sich rechtlich konstituierte, aber bereits einen Monat zuvor in Chatillon bei Paris, Rue de Clamart 6, ihre Geschäftstätigkeit begonnen und am 12. November desselben Jahres auch noch eine Filiale auf der Chaussée-Clignancourt 30, Barrière Rochechouart, eröffnet hat.

Nach der Absicht ihrer Schöpfer sollte sie eine „association d'un nouveau genre“ sein. Und sie war auch in der Tat neuartig genug.

Ihre Statuten sahen u. a. vor: unbegrenzte — lediglich durch das Vorhandensein noch irgendwelcher zur Fortführung der Gemeinschaft gewillter Mitglieder bedingte — Dauer der Genossenschaft; den freien Zutritt neuer Sozietäre: jedoch erst nach einem mindestens 3- und höchstens 6monatlichen „Noviziat“, während dessen die Anwärter zwar nicht anders als die Sozietäre behandelt, aber vom Mitbestimmungsrecht ausgeschlossen sein sollten; die freie Befugnis der Mitglieder, unter Einhaltung einer 10tägigen Kündigungsfrist jederzeit aus der Genossenschaft auszutreten, wie andererseits dieser zum Ausschluß Unwürdiger; die Gleichstellung der männlichen und weiblichen Sozietäre; Unverzinslichkeit der Einlagen; die Schaffung eines unteilbaren, mit $\frac{1}{4}$ des Gewinns zu dotierenden Reservefonds, der das Kapital der Genossenschaft vermehren und nur im Fall ihrer Auflösung unter die letzten Mitglieder verteilt werden sollte; die Verteilung der restlichen $\frac{3}{4}$ des Gewinnes unter die Mitglieder (und „Anwärter“) nach Maßgabe der von ihnen geleisteten Arbeitstage; einen durchaus demokratischen Aufbau der Geschäftsführung und Vertretung.

Ähnlicher Struktur waren freilich auch die Satzungen so mancher anderer Genossenschaften. Was aber die unsere so merkwürdig macht, ist vielmehr folgendes:

1) Vgl. RABBENO a. a. O. S. 75, 93. 2) Ein sehr mühsamer — übrigens auch nur für Paris erfolgversprechender — Weg wäre die Durchsicht der Genossenschaftsregister beim Pariser Handelsgericht. Sind aber auch alle — oft ebenso rasch auftauchenden wie verschwindenden — Assoziationen regelrecht eingetragen und gelöscht worden?

Vor allem erkannten ihre Gründer, daß die in den sozialistischen Genossenschaften sonst übliche Gleichentlohnung aller Mitglieder nur eine scheinbare bleiben müsse, solange nicht entweder eine Ausglei chung der Bedürfnisse stattfände oder die Löhne parallel zu deren (durch Ehe, Familienstand etc. bedingten) Differenzierung abgestuft würden. Jener erste Ausweg war natürlich schlechthin ungangbar. Gleichermaßen aber auch im System individueller Geldentlohnung der zweite. Folgerichtig gelangten sie daher zum Gedanken, das letztere auszuschalten und sich auf kommunistischen Boden zu stellen. Mit der Produktion sollte auch die Konsumtion vergemeinschaftet werden, und die Genossenschaft sollte zugleich einerseits die Kinder der Mitglieder erziehen und anderseits diese in Krankheitsfällen, im Alter und bei eingetretener Invalidität erhalten. Und daraus ergab sich wieder der Anspruch der Gemeinschaft auf allen von den Sozietären außerhalb des Genossenschaftsbetriebes etwa verdienten Arbeitslohn.

Ein Zweites war das Streben nach Heraushebung der Genossenschaft aus den Wirbeln der Verkehrswirtschaft. Aus dem Wesen der letzteren fließt die Abhängigkeit der Produktion und demgemäß auch von Art und Umfang der Arbeitsgelegenheiten von den Schwankungen des Warenabsatzes. Die Unzukömmlichkeiten hieraus: periodische Abwechslung von Arbeitslosigkeit und Überarbeitung, ließen sich aber vermeiden, wenn es gelänge, jederzeit parallel zu den Verschiebungen im Absatz und reflex in der Produktion auch die Verwendung der Arbeitskraft zu verschieben. Zu diesem Zwecke sollte die Beschränkung der Assoziationsbildung auf je nur einen Gewerbe zweig aufgegeben und zur Schaffung einer „Association de toutes les professions“ geschritten werden.

Zehn Personen: 6 Männer und 4 Frauen, darunter 3 Ehepaare, waren es, die diesem Ziele zusteuerten. Beruflich gliederten sie sich in: 5 Köche, 1 Buchhalter, je 1 Kindergärtnerin, Weißnäherin, Korsettnäherin und ohne bestimmten Beruf. Die Einlage war mit 500 Francs bemessen. Bar wurden jedoch nur 100, demnach zusammen 1000 Francs einbezahlt. Der Rest von 4000 Francs sollte durch 20% Abzüge von den Gewinnanteilen der Sozietäre hereingebracht werden. Mit diesem Betriebskapital gedachten sie für den Anfang eine Speisewirtschaft, Zimmervermietung und Gemüsebau zu betreiben. Sie hofften aber, bald zahlreichen Zulauf aus den verschiedensten Berufen zu erhalten und sodann ihre Tätigkeit umfassendst und weitest ausgestalten zu können. Aus diesem Grunde sorgten sie denn auch gleich von vorneherein für einen Verwaltungsapparat, der selbst bei größter Entfaltung der Genossenschaft, allen Anforderungen sich anzupassen vermocht hätte. Sie gingen aber noch weiter. Programmatisc hwebte ihnen als Zweck ihrer Vereinigung vor: in deren Rahmen, durch Angliederung stets neuer Zweigniederlassungen, nicht allein die Hauptstadt und das übrige Frankreich, sondern auch alle anderen Länder einzubeziehen. Sie sollte wahrhaft sein eine „Association des travailleurs de toutes les pro-

fessions et de tous les pays“, eine Produktivgenossenschaftliche Internationale und nicht bloß eine Internationale Produktivgenossenschaft, dadurch aber auch der Keim zur künftigen Universalrepublik.

Verglichen mit den sonstigen genossenschaftlichen Zielsetzungen jener Zeit war das in der Tat originell. Wohl hatte auch die BLANCSche „Association fraternelle des ouvriers tailleurs“ in der Rue de Clichy Nichtfranzosen als Mitglieder zugelassen — ein Umstand, der nach der Juniinsurrektion mit als Vorwand für die Notwendigkeit ihrer Auflösung benützt wurde¹⁾. Ein solcher Kosmopolitismus entsprach auch ganz dem Geist der Brüderlichkeit, der die damalige französische Arbeiterbewegung erfüllte. Bewußt-programmatisch jedoch war diese nationalen, oder mindestens nicht internationalen Gepräges, mochte sie auch reflex internationale Wirkungen auslösen. Und das gleiche gilt von BLANCS Konzeption einer „Organisation der Arbeit“, weil sie — wenngleich überall im Bereich der freien Verkehrswirtschaft Anwendung heischend — in konkreter Anwendung an die Wirksamkeit des Staates, d. h. eines jeweils bestimmten Staates, und daher auch an seine räumlichen Machtgrenzen gebunden war. Auch die „Union ouvrière“, wie FLORA TRISTAN sie predigte²⁾, hat nichts mit unserer Assoziation zu tun. Abgesehen davon aber: den übrigen Produktivgenossenschaften im Zeitraum von 1848—1851 blieb — auch wenn sie am Prinzip des gleichen Lohnes festhielten und nach möglichster verbandmäßiger Konzentration strebten — jegliches konsum-kommunistische Experiment fern. Wobei übrigens bemerkt werden mag, daß auch unsere Vereinigung dem Kommunismus einigermaßen dadurch untreu wurde, daß sie die Ansprüche der Mitglieder auf Sonderanteile am Gewinn anerkannte.

Über ihre Schicksale ist mir, außer den kargen Mitteilungen in den unten folgenden Materialien, nichts bekannt. Sie scheint sich aber bis zum Staatsstreich erhalten zu haben. Wenigstens findet sich in der früher zitierten ENGLÄNDERSCHEN Liste³⁾ auch eine „Association de cuisiniers, Chaussée Clignancourt 30, Barrière Rochechouart,“ die offenbar mit der uns bereits bekannten Filiale⁴⁾ identisch ist. Man darf also annehmen, daß damals auch das außerhalb des Pariser Weichbildes gelegene und deshalb von ENGLÄNDER nicht mitaufgenommene Mutteretablisement noch bestanden hat. Jedenfalls aber hat weder dieses noch jene den Untergang der Republik überlebt.

Schon seit Beginn der Präsidentschaft LOUIS NAPOLEONS waren die Produktivgenossenschaften im allgemeinen und vornehmlich die sozialistisch gerichteten Gegenstand unaufhörlicher Polizeichickanen und Verfolgungen

1) Vgl. den Bericht des Polizeikommissärs LOYEUX (a. a. O. II. S. 135): „... parmi les sociétaires il y a des Allemands, des Italiens, des Belges...“

2) Vgl. FLORA TRISTAN, Union ouvrière. Edition populaire. Paris 1843.

3) Vgl. ENGLÄNDER a. a. O. IV S. 299. 4) S. oben S. 495.

geworden. Gerade das freilich scheint der sozialistischen Agitation unter den Arbeitern neuen Antrieb gegeben zu haben, so daß man, wie auch unsere Vereinigung beweist, in den zwei letzten Jahren der Republik von einer sozialistischen Renaissance sprechen kann¹⁾. Um so brutaler wurde sie nach dem Pariser Straßenaufstand vom 3. und 4. Dezember 1851 niedergetreten. In der Provinz verfielen die Arbeitervereinigungen ausnahmslos sofortiger gewaltsamer Auflösung. In der Hauptstadt wagte man zwar nicht gleich radikal vorzugehen. Aber auch hier verschwanden die Assoziationen binnen kurzem bis auf wenige: wenn nicht unmittelbar unter dem Zugriff der Polizei, so doch aus Furcht vor ihm oder weil der Tod auf den Barrikaden und das Gefängnis sie ihrer Führer beraubt hatte²⁾. LEVASSEUR kennt ihrer ein halbes Menschenalter später noch etwa 10, deren bedeutendste gerade aber Hilfsarbeiter beschäftigten und sich praktisch in Aktiengesellschaften gewandelt hatten³⁾.

Die von den Konservativen aus diesem Verlauf der Dinge erhoffte Heilung von der „großen Torheit“ der Arbeiterassoziation trat allerdings zunächst nicht ein. Wie hätte es angesichts des geschilderten Verhaltens der öffentlichen Gewalt auch anders sein können? Die Anhänger der Produktivgenossenschaften — mochten sie nun auf dem Boden der Selbsthilfe verharren oder Staatshilfe fordern — schrieben natürlich alle Schuld an dem Mißerfolg der Unvernunft, der Unfähigkeit und der Böswilligkeit des Staates zu. Aber auch objektive Gegner mußten zugeben, daß der Ausgang des in Frankreich gemachten Experiments für sich allein noch kein entscheidendes Argument gegen die Lebensfähigkeit produktivgenossenschaftlicher Gebilde abgebe. Wie so häufig hatte auch diesmal blind-brutales Zutappen die entgegengesetzte von der erstrebten Wirkung gezeitigt. Dadurch ward der richtige Sachverhalt verdunkelt. Denn auch ohne gewaltsame Behinderung und Hemmung von oben her wäre der Ausgang der produktivgenossenschaftlichen Bestrebungen kein besserer gewesen. Sie mußten an ihren inneren Gebrechen scheitern. Nicht allein daran, daß „la classe ouvrière comptait alors plus d'apôtres que d'hommes d'affaire,“ (RENARD); dauernd wirkten und wirken die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung, der Leitung, der Regelung

1) Vgl. RENARD a. a. O. S. 281 f. Die von R. angeführten: „Association des ouvriers-Tailleurs du département du Rhône“ in Lyon (gegründet im April 1849) und die „Société générale des ouvriers de l'industrie du bronze“ in Paris (gegründet im März 1850) können sich mit der unseren an Radikalismus entfernt nicht messen. 2) Vgl. RABBENO a. a. O. S. 92 f.; ENGLÄNDER a. a. O. IV S. 195 ff. 3) Vgl. LEVASSEUR a. a. O. II S. 266 f. Zählt man zu dieser Ziffer, die 4—5 noch in den Sechzigerjahren vorhandenen unterstützten Genossenschaften hinzu, so weicht sie von der von RABBENO (a. a. O. S. 93) nach dem „Almanach de la coopération“ für 1869 genannten 17 kaum ab.

des Mitgliederbestandes und des Verhältnisses der Mitglieder zu einander. Darüber vermochte und vermag auch höchst gesteigerter Enthusiasmus nicht hinwegzuhelfen — ganz abgesehen davon, daß der Enthusiasmus nur bei wenigen war. Schätzt man ja die Gesamtzahl der 1848—1851 frei- und unterstützt-genossenschaftlich Organisierten auf etwa 1500 — was im Hinblick auf die zu lösende Aufgabe auch nicht viel mehr bedeutet als jene 10, die mit 1000 Franks die kommunistische Universalrepublik herbeiführen wollten.

Statuts
de
l'Association des Travailleurs
de toutes les Professions
et de tous les pays
Fondée le 19 juillet 1849, à Châtillon, par Montrouge,
département de la Seine.

Sommaire:

1^o *Exposé des motifs; — 2^o Education des Enfants;*

3^o *Statuts de l'Association des Travailleurs;*

4^o *Extraits du Règlement général de l'Association.*

Prix: 10 centimes.

Paris.

Imprimerie Bailly, Divry et Ce,

Place Sorbonne, 2.

1849.

* * *

Statuts de l'Association des Travailleurs de toutes les Professions et de 3
tous les Pays.

Aux Travailleurs:

Citoyens et Citoyennes,

Il y a environ un an que, malgré toutes les entraves imaginables, nous, Fondateurs de la présente Association, avons fondé les Associations ouvrières. Ces Associations ont prospéré, grâce à la solidarité qui unit les Socialistes et les Républicains. Près de trois cents Maisons ont déjà été ouvertes à Paris et le nombre s'en accroît chaque jour, la demande du travail s'accroissant dans la même proportion.

Un premier résultat est donc obtenu; le salaire est aboli entre les travailleurs associés et remplacé par un partage équitable des bénéfices. Mais notre succès même a créé un danger qu'il nous importe d'éviter. Quand il va exister, pour une seule profession, de nombreuses Associations, si elles ne se réunissent pas en une seule, elles vont se faire une concurrence meurtrière pour leurs intérêts et fâcheuse pour la jalousie et l'esprit d'hostilité plus ou moins déclarée qui va en résulter. Si, au contraire, elles se réunissent, elles vont reconstituer les corpo-

4 rations de l'ancien régime. Or, selon nous, les corporations ne sont qu'une sorte d'individualisme collectif bien éloigné des vrais principes du socialisme.

Une autre imperfection des Associations ouvrières telles qu'elles ont été pratiquées jusqu'ici, c'est que, quoique la plupart d'entre elles ait adopté le principe de l'égalité de répartition, ce principe, fut-il sincèrement appliqué, n'est réalisé que d'une manière dérisoire dès que, d'une part, les uns restent chargés du soin d'une famille nombreuse, tandis que les autres n'ont nulle charge, et que, d'une autre part, dans certaines industries, le gain est plus ou moins élevé que dans d'autres. L'égalité ne règnera véritablement sur la terre que lorsque la fraternité sera son inséparable compagne. Ce n'est que lorsque l'Association elle-même, comme une mère commune, se chargera de l'éducation des enfants de ses Membres, ce n'est qu'alors que nous deviendrons égaux et frères. Il faut encore que chacun, quelle que soit sa fonction, quelle que soit sa profession, quel que soit son sexe, ait les mêmes droits dans la décision des affaires sociales et dans la répartition. Ce n'est qu'ainsi que nous serons associés et égaux.

De plus, nous n'aurions l'égalité que dans la misère ou du moins dans la gêne, si nous ne nous associations pas pour la consommation aussi bien que pour la production et si nous ne réunissons pas en un seul faisceau toutes nos forces, tous nos moyens épars dans les Associations isolées.

Ces considérations, Citoyens, nous ont décidé à fonder une Association d'un nouveau genre réunissant sous le même acte de société, des Travailleurs

5 de toutes les professions et de tous les pays. Dans cette Association, chaque Membre, selon son aptitude et ses facultés, pourra au besoin changer de travaux et d'occupations. Il y a peu d'industries qui n'offrent une saison de presse et une morte saison; la première est une grande cause de fatigue pour les Travailleurs, la seconde est une cause de ruine. Ces deux inconvénients disparaissent à l'instant même où les Travailleurs de tout genre, même ceux de l'agriculture, se réunissent en une seule Association et un seul intérêt. Ceux qui chômeront dans leur état aideront ceux qui seront pressés. Soit d'une manière, soit de l'autre, nous aurons continuellement du travail, et tout le monde pouvant être employé fructueusement, l'Association pourra sans cesse s'agrandir et admettre de nouveaux Membres. Dans notre espoir, les véritables Socialistes pourront enfin se rallier sympathiquement en un centre d'action où l'éducation et les beaux-arts trouveront leur place.

Ensuite, par l'augmentation de la richesse sociale, les Travailleurs pourront s'élever à l'aisance, améliorer leur condition intellectuelle et leur bien-être moral et travailler au bien de l'humanité.

Notre Association sera cosmopolite. Si nous réussissons, elle s'étendra partout; elle tendra à la République universelle.

Châtillon, près Paris, 10 décembre 1849.

Education des Enfants.

6

Les enfants des Associés seront élevés aux frais de l'Association, et de manière à pouvoir continuer et perfectionner l'entreprise commencée par leurs parents.

L'éducation sera professionnelle et agricole; les pensionnats seront situés dans les localités reconnues les plus saines pour l'enfance. L'instruction sera aussi étendue que le comporteront les ressources de l'Association.

L'instruction générale sera la même pour tous, garçons et filles; mais les études spéciales varieront suivant le sexe et suivant les travaux différents pour lesquels les élèves montreront de l'aptitude.

L'instruction méthodique et l'enseignement de la discipline seront plus particulièrement confiés aux instituteurs.

Les soins corporels, l'éducation morale et la formation du caractère des enfants seront plus particulièrement confiés aux institutrices.

Cependant les instituteurs et les institutrices se concerteront ensemble pour l'adoption des méthodes d'enseignement, afin d'agir avec unité et en conformité parfaite avec les vues et les principes de l'Association.

Les instituteurs et institutrices devront être munis, selon les pays où l'Association sera établie, des diplômes nécessaires pour que l'éducation des enfants étrangers y puisse être faite sans entraves.

* * *

Statuts de l'Association des Travailleurs de toutes les Professions et de 7 tous les Pays.

Article 1^{er}. — Nature de l'Association.

1. Il est établi, par les présentes Conventions, une Association d'un caractère à la fois civil et commercial, et dont tous les Membres sont solidairement responsables.

2. L'Association acquiert continuellement de nouveaux Membres et elle en perd d'anciens, ce qui ne l'empêche pas de se continuer sans interruption, tous ces changements n'étant que des développements et des modifications prévus dès le jour de sa fondation.

3. Toute entrée et toute sortie d'Associés est constatée par un acte d'incorporation ou de sortie, soit volontaire, soit forcée, à la suite des présents Statuts qui seront transcrits sur un registre tenu à cet effet par l'Association.

4. L'Association a commencé de fait le 19 juillet 1849. Elle est fondée et constituée par les soussignés:

1^o Alliot (Pierre-Etienne), 49 ans, cuisinier, rue Médéah à Plaisance (banlieue);

2^o Cité Alliot, née Henriette Vignot, 35 ans, lingère, même adresse que le précédent, de son mari autorisée;

3^o Cité Frénaux, née Julienne Sébert, fabric. de corsets, 25 ans, Faub.-Saint-Denis, 19, à Paris, de son mari autorisée;

4^o Cay (Jules), 42 ans, teneur de livres, demeurant à Châtillon, près Paris;

5^o *Cite Gay, née Jeanne-Désirée Véret, institutrice pour le premier âge, 39 ans, même adresse que le précédent, de son mari autorisée;*

6^o *Grout (Désiré-Joseph-Léonor), 26 ans, cuisinier, rue du Vieux-Colombier, 11, à Paris;*

- 8 7^o *Lefèvre (Félix-Désiré), 43 ans, cuisinier, rue Sainte-Avoye, 52, à Paris;*
 8^o *Pialoux (Joseph), 26 ans, cuisinier, rue de Vaugirard, 146, à Paris;*
 9^o *Tréheux (Joseph-Désiré), 24 ans, cuisinier, rue du Ponceau, 35, à Paris;*
 10^o *Et cite Tréheux, née Elisabeth-Antoinette Christal, 23 ans, même adresse, de son mari autorisée.*

Art. 2. — Durée de l'Association.

5. *La durée de l'Association est illimitée.*

6. *L'Association ne peut être dissoute, ni par la sortie d'un de ses Membres, ni par une décision de la majorité d'entre eux. Elle subsiste aussi longtemps que plusieurs Associés restent ensemble.*

Art. 3. — But de l'Association.

7. *Le but de l'Association est de procurer à tous ses Membres le bien être physique et moral, et de les faire jouir intégralement des fruits de leur travail.*

8. *Les moyens de l'Association consistent dans la mise en œuvre de l'industrie et des talents de ses Membres, à mesure qu'elle s'agrège des individus capables d'exercer les différentes professions ou certaines fonctions publiques.*

Art. 4. — Siège de l'Association et Etablissements sociaux.

9. *Le siège de l'Association est établi provisoirement à Châtillon, près Paris, rue de Clamart, 6.*

10. *L'Association fonde, à mesure qu'elle trouve avantage à le faire, des Etablissements succursales à Paris, à la campagne et généralement dans tous les pays, à quelque nationalité qu'ils appartiennent.*

11. *Chaque changement de domicile social et chaque fondation d'un Etablissement nouveau sont constatés, à leur date, par acte transcrit sur le registre à la suite des présentes.*

- 9 12. *La Maison ouverte aujourd'hui par l'Association, servant de domicile social et de siège de la Société, est en même temps affectée à l'usage de restaurant, à la culture potagère et à la sous-location de logements garnis ou non garnis. Cet Etablissement portera le n^o 1 parmi les Etablissements de l'Association.*

Art. 5. — Nom de l'Association, Raison sociale et Signature sociale.

13. *La Société prend pour titre et pour raison sociale ces mots: Association des Travailleurs de toutes les Professions et de tous les Pays. Elle appose un timbre, contenant ce titre, sur toutes les pièces officielles qui émanent de son sein. Ce timbre est indispensable pour compléter, avec la signature sociale, la validité des billets, engagements et autres pièces comptables.*

14. *Dans chaque Etablissement, le Comptable est chargé de la garde et de l'opposition de ce timbre.*

15. La Signature sociale se compose du nom du Gérant de l'Association, suivi des mots et Cie. Comme ce Gérant est sujet à être changé à l'improviste, la Signature sociale est également variable. Les changements en sont enregistrés à leur date, à la suite du présent acte.

16. A l'origine de l'Association, la signature sociale est Piatoux et Ce.

Art. 6. — Capital social.

17. Le capital social est essentiellement variable. Il est formé: 1^o par un apport de 500 fr. fait par chaque Associé; 2^o par un quart prélevé sur les bénéfices et destiné à l'accroissement du capital et à l'extension de l'Association.

18. Le capital social est sujet à être réduit: 1^o lorsque, un Associé décédant ou se retirant, son apport lui est remboursé; 2^o dans le cas où, dans un inventaire, le résultat étant une perte, cette perte viendrait diminuer d'autant le capital social.

19. Le capital entier peut être employé comme fonds de roulement.

20. Chaque mois, le chiffre actuel du capital est constaté sur les livres de comptabilité.

21. L'apport social de 500 fr. n'est point productible d'intérêts.

22. Le prix de l'apport social est payable en espèces ayant cours, entre les mains d'un des caissiers de la Société, contre un reçu de la somme.

23. Quand l'Associé ne paie en entrant qu'une partie de la somme, il la complète en se faisant opérer une retenue de 20 p. 100 sur ses premiers dividendes de bénéfices.

24. A la date d'aujourd'hui, le capital social s'élève à la somme de 1,000 fr.

Art. 7. — Admission des Membres.

25. Pour être admis dans l'Association des Travailleurs, il faut: 1^o remplir les conditions de capacité et de moralité qui sont exigées par les Règlements de la Société; 2^o adhérer aux présentes Conventions et aux Règlements sociaux, et adresser au Conseil central d'administration une demande écrite en admission.

26. Le postulant est soumis, avant son admission définitive, à un noviciat qui ne saurait durer moins de trois mois, ni plus de six. Durant ce noviciat, les adhérents participent aux bénéfices également avec les autres Associés, mais sans pouvoir prendre part aux délibérations sociales.

27. Toute femme mariée doit fournir une pièce constatant qu'elle est autorisée à contracter société commerciale.

Art. 8. — Droits et devoirs des Associés.

28. La Société nourrit ses Membres; elle élève gratuitement leurs enfants et elle les entretient de tout ce qui leur est utile, même lorsque ces enfants deviennent orphelins. Elle se charge de faire leur éducation industrielle. En

dédommagement, le bénéfice de leurs travaux lui est complètement acquis.

29. A l'âge de 18 ans, ces jeunes gens, légalement émancipés, peuvent, s'ils le sollicitent, être admis comme Associés.

30. Si un Associé tombe malade, ou s'il lui arrive un accident, la Société lui prodigue tous les soins et tous les secours dont il a besoin.

31. L'Association assure des moyens d'existence au vieillard et à l'invalidé ayant travaillé dix ans au moins dans son sein.

32. Les forces, l'aptitude, la capacité, les talents d'un individu, puis ses goûts, sont les motifs de son classement.

33. La diversité de leurs fonctions ne produit entre les Associés aucune inégalité de traitement ni la possession d'aucun privilège.

34. Toutes les fonctions sont également honorables, et nul Associé ne doit, sans juste motif, refuser de s'occuper à un travail que la Société, ou une Assemblée ou seulement le Conseil juge utile.

35. Les rémunérations du dehors, accordées à un Membre pour un travail effectué durant l'Association, appartiennent à la Société.

36. Les œuvres intellectuelles ou inventions matérielles faites par un Membre pendant le temps de la Société appartiennent à cette dernière et font partie de l'exploitation sociale.

37. Le nombre d'heures de travail est le même pour les travailleurs de toutes les professions, sauf quelques exceptions qui peuvent être reconnues nécessaires, selon les états plus ou moins fatigants. Cette durée du travail et l'ordre des jours de repos et des congés sont déterminés par les règlements et arrêtés sociaux.

Art. 9. — Gouvernement de la Société ou Législature.

38. Dans tous les Etablissements de l'Association, chaque soir, avant de

12 se séparer, les Associés se réunissent pour délibérer en commun sur les affaires sociales.

39. Dans chaque Etablissement, les Associés y demeurant se choisissent un Régisseur, un Comptable et un Caissier. Ces fonctionnaires préparent la besogne, correspondent avec le Conseil central de l'Association, puis leur exposent l'état journalier des affaires sociales.

40. Tous les Associés, répandus dans les divers Etablissements sociaux, nomment, pour toute la Société: 1^o le Gérant ou Agent général de l'Association; 2^o un Comptable général; 3^o un Caissier général.

41. L'universalité des Associés décide et prononce sur toutes les questions importantes.

42. Elle désigne les industries qui ont droit de se choisir un Directeur général qui les représente dans le Conseil central.

43. Elle arrête et modifie les règlements sociaux.

44. Elle prononce l'ouverture de nouveaux Etablissements ou la fermeture d'anciens.

45. Elle autorise les engagements à prendre en son nom.

46. Elle adopte le budget du mois prochain, reçoit les comptes du mois passé et reconnaît le bilan mensuel.

47. Elle autorise les poursuites judiciaires.

48. Elle décide si un Associé est dans le cas de devoir être considéré démissionnaire.

49. Elle peut introduire des modifications à l'acte d'association.

50. Elle se prononce sur ces sortes de questions à une majorité des deux tiers des voix exprimées, et au moins de moitié plus un du nombre total des Associés.

51. Toute question est soumise à un double examen: 1^o la prise en considération; 2^o la résolution définitive.

52. Quant aux nominations aux fonctions, il suffit qu'elles soient faites à une majorité simple. Dans le cas même où cette majorité ne se serait pas déclarée à une première épreuve, la simple pluralité des suffrages suffit à la seconde.

53. Tous les fonctionnaires de l'Association peuvent toujours être renouvelés à la volonté de ceux qui les ont nommés; car ceux-ci peuvent, à chaque instant, devenir mécontents de leur choix, ou voir se produire une capacité plus élevée encore que celle qu'ils avaient choisie. 13

54. Dans chaque profession, les travailleurs nomment leurs Chefs d'atelier, leurs Directeurs locaux et, quand il y a lieu, un Directeur général.

55. Il est nommé au moins un Suppléant pour chaque fonction, afin de remplacer au besoin le titulaire en cas d'absence momentanée.

56. Les femmes sont élues aux fonctions générales ainsi que dans celles qui leur sont spéciales, au même titre que les hommes; c'est-à-dire en raison de leur capacité, de leur aptitude et de leur goût.

57. Dans chaque Etablissement, l'Assemblée juge les difficultés ou les contestations qui surviennent entre les Associés. En cas de résistance prolongée de l'une des parties, la cause est renvoyée en dernier ressort devant l'universalité des Associés.

Art. 10. — Conseil central d'Administration.

58. Le Conseil central d'administration de l'Association se compose: 1^o de l'Econome, composé du Gérant, du Comptable général et du Caissier général; 2^o des Directeurs généraux des diverses branches de travail.

59. Le nombre des Directeurs généraux étant variable, celui des Membres du Conseil est pareillement variable.

60. Le Conseil est en permanence; ses séances ont lieu tous les jours et toute l'année.

61. Le Conseil représente l'Association dans les circonstances où cela est nécessaire.

62. Il veille à l'exécution des Statuts.

63. Il fait exécuter les décisions prises par la majorité des Associés.

64. Il prononce l'admission des postulants, et quand, après avoir consulté

sur leur moralité l'universalité des Associés, il reconnaît que leur noviciat a été satisfaisant, il les admet définitivement dans l'Association. 14

65. *D'accord avec les Associés, il fixe ou change leurs résidences.*

66. *Le Gérant porte la parole au nom du Conseil et au nom de l'Association tout entière.*

67. *Il fait observer les règlements sociaux.*

68. *Les livres de commerce doivent être tenus en parties doubles et doivent être constamment à jour.*

69. *Il n'y a qu'une seule comptabilité générale pour tous les Etablissements de l'Association, bien qu'ils soient dans des pays différents et quelque diverse que soient leurs destinations.*

70. *La caisse centrale est à trois serrures ou cadénats, dont les clefs sont entre les mains du Gérant, du Comptable général et du Caissier général.*

71. *Chaque Directeur général assiste aux séances du Conseil et y représente sa spécialité; il contresigne tout ce qui a rapport à cette spécialité et il se tient en correspondance directe et continuelle avec tous les Directeurs locaux.*

Art. 11. — Comité de Surveillance.

72. *L'universalité des Associés nomme et renouvelle par tiers, à la suite de chaque inventaire mensuel, un certain nombre d'inspecteurs généraux chargés de se transporter dans les divers Etablissements et d'y vérifier:*

1^o *Si les Règlements sont observés et si les décisions sociales sont convenablement exécutées;*

2^o *Si les écritures de commerce sont justes et si les pièces à l'appui sont complètes et véridiques;*

3^o *Si l'état de la caisse, des marchandises, des meubles et des immeubles est conforme à ce qu'accussent les écritures journalières et les inventaires.*

73. *Au moins une fois par mois, à l'époque des inventaires, les Inspecteurs généraux envoient, par l'intermédiaire du Conseil d'administration, à tous les Etablissements de l'Association, le résultat de leur examen.*

15 74. *Les Membres du Conseil d'administration étant eux-mêmes sous la surveillance des Inspecteurs généraux, ces derniers ne font pas partie de ce Conseil.*

75. *A l'origine de l'Association, les Inspecteurs généraux sont au nombre de trois, mais ce nombre est variable, étant proportionné au nombre des Etablissements à inspecter et à leur éloignement. Il est modifiable par des articles spéciaux ajoutés à leur date, à la suite des présentes.*

76. *Les premiers Inspecteurs généraux sortants sont désignés par le sort. Les suppléants succèdent, de droit, aux titulaires; les nouvelles nominations désignent seulement, en ce cas, de nouveaux suppléants.*

Art. 12. — Répartition des Bénéfices.

77. *Chaque mois, au siège de l'Association et dans tous les Etablissements, les écritures sociales sont arrêtées le dernier jour au soir et il est procédé à un inventaire général qui doit être terminé dans le plus bref délai.*

78. *En cas de bénéfices, ils sont distribués ainsi qu'il suit:*

79. Les trois premiers quarts sont répartis par parts égales entre tous les Associés et adhérents, proportionnellement toutefois au nombre de journées fournies par chacun d'eux.

80. Le dernier quart est consacré à la formation d'un fonds de réserve indivisible et impartageable, et concourt à l'accroissement du capital social.

81. En cas de perte, chaque Associé est débité, pour une part égale, mais proportionnelle au nombre de journées qu'il a, durant l'exercice, fournies à l'Association.

82. Quant à la répartition des trois premiers quarts des bénéfices, l'Associé ne peut exiger qu'il lui soit payé immédiatement plus de la moitié de ce qui lui revient, ni le surplus avant la fin du mois.

Art. 13. — Sortie des Membres.

16

83. Tout Associé peut se retirer à volonté de l'Association; il doit adresser au Conseil sa démission par écrit, au moins dix jours à l'avance.

84. S'il emmène ses enfants nés durant la Société, il peut lui être réclamé une indemnité proportionnée aux frais occasionnés par leur première éducation.

85. Si des Membres ne se conduisent pas d'une manière convenable et conforme à ce qui est prescrit par les Règlements, s'ils veulent faire des Etablissements particuliers ou des Associations d'intérêts distinctes de la présente société, ils sont censés, par cela seul, donner leur démission.

86. Le compte de l'Associé démissionnaire est arrêté à la fin du mois dans lequel il donne sa démission. Sa part proportionnelle dans le bénéfice ou dans la perte est calculée jusqu'au jour de sa sortie, et ce qui lui revient, tout compte fait, lui est remis. Cependant, l'Associé démissionnaire ne peut exiger son remboursement complet avant trois mois à dater du jour de sa sortie.

87. Lorsque l'Associé, par cause de vieillesse ou d'infirmité incurable, devient incapable de continuer à travailler, il ne peut demeurer davantage dans la Société comme Membre actif; son compte est arrêté et lui est rendu conformément à ce qui vient d'être dit.

88. Si l'Associé meurt durant la Société, le compte est rendu à ses héritiers, également en se conformant à ce qui vient d'être dit.

Art. 14. — Dissolution éventuelle de la Société.

89. En cas, malgré les termes du paragraphe 6, d'une dissolution définitive de l'Association, le fonds de réserve serait partagé, par parts égales, entre les derniers Associés restants et les orphelins élevés, à ce moment, aux frais de la Société. Les pensions de retraite dues aux anciens Membres de l'Association sont inscrites au passif de l'inventaire.

L'original des présents Status, signé par les Fondateurs soussignés, sera 17
déposé à M^e Bouclier, notaire à Paris, pour être mis au rang de ses minutes.

Un extrait sera déposé au Tribunal de commerce et inséré dans les journaux judiciaires; à cet effet, tous pouvoirs sont donnés au porteur.

Fait et arrêté à Paris, le 18 août 1849, en un seul original.

Certifié sincère et véritable par les soussignés, et annexé à la minute d'un acte de dépôt reçu par M^e Guillaume Bouclier et son collègue, notaires à Paris, aussi soussigné. Ce jourd'hui 18 août 1849.

Signé: J. Gay. P. E. Alliot. D. J. L. Grout.
 F. D. Lefèvre. J. Pialoux. J. D. Tréheux.
 E. A. Christal. J. D. Véret. J. Sébert.
 H. Vignot.

PrévotEAU. Bouclier.

Enregistré à Paris, 6^e bureau, le 21 août 1849, vol. 3, fol. 13. Reçu 5 fr. 50 c. pour décime.

* * *

- 18 Le 12 novembre 1849, l'Association a pris une seconde Maison, située Chaussée-Clignancourt, 30, barrière Rochechouart, déjà affectée à l'usage de Restaurant par association. Plusieurs Associés nouveaux se sont incorporés dans notre Association, et nous avons plusieurs autres Maisons en vue pour une ouverture prochaine, ainsi que beaucoup d'adhésions de travailleurs de plusieurs professions.

Nous saisissons l'occasion de la présente publication pour engager toutes les personnes qui en prendront connaissance, et qui aiment à vivre en Association, à se mettre en rapport avec nous.

* * *

- 19 Extraits du Règlement général de l'Association des Travailleurs de toutes les Professions et de tous les Pays.

Des Adhérents.

Toutes les personnes qui désirent s'incorporer dans l'Association doivent déclarer, par écrit, au Gérant ou au Régisseur d'un des Etablissements leurs nom et prénoms, lieu et date de naissance, profession et occupations auxquelles elles pourraient être appliquées, enfin leur domicile actuel et les adresses des personnes chez qui on peut prendre des renseignements sur leur moralité.

Elles doivent indiquer si elles peuvent verser immédiatement tout ou partie de l'apport social exigé.

Elles doivent déclarer les nom et âge des enfants et des vieillards qui sont à leur charge. Elles déclarent, de plus, qu'elles adhèrent à l'acte de société et aux règlements sociaux dont elles ont pris connaissance, et elles demandent à être admises dans l'Association. Cette pièce doit être signée.

Les femmes mariées font la demande en leur nom personnel et indépendamment de la demande faite par leur mari. Elles doivent toutefois mentionner l'autorisation donnée par ce dernier.

Les demandes d'incorporation reçues sont transmises dans les 24 heures au Conseil, et il est rendu réponse aux postulants dans la huitaine.

Les postulants déclarés admissibles reçoivent le titre d'adhérents, et doivent, à la réquisition du Gérant ou d'un Régisseur, venir travailler à l'Etablis-

ment qui leur est désigné, provisoirement en qualité de copartageants dans les bénéfices sociaux.

Ils n'ont pas le droit d'assister aux délibérations sociales, tant que leur admission définitive n'aura pas été prononcée selon le paragraphe 26 des Statuts.

Les travaux de quelque genre que ce soit que l'Association des Travailleurs

a à faire faire par des étrangers, sont confiés de préférence aux adhérents admis provisoirement. 20

Le gérant ou le régisseur mentionnent sur leur rapport journalier, au Conseil ou à leur Assemblée, les travaux qu'ils ont ainsi confiés, les individus qu'ils en ont chargés, les conditions et les résultats.

Les adhérents doivent, dès le moment de la déclaration de leur admissibilité, sinon effectuer, du moins commencer à effectuer le versement de leur apport social.

Si le Conseil d'administration le juge utile, des fonctions supérieures peuvent être confiées aux adhérents, excepté toutefois les fonctions de régisseurs, d'inspecteurs généraux et celles donnant entrée dans le Conseil central d'administration. Leurs fonctions peuvent, dans ce cas, nécessiter leur présence dans les Assemblées sociales, mais ils n'y sauraient avoir que voix consultative.

Droits et Devoirs des Associés.

Chaque Membre de l'Association doit respecter la liberté des autres Membres. En tout ce qui n'est défendu ni par les règlements ni par les usages, chacun conserve la liberté d'agir et de parler comme il l'entend.

Les Associés sont égaux en droits. Les fonctions qui leur sont confiées ne leur confèrent d'autorité que pendant le temps où ils exercent ces fonctions et pour l'exercice desdites fonctions.

Nul avantage particulier ne doit être attribué à de certains associés en raison de leurs fonctions ou comme récompense de leur conduite. Nulle privation ne doit être infligée à d'autres en raison de la subalternité de leurs fonctions, ni nulle punition à cause de leur inconduite ou de la mauvaise qualité de leur ouvrage. Les cas de mauvaise volonté sont seuls exceptés, étant considérés comme une première déclaration des individus de leur intention de

se retirer de l'Association. Les dégâts qu'ils occasionnent dans des moments de colère ou d'animosité restent à leur charge. 21

La fraternité consistant surtout dans les bons procédés les uns à l'égard des autres, il est recommandé aux Associés d'éviter toutes mauvaises plaisanteries, les manières brusques ou grossières, les querelles et les imputations hasardées. Afin de faire respecter le principe de l'Association, il est d'obligation pour eux d'observer des manières convenables. Ils doivent aussi s'abstenir de brutaliser les enfants.

Il est du devoir de tout Associé qui pense qu'un de ses confrères oublie ces recommandations, de le lui rappeler fraternellement. Si, par quelque raison

que ce fût, ce confrère ne faisait pas droit à des observations justes, il est du devoir du témoin de donner connaissance des faits à l'assemblée du soir même.

Si le cas était urgent, l'Associé témoin devrait immédiatement prier les autres coassociés présents de s'immiscer dans la connaissance des faits et de s'opposer à leur continuation, s'ils le jugent nécessaire.

La gravité du cas et la récidive doivent faire considérer l'Associé irascible, brutal ou inconvenant, comme démissionnaire.

La propreté des habits, etc., est recommandée comme acte de fraternité.

Tout en respectant le principe de l'égalité, les égards sont plus particulièrement d'obligation envers les Membres plus âgés.

Chaque fonctionnaire est investi d'une autorité propre à la fonction qui lui est confiée. Il est, en quelque sorte, l'expression vivante de la loi pour sa fonction. Ses coassociés doivent donc se conformer à ses indications, puisqu'ils doivent obéissance à la loi sociale.

Si l'on croit que le fonctionnaire se trompe, on doit le lui faire observer; mais, en cas d'avis différent, on ne doit pas persister dans la résistance, car tout fonctionnaire a sa responsabilité; seulement, on adresse ses observations, soit à un supérieur en fonctions, soit, selon le besoin, à l'Assemblée locale ou au Conseil général.

22 L'indiscipline, quand elle se prolonge, fait considérer celui qui s'en rend coupable comme démissionnaire.

Une probité scrupuleuse est exigée de tous les Associés. Ils ne sont admis dans l'Association que sur de bons renseignements à cet égard. La première indécence envers la Société, ou même un tort de ce genre à l'égard d'un autre Associé ou d'un étranger, pendant le temps de l'Association, suffit, indépendamment des actions judiciaires qui pourraient lui être intentées, à partir du moment où le fait est avéré, pour faire considérer ceux qui s'en sont rendus coupables comme démissionnaires.

L'Associé qui s'enivrerait durant l'exercice de ses fonctions serait prié par le régisseur de se retirer, pendant le reste de la journée, du local de l'Association. Cette journée lui serait diminuée lors de la répartition. De plus, la connaissance du fait doit être déférée à l'Assemblée locale; en cas de récidive, le Conseil central est informé, et, par suite, la Société entière, laquelle juge de la gravité du fait.

L'ivrogne, de droit, considéré comme démissionnaire.

La paresse habituelle, étant une sorte d'improbité, peut également faire considérer celui qui s'en rend coupable comme démissionnaire. Tout Associé qui croit s'apercevoir d'un tort de ce genre chez un de ses confrères, doit lui en faire l'observation fraternelle. Si ce dernier n'y a pas égard, il est du devoir du témoin de prévenir le régisseur, lequel, s'il juge le reproche fondé, fait son rapport à l'Assemblée, puis, en cas de récidive, au Conseil central.

Il est défendu de funer, de causer, de chanter, de jouer, de demeurer

avec les visiteurs, enfin de se livrer à aucune espèce de distractions pendant la durée du travail; car, comme la paresse, ces distractions sont une sorte d'improbité envers l'Association.

Toutes les fois que des parents des Associés viennent les visiter, ils sont, pour ce qui concerne les consommations, considérés comme tout à fait étrangers à l'Association.

Les fonctionnaires de tout ordre, depuis le gérant jusqu'à l'apprenti, ne 23 doivent jamais rester inactifs, et, lorsque leur ouvrage est terminé dans un service, ils doivent se mettre à tout autre ouvrage utile, et dont ils sont capables.

En attendant que l'Assemblée locale choisisse à l'Associé une fonction supplémentaire, le gérant ou le régisseur lui indique le travail auquel il convient qu'il s'occupe.

Dans le cas où l'ordre serait troublé par qui que ce soit, d'une manière qui n'aurait pas été prévue par les règlements, le régisseur aurait le droit et le devoir de s'opposer à la continuation du désordre et de l'abus, et de prendre, à cet effet, toutes les mesures nécessaires. Il serait toutefois proposé immédiatement à l'Association un nouvel article de règlement destiné à empêcher le désordre de se reproduire.

Dans le cas où un Associé s'aperçoit de quelque abus, de quelque faute d'un de ses coassociés, et où, soit par peur, soit par une condescendance coupable, trahissant les intérêts de l'Association, il néglige d'en avertir, soit le régisseur, soit l'assemblée des Associés, il se rend complice des torts qu'il a cachés. Si la faute est assez grave pour faire considérer le principal coupable comme démissionnaire, le complice doit être considéré lui-même comme démissionnaire.

Le règlement général contient, en outre des précédents, les chapitres suivants: *Emploi du temps et fixation des congés. — Crédit des Associés. — Publicité et contrôle général. — Elections. — Organisation des travaux et des affaires sociales. — Fonctions du gérant et des régisseurs. — Fonctions du comptable général et des comptables des établissements. — Fonctions du caissier général et des caissiers d'établissements. — Des directeurs généraux et locaux. — Des inspecteurs généraux. — Ventes et achats. — Tenue des séances d'Assemblée et du Conseil.*

Élisée Reclus' Briefwechsel^{1) 2)}.

Von

Max Nettlau (London).

Durch den vorliegenden ersten Abdruck vieler Briefe E. R.s vermehrt sich die Zahl der das Leben und den Entwicklungsgang der bekanntesten Anarchisten dem Studium näherbringenden Schriften: PROUDHON und BAKUNIN, MAX STIRNER und JOSIAH WARREN, GODWIN und TOLSTOI sind früher schon Gegenstand der Spezialforschung geworden und nun folgen den vielverbreiteten „Memoiren“ P. KROPOTKIN's R.'s Briefe.

Die Entwicklung der beiden letztgenannten kommunistischen Anarchisten bietet manche Parallelen. Beide entriessen sich einem sie durch Geburt und Erziehung umklammernden Milieu, R. dem religiösen, KROPOTKIN dem aristokratisch-militärischen. Beide hatten bei diesen Kämpfen einen Bruder zur Seite (ELIE; ALEXANDER), mit dem sie innigste Solidarität und Ideengemeinschaft verband, so daß diese Brüderpaare der feindlichen Umwelt gegenüber je eine durch gegenseitige Hilfe verstärkte Gruppe bildeten, wodurch das in ihnen schlummernde Solidaritätsgefühl, das sie zur Konzeption des idealsten Kommunismus führen sollte, mächtig gefördert wurde. Beide wurden durch Wissensdrang und Liebe zur Menschheit zum umfassendsten Studium von Natur und Menschen geführt, nicht um sich auf einem engen Gebiet zu spezialisieren, sondern um auf Grund exakter Beobachtungen den Weg der gesellschaftlichen Evolution zu erkennen und, von der Theorie zur Tat vorschreitend, die Hindernisse dieser Evolution aus dem Weg zu räumen. R.'s geographische Arbeiten gipfeln in seinem nachgelassenen Werk „L'Homme et la Terre“, während KROPOTKIN's Studien, die in seinem „Mutual Aid“ und den jetzt im „Nineteenth Century“ erscheinenden Erörterungen einzelner Probleme der Entwicklungslehre nur einen vorläufigen Abschluß

1) ÉLISÉE RECLUS, Correspondance. 3 vol. Paris, Schleicher frères 1911/13 (T. I, Décembre 1850 — Mai 1870. 352 S.; T. II, Octobre 1870 — Juillet 1889. 519 S.; T. III, 1889—1905. Mit 3 Portraits. — à 3.50 fr.). — Der III. im Druck befindliche Band ist mir von der Herausgeberin freundlichst in Manuskript zugänglich gemacht worden.

2) Im folgenden ist (ÉLISÉE) RECLUS in (É.) R. abgekürzt.

fanden, sich seinem letzten Ziel, der Abfassung einer Ethik, von der ja bereits die Anfänge vorliegen, zu nähern beginnen.

So standen diese beiden Männer, die man, da ihr Leben zu anderen Angriffen wirklich auch nie einen Vorwand gab, „utopistische Träumer“ zu nennen pflegt, durch ihr tägliches Studium bis ins hohe Alter, der Natur in all ihren Erscheinungen, dem so unendlich differenzierten Leben der Menschheit, dem den Geist immer reg erhaltenden Treiben der Wissenschaft, m. E. viel näher als viele der sog. „praktischen“ Leute und wohl alle auf Dogmen eingeschworenen oder sich der jeweiligen Zweckmäßigkeit anpassenden Politiker auch der radikalsten sozialen und sozialistischen Nuancen.

Beide wurden früh auf den Kommunismus hingewiesen, R. auf den idealisierten Kommunismus der Urchristen und späterer verfolgter religiöser Sekten, KROPOTKIN auf den primitiven Kommunismus der russischen Bauern; beide lernten naturwüchsige Urvölker kennen (in Südamerika, in Sibirien). Diese Anregungen und die oben erwähnten Umstände bewirkten, daß jeder von ihnen sich seinen Sozialismus aus sich selbst heraus bildete und nie einer bereits vorhandenen Schule oder Partei angehörte. Sie hatten eben das Zeug dazu, selbständig zu denken, und dasselbe taten Arbeiter und Studenten an anderen Orten, wie z. B. die kleine Gruppe Lyoner Flüchtlinge in Genf (PERRARE, DUMARTHERAY u. a.) und junge italienische Internationalisten in Neapel (CAFIERO, MALATESTA etc.). All diese trafen sich in der zweiten Hälfte der 70er in der romanischen Schweiz und es entstand die freiere Richtung des Kommunismus, der kommunistische Anarchismus, der den bereits etwas verknöcherten anarchistischen Kollektivismus der vorhergehenden 8—10 Jahre zu ersetzen begann und noch ersetzt, bis die seit damals größer gewordenen Bedürfnisse eines richtig verstandenen Individualismus auch hier wieder einer neuen Entwicklungsstufe den Weg bahnen werden. Ein Vorbild für eine solche zwanglose Weiterentwicklung bildet das einträchtige Nebeneinanderwirken R.'s und KROPOTKIN's vom Ende der 70er Jahre bis 1905, dem Todesjahr des 75jährigen R., dessen Freund KROPOTKIN im Dezember 1912 das siebzigste Lebensjahr vollendet.

Neben diesen Parallelen im Leben der beiden, die noch vermehrt werden könnten, wie viele Verschiedenheiten! Sie herauszufinden bildet eine immerwährende Abwechslung und einen intimen Reiz für den Leser der „Memoiren“ KROPOTKIN's und der Briefe R.'s, wie ihrer sonstigen so zahlreichen Schriften. Doch will ich mich endlich dem vorliegenden Briefwechsel selbst zuwenden.

Die Sammlung und Herausgabe derselben geschah mit liebevoller Sorgfalt durch eines der dreizehn Geschwister É. R.'s, Frau LOUISE DUMESNIL, der zahlreiche Familienpapiere zur Verfügung standen. ÉLISÉE selbst erzählte einiges aus seiner frühesten Jugend in einem das Leben seines Bruders

ELIE darstellenden Privatdruck¹⁾, der uns in die ersten zwanzig Jahre seines Lebens (1830 — Anfang 50), aus denen keine Briefe vorliegen, einführt. Dann aber beginnen Briefe an die Eltern, zahlreiche Briefe an ELIE und dessen Frau Noémi, in geringerer Zahl an seine erste, zweite und dritte Frau, an seine Schwester LOUISE und deren Mann, ALFRED DUMESNIL, in Vascoëuil, später an seine Töchter MAGALI und JEANNE und deren neue Familie, an seinen Neffen PAUL RECLUS usw. Hierdurch ist für viele äußere Verhältnisse seines Lebens und seine intimen Stimmungen zum erstenmal eine feste Grundlage gegeben.

Die wissenschaftliche Korrespondenz fehlt fast ganz; wie ausgedehnt sie war, konnte ich einem mir gestatteten Einblick in eine große Anzahl zufällig erhaltener, an R. gerichteter Briefe entnehmen: für die jährlichen Riesebände der Geographie mußte er durch Reisen und brieflich in Beziehungen mit den besten Kennern von Land und Leuten in tatsächlich allen Teilen der Erde treten, die Material herbeischafften, das von R. geschriebene einer Durchsicht unterzogen usw., woran sich die Diskussion unzähliger Einzelfragen schloß. Daneben legten auch die meisten Geographen R. ihre Arbeiten in irgend einer Weise vor und erhielten seine stets so klaren Erwidernngen, in denen immer etwas Neues lag und das Problem oft auf ein höheres Niveau gehoben wurde. All diese Briefe sind verloren oder liegen noch in allen Ländern zerstreut.

Die Korrespondenz mit Freunden und Gesinnungsgenossen nahm allmählich einen ähnlich weiten Umfang an, von dem die hier vorliegenden Briefe keinen Begriff geben. Vieles wurde nicht aufgehoben oder bei Verfolgungen zerstört oder den Besitzern weggenommen. Der vieljährige Briefwechsel mit P. KROPOTKIN ist bis auf geringe Reste beiderseits vernichtet worden; denn auch R. sammelte keine Briefe an. Vieles wird noch zum Vorschein kommen; denn für manchen war der Empfang eines Briefes R.'s ein Lichtstrahl und seine Worte wußten aus jedem das Beste, das in ihm lag, zwanglos herauszuheben; so wurde vielleicht wenig leichtthin verworfen. Wir werden aber für diesen Mangel an Universalität reichlich dadurch entschädigt, daß der Briefwechsel mit einzelnen Personen recht vollständig erhalten ist, so daß diese selbst uns im Lauf der Lektüre immer plastischer vor Augen treten und wir mit ihnen fühlen.

Da ist der alte Engländer RICHARD HEATH (1831—1912), Verfasser vieler Schriften über die englischen Bauern und Landarbeiter, die sozial radikalen Sekten des Mittelalters usw., ein Mann, der mit eiserner Zähigkeit an einem von seiner Einbildung geschaffenen Christentum festhielt, in das er alle in ihm warm lebende Menschen- und Freiheitsliebe hineindichtete. R.

1) ELIE RECLUS 1827—1904 (Paris, Inpr. L'Émancipatrice, 32 S.); vlämisch, nach E. R.'s Tode, in der Revue Ontwakings (Antwerpen), Sept. bis Nov. 1906 (auch separat erschienen).

hatte ihm als Flüchtling in London 1852 einigen Unterricht gegeben und hatte in dem fast gleichaltrigen Mann einen solchen Eindruck hinterlassen, daß HEATH 1905 hierüber in einem Brief schreiben konnte:

„That teaching I have reason to believe was something unique, at least it was to me. The little I had of it, fifty years ago, now, was one of the greatest benefits, the greatest in the scholastic way I ever had. The wonder of it I can never forget. Others may have been able to communicate to their pupils an insight into the meaning of things and the habit of seeing things as a whole and relating all things to that whole, but I can hardly believe that, combined with this, another teacher will easily be found who had such intense belief in the cause of Justice and Truth and who could awaken in his pupils both habits of mind . . .“ Von seinem Charakter sagt er: „There was something in it austere as the Alps, yet gentle and human and affectionate to all who had a place in his heart.“ (Vgl. auch *Corresp.* II, 221 n.).

Diese Worte lassen sich auf R.'s Wirkung auf alle, die mit ihm in Berührung kamen, anwenden und erklären mehr als viele äußere Tatsachen die stille und intensive Verbreitung der anarchistischen Ideen. HEATH verlor R. aus dem Gesicht und schrieb ihm erst wieder im November 1871, als er ihn als Gefangenen der Versailler Regierung von der Deportation bedroht sah. Seitdem suchte HEATH unermüdlich R. sein im äußersten Grade idealisiertes Christentum vorzuführen und R. widerlegt ihn stets, mit rührender Geduld und vollendeter Courtoisie, aber mit schneidender Schärfe der Argumente; sie blieben die besten Freunde.

Viel näher stand R.'s Ideen das ungarische Geschwisterpaar ANTONINA DE GERANDO-TELEKI und ihr Bruder ATTILA († 1897). Fräulein DE GERANDO leitete durch viele Jahre eine freie Schule in Klausenburg, ihr Bruder begleitete R. auf seiner türkischen Reise. Erziehungsfragen werden hier vielfach berührt.

Die eigentlichen Fragen der Anarchie werden vorwiegend behandelt in Briefen an: den jungen HENRI ROORDA, Frau CLARA MESNIL, JACQUES GROSS, JEAN GRAVE, ADRIEN PERRARE u. m. a.; in prägnanten, spiegelklaren Äußerungen werden hier neben einfachen auch schwierige Probleme so diskutiert, daß der Leser, von allen Seiten gepackt, durch diese Briefe vielleicht tiefer in das wahre Wesen und den ganzen Umfang der Anarchie eindringen kann als durch ein anderes existierendes Buch. Sind es doch durchwegs ernste, intime Äußerungen eines bis 1905 unter uns weilenden, die bis zu seinem Todesjahr reichen! Man hält die Anarchisten für finstere Verschwörer — welche andere Partei aber wäre imstande, mit so offenen Karten zu spielen, die Korrespondenz eines ihrer besten, dem wenig entging, in solchem Umfang offen auf den Tisch zu legen, wie dies durch die vorliegenden Bände geschieht?

Andere Briefe zeigen uns den uralt gewordenen, ewig jungen NADAR u. a.

Vieles fehlt natürlich oder vielmehr: dauernder Aufenthalt in Paris und Brüssel seit 1890, brachte so viele persönliche Begegnungen, daß diese Zeit des reichsten persönlichen Wirkens wenig briefliche Spuren hinterließ. So war R. Anfang der 90er Jahre in vielfacher Berührung mit der damaligen „Jeune littérature“, die sich der Anarchie so sehr näherte; auch in Belgien standen ihm die jungen künstlerischen Kreise nahe. BERNARD LAZARE, PIERRE QUILLARD, CAMILLE PISSARO, VAN RYSSELBERGHE seien hier genannt. All dies lassen die Briefe erkennen, ohne ein ausreichendes Bild zu geben, das einer Biographie überlassen bleibt. Auch die vielen Beziehungen mit Kommunegefährtingen, Internationalen der Juraföderation, Russen u. a. während des langjährigen Aufenthalts in der Schweiz (Lugano, Clarens 1872—90) hinterließen nur unvollkommene Spuren, der Briefwechsel mit BAKUNIN nur geringe Reste, unter denen allerdings der Entwurf eines Briefs BAKUNIN's an R. (1875) ist, die letzte größere Äußerung allgemeinen Inhalts des dem Tode nahen BAKUNIN; hätte derselbe seine Memoiren geschrieben, so würde R. dieselben zum Druck vorbereitet haben.

So schwankt man bei der Betrachtung dieser Bände zwischen der Freude über das vorliegende, eine reichliche Gabe, und dem Wunsch nach dem, was wir vielleicht später haben werden, einer vielvermehrten Neuauflage oder, besser noch, weiteren Nachtragsbänden. Denn aus jedem neuen Brief spricht wieder für einen Moment R.'s verstummte Stimme mit ihren krystallreinen Gedanken und wunderbarer Güte zu uns.

Ich möchte meinen Eindruck von diesen Briefen durch einige Zitate den Lesern näherbringen. Zuerst will ich aber eine Stelle aus dem Brief vom April 1850 (aus Berlin) anführen, in welchem der bis dahin zum Pastor¹⁾ bestimmte junge R. seinen Eltern die für diese niederschmetternde und unbegreifliche Mitteilung macht, daß er entschlossen sei, nicht Pastor zu werden. Er sei fest entschlossen, nur dem „cri de ma conscience“ zu folgen.

„Pour moi qui accepte la théorie de la liberté en tout et pour tout, comment pourrai-je admettre la domination de l'homme dans un coeur qui n'appartient qu'à Dieu seul?“ . . . Nicht das Predigen widerstrebt ihm: „mais prendre d'abord un brevet de capacité chrétienne, puis demander un passeport

1) Es handelte sich dabei nicht um ein bequemes staatskirchliches Pastorentum im deutschen Sinne. Man denke an die „pasteurs du désert“, wie sie N. PEYRAT und E. PELLETAN schilderten. Ein Vorfahre R.'s erlitt ähnliche Verfolgungen und in seinem Vater, dem Pastor in Orthez im alten Béarn, lebte dieser Geist weiter, der inzwischen auch in den meisten übrigen protestantischen Milieus in Frankreich ausgestorben war. Darum klärte der Kontakt mit der Wirklichkeit, den Herrenhutern in Neuwied, der protestantischen Universität in Montauban, den jungen R. zunächst über die Rolle der Kirche auf, ohne noch seine ihm intensiv anerzogenen religiösen Anschauungen zu beseitigen.

d'amour et de foi soit aux professeurs soit au consistoire, soit à l'église même, sous peine d'être contrebandier dans le domaine des coeurs, voilà qui me répugne par dessus tout et voilà ce que Dieu me donnera certainement la force de ne pas faire. J'avais longtemps bercé dans mon esprit le désir d'être pasteur . . . et j'ai été rarement plus heureux que ce jour où j'ai prêché à Montauban devant deux professeurs, mon frère et des bancs vides“, aber jetzt sage er: „je ne veux, ni ne peux, ni ne dois être pasteur“.

„Ne voyez pas là, chers parents, l'effet du doute; si je doutais, je me bornerais à hésiter; c'est au contraire par suite de croyances positives et absolues que je me décide. Je crois que le jour est venu dans lequel doivent être abaissés tous ceux qui s'érigent au dessus des autres en maîtres et en prophètes: le meilleur moyen d'évangéliser ce n'est pas aujourd'hui de se cuirasser de diplômes et de monter sur des tabourets brevetés, mais c'est d'ouvrir tout simplement et tout bonnement son coeur devant ses amis, Grec chez les Grecs, paysan chez les paysans, païen chez les païens à la manière de St. Paul qui de l'autel du Dieu inconnu ramenait les Athéniens au Dieu que nous connaissons . . . Un temps viendra où chaque homme sera son propre roi et son propre pasteur, où chacun offrira l'encens à Dieu dans le propre temple de son corps et de son âme. Alors Dieu seul s'élèvera au dessus de nous et nous conduira. Entre les hommes il n'y aura plus que des rapports d'influence et d'amour; chacun parlera à son frère des idées qui agitent sa tête, des sentiments qui traversent son coeur; ces idées et ces sentiments pourront germer en un chacun, sans avoir revêtu un caractère d'officialité et sans avoir été brevetés par un homme ou par une réunion d'hommes, par un consistoire ou par un troupeau. Il n'y aura plus d'homme qui gouverne ou conduira d'autres hommes, mais chacun agira sur son voisin et prêchera la vérité qu'il sent et qu'il croit. Mais comment amener cet avenir si nous ne le réalisons pas en nous mêmes, si non-contents de rejeter tout roi et tout pasteur, nous ne protestons pas contre toute idée intérieure qui nous dirait de devenir nous-mêmes ce que nous blâmons.“ . . . Er tadelt nicht, was sein Vater tut; „nous faisons des choses opposées, mais j'atteste avec Dieu que nous faisons bien tous deux . . . Oh, si vous vouliez me tendre, vous, mon père et ma mère, une main de fraternité chrétienne, sans restriction, sans tristesse, sans réticence!“ . . .

Diese so glücklich erhaltenen Worte von 1850 zeigen bereits die Keime all seiner späteren Ideen (vgl. z. B. mit Corresp. II, 314 1884): unbegrenzte Achtung und Liebe der Freiheit ließ ihn darauf verzichten, die geistige Autorität auszuüben, zu der ihn seine ganze Erziehung und Umgebung herangebildet hatten; ein solcher Mann weist in gleicher Weise den Staat, das Eigentumsmonopol, die traditionellen Familienformen, die von der jeweiligen Majorität sanktionierte Moral usw. zurück — die ganze Anarchie liegt schon in ihm und er ging von da an seine eigenen Wege und führte ein Leben

harter Arbeit, aber im Genuß der absoluten geistigen und der größtmöglichen, heute erreichbaren materiellen Freiheit.

Betrachten wir kurz seinen Lebensgang, der neben seiner Darstellung in der am 3. November 1905 von DE GREEF an der Université Nouvelle in Brüssel gehaltenen Rektoratsrede ¹⁾ erst durch diesen Briefwechsel in vielen Teilen näher bekannt wird.

Geboren am 15. März 1830 in Montcaret bei Sainte-Foy-la-Grande im Tal der Dordogne wuchs ÉLISÉE eigentlich lange Zeit fern von seinen Eltern, die vielerlei Sorgen absorbierten, bei verschiedenen Verwandten auf und wurde schon mit 12 Jahren allein zu den Herrenhüttern nach Neuwied am Rhein geschickt, später in das protestantische Collège in Saint-Foy und auf die Universität Montauban. Die vielfach freudlose Jugend wurde durch den innigsten Anschluß an den älteren Bruder ELIE erhellt; 1849 studierten die jungen Leute neben OKEN und SCHELLING schon PIERRE LEROUX und PROUDHON, und die Fakultät wurde von dem „wachsamen“ Präfekten veranlaßt, ihnen anläßlich einer Fußtour, um das Meer zu sehen, statt Theologie zu studieren, das *consilium abeundi* zu erteilen. Dies trieb ÉLISÉE nach Neuwied, wo er diesmal als Lehrer sein Brod verdienen sollte, sich aber bald losriss und nach Berlin ging, um die Universität zu besuchen; hier hörte er CARL RITTER's geographische Vorlesungen. In den Ferien (1851)

1) GUILLAUME DE GREEF, *Éloges d'Élisée Reclus et de Kellès-Kranz* (Gent, Volksdrukkerij, 1906, 55 S.) — Von sonstigen biographischen Schriften und Würdigungen von R.'s Persönlichkeit möchte ich erwähnen: *Élisée Reclus*. By P. KROPOTKIN (from *The Geographical Journal*, 1905, S. 337—343), London; PATRICK GEDDES, *A Great Geographer: Élisée Reclus, 1830—1905* (from *The Scottish Geographical Magazine* for Sept. and Oct. 1905), Edinburgh, 14 S.; H. ROORDA VAN EYSINGA, *Élisée Reclus propagandiste in La Société nouvelle* (Mons), 1907, S. 186—199; *Élisée Reclus ten gedenke* (Ontwaking, Antwerpen, August—Sept. 1905), mit Beiträgen von F. Domela Nieuwenhuis, Jacques Mesnil und zwei vlämischen Autoren; daraus: *Élisée Reclus*, von F. DOMELA NIEUWENHUIS (Antwerpen, 1905, 15 S.); JACQUES MESNIL, *Eliseo Reclus, Note biografiche*, Mantua, 1905, 32 S. aus *Il Pensiero*; R. Heath in *The Humane Review* (London); HENRI SENSINE in der *Gazette de Lausanne*, 3. und 4. VIII. 1905; LUCIEN DESCAVES in *Le Journal* (Paris), 6. VII. 1905; *Erinnerungen verschiedener in den Temps nouveaux, Le Réveil* (Genf) etc., 1905. Publikationen fernerstehender erschienen z. B. von PAUL GHIO, Paris 1905; ALBERT FRANÇOIS, Gent 1905; F. DE MAGISTRIS, Jesi 1905; dem *Circulo Internacional de Estudios sociales*, Montevideo 1905 usw.

Erwähnt sei noch Professor DE GREEF's *Éloge d'Elie Reclus* (31. Oktober 1904), Brüssel und ELIE RECLUS' nachgelassenes Werk *La Commune de Paris au jour le jour*. Paris, 1908, 391 S.

traf er ELIE in Straßburg und beide durchwanderten zu Fuß ganz Frankreich zu den Eltern nach Orthez (Basses-Pyrénées). Hier gehörten die Brüder zu den wenigen, die gegen den Staatsstreich vom 2. Dezember zu kämpfen bereit waren, mußten flüchten und der 1. Januar 1852 fand beide in London, auf sich allein angewiesen, wie ÉLISÉE es seit der Relegation von Montauban schon gewesen war.

Das Flüchtlingselend drückte ihn nicht nieder. Nachdem er in London Unterricht gegeben, fand er in Irland (County Wicklow) als eine Art Gutsverwalter Gelegenheit, das praktische Leben kennen zu lernen, und die Idee erfaßte ihn hier zuerst, die Erde mit all ihren Erscheinungsformen zu beschreiben, was er zuerst in dem Werk „La Terre“ 1867—68 durchführte. Es trieb ihn bald nach Amerika, wo er in letzter Linie eine urwaldfrische Gegend zu finden hoffte, wo er, sein Bruder ELIE, den er jahrelang vergebens erwartete, und andere Freunde sich eine freie Niederlassung gründen wollten. Der Zufall führte ihn zuerst nach New Orleans (1854), wo er sich mühsam ernährte, bis er auf einer benachbarten Pflanzung Hauslehrer wurde. Er liebte die Tochter des Hauses und hätte sie erringen können, wenn er nicht gefühlt hätte, daß ihn all seine Ideen von dem unerschütterlichen Standpunkt der sklavenhaltenden Familie trennten. Darum riss er sich los und nach einer Reise auf dem Mississippi und bis Chicago, finden wir ihn seit 1856 in Neu Granada¹⁾, dem heutigen Columbia, und zwar im Hafentort Rio Hacha, mit der Sierra Nevada de Santa Marta als Forschungsgebiet und Ort der geplanten Colonie. Viele Briefe schildern seine Hoffnungen und ihr Scheitern und im Juli 1857 kehrte er nach Frankreich zurück, wo er nun bis zur Commune lebte. Durch sein erstes Buch, die Schilderung der Sierra Nevada (1858—1859²⁾) machte er sich einen Namen. Von nun ab gab er der „Revue des deux Mondes“, dem „Tour du Monde“, der „Revue politique et littéraire“ etc. zahlreiche geographische Artikel im weitesten Sinn und verschmähte auch nicht die Bearbeitung größerer Reisehandbücher („Guides Joanne“), wobei ihm all diese, manchmal populär gehaltenen Arbeiten die Möglichkeit gaben, die vielartigsten Reisen zu machen -- an die französische Seeküste, in die Alpen und Pyrenäen, nach London, Deutschland, der Schweiz, Italien bis Sizilien usw. -- und Eindrücke und Erfahrungen, geistiges Material, für seine geplanten größeren Werke an-

1) Dieses Land erregte Anfang der 50er Jahre Aufmerksamkeit durch die Annahme einer außerordentlich radikalen Verfassung; in den Augen der Reaktionäre war dort der Sozialismus fast schon zur Macht gelangt (vgl. z. B. THONISSEN's Geschichte des Sozialismus). In R.'s Zeit setzte die Reaktion schon ein, doch hegte er noch immer die größten Hoffnungen für die Zukunft des Landes (vgl. *Corresp.* I, 138—139).

2) *Voyage à la Sierra Nevada de Sainte-Marthe. Paysages de la nature tropicale.* Paris, 1861 (II. Aufl. 1881).

zusammeln. „La Terre“ (1867—1868) und die kleine „Histoire d'un Ruisseau“ (1869) waren die nächste Vorarbeit; alles drängte zum Ziel einer allgemeinen Geographie, als der Krieg und die Kommune eine längere Unterbrechung herbeiführten.

Wo waren seine noch für 1850 von ihm selbst so sicher bezeugten religiösen Anschauungen geblieben? Er erzählte später einmal, daß als er nach Amerika reiste und dem Meer, der großen Natur gegenüber war, sich das alles wie vom Wind verweht verflüchtigte, und es ist keine Rede mehr davon. Daß er schon längst durch und durch Sozialist war, ist sicher. Von der Politik hielt es ihn instinktiv fern: er hatte nie den Wunsch, Macht für sich zu erringen und solange er die bestehende Macht nicht zerstören konnte, ignorierte er sie. ELIE und ÉLISÉE nahmen Teil an der beginnenden Kooperativbewegung¹⁾ und an des früheren Icariers J. P. BÉLUZE's Unternehmung „Crédit au Travail“; sie hatten für Frau ANDRÉ LÉO's soziale Bemühungen Interesse²⁾. So bescheiden auch diese ihre sozialistische Tätigkeit nach außen scheinen mochte, gehörten sie doch zu den wenigen Franzosen, die BAKUNIN in seinen engsten Kreis zu ziehen für richtig fand; sie traten 1864 der *Fraternité internationale* bei; die weitere Geschichte dieser Beziehungen würde hier zu weit führen. (Vgl. *Corresp.* II, 164—171; auch I, 279—288, 294; II, 440—441).

R. hatte sich Ende 1858 mit einer in Frankreich aufgewachsenen Mulattin, Clarisse, verheiratet, der Mutter seiner Töchter Magali und Jeanne; sie starb 1869. In den 60er Jahren bildeten die jungen Familien der Brüder eine dem politischen und sozialen Elend der Zeit nach Möglichkeit fernstehende intime Gruppe. In diesem Sinn schrieb ÉLISÉE 1859 seiner Schwester LOUISE, die sich, wie alle Geschwister, dem religiösen Milieu des Elternhauses zu entringen hatte und die er schon als „une fille de la liberté“ begrüßen konnte: „Fondons en nous-mêmes et autour de nous de petites républiques. Graduellement ces groupes isolés se rapprocheront comme des cristaux épars et formeront la grande République“ (*Corresp.* I, 206).

Kurz vor dem Kriege hatte er sich, diesmal in freier Ehe, mit FANNY LHERMINÉZ verbunden, die mit den Kindern in dem blumenreichen Vascœuil blieb, dem Heim seiner Schwester LOUISE und ihres Mannes. R. blieb in dem belagerten Paris und war dort auch, als die Revolution vom 18. März 1871 stattfand. Er schilderte oft das Glücksgefühl der ersten Tage nach dem 18. März, als das Vergangene weggefegt und die neue Macht noch nicht er-

1) S. die Pariser Zeitschriften „L'Association“ (seit November 1864) und „La Coopération“ (seit 9. November 1866 bis Mitte 1868).

2) Aus diesem Kreis liegen mir zwei Prospekte einer Wochenschrift *L'Agriculteur* vor, unterzeichnet von Paul Lacombe, J. Toussaint (einem alten Saint-Simonisten), Élisée Reclus und André Léo (2 S. in 4° und 1 S. in 8°, undatiert); die Zeitschrift dürfte nicht erschienen sein.

richtet war. Mit seinen Brüdern ELIE und PAUL nahm er an dem Ausfall vom 4. April teil, der DUVAL und FLOURENS das Leben kostete; ihn traf die Gefangenschaft, die Kerker von Versailles, die Forts von Brest, die Verurteilung zur Deportation und, nach Intervention der ersten englischen Gelehrten, die Verbannung für zehn Jahre (15. Februar 1872) und der Transport, gefesselt, im Zellenwagen, in die Schweiz.

Endlich frei (er hatte im Gefängnis gearbeitet, Unterricht gegeben, viele Freunde gewonnen), traf er in Zürich den geflüchteten ELIE und seine Frau, mit der er nun in Lugano zwei sehr glückliche Jahre zubrachte, bis auch sie nach der Geburt eines bald gestorbenen Sohnes ihm im Frühjahr 1874 vom Tod entrissen wurde. Er übersiedelte dann, der Erziehung seiner Töchter und der Arbeitsmöglichkeiten wegen, nach Vevey und Clarens, wo er mit seiner dritten Frau, ERMANCE, auch nach der Amnestie noch viele Jahre lebte, bis 1890, dem Jahre seiner Übersiedlung nach Nanterre und Sèvres bei Paris.

Sein wissenschaftlicher Ruf und die Reinheit seines Charakters standen so hoch, daß ihm trotz des fanatischen Hasses gegen alle Communards in jenen Jahren, die Firma HACHETTE die Ausarbeitung einer allgemeinen Erdkunde in noch nicht und noch nicht wieder erreichtem Umfang übertrug¹⁾. Endlich konnte er sein Lebenswerk beginnen, dessen 19 Riesenbände von 1875 bis 1893 pünktlich jedes Jahr erschienen, mit dem Band über Südeuropa einsetzend. Viele Reisen waren hierzu erforderlich, die ihn nach Wien und Ungarn, nach Deutschland, in die Türkei und nach Kleinasien, nach Spanien und Portugal, in die Vereinigten Staaten und Canada und bis nach Brasilien führten. Gewiß fehlten Hilfskräfte nicht, aber daneben führte R. auch ein reiches Familienleben, besuchte seine Geschwister, seine in Algier angesiedelte ältere Tochter oftmals, trat, seit er in Vevey wohnte, in der Internationale hervor, besonders in der bekannten Versammlung vom 19. März 1876 in Lausanne, wo er sich wohl zum erstenmal öffentlich als Anarchist erklärte, nahm seit 1879 am „Révolté“ einen nach der Verhaftung P. KROPOTKIN'S immer intensiver werdenden Anteil und wurde überhaupt in tausend Dingen die am meisten in Anspruch genommene, immer hilfsbereite, unschätzbare Arbeitskraft der internationalen anarchistischen Bewegung. Wie er all diese Arbeit bewältigte, ohne im geringsten durch sie geistig abgespannt, einseitig, pedantisch, verdrießlich zu werden, im Gegenteil aus der Arbeit selbst immer neue Kräfte schöpfend, jugendlich frisch, heiter, liebenswürdig, universell bleibend, ist vielleicht nur dem verständlich, der wirklich glaubt, daß geistige Freiheit, Menschlichkeit und Güte den ganzen Menschen, da ja Körper und Geist eins sind, kräftiger, gesünder, arbeitsfähiger machen.

In jenen Jahren waren seine Töchter herangewachsen und vereinigten

1) Nouvelle Géographie universelle. La Terre et les Hommes, 19 vol., Paris, 1875—1893.

sich am 14. Oktober 1882 in freier Ehe mit den Männern ihrer Wahl. ÉLISÉE hielt eine von seinem Bruder ELIE verfaßte Ansprache; er schreibt hierüber an NADAR, den dieser die orthodoxe Familie negierende Akt glücklich gemacht hatte, am 19. Dezember 1882 (Corresp. II, 263—264): „... Convient-il de me féliciter d'avoir été simplement fidèle à moi-même? ... Lorsque les jeunes gens eurent décidé la forme de leur mariage, ils convinrent qu'il serait bon de donner à leurs parents et amis la raison de leur conduite. Se défiant modestement d'eux-mêmes, ils cherchèrent un interprète, mais très justement, ce me semble, ils ne voulurent pas du père. Si j'avais exposé leur cause, on aurait pu croire que j'exposais la mienne. Leur liberté, leur dignité en eussent souffert. Je leur donnai pleinement raison. Ils firent choix de mon excellent frère et tu vois, par son exposé, qu'ils ne pouvaient trouver un meilleur ami pour exprimer leurs sentiments et revendiquer leurs droits“¹⁾; (vgl. auch II, 259—262).

R.'s anarchistische Schriften hier anzuführen würde zu weit führen²⁾. Jede Systemmacherei lag ihm fern und seine meisten Broschüren entsprangen einem zufälligen Anlaß, einem Vortrag, Artikel usw.; nur einmal arbeitete er auf Grund seiner meistverbreiteten Broschüre *Évolution et Révolution. Conférence faite à Genève le 5 mars 1880* (Genève, 1880, 25 S.) ein größeres Buch aus: *L'Évolution, la Révolution et l'Idéal anarchique* (Paris, 1897, 296 S.). Eine Sammlung seiner sehr zerstreuten Schriften fehlt noch; sie werden noch immer nach Bedarf in einzelnen Broschüren neugedruckt und übersetzt³⁾.

Mit der Vollendung der *Geographie* (1893) hielt der 63jährige Mann seine Aufgabe nicht für beendet. Während er die Länder beschrieb, boten sich so viele Beobachtungen über die Menschen dar, daß er ein diese Ergebnisse zusammenfassendes Schlußwerk plante, das jetzt in „*L'Homme et la Terre*“ (Paris, 6 Bände in 4°, 1905—1908) als teils in seinem letzten Lebens-

1) Der damals erschienene, also von ELIE R. verfaßte Privatdruck: „*Unions libres. Exposé des motifs. Allocution du père à ses filles et à ses gendres.* Paris (1882), 32 S. wurde 1907 in Mons neugedruckt (61 S.) — Eine Ansprache bei der freien Verbindung zweier anderer Personen existiert gleichfalls als Privatdruck (3 S., 4°, s. a.); diese ist von ÉLISÉE selbst verfaßt.

2) Die bis 1897 erschienenen verzeichnet im wesentlichen meine „*Bibliographie de l'Anarchie*“ (Brüssel, 1897), eine Compilation, die R. ihre Anregung verdankt, wie die ganze Serie „*Bibliothèque des Temps Nouveaux*“.

3) Erst vor wenigen Monaten wurde z. B. die sozialistische Literatur in bretonischer Sprache durch die Übersetzung von R.'s „*A mon Frère le Paysan*“ inauguriert, die in den beiden Dialekten von Vannes und Tréguier erschien (Guingamp, 1912). Vgl. auch EWAN GWESNOU, *Antée. Les Bretons et le Socialisme* (ebenda, 1912).

jahr erschienenen, teils von seinem Neffen PAUL nach dem Manuskript zum Druck vorbereitetes Werk vorliegt. Ebenso dachte er nun an die Verbreitung seiner Erfahrungen durch eine Lehrtätigkeit und freute sich auf die Vorlesungen über vergleichende Geographie, die er von Anfang 1894 ab in der Université Libre in Brüssel, nach deren schon 1892 erhaltener Einladung, halten sollte.

Da traten sein weiteres Leben störende Ereignisse ein. Anlässlich VAILLANT's Attentat gegen die Kammer (Dezember 1893) war ein Neffe R.'s einer geradezu wütenden Polizeiverfolgung ausgesetzt, deren Grundlosigkeit sich längst ergeben hat. Bei ÉLISÉE wurde damals gehaust (1. Januar 1894) und ELIE wurde für einige Stunden von der Polizei mitgenommen. Das waren an sich Kleinigkeiten; aber Ängstlichkeit ergriff die Professoren in Brüssel sowie die große Firma HACHETTE, deren einstige Leiter sich nicht gefürchtet hatten, ein Riesenunternehmen wie die „Geographie“ dem Com-munard R. anzuvertrauen, die aber jetzt glaubte, ihre Beziehungen zu dem Anarchisten R. mit Rücksicht auf ihre Klientel lockern zu müssen, was natürlich den Abbruch der langjährigen Beziehungen zur Folge hatte. Daß „L'Homme et la Terre“ erst so spät und unter für R. wenig angenehmen Verhältnissen erscheinen konnte, ist die Folge dieser Kleinmütigkeit. Ebenso sah sich die Université Libre in Brüssel bemüßigt, R.'s Vorlesungen zu verschieben, ohne ihn auch nur zu befragen, was zu Studentendemonstrationen, dem Austritt der freisinnigen Professoren und der Gründung der Université Nouvelle (1894) führte. R. begann seine Vorlesungen im Lokal einer Freimaurerloge (2. März 1894) und wirkte bis zu seinem Tode für die Université Nouvelle, speziell für das von ihm gegründete Institut Géographique¹⁾. Diese von manchen Reisen (London, Schottland, Algier etc.) unterbrochenen elf Jahre in Brüssel waren arbeitsreich und alle freiheitlichen Kreise, viele Künstler und die Universitätsjugend waren in vielfachen Beziehungen mit R. und empfingen seine Anregungen. Aber diese Jahre brachten neben dem Tod seiner jüngeren Tochter, auch manche Enttäuschungen und Aufregungen, wie aus dem Briefwechsel (Band III) näher ersichtlich ist, und R.'s so feste Gesundheit wurde durch ein quälendes Herzleiden erschüttert, dem er Anfang Juli 1905 erlag. So lange er sich aufrecht erhalten konnte, war er für seine Ideen tätig und arbeitete an seinem Werk; wenige Monate vor seinem Tode, im Winter 1905, erschien er zum letztenmal in der Öffentlichkeit, um in einer Pariser Versammlung für die Freiheit Rußlands einige Worte zu sprechen; er mußte wegen Herzschwäche nach einigen Worten verstummen. PAUL R.'s Brief an P. KROPOTKIN, der den Briefwechsel schließt, schildert seinen sanften Tod.

1) Eine Liste seiner wissenschaftlichen Publikationen fehlt; seine Schwester, die Herausgeberin der Correspondance, besitzt eine wohl einzige Sammlung derselben, deren Umfang beträchtlich ist.

Daß es von Interesse ist, den Äußerungen eines solchen Mannes in seinem intimen Briefwechsel zu folgen, bedarf keines Beweises; was die anarchistischen Ideen betrifft, so sind sie in wenigen Büchern zu, ich möchte sagen, so vielfältiger Blütenpracht gebracht, wie in vielen Stellen dieser Briefe, in denen der wirkliche Kern vieler Probleme ohne alles Beiwerk mit der R. eigenen Klarheit behandelt wird. Ein anderer mag diese zerstreuten Blumen zu einem System ordnen; ich will nur einige von ihnen pflücken:

„l'anarchiste . . . qui est-il, si non celui qui ne reconnaît pas de maître et qui s'interdit d'être le maître de personne. C'est l'homme qui met toute son ambition, tout son devoir à vivre parmi des égaux, sans ordre à donner ni à recevoir.“ (8. Juli 1882.)

„Le respect de la personne humaine doit être complet, mais complet aussi le sentiment de la solidarité de chacun avec tous. Je ne puis m'imaginer l'anarchie sans le communisme. — Vous me demandez si dans cette commune, des compagnons garderaient quelque propriété privée. Il serait facile sur ce chapitre de jouer sur les mots; mais d'une façon générale, je réponds: Non. Le capital est commun, la terre est commune, les machines, les bibliothèques sont à tous. Ce qui n'empêchera pas l'artiste d'avoir son crayon favori et le poète de relire son Shakespeare. Tout ce qui est la simple expansion de l'individu reste à l'individu.“ (4. November 1887.)

„Que chacun agisse conformément à sa nature, et que de la diversité des efforts naisse l'action commune. Pas de mot d'ordre. Que chacun soit à lui-même son propre conseiller. (9. Juli 1890.)

„Ne jugeons point . . ., ne moralisons point . . ., ne prédisons pas . . ., ne nous ingérons point à organiser avant que l'organisme naisse de soi-même. N'épanouissons pas la fleur de force: elle s'ouvrira bien d'elle même si la vie la pénètre.“ (7. Juni 1892.)

„Vous me dites que mon „poème“ (die in dem Artikel der Contemporary Review „Anarchy by an Anarchist“, Mai 1884 ausgesprochenen Ansichten) n'est pas réalisable, c'est un rêve. A ceci, je commence par vous répondre que, s'il en était ainsi, il y aurait encore lieu de préférer ce beau rêve au vilain rêve, au cauchemar de la société actuelle, car cette société, vous le reconnaissez, n'a point d'état, d'organisation, de réalités avouables. . . . Mais, de ce que la société actuelle est impossible et peut être qualifiée de constant and perpetual failure, aussi bien dans son ensemble que dans ses groupes nationaux ou familiaux, cela ne prouve pas, je l'avoue que notre rêve d'équité soit réalisable. Cela est vrai. Aussi, je réponds simplement: ou bien nous pouvons réaliser ce rêve pour la société tout entière; dans ce cas, travaillons avec énergie. Ou bien nous ne pouvons le réaliser que pour un petit nombre; dans ce cas, travaillons encore. Pourquoi

ne pas faire fleurir une petite oasis de paix, de respect mutuel, d'égalité au milieu de l'immense désert?" (6. Juni 1884.)

„Vous me demandez aussi: comment créer cette douce oasis de paix et d'harmonie entre hommes qui se sentent égaux et qui travaillent de concert à l'avènement de la justice? C'est en nous aimant, en nous appuyant les uns sur les autres par la propagande et l'encouragement. Nous sommes éloignés, mais une lettre, un mot, la conscience que l'on pense et l'on sent d'accord nous font du bien et nous fortifient à travers l'espace. La pensée que j'ai des amis en Italie, en Hongrie, en Angleterre, en France, en Afrique, me rend heureux: sans eux, je serais une chose; avec eux, je suis un homme" (1884.)

„Les pays où les anarchistes sont le plus nombreux sont ceux où les esprits ont été depuis longtemps libérés des préjugés religieux et monarchiques, où les précédents révolutionnaires ont ébranlé la foi dans l'ordre établi, où la pratique des franchises communales a le mieux accoutumé les hommes à se passer de maîtres, où l'étude désintéressée développa des penseurs en dehors de toute coterie. Là où ces conditions diverses se rencontrent, là naissent les anarchistes. C'est en France d'abord, puis dans la Catalogne, dans l'Italie du Nord, à Londres, chez les Allemands des Etats-Unis, dans les républiques hispano-américaines, en Australie, que l'anarchie a le plus d'adeptes. La race n'y est pour rien, c'est l'éducation qui est tout." (2. Juni 1888.)

Anlässlich eines Artikels der „Temps nouveaux“ „qui nous parlait de la lutte contre le cléricisme, contre le christianisme, comme d'importance secondaire dans la grande bataille économique“: „N'y a-t-il pas là une erreur de jugement? Historiquement, la terreur de l'Inconnu, origine de la religion, me paraît avoir précédé le régime de la propriété privée. Si l'homme a tant de peine à se révolter contre l'Injustice, c'est qu'il se sent toujours dominé par le mystère.“ (25. December 1899.)

„La propriété privée, voilà le vol! Si un restituteur y touche, animé de l'esprit de justice et de solidarité, je n'y trouve point à redire. Moi-même, j'agis autrement par nature, par habitude, par tendance personnelle, mais de quel droit dirais-je: „Imitez-moi dans ma façon d'agir“? Ce n'est pas à moi à parler en modèle.“ (1887.)

„Quand un homme isolé, emporté par sa colère, se venge contre la société qui l'a mal élevé, mal nourri, mal conseillé, qu'ai-je à dire? C'est la résultante d'horribles forces, la conséquence de passions fatales, l'explosion d'une justice rudimentaire. Prendre parti contre le malheureux pour justifier ainsi d'une manière indirecte tout le système de sclérotasse et d'oppression qui pèse sur lui et des millions de semblables, jamais.“ (1887.)

„De même tout opprimé, tout malheureux, tout homme privé de soleil et d'air, de liberté on d'étude, tout être lésé dans son existence et dans son droit, tous ont droit à lever la main contre l'opprimeur. Un très petit nombre le fait, parceque la bonté, la sympathie humaine, l'esprit de solidarité l'empêchent, mais le droit stricte n'en subsiste pas moins. Bien plus, le malheureux de par la faute d'autrui a droit contre moi, qui suis un heureux et d'avance, je dirai: c'est bien fait!“ (13. December 1893.)

„Ce que je dis de Ravachol? Mais ce que vous en dites vous-même [A. Perrare]. — Un acte, quel qu'il soit, n'a aucun sens par lui-même: il n'en a que par le volonté de l'auteur. C'est à Ravachol de nous expliquer le sens de ses actes et il l'a fait. Nous n'avons rien à lui demander de plus. Quant au caractère de l'homme, il est d'une puissance remarquable et je l'admire: il a tout, la force, la droiture, la simplicité, la noblesse, et par dessus tout la bonté. Je trouve que cet homme est parmi les plus grands du siècle. — Je ne saurais vous dire combien l'attitude de nos camarades Simon, Etiévant, Fougoux, Moineau et tant d'autres m'emplit de joie. Ouvrez un livre d'histoire, vous en lirez des centaines de pages sans que durant le récit d'un siècle, vous trouviez un homme, et dans le tas des anarchistes, ici, sous nos yeux, vous trouvez déjà les caractères par dizaines. J'y vois une preuve que les idées élèvent les caractères. C'est parceque ces hommes ont raison qu'ils sont si beaux. Il est vrai que la noblesse des caractères les a aidés à professer leurs idées“ (10. August 1892.)

In Bezug auf einen Artikel der „Temps Nouveaux“: „Il n'est pas mauvais qu'une voix nous rappelle à nous, moralistes et moralisateurs, que nous aussi nous vivons de vol et de rapine et que, personnellement, nous avons à nous nettoyer tous. Je prends ces observations non comme une insulte, mais comme une leçon à méditer. Dans la société d'injustice, de caprice où nous vivons, nous sommes, malgré nous, solidaires de tout le mal qui se fait. A nous de tenter l'assainissement par la Révolution: il n'y a pas d'autre voie“. (29. November 1891).

„Pour ma part, j'embrasse aussi les animaux dans mon affection de solidarité socialiste. Mais je me dis aussi: Toute chose se fait par degrés et les premiers devoirs commencent autour de nous! Réalisons la justice dans le cercle le plus vaste qu'il nous sera possible de le faire: dans le cercle civilisé d'abord, puis dans le cercle humain. Toute réalisation d'un idéal partiel nous rendra plus sensibles, plus délicats pour la réalisation future d'un idéal plus grand... Ma ferme confiance est que notre société harmonique doit embrasser non seulement les hommes, mais tous les êtres ayant conscience de leur vie. Où est la limite? Je l'ignore, seulement, je sais qu'elle est au-delà des animaux que tuent nos chasseurs et qu'égorgent nos bouchers. Je ne comprends pas le meurtre d'un animal ou d'un homme, je ne fais une différence que lorsqu'il s'agit de défense personnelle ou sociale“ (1884).

„Quant aux animaux, ce sont des frères; il faut les élever, les développer, les aider comme des camarades et devenir leurs compagnons solidaires“ (1887).

„Partant de l'idée que toute loi, tout gouvernement sont de nature à corrompre les hommes et que, pour retrouver la source de toute bonne initiative, il faut faire appel à chaque individu en particulier et lui laisser sa liberté complète, telle qu'il la conçoit, nous pouvons nous attendre à ce que le mode d'agir diffère singulièrement suivant les personnes. . . Vous et moi, je le sais, nous avons la ferme volonté d'être parmi ceux qui ont l'intention d'agir par le renoncement, le dévouement personnel, l'affection envers tous, amis et ennemis; mais n'oublions pas non plus nos alliés sauvages, les farouches égalitaires, les justiciers bruyants qui n'ont pas encore appris à parler notre langage“. (3. Januar 1887.)

„Ils [die Naturforscher] sont bien tenus de déclarer aussi que la cellule, comparable à l'homme dans la société, s'associe et se dissocie sans cesse, voyage sans fin dans l'immense torrent de la vie, alternativement nourriture, sang, chair et pensée. . . Quoi que vous fassiez, vous agirez toujours comme une libre cellule voyageuse, vous ne consulterez que vous-même pour sentir et penser. N'acceptant les idées d'autrui qu'après les avoir rendues vôtres, n'ayant point de maître, vous êtes bel et bien anarchiste. Laissez les autres l'être aussi. Au fond, l'anarchie n'est que la tolérance parfaite, la reconnaissance absolue de la liberté d'autrui. Et si l'humanité peut se débarasser de tous ses éducateurs, prêtres, académiciens, polytechniciens et rois, si elle ne périt pas comme une fleur avortée, son épanouissement sera l'Anarchie entre Frères“ (an Professor Georges Renard, 2. Juni 1888).

Genug der Auszüge. Die Herausgeberin hat der Erinnerung an ihren Bruder ein schönes Denkmal gesetzt, und ich möchte nur wünschen, daß sie uns noch viele weitere Briefe geben und uns auch ihre persönlichen Erinnerungen (sie stand ihm besonders in den Brüsseler Jahren zur Seite) nicht vorenthalten möge.

Literaturbericht.

Dr. JOHANN PLENGE, Marx und Hegel. Tübingen, Laupp 1911. 8°. 184 S. (4 M.).

HEGEL ist die Mode von morgen. Von allen Seiten her wird die Arbeit in Angriff genommen, den Schutt abzutragen, den vulgäre Mißdeutung über das Werk des Denkers gelagert hat. Erkenntniskritiker, Rechtsphilosophen und Theologen bemühen sich, eine Beziehung zu HEGEL zu gewinnen. Noch hört jeder von ihnen aus der „grotesken Felsenmelodie“ der HEGELSchen Dialektik andere Töne. Aber so verschieden die Frage beantwortet wird, was HEGEL uns sein könne, ist doch allen diesen Antworten das Streben gemein, der Kern der HEGELSchen Philosophie dem Denken unserer Zeit wieder einzuverleiben. Die Geschichte des Sozialismus kann aus diesen Arbeiten manchen Gewinn schöpfen; aber auch diese Arbeiten aus der Geschichte des Sozialismus. „Was wüßten wir von HEGEL, wenn KARL MARX nicht gewesen wäre?“ fragt P. mit Recht (S. 176). Denn der Schüler HEGELS, der von allen am mächtigsten in unsere Zeit hereinwirkt, ist uns in der Tat „ein unentbehrliches Vermittlungsglied zwischen uns und unserer philosophischen Vergangenheit“ (S. 137). Die Aufhellung des Verhältnisses zwischen MARX und HEGEL ist also ein gemeinsames Bedürfnis der Geschichte des Sozialismus und der Geschichte der Philosophie. Darum ist es erfreulich, dass die Zahl der Arbeiten an diesem Gegenstande wächst. Zu MAX ADLER, KOPPEL, HAMMACHER hat sich nur PLENGE gesellt.

Handelte es sich nur um die Frage, wie HEGEL für den jungen, 24jährigen MARX die Brücke zu den ihm eigentümlichen Erkenntnissen gewesen, so wäre die Antwort unschwer gegeben. Man muß nur HEGELS Einleitung zu seinen Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte neben MARXENS Kritik der HEGELSchen Rechtsphilosophie legen, um diese Beziehung zu erkennen.

Nach HEGELS Lehre ist die Freiheit der Endzweck der Geschichte. Der Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit vollzieht sich durch den Kampf der Individuen gegen einander, die durch ihre Bedürfnisse, Interessen, Leidenschaften in Gegensatz zu einander gesetzt sind. Es ist die List der Vernunft, sich der für ihre subjektiven Zwecke kämpfenden Individuen als ihres Mittels zu bedienen, um ihren objektiven Zweck zu erreichen, der von all den sub-

jektiven Zwecken verschieden ist. Dieser Zweck der Geschichte kann aber nur darum erreicht werden, weil auch das Bewußtsein des einzelnen kämpfenden Individuums eine Erscheinungsform des Geistes ist, im Keime also bereits all das enthält, was im Verlaufe des geschichtlichen Prozesses durch den Kampf der Individuen zur Entfaltung kommt. MARX gibt nun diesem Gedanken HEGELS nähere Bestimmung, indem er an die Stelle der kämpfenden Individuen die kämpfenden Klassen setzt. Wie HEGELS Individuen sind MARXENS Klassen durch ihre Bedürfnisse, Interessen, Leidenschaften bestimmt. Aber wie nach HEGEL wird auch nach MARX durch diese Kämpfe ein objektiver Zweck verwirklicht, der von den subjektiven Zwecken der Kämpfenden verschieden ist: der „Verein freier Menschen“, der ihm an die Stelle des HEGELSCHEN Staates tritt. Und wie nach HEGEL der Fortschritt der Freiheit aus den Kämpfen der Individuen nur darum hervorgehen kann, weil das zu Entwickelnde im Bewußtsein der Kämpfenden schon im Keime enthalten ist, so kann auch nach MARX der Klassenkampf nur darum zur menschlichen Emanzipation führen, weil die bürgerliche Gesellschaft aus sich eine Klasse erzeugt, in deren Daseinsbedingungen die Emanzipation von der bürgerlichen Gesellschaft schon im Keime enthalten ist: „eine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, ein Stand, welcher die Auflösung aller Stände ist“.

Zur Darstellung dieser Fortentwicklung der HEGELSCHEN Geschichtsphilosophie durch den jungen MARX hat P. einiges beigetragen. Ist seine Darstellung dieses Zusammenhanges zwischen den beiden Denkern weder erschöpfend noch einwandfrei, so kann sich doch der Leser mancher zutreffenden und geistreichen Bemerkung freuen. Aber damit ist das Problem „MARX und HEGEL“ doch keineswegs gelöst. Vorerst ist der Gedanke, daß die Geschichte durch den Kampf der Individuen für ihre subjektiven Zwecke ihren objektiven Zweck erreiche, überhaupt nicht HEGEL eigentümlich; er ist ein gemeinsamer Besitz der deutschen Philosophie von KANTS „Ideen zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ bis zu WUNDT'S Lehre von der „Heterogonie der Zwecke“. Überdies aber ist dieser Gedanke für MARX doch nur die Brücke gewesen, die ihn aus der Welt des absoluten Idealismus in den empirischen Realismus seiner späteren Geschichtsbetrachtung herübergeführt hat; sobald er diesen Boden erreicht hatte, ist die „List der Vernunft“ aus seinem Gedankenbau vollständig ausgemerzt worden, das Proletariat ist ihm nun kein Agent des Weltgeistes mehr. Soll also die Hegelei nicht bloß „eine Jugendsünde“ MARXENS gewesen sein (S. 18), so müssen ganz andere Beziehungen zwischen MARX und HEGEL aufgesucht werden. Hier aber, in ihrer vornehmsten Aufgabe versagt P.'s Darstellung vollständig.

P. hat HEGELS Philosophie der Geschichte neben MARXENS Kritik der HEGELSCHEN Rechtsphilosophie gelegt, um die Beziehung zwischen den beiden Denkern aufzudecken. Aber so fand er doch nur das Verhältnis des jungen, noch in der idealistischen Spekulation verstrickten MARX zu seinem Meister.

Das Verhältnis des reifen MARX zu HEGEL aufzuzeigen, hätte er MARXENS „Kapital“ neben HEGELS „Logik“ legen müssen. Dann wären ihm Analogien der Darstellungsweise aufgefallen, die mehr als das Problem „MARX und HEGEL“ aufzeigen; die wirklich zeigen, was HEGEL uns noch sein kann; Analogien, aus denen sichtbar werden kann, was uns als dauernder Besitz bleibt, wenn wir HEGELS Denkmethode ihrer ontologischen Hülle entkleiden. Aber diese Beziehung zwischen MARX, dem reifen MARX und HEGEL hat P. überhaupt nicht gesehen. Er sucht auch im reifen MARX immer noch die Vorstellung, daß das „mechanische Einzelgetriebe“ der Produktivkräfte und der Klassenkämpfe nur ein Werkzeug der sozialen Vernunft sei, und da er sie nicht findet, meint er, der MARX des „Kapitals“ sei ärmer als der MARX von 1842. Ein Mißverständnis, das doch nur darin begründet ist, daß P. in MARX den Grundgedanken der HEGELSCHEN Geschichtsphilosophie statt der Methode der HEGELSCHEN Logik sucht.

Trotz alledem bleibt P.s Buch ein Verdienst: das, den Sprachschatz der philosophischen Kritik recht wesentlich bereichert zu haben. „Verblödetes Schlagwort“, „Gedankenlosigkeit“, „Charlatanerie des ekstatischen Träumers“, „doktrinärer Dilettant“, „vierschrötiges Dogma“, „poetische Raserei“, „demagogisches Drum und Dran“, „dumme und grauenhaft barbarische Phantasie“, „verbohrte Übertreibung“, — das sind einige Beispiele für die Kennzeichnung MARXSCHER Denkarbeit durch P. Wir wollen ihm das Verdienst nicht absprechen, daß er die Phraseologie des Reichsverbands zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in die Sprache der Wissenschaft eingeführt hat.

Wien.

OTTO BAUER.

Dr. EUGEN FRIDRICHOWICZ, Grundriß einer Geschichte der Volkswirtschaftslehre. München und Leipzig, Duncker & Humblot, 1912. gr. 8° VII—267 S. (Geb. 6 M.)

Auf dem Titelblatt des angezeigten Buches flammt uns das „Leitwort“ entgegen: „Das Schwerste leicht und faßlich sagen, Heißt aus gediegenem Golde Münzen schlagen!“ Hypertrophisches Selbstbewußtsein — fragt man sich zweifelnd, da man es liest — oder naiv-mißverständliche Umkehrung des alten Spruches: Gute Ware lobt den Meister? Noch nachdenklicher gestimmt wird man durch die Breittretung des Leitwortes in der Vorrede. Er wolle, erklärt Herr F. dort, „in dem Umfang eines Grundrisses eine erschöpfende Geschichte der Volkswirtschaftslehre bringen“ und habe „dies Ziel zu erreichen gesucht durch eine kurze, präzise, jedes unnütze Wort meidende Sprache, durch eine scharfe, jede Wiederholung ausschließende Disposition, durch eine gedrängte, ja gepreßte, nur immer das Charakteristische hervorhebende Darstellung, nicht aber indem (er) dem Stoff selbst Abbruch tat“. Habe er ja vielmehr diesen noch durch den neuen Versuch

erweitert, „die Volkswirtschaftslehre in enge Beziehung zur Wirtschafts-„geschichte zu bringen (und) zu zeigen, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse „die Forderungen der Volkswirtschaftslehre erzeugen und wie andererseits diese auf jene wirken“. Und all das auf Grundlage steter Eigenforschung! Denn „Bücher zu besprechen, in die er nicht selbst einen Einblick zu nehmen „vermochte, konnte er sich nicht entschließen“. Deshalb seien auch die Erscheinungen in russischer Sprache unberücksichtigt geblieben, da seine „Fähigkeit in bezug auf fremdsprachige Literatur sich auf Griechisch, Lateinisch, „Englisch, Französisch und Italienisch beschränkt“.

Es liegt in der menschlichen Natur, daß angesichts so vieler Vortrefflichkeit Mißtrauen sich regt und die Lust, ihr genauer auf den Grund zu gehen. Namentlich, wenn solche Vortrefflichkeit von Flecken des Undankes nicht frei scheint. Jede geistige Arbeit beruht auf vorangegangener. Eine gewisse Pietät gebietet daher, diese — wenigstens in ihren Hauptvertretern — aus der Erinnerung der Menschen auch dann nicht ganz zu tilgen, wenn man selbst sie weit überholt hat. Vergeblich aber wird man im „Grundriß“ nach einer speziellen Bibliographie von literaturgeschichtlichen Werken nicht etwa über Teilgebiete der politischen Ökonomie oder ihrer Sonderentwicklung in Zeit und Raum, sondern auch nur allgemeinsten Art suchen. Dies mag jedoch noch hingehen. Nicht minder, daß ältere Historiker der Nationalökonomie wie ADOLPHE BLANQUI, JULIUS KAUTZ, ROBERT VON MOHL überhaupt nicht genannt werden. Auffälliger schon ist es, daß u. a. A. auch vollständig verschwiegen werden: A. ESPINAS, *Histoire des doctrines économiques* (o. J.); HECTOR DENIS, *Histoire des doctrines économiques et socialistes* (2 Bde. 1904/07); HUGO EISENHART, *Geschichte der Nationalökonomik* (1881, III. Abdr. 1910); L. W. HANEY, *History of economic thought* (1911); JOHN KELLS INGRAM¹⁾, *History of political economy* (1888; deutsch 1890, II. Aufl. 1905) — und sogar „Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert“ (SCHMOLLER-Festgabe. 2 Bde. 1908). Am auffälligsten aber ist, daß auch soweit die Verfasser von Untersuchungen zur Geschichte der Volkswirtschaftslehre genannt werden, meist gerade diese Arbeiten unerwähnt bleiben. Das gilt z. B. ebensowohl von EUGEN DÜHRING wie von AUGUST ONCKEN, von GEORG ADLER wie von MAURICE BLOCK, von CHARLES PÉRIN wie von JOSEPH RAMBAUD, von E. v. PHILIPPOVICH wie von OTHMAR SPANN, von HEINRICH DIETZEL wie von ADOLF DAMASCHKE, von KARL DIEHL wie von STEPHAN BAUER. Das ist kein Zufall und wohl auch nicht ausschließlich durch Unwissenheit zu erklären. Hält man vielmehr die vorangeführten Tatsachen mit der anderen zusammen, daß Herr F. von Vorgängern einzig sich selbst zitiert (in den Anm. S. 48, 63, 71), so erkennt man klar, daß man es mit dem Prinzip zu tun hat: Ihr sollt keine Geschichte der Nationalökonomie kennen außer der F.schen!

1) INGRAM kommt zwar im Namenregister, nicht aber auch im Text vor.

Dieses Prinzip, das darf man nun wohl sagen, ist lediglich ein Ausfluß jener erquickenden Bescheidenheit, die wir bereits aus der Vorrede des Herrn F. kennen, und nicht etwa, wie man meinen sollte, des Undankes gegen seine Vorgänger. Hat er ja von diesen in der Tat recht wenig gelernt. Sonst — und wenn er auch nur das „außerordentlich verdienstvolle, wenn auch „etwas einseitige (?) Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ (S. 214) und das „sehr gut redigierte Wörterbuch der Volkswirtschaftslehre“ (S. 223; richtig: W. d. Volkswirtschaft) zu Rate gezogen hätte — wären unzählige Schnitzer leicht zu vermeiden gewesen.

So z. B. die Verballhornungen von Namen wie: J. BLOCH in Block, CUSUMANO in Cutumano, EFFERTZ in Efferts, KARL KAUTSKY in Kautzky, KOMORZYNSKI in Komorzynski, FEDELE LAMPERTICO in Tedele L., MALATESTA in Maletesta, CHARLES RIST in Riste, THOMAS SPENCE in Spencer etc.

Ferner, daß in einer „erschöpfenden Geschichte der Volkswirtschaftslehre,“ in der es von Namen der unbedeutendsten und gleichgültigsten Zeitgenossen nur so wimmelt, über einen Mann wie DÜHRING nichts weiter zu erfahren ist als: „In Deutschland hat CAREY einen Anhänger in E. D. gefunden“ (S. 114 Anm.), und überhaupt keine Spur zu finden ist von folgenden — aufs Geratewohl herausgegriffenen — Schriftstellern: G. v. BELOW, BUONAROTTI, BURET, CANNAN, CIBRARIO, COLINS, GODWIN, HERRENSCHWAND, HODGSKIN, V. A. HUBER, KOWALEWSKY, **F. A. Lange**, LASPEYRES, LINGUET, LUZZATTI, MALON, RUD. MEYER, PASSY, POEHLMANN, SCHLETTWEIN, **Sonnenfels**, **Lorenz v. Stein**, WILL. THOMPSON, **Vauban**, VILLERMÉ, SIDNEY und BEATRICE WEBB, ARTH. YOUNG.

Sodann hätte Herr F. auch leicht feststellen können, daß — wie vielfach schon Studenten in jüngeren Semestern bekannt zu sein pflegt — erschienen sind:

	um	nicht	sondern
MORUS, Utopia	um	1525	1516
HORNICK, Österreich über alles		1654	1684
JOH. JOACH. BECHER, Politischer Diskurs		1672	1667
MORELLY, Les îles flottantes	um	1750	1753
„ Code de la nature	um	1755	1755
MABLY, Doutes proposés	um	1770	1768
„ De la législation	um	1775	1776
BRISSOT de WARWILLE, Recherches philosophiques, um		1789	1780
SISMONDI, Nouveaux principes		1818	1819
AUG. COMTE, Cours de philosophie positive		1839/42	1830/42
CABET, Voyage en Jearie	um	1840	1840
WEITLING, Garantien	um	1840	1842
FRIEDR. ENGELS, Anti-Dühring		1870	1878
„ Ludwig Feuerbach		1873	1888
„ Ursprung der Familie		1877	1884
„ Entwicklung des Sozialismus		1883	1882

	nicht	sondern
SCHÄFFLE, Bau und Leben	1872	1875/78
CUNNINGHAM, Growth of english industry	1882	1890/92
ANT. MENGER, Recht auf den vollen Arbeitsertrag .	1875	1886
„ Das bürgerliche Recht	1891	1890(1889).

Die Zahl dieser falschen Datierungen kann beliebig vermehrt werden. Ihr kläglicher Eindruck wird noch verstärkt durch die gleich zahllosen unrichtigen Titelangaben — Unrichtigkeiten, die auch F.s „Fähigkeit in Bezug auf fremdsprachige Literatur“ in seltsamem Licht erscheinen lassen.

Allerdings entschädigt uns Herr F. auf der anderen Seite durch mancherlei Entdeckungen. Sie insgesamt an dieser Stelle auszuschöpfen ist unmöglich. Es sollen aber wenigstens einige hervorgehoben werden.

Woher stammt der Terminus „Politische Ökonomie?“ „Montchrétien de „Watteville — antwortet Herr F. — nannte sein um 1615 erschienenes Buch „Traité de l'Oeconomie und gab dadurch der neuen Wissenschaft ihren „Namen“ (S. 40). Nebenbei wird man noch belehrt, daß besagter „Traité“ so lückenhaft ist, „daß er kein Wort über die Landwirtschaft verliert; „freilich entsprach dies seinem einseitigen sog. COLBERT'schen „Standpunkt“ (ebenda) — unbeschadet des Umstandes, daß COLBERT erst 1619 das Licht der Welt erblickt hat. — Nicht ohne Spannung wird, wer sich für die Entwicklungsgeschichte des Sozialismus interessiert, erfahren, daß ein gewisser BOISSEL „um 1550“ einen Staatsroman „Icaria“ veröffentlicht hat (S. 182). Bisher kannte man nur FRANÇOIS BOISSEL († ca. 1807), als Verfasser des „Catéchisme du genre humain“ (1789). — Gleich beachtenswert sind die Mitteilungen von einer — auch ADVIELLE (Histoire de Gracchus Babeuf. Paris 1884. I. Bd. S. 475 ff.: Bibliographie) entgangenen — kommunistischen Schrift BABEUF'S „Bouleversement général dans l'ordre de propriété (um 1795)“; sowie, daß derselbe BABEUF „auch dadurch berühmt „ist, daß er im Jahre 1795 . . . mit einem Bund der Gleichen (Confédération des Égaux) einen Aufruhrversuch . . . machte“ (S. 182 f.). Darnach wäre also die allgemeine Annahme irrig, daß BABEUF'S Aufruhrversuch erst in die Zeit nach Auflösung des Panthéon-Clubs (29. II. 1796) fällt und daß die Verhaftung der Verschworenen am 10. V. 1796 stattgefunden hat. — Mit Freude werden ANTON MENGER'S Freunde und Verehrer hören, daß der seit dem 6. II. 1906 als todt Beklagte „im Ruhestande“ lebt (S. 168). — Wem wird nicht die Tatsache neu sein, daß das 1848 von MARX und ENGELS verfaßte Kommunistische Manifest „mit den Worten begann: Proletarier aller „Länder einigt euch“ (S. 162)? — Außerdem aber sei den MARX-Biographen noch zur Kenntnis gebracht, daß MARX nach seinem mißlungenen Habilitationsversuch in Bonn „sich ein altes, angesehenes rheinisches Blatt, die Rheinische Zeitung kaufte, sie aber in so radikalem Sinne redigierte, daß die Regierung sehr bald das weitere Erscheinen verbot“ (S. 161 f.). In diesem Sinne sind also die Daten zu korrigieren: daß die „Rheinische Zeitung“

erstmalig am 1. I. 1842 erschienen, seit dem X. 1842 unter MARX' Oberleitung gestanden, zum 1. I. 1843 von der Regierung eingestellt und nach einer 3monatlichen, durch MARX' Rücktritt erkauften Galgenfrist endgültig unterdrückt worden ist.

Wer eine Vorstellung von der „wirtschaftsgeschichtlichen“ Fundierung der Dogmengeschichte bekommen will, lese einmal die Schilderung der Aufhebung des „régiment (!) féodal“ (S. 80). — Kennzeichnend für den F.schen Stil wieder sind etwa Sätze wie: „Der Krummstab hatte geglaubt, durch „die Macht der religiösen Beherrschung der Geister seine Herrschaft sichern zu können“ (S. 161). Oder mit Bezug auf den Eindruck von MARX' Schreibweise auf die Massen: „... Gerade das, was uns Gebildeten verschroben vor- „kommt, regt die Arbeiter zum Nachdenken an, weil sich ihnen beim Lesen „gewissermaßen eine kalte Gänsehaut über den Rücken zieht“ (S. 167).

Mit all dem ist jedoch die Originalität des Grundrisses nicht erschöpft. Neu ist auch seine Systematik¹⁾.

„Bisher — doziert Herr F. in der Vorrede tadelnd — kannten alle Dar- „stellungen, wenn es hoch kam, 7 Schulen: den Merkantilismus, den Physio- „kratismus, den Smithianismus, den Romantizismus, den Sozialismus, die „Soziologen und die Historische Schule“. Das ist natürlich viel zu wenig. „Deshalb unterscheidet Herr F. „abgesehen vom Altertum und Mittel- „alter zunächst 4 Richtungen“: I. den Merkantilismus, II. den Rationalismus, III. die Soziologen, IV. den Historismus, und gliedert sodann:

I. „schon ... innerhalb des Merkantilismus ... die sich geltendmachenden „Strömungen ... , was alle bisherigen Darstellungen vermissen ließen“; sodann

II. den Rationalismus „zunächst in 3 Hauptrichtungen“: A. den individualistischen, B. den populationistischen, C. den anti-individualistischen.

A. Der individualistische Rationalismus wieder zerfällt in:

1. den physiokratischen, 2. klassischen, 3. anarchistischen;

C. der antiindividualistische aber in a) „den auf dem Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung stehenden“, und b) „den die heutige Staats- und Wirtschaftsordnung bekämpfenden“;

a) der auf dem Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung stehende seinerseits ist untergruppiert in den: α) merkantilistischen, β) religiös-ethischsozialen, γ) psychologischen und δ) mathematischen;

1) Die nachfolgenden Bezeichnungen mit Buchstaben und Ziffern sind — der Übersichtlichkeit wegen — vom Ref. beigelegt.

b) der die heutige Staats- und Wirtschaftsordnung bekämpfende in den α) föderalistischen, β) sozialistischen, γ) kommunistischen und δ) agrarsozialistischen.

III. Bei den Soziologen bildet F. 5 Gruppen: 1. die Methodologen, 2. die Deskriptiven, 3. die Biologen, 4. die Pragmatiker, 5. die Spezialisten.

IV. „Die Historiker (teilt er) in (A) die alte und (B) die neue Schule, „außerdem sucht (er) zu zeigen, wie in jedem Lande die historische „Schule noch wieder besondere Gruppen erzeugt hat“. Eine Ausnahme von dieser Unterteilung machen jedoch Deutschland, Amerika und Rußland. Die beiden letztgenannten Länder, weil „hier die nationalökonomische „Literatur noch zu schwach vertreten ist, als daß man außer den Haupt- „richtungen noch Unterabteilungen machen könnte“; Deutschland aber, weil es hier „wohl führende Gelehrte aber keine Schulen gibt“ und „übrigens auch der „Unterschied zwischen der älteren und der „neueren historischen Schule . . . mehr in der Art, wie die betreffenden „Gelehrten ihre Kollegs (!) halten, als in der Literatur zutage tritt“.

Wem fele nicht angesichts solcher Stoffgliederung die lustige Persiflage gelehrter Systematisierungssucht durch HEINRICH HEINE im „Buch Legrand“ ein? Freilich ist diese Systematisierungssucht das einzige „Gelehrte“ am F.schen Grundriß. Zudem versagt sie noch, wie wir gesehen haben, am Schluß, so daß Herr F. sich „damit begnügt hat, die jüngere deutsche „(historische) Schule im allgemeinen zu charakterisieren, ohne (sich) darüber „auszusprechen, wer der älteren oder der jüngeren Schule angehört, und die „deutschen Nationalökonomien der historischen Schule dann alphabetisch (!) „aufzuführen“ und zwar 24 Namen als „bedeutendste Vertreter“ (S. 212/222), 67 als „weitere erwähnenswerte Vertreter“ (S. 222/28) und 14 als bloß „weitere Vertreter in der Gegenwart oder jüngsten Vergangenheit“, die denn auch in eine Anmerkung (S. 228/29) verwiesen erscheinen. Bei den wenigsten sind ihre Titel vergessen, wohl aber bei den meisten die Angabe ihrer — auch nur bedeutendsten — Schriften. Sie wird durch die *clausula generalis*: „schrieb über . . .“ oder „seine Hauptarbeitsgebiete sind . . .“ ersetzt. Mitunter folgt auch noch — hier wie in den anderen Kapiteln — eine patzige Bemerkung, z. B.: GEORGES WEILLS Werke „kommen der Vorliebe der Franzosen zur L^ég^érit^é (soll heißen l^ég^ér^ét^é) bis zum Anekdotenhaften entgegen“ (S. 238); W. T. ASHLEYS „Surveys historic and economic . . ., eine Art Philosophie der Wissenschaftsgeschichte . . . mußte bei allem Fleiß und allem „Aufwand von Geistreichigkeit schnell der Veraltung infolge der weiteren „Forschung verfallen. Es macht immer einen traurigen Eindruck, hoch- „bedeutsame Gelehrte infolge von Ungeduld sich auf Irrwegen bewegen zu „sehen“ (S. 248); EHRENBERG, „ein fleißiger aber wenig wissenschaftlicher „Arbeiter“ (S. 223); MALATESTA, „der — echt italienisch — die Propaganda „des Dolches lehrte“ (S. 109); die Österreichische Schule . . . hat uns

„nicht einmal eine für die österreichischen Verhältnisse ihrer Zeit zutreffende „Volkswirtschaftslehre geliefert; ihre Untersuchungen über den Wert bieten „uns vielmehr nur die Beschreibung der privatwirtschaftlichen Motive der „Wiener Wochenmarktsbesucher . . .“ (S. 130).

Nach dem bisher Gesagten ist es wohl überflüssig, sich noch näher mit dem Inhalt des „Grundrisses“ zu befassen. Am wenigsten aber würde dies mit Bezug auf die Darstellung der sozialistischen Theorien und Bewegungen (denn auch diese letzteren werden S. 175/181 behandelt) sich lohnen. Nur des Registers sei noch gedacht, das bei zahlreichen Stichproben sich als gänzlich unzuverlässig erwiesen hat.

Wenn überhaupt an die Anzeige dieses jämmerlichen Machwerkes, dessen Wertlosigkeit nur mit der Anmassung seines Verfertigers einen Vergleich aushält, so viel Mühe und Raum gewendet wurde, so geschah dies aus zwei Gründen. Erstens, um vor dem „Grundriß“ eindringlichst zu warnen. Sodann aber und hauptsächlich, eben deshalb auch so ausführlich motiviert, als Appell an den Verlag, der es unglücklicherweise herausgebracht hat. Der Name der Firma DUNCKER & HUMBLOT ist seit vielen Jahren auf das innigste und ehrenvollste mit der Entwicklung der Staatswissenschaften in Deutschland verknüpft. Er bedeutet gleichermaßen einen Anreiz zur Anschaffung ihrer Verlagswerke wie eine Bürgschaft für deren wissenschaftlichen Charakter. Um so mehr sollte sie sich daher beeilen, den „Grundriß“ sofort aus dem Buchhandel zu ziehen, damit Irreführung und Schädigung der Käufer und namentlich von solchen aus den Kreisen der Studierenden hintangehalten werde.

Wien.

CARL GRÜNBERG.

FRANZ OPPENHEIMER, Die soziale Frage und der Sozialismus. Jena, G. Fischer, 1912. 8°. 188 S. (1.20 Mk.)

O. wirft mit diesem Buche den marxistischen Theoretikern den literarischen Fehdehandschuh hin, um eine kontradiktorische Auseinandersetzung über die Marxsche Theorie mit ihrem Hauptvertreter KAUTSKY herbeizuführen. In einem vorgedruckten offenen Schreiben wird dieser ersucht, mit dem Verf. „die Klinge zu kreuzen“, und eine Weigerung des provozierten Schülers von MARX für ausgeschlossen erachtet, da es die mathematisch-deduktive Methode des Marxschen „Kapitals“ sei, deren der Verf. sich bediene. Er fordert die strenglogische Nachprüfung seiner Gedankenreihen und die unbedingte Annahme der Konklusion, wenn sich ergebe, daß der Beweis formal unantastbar sei und die Behauptung mit den Tatsachen übereinstimme. Zur Erleichterung sind 16 formulierte Thesen vorangeschickt. Das Buch behandelt im I. Teile die soziale Frage, im II. den Sozialismus. Von seinen 9 Abschnitten sind 5 neu, die anderen 4 sind wenig veränderte ältere Arbeiten.

Gelegentlich wird im Texte das Erscheinen einer neuen Arbeit von O., enthaltend eine eindringendere Darstellung und Kritik der Marxschen Wert- und Mehrwertlehre, angekündigt.

Der I. Teil bildet das Grundgerüst von O.s sozialökonomischer Gesamtanschauung, die er als liberalen Sozialismus bezeichnet. Sozialismus deshalb, weil eine von allem Mehrwert erlöste Wirtschaftsordnung, in der alle Arbeit ihres vollen Ertrages sicher, aus der Grundrente und Kapitalprofit verschwunden sind, geglaubt und erstrebt wird. Liberaler Sozialismus, weil dieses Ziel nicht durch Beseitigung, sondern gerade durch Entfesselung der freien Konkurrenz für erreichbar gehalten wird. Er beruht auf einem unbestrittenen volkswirtschaftlichen Gesetze, wonach die freie Konkurrenz auf die Dauer alle Einkommen entsprechend der Qualifikation ausgleicht, soweit nicht Monopole einspielen, denn diese beruhen gerade darauf, daß die Konkurrenz nicht eingreifen kann. Die Entfernung aller Monopole muß also die Ausgleicheung aller Einkommen und mithin den Zustand des „rationellen Sozialismus“ herbeiführen.

Gegen die „ungeheuerere Autorität“ der Marxschen Lehre wird diese Theorie verteidigt durch den Nachweis, daß die erstere in einigen wichtigen Punkten irre. Das Ziel allerdings wird für beiden gemeinsam erklärt, nämlich die durch die eigene Entwicklungstendenz der kapitalistischen Gesellschaft „von allem Mehrwert erlöste Gesellschaft“. Nur stellt sich O. die innere Ordnung und Gestaltung dieses Sozialismus der Zukunft anders vor als MARX und glaubt an eine viel schnellere Verwirklichung dieses Menschheitsideals als der gläubigste der lebenden Marxisten. Die meisten von uns würden noch Bürger dieses Zukunftsstaates werden. O. zeigt sich also hier als starken Optimisten. „Marxisch“ nennt er ferner die Grundlage seines Werkes, sofern er sich als „rechtgläubigen Bekenner der materialistischen Geschichtsauffassung“ bezeichnet. Auch die rein logische Methode, die Auffassung von Wert und Mehrwert sowie vom Wesen und der Entstehung des Kapitals, ferner die Wertung der kapitalistischen Wirtschaft lediglich als „Mehrwertpresse“, endlich die Ablehnung des Malthusschen „Bevölkerungsgeschwätzes“ bekennt er mit MARX gemeinsam zu haben.

Dagegen trennt er sich von ihm in zwei wichtigen Punkten: in der Reproduktion des Kapitalverhältnisses und in der Lehre vom Wert, die nach O. bei MARX unvollständig ist, sodaß dieser den Mehrwert aus ihr falsch ableite. Was den ersteren Punkt betrifft, so entsteht die „industrielle Reservearmee“ nach MARX, indem die Maschine fortdauernd und in steigendem Maße Arbeiter freisetzt. Dann müsse aber die Industrie viel mehr Arbeiter in die Reservearmee abstoßen als die Landwirtschaft, während das Umgekehrte der Fall sei. So sei z. B. die deutsche Bevölkerung zwischen zwei Zählungen um 14%, die städtische Arbeiterschaft dagegen um 44% gewachsen. Beim zweiten Punkt geht O. von dem von ihm früher entdeckten „Gesetze“ aus, nach dem in den Waren sich gleiche Arbeitswerte austauschen, um in sub-

tiler Darlegung zu dem Schluß zu kommen, daß die Arbeitskraft (gleich Arbeitsvermögen) keinen Wert hat, weil sie keine Ware ist, womit der Marx'schen Mehrwertableitung der Boden entzogen sei. Nur die Arbeitsleistung sei Ware, erhalte aber ihren natürlichen Preis wie jede Ware nur dann, wenn auf beiden Seiten freie Konkurrenz wirken könne und dürfe. In der Regel sei nun aber der Käufer der Arbeitsleistung Monopolist und erhalte darum für seinen Gegenwert, das Lohngeld, einen Mehrwert, dem ein Minderwert des Verkäufers entspreche. Das sei der „Monopollohn“, den der Geldbesitzer trotz MARX im Zirkulationsprozeß gewinne, weil unter einem Monopolverhältnis kontrahiert werde.

Warum ist nun aber jener Käufer Monopolist? Dank dem Klassen-Monopolverhältnis. Damit ist der in allen Werken O.'s weitaus wichtigste Punkt, die Zentralachse seiner Deduktionen, berührt. „Seit drei Jahrhunderten stellt die soziale Sphinx der Menschheit ihre drohende Frage: was ist die Ursache der sozialen Not? Und seit drei Jahrhunderten erklingt immer wieder die gleiche Antwort: Das Monopol. Immer hat der Sozialismus erklärt, das arbeitslose Einkommen, der „Mehrwert“, sei ein Monopolgewinn — und das Eigentum sei ein Monopol.“ Mit diesen einleitenden Sätzen des Buches fixiert O. gleich die Quintessenz des Problems, dessen Lösung zu finden die Aufgabe ist. Aus jeder Seite liest man heraus, daß er sich wegen dieser Übereinstimmung mit dem Sozialismus als Sozialist fühlt. Nur bedauert er es und findet es zugleich unerklärlich, daß MARX das Wort „Monopol“ nur vorübergehend gebraucht, nirgends von Monopolwerten spricht noch Inhalt und Wirkung des Monopols untersucht, obwohl RICARDO u. a. zwischen natürlichen und Monopolwerten unterscheiden und der Sozialismus von jeher das Monopol als Ursache der sozialen Not angeklagt hat. Für O. ist dagegen der Monopolbegriff „der Hauptschlüssel, der alle versperrten Pforten der nationalökonomischen Wissenschaft öffnet“. Ein Monopol ist nach ihm eine wirtschaftliche Vorzugsstellung, die darauf beruht, daß die Konkurrenz nicht frei wirken kann. Dem natürlichen Monopol steht das rechtliche gegenüber, jenes auf natürlicher, dieses auf künstlicher Seltenheit des Monopolprodukts beruhend, und letztere hergestellt durch das öffentliche Recht (bei Patenten usw.) oder durch das private Eigentumsrecht (bei der Sperrung vorhandener Gütermengen und dem z. B. durch Kartellierung geschaffenen Vertragsmonopol). Wird eine Monopolware gegen eine Nichtmonopolware getauscht, so besteht zwischen den Tauschenden ein Monopolverhältnis: der Monopolist bekommt einen Mehrwert (Monopolgewinn), sein Gegner einen Minderwert. Das ist die Ursache allen Mehrwerts. Die soziale Frage ist im Grunde nur die Frage des Mehrwertes. Als wissenschaftliche Frage lautet sie nach seiner Ursache, als praktische nach seiner Beseitigung. Was die — im weitesten Sinne — Arbeitenden alle ausnahmslos von den Werten, die sie schaffen, abgeben müssen, ist Mehrwert. In ihn teilen sich die oberen Klassen und nennen das Grundrente und Kapitalprofit. Früher zwang das

Gesetz die Arbeiter dazu — im Altertum die Sklaven, im Mittelalter die Hörigen. Diese Gesetze bestehen nicht mehr. Die Arbeiter sind jetzt freie Bürger. Nur eine wirtschaftliche Einrichtung, nur ein Monopol kann ihnen daher diesen Riesentribut abzwängen, und zwar muß es eine besondere Art von Monopol sein, nämlich ein gesellschaftliches Klassenmonopolverhältnis, d. h. eine auf dem Konkurrenzausschluß beruhende, sehr breit und tief begründete wirtschaftliche Vormachtstellung der Oberklasse gegenüber der Arbeiterklasse.

Worin steckt nun aber dieses Klassenmonopol? Die Antwort ist aus O.s früheren Werken bereits bekannt: es beruht auf der Monopolisierung des Bodens, ist Bodenmonopol, entstanden durch Sperrung. Die Oberklasse hat die Unterklasse vom Boden ausgesperrt. Der sehr eingehende historisch-statistische Nachweis, daß und wie dies geschehen, füllt fast den ganzen ersten Teil. Damit wird zugleich widerlegt, was „bisher alle Volkswirte geglaubt“ haben: daß nämlich das Bodenmonopol ein natürliches, auf absoluter Seltenheit beruhendes und daß der Boden schon seit Urzeiten für die Bedürfnisse der Menschheit viel zu klein sei. Im speziellen spitzt sich diese Beweisführung auf die Untersuchung zu: wieviel Land braucht eine deutsche Bauernfamilie, und ferner wieviel Land kann sie ohne Hilfskräfte bestellen? Auf beide Fragen wird die Antwort gefunden: durchschnittlich 1 ha pro Kopf und 5 ha pro Familie. Ferner wird festgestellt, daß in Deutschland bei 32 Mill. ha landwirtschaftlicher Fläche und 17 Mill. landwirtschaftlicher Bevölkerung diese letztere vollständig als gedeihliche Bauernfamilie seßhaft gemacht werden könnte und noch immer fast die Hälfte des gesamten Nutzlandes unbesetzt bliebe — eine Fläche, die überaus lange ausreichen würde, dem Nachwuchse der Landbevölkerung Raum zu geben. Und endlich, daß trotzdem weit über die Hälfte aller in der Landwirtschaft hauptberuflich tätigen Deutschen überhaupt kein Land hat. Mindestens 10 von jenen 17. Mill. leben als Proletarier, weil sie entweder zu wenig oder gar kein Land haben.

Aus der Bodensperrung leitet O. nun aber auch den anderen Hauptteil des gesellschaftlichen Mehrwertes, den Kapitalprofit her. Auch dieser ist nur Klassenmonopolgewinn, der mit der Bodensperre steht und fallen wird, ist mittelbare Folge der Grundrente. Denn ohne die Sperrung des Bodens durch das Großgrundeigentum, zu dem O. übrigens auch den großbäuerlichen Betrieb rechnet, würde es keine „freien“ Arbeiter, d. h. keine Menschen, die ihre Arbeit zum Minderwert zu verkaufen gezwungen sind, und mithin auch keinen Mehrwert, keinen Profit und kein Kapital geben, das nichts als „Mehrwert heckender Wert“ ist. Hierfür den Beweis zu erbringen ist der (ältere) II. Abschnitt des I. Teils, „Wesen und Entstehung des Kapitalismus“ bestimmt. Er läuft nach Widerlegung der Bevölkerungsgesetze von MALTHUS und MARX in die Feststellung eines eigenen derartigen Gesetzes aus, wonach der Lohn, den das Großgrundeigentum seinen Arbeitern

gönnen muß, der bisher vergeblich gesuchte Bestimmungsgrund aller übrigen Löhne ist, und ferner, je niedriger er ist, um so höher Rente und Profit sind, und umgekehrt. Dieser Lohn ist aber nicht der des deutschen, sondern der des als Ersatz für die landflüchtigen Arbeiter notgedrungen herangezogenen ruthenischen und russischen „Ackersklaven“. Dieser letztere Lohn bildet mithin das tiefste Fundament des Kapitalismus der ganzen Welt. Denn das Einkommen dieses „Grenzkuli“ ist der Nullpunkt wie der Lohnskala so auch der Lebenshaltung. In ihm wird das „eherne Lohngesetz“ zur traurigen Wahrheit. Diese Kulis strömen kraft der Freizügigkeit nach einem bekannten Gesetz vom Orte des konstanten sozialen Druckes (d. h. an dem das Großgrundeigentum herrscht) in Orte niedrigeren Druckes, also in die industriereichen Städte mit höheren Löhnen ab. Das Großgrundeigentum erscheint dabei nach seiner ganzen Entstehung als ein Fremdkörper, der krankheitszeugend wirkt, als ein noch nicht ausgestoßener Rest aus einer sonst überwundenen Vorzeit. Nicht die zu Unrecht angeklagte freie Konkurrenz, sondern das Großgrundeigentum hat also die Schuld an der sozialen Not. Der Kapitalismus ist nach alledem „ein Bastard aus der widernatürlichen Verbindung der beiden von allem Anfang an feindlichen Mächte, deren Kampf die Weltgeschichte erfüllt, ja bedeutet“: der auf Eroberung ruhenden Herrschaft, die den Feudalstaat und das große Grundeigentum schuf, und der Freiheit.

Aus dieser Lage kann nur eines heraushelfen: das Monopol der Bodensperre ist ein privates Eigentumsrecht, es läßt sich durch Expropriation gegen Entschädigung aufheben. Die große Forderung der Stunde ist daher: innere Kolonisation in größtem Maßstabe und schnellstem Schrittmaß. Ihre Möglichkeiten und günstigen Wirkungen werden eingehend geschildert. Auch hier tritt wieder der starke Optimismus O. s hervor. Das Bodenmonopol wird nach ihm bald unter seinem eigenen Gewichte zusammenstürzen infolge Zunahme der Landflucht und Steigens der Löhne, welche letzteren in absehbarer Zeit den Punkt erreichen müssen, wo die Rente verschwindet, die Rechtsform des Großgrundeigentums damit ihren wirtschaftlichen Inhalt verliert und die wertlos gewordene Position verlassen wird. Ja, diese Entwicklung wird sogar noch sehr verkürzt werden durch die Umwälzung der Agrarverhältnisse Rußlands, dessen ungeheure innere Kolonisation in vollem Gange ist, sodaß es bald keine Grenzkulis mehr hergeben kann. Die Freizügigkeit zerbricht somit zuletzt die Bodensperre, womit der gesellschaftliche Mehrwert verschwindet, und in freier Konkurrenz steuert sich eine neue Wirtschaft des Reichtums und der Gerechtigkeit. — — —

Der hier ganz kurz umrissene kühne Gedankenbau stellt einen vollständigen systematischen Umbau des überlieferten Lehrgebäudes der bürgerlichen Sozialökonomie dar, verbunden mit einer Neufundamentierung großen Stiles. Das neue System wird hier aber nicht zum erstenmal vorgeführt, vielmehr hat O. es in seiner „Theorie der reinen und politischen Öko-

nomie“ (1910) in vollen Zügen und mit allen Einzelheiten der Konstruktion und der Beweisführung entwickelt. Das vorliegende Buch verhält sich zu diesem Werke (von 700 S.) ungefähr wie der Querschnitt zum Längsschnitt. Es ist entstanden aus dem Bedürfnis des Verf., eine Kritik, Durchprüfung im einzelnen und Auseinandersetzung zu erzwingen und wohl zugleich auch durch eine konzentrierte Form der Darstellung zu erleichtern. Der wissenschaftliche Marxismus wird provoziert mit der Beschwerde des Verf. darüber, daß er vom Marxismus seit 18 Jahren ebenso behandelt werde wie einst MARX, nach dessen eigenen Worten, von der deutschen Bourgeoisie, nämlich zunächst durch Todtschweigen, als dies aber nicht mehr anging, durch Anweisung „zur Beruhigung des bürgerlichen Bewußtseins“ unter dem Vorwande einer Kritik.

Nach O. ist die Sozialökonomik ihrer Natur nach in allem Wesentlichen deduktive Wissenschaft. Daher ist er überzeugt, sein System rein deduktiv aus erweisbaren und erwiesenen Prämissen im Wege strenger Logik ableiten und rechtfertigen, alle Einwände auf diesem und nur auf diesem Wege widerlegen zu können. Es ist ihm daher stets und überall um strengste Geschlossenheit der Beweisführung, überhaupt um tadellosen Gebrauch des logischen Schließverfahrens zu tun. Andererseits erscheint ihm alle bürgerliche sozialökonomische Theoretik ebenfalls in deduktiver Beleuchtung, nämlich aus einem obersten Axiom abgeleitet, der „ursprünglichen Akkumulation“, das heißt der alten Anschauung, wonach die Verschiedenheiten von Einkommen und Vermögen und somit auch die sozialen Klassen sich allmählich aus lediglich wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Freien und Gleichberechtigten entwickelt haben. Die Kritiker und Gegner der bürgerlichen Ökonomik hätten diesen Irrtum bekämpft, ohne doch — auch MARX nicht — die wahre Ursache gefunden zu haben. O. will sie in einem politischen Momente von entscheidender Bedeutung, in der Sperrung des Bodens durch das Großgrundigentum entdeckt haben, der alles arbeitslose Einkommen entstamme.

Danach ist klar, warum O. die Kritik gerade und nur von seiten des marxistischen Sozialismus provoziert. Wird nämlich seine Auffassung vom deduktiven Charakter der Sozialökonomik nicht geteilt, so fehlt der gemeinsame Boden zur Austragung des gesuchten literarischen Zweikampfs. Die Duellanten würden aneinander vorbeifechten. Dem orthodoxen Marxismus dagegen sind Kampfboden und Fechtmethode mit O. gemeinsam. Er darf daher den Fehdehandschuh nicht liegen lassen, ohne sich dem Verdachte mangelnden wissenschaftlichen Selbstvertrauens auszusetzen. Auf „bürgerlich-ökonomischer“ Seite ist man dagegen wohl allgemein darüber einig, daß die Sozialökonomik keine rein deduktive, d. h. keine sich ganz oder doch im wesentlichen auf der Deduktion aufbauende, mit der alleinigen Methode logischen Schließverfahrens zu bearbeitende und beherrschende Wissenschaft ist. Man weist hier vielmehr die ausschließliche oder doch überwiegende Anwendung der deduktiven Methode nach HASBACHS treffender Formulierung

„den Gebieten gesicherter Erkenntnis“ zu. Daß die Sozialökonomik zu diesen nicht gehört, bedarf keines Beweises. Wäre ein solcher nötig, so könnte O.s grandioser Versuch völliger Umsystematisierung der theoretischen Sozialökonomik gut dafür gelten. Man ist sich der engen Verbindung und der gegenseitigen Abhängigkeit und Bedingtheit von Induktion und Deduktion und damit der grundsätzlichen Gleichberechtigung beider Methoden vollauf bewußt geworden. O. wendet sich daher durchaus an die richtige Adresse. Nur irrt er — wenigstens von derjenigen Grundanschauung aus, in der alle sonst noch soweit auseinandergehenden „bürgerlichen“ Sozialökonomien einig sind — darin, daß dieses sein Verfahren das „einzig wissenschaftliche“ sei.

Gleichwohl ist O.s System und seine Ableitung auch für die nicht-sozialistischen Sozialökonomien von größtem Interesse. Bei mangelnder Pflicht der Kritik ergibt sich ein Recht zu solcher schon aus der mannigfachen kritischen Behandlung, die O. den „bürgerlichen“ Anschauungen zuteil werden läßt. Hier sei indessen nur versucht, seinen „liberalen Sozialismus“ als Ganzes, als Gesamt- und Weltanschauung kurz zu würdigen. In dieser Benennung vereinigen sich zwei nach aller bisherigen Anschauung und Denkweise grundverschiedene und unvereinbare Theorien: Sozialismus und ökonomischer Liberalismus. Was aus dieser Verschmelzung hervorgeht, davon läßt O. freilich weit mehr die negative als die positive Seite erkennen. Wir erfahren mehr, wovon in diesem neuen Gesellschaftszustande die Menschheit „befreit“ und „erlöst“ sein wird, als von seiner positiven Grundstruktur. Grundrente und Kapitalprofit sind verschwunden und mit der kapitalistischen Konkurrenz alle ihre „duftigen Blüten“ wie die Wirtschaftskrisen, die plutokratische Korruption der Trusts, fast die gesamte Innen- und Außenpolitik, nicht minder „die unter heuchlerischem Romantizismus nur schlecht verborgene Brutalität der Gesinnungen, die Rückwärtserei in allem Kulturlichen, die Flucht ins feudalklerikale Mittelalter, der hohle Ästhetizismus der Intellektuellen usw.“ Dagegen ist alle Arbeit ihres vollen Ertrages sicher, Freizügigkeit und freieste Konkurrenz bestehen und wirken, durch kein gesellschaftliches Monopol beschränkt, das Großgrundeigentum ist durch Innenkolonisation beseitigt. Ein bäuerlicher Mittelstand ersetzt es, dessen Mitglied zu werden jedem offen steht, und in den Städten ist der Lohn so hoch, daß die Industriearbeiter genug ersparen, um sich selbst in den Besitz genügender Produktionsmittel zu setzen, sei es als Alleinmeister, sei es durch Zusammenschluß in der Produktionsgenossenschaft. Das ist im wesentlichen die Summe der positiven Komponenten der neuen Ordnung. Das private Eigentum ist sonach weder am Boden noch an den Produktionsmitteln, weder rechtlich noch tatsächlich, weder ganz noch überwiegend beseitigt, ebensowenig die Individualwirtschaft. Die Hauptkriterien der sozialistischen Gesellschaftsordnung finden wir also in der neuen Ordnung nicht. Im wesentlichen ist es daher, trotz aller Betonung des vielen mit MARX Gemeinschaftlichen, eine von allem Kapitalismus gereinigte, die Konkurrenz-

freiheit erst zur vollsten Entfaltung bringende und daher im strengsten Sinne liberal-ökonomische Ordnung. Das Charakteristische ist in ihr das Fehlen aller Lohnarbeit. Wenn wir eine Wirtschaftsordnung ohne letztere uns nur sehr schwer vorstellen können, so liegt die Schuld freilich nicht an O., sondern an der engen Verwachsenheit unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anschauungen und Vorstellungen mit dem Bestehen und der volkswirtschaftlichen Funktion der Lohnarbeiterklasse.

Ein hoher Optimismus durchzieht, wie schon gezeigt, die Grundanschauungen wie die Erwartungen O.s, namentlich von dem baldigen Eintritt der neuen Ordnung, die er, ganz wie MARX die seinige, mit immanenter Notwendigkeit aus dem Schoße des Kapitalismus sich entwickeln sieht. Aber auch Charakter und Dauer des neuen Zustandes erscheinen im Lichte eines gleich hoch gespannten Optimismus. „Freiheit und Gleichheit“, „Reichtum und Gerechtigkeit“ finden in ihr volle und dauernde Verwirklichung. Es ist ein Zustand absoluter Vollkommenheit — ein Idealzustand, zwar losgelöst von Wünschen und Zielsetzungen, aber doch als solcher erkannt und empfunden.

Das Endergebnis, die Zurückführung aller sozialen Not auf das Großgrundbesitz und auf dessen Entstehung durch Gewalt, ist ein solches, das sich bestimmten parteipolitischen Anschauungen stark nähert. Dadurch entsteht für den Verf. die große Gefahr, von denen, die von diesem Ergebnis Notiz nehmen, ohne O. auf dem Wege seiner Gedankenführung zu folgen (und das entspricht der Gewohnheit der großen Menge) falsch beurteilt zu werden. Darum erscheint es als Pflicht, die bei aller Einseitigkeit streng wissenschaftliche Methode und die durchweg klar hervorleuchtende Lauterkeit des Strebens nach nichts anderem als reiner und voller Erkenntnis der Wahrheit zu bezeugen. Dem sei hinzugefügt, daß es von Anfang bis zu Ende Freude bereitet, der scharfen und klaren Entwicklung und kausalen Verknüpfung sowie der lebendigen Veranschaulichung der Gedankengänge O.s zu folgen. Die mathematisch-deduktive Methode bedeutet bei ihm nicht, wie sonst bei deren Anhängern, abstrakte und schematische Gedankenoperationen in zwangsläufiger Richtung. Seine Darstellung wurzelt vielmehr tief im Leben, und Lebenswirklichkeiten sind es auch, in reicher Fülle und Gliederung und mit lebhafter, oft temperamentvoller Darstellungsweise vorgeführt, die er bei Anwendung seiner Methode verwebt und verkettet. Auch wer der Erklärung aller sozialen Nöte aus einer einzigen letzten Ursache ebenso wie ihrer rein logischen Ableitung mit erheblichen grundsätzlichen Bedenken gegenübersteht, wird diese großen Vorzüge gern anerkennen.

Nicht unerwähnt darf endlich bleiben die vorzügliche psychologische Analysierung und Präzisierung der Stellung, in der Marxismus und Revisionismus heute einander gegenüberstehen, in dem (älteren) Abschnitt über die wissenschaftlichen Grundlagen dieser beiden Richtungen. Sie gipfelt darin, daß die eine Partei im Besitze einer Theorie ist, die mit den Tatsachen

nicht stimmt, die andere im Besitze von Tatsachen, die mit ihrer Theorie nicht stimmen. Schon diese feine und treffende Gegenüberstellung müßte den provozierten Gralswächter des Marxismus zur Antwort veranlassen, sofern das nicht schon die beiden letzten, allerdings gleichfalls älteren Abschnitte „Kautsky als Agrartheoretiker“ und „Kautskys Zukunftsstaat“ bewirken sollten.

Auch abgesehen von der Bereicherung der sozialökonomischen Theorienwelt durch O.s völlig eigenartiges „Gedankengerüst“ einer neuen Gesellschaftsordnung und ihrer gesetzmäßigen Entstehung aus dem Schoße des Kapitalismus, die sein Buch bringt, ist es sonach wohl geeignet, als Ferment zur Klärung, Verselbständigung und organischen Fortentwicklung der von der Gesamtbezeichnung des „Sozialismus“ umfaßten Theorien zu wirken.

Marburg a. L.

H. KÖPPE.

Jahrbuch des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine 1912. Hrsg. v. Sekretariat des Verbands in Wien. 176 u. LV S. (5 K.).

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. X. Jhrg. Hrsg. v. Generalsekretär d. Verbandes HEINRICH KAUFMANN. 2 Bde. Hamburg 1912. 1015 u. 1079 S. (10 M.)

Die periodischen Berichte der Genossenschaftsverbände bilden sich mit der zunehmenden Bedeutung des Genossenschaftswesens immer mehr zu wichtigen Dokumenten der sozialen Bewegung heraus. Bietet es schon hohes Interesse, das Wachstum der Genossenschaften von Jahr zu Jahr zu verfolgen, so muß eine Übersicht über einen größeren Zeitraum, wie sie das angezeigte Jahrb. d. österreich. Zentralverbandes enthält, unso willkommener sein. Am 14. VII. 1911 war es 10 Jahre her, daß der „Zentralverband österreichischer Konsumvereine“ oder, wie er anfangs genannt wurde, der „Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Österreich“ gegründet wurde, und diese Tatsache nimmt das Verbandssekretariat zum Anlaß, um mit seinem Bericht über d. J. 1911 eine — leider nur sehr kurzgehaltene — Rückschau auf die bisherige Entwicklung des Zentralverbandes zu veröffentlichen. An der Gründungsversammlung i. J. 1901 hatten sich nicht mehr als 20 Genossenschaften beteiligt. Ein Jahr darauf war diese Zahl erst auf 52, nach 2 Jahren erst auf 184 gewachsen. Immerhin aber ging es wenn auch langsam so doch ununterbrochen vorwärts. Das Jahr 1911 zeigt uns denn auch die ganz stattliche Ziffer von 515 angeschlossenen Genossenschaften auf, darunter 371 deutsche, 82 tschechische, 28 polnische, 19 italienische, 13 slowenische und 2 rumänische — ein Österreich im kleinen, zumal auch die nationalen Konflikte nicht ausgeblieben sind! Die Summe der berichtenden Vereine bleibt aber bedauerlicher Weise stets weit hinter der Gesamtzahl

zurück, 1911 z. B. umfaßt sie $\frac{1}{5}$, da 91 Vereine keine Berichte erstatteten. Der Sinn für die Pflege der Statistik fehlt, wie man sieht, bei den österreichischen Konsumvereinsverwaltungen noch in hohem Grade — sehr im Gegensatz zu denen des Deutschen Reiches, wo im gleichen Jahre von 1181 Vereinen nur 8 die Berichterstattung unterlassen haben. Hier haben also die österreichischen Genossenschaften noch viel zu lernen. Die berichtenden Vereine hatten 273 058 Mitglieder. Gegenüber d. J. 1901 mit einer Mitgliederzahl von 33 012 hat sich also der Mitgliederstand im abgelaufenen Dezennium, wenn man die nichtberichtenden Vereine mitrechnet, etwa verzehnfacht. Der Warenumsatz stieg in der gleichen Periode von 2 638 527 auf 12 928 909, der Reingewinn von 443 138 auf 4 264 602 Kronen. Heute besitzt der Zentralverband 2 Vereine, von denen jeder mehr Mitglieder und mehr Jahresumsatz aufweist als alle berichtenden Vereine im ersten Jahre der Verbandsbildung zusammen. — Neben dem Verbandsbericht enthält das Jahrbuch auch die wichtigsten Daten über die Großeinkaufsgesellschaft, die 1911 einen Umsatz von $22\frac{1}{4}$ Mill. Kr. erreichte; weiter das Protokoll des 10. ordentlichen Verbandstages und den Text der neuen Regierungsvorlage über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Wie Riesen nehmen sich neben dem schlanken Bande des österreichischen die 2 dicken Bände des deutschen Jahrbuches aus. Zum Glück für die österreichischen Konsumvereine spiegelt dieses Stärkeverhältnis nicht auch das der beiderseitigen Genossenschaftsbewegungen wieder. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, der im Mai 1913 sein X. Geburtsfest feiern wird, wies am 31. XII. 1911 1181 angeschlossene Vereine auf, was gegen das Vorjahr einen Zuwachs von 32 bedeutet. Dies scheint sehr wenig. Doch ist zu bedenken, daß man in Deutschland mit Erfolg um die Verschmelzung benachbarter Genossenschaften und um die Bildung großer Bezirkskonsumvereine bemüht ist. Hierdurch muß sich natürlich das Zuwachsprozent verringern. Ein ganz anderes und zutreffenderes Bild erhält man bei der Betrachtung der Mitgliederbewegung. Von 1910 auf 1911 vermehrten sich die Genossenschaftler des Zentralverbandes stärker als je zuvor, nämlich um 143 000 und haben nunmehr die Ziffer von 1 324 000 erreicht. Die Zahl der Verkaufsstellen beträgt 3928, die der beschäftigten Personen 21 939, um 3000 mehr als i. J. 1910. Dabei hat der Umsatz erreicht: im eigenen Geschäft die gewaltige Höhe von 364, im Lieferantengeschäft 30, der Großeinkaufsgesellschaft $109\frac{1}{2}$ Mill. M. In eigener Produktion wurden von den Verbandsvereinen um 81 Mill. M. Waren hergestellt (gegen das Vorjahr ein Plus von 15 Mill.). An Erübrigung (Dividende) wurden von den Konsumvereinen 22 Mill. M. verteilt. — Von größtem Interesse ist der soziale Charakter der Mitgliedschaft, wie er in der Berufsstatistik zum Ausdruck gelangt. Danach umfassen die Gruppen: der selbständigen Gewerbetreibenden und Landwirte 7,9%; der Beamten und Angehörigen freier Berufe 3,7%; der „gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen“ in gewerblichen und landwirtschaftlichen

Betrieben 79—80 %; der Personen ohne bestimmten Beruf (Privatiers, Altersrentner etc.) 8,6 %. Überwiegend sind also die proletarischen Elemente. Auffallend stark, rund 50 %, ist im letzten Jahre die Zunahme der weiblichen Mitglieder, die jetzt 13,3 % der Gesamtheit ausmachen. — Die statistischen Tabellen des deutschen Jahrbuches sind ungemein zahlreich und ins einzelne gehend. Man muß sich wundern, daß Männer der praktischen Arbeit so viel Zeit und Mühe auf die retrospektive Betrachtung verwenden können. Natürlich bietet auch der Text eine Fülle interessanten Stoffes. Mit den Berichten verbunden ist das Protokoll des 9. ordentlichen Verbandstages mit den Verhandlungen über die geplante Volksversicherung und die Protokolle der Generalversammlungen der Großeinkaufsgesellschaft und der Unterstützungskasse des Zentralverbandes. Der II. Band enthält nur die Berichte der Unterverbände und die Protokolle ihrer Verbandstage.

Im ganzen geben sowohl das deutsche wie das österreichische Jahrbuch ein gutes Bild von dem gegenwärtigen Stande der Konsumgenossenschaftsbewegung in beiden Ländern, ein Bild emsiger und erfolgreicher Organisationsarbeit, aber auch fortwährender Kämpfe mit zahlreichen Feinden. Mit besonderem Interesse darf man dem nächsten Jahrbuche des deutschen Zentralverbandes entgegensehen, das sicherlich eine ausführliche Geschichte des letzten Jahrzehnts deutscher Konsumvereinsbewegung bringen wird.

Wien.

ERNST LENZ.

J. B. VON SCHWEITZER, Politische Aufsätze und Reden. Mit Einleitung und Anmerkungen hrsg. von FRANZ MEHRING („Sozialistische Neudrucke“ V). Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1912. 8°. 327 S. (3 Mk.)

Niemand war zu einer Sammlung und Würdigung von SCHs tagesjournalistischen Arbeiten befugter als der Historiker, der als der erste das Andenken dieses staatsmännlichsten unter den deutschen sozialdemokratischen Führern von den schwarzen Flecken, die es Jahrzehnte hindurch es verunzierten, gereinigt hat. Daß MEHRING es trefflich versteht, geschichtliche Dokumente zu publizieren und zu kommentieren, dafür besaßen wir neben manchem anderen einen vollgiltigen Beweis besonders in seiner Ausgabe des literarischen Nachlasses von MARX und ENGELS, welche die Sorgfalt des gewissenhaften Arbeiters mit dem stets auf das Wesentliche gerichteten Geschichtsüberblick einer geschlossenen Persönlichkeit verbindet. Nun reiht sich würdig diese neue an jene frühere Veröffentlichung! Angesichts der Fülle des ihm zu Gebote stehenden Stoffes hatte der Herausgeber geschwankt, wie er die Auswahl am besten treffen sollte. Am Ende hat er sich mit Recht gesagt, daß SCH. in erster Reihe politischer Parteiführer und dahinter erst ein selten klarer Popularisator der sozialistischen Gedankenwelt gewesen ist. Als berechtigtes Nebenmotiv mitgewirkt haben mochte bei MEHRING auch der

Wunsch, den innerhalb der Sozialdemokratie bekanntlich noch nicht völlig beendeten Streit über SCH.'s Integrität durch den Abdruck und die Erläuterung seiner viel verleumdeten politisch taktischen Aufsätze endgiltig zu seinen Gunsten zum Austrag zu bringen¹⁾. Ich nehme an, daß dieser Erfolg bei der großen Masse der nicht voreingenommenen Elemente der Partei nun nicht länger ausbleiben kann. Einer Polemik mit BEBEL, der bekanntlich den entgegengesetzten Standpunkt vertritt, geht MEHRING an dieser Stelle mit Recht aus dem Wege. Er läßt SCH. für sich selber plädieren.

Eine höchst willkommene Stütze erhielt die Art der Beurteilung des bedeutenden Agitators, die auch ich in meinem Werk über „Schweitzer und die Sozialdemokratie“ vertrete, durch seine hier zum ersten Male veröffentlichten Briefe an MARX, die aus dem Besitz von LAURA LAFARGUE stammen. Man darf deren Mitteilung um so freudiger begrüßen, als uns überhaupt nur wenige Briefe SCH.'s erhalten sind. Seine erste Anknüpfung mit MARX ist vom 11. XI. 1864 datiert, sie fordert den „Begründer und ersten Verfechter der Deutschen Arbeiterpartei“ zur Mitarbeit am „Socialdemokrat“ auf. Diese wurde, wie man weiß, zugesagt, aber schon nach wenigen Wochen zurückgenommen. Aus SCH.'s Brief vom 15. II. 1865, den MARX als ein „Ultimatum“ bezeichnet hat, das er mit einer Absage beantworten mußte, waren einige Sätze kurz darauf von MARX veröffentlicht worden. Liest man jetzt zum ersten Male den ganzen Brief, so erhält man den Eindruck, daß der Schreiber selbst, wie MEHRING richtig bemerkt, ihn eher als eine Chamade denn als eine Fanfare abgesandt hat. Die wirklichen Ursachen des Bruchs waren — auch darin stimme ich dem Herausgeber bei — „die Voreingenommenheit, die MARX und ENGELS nun einmal gegen LASSALLE und alles Lassallesche hegten und dann auch die Tatsache, daß sie durch ihr langjähriges Exil die enge Fühlung mit den deutschen Verhältnissen verloren hatten“. Eine Wiederanknüpfung erfolgte, wie man schon weiß, im April 1868, als SCH., auf dem Höhepunkt seiner Macht, den eben erschienenen I. Band des „Kapital“ im „Socialdemokrat“ anerkennend besprochen hatte. Anfangs ersuchte er MARX nur um ein Gutachten über die Frage der Eisenzölle; darnach wollte er ihn überreden, auf der Hamburger Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu erscheinen. Er hoffte wohl, bei einer mündlichen Besprechung das „Haupt der europäischen Arbeiterbewegung“ — so nannte ihn sein Brief vom 15. IX. — gegen LIEBKNECHT und BEBEL und für seine Person und seine Ziele einzunehmen. Aber MARX kam nicht: beide Männer haben sich niemals persönlich kennen gelernt. Als es darauf zwischen SCH. und LIEBKNECHT-BEBEL zum endgiltigen Bruch kam, entschieden MARX und ENGELS sich für die Partei, von der sie sicher waren, daß sie vollkommen und ohne Vorbehalt ihren Standpunkt vertraten und

1) Vgl. hierüber meinen Aufsatz: Bebel's Memoiren in diesem „Archiv“ II, 441 ff.

nicht wie SCH. wohl respektvoll aber doch als Macht zu Macht mit ihnen verkehren wollte.

Schon vorher hatten die beiden Führer der sächsischen Volkspartei in ihrem fanatischen Haß gegen den angeblichen Söldling BISMARCKS Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um MARX zum endgiltigen Bruch mit SCH. zu veranlassen. Sie suchten diesen auf jede Weise in London anzuschwärzen und erreichten schließlich ihr Ziel, nachdem MARX anfänglich noch zu vermitteln versucht hatte. SCH.s letzter Brief, auf den wohl kaum noch eine Antwort ergangen ist, war am 2. XII. 1868 geschrieben. Er erklärt darin u. a., sein Verhältnis zu LIEBKNECHT sei ein so verbittertes geworden, daß höchstens noch ein persönliches Eingreifen von MARX den ausgebrochenen Krieg in dauerhafter Weise beenden könne. Dann folgen Sätze, die für SCH. so charakteristisch sind, daß ich sie hier einflechte: „Ich bin nicht bescheiden; ich weiß meine Befähigung richtig zu schätzen — nach oben wie nach unten. Ich sage mit Bestimmtheit, daß ich besser zur Führung geeignet bin wie Herr LIEBKNECHT, und daß ich die Sache besser verstehe. Ich setze hinzu, daß hinwiederum Sie sie besser verstehen wie ich. Ich bin unter solchen Umständen derjenigen Partei, die nun einmal meine Leitung will, es schuldig, mit aller Kraft auf meinem Posten auszuharren, bis ich mit aufrichtigem Sinne meiner Partei einen Führer empfehlen kann, von dem ich die Überzeugung habe, daß er die Sache besser versteht als ich. Zwei Führerschaften aber sind vom Übel“. Kaum eine andere Beschuldigung konnte das überaus leicht zu weckende Mißtrauen des Gründers der Internationalen Arbeiterassoziation empfindlicher erregen, als die, daß ein Führer der Arbeiter ein Gegner dieser Vereinigung sei. Gerade das behauptete LIEBKNECHT von SCH. bei jeder Gelegenheit. Wie grundlos es aber war, beweisen zur Evidenz erst die jetzt bekannt gewordenen Briefe. Wir erfahren hier, daß der Redakteur des „Socialdemokrat“ schon 1865 von dem damaligen Präsidenten BERNHARD BECKER einen so engen Anschluß des Lassalleschen Vereins an die Internationale forderte, wie es nach der Vereinsgesetzgebung des Deutschen Bundes nur irgend statthaft wäre. Einem Aufgehen der national organisierten Partei in die Internationale widersetzte sich SCH., wie später auch LIEBKNECHT und BEBEL, freilich damals schon, in richtiger Würdigung der zukünftigen Gestaltungsmöglichkeiten!

Die Ergebnisse, zu denen ich in meinem Buch über SCH. komme, finden in der weitaus größten Mehrzahl der Fälle, wo er es erwähnt, die Zustimmung des Herausgebers. Die wenigen Punkte, über die wir verschiedener Meinung sind, erscheinen mir teils nicht beträchtlich genug, um sie hier zu berühren, teils hängen sie wohl auch mit der Verschiedenheit unseres allgemeinen Standpunkts zusammen, der an dieser Stelle nicht zur Diskussion steht. Inhaltlich sei bemerkt, daß MEHRING mit Recht vor allem SCH.s politische Ansprachen und seine Leitartikel berücksichtigt, diese aber nur bis zum Sommer 1869, daß er also die Zeit, wo jener „durch eigene und fremde

Schuld auf die abschüssige Bahn“ geriet, bei Seite läßt. Nun hatte freilich SCH. den Leitartikel des „Sozialdemokrat“ damals schon an HASSELMANN abgetreten, aber für den wöchentlich erscheinenden „Agitator“ schrieb er ihn oft doch noch selbst! Gerade für die demagogische Raffiniertheit, über die er verfügen konnte, wenn er wollte, wären im „Agitator“ einige charakteristische Belege zu finden gewesen. Wichtiger bleibt auf alle Fälle, daß MEHRING am Schluß seiner Ausgabe das sehr selten gewordene politische Testament SCH.s vom November 1872 neu zum Abdruck bringt, dessen Inhalt nur den wenigsten Lesern bekannt sein dürfte! Zweifellos wird die deutsche Sozialdemokratie dem Herausgeber von SCH.s politischen Aufsätzen und Reden dafür Dank wissen, daß er für sie eine Ehrenschilderung abgetragen hat gegenüber den Manen eines Mannes, dem sie — mochten seine Motive auch von Egoismus gefärbt sein — so Großes und Dauerndes verdankt wie nur ganz wenigen anderen!

Berlin-Zehlendorf.

GUSTAV MAYER.

J. BELLI, Die rote Feldpost und anderes. Stuttgart, Dietz 1912. 171 S. (Mk. 1.50.)

Das „andere“ im angezeigten Werkchen sind Erinnerungen aus den Kinder-, Lehr- und Wanderjahren des Verf. Sie stehen schriftstellerisch entschieden höher als die folgenden zumeist kurz abgerissenen Darstellungen. Besonders das I. Kap. läßt die Bauerngestalten des badischen, Straßburg gegenübergelegenen Dorfes, in dem B. geboren wurde, mit ihrem engen Wirkungsfeld und engen Geisteshorizont, ihrer Kirchlichkeit, ihrem Aberglauben und ihrer Abhängigkeit von der Natur in scharfen Umrissen hervortreten.

Aber gerade diese Kapitel müssen an diesem Ort zurücktreten hinter der Schilderung der Kämpfe, die B. als Sozialist unter dem Sozialistengesetz zu bestehen hatte. Ziemlich kurz sind vorher die Mitteilungen darüber, wie es kam, daß der Sohn des kleinen Weinbauern der neuen Lehre ein Apostel wurde. Er ist streng katholisch erzogen und vernimmt als Schuhmacherlehrling um 1865 im Gesellenverein zum ersten Male etwas von Lassalle und der Sozialdemokratie, u. zw. in „wohlwollender Weise“. Mit einem Sattlergesellen, der in Mannheim schon vom Arbeiterevangelium gehört hat, verschafft er sich Broschüren LASSALLES, und als er sie gelesen hat, ist „die Ansteckung da“. Vorher aber haben einige Bücher aus der Vereinsbibliothek, die eigentlich nicht hineingehören, die Wirkung gehabt, daß B. sich von religiösen Dingen angewandt hat. Es ist, wie gesagt, schade, daß dieser Wandel der Anschauungen nur beiläufig festgestellt und nicht näher erläutert wird; sollte es doch eine der beachtenswertesten Denkwürdigkeiten im Leben eines nach altem Herkommen erzogenen Arbeiters sein, wie er

schnell die sozialistische Lehre in sich aufnimmt und wie diese Lehre sein Leben in zwei Abschnitte trennt.

Als das Sozialistengesetz 1878 erlassen wird, lebt B. jungverheiratet als Inhaber eines Schuhwarengeschäfts im schweizerischen Grenzort Kreuzingen bei Konstanz. Er hilft die Organisation schaffen, die Ende September 1879 nach dem Erscheinen des „Sozialdemokrat“ nötig geworden ist, um das bald verbotene Blatt über den Bodensee und auf anderen gefährvollen Schleichwegen ins Deutsche Reich zu schmuggeln. Da türmen sich Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten. Wenn sonst alles klappt, scheitert der Transport des Gutes an der Feigheit prahlhäsiger Freunde; wenn dann aber in schlimmer Not gar kein Ausweg zu finden ist, trifft es sich am Ende, daß ein sozialistisch verseuchter Zollwächter bei der Revision verständnisinnig beide Augen zudrückt. So finden wir in der Tragikomödie zuweilen die Rollen vertauscht und schmunzeln, wenn die Tolpatschigkeit unsicherer Gehilfen beim Schmuggel wett gemacht wird durch Ahnungslosigkeit oder gar wohlwollende Nachlässigkeit bei denen, deren Amt es ist, den Schmuggel zu verhindern. Dann wieder sind plötzlich alle Wege verrammelt; man brütet mit dickem Schädel, und JULIUS MOTTELER, der rote Generalpostmeister in Zürich, erlebt schwere Stunden. Aber noch trüber wird der Ausblick, wenn in der freien Schweiz selbst den Sozialdemokraten das Wirken erschwert wird durch die törichten Verbrechen, zu denen sich die Anarchisten hinreißen lassen, und wenn ferner in den eigenen Reihen zu erwarten ist, daß der vorgebliche Genosse, der sich über die zu milde Schreibweise des „Sozialdemokrat“ aufhält, am anderen Tage als ein Lockspitzel der preußischen Polizei entlarvt wird. Gerade der Kampf mit den Polizeigenteu ist entsetzlich nervenaufreibend und gewiß viel peinlicher als die Gefahren, denen Leiter und Hilfsgenossen des Schmuggels ausgesetzt sind, wenn sie die deutsche Grenze überschritten haben und sehen müssen, wie ihre Photographie in den Amtszimmern der Grenzstationen hängt und wie ihnen die reguläre Polizei oft hart auf den Fersen ist.

Ich selbst hatte gleichfalls die Ehre, mich im Dienste der roten Feldpost betätigen zu dürfen. In den letzten drei, vier Jahren der sozialistengesetzlichen Zeit allerdings erst. Bis dahin aber hatten auch die Leute vom „Sozialdemokrat“ viel gelernt. Beim Lesen von B.s Erinnerungen ist einem wie dem Prokuristen eines modernen Handelsgeschäfts, dem GUSTAV FREYTAGS Roman „Soll und Haben“ unter die Finger gerät. Den von B. mit Humor und Ingrim registrierten Jammer habe ich nicht kennen gelernt, oder doch nur in bescheidenen Grenzen. Schmuggel des „Sozialdemokrat“ und der anderen verbotenen oder noch zu verbotenden Literatur? Pah! Die Matrizen kamen von London herüber u. zw. in einer Verpackung so sicher und unauffällig, daß auch einem sehr gewiegten Pfadfinder der Polizei nicht der Gedanke an Kontrebande hätte kommen können. Sobald der Empfänger die Ankunft des kostbaren Gutes gemeldet hatte, ging der Beauftragte damit zur Druckerei. Also hatte die Polizei damals doch ihre guten Gründe, wenn sie

die sozialdemokratischen Zeitungsbetriebe scharf aufs Korn nahm? Ach, du lieber Himmel, an solcher Stätte hätte der Geschäftsführer Augen gemacht, wenn man ihm mit dem Druck des „Sozialdemokrat“ gekommen wäre. Wer ein bisschen Ortskenntnis hatte, wußte immerhin eine kleinere „Quetsche“ zu finden, deren Besitzer schwer ums Dasein zu kämpfen hatte und dem daher ein nobel entlohnter Auftrag gerade recht kam. Dort, wo zuverlässige Männer in der Nacht den „Sozialdemokrat“ erst in Platten gossen und dann sauber druckten, war tags zuvor irgend eine Kriegervereinszeitung aus der Maschine gebracht worden. Das ging gegen Bargeld und wenn es sein mußte, unter Gewährung von Vorschuß alles in geschäftsmäßiger Ruhe und Nüchternheit zu. Nur die Bedingung war unerlässlich, daß möglichst wenig Leute um die Sache wußten, daß diese wenigen die Kunst des Schweigens übten und daß sie im übrigen in der Parteibewegung gar nicht hervortraten, am allerwenigsten aber sich in der Öffentlichkeit zeigten. Es hätte sonderbar zugehen müssen, wenn unter den tausenden Mitgliedern einer großen, trotz dem Ausnahmegesetz wohlorganisierten Gemeinde sich nicht ein halbes Dutzend Genossen gefunden hätten, die diesen Anforderungen entsprachen.

So kam denn die neue Art der Herstellung und Verbreitung verbotener Lektüre vor allem wohlfeiler zu stehen als die alte des umständlichen Schmuggels, auch wenn der Drucker mit seinen braven Gehilfen der Nachtarbeit entsprechend entlohnt wurde und es auf ein Fäßchen Bier mit Abendbrot nicht ankam, falls ein besonders hübscher Streich gelungen war. Gewiß, auch diese Sache war sehr vom Zufall abhängig und hätte eines Tages gefährlich ablaufen können. Aber das Glück blieb der roten Feldpost unter der neuen Einrichtung hold, und als Anfang Oktober 1890 die letzte Nummer des „Sozialdemokrat“ ausgedruckt war, konnte über die Arbeit mehrerer Jahre quittiert werden mit dem Vermerk, daß die Polizei uns nicht ein einzigesmal ins Gehege gekommen war. Freilich, so ganz ohne Unannehmlichkeiten ging auch diese Arbeit nicht von statten. Die Qual mit den unsicheren Empfängern der ins Land gesandten Druckschriften, die B. klagend hervorhebt, blühte auch uns; und es war besonders mit dem Versandt nach Berlin ein steter Ärger. Im letzten Augenblick, manchmal gar, wenn die Sendung bereits auf der Bahn war, kam Bescheid, daß die Adresse wegen ihrer Unzuverlässigkeit gewechselt werden müsse; und es ist ein Wunder, daß es immer möglich war, selbst auf dem Transport das Gut noch zu retten.

Es fehlt bis jetzt an einer sachkundigen Darstellung des inneren Lebens der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz. Sie wird auch nicht leicht zu schreiben sein, weil es damals als erstes Gebot galt, alle Briefe und andere Schriftstücke über Parteinterne sofort nach dem Lesen zu verbrennen. Man weiß, mit welcher Sorgfalt die Polizei nebensächliche Papierfetzen zur Einleitung von Geheimbundsprozessen aneinanderreihete. Von belangreichen Schriftstücken aus jener Zeit werden also wohl nur wenige aufbewahrt sein. Etliche Überbleibsel, die von den Gefahren des Schriftenvertriebs Kunde

geben, druckt B. in seinen Erinnerungen ab. Seine Arbeit ist, wie diese Inhaltsangabe erkennen läßt, von beträchtlichem Wert für alle, die sich darüber unterrichten wollen, wie es in den ersten 80er Jahren um das Wirken der Sozialdemokratie nicht nur im Süden Deutschlands, sondern auch in der Schweiz und in Österreich bestellt war. Es wird ja kaum anzunehmen sein, daß eine Zeit wie die damalige für die inzwischen riesig angewachsene Arbeiterbewegung wiederkehrt. Gewissen Staatsrettern aber, die da meinen, daß dennoch die Flut durch Gewalt abzdämmen sei, könnte das Studium der Roten Feldpost Nutzen bringen. Lehrt es doch, daß der Mut und die Opferwilligkeit der Unterdrückten immer über die Maßregeln der Gewalthaber den Sieg davontragen. Schon damit diese Lehre recht eindringlich verkündet werden könnte, wäre es gut, wenn dieser und jener ältere Sozialdemokrat das von B. gegebene Beispiel nachahmte und für sein Teil aus der sozialdemokratischen „Geheimgeschichte“ berichtete, was sich dem Gedächtnisse eingeprägt hat.

Berlin-Wilmersdorf.

WILHELM SCHRÖDER.

ARTURO LABRIOLA, Il capitalismo. Lineamenti storici. Torino, Bocca 1910. 8°. 395 S. (5 Lire).

In lebendigen Farben schildert uns L. den großen geschichtlichen Prozeß der Zerstörung des unabhängigen Handwerks und des Aufbaues der gegenwärtigen kapitalistischen Industrie auf den Trümmern desselben. Die kleine patriarchalische Gewerbetätigkeit aus vorkapitalistischer Zeit sowie ihre Licht- und Schattenseiten werden beschrieben. Es wird gezeigt, wie — erst neben ihr und sodann immer mehr auf ihre Kosten — die kapitalistische Unternehmung entsteht und wächst; wie sie schrittweise die Erde überzieht und sich die verschiedensten Produktionsgebiete unterwirft; wie sie schließlich bei niedergehender Rentabilität sich der Spekulation bemächtigt und vermittelst der Kartelle und Trusts eine mißbräuchliche Herrschaft übt; wie sie sich so stetig von der Produktion entfernt und gerade hierdurch einerseits wachsende Verarmung der Arbeit und andererseits immer größere Stärke der Arbeiterverbände zeitigt, die eben infolge dieser ihrer wachsenden Macht eines Tages den Sieg über die kapitalistische Ordnung erringen und auf ihren Ruinen die gewerkschaftliche Wirtschaftsordnung aufrichten werden.

Mit dieser Darstellung bietet uns L. im wesentlichen einen geschichtlichen, jedes logischen Unterbaues baren Marxismus, wie man ihm auch in dem „Modernen Kapitalismus“ von SOMBART begegnet; die Erzählung der verschiedenen Phasen, des Umwandlungsprozesses des unabhängigen Handwerks in die kapitalistische Industrie — ohne jegliche theoretische Analyse des Kapitalismus oder der Gesetze, die den Kapitalprofit regeln. Originell

aber und höchst beachtenswert ist an L.s Schrift der Versuch, auf die besprochenen Erscheinungen die Ergebnisse der BERGSONSchen Philosophie anzuwenden, zu denen jedoch der Verf., wie er mitteilt, selbständig und noch vor der Lektüre der „Evolution creatrice“ gelangt ist. Er behauptet also, daß die Entwicklung nicht Dank einem immanenten Prozeß sich vollziehe, der die jeweilige soziale Struktur in eine andere, höhere wandelt, sondern im Wege jähen Auftretens plötzlicher und unvorhergesehener Kräfte, die durch ihre Bewegung in eine gegebene Richtung die neue Ordnung der Dinge schaffen. Oder in unserem Falle: über das todt Gewässer der „sich selbst genügenden“ Produktion einer — unbewegten, leb- und geschichtslosen — Gesellschaft unabhängiger Produzenten, weht mit einem Male der erlösende Hauch neuer Einflüsse und unerwarteter Energien, die entsprechend entwickelt und geleitet, jenes ungestalte Gerippe zerschellen und durch die neue — wahrhaft lebendige und mannigfacher Entfaltung fähige — Gesellschaft ersetzen. Eine von außenher kommende Bewegung also zerschlägt die Gesellschaft des unabhängigen Handwerks, um jäh den Kapitalismus an ihre Stelle treten zu lassen, und auf gleiche Weise wird einst auch der Kapitalismus enden, um dem Regime der gewerkschaftlich organisierten Erzeuger Platz zu machen.

Jüngst erst habe ich ausgeführt, daß ich der BERGSONSchen Evolutionstheorie nicht zustimmen kann¹⁾. Die betreffenden Darlegungen gelten daher auch L. gegenüber. Ist gegen BERGSON einzuwenden, daß er in Wahrheit den Evolutionismus zugunsten eines Creationismus aufgibt, so fordert die Auffassung L.s durch ein Übermaß willkürlicher Behauptungen noch zu anderweitiger Kritik heraus. Wie kann man z. B. die Gesellschaft des unabhängigen Handwerks geschichtslos nennen? Wie läßt sich, angesichts ihrer auch dem wenig eindringlichen Blick wahrnehmbaren zahlreichen Wandlungen, ihre absolute Unbewegtheit erweisen? Darf man behaupten, daß ganze Epochen ohne Geschichte gewesen sind und daß diese erst mit der Lohnarbeit beginnt? Zugeben kann und soll man sicherlich auch, daß in Epochen wie das Mittelalter mit seiner langsamen Bevölkerungszunahme auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung — die ja eine Folge der Bevölkerungsvermehrung ist — verhältnismäßig gering gewesen ist. Das bedeutet aber doch keine absolute Unbeweglichkeit! Diese vorgefaßte Meinung L.s hat aber auch seinen Blick nach mehreren anderen Richtungen hin getrübt und hat ihn dort jähe Übergänge oder unvorhergesehene Wirkungen neuer Kräfte sehen lassen, wo lediglich von stetiger Tätigkeit immer gleicher und dem demographischen und Produktionsprozeß immanenter Ursachen die Rede ist. In der Tat ist es gerade die Bevölkerungszunahme, die erst auf den Trümmern der Sklaverei das unabhängige Handwerk hervorgerufen und

1) Vgl. meine Abhandlung: La dernière évolution de la théorie de l'évolution, in „Revue intern. de sociologie“ 1912.XII.

sodann dieses allmählich und in demselben Maße zur Auflösung gebracht hat, in dem es sich als ungeeignet erwies, die wachsenden Bedürfnisse der wimmelnden Menschenmassen zu befriedigen. Ein Prozeß, in dessen Verlauf schließlich die kapitalistische Industrie auf den Plan tritt und der durchaus natürlich und ohne Zuhilfenahme des „Anlaufs von Lebenskräften“ oder des Eingreifens sonstiger unvorhergesehener schöpferischer Mächte zu erklären ist.

Verlassen wir nunmehr das philosophische Gebiet und wenden wir uns dem eigentlich-ökonomischen zu, so will ich hier nur einen Punkt hervorheben. L. befaßt sich (S. 291 ff.) eindringlich mit der These zur Verteidigung der Maschine: daß die Arbeiter, welche durch die Maschine ersetzt werden, nicht schon deshalb allein der Arbeitgelegenheit verlustig werden, da sie ja zur Erzeugung der neueingeführten Maschine verwendet würden. Und er erwidert hierauf: die Maschine bedürfe zu ihrer Herstellung einer geringeren Zahl von Arbeitern, als sie verdränge, so daß ein Teil derselben notwendig arbeitslos werde. All das beruht m. E. auf Begriffsverwirrung. War bisher eine Arbeitergruppe A. mit der Erzeugung von Lebensmitteln beschäftigt, die nach Fertigstellung zum Unterhalt einer zweiten Gruppe B. dienen sollen; und werden fortan die Arbeiter der Gruppe A. (oder auch weniger bzw. mehrere) zur Herstellung einer Maschine verwendet, die fortan die Arbeit der Gruppe B. leisten soll, so hat dies unmittelbar gar keine Arbeitslosigkeit zur Folge, da ja vorläufig die Maschine erzeugt wird. Die Arbeiter A erzeugen eben einfach an Stelle von Lebensmitteln eine Maschine. Sind zu deren Herstellung mehr Arbeiter erforderlich, so werden sie eventuell der Gruppe B. entnommen werden; wenn weniger, so werden einige von ihnen andere Waren erzeugen. Arbeitslosigkeit aber tritt keinesfalls ein, denn es ist das zur Beschäftigung der Gesamtheit von Arbeitern erforderliche Kapital — die Lebensmittel — vorhanden. Nach Herstellung der Maschine aber tritt diese an Stelle der bisher zum Unterhalt der Gruppe B. dienenden Kapital-Lebensmittel. Von diesem Augenblick an ist also diese ganze Gruppe unbeschäftigt, und zwar in jedem Fall und unvermeidlich, mag die Zahl der zur Herstellung der Maschine erforderlich gewesen Arbeiter groß oder klein gewesen sein. Diese Zahl ist nur insofern von Bedeutung, als in demselben Maße, in dem sie geringer ist, der Preisrückgang bei der Ware, zu deren Herstellung fürderhin die Maschine dient, zunimmt und damit auch die Ersparnis des Konsumenten, seine Kapitalanhäufung und seine Nachfrage nach Arbeit, und daß somit um so rascher die durch die Maschine außer Arbeit gesetzten Arbeiter wieder in den Produktionsprozeß eingestellt werden. Die geringe Zahl der zur Maschinenherstellung nötigen Arbeiter vergrößert demnach nicht nur nicht den durch ihre Einführung entstehenden Schaden (wie L. meint), sondern vermindert ihn vielmehr.

Die vorstehenden kritischen Bemerkungen sollen jedoch den Wert des angezeigten Buches keineswegs verkleinern. Ausdrücklich sei vielmehr betont, daß es an seinen Gegenstand in lebensvoll-leidenschaftlicher Weise

herantritt und ihm so manchen neuen Ausblick abgewinnt; mag es immerhin beim Bankett der Wissenschaft nicht als Braten figurieren, sondern als Senf oder Paprika: die patentierte Wissenschaft hat unsere Magen durch ihr Teewasser allzusehr geschwächt, als daß uns nicht ein solches Reizmittel willkommen wäre.

Turin.

ACHILLE LORIA.

CHEN HUAN-CHANG, Ph. D., *The Economic Principles of Confucius and his School.* (Stud. in Hist., Econ. and Public Law edit. by the Faculty of Polit. Science of Columbia University. Vol. XLIV—XLV). New York, Longmans, Green & Co. 1911. 2 vol. gr. 8°. XV—756 S. (5 Doll.)

Das angezeigte Werk ist sehr umfassend und bietet inhaltlich weit mehr, als der Titel verspricht: nämlich nicht bloß eine Darstellung der in den Schriften CONFUCIUS' und seiner Schüler vielfach verstreuten ökonomischen Ansichten, sondern in Wahrheit so ziemlich den Versuch einer allgemeinen Übersicht über die Wirtschaftseinrichtungen und die Wirtschaftstheorien in China in alter sowohl wie in neuer Zeit. Die Stoffanordnung ist in erster Linie nicht historisch, sondern systematisch; und zwar — wie wir aus der Bevorwortung des Buches durch Professor H. R. SEAGER erfahren — mit Rücksicht darauf, daß „diese Art der Stoffgruppierung in englischen Monographien aus dem Gebiete der politischen Oekonomie üblich zu sein pflegt“.

CHENS Untersuchung zerfällt in fünf Teile. Der I. bringt eine Einleitung; der II. handelt von der Konsumtion; der III. „Produktion“ überschriebene enthält Kapitel über: Handel und Verkehr, Wert und Preis, Geld- und Kreditwesen, Grundrente, Zins und Unternehmergeinn, Lohn und sozialistische Verwaltungsmaßnahmen; der IV. befaßt sich mit der Finanzwirtschaft; im V. endlich werden die Ergebnisse kurz zusammengefaßt. Diese Gliederung macht aus CH.s Werk ein sehr bequemes Nachschlagebuch für jeden, der sich ohne große Mühe über die den modernen volkswirtschaftlichen Doktrinen entsprechende Gedankenwelt Chinas unterrichten will; auf der anderen Seite aber weckt sie natürlich leicht den Eindruck, als ob man es in CH.s Schrift weit eher mit einem vollständigen methodischen und ausgearbeiteten System, denn in der Tat mit CONFUCIUS' und seiner Schüler ökonomischen Lehren zu tun habe. Dieser Eindruck wird vielleicht noch dadurch verstärkt, daß der Verf. erstens altchinesische Ideen im Lichte modern-europäischer volkswirtschaftlicher Theorien analysiert und erläutert, sodann auch weil er aus mageren und dürftigen Bemerkungen in den Originalquellen weitestgehende Schlüsse zieht und tatsächlich vage und unbestimmte Äußerungen der von ihm benützten Texte als durchaus klar und bestimmt hinstellt. Ferner ist hier hervorzuheben, daß er nicht nur CONFUCIUS und dessen unmittelbare Schüler, sondern auch spätere Schriftsteller zitiert und manchmal sich auch auf

moderne Gesetzbücher wie die Institutionen der Ts'ing-Dynastie (Ta Ts'ing Hui Tien) beruft, wie er hinwiederum in seiner Beschreibung der Wirtschaftszustände nicht bloß archaische Gewohnheiten, sondern gesetzgeberische Versuche aus jüngerer Zeit heranzieht.

Abgesehen von dem Vorwort Professor SEAGERS erscheint das vorliegende Werk auch von dem ausgezeichneten Sinologen an der Columbia-Universität Professor FRIEDRICH HIRTH einbegleitet. Von ihm und aus dem Titelblatt erfahren wir, daß der Verf. früher Sekretär im Groß-Sekretariat in Peking war, sodann zum Studium der englischen Sprache nach New York kam, daselbst volkswirtschaftliche Vorlesungen hörte und das angezeigte Werk schrieb. Er war ein Schüler von KANG-YU-WEI und auf den Umstand, daß er von diesem Forscher die allgemeinen Gedanken über den Confucianismus übernommen hat, scheinen manche Besonderheiten in seinen Ansichten zurückzugehen.

In der Einleitung legt CH. nach einer kurzen biographischen Ausführung über CONFUCIUS dar, was er als dessen fundamentale Ideen ansieht, wobei er die „Dreistufen-Theorie“ — wie es scheint seine Lieblingsidee — besonders hervorhebt (S. 16—20). Gerade in diesem, tatsächlich grundlegenden Punkt jedoch kann ich ihm nicht beistimmen und muß seine Ausführungen bestreiten. Die drei Stufen sind nach ihm: die der Gewalt, des fortschreitenden Friedens und des vollen Friedens. „Die Phase des fortschreitenden Friedens — schreibt er — wird auch als die der beschränkten Ruhe und die Phase des vollen Friedens als die der großen Gleichartigkeit bezeichnet.“ „Die Stufe der vollen Gleichartigkeit oder vollen Friedens ist das Endziel von CONFUCIUS; sie ist das goldene Zeitalter des Confucianismus.“ (S. 17/18.) In ihm behauptet er dann, wird es weder Nationalstaaten noch Krieg, weder Ehe noch Familie, weder Erbrecht noch Eigentum und auch keine Klassenunterschiede geben. Dies ist in der Tat eine überraschende Behauptung, die m. E. mit dem Geist der echten Lehre CONFUCIUS' nicht ganz übereinstimmt. Der Verf. zitiert zu ihrer Unterstützung eine lange Stelle aus dem Li Ki (dem „Buche der Riten“). Wir finden auch daselbst wirklich eine Beschreibung beider Entwicklungsstufen: der „Beschränkten Ruhe“ und der „Großen Gleichartigkeit“. Sieht man aber genauer zu, so enthält jene Schilderung der „Großen Gleichartigkeit“ keinen so phantastischen Gesellschaftszustand, wie der Verf. ihn ausmalt. Der (S. 18) mit den Worten: „Die ganze Welt wird eine Republik“ wiedergegebene Urtext, ist richtig zu übersetzen mit: „Alles unter dem Himmel funktioniert im Interesse des Gemeinwesens“; und die Sentenz: „Jetzt, da das große Prinzip sich doch noch nicht gleich entfaltet hat, wird die Welt vermittelt der Familie besessen“ (ebenda), soll wiedergegeben werden mit: „Jetzt, da der große Weg bereits verborgen ist, richtet sich jedermann unter dem Himmel nach dem Interesse seines eigenen Hauses.“ Dem Verf. zufolge hat die Phase der großen Gleichartigkeit niemals existiert; sie soll erst kommen; wir müssen nach dem

goldenen Zeitalter in die Zukunft ausschauen. Nach dem Urtext aber hat die große Gleichartigkeit in der Vergangenheit bestanden und ist schon verloren gegangen. CH. scheint anzunehmen, daß der von ihm zitierte Satz aus dem Ki Li wirklich von CONFUCIUS selbst herrühre, und legt daher auf ihn besonderen Nachdruck. Ich halte ihn jedoch mit Sicherheit für apokryph: er stammt m. E. von einem nachconfucianischen Schriftsteller, der ein Eklektiker war und unter dem Einfluß von LAO TZU und dessen Schule stand. Die Lehre von der großen Gleichartigkeit ist zweifellos nicht confucianisch, sondern ist einem anderen Gedankenkreise entsprungen.

Es ist unmöglich, alle beachtenswerten Darlegungen und interessanten Tatsachen aus dem besprochenen Buch anzuführen und einzeln zu überprüfen. Ich muß mich vielmehr damit begnügen, einige wenige zu erwähnen. Im I. Teil (Buch 2, Kap. 5) spricht CH. von den Beziehungen zwischen Volkswirtschaftslehre und anderen Wissenschaften und macht hierbei seine Bemerkungen über die altchinesischen Begriffe „Unterhalt“ und „Bequemlichkeit“: „Diese zwei Worte repräsentieren das ganze Wirtschaftsleben und spielen die erste Rolle bei der menschlichen Tätigkeit. Nach der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse beginnen die religiösen und die Gottesverehrung“ (S. 50). — In dem 9. Kapitel des I. Teils, Buch 3, „Wirtschaftliche Entwicklung als Hauptursache des Fortschritts“, zitiert CH. die bekannten Stellen über technischen und wirtschaftlichen Fortschritt aus dem „Buch der Wandlungen“ und meint hierzu: man habe hierin eine materialistische Geschichtsauffassung zu erblicken (S. 126). — Bei der Besprechung volkswirtschaftlicher Maßnahmen im allgemeinen behauptet er: „Ihnen (den CONFUCIUS-Schülern) schwebt stets die sozialistische Idee vor. Am besten ist die gleiche Verteilung der Güter, weil am schlechtesten die Spaltung des Volkes in Reich und Arm. Eine solche Theorie ist nicht kommunistisch, sondern eher staatssozialistisch“ (S. 174).

Im II. Teil, Buch 4, Kap. 12, erörtert der Verf. die confucianische Ritenlehre sowie die von LAO TSU, MO TSU und YANG CHU (S. 187/91) und führt aus: Unter dem Wort „Riten“ sei zu verstehen, was jederzeit schicklich ist. „Es ist — fügt er hinzu — inhaltlich zu umfassend, als daß es durch einen englischen Ausdruck — ausgenommen etwa „Civilisation“ — gleichwertig wiedergeben ließe (S. 187). — Auf S. 426 wird die Lehre der SHEN-UNG-Schule von den gleichen Preisen und ihre Widerlegung durch MENCUS geschildert und im Hinblick auf die alte Geschichte des Geldes in China bemerkt: man könne das chinesische Geld als das früheste Beispiel der Goldwährung anführen (S. 428). Andererseits aber erklärt der Verf., nach dem Werke „Tribut von Yü“ habe es da drei Geldgattungen gegeben: Gold, Silber und Kupfer. Erscheine dies nun auch als Drei-Metallwährung, so habe man es doch theoretisch nur mit Goldwährung zu tun, weil Gold die höchste Geldsorte repräsentiert habe, Silber und Kupfer aber nur eine mittlere und niedere. Oder moderner ausgedrückt, Gold sei das Währungsmetall gewesen, dem Silber und Kupfer aber nur eine subsidiäre Rolle zugekommen (S. 435).

Mir allerdings scheint diese Auffassung des altchinesischen Geldwesens unbegründet.

Sozialistische Gedankenreihen und Maßnahmen werden besonders im 8. Buch des III. Teils (S. 497/601) abgehandelt. Wir finden daselbst Erörterungen über: das „Brunnen-Feld“- (Tsing Tien-) System, die Staatsmonopole und die Regierungskontrolle über Angebot und Nachfrage, die Regulierung des Getreidehandels, die Gelddarlehen und Unterstützungen durch die öffentliche Gewalt. Was die Grundeigentumsordnung insbesondere anbelangt, so schildert der Verf. nicht allein das Tsing Tien-System aus vorchristlicher Zeit, sondern auch die Gesetzgebung über die Gleichverteilung des Bodens aus dem 5., 6. und 7. Jahrhundert unter den Dynastien des Nordens WEI, CH'I, CHOU, SU und TANG. Seine Ausführungen über das Tsing Tien bieten weniger kritischen Einblick als eine sehr detaillierte Beschreibung der späteren Versuche zur Herstellung der Gleichheit in der Grundbesitzverteilung. Sie werden aber denjenigen willkommen sein, die außerstande sind, selbst die chinesischen Quellen zu Rate zu ziehen. Die Besprechung der Hauptgegenstände in den Kapiteln über die Regulierung von Angebot und Nachfrage, Getreidehandel, Kredit und öffentliches Unterstützungswesen bezieht sich nicht auf Lehren des CONFUCIUS selbst hierüber, sondern auf die Geschichte der Sozialgesetzgebung in späterer Zeit. So auf die Gesetzgebung des WANG AN-SHIH unter der SUNG-Dynastie, speziell u. a. auf das sog. „Grünsaat-Geld“-System, d. h. Darlehen, welche die Regierung zur Herbstzeit, da die Frucht noch auf dem Halm steht, dem Volke gewährte. Der Verf. schildert die praktische Funktionierung dieses Systems mit dem Bemerkten: das Gesetz habe weniger die Unterstützung des Volkes bezweckt als die Beschaffung von Staatseinkünften. Erst habe es das Volk zur Aufnahme von Darlehen gezwungen und sodann zu deren Bezahlung.

In den Schlußbetrachtungen stellt der Verf. fest: man könne „das ganze Wirtschaftsleben der Chinesen als mehr sozialistisch bezeichnen denn das eines der westlichen Völker“ (S. 723/24). Dem gegenüber ist aber zu fragen, welchen Sinn hier der Verf. dem Worte „sozialistisch“ unterlegt. Wenn den allgemein üblichen, so halte ich die Gründe für seine Behauptung keineswegs für überzeugend und vermag ihre Berechtigung nicht einzusehen.

In einem Anhang zum II. Bde. bringt CH. ein Verzeichnis seiner Quellen, u. zw. ebensowohl mit ihren chinesischen Titeln wie mit deren englischer Übersetzung, sodaß man sie leicht identifizieren kann. Die Art aber, wie er sie benutzt hat und interpretiert, läßt im ganzen einigermaßen zu wünschen übrig. Oft ist es zweifelhaft, ob was der Verf. CONFUCIUS zuschreibt, auch wirklich von diesem selbst gelehrt wurde; und in so manchen wichtigen Fällen zögert man, seiner Meinung beizutreten. Trotz dieser Vorbehalte ist jedoch anzuerkennen, daß CH.'s Werk auf mühevollen Studien beruht, sehr suggestiv wirkt und überdies durch große Flüssigkeit des Stils sich auszeichnet.

Kyôto.

GINZO UCHIDA.

Anfragen und Nachweise.

Das „Archiv“ eröffnet hiermit eine neue, für kurze bibliographische Anfragen und Nachweise bestimmte Rubrik mit der Bitte an die Leser, von ihr möglichst häufigen Gebrauch zu machen.

La philosophie de Ruvarebohni.

Bemerkungen zu H. LINDEMANN'S Artikel „Restif de la Bretonne“.

Von Max Nettlau (London).

Dem Verf. der Besprechung des im Titel genannten seltenen Werkes (in diesem „Archiv“ III, S. 247—275), das der Verf. Restif de la Bretonne zuschreibt, ist entgangen, daß das Problem der Autorschaft dieser Utopie längst eine definitive Lösung gefunden hat. Hierüber gibt erschöpfende Auskunft die Vorrede des auch den „Catéchisme“ enthaltenden Neudruckes u. d. T.:

Le Ruvarebohni (Le Vrai bonheur), réédité d'après un exemplaire échappé au pilon de la Haute Police Impériale par CARLE DE RASH¹⁾. Paris, Sandoz et Fischbacher 1881.

2 vol. in 16 o. 1, LIV, 276 und 1, 135, 103 S.

Die Verfasser sind P. J. JAUNEZ, SPONVILLE und NICOLAS BUGNET; dem Herausgeber gelang es noch, die uralte Tochter eines derselben zu finden, und in deren Besitz ein Exemplar des Buches mit handschriftlichen Ergänzungen ihres Vaters. Auszüge hieraus, die die Entstehung des Werkes schildern, sowie ein in einem Brief an GALL enthaltenes Resumé der Ideen des Verfassers gibt die Vorrede.

CARLE DE RASH weist 2 Exemplare des Buches nach; ferner befinden sich Exemplare im British Museum (noch irrtümlich unter RESTIF eingetragen) und in der Bibliothèque nationale (vgl. auch deren gedruckten Katalog sub BUGNET).

Ein ganz intaktes ungebundenes Exemplar, das noch die kleinen Rückenschildchen besitzt, enthielt die Bibliothek JEAN WALLONS, des Colline von MURGERS Bohême; dieses Exemplar fand seinen Weg auf die Pariser Quais und dann in meine Sammlung. Der genaue Titel desselben lautet:

La Philosophie du Ruvarebohni, Pays dont la découverte semble d'un grand intérêt pour l'homme, ou Récit dialogué des moyens par lesquels les Ruvareheuxis, habitans de ce pays, ont été conduits au vrai et solide bonheur; par feu P. J. J. S** et NICOLAS BUGNET.

1) CHARLES READ, 1881 Herausgeber des „Intermédiaire des Chercheurs et Curieux“.

2 vol., pet. 8°; VIII, 283 und 222, 1, 3; s. a.; dem II. Bande ist beigeftet:

Catéchisme social, ou Exposition familière des principes posés par feu M. O. J. J** S**, dans un ouvrage inédit, auquel il a donné pour titre: Recherches sur la nature des Êtres sensibles; par NICOLAS BUGNET. Paris, chez Le Normant, 1808. 72, 1, 1. S.

Ob das Buch selbst, das nach dem „Catéchisme“ gedruckt wurde, wirklich von der Polizei unterdrückt und vernichtet wurde, wird sich vielleicht aus den Akten der damaligen Polizei noch ergeben, die ja jetzt in den Archives nationales so fleißig untersucht werden. Ich möchte die Vermutung äußern, daß wohl der „Catéchisme social“, 1808, in die Öffentlichkeit gelangte und gewiß bald unterdrückt oder vom Verkauf zurückgezogen wurde, daß das Buch selbst aber einen Privatdruck darstellt, den der überlebende der Verfasser allmählig einzelnen Personen vorlegte; die Auflage des nie in den Buchhandel gekommenen Buchs mag klein gewesen sein und wurde vielleicht, soweit noch vorhanden, nach dem Tode des letzten der Verfasser vernichtet?

* * *

Wir erhalten folgende Anfrage:

Sind die Verfasser der folgenden Schriften nachweisbar?

1. Zilia et Agathide, ou la Volupté et le Bonheur; par M****. (à Madrid, 1787, 2 vol. in 16°; 180, 168 S.);

keine eigentliche Utopie, aber eine glühende Schilderung zukünftiger Kämpfe gegen finstere Mächte und des Triumphs von Schönheit, Liebe und Glück; Druckort fingiert.

2. République Universelle, ou l'Humanité ailée, réunie sous l'empire de la Raison (s. l., l'an premier de la Raison VIII, 398 S., 2 Bilder); als Verfasser zeichnet

RAINER, II; de la Cité des Genevois, le 30 de la Balance de l'an 1788 vieux style.

3. Les Voyages d'Ertelib (Liberté), conte traduit de l'arabe du poète Edbensahirad. (Genève, chez Manget et Cherbuliez, impr.-libr., 1822, 69 S. kl. 8°);

eine Allegorie, der Sieg der Freiheit, die auf S. 60—62 in einer kleinen, merkwürdig freiheitlich-kommunistischen Utopie gipfelt.

M. N.